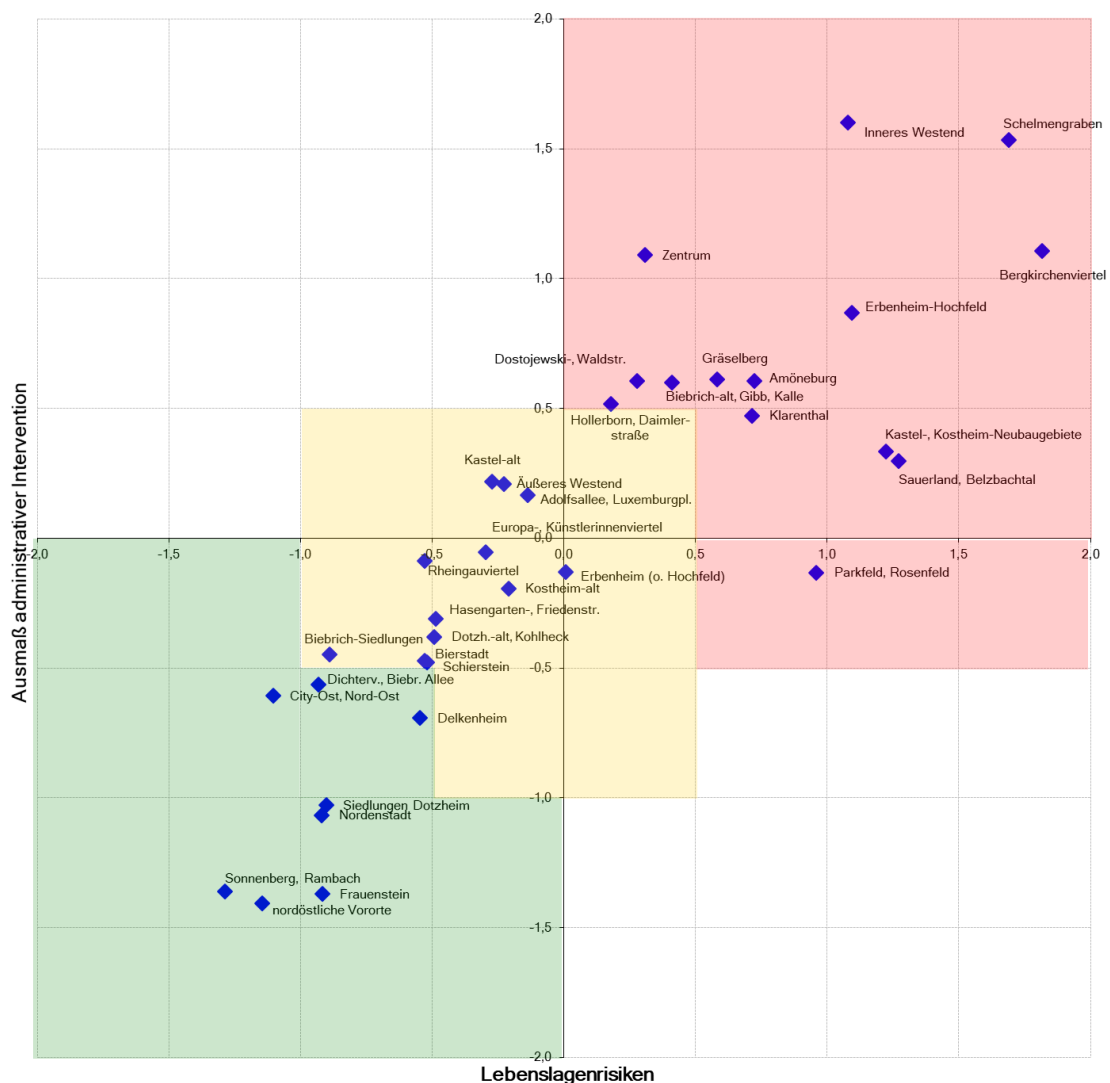


Wiesbadener Sozialraumanalyse 2019

Entwicklung der sozialen Bedarfslage in den Stadtteilen



Autorenschaft:
Andrea Dingeldein

Danke an Heiner Brülle, Moritz Butt, die Kolleginnen der Abteilung Grundsatz und Planung im Amt für Soziale Arbeit, Dieter Butz vom Amt für Statistik und Stadtforschung für Beiträge, Anregungen, grafische Umsetzungen, zur Verfügung stellen von Daten, Korrektur lesen etc.

Impressum:

Herausgeber:
Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden
Amt für Grundsicherung und Flüchtlinge
und
Amt für Soziale Arbeit

Abteilung Grundsatz und Planung
Konradinallee 11 | 65189 Wiesbaden
Tel.: 0611 31-3597 | Fax: 0611 31-3951
E-Mail: sozialplanung@wiesbaden.de

Druck: Druck-Center der Landeshauptstadt Wiesbaden
Titelfoto: eigene Darstellung
Auflage: 400 Stück
Download: <http://www.wiesbaden.de/sozialplanung>

Juli 2019



„Eine Stadt bildet einen Sozialraum. Ihre sozialräumliche Struktur ist das Ergebnis komplexer Prozesse, in deren Verlauf die unterschiedlichen sozialen Gruppen und Milieus ihren Ort in der Stadt finden bzw. zugewiesen bekommen. Dabei spielen Marktprozesse ebenso eine Rolle wie Machtstrukturen, individuelle oder Gruppenpräferenzen ebenso wie historische Entwicklungen.“

Häußermann, Hartmut, Siebel, Walter, 2004: Stadtsoziologie. Eine Einführung, Frankfurt/Main, S. 139

Vorwort



Die „Wiesbadener Sozialraumanalyse“ erscheint mit dieser Ausgabe zum zweiten Mal. Im Frühjahr 2014 wurde die erste Sozialraumanalyse durch das Sozialdezernat als neues Element der langjährigen Wiesbadener Praxis der sozialräumlichen Sozialberichterstattung vorgelegt. Diese Praxis begann bereits im Jahr 1976 mit dem „Jugendbericht der Landeshauptstadt Wiesbaden“ und wurde mit immer umfangreicheren Sozialatlanten, deren letzte Papierausgabe im Jahr 2007 erschien, fortgeführt. Der Sozialatlas, eine stets mit den aktuellsten Daten versehene umfangreiche Sammlung verschiedenster Bevölkerungs- und Sozialstrukturdaten auf Stadtteilebene, steht online auf www.wiesbaden.de zur Verfügung.

Ich freue mich sehr, dass die nun vorliegende Ausgabe der Sozialraumanalyse, die Tradition der sozialräumlichen Sozialberichterstattung fortführt und weiterentwickelt.

Die „Wiesbadener Sozialraumanalyse 2019“ bietet - basierend auf den Daten von 2016 und 2017 - eine indikatorengestützte Analyse und theoriegeleitete Interpretation der Sozial- und Bevölkerungsstruktur der 34 sozialräumlichen Wiesbadener Stadtteile, deren Status und Entwicklung im Zeitverlauf.

Gesamtgesellschaftliche und ökonomische Prozesse des sozialen Wandels, der sozio-ökonomischen Ressourcenverteilung sowie der sozialen Ungleichheit bilden sich auf einer geografisch sozialräumlichen Ebene in den Stadtteilen mit ihrer unterschiedlichen Bevölkerungs- und Sozialstruktur ab. Wie in allen deutschen Städten zeigt sich dies auch in Wiesbaden. Die Sozialraumanalyse beschreibt und analysiert diese zunehmende räumliche Polarisierung der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen. Der sich hartnäckig haltenden Zuschreibung, dass Wiesbaden eine Stadt der Wohlhabenden sei, muss angesichts der Ergebnisse der Sozialraumanalyse entschieden widersprochen werden. Wiesbaden ist vielmehr eine Stadt der sozialen Gegensätze. Im Vergleich der Städte in der Rhein-Main-Region weist Wiesbaden eine sehr hohe Armutsquote auf; so wächst nahezu jedes vierte Kind unter 15 Jahren in einem Haushalt, der auf Leistungen gemäß SGB II angewiesen ist, auf und gilt somit als arm. In Wiesbaden leben aber auch sehr wohlhabende Bevölkerungsgruppen; das Pro-Kopf-Einkommen liegt über dem der anderen Städte in Rhein-Main.

Der Sozialraum, also der Stadtteil, in dem Menschen leben, spiegelt zum einen die Lebenschancen und -risiken der Bewohnerinnen und Bewohner wieder, zum anderen beeinflusst er diese zusätzlich. Eine hohe Armutsdichte in einem Stadtteil, die in der Regel einhergeht mit einer Vielzahl weiterer Lebenslagenrisiken, beeinträchtigt die Lebens- und Teilhabechancen der Bewohnerinnen und Bewohner, insbesondere der Kinder und Jugendlichen, in allen Bereichen (Bildung, Gesundheit, Erwerbschancen, soziale, kulturelle und politische Teilhabe).

Für die soziale Kommunalpolitik ergibt sich daraus der Auftrag, Handlungskonzepte und Maßnahmen zu erarbeiten und umzusetzen, um das Gebot der Chancengleichheit sowie das sozialstaatliche Ziel zu realisieren, allen Menschen gerechte Teilhabechancen zu eröffnen.

Die Erkenntnisse der kleinräumigen Sozialberichterstattung des Amtes für Soziale Arbeit dienen dazu Stadtteile mit hohen Problem- und Belastungslagen zu identifizieren. Gemäß dem Gerechtigkeitsgrundsatz „Ungleiches ist ungleich zu behandeln“, wird in der Landeshauptstadt

Wiesbaden seit vielen Jahren sehr erfolgreich das Konzept umgesetzt, Stadtteile mit hohen sozialen Bedarfslagen prioritär und besonders umfassend mit sozialen Diensten und Leistungen auszustatten. Die - über die für alle Bevölkerungsgruppen in allen Stadtteilen vorhandenen Leistungen des Sozialdezernates - hinausgehenden Angebote und Maßnahmen, wie KinderElternZentren (KiEZ), Betreuende Grundschulen, besondere Angebote der offenen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, gezielte Platzierung der Förderprogramme des Europäischen Sozialfonds, des Bundes oder Landes tragen zu einer erheblichen Stabilisierung der Stadtteile und zu einer Erhöhung der Teilhabechancen der Bewohnerinnen und Bewohner bei. In vorliegender Sozialraumanalyse findet sich ein Überblick über die Ausstattung mit zusätzlicher sozialer Infrastruktur in den einzelnen Stadtteilen. Das ist eine Erfolgsbilanz auf die ich stolz bin und die sich sehen lassen kann.

Gleichwohl, sollten wir uns nicht auf dem Erreichten ausruhen, sondern das Konzept der besonderen Versorgung der Stadtteile mit hohen sozialen Bedarfslagen weiterentwickeln und daraus einen definierten Standard konzipieren.

Weiterhin ist es mir ein besonderes Anliegen, mit der Sozialraumanalyse einen breiten Diskussionsprozess in Verwaltung, Politik, Fachöffentlichkeit und Stadtgesellschaft anzustoßen, an dessen Ende ein abgestimmtes Handlungskonzept zur Verringerung der sozialen Ungleichheit und Stärkung des sozialen Zusammenhaltes in unserer Stadt steht.

Abschließend ist mir wichtig deutlich zu machen, dass es der sozialen Kommunalpolitik allein nicht gelingen wird und auch nicht gelingen kann soziale Ungleichheit und ungleiche Teilhabechancen der Menschen zu beseitigen oder deren Abbildung auf sozialräumlichen Ebene zu verändern. Ungleiche Teilhabechancen, soziale Ungleichheiten sind durch vielfältige gesamtgesellschaftliche und ökonomische Prozesse verursacht, die sozialräumlichen Auswirkungen dieser Prozesse sind durch eine soziale Kommunalpolitik nicht zu stoppen oder gar umzudrehen. Dies bedeutet, dass es auch in Wiesbaden, allein aufgrund der bestehenden Siedlungsstrukturen, weiterhin Stadtteile mit hohen sozialen Bedarfslagen - also überdurchschnittlichen Anteilen an armen Bevölkerungsgruppen oder Haushalten mit niedrigen Einkommen und einem hohen Ausmaß an riskanten Lebenslagen - geben wird. Jedoch muss es unsere Verpflichtung sein und bedarf all unserer Anstrengungen, diejenigen Kinder, Jugendlichen, Familien, Erwachsene und Stadtteile mit Angeboten und Maßnahmen zu unterstützen, die geringere Teilhabechancen als andere haben und somit eine Chancengerechtigkeit zu befördern.

Die Sozialraumanalyse 2019 wird, wie bereits die Sozialraumanalyse 2014, den Fach- und Führungskräften der Sozialen Arbeit in Wohlfahrtspflege, Kinder- und Jugendhilfe und Sozialverwaltung, den Fachkräften der Stadtverwaltung für die Sozialraumbezüge relevant sind, der Kommunalpolitik sowie in verschiedenen Kreisen der Fachöffentlichkeit vorgestellt werden.

Ich wünsche mir, dass sie in Politik, Verwaltung, Fachöffentlichkeit und Stadtgesellschaft breit kommuniziert und ihre Ergebnisse Diskussions- und Veränderungsprozesse bewirken, die zu einer Weiterentwicklung im Sinne unserer sozialen Stadt Wiesbaden führen.

Christoph Manjura

Stadtrat

Dezernent für Soziales, Bildung, Wohnen und Integration

Das Wichtigste in aller Kürze

Grundsätzliches

Die „Wiesbadener Sozialraumanalyse“ ist ein Element der seit 1976 existierenden Praxis der kleinräumigen Sozialberichterstattung des Amtes für Soziale Arbeit. Sie dient als Informations- und Planungsinstrument für Politik, Sozialverwaltung und Fachkräfte der sozialen Arbeit.

Soziale Ungleichheit hat ihre Ursachen in gesamtgesellschaftlichen und ökonomischen Prozessen des sozialen Wandels und der sozio-ökonomischen Ressourcenverteilung. In den Stadtteilen zeigen sich soziale Ungleichheiten auf sozialräumlicher Ebene.

Soziale Kommunalpolitik kann diese gesellschaftlich bedingte Ungleichheit nicht beseitigen oder verhindern, sondern nur deren Folgen abmildern und für ein höheres Maß an Chancengerechtigkeit sorgen.

Nach den Leitsätzen „Das benachteiligte Quartier soll nicht zum benachteiligenden Quartier werden“ und „Soziale Gerechtigkeit bedeutet, dass Ungleiches ungleich behandelt wird“, klassifiziert das Amt für Soziale Arbeit die Stadtteile nach deren sozialen Bedarfslage (hohe, mittlere oder niedrige soziale Bedarfslage) und leitet daraus die prioritäre und umfassende Platzierung spezieller sozialer Dienstleistungen, Programme und Angebote ab.

Entwicklungen in Wiesbaden 2011 bis 2017

Die Bevölkerung Wiesbadens ist um knapp 14.000 Personen (+5 %) gestiegen, während die Zahl der Wohnungen nur um 1,5 % zunahm. Stadtteile mit hoher sozialer Bedarfslage verzeichnen ein überdurchschnittliches Wachstum der Bevölkerung bei einem unterdurchschnittlichen Anstieg der Zahl der Wohnungen. Die statistisch zur Verfügung stehende Wohnfläche pro Haushalt sank in diesen Stadtteilen deutlich überdurchschnittlich.

Ethnische und soziale Segregation in Wiesbaden

Die Sozialraumanalyse untersucht erstmals ethnische (ausländische Staatsangehörigkeit) und soziale (Existenzsicherungs- und Kinderarmutsquote) Segregationsprozesse zwischen 2006 und 2017. Stadtteile mit hoher und niedriger sozialer Bedarfslage zeigen eine große Homogenität der Bevölkerungsstruktur, während Stadtteile mit mittlerer sozialer Bedarfslage durchmischte Bevölkerungsstrukturen aufweisen.

Die ethnische Segregation ist deutlich geringer als die soziale Segregation. Im Untersuchungszeitraum ist sie, trotz durch Neuzuwanderung bedingte überproportionale Zunahme der ausländischen Bevölkerung, nur relativ gering angestiegen.

Die soziale Segregation der armen Kinder fällt stärker aus als die Segregation der Armutsbevölkerung insgesamt. Im Beobachtungszeitraum hat die soziale Segregation (Existenzsicherungsquote) zugenommen, insbesondere in den Stadtteilen mit hoher und mittlerer Bedarfslage. Die Kinderarmutssegregation ist im Beobachtungszeitraum aber etwas gesunken.

Lebenslagen- und Verwirklichungsansatz

Fehlende Ressourcen schränken die Teilhabechancen und Handlungsspielräume zur Verwirklichung von Grundbedürfnissen der Bevölkerung in Stadtteilen mit hohen sozialen Bedarfslagen im Vergleich zu anderen Stadtteilen ein. Der Stadtteil mit seiner sozialen Infrastruktur, den konkreten Wohn- und Umfeldbedingungen, seinen Nachbarschaften mit den gelebten sozialen Werten, Normen und Rollenmodellen beeinflusst maßgeblich die Verwirklichungs- und Teilhabechancen sowie Unterstützungsbedarfe der in ihm lebenden Menschen.

Methodik

In den 34 sozialräumlichen Stadtteilen Wiesbadens werden über Risiko-Indikatoren (Datenbasis 31.12.2016) unterschiedliche Lebensverhältnisse und soziale Ungleichheiten messbar gemacht. Die Indikatoren definieren besondere Risiken - eine Differenzierung der Stadtteile nach überdurchschnittlichen Chancen ist aufgrund fehlenden Datenmaterials nicht möglich - und werden in zwei Dimensionen der Lebenslage gruppiert:

- „administrative Intervention“: vier Indikatoren zur Nutzung staatlicher Leistungen zur Sicherung der Lebensführung;
- „Riskante Lebenslagen“: 24 Indikatoren aus den Bereichen „prekäre Einkommen“, „Wohnen“, „Bildungsteilhabe“, „Herkunftsbenachteiligung“, „Familien mit Risiken“, „alte Menschen mit Risiken“, „soziale Einbindung“, „Gesundheitsrisiken“ und „politische Teilhabe“.

Mit dem Verfahren der z-Transformation, dem Vergleich der Stadtteile untereinander und dem Mittelwert der Gesamtstadt, wird der Status der sozialen Bedarfslage des Stadtteils „hoch“, „mittel“, „niedrig“ klassifiziert.

Mit sieben ausgewählten Dynamikindikatoren werden die Entwicklungstendenzen zwischen 2011 und 2016 des Stadtteils im Vergleich zur gesamtstädtischen Entwicklung nach „positiver“, „stabiler“ und „negativer“ Entwicklungstendenz kategorisiert.

Ergebnisse der Statusindikatoren der Stadtteile

Vierzehn Stadtteile fallen in die Kategorie „hohe soziale Bedarfslage“. Es haben sich hier zur Sozialraumanalyse 2014 keine Veränderungen ergeben. Hier leben 32,4 % der Wiesbadener Bevölkerung.

Zwölf Stadtteile, mit 38,3 % der Bevölkerung, fallen in die Kategorie „mittlere soziale Bedarfslage“. Der Stadtteil „Biebrich-Siedlungen“, der in der letzten Sozialraumanalyse noch zu den Stadtteilen mit niedriger Bedarfslage zählte, liegt nun sehr knapp im mittleren Bereich. Acht Stadtteile fallen in die Kategorie „niedrige soziale Bedarfslage“. Der Bevölkerungsanteil beträgt 29,2 %.

Die Sozial- und Bevölkerungsstrukturen in den 34 Stadtteilen sind - auch im längerfristigen Vergleich - sehr stabil.

Die Spanne der Anteilswerte in den verschiedenen Indikatoren der Stadtteile zeigt eine erhebliche soziale Spaltung der Stadt. Im Stadtteil mit dem geringsten Anteil an armen Kindern liegt sie bei 4,8 % und im Stadtteil mit dem höchsten Anteilswert bei 52,9 %.

Ergebnisse der Dynamikindikatoren 2016 zu 2011

Insgesamt zeigen vier Stadtteile eine positive Entwicklungstendenz. In den Stadtteilen mit hoher sozialer Bedarfslage „Sauerland, Belzbachtal“ und „Erbenheim-Hochfeld“ haben sich die Problem- und Belastungslagen etwas entspannt. Die Stadtteile mit mittlerer sozialer Bedarfslage „Rheingauviertel“ und „Europa-, Künstlerinnenviertel“ zeigen deutliche Aufwertungstendenzen. Während sich die Entwicklung im „Europa-, Künstlerinnenviertel“ durch den Zuzug neuer Bevölkerungsgruppen (Wohnungsneubau) erklärt, deuten die Veränderungen in den Indikatoren im Rheingauviertel auf eine Veränderung der Sozialstruktur und auf eine Verdrängung von Haushalten mit niedrigen Einkommen, also auf Prozesse der Gentrifizierung hin.

Drei Stadtteile zeigen eine negative Entwicklungstendenz, also eine Verschärfung der Problem- und Belastungslagen. Es handelt sich dabei um das „Innere Westend“ und „Amöneburg“, beides Stadtteile mit hoher sozialer Bedarfslage. In beiden Stadtteilen sind die Armutsquoten überdurchschnittlich angestiegen.

Weiterhin zeigt der Stadtteil „Kastel-alt“, mittlere soziale Bedarfslage, eine negative Entwicklungstendenz. Die auffällige Entwicklung ist in zwei Indikatoren (Anstieg des Anteils der Nicht-EU-Staatsangehörigen sowie Anstieg des Anteils großer Familien) erfolgt. Der Anstieg des Anteils der Nicht-EU-Staatsangehörigen erklärt sich durch die Ansiedelung einer großen kommunalen Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete, während der Anstieg der „großen Familien“ überwiegend im Bereich Kastel-Mitte stattfand. In 2017 erfolgte eine positive Stabilisierung der Werte.

Inhaltsverzeichnis

	Vorwort	4
	Das Wichtigste in aller Kürze	6
1	Die Wiesbadener Sozialraumanalyse.....	19
1.1	Umsetzung der Empfehlungen der Sozialraumanalyse 2014	19
1.2	Lebenslagen und Verwirklichungschancen - sozialräumliche Strukturen sozialer Bedarflagen.....	21
1.3	Entwicklungen in Wiesbaden seit der Sozialraumanalyse 2014	26
2	Ethnische und soziale Segregation in Wiesbaden	30
2.1	Begriffsdefinition und Messung von Segregation.....	30
2.2	Ethnische Segregation	32
2.3	Soziale Segregation	33
3	Indikatoren zur Bestimmung der sozialen Bedarfslage in den Stadtteilen.....	37
3.1	Indikatoren zur Beschreibung der „administrativen Interventionen“	37
3.1.1	Existenzsicherungsquote	38
3.1.2	Arbeitslosigkeitsquote	40
3.1.3	Quote Hilfen zur Erziehung	41
3.1.4	Anteil sozialer Wohnungsbau	42
3.2	Indikatoren zur Beschreibung „riskanter Lebenslagen“	43
3.2.1	Prekäre Einkommen.....	46
3.2.2	Wohnen	50
3.2.3	Bildungsteilhabe	54
3.2.4	Herkunftsbenachteiligung.....	58
3.2.5	Familien mit Risiken	65
3.2.6	Alte Menschen mit Risiken	67
3.2.7	Soziale Einbindung	69
3.2.8	Gesundheitsrisiken	74
3.2.9	Politische Teilhabe.....	77
3.3	Wiesbaden im Vergleich mit anderen Städten in der Region	79
4	Soziale Bedarfslage in den Stadtteilen	80
4.1	Methodische Erläuterungen zur Bestimmung der sozialen Bedarfslage	80
4.2	Soziale Bedarfslage der Stadtteile im Vergleich	82
4.3	Sozialraumtypisierung in Wiesbaden zwischen 1976 und 2016.....	88
5	Sozialräumliche Entwicklung in den Stadtteilen.....	88
5.1	Indikatoren zur Bestimmung der Veränderungen in den Stadtteilen	89
5.1.1	Methode zur Bewertung der Entwicklungstendenzen	94
5.2	Entwicklungstendenzen der Stadtteile anhand der Veränderung der Dynamikindikatoren 2016 zu 2011	94
6	Stadtteilbezogene Arbeit, Projekte und Angebote der kommunalen Sozialpolitik	99
7	Folgerungen für die sozialräumliche Stadtentwicklung, die kommunale Sozialpolitik und die Praxis der stadtteil-bezogenen sozialen Arbeit	109

8	Darstellung der sozialräumlichen Struktur und Entwicklung der 34 Stadtteile	114
8.1	Zentrum	115
8.2	Bergkirchenviertel	121
8.3	City-Ost, Nord-Ost	127
8.4	Sonnenberg, Rambach	133
8.5	Inneres Westend	138
8.6	Äußeres Westend	144
8.7	Adolfsallee, Luxemburgplatz	150
8.8	Dichterviertel, Biebricher Allee	156
8.9	Rheingauviertel	161
8.10	Hasengarten, Friedenstraße	167
8.11	Klarenthal	174
8.12	Hollerborn, Daimlerstraße	180
8.13	Europaviertel, Künstlerinnenviertel	186
8.14	Dostojewski-, Waldstraße	192
8.15	Dotzheim-alt, Kohlheck	198
8.16	Siedlungen Dotzheim	204
8.17	Schelmengraben	209
8.18	Frauenstein	216
8.19	Sauerland, Belzbachtal	221
8.20	Biebrich-Siedlungen	227
8.21	Gräselberg	233
8.22	Schierstein	239
8.23	Biebrich-alt, Gibb, Kalle	245
8.24	Parkfeld, Rosenfeld	251
8.25	Bierstadt	257
8.26	Nordöstliche Vororte	263
8.27	Erbenheim-Hochfeld	268
8.28	Erbenheim (ohne Hochfeld)	274
8.29	Nordenstadt	280
8.30	Delkenheim	286
8.31	Amöneburg	292
8.32	Kastel-alt	298
8.33	Kostheim-alt	304
8.34	Kastel-, Kostheim-Neubaugebiete	310
9	Anhang	316

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Existenzsicherungsquote	38
Abbildung 2:	Arbeitslosigkeitsquote	40
Abbildung 3:	Quote Hilfen zur Erziehung	42
Abbildung 4:	Anteil sozialer Wohnungsbau	43
Abbildung 5:	Wohngeldquote	46
Abbildung 6:	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit SGB II-Leistungen 18-64 Jahre	48
Abbildung 7:	Quote Langzeitbezug Transferleistungen (18- bis 54-Jährige)	49
Abbildung 8:	Prekäre Wohnraumversorgung	51
Abbildung 9:	Geringe Wohneigentumsquote	52
Abbildung 10:	Räumungsklagen und Zwangsräumungen	53
Abbildung 11:	Gering-Qualifizierte mit SGB II-Leistungen	55
Abbildung 12:	Unzureichende Kompetenzen für einen guten Schulstart	56
Abbildung 13:	Schulbesuch ohne Hochschulreife Wahrscheinlichkeit	58
Abbildung 14:	Kinderarmutsquote	59
Abbildung 15:	Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	61
Abbildung 16:	Langzeitarme Kinder	62
Abbildung 17:	Neuzugewanderte Kinder	64
Abbildung 18:	Alleinerziehendenquote	65
Abbildung 19:	Quote Große Familien	66
Abbildung 20:	Alleinlebende alte Menschen	68
Abbildung 21:	Quote Altersarmut	69
Abbildung 22:	Quote Wohndauer unter zehn Jahren	70
Abbildung 23:	Nicht-EU-Staatsangehörige	71
Abbildung 24:	Neuzugewanderte	72
Abbildung 25:	Ausländische Bevölkerung mit unsicherem Aufenthaltsstatus	73
Abbildung 26:	Rate Vorzeitige Sterblichkeit	75
Abbildung 27:	Übergewichtige und adipöse Kinder bei Schulbeginn	76
Abbildung 28:	Erwachsene ohne Teilhabe an Wahl	78
Abbildung 29:	Soziale Bedarfslagen 2016	82
Abbildung 30:	Veränderungen Status und Status in den Dimensionen der sozialen Bedarfslage Sozialraumanalyse 2014 und 2019	85
Abbildung 31:	Karte Soziale Bedarfslagen 2016	86
Abbildung 32:	Polarisierung der Stadtteile nach sozialer Bedarfslage (alle Indikatoren) 2016	87
Abbildung 33:	Polarisierung der Stadtteile anhand der Entwicklung der Dynamikindikatoren	93
Abbildung 34:	Entwicklung der Veränderungen in den Stadtteilen 2016 zu 2011 nach Bedarfslage und Entwicklungstendenzen	95
Abbildung 35:	Karte Zentrum	115
Abbildung 36:	Zentrum - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016	117
Abbildung 37:	Zentrum - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016	119

Abbildung 38:	Werte Statusindikatoren - Zentrum	120
Abbildung 39:	Karte Bergkirchenviertel.....	121
Abbildung 40:	Bergkirchenviertel Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016.....	123
Abbildung 41:	Bergkirchenviertel - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016.....	125
Abbildung 42:	Werte Statusindikatoren - Bergkirchenviertel	126
Abbildung 43:	Karte City-Ost, Nord-Ost.....	127
Abbildung 44:	City-Ost, Nordost - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016.....	129
Abbildung 45:	City-Ost, Nordost - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016.....	131
Abbildung 46:	Werte Statusindikatoren - City-Ost, Nord-Ost.....	132
Abbildung 47:	Sonnenberg, Rambach	133
Abbildung 48:	Sonnenberg, Rambach - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016.....	135
Abbildung 49:	Sonnenberg, Rambach - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016.....	136
Abbildung 50:	Werte Statusindikatoren - Sonnenberg, Rambach	137
Abbildung 51:	Inneres Westend.....	138
Abbildung 52:	Inneres Westend - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016	140
Abbildung 53:	Inneres Westend - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016	142
Abbildung 54:	Werte Statusindikatoren - Inneres Westend	143
Abbildung 55:	Äußeres Westend	144
Abbildung 56:	Äußeres Westend - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016.....	146
Abbildung 57:	Äußeres Westend - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016.....	148
Abbildung 58:	Werte Statusindikatoren - Äußeres Westend	149
Abbildung 59:	Adolfsallee, Luxemburgplatz	150
Abbildung 60:	Adolfsallee, Luxemburgplatz- Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016	152
Abbildung 61:	Adolfsallee, Luxemburgplatz - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016 ..	154
Abbildung 62:	Werte Statusindikatoren - Adolfsallee, Luxemburgplatz	155
Abbildung 63:	Dichterviertel, Biebricher Allee	156
Abbildung 64:	Dichterviertel, Biebricher Allee - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016.....	158
Abbildung 65:	Dichterviertel, Biebricher Allee - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016	159
Abbildung 66:	Werte Statusindikatoren - Dichterviertel, Biebricher Allee	160
Abbildung 67:	Rheingauviertel.....	161
Abbildung 68:	Rheingauviertel - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016	163
Abbildung 69:	Rheingauviertel - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016	165
Abbildung 70:	Werte Statusindikatoren - Rheingauviertel	166
Abbildung 71:	Hasengarten, Friedenstraße	167
Abbildung 72:	Hasengarten, Friedenstraße - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016.....	169
Abbildung 73:	Hasengarten, Friedenstraße - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016..	172
Abbildung 74:	Werte Statusindikatoren - Hasengarten, Friedenstraße.....	173
Abbildung 75:	Klarenthal	174
Abbildung 76:	Klarenthal - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016	176
Abbildung 77:	Klarenthal - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016	178
Abbildung 78:	Werte Statusindikatoren - Klarenthal.....	179
Abbildung 79:	Hollerborn, Daimlerstraße.....	180

Abbildung 80:	Hollerborn, Daimlerstraße - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016	182
Abbildung 81:	Hollerborn, Daimlerstraße - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016	184
Abbildung 82:	Werte Statusindikatoren - Hollerborn, Daimlerstraße	185
Abbildung 83:	Europa-, Künstlerinnenviertel.....	186
Abbildung 84:	Europa-, Künstlerinnenviertel - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016	188
Abbildung 85:	Europa-, Künstlerinnenviertel - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016	190
Abbildung 86:	Werte Statusindikatoren - Europa-, Künstlerinnenviertel	191
Abbildung 87:	Dostojewski-, Waldstraße	192
Abbildung 88:	Dostojewski-, Waldstraße - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016	194
Abbildung 89:	Dostojewski-, Waldstraße - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016	196
Abbildung 90:	Werte Statusindikatoren - Dostojewski-, Waldstraße.....	197
Abbildung 91:	Dotzheim-alt, Kohlheck	198
Abbildung 92:	Dotzheim-alt, Kohlheck - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016.....	200
Abbildung 93:	Dotzheim-alt, Kohlheck - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016.....	202
Abbildung 94:	Werte Statusindikatoren - Dotzheim-alt, Kohlheck	203
Abbildung 95:	Siedlungen Dotzheim.....	204
Abbildung 96:	Siedlungen Dotzheim - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016	206
Abbildung 97:	Siedlungen Dotzheim - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016	207
Abbildung 98:	Werte Statusindikatoren - Siedlungen Dotzheim	208
Abbildung 99:	Schelmengraben.....	209
Abbildung 100:	Schelmengraben - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016	212
Abbildung 101:	Schelmengraben - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016	214
Abbildung 102:	Werte Statusindikatoren - Schelmengraben	215
Abbildung 103:	Frauenstein.....	216
Abbildung 104:	Frauenstein - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016	218
Abbildung 105:	Frauenstein - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016	219
Abbildung 106:	Werte Statusindikatoren - Frauenstein	220
Abbildung 107:	Sauerland, Belzbachtal	221
Abbildung 108:	Sauerland, Belzbachtal - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016.....	223
Abbildung 109:	Sauerland, Belzbachtal - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016.....	225
Abbildung 110:	Werte Statusindikatoren - Sauerland, Belzbachtal	226
Abbildung 111:	Biebrich-Siedlungen.....	227
Abbildung 112:	Biebrich Siedlungen - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016	229
Abbildung 113:	Biebrich Siedlungen - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016	231
Abbildung 114:	Werte Statusindikatoren - Biebrich-Siedlungen	232
Abbildung 115:	Gräselberg.....	233
Abbildung 116:	Gräselberg - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016	235
Abbildung 117:	Gräselberg - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016	237
Abbildung 118:	Werte Statusindikatoren - Gräselberg	238
Abbildung 119:	Schierstein.....	239
Abbildung 120:	Schierstein - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016	241
Abbildung 121:	Schierstein - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016	243

Abbildung 122: Werte Statusindikatoren - Schierstein	244
Abbildung 123: Biebrich-alt, Gibb, Kalle	245
Abbildung 124: Biebrich-alt, Gibb, Kalle - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016	247
Abbildung 125: Biebrich-alt, Gibb, Kalle - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016	249
Abbildung 126: Werte Statusindikatoren - Biebrich-alt, Gibb, Kalle.....	250
Abbildung 127: Parkfeld, Rosenfeld	251
Abbildung 128: Parkfeld, Rosenfeld - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016	253
Abbildung 129: Parkfeld, Rosenfeld - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016	255
Abbildung 130: Werte Statusindikatoren - Parkfeld, Rosenfeld	256
Abbildung 131: Bierstadt	257
Abbildung 132: Bierstadt - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016	259
Abbildung 133: Bierstadt - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016	261
Abbildung 134: Werte Statusindikatoren - Bierstadt.....	262
Abbildung 135: Nordöstliche Vororte	263
Abbildung 136: Nordöstliche Vororte - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016	265
Abbildung 137: Nordöstliche Vororte - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016.....	266
Abbildung 138: Werte Statusindikatoren - Nordöstliche Vororte	267
Abbildung 139: Erbenheim-Hochfeld	268
Abbildung 140: Erbenheim-Hochfeld - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016.....	270
Abbildung 141: Erbenheim-Hochfeld - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016.....	272
Abbildung 142: Werte Statusindikatoren - Erbenheim-Hochfeld	273
Abbildung 143: Erbenheim (ohne Hochfeld)	274
Abbildung 144: Erbenheim (ohne Hochfeld) - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016.....	276
Abbildung 145: Erbenheim (ohne Hochfeld) - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016...	278
Abbildung 146: Werte Statusindikatoren - Erbenheim (ohne Hochfeld).....	279
Abbildung 147: Nordenstadt	280
Abbildung 148: Nordenstadt - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016.....	282
Abbildung 149: Nordenstadt - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016.....	284
Abbildung 150: Werte Statusindikatoren - Nordenstadt	285
Abbildung 151: Delkenheim.....	286
Abbildung 152: Delkenheim - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016	288
Abbildung 153: Delkenheim - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016	290
Abbildung 154: Werte Statusindikatoren - Delkenheim	291
Abbildung 155: Amöneburg	292
Abbildung 156: Amöneburg - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016.....	294
Abbildung 157: Amöneburg - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016.....	296
Abbildung 158: Werte Statusindikatoren - Amöneburg	297
Abbildung 159: Kastel-alt.....	298
Abbildung 160: Kastel-alt - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016	300
Abbildung 161: Kastel-alt - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016	302
Abbildung 162: Werte Statusindikatoren - Kastel-alt.....	303
Abbildung 163: Kostheim-alt.....	304

Abbildung 164: Kostheim-alt - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016	306
Abbildung 165: Kostheim-alt - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016	308
Abbildung 166: Werte Statusindikatoren - Kostheim-alt	309
Abbildung 167: Kastel-, Kostheim-Neubaugebiete.....	310
Abbildung 168: Kastel-, Kostheim-Neubaugebiete - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016 ..	312
Abbildung 169: Kastel-, Kostheim-Neubaugebiete - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016	314
Abbildung 170: Werte Statusindikatoren - Kastel-, Kostheim-Neubaugebiete	315

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Entwicklung der Bevölkerungsstruktur Wiesbaden 2011 bis 2017	26
Tabelle 2:	Bevölkerungsentwicklung zwischen 2011 und 2017 nach Sozialraumkategorien*	27
Tabelle 3:	Entwicklung der Wohnungen zwischen 2012 und 2017 nach Sozialraumkategorien*	27
Tabelle 4:	Entwicklung Wohnflächenversorgung im Soll-Ist-Vergleich nach Sozialraumkategorien	29
Tabelle 5:	Entwicklung der Sozialstruktur Wiesbaden 2011 - 2017 anhand der Dynamikindikatoren*	30
Tabelle 6:	Entwicklung der ethnischen Segregation 2006 - 2017	32
Tabelle 7:	Entwicklung der sozialen Segregation (Existenzsicherungsquote) 2006 - 2017	34
Tabelle 8:	Entwicklung der sozialen Segregation - Kinderarmut 2006 - 2017	35
Tabelle 9:	Kinder in armen Nachbarschaften 2006-2017	36
Tabelle 10:	Indikatoren zur Beschreibung der „administrativen Interventionen“	37
Tabelle 11:	Indikatoren zur Beschreibung der „riskanten Lebenslagen“	45
Tabelle 12:	Anteilswerte ausgewählter Indikatoren im interkommunalen Vergleich	79
Tabelle 13:	Verteilung der Bevölkerung auf Kategorien der sozialen Bedarfslage 2016 ..	86
Tabelle 14:	Übersicht Dynamikindikatoren	90
Tabelle 15:	Veränderung der Dynamikindikatoren des Indikatorensets „administrative Intervention“ 2016 zu 2011	91
Tabelle 16:	Veränderung der Dynamikindikatoren des Indikatorensets „riskante Lebenslagen“ 2016 zu 2011.....	92
Tabelle 17:	Tagesbetreuungsversorgung von Kindern im Krippen- bis Grundschulalter	101
Tabelle 18:	Versorgungsziele und Definition des Grades der Zielerreichung in der Kindertagesbetreuung.....	102
Tabelle 19:	Angebote für Familien, Offene / mobile Arbeit mit Jugendlichen und Kindern, Angebote für alte Menschen	103
Tabelle 20:	Stadtteilarbeit, Vernetzungsgremien der sozialen Arbeit, städtebauliche und stadtteilbezogene Förderprogramme	107
Tabelle 21:	Zentrum - Bevölkerungsstruktur	116
Tabelle 22:	Zentrum - Eckwerte 2011 - 2017	116

Tabelle 23:	Zentrum -	118
Tabelle 24:	Bergkirchenviertel - Bevölkerungsstruktur.....	122
Tabelle 25:	Bergkirchenviertel - Eckwerte 2011 - 2017.....	122
Tabelle 26:	Bergkirchenviertel -	124
Tabelle 27:	City-Ost, Nord-Ost - Bevölkerungsstruktur	128
Tabelle 28:	City-Ost, Nord-Ost - Eckwerte 2011 - 2017	128
Tabelle 29:	City-Ost, Nord-Ost -	130
Tabelle 30:	Sonnenberg, Rambach - Bevölkerungsstruktur.....	134
Tabelle 31:	Sonnenberg, Rambach - Eckwerte 2011 - 2017.....	134
Tabelle 32:	Sonnenberg, Rambach -	135
Tabelle 33:	Inneres Westend - Bevölkerungsstruktur	139
Tabelle 34:	Inneres Westend - Eckwerte 2011 - 2017	139
Tabelle 35:	Inneres Westend -	141
Tabelle 36:	Äußeres Westend - Bevölkerungsstruktur.....	145
Tabelle 37:	Äußeres Westend - Eckwerte 2011 - 2017.....	145
Tabelle 38:	Äußeres Westend -	147
Tabelle 39:	Adolfsallee, Luxemburgplatz - Bevölkerungsstruktur.....	151
Tabelle 40:	Adolfsallee, Luxemburgplatz - Eckwerte 2011 - 2017.....	151
Tabelle 41:	Adolfsallee, Luxemburgplatz -	153
Tabelle 42:	Dichterviertel, Biebricher Allee - Bevölkerungsstruktur.....	157
Tabelle 43:	Dichterviertel, Biebricher Allee - Eckwerte 2011 - 2017.....	157
Tabelle 44:	Dichterviertel, Biebricher Allee -	158
Tabelle 45:	Rheingauviertel - Bevölkerungsstruktur	162
Tabelle 46:	Rheingauviertel - Eckwerte 2011 - 2017	162
Tabelle 47:	Rheingauviertel -	164
Tabelle 48:	Hasengarten, Friedenstraße - Bevölkerungsstruktur	168
Tabelle 49:	Hasengarten, Friedenstraße - Eckwerte 2011 - 2017 (ohne Planungsraum 043 „Hainerberg“)	169
Tabelle 50:	Hasengarten, Friedenstraße (***ohne PLR 43) -	170
Tabelle 51:	Klarenthal - Bevölkerungsstruktur	175
Tabelle 52:	Klarenthal - Eckwerte 2011 - 2017	175
Tabelle 53:	Klarenthal -	177
Tabelle 54:	Hollerborn, Daimlerstraße - Bevölkerungsstruktur.....	181
Tabelle 55:	Hollerborn, Daimlerstraße - Eckwerte 2011 - 2017.....	181
Tabelle 56:	Hollerborn, Daimlerstraße -	183
Tabelle 57:	Europa-, Künstlerinnenviertel - Bevölkerungsstruktur.....	187
Tabelle 58:	Europa-, Künstlerinnenviertel - Eckwerte 2011 - 2017.....	187
Tabelle 59:	Europa-, Künstlerinnenviertel -	189
Tabelle 60:	Dostojewski-, Waldstraße - Bevölkerungsstruktur	193
Tabelle 61:	Dostojewski-, Waldstraße - Eckwerte 2011 - 2017	193
Tabelle 62:	Dostojewski-, Waldstraße -	195
Tabelle 63:	Dotzheim-alt, Kohlheck - Bevölkerungsstruktur	199
Tabelle 64:	Dotzheim-alt, Kohlheck - Eckwerte 2011 - 2017.....	199

Tabelle 65:	Dotzheim-alt, Kohlheck -	201
Tabelle 66:	Siedlungen Dotzheim - Bevölkerungsstruktur.....	205
Tabelle 67:	Siedlungen Dotzheim - Eckwerte 2011 - 2017.....	205
Tabelle 68:	Siedlungen Dotzheim -	206
Tabelle 69:	Schelmengraben - Bevölkerungsstruktur	210
Tabelle 70:	Schelmengraben - Eckwerte 2011 - 2017	211
Tabelle 71:	Schelmengraben -	212
Tabelle 72:	Frauenstein - Bevölkerungsstruktur	217
Tabelle 73:	Frauenstein - Eckwerte 2011 - 2017	217
Tabelle 74:	Frauenstein -	218
Tabelle 75:	Sauerland, Belzbachtal - Bevölkerungsstruktur.....	222
Tabelle 76:	Sauerland, Belzbachtal - Eckwerte 2011 - 2017.....	222
Tabelle 77:	Sauerland, Belzbachtal -	224
Tabelle 78:	Biebrich-Siedlungen - Bevölkerungsstruktur	228
Tabelle 79:	Biebrich-Siedlungen - Eckwerte 2011 - 2017	228
Tabelle 80:	Biebrich Siedlungen -	230
Tabelle 81:	Gräselberg - Bevölkerungsstruktur.....	234
Tabelle 82:	Gräselberg - Eckwerte 2011 - 2017.....	234
Tabelle 83:	Gräselberg -	235
Tabelle 84:	Schierstein - Bevölkerungsstruktur.....	240
Tabelle 85:	Schierstein - Eckwerte 2011 - 2017.....	240
Tabelle 86:	Schierstein -	242
Tabelle 87:	Biebrich-alt, Gibb, Kalle - Bevölkerungsstruktur	246
Tabelle 88:	Biebrich-alt, Gibb, Kalle - Eckwerte 2011 - 2017	246
Tabelle 89:	Biebrich-alt, Gibb, Kalle -	248
Tabelle 90:	Parkfeld, Rosenfeld - Bevölkerungsstruktur	252
Tabelle 91:	Parkfeld, Rosenfeld - Eckwerte 2011 - 2017	252
Tabelle 92:	Parkfeld, Rosenfeld -	254
Tabelle 93:	Bierstadt - Bevölkerungsstruktur	258
Tabelle 94:	Bierstadt - Eckwerte 2011 - 2017 (ohne Planungsraum 123 „Aukamm“)	258
Tabelle 95:	Bierstadt	260
Tabelle 96:	Nordöstliche Vororte - Bevölkerungsstruktur.....	264
Tabelle 97:	Nordöstliche Vororte - Eckwerte 2011 - 2017	264
Tabelle 98:	Nordöstliche Vororte -	265
Tabelle 99:	Erbenheim-Hochfeld - Bevölkerungsstruktur.....	269
Tabelle 100:	Erbenheim-Hochfeld - Eckwerte 2011 - 2017	269
Tabelle 101:	Erbenheim-Hochfeld -	271
Tabelle 102:	Erbenheim (ohne Hochfeld) - Bevölkerungsstruktur	275
Tabelle 103:	Erbenheim (ohne Hochfeld) - Eckwerte 2011 - 2017	275
Tabelle 104:	Erbenheim (ohne Hochfeld) -	277
Tabelle 105:	Nordenstadt - Bevölkerungsstruktur	281
Tabelle 106:	Nordenstadt - Eckwerte 2011 - 2017.....	281

Tabelle 107:	Nordenstadt -	283
Tabelle 108:	Delkenheim - Bevölkerungsstruktur	287
Tabelle 109:	Delkenheim - Eckwerte 2011 - 2017 (ohne Planungsraum 263 „Delkenheimer Flur“	288
Tabelle 110:	Delkenheim -	289
Tabelle 111:	Amöneburg - Bevölkerungsstruktur	293
Tabelle 112:	Amöneburg - Eckwerte 2011 - 2017	293
Tabelle 113:	Amöneburg -	294
Tabelle 114:	Kastel-alt - Bevölkerungsstruktur	299
Tabelle 115:	Kastel-alt - Eckwerte 2011 - 2017	299
Tabelle 116:	Kastel-alt -	301
Tabelle 117:	Kostheim-alt - Bevölkerungsstruktur	305
Tabelle 118:	Kostheim-alt - Eckwerte 2011 - 2017	305
Tabelle 119:	Kostheim-alt -	307
Tabelle 120:	Kastel-, Kostheim-Neubaugebiete - Bevölkerungsstruktur	311
Tabelle 121:	Kastel-, Kostheim-Neubaugebiete - Eckwerte 2011 - 2017	311
Tabelle 122:	Kastel-, Kostheim-Neubaugebiete -	313
Tabelle 123:	Bevölkerungs- und Wohnungsentwicklung 2011 - 2017 nach Stadtteilen...	316
Tabelle 124:	Ranking der Stadtteile nach den Indikatoren der sozialen Bedarfslage	317
Tabelle 125:	Sozialraumtypisierung im Jugendbericht 1976	318
Tabelle 126:	Synopse der Sozialraumtypisierung 1995 - 2016	319
Tabelle 127:	Entwicklungstendenzen der Dynamikindikatoren 2016 zu 2011 in den Stadtteilen.....	320

1 Die Wiesbadener Sozialraumanalyse

Die Wiesbadener Sozialraumanalyse steht in der Tradition der langjährigen Wiesbadener Praxis der sozialräumlichen Sozialberichterstattung. Diese begann 1976 mit dem Wiesbadener Jugendbericht und wurde mit dem Format „Sozialatlas“, der in regelmäßigen Abständen mit stetig wachsendem Umfang aufgelegt wurde, fortgesetzt. Der Sozialatlas, eine stets mit den aktuellsten Daten versehene umfangreiche Sammlung verschiedenster Bevölkerungs- und Sozialstrukturdaten auf Stadtteilebene, steht mittlerweile nur noch online unter <https://sozialatlas.wiesbaden.de/> zur Verfügung.

Die „Wiesbadener Sozialraumanalyse“ erschien erstmalig 2014 und wird mit der hier vorliegenden Ausgabe auf Basis sozialräumlicher Daten zum Stand 2016 fortgesetzt. Das Format der Wiesbadener Sozialraumanalysen bietet eine indikatorengestützte Analyse und theoriegeleitete Interpretation verschiedenster bevölkerungs- und sozialstruktureller Daten zur Entwicklung der Wiesbadener Stadtteile in Relation zur gesamtstädtischen Entwicklung sowie zum Status und der Entwicklung der Stadtteile untereinander.

Die „Sozialraumanalyse 2019“ ist zum einen eine Fortschreibung der Sozialraumanalyse 2014 und beinhaltet zum anderen zusätzlich neue Aspekte zur Beschreibung der sozialräumlich ungleichen Verteilung von Lebens- und Teilhabechancen der Wiesbadener Bevölkerung.

Das Indikatorenset wurde - zur umfassenderen Beschreibung der Lebenslagenrisiken - ergänzt und qualifiziert. Neue Datenquellen wurden entwickelt bzw. nutzbar gemacht, aus denen sich zusätzliche Indikatoren generieren ließen bzw. die Aussagekraft einiger Indikatoren verbessert wurde; Tabelle 11 bietet hierzu einen Überblick. Die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung, die eine wertvolle Datenbasis einiger Indikatoren darstellen, werden in der vorliegenden Analyse über drei Jahrgänge hinweg summiert, sodass durch die größere Grundgesamtheit ein soliderer Wert erreicht wird.

Lediglich ein Indikator aus der Sozialraumanalyse 2014, die „Überschuldungsquote“, konnte wegen Wegfall der Datenquelle nicht wieder aufgenommen werden.

Wie auch in der Sozialraumanalyse 2014 liegt der Fokus auf der Identifizierung der Wiesbadener Stadtteile mit besonderen Risiken, also Stadtteile in denen die Bevölkerung geringere Teilhabechancen als der Durchschnitt hat. Eine Identifizierung bzw. Differenzierung von Stadtteilen mit überdurchschnittlichen Chancen ist aufgrund fehlender valider kleinräumiger Datengrundlagen (wünschenswert wären beispielsweise Pro-Kopf-Einkommen, Bildungsabschlüsse der Bevölkerung, berufliche Position) nicht möglich.

Neu in der „Sozialraumanalyse 2019“ sind ebenfalls Kapitel zur Entwicklung Wiesbadens seit Erscheinen der letzten Analyse und einen Ausblick auf prognostizierte zukünftige Entwicklungen, zur sozialen und ethnischen Segregation in Wiesbaden sowie ein interkommunaler Vergleich.

1.1 Umsetzung der Empfehlungen der Sozialraumanalyse 2014

In der „Sozialraumanalyse 2014“ wurden aus sozialplanerischer Sicht Folgerungen und Empfehlungen für die soziale Kommunalpolitik benannt.

Inwieweit konnten diese Empfehlungen umgesetzt werden?

- Datenbasierte Berichte zur Entwicklung der Stadtteile an Fachkräfte und Politik:
Diese werden nachgefragt und entsprechend abgegeben. Das Interesse an Sozialraumdaten sowie das Wissen um die unterschiedlichen Lebenslagen und -risiken in den Wiesbadener Stadtteilen, deren Problematik für die Gesamtstadt und die Entwicklung der Stadtteile mit hoher sozialer Bedarfslage ist sowohl bei den

Fachkräften als auch in der Politik gestiegen.

- Neuaufgabe der Sozialraumanalyse alle 3 bis 5 Jahre:
Dies wurde mit der vorliegenden Analyse umgesetzt.
- Offensiver Wohnungsneubau, Entwicklung neuer Wohngebiete, Quote mindestens 15 % sozialer Wohnungsbau bei Neubauvorhaben:
Es ist politisches Ziel, neue Wohngebiete zu entwickeln und den Wohnungsbau massiv voranzutreiben (Grundsatzvorlage Wohnungsbau Beschluss Stadtverordnetenversammlung Nr. 0550 vom 13.12.2018). Für Neubaugebiete wurde eine Quote für geförderten Wohnraum für untere und mittlere Einkommen von 22 % der Wohnungen - bzw. 30 % wenn eine stadtnahe Gesellschaft Bauherrin ist - festgelegt.
- Zusätzliche Programme und spezifische Angebote in Stadtteilen mit hohen sozialen Bedarfslagen (vgl. hierzu Kapitel 6):
ESF-, Bundes- und Landesprogramme wurden gezielt für Stadtteile mit hohen sozialen Bedarfslagen akquiriert und diese in kommunaler und freier Trägerschaft umgesetzt. Es wurden drei zusätzliche Fördergebiete (Gräselberg, Biebrich-Mitte, Inneres Westend) des Programms Soziale Stadt ausgewiesen. Die Komplementärprogramme BIWAQ (Bildung, Arbeit und Wirtschaft im Quartier) und JuSTiQ (Jugend Stärken im Quartier) wurden im Schelmengraben platziert.
Die Richtlinie Gemeinwesenarbeit des Landes Hessen wird in fünf Stadtteilen (Inneres Westend, Biebrich-alt, Klarenthal, Sauerland, Hollerborn) mit Projekten umgesetzt. Das ESF-Programm EHAP (Europäischer Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen in Deutschland) mit der Zielgruppe besonders benachteiligte aus der EU zugewanderte Personen (Schwerpunkt Südosteuropa) wurde im Inneren Westend platziert, steht aber diesem Personenkreis auch stadtweit offen.
In den Stadtteilen „Hollerborn, Daimlerstraße“, Klarenthal und Gräselberg (wird in 2019 eingerichtet) wurden KinderElternZentren (KiEZ) mit niedrigschwelligen Elternbildungsangeboten etabliert.
Das zentrale Ferienprogramm des Amtes für Soziale Arbeit wurde zugunsten einer erheblichen Ausweitung der Angebote für herkunftsbenachteiligte Kinder und einem Ferienprogramm für Familien aus Stadtteilen mit hoher sozialer Bedarfslage umstrukturiert. Enge und tragfähige Kooperationsbeziehungen mit den KiEZen und den Trägern der Gemeinwesenarbeit wurden bezüglich dieser Angebote aufgebaut.
- Konsequente Umsetzung des Handlungsprogramms zum Abbau herkunftsbedingter Bildungsbenachteiligung „Alle Chancen für...“:
Das Handlungsprogramm wurde mit dem Titel „Chancen für...“ als längerfristige „Handlungsstrategie Chancen für herkunftsbenachteiligte junge Menschen“ mit zusätzlichen Haushaltsressourcen seit 2017, die auch auf sozialräumlicher Ebene viele Ansatzpunkte beinhaltet, verstetigt.
- Sozialindizierte Ressourcenausstattung sozialer Einrichtungen, Entwicklung zielgerichteter Arbeitskonzepte und Evaluation der Angebote hinsichtlich Zielgruppen-erreichung und Wirkungen:
Im Amt für Soziale Arbeit wurde für die Arbeit der Kindertagesstätten der Fachstandard „Arbeit mit herkunftsbenachteiligten Kindern“ entwickelt. Dieser gilt trägerübergreifend für alle Wiesbadener Kindertagesstätten. Die Inhalte orientieren sich an den Förderkriterien der Schwerpunkt-Kita-Pauschale: Sprachförderung, Vernetzung der Kita im Sozialraum, Gesundheit, soziale, kulturelle und interkulturelle Kompetenzen sowie Bildungs- und Erziehungspartnerschaft. Die Umsetzung des Fachstandards wird jährlich evaluiert.

Eine sozialindizierte Ressourcenausstattung, über die „Schwerpunkt-Kita-Pauschale“¹ hinaus, konnte aufgrund fehlender finanzieller Ressourcen noch nicht umgesetzt werden.

- Verstärkung der angebots- und trägerübergreifenden Kooperationen:
Dieses Arbeitsprinzip wird insbesondere bei der Implementierung neuer Angebote und Angebotsformen, Förderprogrammen etc. beachtet und bereits an vielen Stellen erfolgreich umgesetzt.
- Spezielle Programme und Angebote für von Altersarmut betroffene Personen:
Diese Gruppe rückt immer stärker in den Fokus der Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit. In einigen Stadtteilen wurden gezielte Angebote entwickelt und umgesetzt; z. B. im Sauerland mit dem Projekt „MittenDRIN 55+“, das durch das GWA Förderprogramm des Landes ermöglicht wurde.

1.2 Lebenslagen und Verwirklichungschancen - sozialräumliche Strukturen sozialer Bedarfslagen

Die Sozialberichterstattung und soziologische Sozialindikatorenforschung verwendet in der Regel den Lebenslageansatz um Sozialstrukturen und Lebensführung der Menschen zu analysieren. Weisser definiert die Lebenslage eines Menschen als Handlungsspielräume, die die äußeren Umstände einem Menschen oder einer Gruppe von Menschen nachhaltig für die Befriedigung der Interessen und Bedürfnisse bieten, die den Sinn des Lebens (Grundanliegen) bestimmen. Armut wird in diesem Sinne definiert als „...Lebenslagen mit der Eigenschaft, dass Mengen an knappen Gütern, die zum sozialen Existenzminimum benötigt werden, nicht im vollen Umfang zur Verfügung stehen.“²

Der Lebenslageansatz beinhaltet ein multidimensionales Vorgehen. Die Lebenslage einer Person umfasst eine Vielzahl von Dimensionen, die für Anzahl und Qualität der Handlungsoptionen bei der Erfüllung von Grundbedürfnissen wichtig sind. Allmendinger und Hinz³ empfehlen drei relevante Analysedimensionen

- die materielle Lebenslage: materiell-ökonomische Ressourcen wie Einkommen, Arbeit/Beruf, (Aus)Bildung, Vermögen und Wohnen,
- soziale Lebensformen und soziale Versorgung: individuelle Lebenslagen wie Familien-/Haushaltsform, Bildungsteilhabe, Gesundheit, soziale Beziehungen und Netzwerkressourcen,
- die gesellschaftliche Beteiligung als Ausmaß der Nutzung gesellschaftlicher Angebote im kulturellen, sozialen und politischen Bereich

sowie die personalen Merkmale wie Geschlecht, Alter, Nationalität.

In den letzten Jahren wurde insbesondere die stark normative und wenig subjektorientierte Ausrichtung des Lebenslageansatzes kritisiert. Um die Fragen eines Maßstabs der Gleichheit oder Ungleichheit in einer Gesellschaft zu beantworten bietet sich das Konzept der Verwirklichungschancen - der sogenannte Capability Ansatz von Amartya Sen⁴ - an. So hat die

¹ Wenn in Kindertagesstätten der Anteil von Kindern aus einkommensschwachen Familien und / oder Familien, in denen überwiegend nicht Deutsch gesprochen wird, mindestens 22% beträgt, erhält die Kita pro förderfähigem Kind und Jahr 390,00 € für gezielte Förder- und Teilhabeangebote. Dieser Betrag führt in Wiesbaden nicht zu Abzügen bei der kommunalen Förderung der Kindertagesstätte.

² Weisser, G. 1956: Wirtschaft, in: Ziegenfuß: Handbuch der Soziologie. Stuttgart, S. 987

³ Allmendinger, J./ Hinz, T. 1998: Der Lebenslageansatz, in: Material- und Analyseband zur sozialen Lage in Bayern 1998. München ; S. 15 -27

⁴ Sen, A. 2000: Ökonomie für den Menschen, Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft. München

Bundesregierung im 3. Armuts- und Reichtumsbericht Armut als „Mangel an Verwirklichungschancen“ und Reichtum als „sehr hohes Maß an Verwirklichungschancen“ definiert. „Ziel sozialstaatlichen Handelns ist es, Ungleichheiten bereits bei den zu Verfügung stehenden Chancen zu reduzieren.“⁵

Die Bundesregierung hat zu Recht unterstellt, dass sich der Lebenslageansatz mit dem Konzept des Verwirklichungsansatzes verbinden lässt. „Jedoch ist beiden Ansätzen auch gemeinsam, dass eine für politische Akteure handhabbare konzeptionelle Integration und Operationalisierung noch nicht gelungen ist.“⁶

Im Gegensatz zu der Armuts- und Reichtumsberichterstattung geht es in der vorliegenden Sozialraumanalyse nicht allgemein um die ungleichen Lebenslagen und Verwirklichungschancen der Menschen sondern um deren sozialräumliche Verteilung über die Wiesbadener Stadtteile. Soziale Ungleichheit - sei es in Form der Lebenslagen oder der Teilhabe- und Verwirklichungschancen - drückt sich u.a. in einer ungleichen Verteilung der Bevölkerung auf die Stadtteile aus, die je unterschiedliche Wohn- und Lebensqualitäten haben. Gegenstand der Sozialraumanalyse sind nicht die sozialen Lagen und Verwirklichungschancen der einzelnen Menschen sondern die sozialräumlichen Strukturen, die selbst Teil der Lebenslagen und Verwirklichungschancen der Stadtteilbevölkerung sind, indem die Kumulation von Armut in bestimmten Stadtteilen wiederum die Lebenslage beeinflusst.

Zur Bedeutung des sozialräumlichen Umfeldes⁷

Der soziale Raum eines Stadtteils bietet eine spezifische soziale Infrastruktur und damit einen sozialen Rahmen für Lebensführung der Menschen.

Die physisch geografische Umwelt, die konkreten Wohn- und Wohnumfeldbedingungen und die verfügbaren Arbeits-, Interaktions- und Lernorte (Arbeitsstätten, Geschäfte, Gastronomie, Bildungseinrichtungen, Vereine, Verkehrskreise) bilden die soziale Infrastruktur für die individuelle Lebensführung eines jeden Menschen.

Die im sozialen Raum erlebten Interaktions- und Kommunikationsformen, die gelebten sozialen Normen, Werte und Kulturen sowie die Art und Weise der sozialer Kontrolle und allgemein die Fähigkeiten der anderen Menschen, sind Teil des sozialen Rahmens, in denen Individuen und soziale Gruppen entscheiden, handeln und sich verhalten.

Unterschiedlich ausgestattete Stadtteile mit unterschiedlichen sozialstrukturell bzw. sozialkulturell geschichteten Bevölkerungsstrukturen beeinflussen die Lebenschancen und Unterstützungsbedarfe ihrer Bevölkerung.

Unsere Städte sind sozial und nicht ethnisch gespalten

Segregation bezeichnet die ungleiche Verteilung von Bevölkerungsgruppen über Stadtteile. Segregation ist die räumliche Auswirkung der sozialen Ungleichheit in der Gesellschaft, die insbesondere über Einkommen, Teilhabe am Erwerbsleben, Bildung, ethnische Zugehörigkeit, Haushaltsformen oder Altersgruppen Bedeutung erhält. Soziale Segregation macht soziale Ungleichheit sichtbar.

⁵ Bundesregierung 3. Armuts- und Reichtumsbericht 2008 zitiert nach: Bartelheimer, P. 2009: Verwirklichungschancen als Maßstab lokaler Sozialpolitik? In: Sozialer Fortschritt 2-3/2009, S. 50

⁶ Bartelheimer, P., ebenda, S. 51

⁷ Die folgenden Abschnitte sind zum Teil wortgleiche Auszüge aus: Brülle, H. 2012: Eine soziale Spaltung der Städte droht! Anforderungen an eine sozialraumsensible Landespolitik. Nr. 3 der Reihe Standpunkt der Friedrich-Ebert-Stiftung Landesbüro Hessen.

Die wesentlichen Ursachen der Segregation sind auf der einen Seite die Boden- bzw. die Mietpreise, die im Gefolge der sozialräumlichen Spezialisierungsprozesse der Bodennutzung und den damit verbundenen besonderen Gunst- und Ungunstlagen im Stadtgebiet entstehen. Daneben können auf der Angebotsseite auch die spezifischen Strukturen des Wohnungsangebotes (z. B. Bauweise, Eigentumsform und Wohnungsgröße) und die soziale Diskriminierung bestimmter Nachfragegruppen (z. B. kinderreiche Familien, Alleinerziehende, Eingewanderte aus bestimmten Kulturkreisen oder Empfänger von sozialen Transferleistungen) Segregation fördern.

Auf der anderen Seite ist, in erster Linie im Gefolge der sozialen Ungleichheit, das verfügbare Einkommen von Bedeutung. Wirksam sind jedoch auch Merkmale wie die Zugehörigkeit zu diskriminierten sozialen Gruppen, fehlender Marktzugang, die spezifischen Bedürfnisse und Präferenzen hinsichtlich der Stellung im Familienzyklus oder des persönlichen Lebensstils sowie die symbolische Bedeutung des Wohngebiets und dessen Image (gute Adresse - schlechte Adresse), die die Auswahlchancen und Auswahlentscheidungen der Zu- und Fortziehenden beeinflussen.

Empirisch zeigt sich in deutschen Städten die räumliche Abgrenzung der sozialen Oberschicht, die auf angemessene Nachbarschaft nicht zuletzt als Mittel der Distinktion Wert legt und diese über die Immobilienpreise auch gewährleisten kann. Die Segregation der höheren sozialen Schichten ist tatsächlich größer als die der Armen oder der Migrantinnen und Migranten. So ist in deutschen Städten nicht selten die „Parallelgesellschaft des Villenviertels“ anzutreffen. In der politischen Öffentlichkeit wird dagegen mit dem Phänomen Segregation in der Regel die räumliche Konzentration ethnischer Minderheiten und sozialer Unterschichten thematisiert. Empirisch sind sogenannte ethnisch homogene „Parallelgesellschaften“ in deutschen Städten nicht nachweisbar. In Wiesbaden⁸ war, wie in vielen deutschen Großstädten, die Segregation der Migrantinnen und Migranten in den letzten Jahren rückläufig, aktuell stagniert sie.

Deutlich stärker und mit zunehmender Tendenz dagegen ist eine Segregation der sozialen Schichten erkennbar. „Die Städte sind eher sozial als ethnisch gespalten“.⁹ Aktuell wird dies durch eine zunehmende Polarisierung der Einkommensverteilung und insbesondere durch die stark steigenden Mietkosten ebenso wie über die Aufwertung (Gentrifizierung) von attraktiven Innenstadtquartieren weiter verschärft.¹⁰

Sehr hohe Anteile von Bewohnern mit sozialen Problemen können das soziale Gefüge und die wichtige informelle soziale Kontrolle eines Wohnquartiers oder einer Nachbarschaft überfordern. „Die räumliche Konzentration von Armut, Arbeitslosigkeit und geringem Bildungsniveau schafft Sozialisationsbedingungen, die die Kinder und Jugendlichen über die individuelle Soziallage hinaus zusätzlich benachteiligen. Amerikanische Studien über Effekte in sozial und ethnisch segregierten im Vergleich zu gemischten Schulen zeigen, dass schulischer Erfolg sogar mehr davon abhängt, aus welchen Elternhäusern die Mitschüler/-innen kommen als vom eigenen Elternhaus.“¹¹

Die soziale Konzentration benachteiligter Gruppen ist in den Schulen und Kindertagesstätten der benachteiligten Stadtteile nicht selten noch höher als in den Stadtteilen selbst, da aufstiegs- und bildungsorientierte Familien versuchen, die Bildungseinrichtung für ihre Kinder zu wechseln, um deren Bildungschancen zu verbessern. Wiesbadener Analysen zur Armut von Kindern bestätigen diese schwierige Konzentration benachteiligter Gruppen. So besuchen

⁸ Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik 2013: Integrationsmonitoring 2013. Wiesbaden

⁹ Friedrichs, J./Triener, S. 2008: Gespaltene Städte? Soziale und ethnische Segregation in deutschen Großstädten. Wiesbaden, S. 117

¹⁰ Siehe hierzu das nächste Kapitel.

¹¹ Baur, Chr./Häußermann, H.: Ethnische Segregation in deutschen Schulen, in Leviathan 2009 Jg. 37. S. 353-366

58 % der armen Kinder Kindertagesstätten, in denen „Armut der Normalzustand ist“ oder zumindest deutlich „überdurchschnittliche Armutsanteile“ (> 33 %) anzutreffen sind. Ähnliche Verteilungen sind in Grundschulen zu beobachten, hier besuchten 64 % der Kinder aus Familien mit armen oder prekären Einkommenslagen Grundschulen in denen mehr als 40 % der Kinder aus armen oder prekären Lebenslagen stammen.¹²

Durch diese sozialräumliche Spaltung der Städte erlangt die Segregation eine neue Qualität, „... bei der der Wohnort selbst zu einer Quelle weiterer Benachteiligung und Ungleichheit wird. Somit können in den Städten Orte der Ausgegrenzten entstehen, die auch Orte der Ausgrenzung sind.“¹³

Soziale Räume haben weiterhin Auswirkungen auf die Ausübung politischer Teilhabe ihrer Bewohnerinnen und Bewohner. Die Möglichkeit zur und die tatsächliche Beteiligung an Wahlen liegt in Stadtvierteln mit einem hohen Anteil an sozial benachteiligten Menschen deutlich unter denen in wohlhabenderen Stadtgebieten. In einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung wird festgestellt, „dass eher die unterprivilegierten Bevölkerungsschichten zur Wahlenthaltung tendieren als die Wähler/innen aus mittleren und oberen Schichten der Gesellschaft. Bedenkt man zusätzlich, dass Bürger mit hoher Bildung, gesichertem Einkommen und beruflichen Netzwerken ohnehin bessere Möglichkeiten zur eigenen Interessenvertretung haben, verschärft die sozial unterschiedliche Wahlbeteiligung die Schieflage in der politischen Repräsentanz weiter. Eine niedrige Wahlbeteiligung führt somit auch zu mehr sozialer Ungerechtigkeit“¹⁴. In Wiesbaden bestätigen sich diese Aussagen; so lag bei der Bundestagswahl 2017 in den Stadtteilen mit hohen sozialen Bedarfslagen die Wahlbeteiligung zwischen 51 % und 71 %, in denen mit niedrigen sozialen Bedarfslagen zwischen 75,8 % und 84,5 %.

Segregation hinsichtlich der Merkmale Migrationshintergrund oder ausländischer Staatsangehörigkeit wird dagegen deutlich überschätzt; auch ethnisch homogene Wohnviertel sind keine Realität in bundesdeutschen Großstädten. Angesichts der Tatsache, dass mit Stichtag 31.12.2018 38,5 % aller Wiesbadener unter die Klassifizierung „Migrationshintergrund“¹⁵ fallen und fast 59,4 % der unter 18-Jährigen, stellt dieses Merkmal keine soziale Besonderheit in der Stadtgesellschaft dar. Die Segregation der Bevölkerung mit Migrationshintergrund war seit 2004 in Wiesbaden bis 2014 langsam und kontinuierlich

¹² Amt für Soziale Arbeit 2010: Sozialbericht zur Armut von Kindern, Jugendlichen und Familien in Wiesbaden. Beiträge zur Sozialplanung Nr. 31

¹³ Häußermann, H./Läpple, D./Siebel, W. (2008): Stadtpolitik. Frankfurt/M., S. 198

¹⁴ Güllner, M. 2013: „Nichtwähler in Deutschland“, FES Berlin 2013

¹⁵ LH Wiesbaden - Definition des Migrationshintergrundes

Ausländer der 1. Generation

Personen, die eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzen und im Ausland geboren sind.

Ausländer der 2. und 3. Generation

Personen, die eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzen und in Deutschland geboren sind.

Spätaussiedler und ihre Nachkommen

Personen werden als Aussiedler gezählt, wenn sie ab 1987 nach Wiesbaden zugezogen sind, die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen und einem der folgenden Kriterien genügen:

- aktueller oder früherer Aufenthalt in einem Übergangswohnheim
- bestimmte Kombinationen aus Herkunft und Staatsangehörigkeit
- Zuwanderung aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion
- Bei Nachfahren von Spätaussiedlern müssen beide Elternteile die Aussiedlerkennung besitzen.

Eingebürgerte

Personen mit einem Geburtsort im Ausland und deutscher Staatsangehörigkeit bzw. Nachweis der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerungsurkunde

Kinder mit familiärem Migrationshintergrund

- Die Staatsangehörigkeit und der Geburtsort des Kindes sind deutsch, die Mutter oder der Vater hat jedoch einen Migrationshintergrund oder
- die deutsche Staatsangehörigkeit gemäß § 4 Abs. 3 StAG

rückläufig. 2012 lag der sogenannte Segregationsindex bei einem Viertel¹⁶, d. h. ein Viertel der Menschen mit Migrationshintergrund müsste umziehen, um eine völlige Gleichverteilung im Stadtgebiet zu erreichen. Aus diesem Grunde wurde bewusst auf den vermeintlichen Indikator „Migrationshintergrund“ in dieser Analyse verzichtet, da dieser allein keine Hinweise auf eine soziale Lage liefert. Die soziale Lage der Menschen mit Migrationshintergrund ist plural ausdifferenziert. Zwar liegt der Anteil an Personen mit einem niedrigen sozio-ökonomischen Status in der Gruppe der Personen mit Migrationshintergrund höher als in der Gruppe der Personen ohne Migrationshintergrund, jedoch ist allein eine geografische Herkunft (u. U. auch die der Eltern und Großeltern) nicht geeignet ein Lebenslagenrisiko oder eine Einschränkung der Verwirklichungschancen valide zu beschreiben.

¹⁶ Amt für Zuwanderung und Integration 2012: Integrationsbericht für die Landeshauptstadt Wiesbaden 2012. Wiesbaden. S. 20

1.3 Entwicklungen in Wiesbaden seit der Sozialraumanalyse 2014

Im Folgenden sollen die Entwicklungen in Wiesbaden zwischen 2011 (Datenstand der Sozialraumanalyse 2014) und 2017 in den Blick genommen werden.

Die prägendsten Entwicklungen in diesem Zeitraum waren der Anstieg der Bevölkerungszahlen und die damit einhergehende Herausforderung insbesondere für Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen bezahlbaren und ausreichenden Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Auch in den kommenden Jahren wird die Bevölkerungszahl weiter ansteigen. Das Amt für Statistik und Stadtforschung prognostiziert eine Zunahme der Bevölkerung in Wiesbaden bis 2035 um ca. 14.000 Personen, das entspricht einem Anstieg um 4,9 %.¹⁷ Somit bleibt die Wohnraumversorgung der wachsenden Bevölkerung als Herausforderung bestehen.

Entwicklung der Bevölkerung und der Bevölkerungsstruktur zwischen 2011 und 2017

Wiesbaden ist, sicher auch aufgrund seiner Lage in der Wachstumsregion Rhein-Main-Gebiet, zwischen 2011 und 2017 gewachsen. Die Zahl der mit Hauptwohnsitz in Wiesbaden gemeldeten Personen ist um 5,0 % (13.948 Personen) auf 290.574 angestiegen (Tabelle 2).

Der Bevölkerungszuwachs erklärt sich maßgeblich durch Zuzug bzw. der Zunahme verschiedener Bevölkerungsgruppen und einem Anstieg der Geburtenzahlen.¹⁸

- Personen aus EU-Ländern
zwischen 2011 und 2017 stieg diese Gruppe um 43,7 %, dies entspricht 8.267 Personen, an;
- Personen aus Nicht EU-Ländern, darunter Geflüchtete
diese Bevölkerungsgruppe stieg zwischen 2011 und 2017 um 18,3 %, dies sind 5.077 Personen, an;
- Natürliche Bevölkerungsbewegung
Wiesbaden weist seit vielen Jahren einen positiven Geburtensaldo auf (also mehr Geburten als Sterbefälle).

Die Entwicklung ausgewählter Merkmale der Bevölkerungsstruktur verdeutlicht nachfolgende Tabelle.

Tabelle 1: Entwicklung der Bevölkerungsstruktur Wiesbaden 2011 bis 2017

	2011		2017	
	absolut	Anteil in %	absolut	Anteil in %
0-17-Jährige bezogen auf Gesamtbevölkerung	45.998	16,6%	49.478	17,0%
Über 65-Jährige bezogen auf Gesamtbevölkerung	53.955	19,5%	56.620	19,5%
Altersmedian	--	42	--	42
Haushalte mit Kindern bezogen auf alle Haushalte	28.378	19,8%	29.486	20,1%
1-Personen-Haushalte bezogen auf alle Haushalte	65.259	46,1%	69.574	47,5%
Ausländer/innen bezogen auf Gesamtbevölkerung	46.584	16,8%	59.928	20,6%
...darunter EU-Ausländer/innen bezogen auf Gesamtbevölkerung	18.927	6,8%	27.194	9,3%

Quelle: Einwohnerwesen; Statistisches Jahrbuch 2017 der LH Wiesbaden



Grundsatz und Planung

Im Zeitraum zwischen 2011 und 2017 sind Zahl und Anteil der Kinder und Jugendlichen sowie der Haushalte mit Kindern leicht angestiegen.

¹⁷ 2017, LH Wiesbaden, Amt für Statistik und Stadtforschung, Wiesbadener Stadtanalysen Nr. 92 „Vorausberechnung der Wiesbadener Bevölkerung und Haushalte bis 2035“, S. 1

¹⁸ 2018, LH Wiesbaden, Amt für Statistik und Stadtforschung, Statistisches Jahrbuch 2018

Auffallend ist die deutliche Zunahme der 1-Personen-Haushalte (Singularisierungstendenz). In Zusammenhang mit der Wohnraumsituation bedeutet diese Entwicklung, dass zum einen vermutlich zahlreiche Wohnungen, die von ihrer Größe her für mehrere Personen geeignet wären, nur durch eine Person bewohnt werden; zum anderen erhöht ein Anstieg der Zahl der Haushalte die Zahl der benötigten Wohnungen.

Bevölkerungs- und Wohnungsentwicklung

Bezogen auf die sozialräumlichen Stadtteile zeigen sich in der Entwicklung der Einwohner/innenzahlen jedoch deutliche Unterschiede. Während in den Stadtteilen mit niedriger sozialer Bedarfslage die Bevölkerung lediglich um 2,0 % anstieg, war in den Stadtteilen mit mittlerer sozialer Bedarfslage der stärkste Anstieg mit einem Plus von 6,7 % zu verzeichnen. Aber auch die Bevölkerung in den Stadtteilen mit hoher sozialer Bedarfslage ist um 5,6 % deutlich gewachsen.

Tabelle 2: Bevölkerungsentwicklung zwischen 2011 und 2017 nach Sozialraumkategorien*

	2011	2017	Anstieg absolut	Anstieg in %
hohe soziale Bedarfslage	89.209	94.166	4.957	5,6
mittlere soziale Bedarfslage	104.312	111.256	6.944	6,7
niedrige soziale Bedarfslage	83.078	84.771	1.693	2,0
Wiesbaden**	276.599	290.547	13.948	5,0

* Zuordnung nach Bedarfslagenkategorie Sozialraumanalyse 2019

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung
Einwohnerwesen, eigene Berechnung



Grundsatz und Planung

Betrachtet man die Entwicklung der Wohnungszahlen zwischen 2012¹⁹ und 2017 nach der Sozialraumtypisierung der Stadtteile ist festzustellen, dass die Zunahme der Wohnungen nicht gleichermaßen wie der Anstieg der Bevölkerungszahl erfolgte.

Tabelle 3: Entwicklung der Wohnungen zwischen 2012 und 2017 nach Sozialraumkategorien*

	2012	2017	Anstieg absolut	Anstieg in %
hohe soziale Bedarfslage	43.275	43.769	494	1,1
mittlere soziale Bedarfslage	54.466	55.120	654	1,2
niedrige soziale Bedarfslage	41.643	42.223	580	1,4
Wiesbaden**	139.384	141.508	2.124	1,5

* Zuordnung nach Bedarfslagenkategorie Sozialraumanalyse 2019

** Die Gesamtzahl der Wohnungen weicht von der Summe der Wohnungen nach Bedarfslagenkategorien ab, da auf Stadtteilebene drei Gebiete, die von US-Amerikanern bewohnt sind, nicht berücksichtigt werden, diese aber in der Gesamtzahl enthalten sind.

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Bautätigkeitsstatistik bereit gestellt durch Amt für Statistik und Stadtforschung Wiesbaden; eigene Darstellung



Grundsatz und Planung

In den Stadtteilen mit niedriger sozialer Bedarfslage erfolgte der relativ stärkste Anstieg mit 1,4 %. Der zahlenmäßig stärkste absolute Wohnungszuwachs erfolgte in den Stadtteilen mit

¹⁹ Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011. Deshalb wird in der „Sozialraumanalyse 2019“ diese Angabe verwendet.

mittlerer sozialer Bedarfslage, die auch den stärksten Bevölkerungszuwachs verzeichneten, mit einem Plus von 654 Wohnungen (1,2 %). In den Stadtteilen mit hoher sozialer Bedarfslage, die ebenfalls einen deutlichen Bevölkerungszuwachs erfuhren, stieg die Zahl der Wohnungen mit einem Zuwachs von 1,1 % (494 Wohnungen) am geringsten.

Tabelle 123 im Anhang zeigt die Entwicklung der Einwohnerschaft und der Zahl der Wohnungen bezogen auf die sozialräumlichen Stadtteile. Die oben beschriebene Entwicklung eines starken Bevölkerungsanstiegs ohne nennenswerte Zunahme der Zahl der Wohnungen zeigt sich in einigen Stadtteilen mit hoher sozialer Bedarfslage besonders deutlich: im Inneren Westend stieg die Zahl der Einwohnerschaft um 13,2 %, in Erbenheim-Hochfeld um 12,2 % und im Stadtteil „Hollerborn, Daimlerstraße“ um 8,9 %, während die Zahl der Wohnungen stagnierte bzw. nur marginal zunahm.

Eine verstärkte Neubautätigkeit mit Anwachsen der Bevölkerungszahl ist im „Europa-, Künstlerinnenviertel“ (mittlere soziale Bedarfslage) festzustellen. Im „Sauerland, Belzbachtal“ (hohe soziale Bedarfslage) nahm die Zahl der Wohneinheiten durch Wohnungsneubau ebenfalls deutlich zu. Im Stadtteil „Hasengarten, Friedenstraße“, in dem ebenfalls umfangreiche Neubaumaßnahmen erfolgten, ist ein deutliches Bevölkerungswachstum (+22,2 %) festzustellen, während die Zahl der Wohnungen lediglich um 2,2 % (73 Wohneinheiten) stieg. Letzteres erklärt sich dadurch, dass in 2012 noch zahlreiche leerstehende und zum Abriss vorgesehene Wohnungen im Gebiet existierten, die erst in den nachfolgenden Jahren abgerissen wurden. Es handelte sich hierbei überwiegend um kleine Wohnungen, die durch Neubauten mit flächenmäßig größeren Wohnungen ersetzt wurden. Diese Veränderung der Wohnungsstruktur zeigt sich auch an der Veränderung der Haushaltstypen: 2012 waren noch 59 % der Haushalte 1-Personen-Haushalte, während dieser Haushaltstyp in 2017 nur noch einen Anteil von 56 % an allen Haushalten aufwies.

Auffällig ist auch die Entwicklung in den innerstädtischen hochverdichteten Stadtteilen „Zentrum“ (hohe soziale Bedarfslage) und „Adolfsallee, Luxemburgplatz“ (mittlere soziale Bedarfslage), deren Bevölkerungszahl, aber auch die Zahl der Wohnungen, deutlich zugenommen hat, ohne dass größere Neubaumaßnahmen durchgeführt wurden. Ursächlich hierfür könnten zum einen Umwandlungen von Gewerbeflächen in Wohnraum (z. B. Umwandlung von Gewerbeflächen in Studierendenappartements in der Adolfsallee) und zum anderen die Aufteilung großer Wohnungen in mehrere kleinere Wohnungen sein.

Die Versorgung der Haushalte eines Gebietes mit der tatsächlich zur Verfügung stehenden Wohnfläche kann anhand der Vorgaben des sozialen Wohnungsbaus operationalisiert werden. Der Indikator „prekäre Wohnraumversorgung“ (vgl. hierzu ausführliche Beschreibung unter 3.2.2.1) gibt Auskunft über den Grad der ausreichenden Versorgung mit Wohnraum. Der Soll-Wert wird dabei anhand der Haushaltsstruktur in einem Gebiet nach den Richtwerten des sozialen Wohnungsbaus ermittelt und der tatsächlich zur Verfügung stehenden Wohnfläche gegenübergestellt. Der Saldo Soll-Ist gibt Auskunft darüber in welchem Ausmaß die tatsächlich vorhandene Wohnfläche von den minimalen Wohnflächenvorgaben des sozialen Wohnungsbaus abweicht.

Einen Anhaltswert für die Entwicklung der Jahre 2012 bis 2017 nach den Bedarfslagenkategorien der Sozialräume gewinnt man mit untenstehender Tabelle. Es rundet sich das Bild ab, dass insbesondere die Bevölkerung in den Stadtteilen mit hohen sozialen Bedarfslagen, bedingt durch den starken Bevölkerungsanstieg und den geringen Zuwachs an Wohnraum, mit einer zunehmenden Wohnraumverknappung belastet ist. In der Gesamtstadt sank die zur Verfügung stehende Wohnfläche zwischen 2012 und 2017 um 2,5 % (-0,5 qm). In den Stadtteilen mit hohen sozialen Bedarfslagen sank der ohnehin schon geringe Versorgungswert um 14,5 % (-1,0 qm), in den Stadtteilen mit mittlerer sozialer Bedarfslage um 9,7 % (-1,9 qm). In den Stadtteilen mit niedriger Bedarfslage stieg hingegen die Wohnflächenversorgung um 3 % (+1,0 qm) an.

Tabelle 4: Entwicklung Wohnflächenversorgung im Soll-Ist-Vergleich nach Sozialraumkategorien

	Saldo Soll-Ist qm 2012	Saldo Soll-Ist qm 2017	Differenz Salden 2017 zu 2012 in qm	Differenz Salden 2017 zu 2012 in %
hohe soziale Bedarfslage	6,9qm	5,9qm	-1,0qm	-14,5%
mittlere soziale Bedarfslage	19,1qm	17,2qm	-1,9qm	-9,7%
niedrige soziale Bedarfslage	35,0qm	36,0qm	1,0qm	3,0%
Stadt Wiesbaden	20,3qm	19,8qm	-0,5qm	-2,5%

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Bautätigkeitsstatistik zur Verfügung gestellt durch Amt für Statistik und Stadtforschung, eigene Berechnungen



Grundsatz und Planung

Die angespannte Situation auf dem Wiesbadener Wohnungsmarkt mit einer immer geringer werdenden Zahl an zur Vermietung stehenden Wohnungen²⁰ und die hohen Mietpreise²¹ führt somit zu einer deutlichen Belastung (Wohnraumverknappung) der Bevölkerung in Stadtteilen mit hoher und auch in Stadtteilen mit mittlerer sozialer Bedarfslage. Hingegen ist die Bevölkerung in den Stadtteilen mit niedriger sozialer Bedarfslage von diesen Entwicklungen - bezogen auf die statistische Versorgung mit Wohnfläche - nicht betroffen.

Der Bestandswohnraum für Haushalte mit niedrigen Einkommen, Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus, hat sich von 9.745 Wohnungen in 2011 auf 8.472 Wohnungen in 2016 verringert. Erfreulicherweise ergibt sich durch verstärkte kommunal-, landes- und bundespolitische Bemühungen, so auch z. B. neuen Förderprogrammen für Wohnungsbau für Haushalte mit mittleren Einkommen, in diesem Bereich eine positive Entwicklungstendenz. Im März 2018 standen 9.759 geförderte Wohnungen für Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen in Wiesbaden zur Verfügung²². Damit ist jedoch der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum für Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen bei weitem noch nicht gedeckt.

Entwicklung der Sozialstruktur in Wiesbaden zwischen 2011 und 2017 basierend auf den Dynamikindikatoren

Die Armut in Wiesbaden hat sich weiter verstärkt; sowohl die Anzahl als auch der Anteil der Personen, die auf existenzsichernde Leistungen des Lebensunterhalts angewiesen sind - und damit im statistischen Sinne als arm gelten - ist angestiegen. Ebenso sind auch die Kinderarmut und die Arbeitslosenquote in der Wiesbadener Bevölkerung angestiegen (vgl. Tabelle 5).

Wie bereits zu Beginn dieses Kapitels erörtert, sind Anzahl und Anteil der Personen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit, hierunter fällt auch der größte Teil der Geflüchteten, gestiegen. Während die „großen Familien“ leicht zugenommen haben, sind Anzahl und Anteil der Alleinerziehenden an allen Haushalten mit Kindern etwas gesunken.

²⁰ Lt. Statistischem Jahrbuch 2017 der LH Wiesbaden standen 2013 7.820 Wohnungen in Internetportalen zur Vermietung. 2017 waren dies nur noch 6.443.

²¹ Die durchschnittlichen (Median) Angebotsmieten betrugen 2013 noch 8,90 €/qm und stiegen auf 10,20 €/qm in 2017 (Quelle: Statistisches Jahrbuch 2017 der LH Wiesbaden, Amt für Statistik und Stadtforschung)

²² Es ist zu beachten, dass in 2011 und 2016 nur geförderte Wohnungen für Haushalte mit **niedrigen** Einkommen und in 2017 geförderte Wohnungen für Haushalte mit **niedrigen und mittleren** Einkommen erfasst wurden.

Die Versorgung mit ausreichendem Wohnraum (Indikator „prekäre Wohnraumversorgung“) ist ebenfalls im gesamtstädtischen Durchschnitt gesunken; vgl. hierzu auch die ausführlichen Erläuterungen in diesem Kapitel.

Wie die Entwicklung der Dynamikindikatoren in den einzelnen Stadtteilen verlief, ist in Kapitel 8 ausführlich dargelegt.

Tabelle 5: Entwicklung der Sozialstruktur Wiesbaden 2011 - 2017 anhand der Dynamikindikatoren*

Indikator	2011		2017	
	absolut	Anteil in %	absolut	Anteil in %
Existenzsicherungsquote	34.231	12,4%	39.001	13,4%
Kinderarmutsquote	8.959	23,2%	9.857	23,8%
Arbeitslosigkeitsquote	9.570	5,4%	10.960	5,9%
Nicht-EU-Staatsangehörige	27.657	10,0%	32.734	11,3%
Alleinerziehendenquote	6.778	23,9%	6.624	22,4%
Quote große Familien	3.114	11,0%	3.511	11,9%
prekäre Wohnraumversorgung (2012)**	--	+20,3qm	--	+19,8qm

* Erläuterung der Indikatoren vgl. Kapitel 2 und 4 ** Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

Quelle: Hess. Statistisches Landesamt, Amt für Statistik und Stadtforschung, Amt für Soziale Arbeit

Bautätigkeitsstatistik, Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren; Geschäftsstatistik SGB II und XII, eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



2 Ethnische und soziale Segregation in Wiesbaden

Seit einigen Jahren wird in der wissenschaftlichen, aber auch der öffentlichen Diskussion immer häufiger das Thema Segregation in Städten thematisiert. Zahlreiche Untersuchungen²³ wurden hierzu vorgelegt und sorgen regelmäßig für mediale und politische Aufmerksamkeit und Diskussionen.

Als neuer Aspekt in der Wiesbadener Sozialraumanalyse soll mit der vorliegenden Ausgabe untersucht werden wie sich die ethnische und soziale Segregation in Wiesbaden zwischen 2006 und 2017 entwickelt hat. Besonders interessiert dabei die Frage, wie sich die Stadtteile nach Bedarfslagenkategorie²⁴ im Vergleich zur Gesamtstadt und untereinander entwickelt haben.

2.1 Begriffsdefinition und Messung von Segregation

Segregation (aus dem lateinischen segregatio = Trennung) bezeichnet im stadtsoziologischen Kontext „die Konzentration bestimmter sozialer Gruppen auf bestimmte Teilräume einer Stadt oder einer Stadtregion. ... Residentielle Segregation ist die Projektion sozialer Unterschiede auf

²³ Als Beispiele seien genannt:

Dohnke, Seidel-Schulze, Häußermann, 2012: „Segregation, Konzentration, Polarisierung - sozialräumliche Entwicklung in deutschen Städten 2007-2009“, Difu-Impulse 04/2012

Goebel, Hoppe, 2015: „Ausmaß und Trends sozialräumlicher Segregation in Deutschland“, Lebenslagen in Deutschland Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung, Berlin
Helbig, Jähnen, 2018: „Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten“, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

²⁴ Um eine Vergleichbarkeit zu gewährleisten, werden die Stadtteile nach ihrer aktuellen Bedarfslagenkategorie (Datenbasis 2016) zugeordnet.

den Raum, soziale Distanz manifestiert sich in räumlicher Distanz.“²⁵ Dem zugrunde liegt die empirische Tatsache, dass sich unterschiedliche soziale Gruppen nicht gleichmäßig über die räumlichen Gebiete einer Stadt verteilen, sondern in bestimmten Räumen stärker bzw. schwächer vertreten sind als in anderen. Häußermann beschreibt die Stadt als einen Sozialraum, dessen „sozialräumliche Struktur...das Ergebnis komplexer Prozesse (ist), in deren Verlauf die unterschiedlichen sozialen Gruppen und Milieus ihren Ort in der Stadt finden bzw. zugewiesen bekommen. Dabei spielen Marktprozesse ebenso eine Rolle wie Machtstrukturen, individuelle oder Gruppenpräferenzen ebenso wie historische Entwicklungen“.²⁶

Man unterscheidet analytisch drei Dimensionen der Segregation, die eine räumliche Ungleichverteilung der Bevölkerung nach den jeweiligen Ausprägungen beschreiben:

- die soziale Segregation (nach sozioökonomischen Merkmalen)
- die ethnische Segregation (nach ethnischen Zugehörigkeiten)
- die demografische Segregation (nach Alter, Haushaltstyp).

Zur Messung der Segregation wird im Allgemeinen der Segregationsindex (SI), nach den US-amerikanischen Stadtforschern Duncan und Duncan (1955), verwendet. Er gibt die Verteilung einer Gruppe gegenüber der restlichen Bevölkerung an und wird mit folgender Formel berechnet:²⁷

$$SI = \frac{1}{2} \sum_{i=1}^k \left| \frac{a_i}{A} - \frac{b_i}{B} \right|$$

Es gilt:

k = Anzahl städtischer Teilgebiete; in der Berechnung in dieser Analyse die 34 sozialräumlichen Stadtteile

a_i = die Bevölkerung der Gruppe a im Stadtteil (z. B. die Anzahl der Personen mit SGB II und XII-Leistungen - Existenzsicherungsquote)

b_i = die Gesamtzahl der Bevölkerung bzw. Altersgruppe im Stadtteil

A = die Größe der Gruppe A im Stadtgebiet (z. B. die Gesamtzahl der Personen mit SGB II und XII-Leistungen - Existenzsicherungsquote)

B = die Gesamtzahl der Bevölkerung bzw. Altersgruppe im Stadtgebiet

Für jeden Stadtteil werden der Anteil der untersuchten Gruppe und der Anteil der Restbevölkerung (also z. B. der Bevölkerung ohne Existenzsicherungsleistungen) an den jeweiligen Werten der Gesamtstadt ermittelt. Die Beträge (Werte ohne Negativ-Vorzeichen) dieser Anteilswerte werden aufsummiert und halbiert. Die Werte liegen dann zwischen 0 (absolute Gleichverteilung) und 1 (vollständige Segregation = die entsprechende Gruppe lebt nur in einem Gebiet). Anschließend wird aus Gründen der besseren Verständlichkeit mit 100 multipliziert um eine Prozentzahl zu erhalten.

Der so ermittelte Wert gibt an wieviel Prozent der Personen der untersuchten Gruppe in andere Stadtteile - in denen sie unterrepräsentiert - sind umziehen müssten, um eine Gleichverteilung zu erhalten.

Der Segregationsindex wird maßgeblich durch die Größe der gewählten räumlichen Einheiten bestimmt, je größer diese Einheiten sind, desto inhomogener ist die Bevölkerungsstruktur und desto geringer wird der Segregationsindex ausfallen. Weiterhin korreliert der Indexwert mit dem Anteil der untersuchten Bevölkerungsgruppe an der Gesamtzahl der Bevölkerung. Je höher der Anteil der betroffenen Gruppe desto geringer der Segregationsindex.

Aus diesen Gründen sind - aus unserer Sicht - interkommunale Vergleiche nur sehr bedingt möglich, bedürfen ausführlicher Erläuterungen und sollen daher in dieser Analyse auch nicht

²⁵ Häußermann, Siebel, 2004: „Stadtsoziologie. Eine Einführung“, S. 140, Frankfurt

²⁶ Ebenda, S. 139

²⁷ Helbig, Jähnen, 2018: S. 20

erfolgen. Weiterhin gibt es somit auch keine allgemeingültige, wissenschaftlich fundierte Kategorisierung des Segregationsindex nach hohem, mittlerem oder niedrigem Wert.

Jedoch wird in den Studien zur Segregation die Entwicklung der Segregation in den Städten im Zeitverlauf untersucht. Hierzu ist der Segregationsindex gut geeignet, da räumliche Zuschnitte und Bedingungen in einer Stadt relativ konstant bleiben und somit der Segregationsindex eine geeignete Größe ist um Veränderungen in der Durchmischung einer Stadt zu beschreiben.

Goebel und Hoppe definieren eine Veränderung des Segregationsindex im Zeitverlauf um mehr als 10 % als besonders signifikante Veränderung.²⁸ In anderen Studien wird keine Größenordnung genannt, sondern lediglich die Entwicklung des Index beschrieben.

2.2 Ethnische Segregation

Um eine ethnische Segregation in Wiesbaden zu messen, wurde in dieser Analyse, wie auch in den meisten anderen Untersuchungen zur Segregation, das Merkmal „ausländische Staatsangehörigkeit“ verwendet.

Tabelle 6 zeigt die Entwicklung der ethnischen Segregation nach den Bedarfslagenkategorien der Stadtteile zwischen 2006 und 2017. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung betrug in 2006 17,7 % und in 2017 20,6 % (nicht in der Tabelle ersichtlich). Im Vergleich zu anderen Kommunen liegen diese Anteile im oberen Mittelfeld. Wie in der Studie zur Segregation des WZB²⁹ liegt die ethnische Segregation in Wiesbaden bei einem geringeren Wert als die soziale Segregation (vgl. hierzu den nachfolgenden Abschnitt).

Interessant ist eine Analyse der Verteilung und somit auch der Segregation der Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit anhand der unterschiedlichen sozialen Bedarfslagenkategorie der Stadtteile. Der größte Teil lebte in 2006 und 2017 in den Stadtteilen mit hoher sozialer Bedarfslage, während in den Stadtteilen mit niedriger sozialer Bedarfslage der Anteil deutlich unterdurchschnittlich war. Die Stadtteile mittlerer sozialer Bedarfslage zeigen sich in beiden Vergleichsjahren ethnisch gut durchmischt und weisen von daher jeweils nur einen sehr geringen Segregationsindex auf.

Tabelle 6: Entwicklung der ethnischen Segregation 2006 - 2017

Soziale Bedarfslagenkategorie Stadtteil	Verteilung ausländischer Staatsangehörige in %		Segregations Index (SI)		Veränderung SI 2006 - 2017	
	2006	2017	2006	2017	Wert	in %
hohe Bedarfslage	44,9%	44,8%	15,4	15,6	0,2	1,1%
Mittlere Bedarfslage	37,3%	37,4%	0,2	1,1	0,9	415,9%
Niedrige Bedarfslage	17,9%	17,6%	15,2	14,6	-0,6	-3,8%
Gesamt	100%	100%	15,4	15,6	0,2	1,4%

Quelle: Eigene Operationalisierung



Grundsatz und Planung

Im Zeitverlauf hat sich keine nennenswerte Entwicklung des Segregationsindex gesamtstädtisch ergeben. In den Stadtteilen mit hoher sozialer Bedarfslage ist ein

²⁸ Goebel, Hoppe, 2015: S. 70

²⁹ Helbig, Jähnen, 2018: „Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten“, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

geringfügiger Anstieg zu beobachten, während der Segregationsindex in den Stadtteilen mit niedriger Bedarfslage gesunken ist.

In der Gesamtstadt ist zwischen 2006 und 2017 die ausländische Bevölkerung stärker (+23 %) als die Wiesbadener Gesamtbevölkerung (+5,7 %) gewachsen. Auch in den Stadtteilen mit niedrigen sozialen Bedarfslagen war ein überproportionaler Anstieg der Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit (+3,7 %) bezogen auf die Entwicklung der Gesamtbevölkerung in diesen Stadtteilen (+ 0,4 %) festzustellen.

Gleichzeitig änderte sich aber die **Verteilung** der ausländischen Bevölkerung auf die unterschiedlichen Bedarfslagenkategorien: in den Stadtteilen mit niedriger sozialer Bedarfslage sank der ohnehin schon unterdurchschnittliche Anteil aller ausländischen Staatsangehörigen in Wiesbaden, die in diesen Stadtteilen leben, von 17,9 % auf 17,6 %; während er in den Stadtteilen mittlerer Bedarfslagenkategorie leicht zunahm und in den Stadtteilen mit hoher Bedarfslage leicht zurückging. Der **Bevölkerungsanteil** der ausländischen Bevölkerung, also der Wert der ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung beschreibt, stieg aber in den Stadtteilen mit niedriger Bedarfslage von 10,4 % auf 12,4 % an und näherte sich somit ein wenig an den städtischen Durchschnitt an. Hierdurch ist auch der Rückgang der Segregationsziffer in diesen Stadtteilen zu erklären; d. h. es müssten in 2017 weniger Personen ausländischer Staatsangehörigkeit (als 2006) in die Stadtteile mit niedriger Bedarfslage ziehen um eine Gleichverteilung zu erreichen.

Der sehr hohe prozentuale Anstieg des Segregationsindex in den Stadtteilen mit mittlerer sozialer Bedarfslage erklärt sich durch die in 2006 nahezu bei 0 liegende Segregationsziffer und den Anstieg im Jahr 2017. Aber auch hier muss ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass auch dieser Wert äußerst gering ist und als „Normalverteilung“ betrachtet werden muss.

2.3 Soziale Segregation

Eine sozialräumliche Segregation in Städten nach sozioökonomischen Merkmalen, soziale Segregation, ist kein neuzeitliches Phänomen, sondern war in allen Zeiten und Kulturen in Städten anzutreffen³⁰, man denke nur an die Viertel der Kaufleute und der Handwerker in der vorindustriellen Stadt oder die sozialräumlich unterschiedlichen Quartiere des Bürgertums und der Arbeiterschaft in den Städten nach der Industrialisierung.³¹ Nach 1945 verringerte sich vor allem aufgrund des notwendigen Neuaufbaus vieler Stadtviertel und der Politik des sozialen Wohnungsbaus mit der Zielsetzung Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung zu schaffen, das Ausmaß der sozialen Segregation in den deutschen Städten. Seit den 1980er Jahren nimmt die soziale Segregation wieder zu. Gründe hierfür liegen in einer zunehmenden Einkommensungleichheit, steigenden Arbeitslosenzahlen sowie einem Rückgang der staatlichen Intervention in die Wohnraumversorgung.³² Gleichzeitig erfolgte eine Änderung der Zielsetzungen des sozialen Wohnungsbaus: weg von dem Anspruch Wohnraum für breite Schichten zu fördern, hin zur Ausrichtung auf Wohnraumschaffung für untere Einkommensgruppen. Dies hatte zur Folge, dass die in den 1960er- und 1970er- Jahren entstandenen Großsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus eine zunehmend entmischte Bevölkerungsstruktur aufwiesen.

Die unteren und oberen Bevölkerungsgruppen wohnen am stärksten räumlich segregiert, wobei die Segregation der oberen Bevölkerungsschichten am stärksten ausgeprägt ist.³³ In den nachfolgenden Ausführungen wird dies auch für Wiesbaden sichtbar - die Stadtteile mit hoher und niedriger sozialer Bedarfslage weisen hohe Segregationsindizes auf, während die Stadtteile mit mittlerer sozialer Bedarfslage nur geringe Segregationswerte erreichen, somit als sozial durchmischt bezeichnet werden können.

³⁰ Häußermann, Siebel, 2004: S.146 ff.

³¹ Eine der ersten stadtsoziologischen Segregationsuntersuchungen stammt von Friedrich Engels mit seinem Werk „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ (1845)

³² Vgl. Häußermann, Siebel, 2004: S.147; Helbig, Jähnen, 2018, S. 6

³³ Helbig, Jähnen, 2018, S. 6

Aufgrund der uns zur Verfügung stehenden Daten können wir nur die Armut (Bezug von existenzsichernden Leistungen) bzw. den Nicht-Bezug, also die Armutssegregation, messen. Da keine Daten zur sozialräumlichen Verteilung und der Höhe der Einkommen vorliegen, kann die Reichtumssegregation, die „Parallelgesellschaft des Villenviertels“, nicht untersucht werden.

Die soziologische Stadtforschung geht davon aus, dass die Nachbarschaft, das Viertel, der Stadtteil in dem Menschen leben Auswirkungen auf die individuellen Lebenschancen, Möglichkeiten und Restriktionen der Bewohner/innen, insbesondere auf die von Kindern und Jugendlichen hat. Diese sogenannten Kontext- oder Nachbarschaftseffekte haben aufgrund bestimmter Merkmale (der Nachbarschaft) einen eigenständigen Effekt auf die Einstellungen und das Verhalten der Bewohner/innen - und zwar auch dann, wenn alle individuellen Merkmale konstant gehalten werden³⁴. Als negative Kontexteffekte werden Diskriminierungen der Bewohnerschaft bestimmter Stadtteile bei Stellen- oder Ausbildungsplatzsuche, Wohnungssuche sowie strukturelle Restriktionen bezogen auf Zugang zu bestimmten Einrichtungen oder ÖPNV-Anbindungen betrachtet³⁵. Weiterhin „wird angenommen, dass bei Einwohnern benachteiligter Quartiere Prozesse sozialen Lernens ablaufen, so dass problematische Verhaltensmuster auf andere übertragen werden. Nachgewiesen wurden Nachbarschaftseffekte auf Bildung, aber auch Gesundheit und Devianz. ... Neben individuellen Problemlagen (z. B. Armut) kann das Quartier oder die Schule (oder Kindertagesstätte, d. Verfasserin) also zu einem Ort werden, der zusätzliche kollektive Problemlagen für die Menschen in diesen Räumen schafft.“³⁶. Häußermann spricht davon, dass die negativen Sozialisationseffekte der segregierten Quartiere die soziale Marginalisierung verfestigen.³⁷

Wie hat sich die soziale Segregation in Wiesbaden zwischen 2006 und 2017 entwickelt? Zunächst soll die Entwicklung der Armutssegregation anhand der Entwicklung des Bevölkerungsanteils mit existenzsichernden Leistungen nach dem SGB II und XII (Existenzsicherungsquote), wiederum bezogen auf die sozialräumlichen Stadtteile entlang der Bedarfslagenkategorie, betrachtet werden.

Die gesamtstädtische Existenzsicherungsquote lag 2006 bei 12,0 % und stieg auf 13,4 % in 2017 an. Beides sind recht hohe Werte im interkommunalen Vergleich - sie liegen höher als in den umgebenden Städten Mainz, Frankfurt und Darmstadt, lediglich Offenbach weist höhere Armutswerte auf. Der Segregationsindex, der bei hohen Anteilswerten der betroffenen Gruppe geringer ausfällt, lag 2006 bei 23,9 und stieg auf 25,9 in 2017 an. Es ist also eine deutliche Zunahme der sozialen Segregation, um 8,5 %, erfolgt.

Tabelle 7: Entwicklung der sozialen Segregation (Existenzsicherungsquote) 2006 - 2017

Soziale Bedarfslagenkategorie Stadtteil	Verteilung Personen mit SGB II und XII in %		Segregations Index (SI)		Veränderung SI 2006 - 2017	
	2006	2017	2006	2017	Wert	in %
hohe Bedarfslage	53,2%	54,7%	23,9	25,8	1,9	8,0%
Mittlere Bedarfslage	33,9%	32,5%	4,0	6,7	2,7	68,3%
Niedrige Bedarfslage	12,9%	12,4%	19,9	19,3	-0,6	-2,8%
Gesamt	100%	100%	23,9	25,9	3,3	8,5%

Quelle: Eigene Operationalisierung



Grundsatz und Planung

Die Konzentration der Armutsbevölkerung in Stadtteilen mit hoher sozialer Bedarfslage ist nochmals angestiegen und liegt nun bei 54,7 %. Demzufolge ist auch der Segregationsindex

³⁴ Goebel, Hoppe, 2015, S. 17f

³⁵ Ebenda, S. 18

³⁶ Helbig, Jähnen, S. 50

³⁷ Häußermann, Siebel, 2004: S. 150

in dieser Bedarfslagenkategorie deutlich angestiegen. Der Anteil armer Menschen, die in Stadtteilen mit mittlerer und niedriger sozialer Bedarfslage leben, ist gesunken. In den Stadtteilen mit niedriger sozialer Bedarfslage ist der Segregationsindex sehr leicht gesunken. Der prozentual erhebliche Anstieg des Indexes in den Stadtteilen mit mittlerer sozialer Bedarfslage erklärt sich durch die niedrigen Segregationswerte in 2006. Der Wert ist in 2017 weiterhin recht gering. Diese Stadtteile können nach wie vor als gut durchmischt beschrieben werden, während die Polarisierung, die Entmischung der sozialen Bevölkerungsgruppen, in den Stadtteilen mit hoher Bedarfslage auf der einen Seite und denen mit niedriger sozialer Bedarfslage auf der anderen Seite weiter zugenommen hat.

Diese Entwicklung, also eine Zunahme der sozialen Segregation, wird auch in der WZB-Studie, der Segregationsstudie des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung sowie weiteren Segregationsuntersuchungen für deutsche Städte beschrieben.

Weiterhin ist auffällig, dass der Segregationsindex für die ethnische Segregation erheblich unter dem Index der sozialen Segregation liegt. Auch dieser Effekt wird in den angesprochenen Studien benannt.

Wiesbaden ist, wie auch die weit überwiegende Zahl der anderen deutschen Städte, somit wesentlich deutlicher sozial als ethnisch gespalten.

In den Studien zur Messung der sozialen Segregation wird neben dem Indikator der Abhängigkeit von existenzsichernden Leistungen, also der Armutsquote der Gesamtbevölkerung, die Segregation armer Kinder anhand des Indikators der Kinderarmutsquote (Anteil der Kinder unter 15 Jahren mit SGB II) ausgewiesen. Wie bereits erwähnt, wirken sich armutssegregierte Nachbarschaften mit einer einhergehenden hohen Armutskonzentration in Schulen und Kindertagesstätten besonders negativ auf die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen aus.

In Tabelle 8 wird die Entwicklung der Kinderarmutssegregation in Wiesbaden zwischen 2006 und 2017 dargestellt.

Die Kinderarmutsquote lag 2006 bei 23,4 % und stieg leicht auf 23,8 % in 2017 an. Beide Werte liegen jeweils deutlich oberhalb der Existenzsicherungsquote und sind ebenso wie diese im interkommunalen Vergleich als hoch einzustufen.

Die Segregation armer Kinder ist, wie in den zitierten Untersuchungen auch, deutlich höher als die allgemeine Armutssegregation.

Tabelle 8: Entwicklung der sozialen Segregation - Kinderarmut 2006 - 2017

Soziale Bedarfslagenkategorie Stadtteil	Verteilung Kinder unter 15 Jahren mit SGB II in %		Segregations Index (SI)		Veränderung SI 2006 - 2017	
	2006	2017	2006	2017	Wert	in %
hohe Bedarfslage	58,8%	56,4%	30,0	26,9	-3,1	-10,3%
Mittlere Bedarfslage	30,0%	31,9%	7,4	6,6	-0,8	-10,9%
Niedrige Bedarfslage	10,8%	11,6%	23,1	20,1	-3,0	-13,1%
Gesamt	100%	100%	30,3	26,8	-3,5	-11,4%

Quelle: Eigene Operationalisierung

Grundsatz und Planung



Entgegen des Trends in den Segregationsstudien ist die Segregation armer Kinder in Wiesbaden rückläufig. Jedoch kann die deutlich hohe Kinderarmutsquote, die im Zeitverlauf nochmals leicht anstieg, den mathematischen Effekt eines sinkenden Segregationsindex verursachen.

Im Zeitverlauf erfolgte ein leichter Rückgang der armen Kinder, die in Stadtteilen mit hoher sozialer Bedarfslage leben, während sich in den Stadtteilen mit mittlerer und niedriger sozialer Bedarfslage der Anteil etwas erhöhte. Die Verteilung der armen Kinder über die Stadtteile ist

etwas gleichmäßiger geworden, jedoch liegt der Segregationsindex noch auf einem recht hohen Niveau.

In den Stadtteilen mit hoher sozialer Bedarfslage leben weit mehr als 50 % der armen Kinder; im Zeitvergleich ist jedoch der Anteil von 58,8 % auf 56,4 % und somit auch der Segregationsindex gesunken.

Die Stadtteile mit mittlerer sozialer Bedarfslage zeigen sich auch in diesem Indikator sozial gut durchmischt und weisen einen recht geringen Segregationsindex auf.

In den Stadtteilen mit niedriger sozialer Bedarfslage lebte, sowohl 2006 als auch 2017, der geringste Anteil der armen Kinder.

Nach Galster u. a. (2000) kommt es bei einer Armutskonzentration von mehr als 50 % zu - insbesondere für Kinder und Jugendlichen - negativen Quartierseffekten. Dann „gerät das sozialräumliche Gleichgewicht aus den Fugen und es kann zu einer „Ghettoisierung“ des Gebietes kommen“. ³⁸ In der WZB Studie wird ein Wert von mehr als 30 % armer Kinder in einer Nachbarschaft ebenfalls ausgewiesen und somit als kritisch eingestuft.

Wie stellt sich dies in Wiesbaden im Zeitvergleich dar?

2006 lebten 34,2 % aller Kinder in Stadtteilen mit mehr als 30 % armen Kindern, davon 5,6 % in Stadtteilen mit mehr als 50 % armen Kindern. Die Stadtteile Inneres Westend und Schelmengraben wiesen Kinderarmutsquoten >50 % auf.

2017 ist der Anteil an armen Kindern in Armutsnachbarschaften (>30 % Anteil armer Kinder) leicht gesunken - es leben nun 31,4 % aller Kinder in diesen Nachbarschaften. Da nur noch der Stadtteil Inneres Westend eine Kinderarmutsquote >50 % aufweist, ist auch der Anteil an Kindern in Nachbarschaften mit mehr als 50 % armen Kindern auf 3,2 % gesunken

Tabelle 9: Kinder in armen Nachbarschaften 2006-2017

	Anzahl		Anteil an Altersgruppe in %	
	2006	2017	2006	2017
Kinder u 15 in Nachbarschaften mit Kinderarmutsquote > 50%	2.153	1.339	5,6%	3,2%
Kinder u 15 in Nachbarschaften mit Kinderarmutsquote > 30%	10.916	11.685	28,6%	28,2%
Kinder in armen Nachbarschaften (>30% und >50%)	13.069	13.024	34,2%	31,4%
Kinder unter 15 Jahren	38.226	41.483	100,0%	100,0%

Quelle: Eigene Operationalisierung



Grundsatz und Planung

Gleichwohl handelt es sich auch 2017 um sehr hohe Werte - rund ein Drittel der Wiesbadener Kinder lebt in Gebieten mit einer hohen Armutskonzentration. Wie beschrieben, muss in diesen Gebieten von negativen Quartierseffekten ausgegangen werden. Durch Mechanismen der sozialen Distinktion - Mittelschichtsfamilien, die im Gebiet wohnen, wählen Kindertagesstätten ohne hohe Armutsquoten bzw. suchen über Gestattungsanträge eine andere als die zuständige Grundschule für ihre Kinder - liegt die Armutskonzentration in bestimmten Kindertagesstätten und Grundschulen sowie sonstigen sozialen Einrichtungen höher als der Anteilswert im Gebiet.

³⁸ Helbig, Jähnen, S. 50

3 Indikatoren zur Bestimmung der sozialen Bedarfslage in den Stadtteilen

Die Lebenslagen und Verwirklichungschancen der Menschen in den einzelnen Stadtteilen Wiesbadens sind ebenso komplex wie sozial hoch differenziert. Sogenannte soziale Indikatoren dienen der Sozialberichterstattung als „Anzeiger für untersuchte Sachverhalte oder Eigenschaften sozialer Tatsachen und Prozesse“.³⁹

Aus der Sicht der kommunalen Sozialverwaltung sind besonders folgende Dimensionen, die die Verwirklichungschancen der Menschen in den Stadtteilen beeinflussen, von Interesse:

- Administrative Interventionen, d. h. die Nutzung bzw. die Betroffenheit von kommunalen Geld-, Sach- und Dienstleistungen zur Sicherung wesentlicher Existenzgrundlagen der Lebensführung.
- Besondere Risiken für die Lebenslagen bzw. die Teilhabe- und Verwirklichungschancen.

Die einzelnen Indikatoren werden als Anteils- oder Dichtewerte d. h. in Prozentwerten dargestellt und zeigen damit das Ausmaß der Betroffenheit der Stadtteilbevölkerung hinsichtlich der einzelnen sozialen Phänomene. Die Indikatoren charakterisieren immer den Stadtteil im Vergleich zum gesamtstädtischen Durchschnittswert und zu den anderen Stadtteilen.

3.1 Indikatoren zur Beschreibung der „administrativen Interventionen“

Tabelle 10: Indikatoren zur Beschreibung der „administrativen Interventionen“

Bereich	Indikator	Kurzbeschreibung des Indikators
Existenzsicherung	Existenzsicherungsquote	Anteil der Personen im Leistungsbezug SGB II und XII an der Gesamtbevölkerung
Erwerbsbeteiligung	Arbeitslosigkeitsquote	Anteil der Arbeitslosen im SGB II- und SGB III-Leistungsbezug im Alter von 18 bis 64 Jahren an allen Personen dieser Altersgruppe
Erziehungshilfen	Quote Hilfen zur Erziehung	Quote der Erziehungshilfemaßnahmen bezogen auf alle jungen Menschen im Alter von 0 bis 20 Jahren
Wohnen	Anteil sozialer Wohnungsbau	Anteil der Sozialwohnungen für Haushalte mit niedrigen Einkommen (öffentlich gefördert und noch in der Sozialbindung stehend) an allen Wohnungen

Quelle: Eigene Operationalisierung

Grundsatz und Planung



Die Indikatoren zur Beschreibung der „administrativen Interventionen“ geben Auskunft darüber in welchem Ausmaß die Bevölkerung in den Stadtteilen staatliche Geld-, Sach- und Dienstleistungen zur Sicherung der materiellen Existenz, einer ausreichenden Wohnung und zur Unterstützung bei der Bewältigung von Erziehungsaufgaben in Anspruch nimmt. Indikatoren der administrativen Intervention identifizieren Stadtteile als soziale Räume in denen es der Bevölkerung im überdurchschnittlichen Maße nicht mehr gelingt ihre Lebensführung ohne sozialstaatliche „Fürsorge“ zu bestreiten.

³⁹ Fuchs u.a. 1988: Lexikon zur Soziologie S. 333 Stichwort Indikator

3.1.1 Existenzsicherungsquote

Beschreibung

Anteil der Personen an der Gesamtbevölkerung, die Leistungen gemäß SGB II - Grundsicherung für Arbeitsuchende - oder SGB XII - Sozialhilfe - beziehen.

Anspruchsberechtigt für Leistungen gemäß SGB II sind alle erwerbsfähigen Hilfebedürftigen im Alter von 15 - 65 Jahren sowie deren Angehörige insbesondere deren Kinder, die kein eigenes existenzsicherndes Einkommen erzielen.

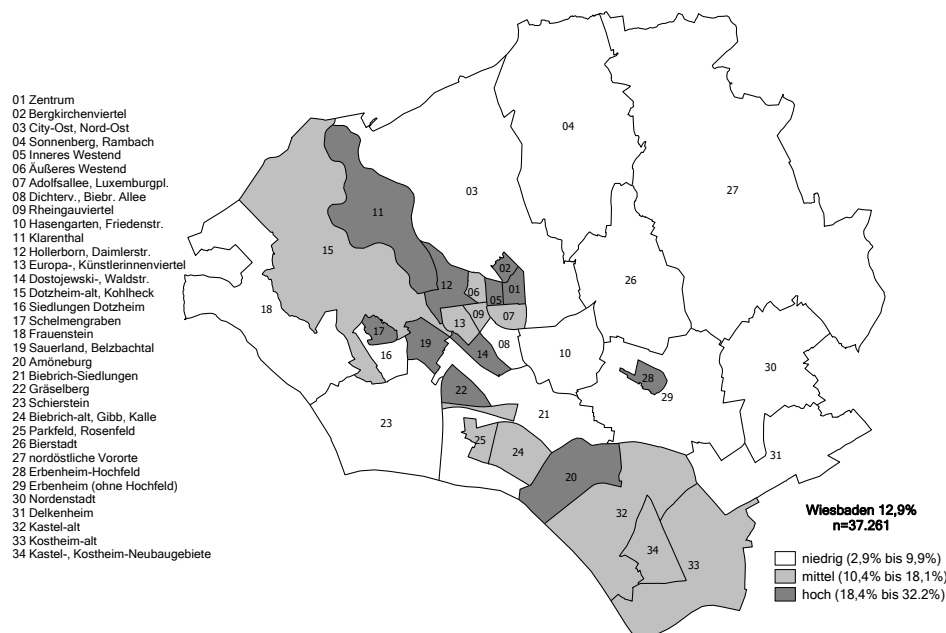
Anspruch auf Leistungen gemäß SGB XII haben Menschen die dauerhaft oder vorübergehend nicht erwerbsfähig sind sowie Menschen über 65 Jahren, ohne existenzsicherndes eigenes Einkommen.

Bedeutung für den Sozialraum

Die „Existenzsicherungsquote“ ist der wesentliche Indikator zur Bestimmung der sozialen Bedarfslage in einem Stadtteil. Er verweist auf den Anteil an Menschen, die ihren Lebensunterhalt ohne eine staatliche Hilfe nicht im Rahmen eines gesellschaftlich definierten Existenzminimums bestreiten können. Damit gelten die Menschen mit Leistungen gemäß SGB II und XII als arm.

Abbildung 1: Existenzsicherungsquote

Anteil Personen mit Existenzsicherungsleistungen SGB II und SGB XII an der Bevölkerung (31.12.2016)



Quelle: Amt für Soziale Arbeit Wiesbaden, Geschäftsstatistik SGB XII; Amt für Grundsicherung und Flüchtlinge Wiesbaden, Geschäftsstatistik SGB II; Amt für Statistik und Stadtforschung Wiesbaden, Einwohnerwesen

Grundsatz und Planung



Knappe ökonomische Ressourcen wirken auf Möglichkeiten der Lebensgestaltung in vielerlei Hinsicht. Handlungsspielräume hinsichtlich Ernährung, Kleidung, Konsumteilhabe, Freizeitgestaltung etc. sind beschränkt. Der Bezug von Existenzsicherungsleistungen unterwirft die Leistungsberechtigten besonderen Maßgaben der zuständigen Sozialbehörde. Die eingeschränkten finanziellen Ressourcen (Einkommensarmut) haben deutliche Auswirkungen auf andere Bereiche der Lebenslage wie z. B. Bildungsteilhabe, soziale und politische Teilhabe, Gesundheit und steigern die Risiken in diesen Bereichen.

Die Existenzsicherungsquote bildet überdies Risiken ab, aufgrund der ökonomischen Minimalversorgung auf weitere psycho-soziale Unterstützungsmaßnahmen angewiesen zu sein.

Methodische und inhaltliche Anmerkungen

Die „Existenzsicherungsquote“ umfasst die Personen, die Leistungen gemäß SGB II und XII beziehen, diese also beantragt und bewilligt haben. Es ist von einer gewissen „Dunkelziffer“ auszugehen, d. h., dass es Personen gibt, die aufgrund ihres geringen Einkommens anspruchsberechtigt sind, aber aus unterschiedlichen Gründen keine Leistungen beantragen. In großstädtischen Kontexten wird allgemein eine geringe Dunkelziffer angenommen; aussagefähige empirische Untersuchungen liegen auf städtischer Ebene zu diesem Sachverhalt nicht vor.

Wie auch in der Sozialraumanalyse 2014 wurde bewusst im Indikator „Existenzsicherungsquote“ auf die Einbeziehung der Personen mit Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) verzichtet. Dies begründet sich vor allem dadurch, dass eine Vergleichbarkeit des Indikators in der Zeitreihe nicht mehr gegeben wäre. Anspruchsberechtigt für Leistungen nach dem AsylbLG sind Geflüchtete über deren Antrag auf Asyl noch nicht entschieden wurde. Zum Stichtag der Erhebung der Indikatoren, 31.12.2016, waren in Wiesbaden 2.841 Personen im AsylbLG. Mit einer positiven Entscheidung des Asylantrags erfolgt ein Wechsel in den Rechtskreis des SGB II. Dies geschieht in Abhängigkeit vom Herkunftsland. Im Falle einer Ablehnung des Antrags sind Geflüchtete, in der Regel, zur Ausreise verpflichtet.

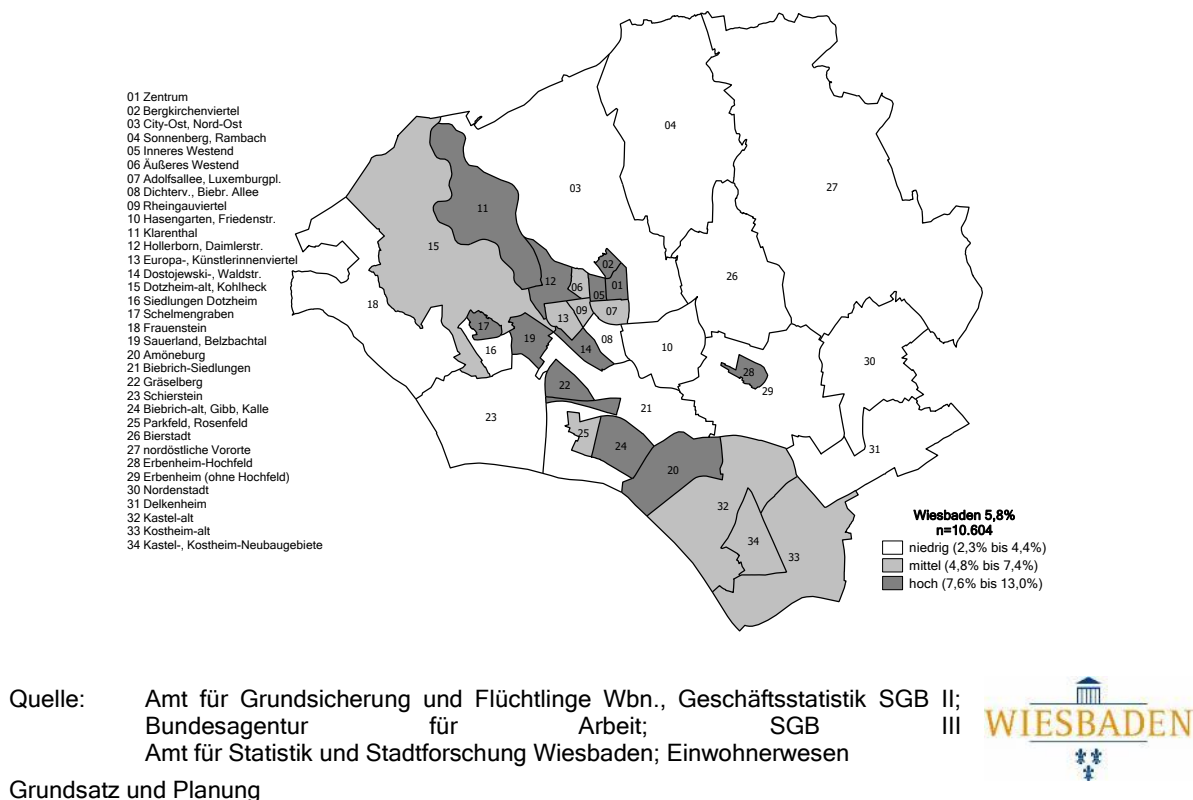
Geflüchtete in Wiesbaden im AsylbLG sind in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht. Die Bewohnerschaft einer Unterkunft ändert sich relativ stark. Insbesondere in der Einzelbetrachtung einiger Stadtteile, könnte lediglich eine „Momentaufnahme“ erfolgen, die nach relativ kurzer Zeit wieder überholt wäre. Die Änderungen der Bewohnerschaft erklären sich zum einen durch den Umstand, dass es Geflüchteten gelingt eine eigene Wohnung zu beziehen; zum anderen dadurch, dass es aufgrund räumlicher Gegebenheiten und Notwendigkeiten eine relativ hohe Mobilität zwischen den Unterkünften gibt. Diese Wechsel erfolgen z. B. aufgrund von Brandschutzauflagen, notwendigen Umstrukturierungen in der Unterkunft, individuellen Wünschen der Geflüchteten.

Über die Indikatoren „Anteil Neuzugewanderte (Erwachsene)“ und „Anteil neuzugewandelter Kinder“ in der Kategorie „riskante Lebenslagen“ sind die Geflüchteten jedoch erfasst.

3.1.2 Arbeitslosigkeitsquote

Abbildung 2: Arbeitslosigkeitsquote

Anteil Arbeitslose im SGB II und III im Alter von 18 bis 64 Jahren an der Altersgruppe (31.12.2016)



Beschreibung

Anteil der arbeitslos gemeldeten Personen im Alter von 18 bis 64 Jahren, die im Leistungsbezug gemäß SGB III (Arbeitslosengeld 1) und SGB II (Arbeitslosengeld 2) stehen an allen Personen dieser Altersgruppe.

Die „Arbeitslosigkeitsquote“ bezieht sich auf alle Personen zwischen 18 bis 64 Jahren und unterscheidet sich damit von der durch die Bundesanstalt für Arbeit veröffentlichte Arbeitslosenquote, die Arbeitslose zu Erwerbspersonen in Beziehung setzt.

Bedeutung für den Sozialraum

Arbeitslosigkeit und Erwerbsausschluss stellen einen gravierenden Einschnitt in die ökonomischen, sozialen und soziokulturellen Handlungsspielräume der Menschen dar. Arbeitslosigkeit - insbesondere über längere Zeit - ist nicht nur mit erheblichen Einkommenseinschränkungen verbunden, sondern führt nicht selten zu einer Selbst- und Fremdadwertung der Kompetenzen und Fähigkeiten des Individuums. Erzwungener dauerhafter Ausschluss aus Erwerbsarbeit lockert häufig auch die soziale Integration in Netzwerke und Verkehrskreise und erhöht das Risiko psycho-sozialer Folgeprobleme. Dieser Indikator gibt somit Hinweise auf Möglichkeiten und Risiken der sozialen Integration und der sozialen, kulturellen und politischen Teilhabechancen der Bevölkerung eines Stadtteils. In Wiesbaden erhielten ca. 77 % der Arbeitslosen Leistungen aus dem SGB II und nur 23 % Leistungen nach dem SGB III / Arbeitslosengeld I.

Methodische und inhaltliche Anmerkungen

Die „Arbeitslosigkeitsquote“ umfasst die Arbeitslosen die Leistungen gemäß SGB II und III beziehen, diese also entsprechend beantragt haben. Es ist von einer vermutlich geringen

„Dunkelziffer“ auszugehen, also Personen die anspruchsberechtigt wären, aber aus unterschiedlichen Gründen keine Leistungen beantragen.

3.1.3 Quote Hilfen zur Erziehung

Beschreibung

Anteil der Erziehungshilfemaßnahmen bezogen auf alle jungen Menschen im Alter von 0 bis 20 Jahren.

Unter „Erziehungshilfemaßnahmen“ fallen alle Maßnahmen gemäß §§ 27 ff. SGB VIII - Kinder- und Jugendhilfe. Sie umfassen sowohl ambulante Maßnahmen, bei denen der junge Mensch in der Familie verbleibt, als auch stationäre Maßnahmen bei denen der junge Mensch nicht mehr in der Herkunftsfamilie lebt sowie die Maßnahme der sozialpädagogisch betreuten Berufsausbildung.

Bedeutung für den Sozialraum

Erziehungshilfen sind sozialpädagogische Dienstleistungen, die auf Antrag der Sorgeberechtigten bzw. der jungen Heranwachsenden bei Bedarf gewährt werden. Gleichzeitig stellen diese Maßnahmen einen deutlichen Eingriff in die Lebensführung einer Familie und der betroffenen jungen Menschen dar. Sie setzen dann ein, wenn die Herausforderungen einer adäquaten Erziehung und Versorgung der Kinder und Jugendlichen nicht mehr allein durch die Sorgeberechtigten oder allgemeine soziale Einrichtungen wie z. B. Kindertagesstätten, Bezirkssozialarbeit, Erziehungsberatung oder Schulsozialarbeit bewältigt werden können.

Dieser Indikator identifiziert Stadtteile in denen sich die Schwierigkeiten und Probleme der Familien und Heranwachsenden häufen ihre Erziehungs- und Entwicklungsaufgaben zu bewältigen, diese Defizite auch nicht durch Ressourcen im Sozialraum kompensiert werden können und somit eine umfassende professionelle Unterstützung nötig ist.

Methodische und inhaltliche Anmerkungen

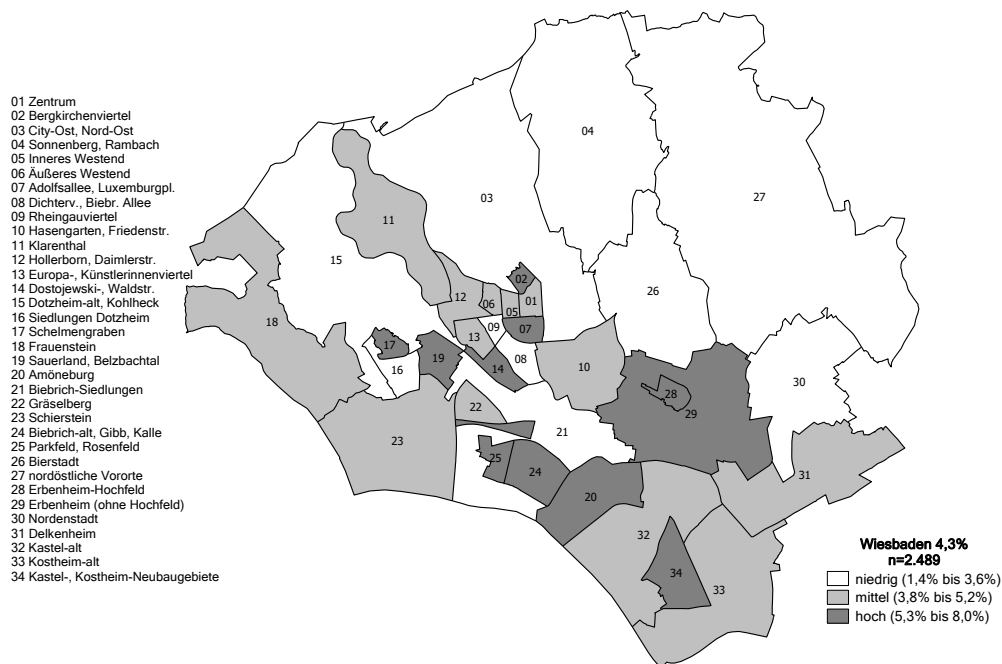
Im Vergleich zur Sozialraumanalyse 2014 musste die Erhebung des Indikators aufgrund eines veränderten Erfassungsprogramms verändert werden. Es werden nun nicht die **Personen** mit einer oder mehrerer Erziehungshilfemaßnahmen erfasst, sondern es ist lediglich eine Erfassung der Anzahl der **Maßnahmen** möglich. Bei der Interpretation des Indikators ist zu berücksichtigen, dass ein junger Mensch mehrere Maßnahmen in Anspruch nehmen kann. Bezogen auf diesen Indikator ist weiterhin anzumerken, dass - je nach Größe des Stadtteils - die Zahl der Maßnahmen relativ gering ist. Aus diesem und aus dem oben genannten Grund können sich in der Zeitreihe recht große Schwankungen ergeben. Im Vergleich der Stadtteile untereinander müssen die absoluten Zahlen bei der Interpretation dieses Indikators immer mit beachtet werden.

Durch das Verfahren der z-Transformation, (s. auch Kapitel 4.1) also der Auswertung der Abweichungen der einzelnen Stadtteile zum Mittelwert, werden die prozentualen Verzerrungen relativiert.

Da der Zugang zu Erziehungshilfemaßnahmen in der Regel auf Antrag der betroffenen Familien bzw. des bzw. der jungen Heranwachsenden erfolgt, kann allein durch diesen Indikator keine vollständige Aussage über tatsächlich vorhandenen Hilfe- und Unterstützungsbedarf gegeben werden. Die Bereitschaft sich bei massiven Erziehungs- bzw. Entwicklungsproblemen an die Institution „Amt für Soziale Arbeit“ zu wenden, hängt stark von individuellen, sozialen und kulturellen Voraussetzungen und Sichtweisen, aber auch der Kenntnis nichtstaatlicher Hilfemaßnahmen und die zu deren Nutzung nötigen ökonomischen Ressourcen ab.

Abbildung 3: Quote Hilfen zur Erziehung

Quote Erziehungshilfemaßnahmen bezogen auf die 0-20-Jährigen (31.12.2016)



Quelle: Amt für Soziale Arbeit Wiesbaden, Geschäftsstatistik Bezirkssozialarbeit;
Amt für Statistik und Stadtforschung Wiesbaden, Einwohnerwesen
Eigene Berechnungen



Grundsatz und Planung

3.1.4 Anteil sozialer Wohnungsbau

Beschreibung

Anteil der Sozialwohnungen für Personen mit niedrigen Einkommen an allen Wohnungen im Stadtteil. Es wird der Anteil der Wohnungen erfasst,

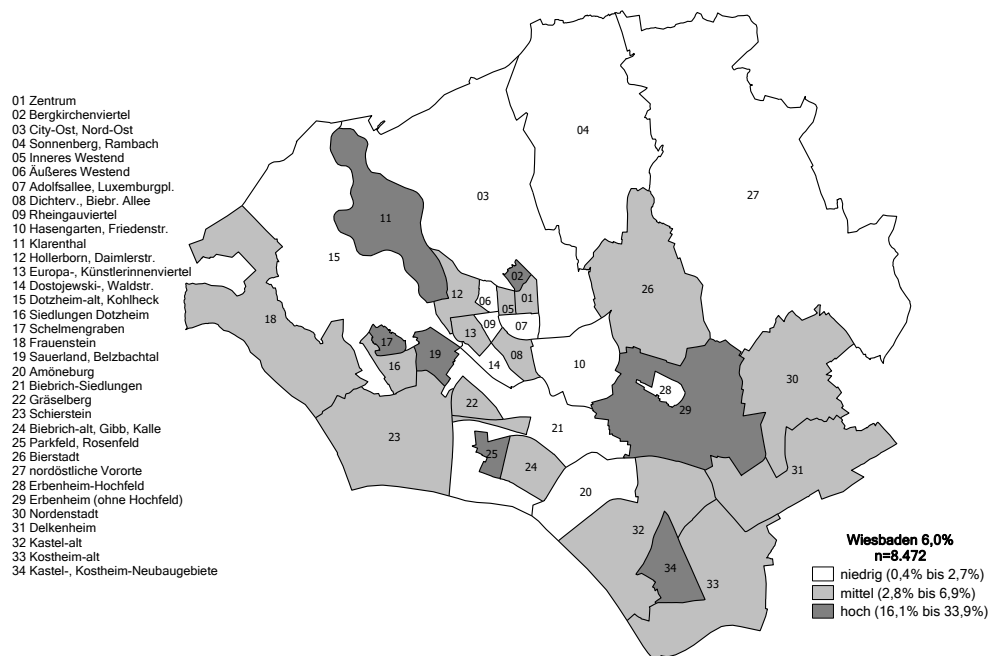
- die mit öffentlicher Förderung gebaut wurden,
- deren befristete Sozialbindungen noch nicht abgelaufen sind und
- die nur an Haushalte mit einem Einkommen innerhalb der festgelegten Einkommensgrenzen des „geförderten Wohnungsbaus für Haushalte mit niedrigen Einkommen“, mit einer entsprechenden Berechtigung bzw. in Abstimmung mit dem Kommunalen Wohnungsservice im Amt für Soziale Arbeit vergeben werden.

Bedeutung für den Sozialraum

Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus werden in Wiesbaden in Abstimmung mit dem kommunalen Wohnungsservice des Amtes für Soziale Arbeit belegt. In der Regel wählen die Vermieter aus einer längeren Vorschlagsliste des kommunalen Wohnungsservice ihre Mieter aus. Anspruchsberechtigt sind Menschen, die ihren Wohnungsbedarf, aufgrund fehlender ökonomischer Ressourcen und ggf. zusätzlicher sozialer Merkmale, nicht über den freien Wohnungsmarkt decken können. Da der Anspruch auf eine Sozialbauwohnung an Einkommensgrenzen gebunden ist, gibt dieser Indikator einen Hinweis auf die Einkommensstruktur der Bevölkerung eines Stadtteils, d. h. in Stadtteilen mit einem hohen Anteil an Sozialbauwohnungen lebt ein hoher Anteil an Menschen mit unterdurchschnittlichen Einkommen.

Abbildung 4: Anteil sozialer Wohnungsbau

Anteil öffentlich geförderte Wohnungen für Haushalte mit niedrigem Einkommen an allen Wohnungen (31.12.2016)



Quelle: Amt für Soziale Arbeit Wiesbaden, FEBAG; Hessisches Statistisches Landesamt, Bautätigkeitsstatistik bereit gestellt durch Amt für Statistik und Stadtforschung Wiesbaden



Grundsatz und Planung

Methodische und inhaltliche Anmerkungen

Der Anteil an sozialem Wohnungsbau allein kann noch keinen hinreichenden Hinweis auf einen Wohnungsbestand mit niedrigem Mietsegment geben, primär zeigt er nur den Sachverhalt an, dass ein größerer Teil der Wohnungen nach administrativen Bedarfsdefinitionen an Haushalte mit unterdurchschnittlichen Einkommen vergeben wird.

Es gibt auch Stadtteile, die sich durch ein niedriges Mietniveau auszeichnen, gleichzeitig aber nur sehr geringe Quoten von Wohnungen im sozialen Wohnungsbau aufweisen. Hier handelt es sich vor allem um innerstädtische bzw. innenstadtnahe Wohnlagen, in denen viele nicht sanierte, einfach ausgestattete, nicht selten durch Verkehrsimmissionen belastete und deshalb relativ preisgünstige Wohnungen vorhanden sind.

Die Zahl der noch in der Bindung stehenden Wohnungen im sozialen Wohnungsbau für Haushalte mit niedrigem Einkommen hat sich durch das Auslaufen der Bindungen im Zeitraum von 2011, der Datenbasis der letzten Sozialraumanalyse, bis 2016 von 9.745 Wohnungen auf 8.472 Wohnungen reduziert.

3.2 Indikatoren zur Beschreibung „riskanter Lebenslagen“

Das Indikatorenset zur Charakterisierung „riskanter Lebenslagen“ wurde im Vergleich zur Sozialraumanalyse 2014 erweitert und in einigen Indikatoren verändert. Einige der in 2014 verwendeten Indikatoren sind weggefallen, da aktuelle Daten nicht zur Verfügung standen oder geeignetere Daten für einen neuen Indikator verfügbar waren. In Tabelle 11 sind die neu hinzu gekommenen bzw. veränderten Indikatoren farblich kenntlich gemacht.

Ausgehend von der Grundannahme, dass sich das Ausmaß der sozialen Teilhabechancen in nahezu allen Lebensbereichen widerspiegelt, die verschiedenen Dimensionen der Lebenslage aufeinander wirken, sich gegenseitig verstärken oder abschwächen, wurden die Indikatoren zur Messung der „riskanten Lebenslagen“ in neun Bereiche unterteilt.

Diese sollen ein möglichst facettenreiches und umfassendes Abbild der Lebenslagenrisiken der Menschen unter Berücksichtigung verschiedener Dimensionen vermitteln.

Mithilfe des Indikatorensets werden Stadtteile identifiziert, in denen die Bevölkerung über geringere Verwirklichungschancen zur Lebensgestaltung und zur sozialen Teilhabe verfügt. Höhere soziale Risikolagen in diesen Stadtteilen führen jedoch nicht notwendigerweise zu sozialen Ausgrenzungen und Existenzsicherungsproblemen, allerdings machen sie durchschnittlich höhere soziale Unterstützungs- und Förderbedarfe als in den anderen Wohngebieten wahrscheinlich.

Einige der den „riskanten Lebenslagen“ zugeordneten Indikatoren, wie beispielsweise die „Kinderarmutsquote“, die „Wohngeldquote“, zeigen hinsichtlich der Zuordnung in eine Indikatorendimension einen ambivalenten Charakter. Es wäre auch eine Zuordnung in das Indikatorenset der „administrativen Intervention“ möglich gewesen. So hat beispielsweise die Abhängigkeit eines Kindes von SGB II-Leistungen („Kinderarmutsquote“) statistisch relevante und empirisch belegte Auswirkungen auf Bildungsteilhabe, Gesundheit und soziale Teilhabemöglichkeiten. Die Abhängigkeit von Wohngeld („Wohngeldquote“) ist eine staatliche Transferleistung, also eine „administrative Intervention“, aber gleichzeitig auch ein starker Indikator für ein „prekäres Einkommen“, da das Einkommen der Wohngeldbeziehenden nicht zum Bezug von Leistungen nach dem SGB II oder XII berechtigt, gleichwohl aber so niedrig ist, dass eine staatliche Unterstützung zur Sicherung der Wohnung nötig ist.

Die Zuordnung dieser „ambivalenten“ Indikatoren zu dem Bereich der „riskanten Lebenslagen“ erfolgte zum einen um die einzelnen Dimensionen der Lebenslagenrisiken mit einer ausreichend großen Zahl an Indikatoren auszustatten und zum anderen aus Gründen der Vergleichbarkeit mit der „Sozialraumanalyse 2014“ - auch in dieser waren die genannten Indikatoren den „riskanten Lebenslagen“ zugeordnet.

Tabelle 11: Indikatoren zur Beschreibung der „riskanten Lebenslagen“

Bereich	Indikator	Kurzbeschreibung des Indikators
Prekäre Einkommen	Wohngeldquote	Anteil Haushalte mit Wohngeldbezug an allen Haushalten
	Anteil sozialversicherungs- pflichtig Beschäftigter mit SGB II-Leistungen	Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im SGB II-Bezug im Alter von 18 bis 64 Jahren an allen 18- bis 64-Jährigen
	Quote Langzeitbezug Transferleistungen	Anteil 18- bis 54-Jährige im Langzeitbezug SGB II (in den letzten 48 Monaten mind. 42 Monate im Bezug) oder im SGB XII an der Altersgruppe
Wohnen	Prekäre Wohnraumversorgung	Abweichung der tatsächlich im Stadtteil zur Verfügung stehenden Wohnfläche zu den Vorgaben des sozialen Wohnungsbaus
	Risiko Geringe Wohneigentumsquote	Anteil der Haushalte, die nicht in selbst genutztem Wohneigentum leben an allen Haushalten
	Anteil Räumungsklagen und Zwangsräumungen	Quote Räumungsklagen und Zwangsräumungen der letzten 3 Jahre bezogen auf alle Haushalte
Bildungs- teilhabe	Anteil Geringqualifizierter mit SGB II-Leistungen	Anteil der über 25- bis 64-Jährigen ohne Berufsabschluss mit SGB II-Leistungen an allen SGB II- Leistungsberechtigten der Altersgruppe
	Quote Unzureichende Kompetenzen für den Schulstart	Anteil der Kinder mit unzureichenden Kompetenzen für einen guten Schulstart an allen einzuschulenden Kindern
	Quote Risiko Schulabschluss ohne Hochschulreifeoption	Anteil der Schüler/innen (5. bis 9. Klasse), die durch ihren aktuellen Schulbesuch eine geringe Chance auf den Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung haben an allen Schüler/innen der Klassenstufen
Herkunfts- benach- teiligung	Kinderarmutsquote	Anteil Kinder unter 15 Jahren im SGB II-Bezug an allen unter 15-Jährigen
	Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	Anteil der Kinder in der Schuleingangsuntersuchung mit anderer Familiensprache als Deutsch
	Anteil langzeitarmer Kinder	Kinder 4 bis 17 Jahre im SGB II-Langzeitbezug (in den letzten 48 Monaten mind. 42 Monate im Bezug) oder SGB XII-Bezug an der Altersgruppe
	Anteil neuzugewanderter Kinder	Anteil der hier lebenden Kinder im Alter von 0-17 Jahren mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die in den letzten beiden Jahren direkt aus dem Ausland oder hessischen Erstaufnahmeeinrichtungen zugezogen sind an der Altersgruppe
Familien mit Risiken	Alleinerziehenden-Quote	Anteil Alleinerziehendenhaushalte an allen Haushalten mit Kindern
	Quote Große Familien	Anteil Haushalte mit 3 und mehr Kindern an allen Haushalten mit Kindern
Alte Menschen mit Risiken	Anteil alleinlebender alter Menschen	Anteil der ab 75- Jährigen in Einpersonenhaushalten an allen Haushalten mit Menschen ab 75 Jahren
	Quote Altersarmut	Anteil der ab 55-Jährigen im SGB II-Langzeitbezug (in den letzten 48 Monaten mind. 42 im Bezug) oder mit SGB XII-Leistungen
Soziale Einbindung	Quote Wohndauer unter 10 Jahren	Anteil der Erwachsenen mit einer Wohndauer unter 10 Jahren an der aktuellen Adresse an der erwachsenen Bevölkerung
	Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	Anteil der Personen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit an der Bevölkerung
	Anteil Neuzugewanderte	Anteil hier lebender Erwachsener mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die direkt aus dem Ausland oder aus hessischen Erstaufnahmeeinrichtungen zugezogen sind an der erwachsenen Bevölkerung
	Anteil Unsicherer Aufenthaltsstatus	Anteil der Nicht-EU-Staatsangehörigen über 15 Jahren ohne Niederlassungs-erlaubnis oder gleichwertigem Aufenthaltsstatus an allen über 15-Jährigen
Gesundheits- risiken	Rate Vorzeitige Sterblichkeit	Sterberate auf 1.000 Einwohner im Alter von 0-64 Jahren während der letzten fünf Jahre
	Anteil übergewichtiger Kinder bei Schulbeginn	Anteil übergewichtiger oder adipöser Kinder an allen untersuchten Kindern der Schuleingangsuntersuchung
Politische Teilhabe	Anteil Erwachsene ohne Teilhabe an Bundestagswahl	Anteil der Nicht-Wahlberechtigten und Nichtwählenden bei der Bundestagswahl 2017 an der erwachsenen Bevölkerung

3.2.1 Prekäre Einkommen

Diese Indikatorengruppe liefert Hinweise auf die räumliche Verteilung von Personen mit Einkommenslagen, die über der Einkommensgrenze zum Erhalt von Existenzsicherungsleistungen gemäß SGB II und XII angesiedelt sind, die aber gleichwohl nur prekäre ökonomische Verwirklichungschancen bedeuten (Wohngeldquote). Weiterhin gibt sie Hinweise auf spezifische Verwirklichungschancen oder -risiken der erwachsenen Bevölkerung auf dem Arbeitsmarkt (Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit SGB II-Leistungen). Außerdem wird die räumliche Verteilung der Gruppen mit verfestigter Armutslage deutlich (Quote Langzeitbezug Transferleistungen).

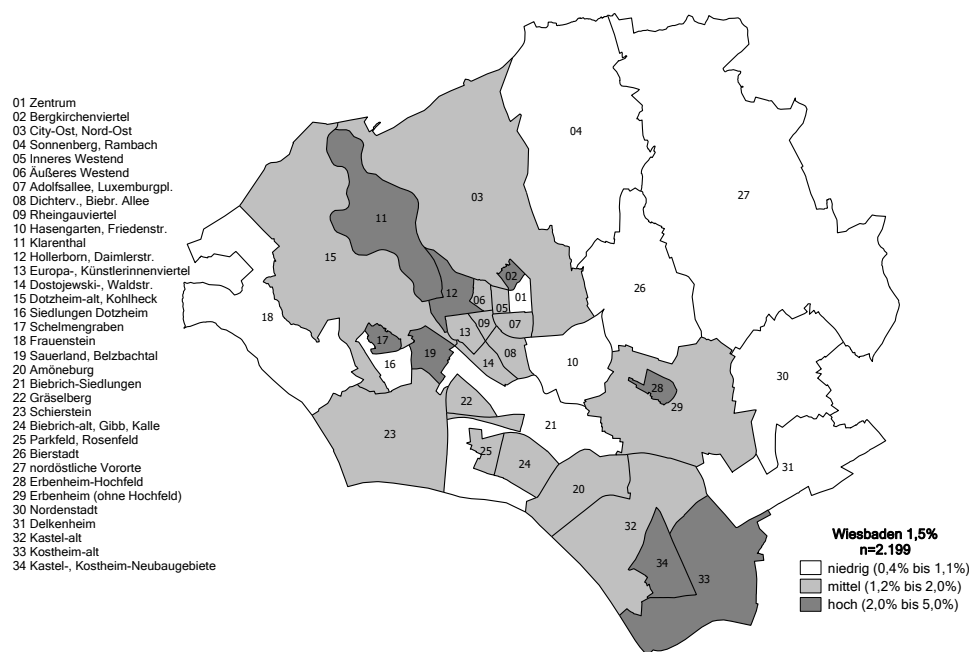
3.2.1.1 Wohngeldquote

Beschreibung

Anteil der Haushalte, die Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz beziehen an allen Haushalten.

Abbildung 5: Wohngeldquote

Anteil Haushalte mit Wohngeldbezug an allen Haushalten (31.12.2016)



Quelle: Hessische Zentrale für Datenverarbeitung; Daten bereit gestellt durch Amt für Statistik und Stadtforschung Wiesbaden



Grundsatz und Planung

Bedeutung für den Sozialraum

Wohngeld ist eine staatliche Transferleistung, die an Haushalte mit geringem Einkommen, die aber nicht im Leistungsbezug gemäß SGB II und XII stehen, zur Sicherung einer adäquaten Unterkunft gewährt wird („vorrangige Leistung“). Anspruchsberechtigt sind Haushalte in Mietwohnungen und auch Haushalte im selbst genutzten Wohneigentum.

Der Indikator Wohngeldquote liefert Hinweise auf die räumliche Verteilung niedriger Renten sowie niedriger Erwerbseinkommen. Rentenbeziehende und Familien stellen den größten Teil der Wohngeldberechtigten.

Der Indikator gibt somit Hinweise auf prekäre Einkommensverhältnisse.

Methodische und inhaltliche Anmerkungen

Der Kreis der Wohngeldberechtigten und damit auch der Wohngeldbeziehenden ist seit der Einführung der existenzsichernden Leistungen des SGB II (2005) und XII deutlich zurückgegangen. Zum Datenstichtag der Sozialraumanalyse 2014 (31.12.2011) waren 1.997 Haushalte im Wohngeldbezug, diese Zahl verringerte sich bis 2015 auf 1.393 Haushalte. Nach der Reform des Wohngeldgesetzes, die am 01.01.2016 in Kraft trat und eine Erhöhung der Sätze, Einkommensgrenzen und auch eine Anpassung an das gestiegene Mietniveau beinhaltete, stieg die Zahl der Haushalte, die Wohngeld bezogen zum 31.12.2016 um 58 % auf 2.199 Haushalte. Die 2020 in Kraft tretende Wohngeldnovelle wird wiederum eine erhöhte Inanspruchnahme nach sich ziehen.

Es ist aber immer noch davon auszugehen, dass der Kreis der Anspruchsberechtigten in nicht unerheblichem Maße größer ist als der Kreis der Personen, die tatsächlich Wohngeld beziehen.

3.2.1.2 Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit SGB II-Leistungen**Beschreibung**

Anteil der Personen im Alter von 18 - 64 Jahren, die einer sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigkeit nachgehen und gleichzeitig Leistungen gemäß SGB II beziehen, an allen 18 - 64-Jährigen. Nicht erfasst wurden hierbei Personen, die eine sozialversicherungspflichtige berufliche Ausbildung absolvieren oder in einem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis, einem so genannten „450 €-Job“ tätig sind.

Bedeutung für den Sozialraum

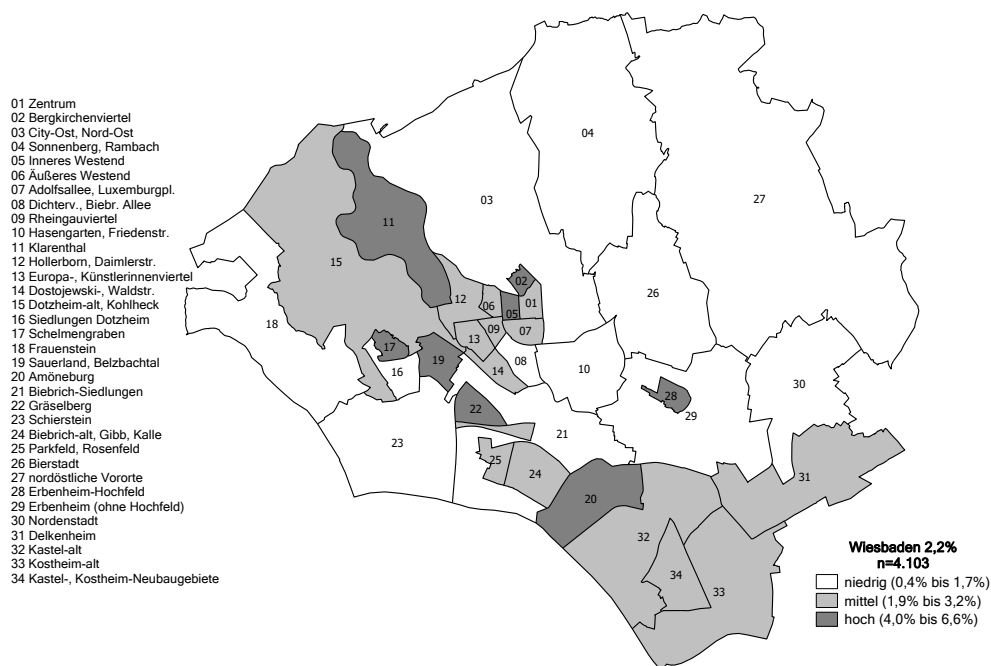
Dieser Indikator identifiziert die Quote der so genannten „Aufstocker/innen“ oder auch „Working Poor“ an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter; also Personen die einer Erwerbstätigkeit nachgehen, deren Erwerbseinkommen aber unter der Grenze des festgelegten Existenzminimums liegt. Zur Sicherung ihres Einkommens bzw. des Familieneinkommens sind sie auf ergänzende staatliche finanzielle Leistungen angewiesen. Er ist somit ein weiterer Indikator zur Identifizierung von prekären Beschäftigungslagen und damit verbundener Einkommensarmut. Der Indikator verweist aber andererseits auf Potenziale, Teilhabe und Initiative der Menschen, die einer regelmäßigen Erwerbstätigkeit nachgehen, obwohl sie damit kein existenzsicherndes Einkommen erzielen und letztlich nur über ein marginal höheres Einkommen als ohne Erwerbstätigkeit verfügen.

Methodische und inhaltliche Anmerkungen

Es ist davon auszugehen, dass die Gruppe der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die ein niedriges nicht existenzsicherndes Erwerbseinkommen erzielt, etwas größer ist als die Zahl der SGB II-Aufstockenden.

Dies bedeutet, dass der Anteil der „Working Poor“ höher ist, als sich aus den vorhandenen Zahlen ablesen lässt.

Abbildung 6: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit SGB II-Leistungen 18-64 Jahre
Anteil an allen 18-64-Jährigen (31.12.2016)



Quelle: Amt für Grundsicherung und Flüchtlinge Wbn., Geschäftsstatistik SGB II, Amt für Statistik und Stadtforschung; Einwohnerwesen



Grundsatz und Planung

3.2.1.3 Quote Langzeitbezug Transferleistungen

Beschreibung

Anteil der erwachsenen Personen (18 bis 54 Jahre) mit Leistungen nach dem SGB XII, Kapitel 3 und 4 sowie Personen mit Leistungen nach dem SGB II, die innerhalb der letzten 48 Monate mindestens 42 Monate im Leistungsbezug waren bezogen auf alle 18- bis 54-Jährige.

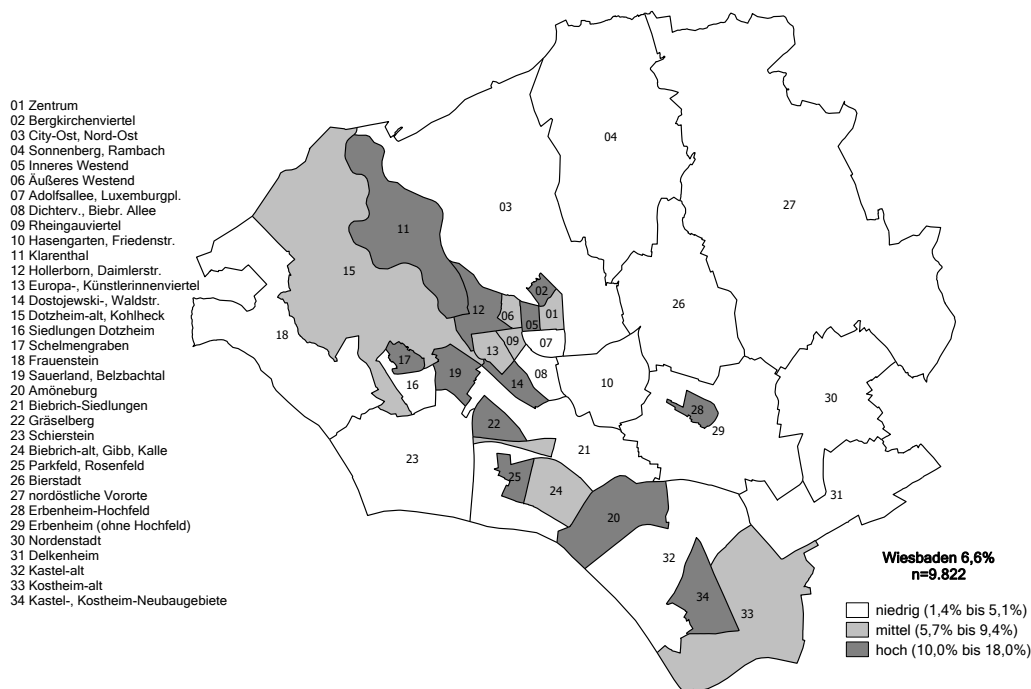
Bedeutung für den Sozialraum

Armut und damit ein Mangel an Ressourcen, der Teilhabechancen deutlich einschränkt, kann nicht allein mit dem Status „arm“ ausreichend beschrieben werden, auch die Dauer der Armut spielt dabei eine wesentliche Rolle. Kurzzeitige Armutsphasen wirken sich nicht längerfristig negativ auf die soziale und gesellschaftliche Teilhabe aus. „Erst mit der Zeit zehrt der Ressourcenmangel an den Lebens(grund)lagen, ziehen Menschen sich aus dem gesellschaftlichen Leben zurück, stellen sich negative Effekte auf die soziale Teilhabe ein, vertiefen sich soziale Gräben. Je länger Armut andauert, umso stärker setzt sie sich fest in den Lebenslagen und Lebensläufen von Individuen und Familien, in Nachbarschaften und Stadtteilen, im Alltag und den biographischen Zeithorizonten von Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft.“⁴⁰

⁴⁰ Olaf Groh-Samberg, „No way out - Dimensionen und Trends der Verfestigung der Armut in Deutschland“ in Sozialer Fortschritt 12/2014

Abbildung 7: Quote Langzeitbezug Transferleistungen (18- bis 54-Jährige)

Anteil Personen mit SGB XII, Kapitel 3 und 4 oder SGB II (in den letzten 4 Jahren mind. 3,5 Jahre im Leistungsbezug) an allen 18- bis 54-Jährigen (31.12.2016)



Quelle: Amt für Grundsicherung und Flüchtlinge Wbn., Geschäftsstatistik SGB II;
Amt für Soziale Arbeit Wiesbaden, Geschäftsstatistik SGB XII,
Amt für Statistik und Stadtforschung Wiesbaden, Einwohnerwesen
Eigene Berechnungen



Grundsatz und Planung

Groh-Samberg beschreibt, dass dauerhafte prekäre Lebensverhältnisse, also dauerhafte Armutserfahrungen zu einer verfestigten, deutlich eingeschränkten sozialen Teilhabe und einem Rückzug aus dem sozialen Leben führen und „mit zunehmender Dauer von Ressourcenmangel die Wahrscheinlichkeit einer Kumulation von multiplen Problemlagen zunimmt.“⁴¹

In Stadtteilen mit hohen Anteilen an verfestigter Armut ist somit mit negativen Quartiereffekten, die sich insbesondere auf die Lebens- und Entwicklungsbedingungen von Kindern und Jugendlichen beeinträchtigend auswirken zu rechnen. Ein Ausstieg aus der Armut wird durch den Mangel an sozialem Kapital in den Nachbarschaften erschwert. „Die soziale Homogenität hat zugleich den selbstverstärkenden Effekt, dass damit auch die sozialen Netzwerke, und damit Informationen und Rollenvorbilder, verloren gehen, die wichtige Ressourcen für die Überwindung von Armutsphasen darstellen.“⁴²

Methodische und inhaltliche Anmerkungen

Der Indikator definiert Langzeitbezug bezogen auf die Leistungsberechtigten im SGB II zwar analog der Definition, die in einer Rechtsverordnung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zur Festlegung der Kennzahlen nach § 48a SGB II getroffen wurde (innerhalb der letzten 24 Monate mindestens 21 Monate im Bezug stehend). Der Zeitraum des Langzeitbezugs wurde in unserem Indikator jedoch auf „innerhalb der letzten 48 Monate

⁴¹ ebenda

⁴² ebenda

mindestens 42 Monate im Bezug stehend“ verdoppelt, um eine besondere Verfestigung der Armutslage zu erfassen. Unterbrechungen der Bezugsdauer kürzer als 90 Tagen wurden nicht berücksichtigt.

Weiterhin zählen - unabhängig von der Dauer des Bezugs - alle Personen der Altersgruppe dazu, die Leistungen nach dem SGB XII Kapitel 3 (Hilfe zum Lebensunterhalt) - also befristet erwerbsgemindert im Sinne der gesetzlichen Rentenversicherung sind - sowie nach dem Kapitel 4 (Grundsicherung), also dauerhaft erwerbsgemindert im Sinne der gesetzlichen Rentenversicherung sind. Bei diesen Personen sind die Quoten der Aufnahme einer Existenzsichernden Beschäftigung sehr niedrig und damit eine Unabhängigkeit von Transferleistungen relativ unwahrscheinlich.

Zum 31.12.2016 waren 48,4 % aller SGB II-Beziehenden der Altersgruppe gemäß unserer Definition im Langzeitbezug.

3.2.2 Wohnen

In dieser Dimension der Lebenslage sind Indikatoren zusammengefasst, die besondere Risiken bezüglich der Siedlungsbedingungen beschreiben.

3.2.2.1 Prekäre Wohnraumversorgung

Beschreibung

Abweichung der tatsächlich zur Verfügung stehenden Wohnfläche (IST) von den Vorgaben des sozialen Wohnungsbaus (SOLL), die quasi als Mindeststandard gewertet werden können. Der Wohnflächen IST-Wert wird anhand der Gesamtwohnfläche des Gebietes bezogen auf die Zahl und Größe der Haushalte ermittelt.

Der Wohnflächen SOLL-Wert wird aus den Wohnungsgrößen-Richtwerten des Sozialen Wohnungsbaus (1-Personen-Haushalt 50 qm, 2-Personen-Haushalt 60 qm, 3-Personen-Haushalt 75 qm, 4-Personen-Haushalt 85 qm, jede weitere Person + 10 qm) ermittelt.

Ein positiver Wert bei der Differenz SOLL - IST weist somit darauf hin, dass statistisch die Wohnfläche pro Haushalt größer ist als die minimalen Richtwerten des sozialen Wohnungsbaus vorgeben. Ein negativer Wert verweist auf den prekären Tatbestand einer statistisch noch geringeren Wohnfläche bezogen auf die restriktiven Richtwerte für die Neubelegung im sozialen Wohnungsbau.

Bedeutung für den Sozialraum

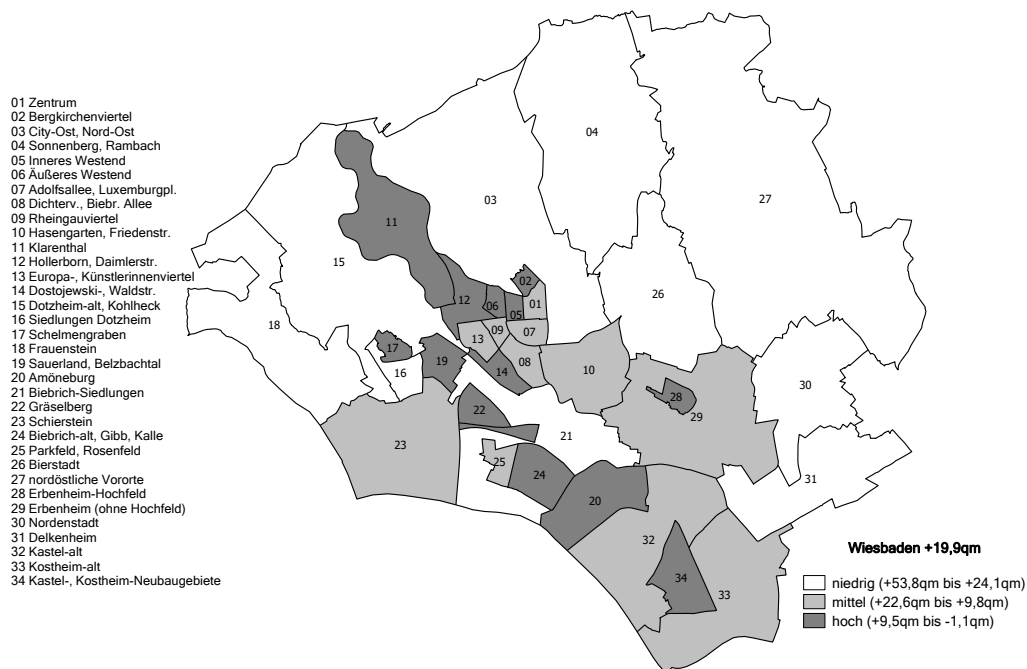
Die dem Haushalt zur Verfügung stehende Wohnfläche hat wesentliche Auswirkungen auf das Zusammenleben innerhalb des Haushaltes und die individuellen Entfaltungsmöglichkeiten seiner Mitglieder. Hohe Belegungsdichten führen außerdem zu nachbarschaftlichen Stresssituationen und zu größeren Bedarfen hinsichtlich der Aufenthaltsqualitäten des Wohnumfeldes und der sozialen Infrastruktur.

Insbesondere in Haushalten mit Kindern kann sich eine zu geringe Wohnfläche negativ auf die Entwicklungsmöglichkeiten des Kindes auswirken. Häufig steht kein eigenes Zimmer oder eigener Rückzugsbereich für das Kind zur Verfügung. Es fehlt somit an Raum zum Lernen, Spielen und Freunde einladen; ein Großteil dieser Aktivitäten muss außerhalb der Wohnung realisiert werden.

Somit liefert dieser Indikator zum einen Hinweise auf eine prekäre Wohnraumversorgung und soziale Risiken in der Familie und für das nachbarliche Zusammenleben sowie auf die Notwendigkeit außerhäuslicher Aufenthaltsräume insbesondere für Kinder und Jugendliche.

Abbildung 8: Prekäre Wohnraumversorgung

Abweichung der zur Verfügung stehenden Wohnfläche zu den Vorgaben des Sozialen Wohnungsbaus (31.12.2016)



Hinweis zur Grafik:

Die Kategorisierung „niedrig“, „mittel“ und „hoch“ definiert die soziale Bedarfslage bezogen auf diesen Indikator und bezieht sich nicht auf das Ausmaß der Versorgung mit Wohnfläche. Eine niedrige Bedarfslage bedeutet also, dass die Versorgungslage mit Wohnfläche sehr gut ist.

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Bautätigkeitsstatistik
Amt für Statistik und Stadtforschung Wiesbaden; Einwohnerwesen, eigene Fortschreibung



Grundsatz und Planung

Methodische und inhaltliche Anmerkungen

Der Indikator liefert eine zweifache Aussage: einerseits identifizieren Werte um oder unter „0 qm“ die wenigen Stadtteile mit tatsächlich prekären Wohnbedingungen; andererseits bildet dieser Indikator für die zahlreichen Stadtteile im deutlich positiven Wertebereich eher eine Rangfolge der Qualität der Wohnflächenversorgung ihrer Bevölkerung ab.

3.2.2.2 Risiko Geringe Wohneigentumsquote

Beschreibung

Anteil der Haushalte, die nicht in von ihnen selbst genutzten Wohneigentum (eigenes Haus oder Eigentumswohnung) leben an allen Haushalten in den bewohnten Wohnungen.

Bedeutung für den Sozialraum

Dieser Indikator identifiziert Stadtteile mit einer niedrigen bzw. hohen Wohneigentumsdichte und liefert somit Hinweise auf Siedlungsstrukturen, aber auch auf eine sozialstrukturelle Zusammensetzung der Bevölkerung im Stadtteil. In Stadtteilen mit hohen Werten in diesem Indikator ist die überwiegende Siedlungsform der Geschosswohnungsbau, während in den Stadtteilen mit niedrigen Anteilen die Bebauung mit Einfamilienhäusern vorherrscht.

Weiterhin liefert der Indikator im Falle niedriger Werte Hinweise auf Stadtteile mit einer überwiegend wohlhabenden, gut situierten Bevölkerung und kann somit als ein Indikator für Wohlstand betrachtet werden.

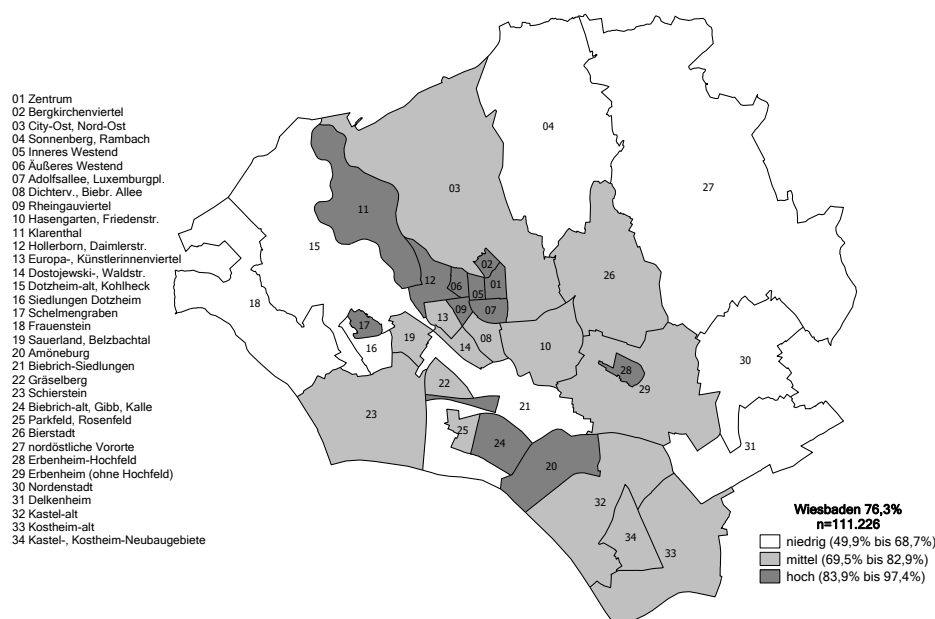
Leben im Wohneigentum legt nahe, dass der Haushalt über ein gewisses Kapital und gesichertes Einkommen verfügt. Wohneigentum, insbesondere dann, wenn es schuldenfrei ist, stellt überdies einen wesentlichen Faktor zur Verhinderung von Armut oder prekären Einkommen im Alter dar. Auch die pro Haushalt zur Verfügung stehende Wohnfläche ist häufig hoch. Stadtteile mit niedrigen Werten in diesem Indikator erreichen diese auch in dem Indikator „unzureichende Wohnraumversorgung“. Es kann ebenso davon ausgegangen werden, dass Nachbarschaften mit hohen Wohneigentumsquoten über viele Jahre hinweg recht stabil sind, da das Wohneigentum eine hohe Ortsgebundenheit des Haushalts befördert und Umzüge relativ selten erfolgen. Umgekehrt kann jedoch nicht gefolgert werden, dass Stadtteile mit niedrigen Wohneigentumsquoten eine hohe Mobilität aufweisen.

In Stadtteilen mit hohen Werten in diesem Indikator sind überwiegend Mieterhaushalte anzutreffen. Bei den meisten Stadtteilen zeigt sich eine hohe Korrelation mit dem Indikator „unzureichende Wohnraumversorgung“ aber auch anderen Belastungsindikatoren. Die Haushalte verfügen über durchschnittlich geringere Wohnfläche. Ein Umzug in eine größere Wohnung ist angesichts des hochpreisigen Wiesbadener Mietwohnungsmarkts und den geringen Angeboten bezahlbaren Wohnraums schwierig.

Auch mit diesem Indikator wird die soziale Segregation der Wiesbadener Stadtteile, die sich durch Siedlungsbedingungen manifestiert und verfestigt, deutlich.

Abbildung 9: Geringe Wohneigentumsquote

Anteil Haushalte, die nicht in selbstgenutztem Wohneigentum leben an allen Haushalten (31.12.2016)



Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Bautätigkeitsstatistik
Daten zur Verfügung gestellt durch Amt für Statistik und Stadtforschung Wiesbaden



Grundsatz und Planung

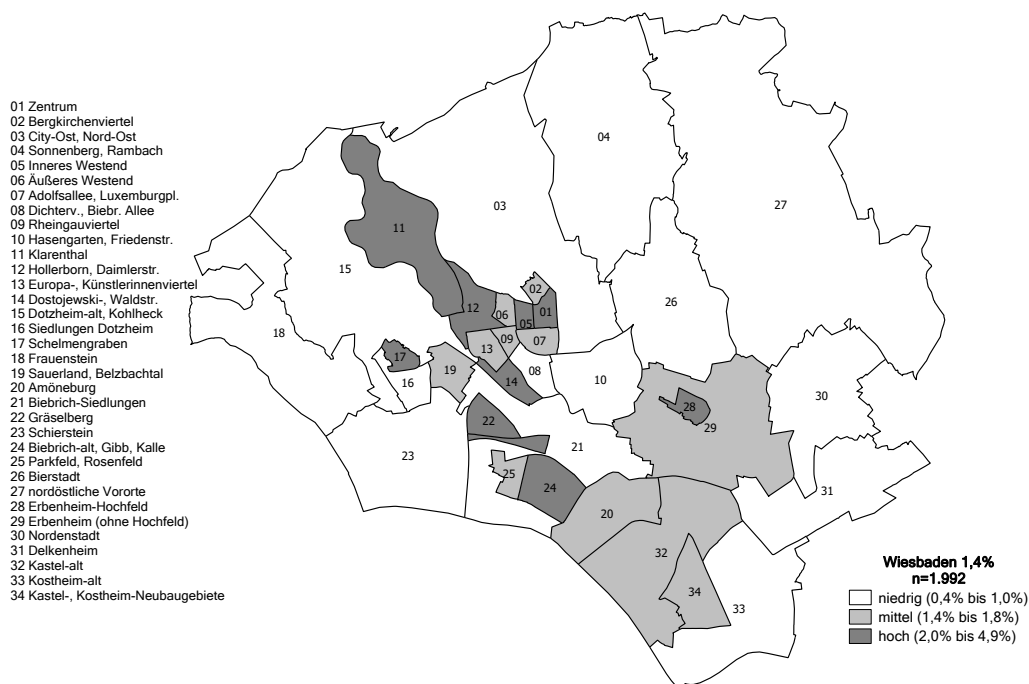
3.2.2.3 Anteil Räumungsklagen und Zwangsräumungen

Beschreibung

Anteil der Räumungsklagen wegen Mietschulden und Zwangsräumungen an allen Haushalten bezogen auf einen Zeitraum von drei Jahren.

Abbildung 10: Räumungsklagen und Zwangsräumungen

Räumungsklagen und Zwangsräumungen 2014-2016 bezogen auf alle Haushalte



Quelle: Amt für Soziale Arbeit Wiesbaden, Räumungsklagen,
Amt für Statistik und Stadtforschung Wiesbaden, Einwohnerwesen



Grundsatz und Planung

Bedeutung für den Sozialraum

Dieser Indikator liefert Hinweise auf besonders prekäre Einkommensverhältnisse. Räumungsklagen können nach einer rechtswirksamen Kündigung eingereicht werden. Häufig gehen Mietschulden oder eine unregelmäßige Zahlung der Miete voraus. In Stadtteilen mit hohen Werten sind somit überdurchschnittlich viele Haushalte nicht in der Lage dauerhaft ihre Miete regelmäßig zu zahlen oder die Miete wurde mehrere Monate nicht gezahlt. Ursächlich dürften hierfür mehrheitlich geringe finanzielle Ressourcen sein, die dazu führen, dass das knappe Budget zur Sicherung anderer Bedürfnisse statt der Sicherung des Wohnraums genutzt wird.

Eine Räumungsklage und damit verbunden der (drohende) Verlust der Wohnung stellt eine existentielle Bedrohung für den Haushalt und insbesondere für Familien mit Kindern dar. Häufig kann eine Räumungsklage nur durch eine Intervention seitens der Sozialverwaltung durch Übernahme bzw. Darlehen zur Deckung der Mietschulden oder eine Einweisung in die bestehende Wohnung abgewendet und somit die Zwangsräumung und eine drohende Obdachlosigkeit verhindert werden.

Methodische und inhaltliche Anmerkungen

Der Indikator umfasst die Anzahl der Räumungsklagen und Zwangsräumungen, nicht die Anzahl betroffener Haushalte. Da jeder Zwangsräumung eine Räumungsklage voraus geht, wird im Falle einer Zwangsräumung sowohl die Räumungsklage als auch die Zwangsräumung gezählt. In der Gesamtzahl sind ca. 800 Räumungsklagen enthalten, nicht jede Räumungsklage zieht jedoch eine Zwangsräumung nach sich.

Es werden bezogen auf drei Jahre alle Räumungsklagen, die mit Mietzahlungsverzug begründet sind, erfasst. Die Zahl der Räumungsklagen aus anderen Gründen, z. B. Verhalten

der Mieter, steht nicht zur Verfügung. Zusätzlich werden alle Zwangsräumungen unabhängig der Gründe erfasst.

3.2.3 Bildungsteilhabe

Zahlreiche internationale, nationale und kommunale Studien⁴³ belegen, dass in Deutschland Bildungsbeteiligung und Bildungserfolg wesentlich von der sozialen Herkunft abhängen.

Nichtgelingende schulische Bildungsverläufe bestimmen Chancen, Möglichkeiten und Risiken während des ganzen Lebens. Ohne einen Schulabschluss bzw. nur mit einem niedrigen Abschluss sind die Chancen auf eine den Lebensunterhalt sichernde Erwerbsbeteiligung stark eingeschränkt, Armutsrisiken in allen Lebensaltersstufen sind stark erhöht.

Im Bereich „Bildungsteilhabe“ sind Indikatoren erfasst, die Voraussetzungen für und Chancen auf gelingende Bildungsverläufe beschreiben. Sie beschreiben sowohl das Ausmaß der Bildungsteilhabe aber auch das Ausmaß der Risiken nicht gelingender Bildungsverläufe und damit einer geringen Bildungsteilhabe.

3.2.3.1 Anteil Geringqualifizierter mit SGB II-Leistungen

Anteil Geringqualifizierter mit SGB II

Beschreibung

Anteil der Erwachsenen ab 25 bis 64 Jahren, die Leistungen gemäß SGB II beziehen und keine abgeschlossene Berufsausbildung vorweisen an allen SGB II-Beziehenden der Altersgruppe.

Bedeutung für den Sozialraum

Die Verwirklichungschancen im Erwerbsleben spielen eine wesentliche Rolle für die Möglichkeiten der sozialen und kulturellen Teilhabe.

Menschen mit geringen beruflichen Qualifikationen, d. h. ohne eine anerkannte abgeschlossene Berufsausbildung, haben größere Schwierigkeiten eine Erwerbsarbeit zu finden, die ihnen ein auskömmliches Erwerbseinkommen sichert. Ihr Arbeitsloskeitsrisiko ist sehr viel höher als das der Menschen mit einer Berufsausbildung. Arbeitsplätze für Geringqualifizierte sind zum einen seit Jahren in der Anzahl sinkend, zum anderen sind die noch vorhandenen Stellen aufgrund der niedrigeren Wertschöpfung geringer entlohnt, sodass ein nachhaltiges existenzsicherndes Einkommen häufig nicht erzielt werden kann.

Häufig sind die Berufsbiografien Geringqualifizierter von zahlreichen Arbeitsplatzwechseln und Phasen der Nichtbeschäftigung, mit Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen, geprägt. Geringqualifizierte tragen statistisch gesehen ein erhöhtes Armutsrisiko.

Methodische und inhaltliche Anmerkungen

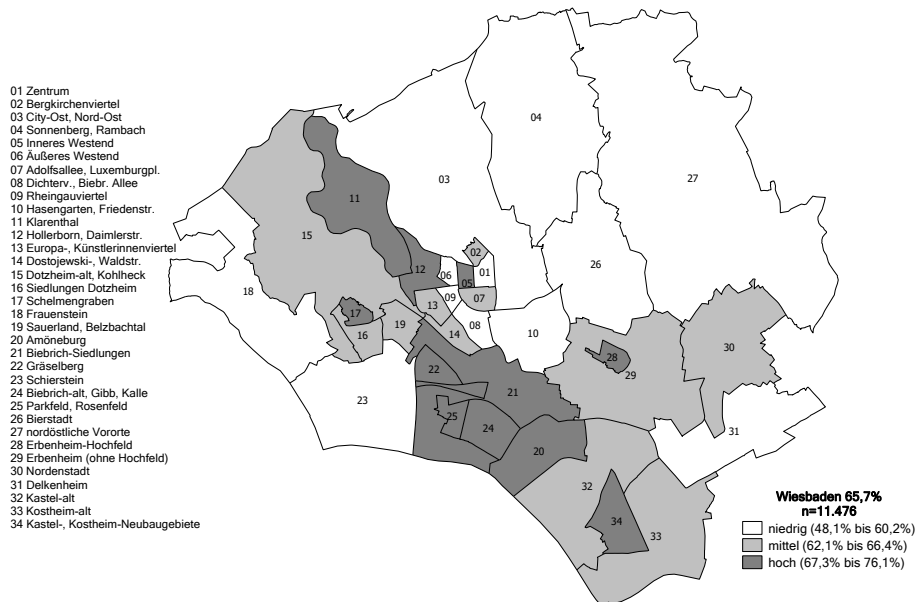
Dieser Indikator bezieht sich ausschließlich auf das Qualifikationsniveau von Personen im SGB II-Bezug, die im Durchschnitt eine schlechtere Qualifikation als der Bevölkerungsdurchschnitt vorweisen und ist somit nur ein unvollständiger Hinweis auf das Bildungs- und Qualifikationsniveau im Stadtteil.

Es liegen leider für Wiesbaden keine kleinräumigen Daten über den (Aus-) Bildungsstand der gesamten erwachsenen Bevölkerung vor.

⁴³ Für Wiesbaden siehe Schulze, A./Unger, R./ Hradil, S. (2008): Bildungschancen und Lernbedingungen an Wiesbadener Grundschulen am Übergang zur Sekundarstufe I.

Abbildung 11: Gering-Qualifizierte mit SGB II-Leistungen

Anteil Personen (25 bis 64 Jahre) mit SGB II ohne Berufsabschluss an Altersgruppe mit SGB II (31.12.2016)



Quelle: Amt für Grundsicherung und Flüchtlinge Wbn., Geschäftsstatistik SGB II, Eigene Berechnungen



Grundsatz und Planung

3.2.3.2 Quote Unzureichende Kompetenzen für den Schulstart

Beschreibung

Anteil der Kinder in der Schuleingangsuntersuchung, die nur über unzureichende Kompetenzen für einen guten Start in der Schule verfügen.

Bedeutung für den Sozialraum

Mit diesem Indikator werden Stadtteile identifiziert in denen hohe Anteile an Kindern leben, die schon beim Beginn der schulischen Laufbahn schlechtere Voraussetzungen haben als andere. Diese Kinder tragen ein höheres Risiko auf einen nichtgelingenden Bildungsweg bzw. das Risiko nur einen niedrigen Schulabschluss zu erreichen und damit das Risiko nur eingeschränkte Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt zu realisieren.

Grundschulen, deren Einzugsgebiet Stadtteile mit hohen Werten in diesem Indikator umfasst, aber auch andere Bildungseinrichtungen, wie Kindertagesstätten, haben besondere Herausforderungen hinsichtlich der Kompensation der bei den Kindern festgestellten Defizite durch Gestaltung des Unterrichtes, besonderer (Sprach-)Fördermaßnahmen und verstärkter Arbeit mit den Eltern. Weiterhin können durch eine Stärkung zielgruppenspezifischer Familienbildungsangebote die Eltern in die Lage versetzt werden ihre Kinder besser fördern zu können, Förderangebote für ihr Kind wahrzunehmen und ein Bewusstsein für die Bedeutung des Besuches einer Kindertagesstätte für die Bildungsteilhabe ihres Kindes zu entwickeln.

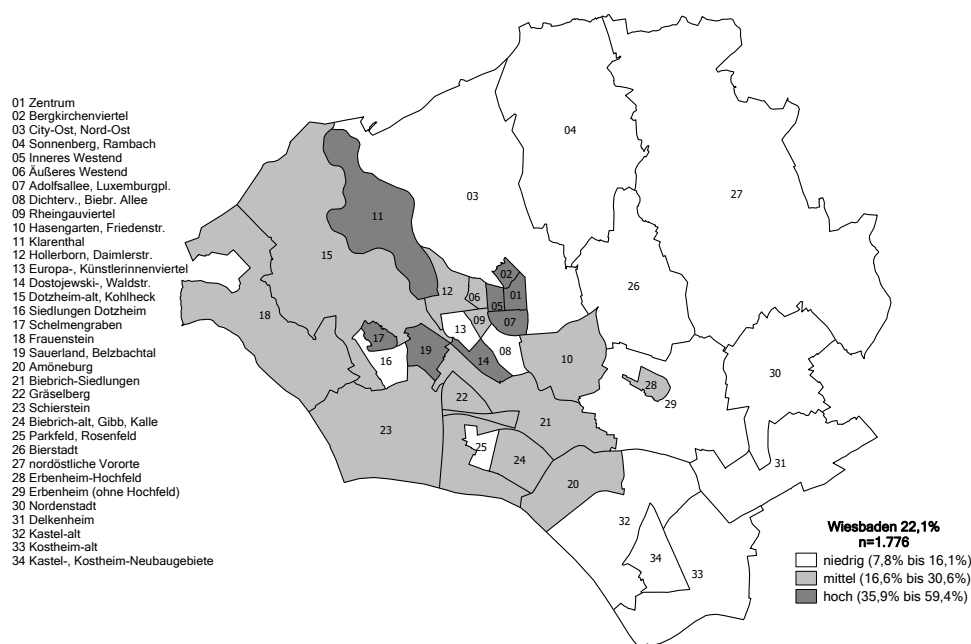
Methodische und inhaltliche Anmerkungen

Der Indikator wurde von der Wiesbadener Sozialplanung gemeinsam mit dem jugendärztlichen Dienst des Gesundheitsamtes und dem Kindertagesstättenbereich entwickelt und folgendermaßen definiert:

Ein Kind hat dann **gute** Voraussetzungen für die schulischen Anforderungen, wenn es einen ausreichenden Kita-Besuch (länger als 18 Monate)⁴⁴ hinter sich hat und über gute Deutschkenntnisse verfügt. Es geht hierbei nicht um die Ausdrucksfähigkeit, Wortschatz oder die sichere Beherrschung grammatikalischer Strukturen, sondern darum, ob das Kind in der Lage ist zu verstehen was im Unterricht gesprochen wird und sich verständlich zu machen. Kinder ohne Migrationshintergrund werden standardmäßig mit ausreichenden Deutschkenntnissen bewertet. Kinder mit Migrationshintergrund verfügen über ausreichende Kompetenzen, wenn sie Deutsch fehlerfrei oder mit geringen Fehlern sprechen.

Abbildung 12: Unzureichende Kompetenzen für einen guten Schulstart

Anteil Kinder mit unzureichenden Kompetenzen (Sprache, Kita-Besuch, Fertigkeiten) an allen eingeschulten Kindern (2014/15 bis 2016/17)



Quelle: Gesundheitsamt Wiesbaden, Schuleingangsuntersuchung (S1); Daten bereitgestellt durch Amt für Statistik und Stadtforschung Wiesbaden



Grundsatz und Planung

Dazu müssen bei ausgewählten Aufgaben aus den drei Bereichen **auditive Wahrnehmung**, **visuelle Wahrnehmung** und **Visuomotorik** wenigstens zwei Bereiche „bestanden“ sein. Basis dieses Indikators sind die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen der Schuljahre 2014/15 bis 2016/17. Die Schuleingangsuntersuchung liefert wertvolle Indikatoren für Bildungsteilhabe und gesundheitlichen Zustand der einzuschulenden Kinder. Jedoch ist die Aussagekraft insbesondere in der Zeitreihe eingeschränkt. Deshalb haben wir in allen Indikatoren mit Daten aus der Schuleingangsuntersuchung drei Jahrgänge zusammengefasst. Weiterhin ist zu beachten, dass insbesondere die Einschätzung der sprachlichen Kompetenzen der Kinder nicht auf einem standardisierten Testverfahren beruht, sondern sich aus dem Gesamteindruck der sprachlichen Fähigkeiten des Kindes während der Untersuchung ergibt. Die Beurteilung, ob das Kind Deutsch mit „leichten Fehlern“ (also noch

⁴⁴ Der Zeitraum von 18 Monaten stellt einen absoluten „Mindeststandard“ dar. Wünschenswert ist ein Kita-Besuch für die Dauer von mindestens drei Jahren. Da in einigen Stadtteilen die Kinder regelhaft mit fünf Jahren in die Eingangsstufe eingeschult werden, wurde aus Gründen der Vergleichbarkeit der Zeitraum von 18 Monaten gewählt.

in der Kategorie „gute Kompetenz“ zugeordnet wird) oder mit „erheblichen Fehlern“ (Zuordnung „unzureichende Kompetenz“) kann - je nach Untersucher/in - zu unterschiedlichen Einschätzungen führen. Trotz aller Standardisierungsbemühungen des jugendärztlichen Dienstes lassen sich Unterschiede in der Bewertung nicht ausschließen.

3.2.3.3 Quote Schulbesuch ohne Hochschulreifewahrscheinlichkeit

Beschreibung

Anteil der Schüler/innen der 5. bis 9. Klasse der allgemeinbildenden Schulen (ohne Privat- und Förderschulen), deren aktueller Schulbesuch keinen Erwerb der allgemeinen Hochschulreife (Abitur) erwarten lässt, anhand der Schulform und der Quoten des Übergangs in die Sekundarstufe 2 eines (Oberstufen-)Gymnasiums oder eines beruflichen Gymnasiums, das zur allgemeinen Hochschulreife führt.

Bedeutung für den Sozialraum

Mit diesem Indikator orientieren wir uns an dem höchstmöglichen schulischen Bildungsabschluss, der die bestmöglichen Bildungschancen bietet. Das Abitur ist mittlerweile der am häufigsten angestrebte und erreichte Schulabschluss. Im Jahr 2015 verließen 48 % der Wiesbadener Schulabgänger/innen an allgemeinbildenden Schulen die Schule mit der (Fach-) Hochschulreife.⁴⁵ Das Abitur ist Voraussetzung für ein Universitätsstudium und sehr häufig auch für viele berufliche Ausbildungen, sei es, dass das Abitur in den Ausbildungsordnungen vorgeschrieben ist oder aufgrund der Einstellungspraxis bzw. Bewerber/innensituation von den Betrieben präferiert wird. Junge Menschen, die diesen Abschluss nicht vorweisen können haben deutlich geringere Chancen auf dem Ausbildungsmarkt und tragen ein höheres Risiko in ihrem Berufsleben nur ein geringeres Einkommen zu erzielen.

Wir möchten ausdrücklich darauf hinweisen, dass selbstverständlich auch mit einem mittleren Bildungsabschluss eine erfolgreiche nicht-akademische berufliche Biografie möglich ist. Gleichwohl identifiziert dieser Indikator Bildungsrisiken und das Ausmaß der Bildungsteilhabe. Ein hoher Wert verweist auf die Notwendigkeit besonderer möglichst frühzeitig einsetzender fördernder und bildungsunterstützender Maßnahmen für Kinder und Jugendliche aus dem Stadtteil.

Methodische und inhaltliche Anmerkungen

Vom Schuldezernat wurde uns eine Statistik zur Verfügung gestellt, die den Schulbesuch nach Stadtteil und Schule für die Sekundarstufe 1 und 2 beinhaltet. Hier sind nur die staatlichen Schulen und nur die in Wiesbaden lebenden Schülerinnen und Schüler erfasst.

Grundgesamtheit unseres Indikators sind die Schülerinnen und Schüler der 5. bis 9. Klassen des Schuljahres 2016/2017, da der Hauptschulabschluss regelhaft nach der 9. Klasse erreicht werden kann. Allen jungen Menschen, die in diesen Klassenstufen ein Gymnasium besuchen, schreiben wir die Chance des Erwerbs der allgemeinen Hochschulreife zu. Jedoch ist es ebenso möglich nach dem Besuch einer Integrierten Gesamtschule (IGS), von denen in Wiesbaden sechs im Schuljahr 2016/2017 existierten, einer Realschule oder auch einer Hauptschule mit entsprechenden Leistungen den Übergang in die gymnasiale Oberstufe zu realisieren. Auch diese Übergänge müssen berücksichtigt werden. Für jede einzelne Schule wird ein Faktor für die Übergänge in die gymnasiale Oberstufe ermittelt. Zunächst wird anhand des „Schulentwicklungsplans 2016-2021“ der Landeshauptstadt Wiesbaden für jede einzelne Schule die mittlere Quote zum Übergang der Klasse 9 in die Klasse 10 (basierend auf drei Schuljahren) ermittelt. Anschließend werden die mittleren Quoten, wiederum basierend auf drei Schuljahren, der realisierten Übergänge aus der 10. Klasse in die gymnasiale Oberstufe errechnet. Somit wird jeder IGS, Real- und Hauptschule ein Faktor zum Übergang in die gymnasiale Oberstufe zugeordnet. Dieser wird bezogen auf die Schülerinnen und Schüler der

⁴⁵ LH Wiesbaden, Monitoring zur Bildungsbeteiligung in Wiesbaden, 2016

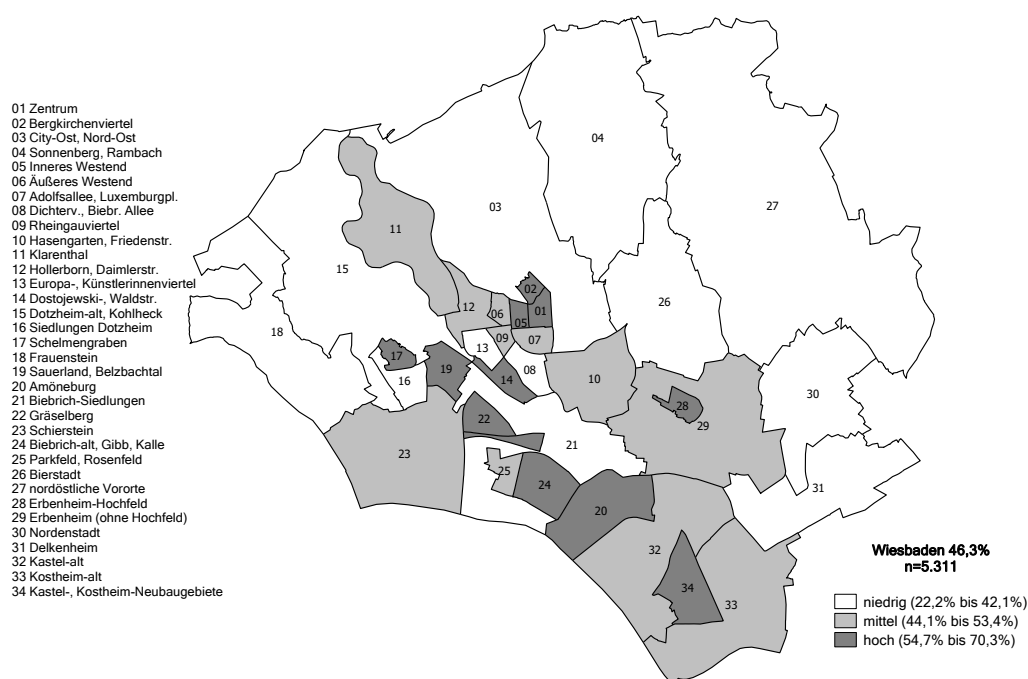
5. bis 9. Klassen und ermöglicht die Ermittlung des Risikos eines Schulbesuchs ohne Hochschulreifeoption.

Nicht erfasst werden können dabei die Abgänge aus den Gymnasien nach Beendigung der 9. bzw. 10. Klasse. Da der Indikator aber auch nur eine **Option** bzw. das Risiko einer fehlenden Option auf den Erwerb des Abiturs kennzeichnet, ist dies statthaft.

Hinzuweisen ist aber auch darauf, dass es innerhalb des Bildungssystems durchaus möglich ist, auch über andere Schulformen, wie z. B. die Fachoberschule, einen Zugang zu einem Studium zu erlangen. Zum Schulbesuch diese Schulformen liegen uns keine Daten vor, sodass diese nicht berücksichtigt werden konnten.

Abbildung 13: Schulbesuch ohne Hochschulreifewahrscheinlichkeit

Anteil Schüler/innen 5. bis 9. Klasse deren aktueller Schulbesuch keinen Erwerb der Hochschulreife erwarten lässt an allen Schüler/innen der Klassenstufe (Schuljahr 2016/17)



Quelle: Dezernat für Finanzen, Schule und Kultur Wiesbaden,
Schulentwicklungsplanung, Schulbesuch Sek1 und 2 nach Wohnort,
Schulentwicklungsplan 2016-2021

Eigene Berechnungen

Grundsatz und Planung



3.2.4 Herkunftsbenachteiligung

Die „Herkunft“ eines Kindes oder Jugendlichen hat wesentlichen Einfluss auf die individuellen Verwirklichungschancen und gesellschaftlichen Teilhabechancen. Die Merkmale der Familienarmut verbunden mit der sozialstaatlichen „Fürsorgeleistung“ des SGB II, insbesondere die Erfahrung einer verfestigten (dauerhaften) Armut, die Herkunft aus einer neuzugewanderten Familie, mit den damit verbundenen Orientierungs- und Integrationsherausforderungen, aber auch eine nicht-deutsche Familiensprache stellen starke Risikoindikatoren dar, die die Verwirklichungschancen der jungen Menschen nachhaltig beeinflussen können.

Die Indikatoren identifizieren Stadtteile mit überdurchschnittlich hohen Anteilen herkunftsbenachteiligter Kinder.

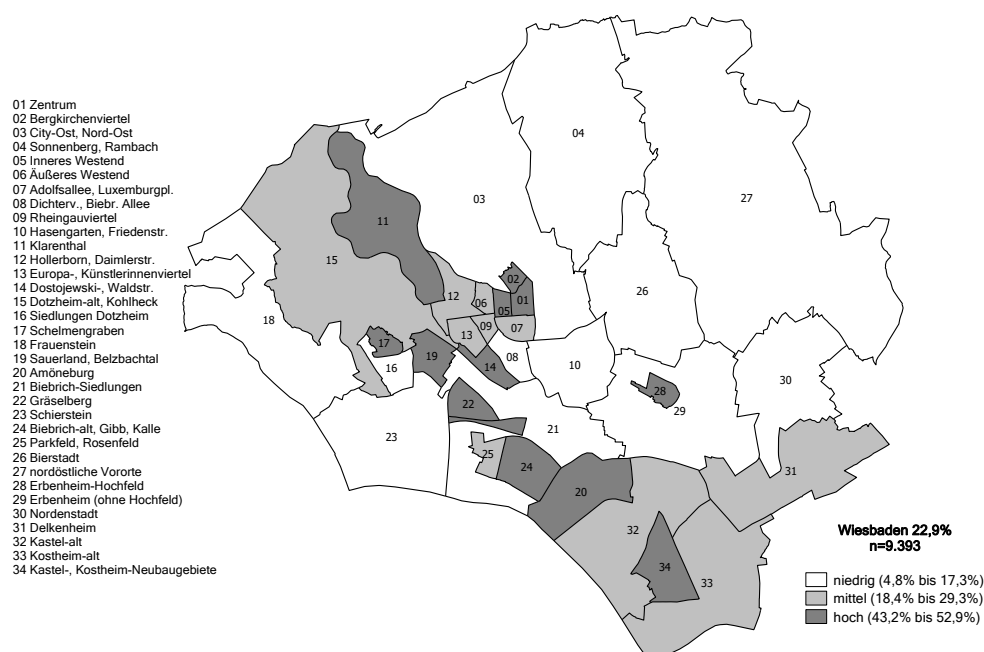
3.2.4.1 Kinderarmutsquote

Beschreibung

Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren, die Leistungen gemäß SGB II (Sozialgeld) zur Sicherung des Lebensunterhalts beziehen an allen Kindern/Jugendlichen der Altersgruppe.

Abbildung 14: Kinderarmutsquote

Anteil Kinder von 0 bis unter 15 Jahren mit SGB II an der Altersgruppe (31.12.2016)



Quelle: Amt für Grundsicherung und Flüchtlinge Wbn., Geschäftsstatistik SGB II,
Amt für Statistik und Stadtforschung Wiesbaden, Einwohnerwesen



Grundsatz und Planung

Bedeutung für den Sozialraum

Junge Menschen, die in Familien aufwachsen, die auf staatliche existenzsichernde Leistungen angewiesen sind und somit als arm gelten, erfahren vielfältige Einschränkungen und Benachteiligungen in zahlreichen Lebensbereichen, im Vergleich zu nicht-armen Kindern⁴⁶. Sie erleben Einschränkungen im materiellen Bereich bezogen auf Wohnen, Ernährung, Kleidung, Freizeitgestaltung, Urlaub etc.

Ihre Chancen auf gelingende Bildungsverläufe sind deutlich geringer als die der nicht-armen Kinder und Jugendlichen. Zahlreiche internationale, nationale und auch kommunale Studien verweisen auf eine hohe Korrelation von sozialer Herkunft und Bildungschancen.

Arme Kinder haben überdurchschnittlich häufig Eltern, die nur über einen niedrigen oder keinen Schulabschluss verfügen und somit die schulische Entwicklung und Förderung ihrer Kinder häufig nur eingeschränkt begleiten können.

⁴⁶ Vgl. u. a. Laubstein, C./Holz, G. / Seddig, N. (2016): Armutsfolgen für Kinder und Jugendliche, Erkenntnisse aus empirischen Studien in Deutschland, Bertelsmann-Stiftung.

Auch bei gleichen - guten - Noten ist die Wahrscheinlichkeit, dass ein armes Kind nach der Grundschule auf ein Gymnasium wechselt deutlich geringer als bei einem nicht armen Kind⁴⁷. Weiterhin bestehen deutliche Unterschiede bezogen auf die außerschulische soziale und kulturelle Teilhabe, so sind arme Kinder und Jugendliche unterdurchschnittlich in (Sport-) Vereinen organisiert, fahren seltener in den Urlaub etc.

Dieser Indikator ist somit der wesentliche Indikator um die Chancen bzw. Risiken eines guten Aufwachsens von Heranwachsenden in einem Stadtteil zu bestimmen. Aktuelle Studien haben gezeigt, dass Kinder, deren Familien SGB II-Leistungen erhalten, eine geringere Chance haben „im Wohlergehen“ aufzuwachsen als Kinder anderer Familien unter der Armutsgrenze, die keine Existenzsicherungsleistungen erhalten⁴⁸.

Eine hohe Kinderarmutsquote (SGB II) identifiziert somit Stadtteile in denen die kommunale Sozialpolitik besonders gefordert ist, durch vielfältige passgenaue Angebote, Maßnahmen Einrichtungen und Dienste zur Verbesserung der sozialen, kulturellen und Bildungsteilhabechancen der herkunftsbenachteiligten Kinder beizutragen, will sie eine Verfestigung der individuellen und sozialräumlichen Armutssituation verhindern.

Methodische und inhaltliche Anmerkungen

Der Indikator unterschätzt die Zahl der Kinder aus Familien mit SGB II-Leistungen kaum, da die Kinder nicht gezählt werden, deren Eltern zwar SGB II-Leistungen für sich erhalten aber nicht für ihre Kinder, wenn diese aus Unterhaltszahlungen Dritter über eine eigene Existenzsicherung verfügen. Dies ist eine zahlenmäßig kleine Gruppe.

3.2.4.2 Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache

Beschreibung

Anteil der Kinder, deren Erziehungsberechtigte eine andere Sprache als „Deutsch“ als **einzige** Familiensprache in der Schuleingangsuntersuchung angeben, an allen untersuchten Kindern.

Bedeutung für den Sozialraum

Die Fähigkeit von Kindern sich angemessen in Deutsch auszudrücken bzw. die Sprache zu verstehen, ist wesentliche Voraussetzung zur Teilnahme am sozialen Leben, dem Meistern sozialer Alltagssituationen, aber auch eine Grundvoraussetzung für eine gelingende Bildungsbiographie.

Kinder, die in ihrer Herkunftsfamilie nicht die deutsche Sprache erlernen und deren Gebrauch üben, sind von daher aufgrund ihrer Herkunft benachteiligt. Sie benötigen außerfamiliäre Räume und Instanzen, in denen sie die deutsche Sprache erlernen und einüben können. Für diese Kinder ist der möglichst frühzeitige Besuch einer Kindertagesstätte eine gute Kompensationsmöglichkeit.

In Stadtteilen mit einem hohen Wert in diesem Indikator stehen soziale Regeleinrichtungen wie Kindertagesstätten und Schulen vor besonderen Herausforderungen ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag erfolgreich umzusetzen. Sie sind besonders gefordert eine verstärkte Aufmerksamkeit auf Sprachförderung zu legen.

⁴⁷ Aktuelle bundesweite Daten vgl. u.a. Hußmann, Anke u. a. (Hg.) (2017): Iglu 2016. Lesekompetenzen von Grundschulkindern in Deutschland im internationalen Vergleich, Münster/New York, Waxmann. Wiesbadener Daten vgl. Schulze, A./Unger, R./ Hradil, S. (2008): Bildungschancen und Lernbedingungen an Wiesbadener Grundschulen am Übergang zur Sekundarstufe I; diese schon etwas ältere Studie wird derzeit mit der Goethe-Universität Frankfurt neu aufgelegt.

⁴⁸ Laubstein, C./Holz, G./Dittmann, J./Sthamer, E. 2012: Von alleine wächst sich nichts aus ... Lebenslagen von (armen) Kindern und Jugendlichen und gesellschaftliches Handeln bis zum Ende der Sekundarstufe I. Frankfurt/Main: Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) und Berlin: Arbeiterwohlfahrt

Methodische und inhaltliche Anmerkungen

Basis dieses Indikators sind die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen der Schuljahre 2014/15 bis 2016/17. Die Schuleingangsuntersuchung liefert wertvolle Indikatoren für Bildungsteilhabe und gesundheitlichen Zustand der einzuschulenden Kinder. Jedoch ist die Gruppe der untersuchten Kinder pro Jahrgang in einzelnen Stadtteilen sehr klein, sodass die Aussagekraft insbesondere in der Zeitreihe eingeschränkt ist. Deshalb haben wir in allen Indikatoren mit Daten aus der Schuleingangsuntersuchung drei Jahrgänge zusammengefasst. In der Schuleingangsuntersuchung werden die die Kinder begleitenden Erziehungsberechtigten nach der „Familiensprache“ gefragt.

Drei Antwortkategorien stehen zur Auswahl:

- Deutsch
- Deutsch und andere Sprache
- nur andere Sprache

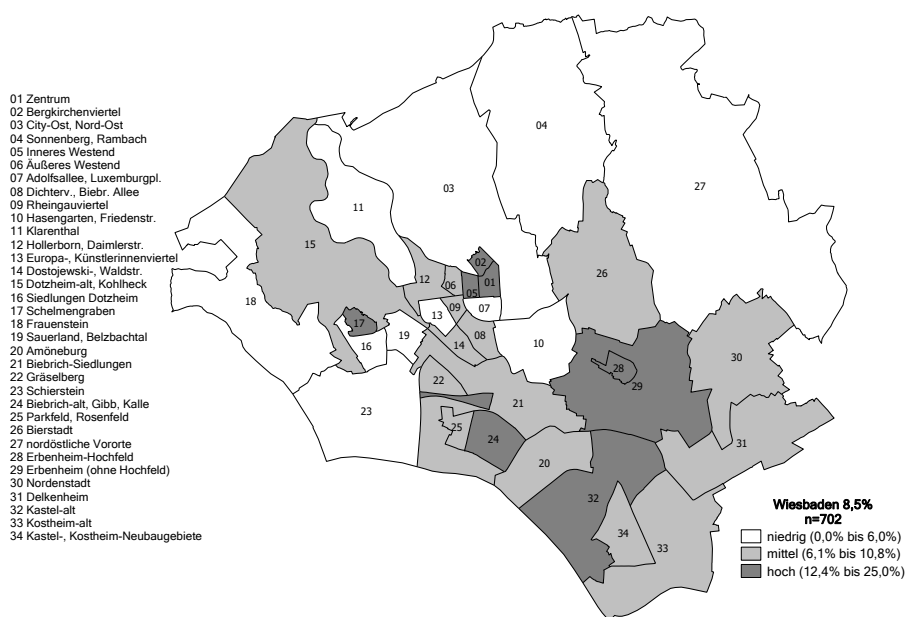
Es ist nicht auszuschließen, dass Erziehungsberechtigte ihre Angabe aufgrund einer (vermeintlichen) sozialen Erwünschtheit der Antwort machen. Von daher dürfte die tatsächliche Zahl der Kinder, die in Haushalten aufwachsen in denen (fast) ausschließlich „nicht Deutsch“ gesprochen wird, höher sein.

Anzumerken ist, dass sich im pädagogischen und wissenschaftlichen Raum immer stärker die Position durchsetzt, dass es für den Spracherwerb Deutsch des Kindes förderlich ist, wenn die Eltern mit ihm die Sprache sprechen, die sie fehlerfrei beherrschen. Dies bedeutet, dass es sinnvoller ist mit dem Kind in der Herkunftssprache der Eltern zu reden, statt in einem im Zweifelsfall fehlerhaften Deutsch.

Gleichwohl benötigt das Kind, das mit einer anderen Familiensprache als Deutsch aufwächst, besondere Unterstützung in der Kindertagesstätte oder Schule beim Deutschwerb.

Abbildung 15: Kinder ohne Deutsch als Familiensprache

Anteil Kinder in der Schuleingangsuntersuchung ohne Deutsch als Familiensprache an den untersuchten Kindern (2014/15 bis 2016/17)



Quelle: Gesundheitsamt Wiesbaden, Schuleingangsuntersuchung (S1); Daten bereitgestellt durch Amt für Statistik und Stadtforschung Wiesbaden



Grundsatz und Planung

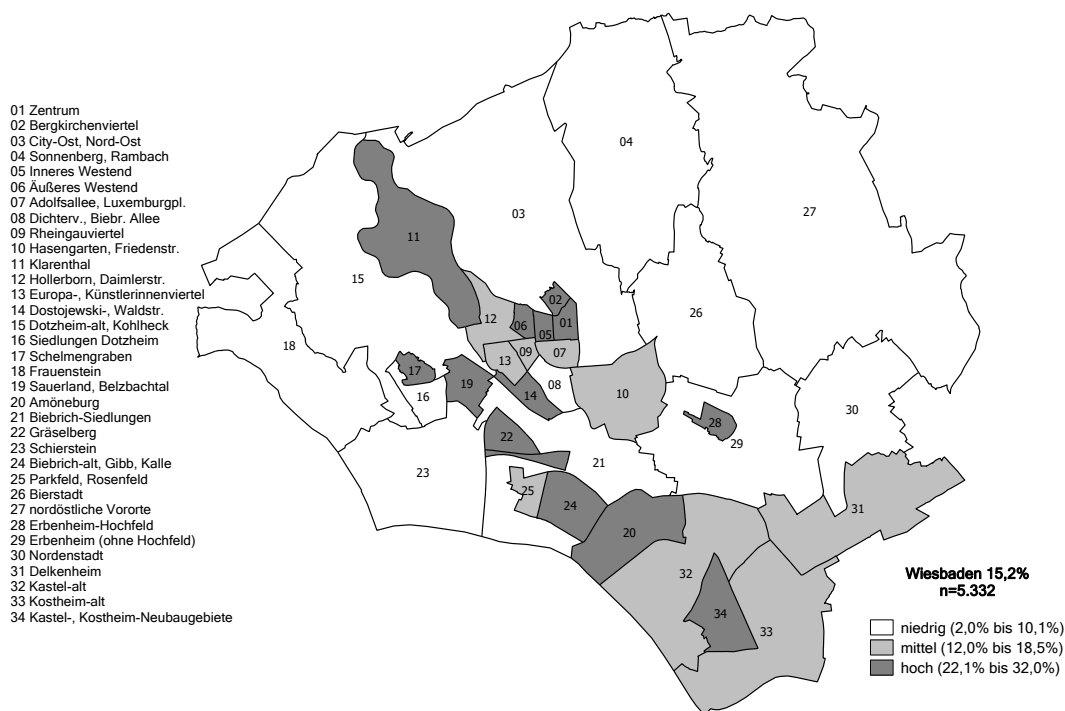
3.2.4.3 Anteil langzeitarmer Kinder und Jugendlicher

Beschreibung

Anteil der Kinder und Jugendlichen im Alter von 4 bis 17 Jahren, die in einem Haushalt mit Leistungen nach dem SGB XII, Kapitel 3 und 4 sowie in einem Haushalt mit Leistungen nach dem SGB II, der innerhalb der letzten 48 Monate mindestens 42 Monate im Leistungsbezug war, leben, bezogen auf alle 4- bis 17-Jährigen.

Abbildung 16: Langzeitarmer Kinder

Anteil Kinder 4 bis 17 Jahre mit SGB XII oder Langzeitbezug SGB II (in den letzten 4 Jahren mind. 3,5 Jahre im Leistungsbezug) an allen 4- bis 17-Jährigen (31.12.2016)



Quelle: Amt für Grundsicherung und Flüchtlinge Wbn., Geschäftsstatistik SGB II, Amt für Soziale Arbeit Wiesbaden, Geschäftsstatistik SGB XII, Amt für Statistik und Stadtforschung Wiesbaden, Einwohnerwesen

Eigene Berechnungen

Grundsatz und Planung



Bedeutung für den Sozialraum

Dauerhafte Armutserfahrungen beeinträchtigen die Lebenslage von Kindern und Jugendlichen nachhaltig. Während temporäre Armutsperioden im Lebenslauf der betroffenen jungen Menschen kompensiert werden können, führt eine dauerhafte, also verfestigte, Armut zu einer nachhaltigen Einschränkung der Bildungs- und Entwicklungschancen. Diese jungen Menschen tragen eine höhere Wahrscheinlichkeit, dass sie im Erwachsenenalter weiterhin arm sind oder in prekären Lebenslagen verweilen. Insbesondere in Stadtteilen in denen eine hohe Dichte dauerhaft armer Menschen leben, die also sozialstrukturell segregiert sind, verschärft sich dieses Risiko erheblich. „In dem Maße, wie sich Armut im Sinne materiellen Mangels in Haushalten, Nachbarschaften und sozialen Netzwerken festsetzt, zu einem prägenden Merkmal des sozialen Milieus wird, in dem Menschen sich bewegen und dem sie in der Wahrnehmung anderer zugeordnet werden, prägt Armut auch die Handlungsweisen und

-muster auf eine Weise, die dann wiederum zur Reproduktion der Armutssituation beiträgt.“⁴⁹ So entsteht sozusagen ein sich selbst immer wieder verfestigendes System, aus dem insbesondere Kinder und Jugendliche kaum Chancen haben heraus zu kommen.

Betrachtet man unsere beiden Bildungsindikatoren „unzureichende Kompetenzen für den Schulstart“ und „Schulbesuch ohne Hochschulreifeoption“ ist eine hohe Korrelation mit den Stadtteilen mit hohen Anteilen von Kindern und Jugendlichen, die in verfestigter Armut leben festzustellen. So sind bereits im frühen Kindes- und Jugendalter negative Weichen für die Zukunft der jungen Menschen gestellt, die deren Leben nachhaltig beeinträchtigen werden.

Die soziale Kommunalpolitik und die Sozialverwaltung tragen in diesen Stadtteilen eine besondere Verantwortung, passgenaue Bildungs-, Förder- und Betreuungsangebote sowie Angebote der Familienbildung zur Kompensation der mangelnden Bildungs- und Teilhabechancen der Kinder und Jugendlichen zu entwickeln und zu platzieren.

63,4 % aller 4- bis 17-Jährigen im SGB II zählen zu der Gruppe der langzeitarmer Kinder (31.12.2016). Somit wird deutlich, dass die Armutserfahrung für rund zwei Drittel der Kinder und Jugendlichen verfestigt ist und dadurch ein besonderes Entwicklungsrisiko besteht.

Methodische und inhaltliche Anmerkungen

Der Indikator definiert Langzeitbezug bezogen auf die Leistungsberechtigten im SGB II zwar analog der Definition, die in einer Rechtsverordnung des BMAS zur Festlegung der Kennzahlen nach § 48a SGB II getroffen wurde (innerhalb der letzten 24 Monate mindestens 21 Monate im Bezug stehend). Der Zeitraum des Langzeitbezugs wurde in unserem Indikator jedoch auf „innerhalb der letzten 48 Monate mindestens 42 Monate im Bezug stehend“ verdoppelt, um eine besondere Verfestigung der Armutslage zu erfassen. Unterbrechungen der Bezugsdauer kürzer als 90 Tagen werden nicht berücksichtigt.

Weiterhin zählen alle Kinder und Jugendlichen der Altersgruppe dazu, die in Familien mit Leistungen nach dem SGB XII Kapitel 3 (Hilfe zum Lebensunterhalt - im Falle einer befristeten Erwerbsminderung des Haushaltsvorstands) sowie nach dem Kapitel 4 (Grundsicherung - bei dauerhafter Erwerbsminderung des Haushaltsvorstands) leben. Bei diesen Personen sind die Quoten der Aufnahme einer existenzsichernden Beschäftigung und damit eine Unabhängigkeit des Haushalts von Transferleistungen relativ niedrig.

Aufgrund der statistischen Erfassung in der Geschäftsstatistik SGB II und der Vergleichbarkeit, haben wir die Altersgruppe auf die 4-Jährigen und älteren Kinder und Jugendliche beschränkt, da nur ab diesem Lebensalter die letzten 48 Monate komplett betrachtet werden können.

3.2.4.4 Anteil neuzugewanderter Kinder

Beschreibung

Anteil der 0 bis 17-Jährigen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die in den beiden letzten Jahren direkt aus dem Ausland oder hessischen Erstaufnahmeeinrichtungen zugezogen sind und zum Stichtag noch in Wiesbaden wohnen, an allen Personen der Altersgruppe.

Bedeutung für den Sozialraum

Neuzugewanderte Kinder und Jugendliche und deren Familien haben besondere Orientierungs- und Integrationsherausforderungen. Das Ankommen und Sich-Zurecht-Finden in einer zunächst fremden Gesellschaft, der Erwerb von Kenntnissen über herrschende Werte und Normen, die Integration in das Bildungssystem, aber natürlich und zuerst der Spracherwerb, die Herausforderungen hinsichtlich der Suche nach Wohnraum und einer Existenzsicherung für die Familie stellen für die Neuzugewanderten die zentralen Aufgaben dar. Unter die Gruppe „Neuzugewanderte“ fallen sowohl Zugewanderte aus dem EU-Ausland und sonstigen Ländern, es werden aber auch die Geflüchteten erfasst.

In einigen Stadtteilen, wie z.B. Kastel-alt, City-Ost, Nordost, mit hohen Werten in diesem Indikator, sind große Gemeinschaftsunterkünfte für Geflüchtete (GU) eingerichtet. In anderen

⁴⁹ Olaf Groh-Samberg, „No way out - Dimensionen und Trends der Verfestigung der Armut in Deutschland“ in Sozialer Fortschritt 12/2014

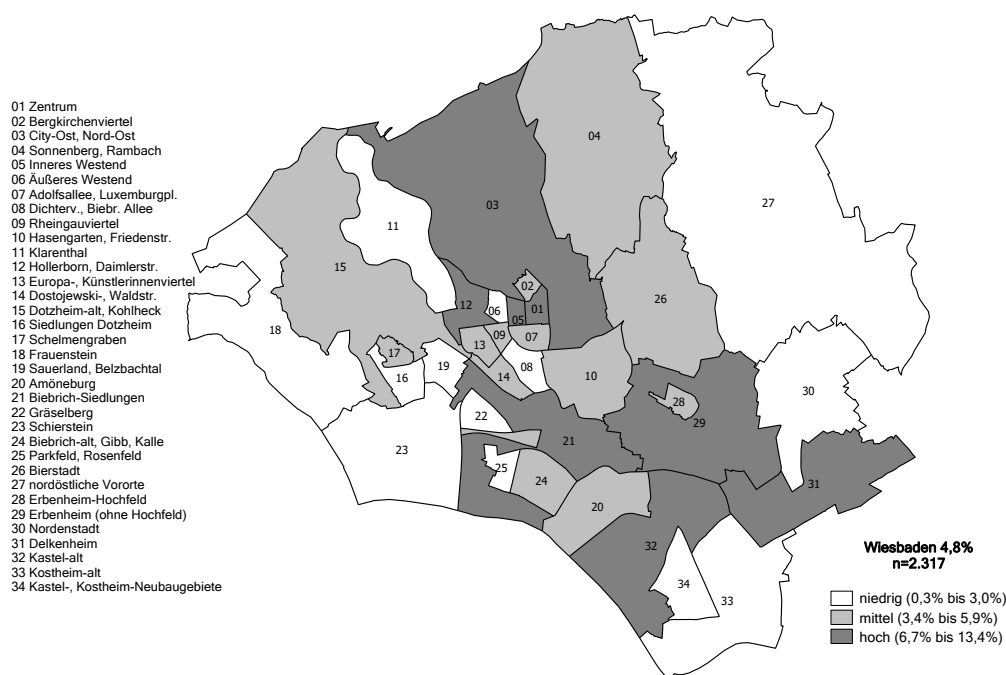
Stadtteilen, wie z.B. dem Inneren Westend, sind vor allem Zuwanderungen aus den südlichen und südöstlichen EU-Staaten zu verzeichnen.

Sowohl große GU als auch eine große Zahl von neuzugewanderten Personen aus EU-Staaten stellen besondere Anforderungen an die Nachbarschaften im Stadtteil und die sozialen und Bildungseinrichtungen. Auch diese stehen vor besonderen Integrationsaufgaben. Soziale und Bildungseinrichtungen müssen besondere zielgruppenspezifische Angebote einrichten und etablieren. Hierfür stehen durch ESF-Förderprogramme und kommunale Mittel, die für Angebote für Geflüchtete dem Haushalt des Sozialdezernates zugesetzt wurden, personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung. Auch bei der Konzeption der Angebote werden die Einrichtungen unterstützt bzw. es wurden von Seiten des Sozialdezernates spezielle Angebote eingerichtet. Im „Integrationskonzept für Geflüchtete“ der LH Wiesbaden (2017) werden diese Herausforderungen, Zielsetzungen und Projekte ausführlich dargestellt.

Insbesondere für Kinder und Jugendliche ist eine rasche Einmündung in Bildungs- und Betreuungseinrichtungen zum Spracherwerb, zur Unterstützung der schulischen Entwicklung aber auch um die soziale Integration in der noch fremden Gesellschaft zu fördern, besonders wichtig.

Abbildung 17: Neuzugewanderte Kinder

Anteil 0- bis 17-Jährige mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die in den letzten beiden Jahren aus dem Ausland oder hessischen Erstaufnahmeeinrichtungen zugewandert sind an allen 0- bis 17-Jährigen (31.12.2016)



Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung Wiesbaden, Einwohnerwesen



Grundsatz und Planung

Methodische und inhaltliche Anmerkungen

In Wiesbaden sind die großen GU für Geflüchtete mehrheitlich in Stadtteilen mit niedriger bzw. mittlerer sozialer Bedarfslage angesiedelt.

3.2.5 Familien mit Risiken

Bestimmte familiäre Haushaltsformen tragen statistisch ein höheres Risiko in ihrer selbständigen Lebensführung beeinträchtigt zu sein. Auch lassen sich bestimmte familiäre Haushalts- und Lebensformen identifizieren, die bezogen auf Lebens- und Alltagsbewältigung besondere Risiken tragen.

In diesem Indikatorenset sind familiäre Haushaltstypen erfasst, die statistisch gesehen zu den beschriebenen „riskanten Haushaltsformen“ gehören.

Selbstverständlich bedeutet eine Zugehörigkeit zu einer der Gruppen der „Familien mit Risiken“ keineswegs, dass für jeden dieser Haushalte besondere Schwierigkeiten bei der Bewältigung der Lebens- und Alltagsherausforderungen bestehen.

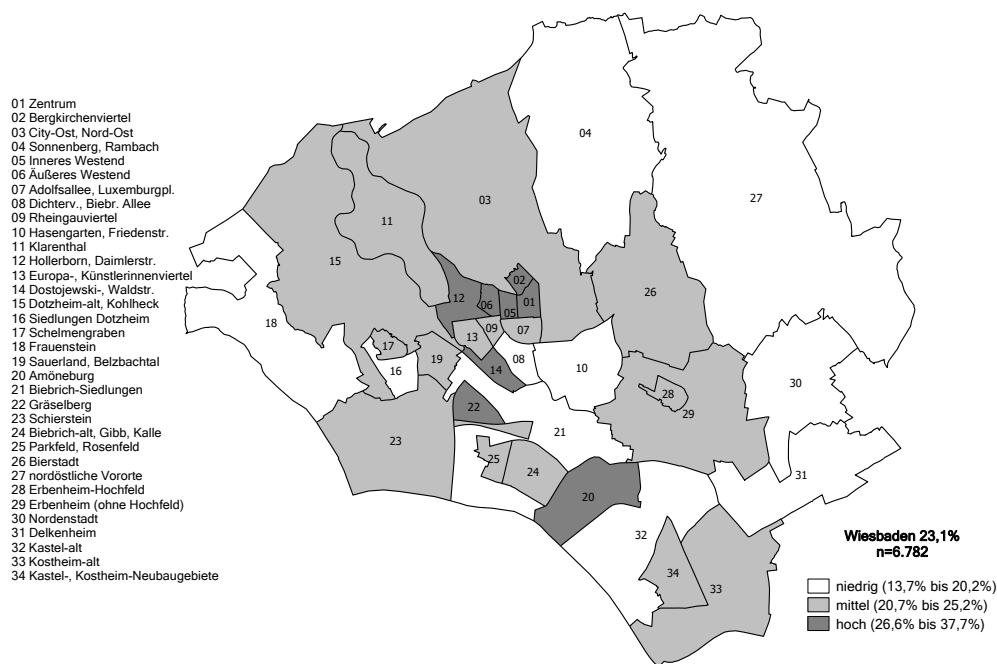
3.2.5.1 Alleinerziehendenquote

Beschreibung

Anteil der Ein-Eltern-Familien an allen Haushalten mit Kindern

Abbildung 18: Alleinerziehendenquote

Anteil Alleinerziehenden-Haushalte an allen Haushalten mit Kindern (31.12.2016)



Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung Wiesbaden, Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren



Grundsatz und Planung

Bedeutung für den Sozialraum

Die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie, die Betreuung, Bildung und Erziehung der Kinder stellt für Alleinerziehende eine größere Herausforderung als für Paarhaushalte dar. Der Familienalltag ist häufig schwieriger als in einem Paarhaushalt zu bewältigen. Kinder und Erwachsene in diesen Haushalten haben nicht selten mit Trennungserfahrungen und komplizierten sozialen Beziehungsarrangements zu tun.

Soziale Kontakte sind häufig eingeschränkt; viele Alleinerziehende wünschen sich mehr Gelegenheiten des Austauschs und Treffens mit anderen.

Weiterhin besteht für Alleinerziehendenhaushalte ein statistisch höheres Risiko der Abhängigkeit von Transferleistungen als in Paarfamilien oder Haushalten ohne Kinder; so waren 2016 44,3 % aller Alleinerziehendenhaushalte in Wiesbaden im SGB II-Leistungsbezug, während in Paarfamilien die Quote bei 13,9 % und bezogen auf Haushalte ohne Kinder bei 7,7 % lag.

Eine hohe Quote Alleinerziehender in einem Stadtteil weist darauf hin, dass dort besondere Bedarfe bezogen auf die infrastrukturelle Ausstattung mit Einrichtungen und sozialen Dienstleistungen zur Förderung und Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und Familien hinsichtlich Tagesbetreuung, Erziehung und Bildung bestehen.

Methodische und inhaltliche Anmerkungen

Da die Alleinerziehendenhaushalte mittels eines statistischen Verfahrens (Haushaltsgenerierungsverfahren des Amtes für Statistik und Stadtforschung) aus den Einwohnerdatensätzen identifiziert werden, kann es hierbei zu Unschärfen kommen. Tendenziell ist von einer leichten Überschätzung der Anzahl der Alleinerziehendenhaushalte auszugehen.

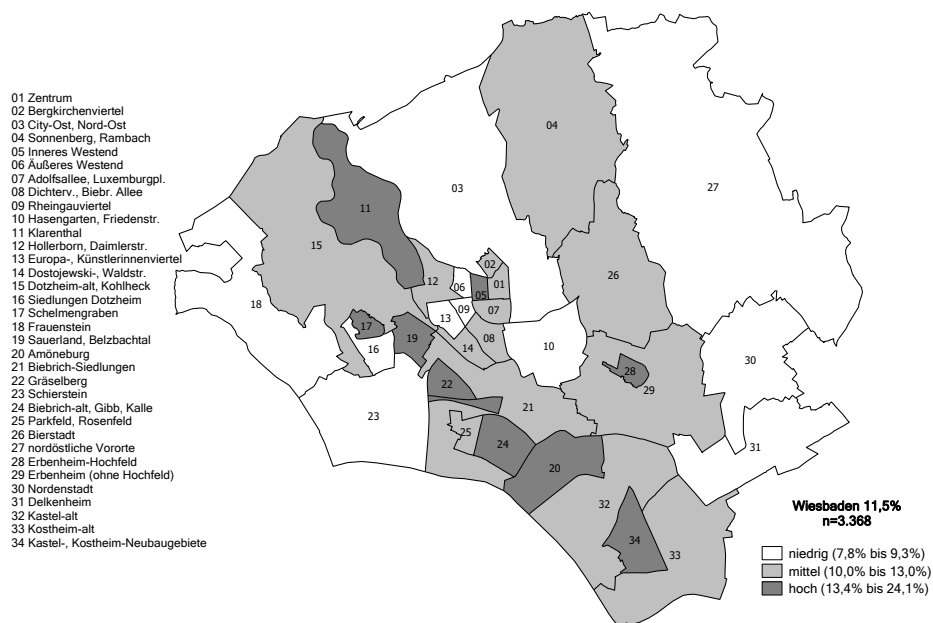
3.2.5.2 Quote Große Familien

Beschreibung

Anteil der Haushalte mit drei und mehr Kindern an allen Haushalten mit Kindern

Abbildung 19: Quote Große Familien

Anteil Haushalte mit drei und mehr Kindern an allen Haushalten mit Kindern (31.12.2016)



Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung Wiesbaden, Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren



Grundsatz und Planung

Bedeutung für den Sozialraum

Ebenso wie Alleinerziehendenhaushalte sind Haushalte mit drei und mehr Kindern vor besondere Herausforderungen bezogen auf Betreuung, Bildung und Erziehung der Kinder gestellt. Die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit für beide Partner stellt eine größere Schwierigkeit als in kleineren Familien dar. Die gelingende Bewältigung des

Familienalltags erfordert eine höhere Organisationsleistung als in kleineren Familien. Weiterhin wird ein höheres Familieneinkommen zur Sicherung eines ausreichenden Familieneinkommens benötigt. Statistisch liegt bei kinderreichen Familien ein höheres Armutsrisiko vor als in kleineren Familien. So waren in 2016 36,5 % aller Wiesbadener Familien mit mehr als drei Kindern im SGB II-Bezug. Bei 1-Kind-Familien lag die Quote bei 18,1 % und bei Familien mit 2 Kindern bei 20,0%.⁵⁰

Eine hohe Quote großer Familien in einem Stadtteil weist darauf hin, dass besondere Bedarfe der infrastrukturellen Ausstattung mit Einrichtungen und sozialen Dienstleistungen zur Förderung und Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und Familien zur Tagesbetreuung, Erziehung und Bildung bestehen.

Methodische und inhaltliche Anmerkungen

Bei der Zahl der Kinder ist zu beachten, dass nur Personen unter 18 Jahren zu den Kindern gerechnet werden. Familien, in denen - was nicht selten ist - weitere volljährige Kinder leben, werden nicht den „großen Familien“ zugerechnet. Der Anteil „großer Familien“ wird damit leicht unterschätzt.

3.2.6 Alte Menschen mit Risiken

Erstmals werden in der Sozialraumanalyse auch alte Menschen in einem eigenen Indikatorenset in den Fokus genommen. Aufgrund der demografischen Entwicklung nimmt der Anteil an alten Menschen (ab 65 Jahren) stetig zu. Ihr Anteil an der Wiesbadener Bevölkerung betrug 2017 19,5 % (56.620 Personen) - 2005 lag er bei 19,0 % (51.877 Personen). Interessant ist, dass sich sowohl der Anteil alter Menschen als auch der Anteil alter Menschen mit besonderen Risiken nicht gleichmäßig in den Stadtteilen verteilt, sondern sozialräumlich unterschiedlich verteilt ist.

3.2.6.1 Anteil alleinlebender alter Menschen

Beschreibung

Der Anteil der Personen ab 75 Jahren in einem Ein-Personen-Haushalt an allen Haushalten mit Personen ab 75 Jahren.

Bedeutung für den Sozialraum

Obwohl das Lebensalter allein noch keine Aussage über den individuellen Gesundheitszustand oder den Unterstützungsbedarf zulässt, steigt mit zunehmendem Alter - und insbesondere ab 75 Jahren - die Wahrscheinlichkeit einer Pflege- oder Hilfsbedürftigkeit. Alleinlebende alte Menschen sind im Falle einer Pflege- oder Hilfsbedürftigkeit zur Alltagsbewältigung besonders auf die Unterstützung durch soziale Einrichtungen und Dienste angewiesen.

Aufgrund altersbedingter Einschränkungen des Bewegungsradius besteht in dieser Haushaltsform ein erhöhtes Risiko der sozialen Isolation.

Ein hoher Wert bezogen auf diesen Indikator, identifiziert Stadtteile mit erhöhtem Bedarf an altengerechter Infrastruktur und seniorenspezifischen Begegnungs- und Unterstützungsangeboten.

Methodische und inhaltliche Anmerkungen

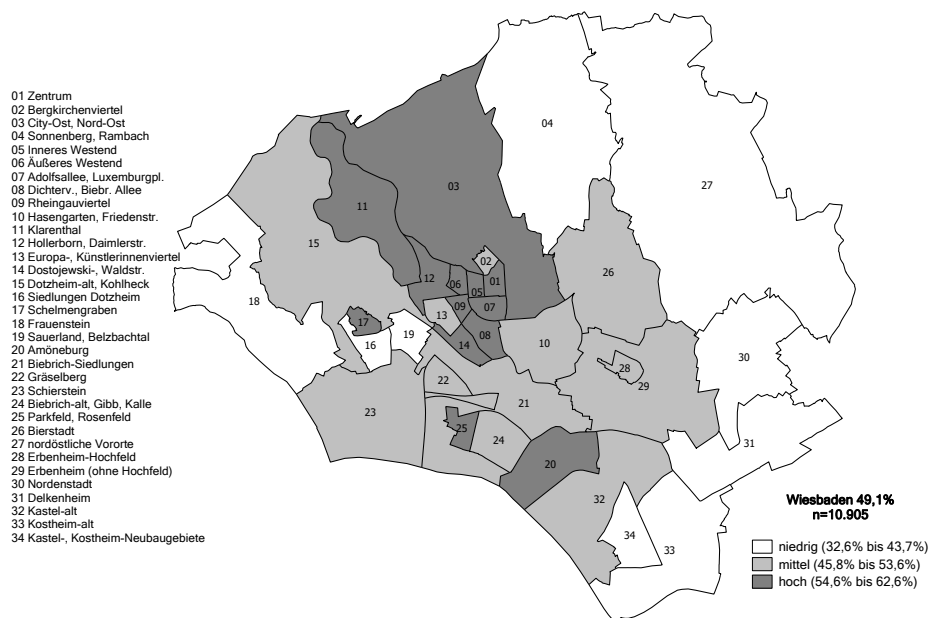
In einigen Stadtteilen stehen die überdurchschnittlichen Werte in diesem Indikator in Zusammenhang mit dem Vorhandensein von Altenwohnanlagen. Hierbei handelt es sich um Anlagen mit altengerechten Wohnungen, die durch das Amt für Soziale Arbeit an Menschen ab 60 Jahren - unter Einhaltung bestimmter Einkommensgrenzen - vermietet werden. Viele Altenwohnanlagen bieten bestimmte seniorenspezifische Angebote.

⁵⁰ LH Wiesbaden, Amt für Grundsicherung und Flüchtlinge, Amt für Soziale Arbeit „Wiesbadener SGB II Geschäfts- und Eingliederungsbericht 2016“

Die beschriebenen Lebenslagenrisiken sind bei Menschen in den Altenwohnanlagen durch die entsprechende soziale Infrastruktur minimiert.

Abbildung 20: Alleinlebende alte Menschen

Anteil der ab 75-Jährigen in Ein-Personen-Haushalten an allen Haushalten mit Personen ab 75 Jahren (31.12.2016)



Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung Wiesbaden, Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren



Grundsatz und Planung

3.2.6.2 Quote Altersarmut

Beschreibung

Anteil der Personen ab 55 Jahren mit Leistungen nach dem SGB XII, Kapitel 3 und 4 sowie Personen mit Leistungen nach dem SGB II, die innerhalb der letzten 48 Monate mindestens 42 Monate im Leistungsbezug waren bezogen auf alle ab 55-Jährigen.

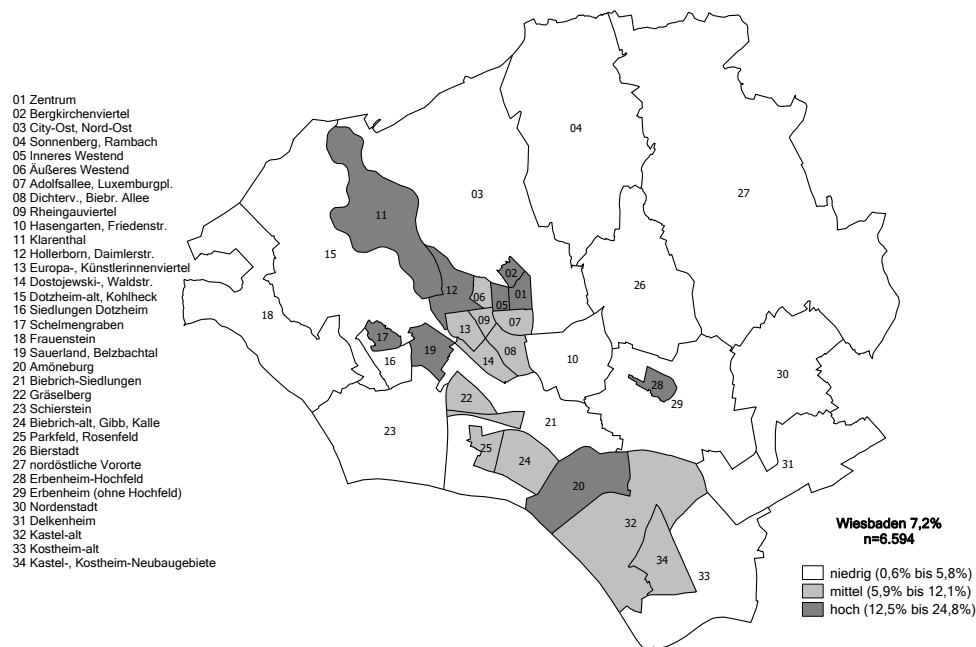
Bedeutung für den Sozialraum

Die verfestigte Armut im Alter weist ein besonderes Spezifikum auf. Dauerhaft arme alte Menschen haben nahezu keine Perspektive auf eine Veränderung dieser Lebenslage. Eine Integration ins Erwerbsleben ist für die 55- bis 64-jährigen Personen statistisch sehr unwahrscheinlich. Die ab 65-Jährigen im Grundsicherungsbezug werden den Rest ihres Lebens arm sein. Altersbedingte Herausforderungen hinsichtlich medizinisch notwendiger Hilfsmittel, die nicht oder nur als Mindestversorgung durch die gesetzlichen Krankenkassen finanziert werden, z. B. Sehhilfen, Zahnersatz, Hörgeräte, besondere Medikamente etc. können von armen Menschen deutlich schlechter als von wohlhabenden gemeistert werden. Dies wiederum kann negative Auswirkungen auf den gesundheitlichen Zustand haben.

In Stadtteilen mit hohen Werten in diesem Indikator sind Angebote und Leistungen für diese Gruppe wie Mittagstische, Beratungs- und Freizeitangebote notwendig. Auch der Aufbau nachbarschaftlicher Unterstützungssysteme, die alltagsunterstützende Hilfen bieten sowie die Vermittlung kostenloser haushaltsnaher Dienstleistungen und Repair Cafés sind geeignete Maßnahmen um alten Menschen ein „gutes Leben trotz Armut“ zu ermöglichen.

Abbildung 21: Quote Altersarmut

Anteil der ab 55-Jährigen mit SGB XII, Kapitel 3 und 4 oder SGB II (in den letzten 48 Monaten mind. 42 Monate im Leistungsbezug) an allen Personen ab 55 Jahren (31.12.2016)



Quelle: Amt für Grundsicherung und Flüchtlinge Wbn., Geschäftsstatistik SGB II, Amt für Soziale Arbeit Wiesbaden, Geschäftsstatistik SGB XII, Amt für Statistik und Stadtforschung Wiesbaden, Einwohnerwesen
Eigene Berechnungen



Grundsatz und Planung

Methodische und inhaltliche Anmerkungen

Der Indikator definiert Langzeitbezug bezogen auf die Leistungsberechtigten im SGB II zwar analog der Definition, die in einer Rechtsverordnung des BMAS zur Festlegung der Kennzahlen nach § 48a SGB II getroffen wurde (innerhalb der letzten 24 Monate mindestens 21 Monate im Bezug stehend). Der Zeitraum des Langzeitbezugs wurde in unserem Indikator jedoch auf „innerhalb der letzten 48 Monate mindestens 42 Monate im Bezug stehend“ verdoppelt, um eine besondere Verfestigung der Armutslage zu erfassen. Unterbrechungen der Bezugsdauer kürzer als 90 Tagen werden nicht berücksichtigt.

Weiterhin zählen alle Personen der Altersgruppe dazu, die Leistungen nach dem SGB XII Kapitel 3 (Hilfe zum Lebensunterhalt), also befristet erwerbsgemindert im Sinne der gesetzlichen Rentenversicherung sind sowie nach dem Kapitel 4 (Grundsicherung), also dauerhaft erwerbsgemindert im Sinne der gesetzlichen Rentenversicherung, sind. Bei diesen Personen insbesondere in der Altersgruppe ab 55 Jahren sind die Quoten der Aufnahme einer existenzsichernden Beschäftigung und damit eine Unabhängigkeit von Transferleistungen relativ niedrig. Bei den über 65-Jährigen im Bezug von Leistungen nach SGB XII, Kapitel 4 ist davon auszugehen, dass diese dauerhaft im Leistungsbezug verbleiben werden.

3.2.7 Soziale Einbindung

Die Indikatoren dieses Sets beschreiben besondere Risiken der sozialen Einbindung zum einen in die unmittelbare Wohnumgebung, zum anderen Risiken der gesellschaftlichen Einbindung im Allgemeinen. Drei der Indikatoren beschreiben migrationsspezifische Risikopotenziale.

3.2.7.1 Quote Wohndauer unter zehn Jahren

Beschreibung

Anteil der Personen über 18 Jahren, die weniger als zehn Jahre an der aktuellen Adresse wohnen, an allen Erwachsenen.

Bedeutung für den Sozialraum

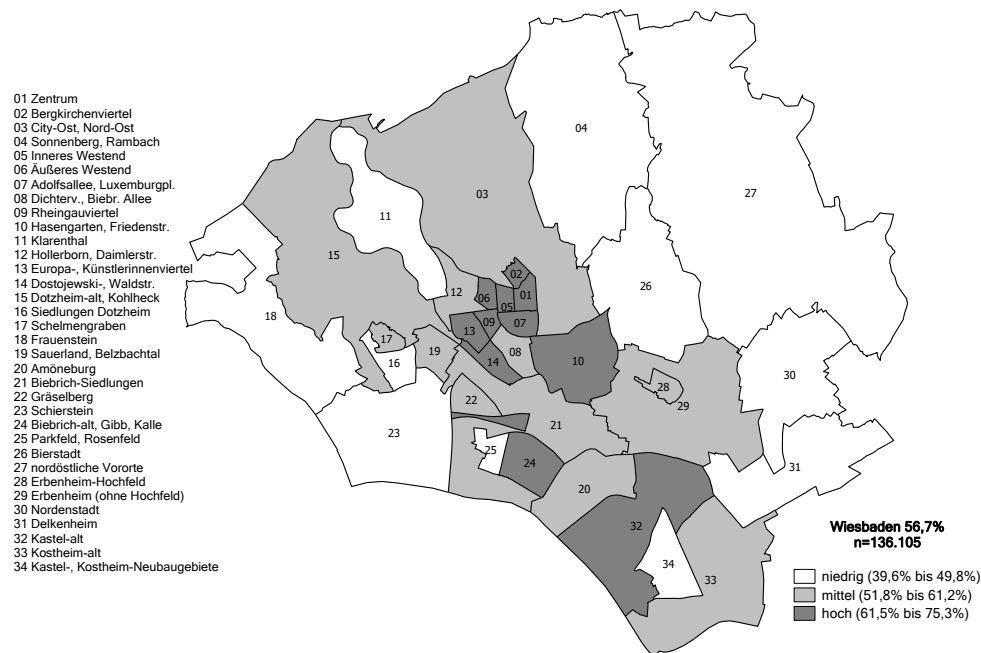
Die Wohndauer an einer Adresse gibt einen Hinweis auf die Verbundenheit und Identifikation der Menschen mit ihrem unmittelbaren Wohnumfeld und dem Stadtteil.

Eine lange Wohndauer an einem Ort ermöglicht den Aufbau nachbarschaftlicher und sozialräumlicher Bezugs-, Unterstützungs- und Selbstorganisationssysteme.

Der Gruppe der „Alteingesessenen“ in einem Stadtteil kommt eine besondere Rolle bezüglich der Integration von neu in den Stadtteil gezogenen Menschen zu und gibt somit einen Hinweis auf Integrationspotentiale in einem Stadtteil.

Abbildung 22: Quote Wohndauer unter zehn Jahren

Anteil der Erwachsenen mit einer Wohndauer unter zehn Jahren an der aktuellen Adresse an der erwachsenen Bevölkerung (31.12.2016)



Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung Wiesbaden, Einwohnerwesen



Grundsatz und Planung

Ein hoher Wert in diesem Indikator, also ein hoher Anteil der erwachsenen Bevölkerung mit kürzerer Wohndauer, muss unterschiedlich interpretiert werden. Es finden sich darunter zum einen Stadtteile mit einem hohen Anteil an neu erbauten Wohnungen, aber auch Stadtteile, die eine hohe Mobilitätsrate aufweisen. Bei Letzteren handelt es sich um innerstädtische bzw. innenstadtnahe Wohngebiete, in denen viele neu Zugewanderte und Menschen deren Lebensumstände sich gravierend verändert haben (z. B. Haushaltsgründung, nach Trennung, Menschen vor der Familienphase) leben. Aber auch Stadtteile mit großen

Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete, die eine hohe Fluktuation der Bewohnerschaft aufweisen⁵¹, zeigen hohe Werte in diesem Indikator.

Unterdurchschnittliche Werte, also Stadtteile mit einem hohen Anteil an Menschen mit langer Wohndauer, können auf eine hohe Wohnzufriedenheit und Identifikation mit dem Umfeld hinweisen und somit eine positive Dimension aufweisen.

Aber auch Stadtteile mit hohen sozialen Bedarfslagen weisen leicht unterdurchschnittliche Werte bezogen auf diesen Indikator auf. Dies kann ein Hinweis auf die genannten positiven Dimensionen sein, aber auch ein Anzeichen für einen sozialen Abschluss und mangelnde Möglichkeiten eines individuell gewünschten Wegzugs.

Methodische und inhaltliche Anmerkungen

Eine Interpretation der Aussage dieses Indikators kann nur in Zusammenhang mit einem umfassenden Blick auf die spezielle sozialräumliche Situation, der gesamtstädtischen Funktion und den sozialen Bedarfslagen in einem Stadtteil erfolgen.

Gleichwohl liefert er eine Aussage über eine instabile Bevölkerungsstruktur in einem Sozialraum.

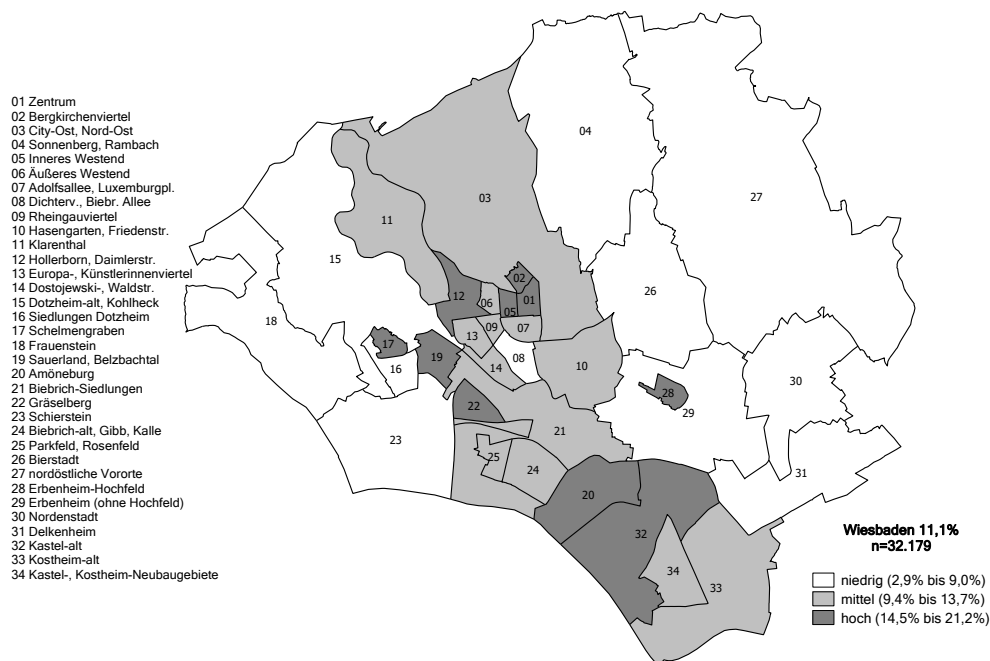
3.2.7.2 Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige

Beschreibung

Anteil der Personen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit an der Bevölkerung.

Abbildung 23: Nicht-EU-Staatsangehörige

Anteil der Personen mit Nicht-EU-Staatsangehörigkeit an der Bevölkerung (31.12.2016)



Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung Wiesbaden, Einwohnerwesen



Grundsatz und Planung

⁵¹ Vgl. zu den Gründen für die hohe Fluktuation die Erläuterungen unter 3.1.1.

Bedeutung für den Sozialraum

Die Gruppe der Migrantinnen und Migranten ist keineswegs homogen; sie weist mehr Differenzen als Gemeinsamkeiten auf. Nur bei einem Teil der Migrantinnen und Migranten kann von besonderen migrationsspezifischen Risiken gesprochen werden. Insbesondere die Gruppe derer mit einem mehr oder weniger ungesicherten Aufenthaltsstatus sowie derjenigen, die aus völlig anderen Kulturen und Sozialstrukturen kommen, vor allem wenn sie noch nicht lange in Deutschland leben, tragen Integrationsrisiken und bedeuten für die aufnehmende Stadt(teil)gesellschaft erhöhte Integrationsbedarfe. Nicht-EU-Bürger/innen haben häufiger einen begrenzten Aufenthaltsstatus, eine begrenzte Arbeitserlaubnis und nicht selten stellt ihre unterschiedliche kulturelle Herkunft größere Herausforderungen für ihre Integration an sie selbst und an die Aufnahmegesellschaft. Aus diesem Grund wird der - zugegebenermaßen relativ grobe - Indikator "Anteil der Nicht-EU-Ausländer/innen an der Bevölkerung" herangezogen, um migrationsspezifische Risikopotenziale der sozialen Integration der Stadtteile abzuschätzen. Stadtteile mit überdurchschnittlichem Bevölkerungsanteil von Menschen mit einer Herkunft außerhalb der EU verweisen auf statistisch größere Risiken der sozialen Integration, des gemeinschaftlichen Miteinanders und der Einkommens-, Bildungs- und Erwerbsbeteiligung ihrer Bevölkerung.

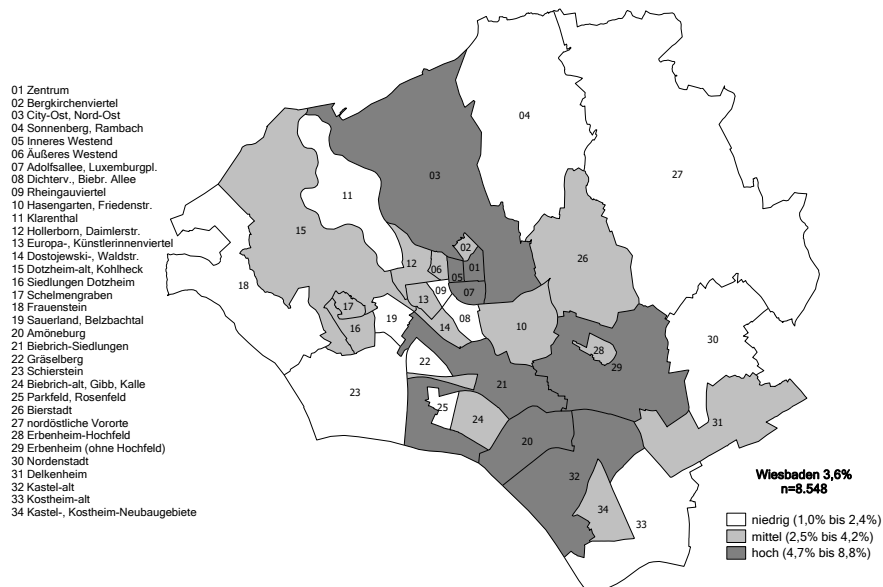
3.2.7.3 Anteil Neuzugewanderte

Beschreibung

Anteil der Erwachsenen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die in den letzten beiden Jahren direkt aus dem Ausland oder hessischen Erstaufnahmeeinrichtungen zugezogen sind und zum Stichtag noch in Wiesbaden wohnen, an allen Erwachsenen.

Abbildung 24: Neuzugewanderte

Anteil Erwachsener mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die in den letzten beiden Jahren aus dem Ausland oder hessischen Erstaufnahmeeinrichtungen zugewandert sind an allen Erwachsenen (31.12.2016)



Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung Wiesbaden, Einwohnerwesen

Grundsatz und Planung

Bedeutung für den Sozialraum

Neuzugewanderte Personen haben besondere Orientierungs- und Integrationsherausforderungen. Das Ankommen und Sich-Zurecht-Finden in einer zunächst fremden Gesellschaft, der Erwerb von Kenntnissen über deren Werte und Normen, aber natürlich und zuerst der Spracherwerb, die Herausforderungen hinsichtlich der Suche nach Wohnraum und einer Existenzsicherung stellen für diese Gruppe die zentralen Aufgaben dar. In dieser Gruppe werden sowohl Zuwanderungen aus dem EU-Ausland und sonstigen Ländern aber auch die Geflüchteten erfasst.

In einigen Stadtteilen, wie z.B. Kastel-alt, City-Ost, Nordost, mit hohen Werten in diesem Indikator sind große Gemeinschaftsunterkünfte für Geflüchtete (GU) eingerichtet. In anderen Stadtteilen, wie z.B. dem Inneren Westend, sind vor allem Zuwanderungen aus den südlichen und südöstlichen EU-Staaten zu verzeichnen.

Sowohl große GU als auch eine große Zahl von neuzugewanderten Personen aus EU-Staaten stellen besondere Anforderungen an die Nachbarschaften im Stadtteil und die sozialen und Bildungseinrichtungen. Auch diese stehen vor besonderen Integrationsaufgaben. Soziale und Bildungseinrichtungen müssen besondere zielgruppenspezifische Angebote einrichten und etablieren. Hierfür stehen durch ESF-Förderprogramme und kommunale Mittel, die für Angebote für Geflüchtete dem Haushalt des Sozialdezernates zugesetzt wurden, personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung. Auch bei der Konzeption der Angebote werden die Einrichtungen unterstützt bzw. es wurden von Seiten des Sozialdezernates spezielle Angebote eingerichtet.

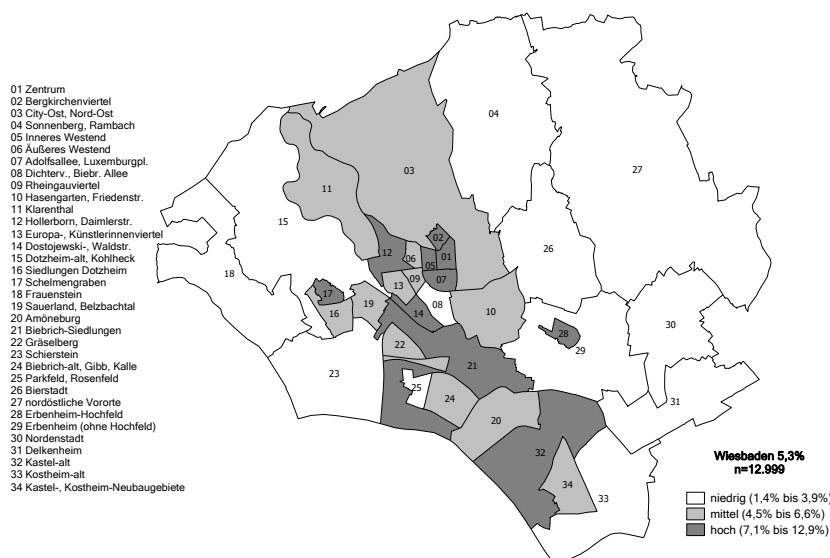
Im „Integrationskonzept für Geflüchtete“ der LH Wiesbaden (2017) werden diese Herausforderungen, Zielsetzungen und Projekte ausführlich dargestellt.

In Wiesbaden sind die großen Gemeinschaftsunterkünfte für Geflüchtete mehrheitlich in Stadtteilen mit niedriger bzw. mittlerer sozialer Bedarfslage angesiedelt.

3.2.7.4 Anteil ausländische Bevölkerung mit unsicherem Aufenthaltsstatus

Abbildung 25: Ausländische Bevölkerung mit unsicherem Aufenthaltsstatus

Anteil der Nicht-EU-Staatsangehörigen über 15 Jahren ohne Niederlassungserlaubnis oder gleichwertigem Aufenthaltsstatus an allen über 15-Jährigen (31.12.2016)



Quelle: Amt für Zuwanderung und Integration Wiesbaden, Ausländerbehörde, LADIVA
Amt für Statistik und Stadtforschung Wiesbaden, Einwohnerwesen
Daten bereitgestellt durch Amt für Statistik und Stadtforschung

Grundsatz und Planung

Beschreibung

Anteil der Personen ab 16 Jahren mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit ohne Niederlassungserlaubnis oder einem vergleichbaren Aufenthaltsstatus an allen Personen ab 16 Jahren.

Bedeutung für den Sozialraum

Dieser Indikator spezifiziert den Indikator „Anteil der Nicht-EU-Staatsangehörigen“ um die Personen mit Nicht-EU-Staatsangehörigkeit, die einen begrenzten und somit unsicheren Aufenthaltsstatus haben. Diese Gruppe trägt aufgrund des unsicheren Aufenthaltsstatus besondere Integrationsrisiken, verfügt häufig auch nur über einen eingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt und weist somit höhere Armutsquoten auf. In Stadtteilen mit hohen Werten in diesem Indikator muss auch die aufnehmende Stadtteilgesellschaft häufig höhere Integrationsleistungen erbringen.

Methodische und inhaltliche Anmerkungen

Die Definition welche Aufenthaltsstatus als „unsicher“ klassifiziert werden können, wurde gemeinsam mit der Ausländerbehörde festgelegt.

Da ein eigenständiger gesicherter Aufenthaltsstatus erst ab 16 Jahren erteilt wird, wurde die Altersgruppe entsprechend gewählt.

3.2.8 Gesundheitsrisiken

Die gesundheitliche Situation ist eine wesentliche Determinante für individuelles Wohlergehen. Sie hat einerseits Auswirkungen auf Lebensführung, Alltagsgestaltung und soziale Teilhabe, andererseits beeinflussen diese Faktoren wiederum die individuelle gesundheitliche Situation. Zwischen gesundheitlicher Lage und ökonomischer und sozialer Situation bestehen⁵², durch zahlreiche Studien belegte, enge Zusammenhänge: arme Menschen verfügen statistisch über einen schlechteren Gesundheitszustand als wohlhabendere.

Die Indikatoren beschreiben die sozialräumlich unterschiedliche Verteilung der gesundheitlichen Risiken.

Da leider nur sehr wenige Gesundheitsdaten kleinräumig vorliegen, geben die gewählten Indikatoren nur relativ grobe Hinweise auf die gesundheitliche Situation der Menschen in den Stadtteilen.

3.2.8.1 Rate Vorzeitige Sterblichkeit

Beschreibung:

Sterbefälle im Alter von 0 bis 64 Jahren auf je 1.000 Personen der Altersgruppe im Zeitraum von 2012 bis 2016.

Bedeutung für den Sozialraum

Zwischen Lebenserwartung und ökonomischem Status existieren, belegt durch verschiedene Studien, deutliche Zusammenhänge. Ein höherer Sozialstatus geht mit einer statistisch höheren Lebenserwartung einher.

Der Indikator „vorzeitige Sterblichkeit“, also Todesfälle vor dem 65. Lebensjahr, steht im Zusammenhang mit der Sozialstruktur und dem Gesundheitsverhalten der Bevölkerung. Schätzungen gehen davon aus, dass nahezu jeder zweite vorzeitige Todesfall auf vermeidbares gesundheitsschädliches Verhalten, wie z. B. Rauchen, übermäßiger Alkoholkonsum, mangelnde Wahrnehmung ärztlicher Vorsorgeuntersuchungen, ungesunde Ernährungsgewohnheiten, zurückzuführen ist.⁵³

⁵² Vgl. Weltgesundheitsorganisation, 1986: Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung: http://www.euro.who.int/__data/assets/pdf_file/0006/129534/Ottawa_Charter_G.pdf

⁵³ Senatsverwaltung f. Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz Berlin, Sozialstrukturatlas Berlin 2008, S. 208

Diese gesundheitsrelevanten Verhaltensweisen werden durch sozioökonomische Faktoren mit beeinflusst.

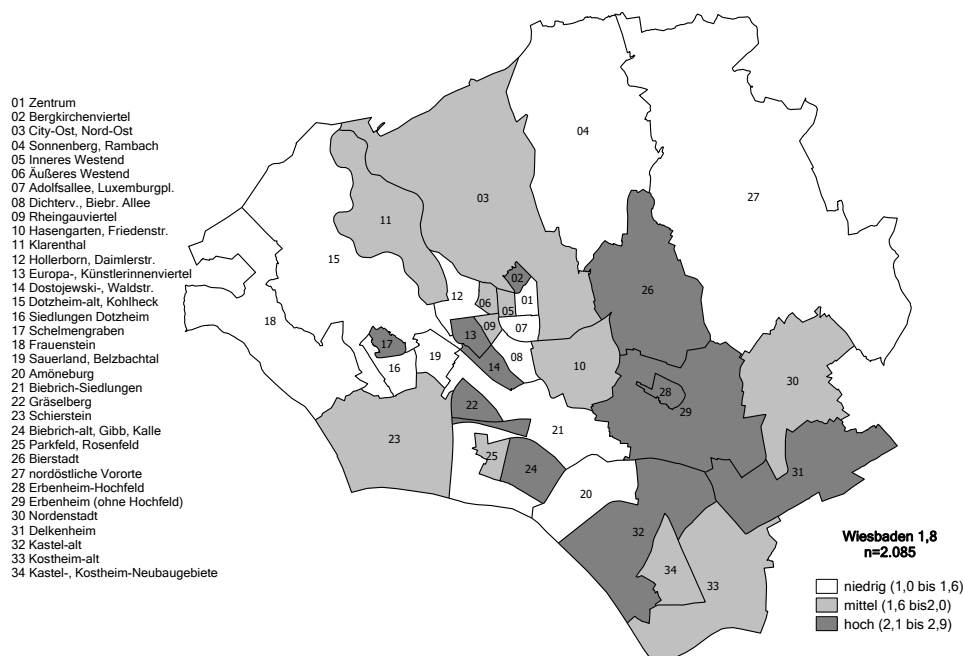
Der Indikator gibt einen - wenn auch groben - Anhaltspunkt auf Stadtteile mit besonderem Bedarf an gesundheitsfördernden Maßnahmen.

Methodische und inhaltliche Anmerkungen

Aufgrund erfreulicherweise relativ niedriger Fallzahlen liegen die Werte der einzelnen Stadtteile recht dicht beieinander. Von daher lassen sich - mit diesem Indikator allein - nur bedingt Aussagen über die gesundheitliche Lage der Bevölkerung treffen. Gleichwohl weisen die Werte in den Stadtteilen plausible Übereinstimmung zu den Ergebnissen anderer Indikatoren auf.

Abbildung 26: Rate Vorzeitige Sterblichkeit

Sterberate von 0 bis 64-Jährigen auf 1.000 Einwohner/innen (2012-2016)



Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung Wiesbaden, Einwohnerwesen



Grundsatz und Planung

3.2.8.2 Anteil übergewichtiger Kinder bei Schulbeginn

Beschreibung

Anteil der Kinder mit dem in der Schuleingangsuntersuchung festgestellten Status „übergewichtig“ oder „adipös“ an allen untersuchten Kindern.

Bedeutung für den Sozialraum

Übergewicht und insbesondere Adipositas im Kindesalter setzt sich in der Regel bis ins Erwachsenenalter fort, ist wesentliche Ursache für Folgeerkrankungen und beeinflusst somit die gesamte Gesundheitsbiografie eines Menschen.

Übergewicht und Adipositas haben aber auch erheblichen Einfluss auf die individuellen Verwirklichungschancen.

Kinder, deren Eltern einen niedrigen Sozialstatus aufweisen, sind häufiger übergewichtig als Kinder aus Haushalten mit einem hohen sozialen Status. Auch Kinder aus Migrantenfamilien weisen eine höhere Übergewichtsquote auf als Kinder ohne Migrationshintergrund.

Welche Faktoren in welchem Ausmaß zu Übergewicht führen und wie diese interagieren ist noch nicht zufriedenstellend untersucht.

Viele übergewichtige Kinder zeigen auch mangelnde Bewegung, erhöhten Fernsehkonsum und ernähren sich ungesund.

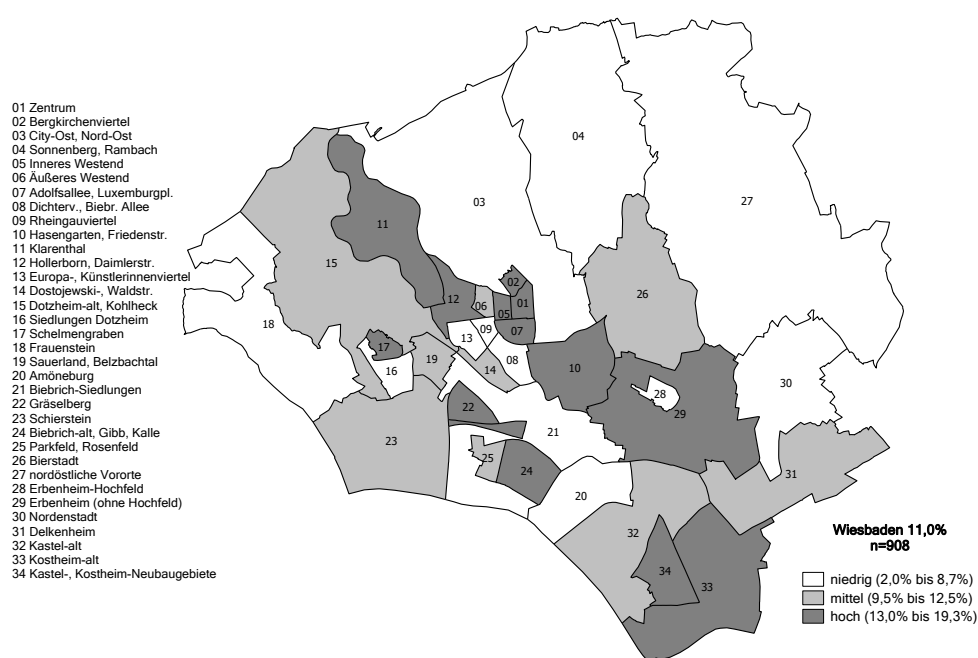
In Stadtteilen mit hohen Werten in diesem Indikator, aber auch präventiv in Stadtteilen mit einer hohen Kinderarmutsquote, sind Kinder- und Jugendeinrichtungen sowie Schulen besonders gefordert, der Gesundheitserziehung der Kinder einen hohen Stellenwert zuzuschreiben.

Aber auch die KinderElternZentren (KiEZ) sowie andere Einrichtungen, die mit Eltern arbeiten, sollten mit verschiedenen Angeboten gesundheitsförderndes Verhalten von Eltern ermöglichen.

Wesentliche Themen sind hierbei Bewegungsförderung, durch Sport und Spiel, aber auch Alltagsbewegung und Informationen, sowie praktische Wissens- und Kenntnisvermittlung über gesunde Ernährung, auch mit geringen finanziellen Ressourcen.

Abbildung 27: Übergewichtige und adipöse Kinder bei Schulbeginn

Anteil an übergewichtigen oder adipösen Kindern an allen untersuchten Kindern in der Schuleingangsuntersuchung (2014/15 bis 2016/17)



Quelle: Gesundheitsamt Wiesbaden, Schuleingangsuntersuchung (S1); Daten bereitgestellt durch Amt für Statistik und Stadtforschung Wiesbaden



Grundsatz und Planung

Methodische und inhaltliche Anmerkungen

Basis dieses Indikators sind die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen der Schuljahre 2014/15 bis 2016/17. Die Schuleingangsuntersuchung liefert wertvolle Indikatoren für Bildungsteilhabe und gesundheitlichen Zustand der einzuschulenden Kinder. Jedoch ist die

Gruppe der untersuchten Kinder pro Jahrgang in einzelnen Stadtteilen sehr klein, sodass die Aussagekraft insbesondere in der Zeitreihe eingeschränkt ist. Deshalb haben wir in allen Indikatoren mit Daten aus der Schuleingangsuntersuchung drei Jahrgänge zusammengefasst. Diese findet jedoch in einem Alter statt, in dem die Problematik „Übergewicht / Adipositas“ bei Kindern noch nicht so stark ausgeprägt ist im Gegensatz zum späten Grundschulalter bzw. der Pubertät. Beobachtungen zeigen, dass sich im zunehmenden Kindesalter mangelnde Bewegung, Fehlernährung und andere Ursachen für Übergewicht deutlich stärker ausprägen. Leider liegen für diese Altersgruppen keine kleinräumig verfügbaren Werte vor.

3.2.9 Politische Teilhabe

Politische Teilhabe manifestiert sich in unserer parlamentarischen Demokratie insbesondere in den Wahlen zu den verschiedenen Volksvertretungsorganen, also den Parlamenten, auf unterschiedlicher räumlicher Ebene.

Die Teilnahme an den demokratischen Wahlen ist das wesentliche, und für das Individuum am einfachsten zu realisierende, Instrument Einfluss auf politische Entwicklungen zu nehmen, den eigenen politischen Willen auszudrücken.

In diesem Indikator wird die sozialräumlich unterschiedliche Verteilung der Möglichkeit der politischen Teilhabe und die unterschiedliche Wahrnehmung dieser Möglichkeit, bezogen auf die Bundestagswahl, aufgezeigt.

Die Bundestagswahl ist die Wahl, die in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit als am bedeutendsten angesehen wird, im Vergleich zu Wahlen wie Kommunal-, Landtags- und Europawahlen. Bei der Wahl zum Bundestag werden die höchsten Wahlbeteiligungen erzielt. Die Wahl ist bereits viele Monate vor dem Wahltermin wichtiges Thema in allen Medien, der Wahlkampf der Parteien ist über einen längeren Zeitraum durch Plakatierung nicht zu übersehen und bestimmt das Stadtbild.

3.2.9.1 Anteil Erwachsene ohne Teilhabe an Bundestagswahl

Beschreibung

Anteil der Erwachsenen ohne Wahlrecht und der Nicht-Wählenden bei der Bundestagswahl 2017 an der erwachsenen Bevölkerung

Bedeutung für den Sozialraum

Der Anteil der Nicht-Wahlberechtigten und der Nicht-Wählenden in einem Stadtteil liefert einen wichtigen Hinweis auf den Grad der politischen Beteiligung der Bevölkerung an der Einflussnahme auf die Zusammensetzung der parlamentarischen politischen Vertretung (Bundestag).

Ausgeschlossen von der Wahl sind alle Personen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit. Somit sind in Stadtteilen mit einem hohen Anteil an ausländischer Bevölkerung, dies sind überwiegend Stadtteile mit einer hohen sozialen Bedarfslage, bereits größere Gruppen der Bevölkerung von der Wahl ausgeschlossen.

Der Anteil der Nicht-Wählenden lässt Aussagen über Politikverdrossenheit zu. In den allermeisten Fällen ist die individuelle Entscheidung sich nicht an der Wahl zu beteiligen - bei Vorliegen der Wahlberechtigung -, keine bewusste politische Entscheidung, sondern erfolgt aus einer gewissen Resignation, der Überzeugung mit Wahlen keine Veränderung der eigenen bzw. gesellschaftlichen Situation befördern zu können.

Das Nicht-Wählen ist aber auch ein Hinweis auf Wissen um demokratische Strukturen, politisches Interesse und Bereitschaft bzw. Vermögen sich mit unterschiedlichen politischen Anschauungen auseinanderzusetzen, sich zu informieren, eine eigene Position zu beziehen und diese durch eine Wahlentscheidung auszudrücken.

Der Indikator weist sehr deutliche Übereinstimmungen mit der sozialen Bedarfslage in einem Stadtteil auf. Stadtteile mit hoher sozialer Bedarfslage zeigen hohe Werte, während Stadtteile mit niedriger sozialer Bedarfslage nur geringe Werte aufweisen.

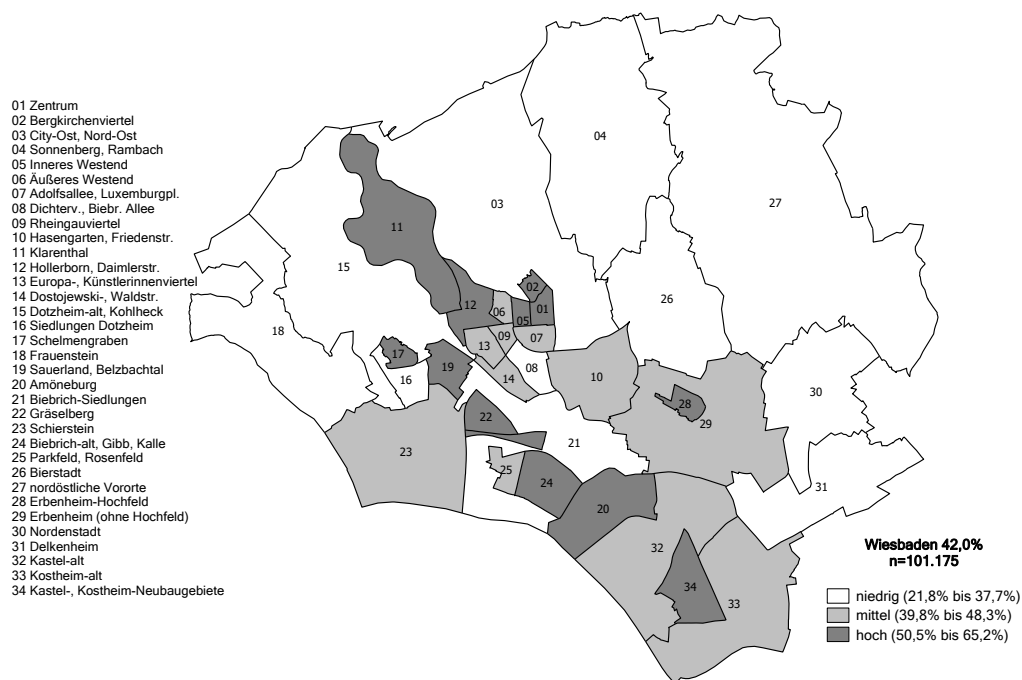
In den Wiesbadener Stadtteilen zeigt sich, die durch zahlreiche Untersuchungen belegte Tatsache, dass die Teilnahme(-möglichkeit) an politischen Entscheidungsprozessen, also die (Möglichkeit der) Nutzung eines wesentlichen demokratischen Beteiligungsrechtes, maßgeblich durch die soziale Lage bestimmt ist.

Politische Bildung sollte in den Bildungs-, Kinder- und Jugendeinrichtungen, insbesondere in Stadtteilen mit hoher sozialer Bedarfslage, ein Themenfeld sein.

Für die soziale Arbeit im Stadtteil sollte, in der Tradition der Gemeinwesenarbeit, die Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung in relevanten Handlungsfeldern ein wesentliches Arbeitsprinzip sein.

Abbildung 28: Erwachsene ohne Teilhabe an Wahl

Anteil der Nicht-Wahlberechtigten und Nichtwählenden an der erwachsenen Bevölkerung (Bundestagswahl 2017)



Quelle: Rechtsamt Wiesbaden; Wahlbezirke umgerechnet auf die Stadtteile bereitgestellt durch Amt für Statistik und Stadtforschung Wiesbaden
Eigene Berechnungen

Grundsatz und Planung



Methodische und inhaltliche Anmerkungen

In der „Sozialraumanalyse 2014“ wurden die Anteile der Nicht-Wahlberechtigten und der Anteil der Nicht-Wählenden noch in zwei Indikatoren ausgewiesen.⁵⁴ In der jetzigen Ausgabe wurden beide Gruppen zusammengefasst, da beide Gruppen, ob durch gesetzlichen Ausschluss oder durch eigene Entscheidung, nicht an der politischen Willensbildung durch Wahlen beteiligt sind.

⁵⁴ Im Sozialatlas werden die Anteilswerte der beiden Indikatoren stadtteilbezogen und basierend auf den letzten Wahlen ausgewiesen <https://sozialatlas.wiesbaden.de/web/guest/tabellenteil/tabellenteil>

Der Zuschnitt der Wahlbezirke entspricht nicht immer exakt dem Zuschnitt der sozialräumlichen Stadtteile. Aufgrund dieser Tatsache kann es zu kleineren Unschärfen bei der Zuordnung der Wahlbeteiligungs- und Wahlberechtigungswerte der Stimmbezirke zu den Stadtteilen kommen.

3.3 Wiesbaden im Vergleich mit anderen Städten in der Region

Die „Sozialraumanalyse Wiesbaden“ enthält zahlreiche Indikatoren, welche soziale Merkmale und deren Verteilung innerhalb der Stadt abbilden. Im Folgenden wird für einige dieser Indikatoren nach Vergleichswerten innerhalb der großen Städte des Rhein-Main-Gebiets gesucht und somit Wiesbaden im Städtegefüge des Rhein-Main-Gebiets bezüglich der Ausprägungen einzelner sozialer Indikatoren verortet. Dadurch kann die Aussage der Analyse in einem größeren Kontext betrachtet werden.

In den Blick genommen werden die Städte Frankfurt am Main, Darmstadt, Offenbach sowie Mainz.

Für den vorliegenden Abschnitt wurde vor allem auf die von der Bertelsmann Stiftung aufbereiteten Daten, welche online über die Plattform „wegweiser-kommune.de“ zur Verfügung gestellt werden, zurückgegriffen. Diese Daten basieren für Hessen zum größten Teil auf Berechnungen des Hessischen Statistischen Landesamtes (HSL). Diese Daten weisen den Vorteil einer überaus guten Vergleichbarkeit auf. Jedoch sind die Daten des HSL im Vergleich zu den auf kommunaler Ebene erhobenen Daten in einigen Bereichen abweichend. Hierbei ist vor allem zu beachten, dass die durch das HSL zugrunde gelegte Einwohner/innenzahl der Kommunen auf der Fortschreibung der Zensusdaten von 2011 beruht, während die kommunal erhobenen Daten auf Basis des Einwohnermeldewesens generiert werden und somit einen höheren Genauigkeitswert haben. Von daher unterscheiden sich Anteilswerte in den Indikatoren in diesem Vergleich von den Werten, mit denen die Wiesbadener Sozialraumanalyse arbeitet.

Eine weitere Unterscheidung zu den in dieser Analyse verwendeten Daten ergibt sich im Indikator „Arbeitslosigkeitsquote“. Aus Gründen der kleinräumigen Verfügbarkeit der Daten erfassen wir die 18- bis 64-jährigen arbeitslosen Personen im SGB II- und III-Bezug und prozentuieren diese Zahl auf die Altersgruppe im Sozialraum. Die Bundesagentur für Arbeit, auf deren Quoten wir für den interkommunalen Vergleich zurückgreifen, prozentuiert die arbeitslos gemeldeten Personen auf die zivilen Erwerbstätigen. Eine Altersbeschränkung kommt somit nicht zum Tragen. „Alle zivilen Erwerbstätigen sind die Summe aus den abhängigen zivilen Erwerbstätigen sowie Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen. Die Quote errechnet sich entsprechend als - Arbeitslose / alle ziv. Erwerbstätige + Arbeitslose x 100“ (Bundesagentur für Arbeit, 2018).

Tabelle 12: Anteilswerte ausgewählter Indikatoren im interkommunalen Vergleich

Stichtag 31.12.2016	Wiesbaden	Frankfurt	Offenbach	Darmstadt	Mainz
Existenzsicherungsquote (SGB II + XII)	15,3%	13,0%	19,1%	11,7%	10,0%
Arbeitslosenquote (01.06.2018)	6,9%	5,3%	9,0%	5,4%	5,4%
Kinderarmutsquote (SGB II <15J.)	23,6%	21,1%	31,4%	20,8%	18,3%
Anteil sozialer Wohnungsbau	6,0%	7,9%	k. A.	6,9%	k. A.
Nichtwahlquote Bundestagswahl 2017	26,2%	25,5%	25,7%	20,7%	18,7%

Quelle: Bertelsmann Stiftung - wegweiser-kommune.de; Bundesagentur für Arbeit; Der Bundeswahlleiter; Landeshauptstadt Wiesbaden, Stadt Frankfurt am Main, Stadt Darmstadt, Stadt Offenbach, HSL & eigene Berechnung

Grundsatz und Planung



Wie Tabelle 12 zu entnehmen ist, liegen die Werte in Wiesbaden sowohl für die Existenzsicherungsquote, für die Arbeitslosigkeit und die Kinderarmutsquote - teilweise erheblich - über den Werten der Städte Frankfurt, Darmstadt und Mainz. Nur Offenbach weist durchgehend höhere Anteilswerte auf.

Bei dem Anteil an Sozialwohnungen verstehen sich die Werte genau in umgekehrter Reihenfolge. Hier weist Wiesbaden einen im Vergleich zu Frankfurt und Darmstadt niedrigeren Wert auf. Das bedeutet, dass Wiesbaden im Vergleich zu diesen Städten über weniger Sozialwohnungen bezogen auf alle Wohnungen verfügt. Abschließend ist noch der Wert der Nichtwahlquote zu erwähnen, hier weist Wiesbaden einen besonders hohen Wert auf. 26,2 % der wahlberechtigten Menschen haben in Wiesbaden nicht an der letzten Bundestagswahl teilgenommen. Dies ist der höchste Wert im Vergleich zu den anderen Kommunen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Wiesbaden im Vergleich mit den anderen Kommunen in der Region in allen Vergleichsindikatoren hohe Belastungswerte aufweist. Der Bevölkerungsanteil mit existenzsichernden Leistungen, also die Armutsquote, ist höher als in den meisten Vergleichskommunen.

Jedoch lag auch das jährliche Pro-Kopf-Einkommen 2018 in Wiesbaden bei 22.928 €. ⁵⁵ Dies liegt zwar etwas unterhalb des Bundesdurchschnitts, aber über den Pro-Kopf-Einkommen der Städte Darmstadt, Frankfurt und Mainz.

Der häufig anzutreffenden Fremd- und Selbstwahrnehmung Wiesbadens als einer Stadt der Reichen und Wohlhabenden muss aufgrund dieser Ergebnisse widersprochen werden. Wiesbaden zeigt sich eher als eine heterogene, sozial gespaltene Stadt mit höheren Anteilen an armer aber auch an wohlhabender Bevölkerung als vergleichbare Städte in der Region.

4 Soziale Bedarfslage in den Stadtteilen

4.1 Methodische Erläuterungen zur Bestimmung der sozialen Bedarfslage

Die sozialen Bedarfslagen in den Stadtteilen werden wie in den früheren Sozialraumanalysen des Amtes für Soziale Arbeit durch das Kreuzen der Indikatorengruppe der „administrativen Intervention“ mit der Indikatorengruppe der „Lebenslagenrisiken“ ermittelt.

Zur Messung der sozialen Bedarfslage in den Stadtteilen werden Indikatoren aus den Bereichen „administrative Intervention“ (s. Tabelle 10, Kapitel 3.1) und „Lebenslagenrisiken“ (Tabelle 11, Kapitel 3.2) ausgewählt.

Die Indikatoren zur Bestimmung des Ausmaßes an riskanten Lebenslagen gliedern sich in neun Gruppen, die verschiedene Aspekte der Lebenslage, wie z. B. Bildungsrisiken, Wohnen oder Gesundheit, abbilden. In diesen Gruppen sind meist mehrere Einzelindikatoren zusammengefasst, die eine umfassende Darstellung des Risikoaspektes ermöglichen.

Um die Werte (v. H.- Anteile) der einzelnen Indikatoren und Stadtteile direkt miteinander vergleichen zu können, wird das Verfahren der z-Transformation verwendet. Hierbei werden die Werte der Einzelindikatoren in den 34 Stadtteilen so transformiert, dass für den jeweiligen Indikator der Mittelwert (für die Stadt insgesamt) bei 0 liegt und die Standardabweichung ⁵⁶ bei 1⁵⁷.

⁵⁵ E. Seils, H. Baumann: Verfügbare Haushaltseinkommen im regionalen Vergleich, WSI Verteilungsmonitor April 2019

⁵⁶ Die Standardabweichung ist ein Maß dafür, wie stark die Werte eines Merkmals (z. B. Existenzsicherungsquote) in der Grundgesamtheit (hier: 34 Stadtteile) streut.

⁵⁷ $z = (x - MW(x)) / s$ wobei

z = standardisierter Wert

x = Wert im Stadtteil (z. B. Existenzsicherungsquote)

$MW(x)$ = Mittelwert aller 34 Stadtteile

Nun wird der Mittelwert der z- Werte der Einzelindikatoren der „administrativen Intervention“ ermittelt. Dieser dient der Bestimmung der sozialen Bedarfslage bezogen auf diese Dimension. Bei den Indikatoren der riskanten Lebenslagen wird zunächst in jeder der neun Indikatorengruppen der Mittelwert der Indikatoren erhoben, Danach wird der Mittelwert der Indikatorengruppen berechnet und dieser Wert dann für die Ermittlung der Kategorie der sozialen Bedarfslage bezogen auf die Dimension „riskante Lebenslagen“ verwendet.

Zur Darstellung der sozialen Bedarfslage bezogen auf die Einzelindikatoren und die genannten Indikatorengruppen werden drei Klassen („hoch“ - „mittel“ - „niedrig“) gebildet. Die Zuordnung erfolgt anhand der ermittelten z-Werte.

Eine Zuordnung zur Kategorie „hoch“ erfolgt bei z-Werten die über +0,5 liegen, d. h. mehr als eine halbe Standardabweichung oberhalb des Mittelwertes angesiedelt sind.

Der Kategorie „mittel“ werden z-Werte zwischen -0,5 und +0,5 zugeordnet, d. h. Werte innerhalb einer halben Standardabweichung vom Mittelwert.

Die Zuordnung zur Kategorie „niedrig“ erfolgte bei z-Werten die unter -0,5 betragen, d. h. die mehr als eine halbe Standardabweichung unterhalb des Mittelwertes liegen.

Bezogen auf die Einzelindikatoren bzw. Indikatorengruppen liegt somit bei der Kategorie „hoch“ eine hohe soziale Bedarfslage, der Kategorie „mittel“ eine mittlere bzw. durchschnittliche soziale Bedarfslage und bei der Kategorie „niedrig“ eine niedrige soziale Bedarfslage vor.

Die Gesamtbewertung der sozialen Bedarfslage in einem Stadtteil erfolgte gemäß der Ausprägung entlang der beiden Dimensionen „Ausmaß der administrativen Intervention“ und „Ausmaß riskanter Lebenslagen“. Die Einordnung der Stadtteile in ein Neun-Felder-Diagramm (s. Abbildung 29) vermittelt einen Überblick über die Ausprägungen der beiden Dimensionen.

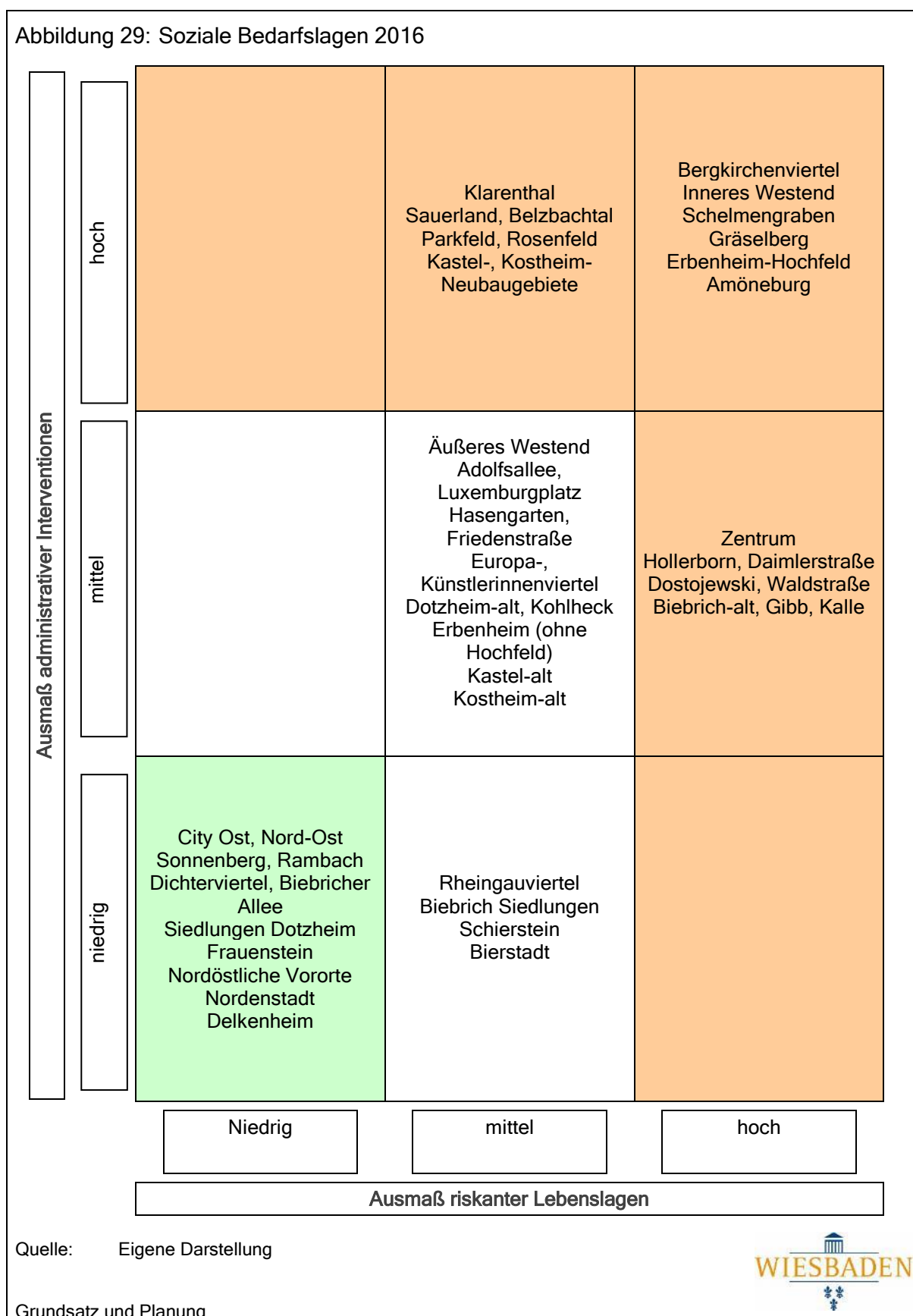
Eine „hohe soziale Bedarfslage“ ist gegeben, wenn in beiden oder einer Dimension („Ausmaß administrative Intervention“, „Ausmaß riskanter Lebenslagen“) eine Zuordnung in die Kategorie „hoch“ erfolgte; also die Kombinationen „hoch - hoch“ oder „hoch - mittel“.

Die Zuordnung zur Kategorie der „mittleren sozialen Bedarfslage“ erfolgt bei der Ausprägung „mittel“ in beiden oder der Ausprägung „mittel“ in einer Dimension und „niedrig“ in der anderen. Eine „niedrige soziale Bedarfslage“ liegt vor, wenn beide Dimensionen der Kategorie „niedrig“ zugeordnet werden.

s = Standardabweichung: $s = \sqrt{[\sum (x - MW(x))^2 / n]}$, wobei n = Anzahl der einbezogenen Fälle (hier: 34 Stadtteile) ist.

4.2 Soziale Bedarfslage der Stadtteile im Vergleich

Abbildung 29: Soziale Bedarfslagen 2016



Im Folgenden sollen Informationen zu verschiedenen Fragestellungen gegeben werden:
Wie verteilen sich die Wiesbadener Stadtteile auf die drei Kategorien der sozialen Bedarfslagen? Gibt es in Wiesbaden Zusammenhänge zwischen Stadtteiltyp und sozialer Bedarfslage? Wie stellt sich die Polarisierung der Stadtteile nach sozialen Bedarfslagen in Wiesbaden dar? Wie verteilt sich die Bevölkerung in Wiesbaden auf die Kategorien der sozialen Bedarfslage?

Stadtteile mit hoher sozialer Bedarfslage

In den meisten deutschen Großstädten, so auch in Wiesbaden, lassen sich im Wesentlichen zwei Gebietstypen als Orte mit hohen sozialen Bedarfslagen identifizieren.

Zum einen sind dies **innerstädtische oder innenstadtnahe Wohngebiete** mit einfachem Wohnungsbestand, hoher städtebaulicher Dichte, hoher Mobilität und niedrigem bis mittlerem Mietpreisniveau.

Zu diesen Stadtteilen zählen

- Zentrum
- Bergkirchenviertel
- Inneres Westend
- Hollerborn, Daimlerstraße
- Dostojewski-, Waldstraße

Eine ähnliche Struktur zeigen die Vorortkerne

- Biebrich-alt, Gibb, Kalle
- Amöneburg

welche jedoch als zusätzliches Merkmal eine Prägung durch die Nähe zu Industriebetrieben aufweisen und früher als Wohnort für die Arbeiterinnen und Arbeiter dieser Betriebe dienten.

Der zweite prägende Typus sind die **Großsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus der 1960er bis 1980er Jahre**, die als wohnungspolitische Maßnahme in Stadtrandlagen errichtet wurden. Ziel des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus war und ist es, einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen, die ihren Wohnbedarf nicht auf dem freien Wohnungsmarkt realisieren können, adäquaten preisgünstigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Durch diese Begrenzung auf Haushalte mit niedrigem Einkommen weisen die Wohngebiete überdurchschnittliche soziale Bedarfslagen und Risiken auf.

Zu diesem Gebietstypus zählen die Stadtteile

- Klarenthal
- Schelmengraben
- Kastel-, Kostheim-Neubaugebiete
- Gräselberg
- Parkfeld, Rosenfeld
- Sauerland
- Erbenheim-Hochfeld

Im Vergleich zur „Sozialraumanalyse 2014“ ergaben sich keinerlei Änderungen im Status der sozialen Bedarfslage der Stadtteile mit hoher sozialer Bedarfslage. **Alle Stadtteile, die in 2014 eine hohe soziale Bedarfslage aufwiesen, zeigen diese auch heute noch.**

Stadtteile mit mittlerer sozialer Bedarfslage

Zu diesen Stadtteilen zählen traditionell bürgerliche **innenstadtnahe Wohnquartiere mit Altbaubestand** und gemischter Bevölkerungs- und Wohnungsstruktur, wie

- Äußeres Westend
- Adolfsallee, Luxemburgplatz
- Rheingauviertel

Ebenso zählen innenstadtnahe Wohnquartiere mit Neubebauung, die im Zuge städtebaulicher Erweiterungsmaßnahmen einen erheblichen Zuwachs an Wohnraum mit überwiegend Eigentumswohnformen bzw. mittel- bis hochpreisigen Mietwohnungen erfahren haben, zu dieser Kategorie.

In Wiesbaden sind dies die Stadtteile

- Hasengarten, Friedenstraße
- Künstlerinnen-, Europaviertel

Schließlich gehören zu dieser Kategorie noch die **alten Vorortkerne** mit Siedlungserweiterungen sowie **gut situierte Wohnsiedlungen**, die eine sehr stabile, - überwiegend mittelschichtige Bevölkerungsstruktur aufweisen. Hierunter fallen die Stadtteile

- Dotzheim-alt, Kohlheck
- Biebrich Siedlungen
- Bierstadt
- Schierstein
- Erbenheim (ohne Hochfeld)
- Kastel-alt
- Kostheim-alt

Der Stadtteil „Biebrich Siedlungen“ wies in der „Sozialraumanalyse 2014“ noch den Status einer niedrigen sozialen Bedarfslage auf. Heute zählt er zu den Stadtteilen mit mittlerer sozialer Bedarfslage. Dies liegt an einem sehr knappen Überschreiten des Grenzwertes zu den mittleren Bedarfslagen in der Kategorie „riskante Lebenslagen“.

Stadtteile mit niedriger sozialer Bedarfslage

Zu dieser Kategorie zählen die **innenstadtnahen gehobenen Wohngebiete** mit großem neuen und alten Villenbestand

- Dichterviertel, Biebricher Allee
- City Ost, Nord Ost

sowie die **gutsituierten Vororte und Wohnsiedlungen**

- Sonnenberg, Rambach
- Siedlungen Dotzheim
- Frauenstein
- Nordenstadt
- Delkenheim
- Nordöstliche Vororte⁵⁸ (Naurod, Auringen, Medenbach, Breckenheim, Hessloch, Igstadt, Kloppenheim)

Bis auf den Stadtteil „Biebrich Siedlungen“ erfolgten keine Veränderungen der Bedarfslagenkategorie im Vergleich zur „Sozialraumanalyse 2014“.

In der folgenden Abbildung sind Veränderungen im Gesamt-Status und des Status in den Kategorien „administrative Intervention“ und „riskante Lebenslagen“ der Stadtteile dargestellt. Die Veränderungen sind prinzipiell auf ein verändertes und deutlich ausgeweitetes Indikatorenset, aber auch je nach Stadtteil auf die Grenzwertproblematik (knapp ober- oder

⁵⁸ Die eingemeindeten Ortsbezirke wurden zusammengefasst, da für sie einzeln betrachtet die Fallzahlen insbesondere der administrativen Intervention für eine statistische Analyse zu gering sind.

unterhalb des Grenzwertes) oder Veränderungen in der Bevölkerungs- und Sozialstruktur im Stadtteil, zurückzuführen.

Ausführlich werden diese Veränderungen der einzelnen Stadtteile in den jeweiligen Stadtteilbeschreibungen erläutert.

Prinzipiell ist methodisch anzumerken, dass sich die Veränderung in den z-Werten auf die Stellung eines Stadtteils in dem Gesamtgefüge der Stadtteile darstellt. Eine Verbesserung / Verschlechterung im z-Wert und somit auch der Einordnung in Kategorien muss nicht immer mit einer erheblichen Veränderung der Anteilszahlen im betroffenen Stadtteil einhergehen. Falls sich in einigen Stadtteilen erhebliche Veränderungen ergeben, wirkt sich dies auch auf die z-Werte der restlichen Stadtteile aus.

Die Datenbasis der „Sozialraumanalyse 2014“ war der 31.12.2011, in der „Sozialraumanalyse 2019“ ist die Datenbasis der 31.12.2016.

Der Grenzwert der z-Werte zu den Kategorien der Bedarfslagen liegt bei - 0,5 für niedrige / mittlere soziale Bedarfslage und bei + 0,5 für mittlere / hohe soziale Bedarfslage.

Abbildung 30: Veränderungen Status und Status in den Dimensionen der sozialen Bedarfslage Sozialraumanalyse 2014 und 2019

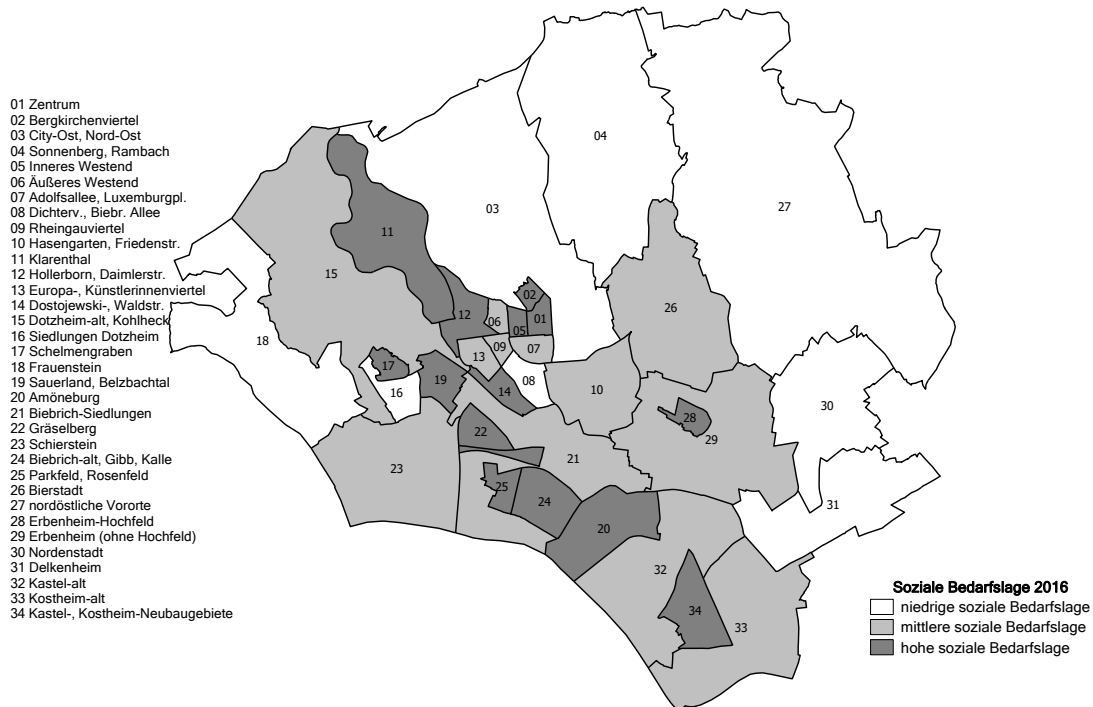
Stadtteil - Datenbasis	Administrative Intervention Kategorie - z-Wert		Riskante Lebenslagen Kategorie - z-Wert		Gesamtstatus Soziale Bedarfslage
Wechsel Kategorie der sozialen Bedarfslage					
Biebrich Siedlungen					
2016	niedrig	-0,89	mittel	-0,45	mittel
2011	niedrig	-0,87	niedrig	-0,53	niedrig
Verschärfung der Problemlagen in Dimensionen der sozialen Bedarfslage ohne Änderung Gesamtstatus					
Dotzheim-alt, Kohlheck					
2016	mittel	-0,49	mittel	-0,38	mittel
2011	niedrig	-0,56	mittel	-0,31	mittel
Hasengarten, Friedenstraße					
2016	mittel	-0,49	mittel	-0,31	mittel
2011	niedrig	-0,68	mittel	-0,20	mittel
Wechsel der Kategorie in beiden Dimensionen ohne Änderung Gesamtstatus					
Zentrum					
2016	mittel	0,31	hoch	1,09	hoch
2011	hoch	0,68	mittel	0,48	hoch
Bierstadt					
2016	niedrig	-0,53	mittel	-0,47	mittel
2011	mittel	-0,46	niedrig	-0,61	mittel
Verbesserung der Problemlagen in einer Dimension der sozialen Bedarfslage ohne Änderung Gesamtstatus					
Rheingauviertel					
2016	niedrig	-0,53	mittel	-0,09	mittel
2011	mittel	-0,25	mittel	0,15	mittel
Sauerland, Belzbachtal					
2016	hoch	1,27	mittel	0,30	hoch
2011	hoch	1,03	hoch	0,56	hoch

Quelle: Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung

In der Karte sind die Stadtteile entsprechend ihrer sozialen Bedarfslage basierend auf den Ergebnissen der Statusindikatoren zum Stand 31.12.2016 dargestellt.

Abbildung 31: Karte Soziale Bedarfslagen 2016



Quelle: Eigene Darstellung



Grundsatz und Planung

Die Tabelle zeigt die Verteilung der Wiesbadener Bevölkerung auf die drei Kategorien der sozialen Bedarfslage. Der größte Teil der Bevölkerung lebt in Stadtteilen mit mittlerer sozialer Bedarfslage (38,3 %), knapp ein Drittel in Stadtteilen mit hoher sozialer Bedarfslage und rund 30 % leben in Stadtteilen mit niedriger sozialer Bedarfslage. Die Veränderungen in der Bevölkerungsverteilung liegen im Wesentlichen an einem Wechsel des bevölkerungsreichen Stadtteils „Biebrich-Siedlungen“ in der Bedarfslagenkategorie (von „niedrig“ zu „mittel“).

Tabelle 13: Verteilung der Bevölkerung auf Kategorien der sozialen Bedarfslage 2016

Stadtteile / Bevölkerung 31.12.2017	Kategorie der sozialen Bedarfslage			Gesamt
	hoch	mittel	niedrig	
Anzahl Stadtteile	14 (14)	12 (11)	8 (9)	34
Anzahl Personen	94.166 (89.209)	111.256 (96.186)	84.771 (91.204)	290.547 (276.599)
Anteil an Stadtbevölkerung	32,4% (32,2%)	38,3% (34,8%)	29,2% (33,0%)	100,0%

In Klammern die Werte vom 31.12.2011

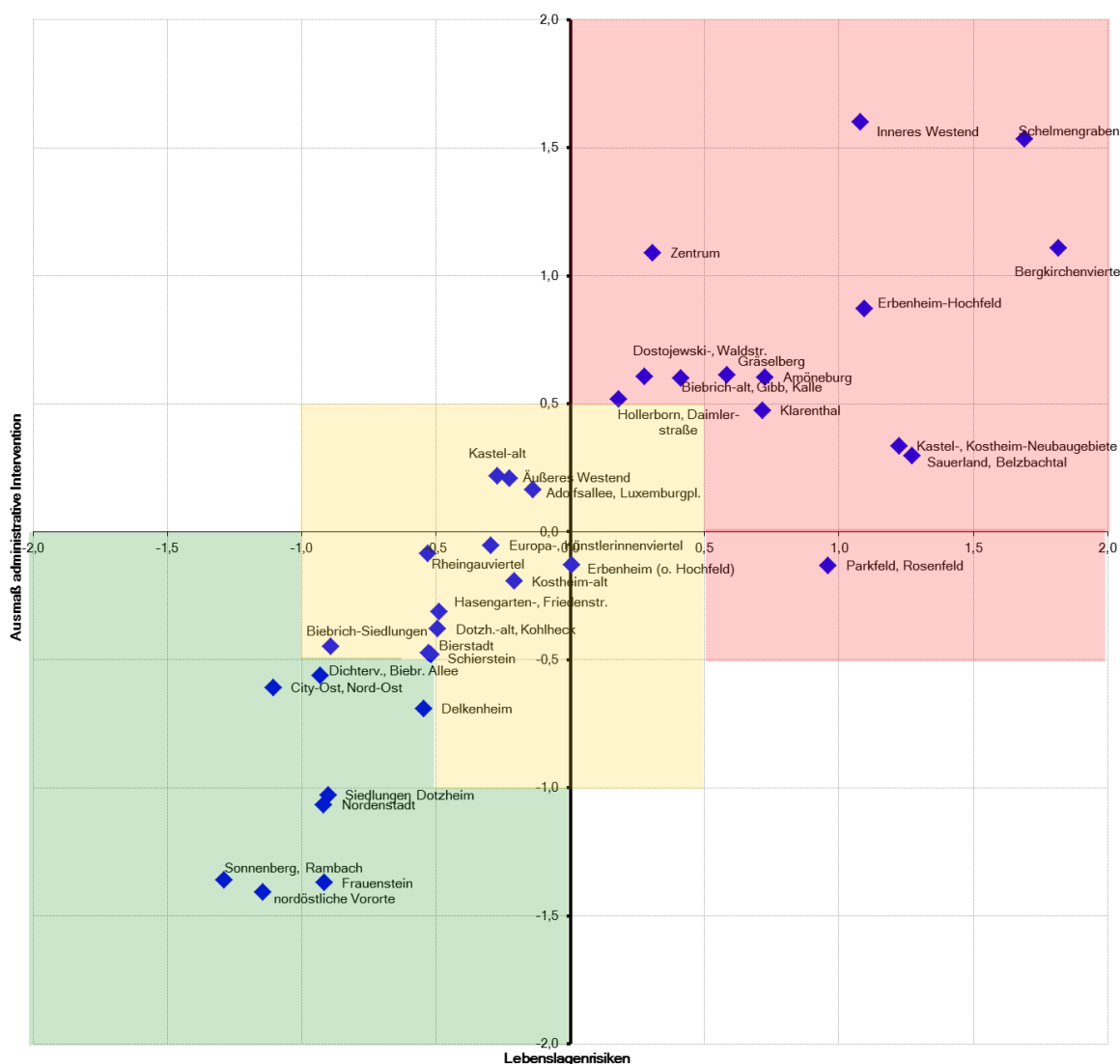
Quelle: Eigene Darstellung



Grundsatz und Planung

Ein Großteil der Stadtteile weist im Zeitverlauf stabile soziale Bedarfslagen auf, jedoch können Veränderungen in der Zuordnung eines Stadtteils durch unterschiedliche Faktoren bedingt sein. Eine tatsächliche Veränderung der Sozialstruktur eines Stadtteils ist nur eine von mehreren möglichen Erklärungen.⁵⁹ Hierzu werden im nachfolgenden Kapitel ausführlichere Erläuterungen gegeben.

Abbildung 32: Polarisierung der Stadtteile nach sozialer Bedarfslage (alle Indikatoren) 2016



Quelle: Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



⁵⁹ vgl. Erläuterungen unter 3.3 Sozialraumtypisierung in Wiesbaden zwischen 1976 und 2011

4.3 Sozialraumtypisierung in Wiesbaden zwischen 1976 und 2016

Seit dem „Wiesbadener Jugendbericht 1976“⁶⁰ arbeitet die Wiesbadener Jugendhilfe- und Sozialplanung mit differenzierten sozialräumlichen Analysen der Lebenslagen der Bevölkerung und der Strukturen der Wiesbadener Stadtgesellschaft.

Die Synopse der Sozialraumtypisierung in Wiesbaden von 1976 bis 2016 zeigt eine relativ stabile Struktur der sozialen Bedarfslagen der Stadtteile, d. h. die sozialen Bedarfslagen und damit die soziale und sozio-ökonomische Position der Stadtteile ist über den langen Zeitraum von 40 Jahren keinen gravierenden Umwälzungen unterworfen. Dies kann auch kaum verwundern, wenn man bedenkt, dass die zentralen Faktoren der sozio-ökonomischen Position von Wohngebieten wie Gebäudestrukturen und deren Ausstattung, Besitzverhältnisse, verkehrliche und industrielle Emissionsbelastungen oder symbolische Imagebewertungen kaum grundlegende Veränderungen erfahren. In der Regel zeigt sich die sozio-ökonomische Position eines Stadtteils und damit die seiner Bevölkerung in Relation zur stadtweiten Strukturierung sehr stabil.

Die in den Tabellen 125 und 126 im Anhang dokumentierten Veränderungen der Zuordnung eines Stadtteils in den Kategorien sozialer Bedarfslagen im Zeitverlauf können durch unterschiedliche Faktoren bedingt sein:

- Die konkrete Ausformung der Indikatoren und die empirische Bestimmung der Bedarfslagen unterscheiden sich im Detail in nahezu jedem Beobachtungsjahr. Zusätzliche Indikatoren wurden verwendet, Daten für einige Indikatoren waren nicht (mehr) verfügbar, bedingt durch Gesetzesänderungen ergaben sich Veränderungen der einzelnen Indikatoren bzw. deren Bemessung.
- Die räumlichen Zuschnitte einiger Stadtteile veränderten sich im Zeitverlauf. Dies geschah vor allem aufgrund des Entstehens neuer Wohngebiete.
- Einige Stadtteile sind „Grenzgänger“, d. h. sie liegen mit ihren Kennzahlen jeweils knapp ober- bzw. unterhalb der Grenzwerte der Kategorisierung mit Ausschlägen in die jeweils eine oder andere Richtung. Die realen soziostrukturellen Veränderungen waren bzw. sind jedoch eher gering.
- Nur in wenigen Fällen sind tatsächliche strukturelle Veränderungen der Bevölkerungszusammensetzung Grundlage für einen signifikanten Auf- bzw. Abstieg des Stadtteils in eine andere Kategorie der sozialen Bedarfslage. Dies scheint auf die innenstadtnahen Stadtteilen „Äußeres Westend“, „Rheingauviertel“ sowie „Adolfsallee, Luxemburgplatz“, die Aufwertungs- oder sogar Gentrifizierungstendenzen zeigen, zuzutreffen.

Wie wir zeigen konnten, ist aber über die Veränderungen der sozialen Bedarfslagen der Stadtteile allein keine empirische Erfassung und Charakterisierung der sozialräumlichen und sozialstrukturellen Veränderungsprozesse der Stadtgesellschaft möglich. Im Folgenden werden wir deshalb die Veränderungen der sozialräumlichen Strukturen der Stadt und ihrer Stadtteile mittels so genannter Dynamikindikatoren untersuchen.

5 Sozialräumliche Entwicklung in den Stadtteilen

Die sozialräumlichen Dynamiken im Zeitverlauf sind neben den oben bearbeiteten sozialräumlichen Strukturen eine zweite wesentliche Dimension der sozialen Stadtentwicklung und der besonderen sozialen Herausforderungen von Stadt(teil)gesellschaft und einer

⁶⁰ Bourgett/Preußner/Völkel 1976: Jugendbericht der Landeshauptstadt Wiesbaden. Beiträge zur Sozialplanung Nr. 5

kommunalen Sozialpolitik. In der „Sozialraumanalyse 2014“ haben wir erstmalig dieses Instrumentarium verwendet und schreiben dies nun mit der „Sozialraumanalyse 2019“ fort.

5.1 Indikatoren zur Bestimmung der Veränderungen in den Stadtteilen

Zur Darstellung und Beurteilung von Entwicklungstendenzen der einzelnen Stadtteile und der Gesamtstadt im Zeitverlauf werden aus dem gesamten Indikatorenset sieben zentrale Indikatoren ausgewählt.

Die Indikatoren beschreiben zum einen eine Entwicklung der sozialen Belastungs- und Problemlagen im Stadtteil im Vergleich der Jahre 2011 und 2016. Diese Entwicklung ist Ausdruck der sozialräumlichen Ausprägung gesellschaftlicher Prozesse des sozialen Wandels und der sozio-ökonomischen Ressourcenverteilung. Die Betrachtung der Dynamikindikatoren und damit der Entwicklungen eines Stadtteils im Vergleich zur gesamtstädtischen Entwicklung liefert Anhaltspunkte für eine Entwicklungstendenz des Stadtteils. Haben sich Problemlagen verschärft oder sind Anzeichen einer Entspannung der Belastungslagen erkennbar? Sie sind häufig ein erstes Anzeichen für den Wandel von Bevölkerungs- und Sozialstrukturen in einem Stadtteil, der dann mit weiterem Datenmaterial belegt bzw. weiter beobachtet werden muss. Weiterhin können aus den sozialräumlichen Entwicklungen, insbesondere negativen Entwicklungstendenzen, (verstärkte) Handlungsbedarfe der Sozialverwaltung und der sozialen Kommunalpolitik abgeleitet werden.

Die Auswahl der Indikatoren erfolgte anhand folgender Kriterien:

- Gleichgewichtige Darstellung der beiden Dimensionen „Ausmaß administrativer Intervention“ und „Ausmaß riskanter Lebenslagen“.
- Indikatoren für Merkmale, die - theoretisch abgeleitet und empirisch belegt - in besonderer Weise Verwirklichungschancen beeinflussen und Auswirkungen auf weitere Risikolagen haben. So hat beispielsweise die Abhängigkeit eines Kindes von SGB II-Leistungen (Indikator „Kinderarmutsquote“) statistisch relevante Auswirkungen auf Chancen der Bildungsteilhabe, Gesundheit und soziale Teilhabemöglichkeiten.
- Die Daten liegen stadtteilbezogen mindestens seit 2005 vor und werden auch in Zukunft erhoben, sodass eine zuverlässige Zeitreihe erstellt werden kann.

Tabelle 14: Übersicht Dynamikindikatoren

Indikator	Kurzbeschreibung	Beobachtungszeitraum
Administrative Intervention		
Existenzsicherungsquote	Veränderung des Anteils der Personen im Leistungsbezug SGB II und XII an der Gesamtbevölkerung	2011 und 2016 Zeitreihe ab 2000
Kinderarmutsquote (SGB II) ⁶¹	Veränderung des Anteils der Kinder unter 15 Jahren im SGB II-Bezug an allen unter 15-Jährigen	2011 und 2016 Zeitreihe ab 2005
Arbeitslosigkeitsquote	Veränderung des Anteils der Arbeitslosen im SGB II- und SGB III-Leistungsbezug im Alter von 18 bis 64 Jahren an allen Personen dieser Altersgruppe	2005 und 2011 Zeitreihe ab 2000
Riskante Lebenslagen		
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	Veränderung des Anteils der Personen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit an der Bevölkerung	2011 und 2016 Zeitreihe ab 2000
Alleinerziehendenquote	Veränderung des Anteils der Alleinerziehendenhaushalte an allen Haushalten mit Kindern	2011 und 2016 Zeitreihe ab 2000
Quote große Familien	Veränderung des Anteils der Haushalte mit 3 und mehr Kindern an allen Haushalten mit Kindern	2011 und 2016 Zeitreihe ab 2000
Prekäre Wohnraumversorgung	Veränderung der Abweichung der im Stadtteil tatsächlich zur Verfügung stehenden Wohnfläche zu den Vorgaben des sozialen Wohnungsbaus	2011 und 2016 Zeitreihe ab 2000

Quelle: s. Beschreibung der Indikatoren Kapitel 3.1 und 3.2



Grundsatz und Planung

In der Sozialraumanalyse 2014 haben wir die Kategorien der Entwicklungstendenzen der Stadtteile mit „zunehmendem“, „stabilem“ und „abnehmendem“ Handlungsbedarf bezeichnet. Die Bezeichnung der Kategorien wird nun in der vorliegenden Sozialraumanalyse 2019 durch die Bezeichnungen „positive“, „stabile“ und „negative“ Entwicklungstendenzen ersetzt. Das Konzept der Sozialverwaltung und der sozialen Kommunalpolitik in Wiesbaden sieht vor, dass Stadtteile mit einer hohen sozialen Bedarfslage prioritär und besonders umfassend mit sozialen und sozialpolitischen Maßnahmen und Programmen versorgt werden, um der Bevölkerung eine höhere Chancengerechtigkeit und soziale und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Jedoch sind auch in einzelnen Stadtteilen mit hohen sozialen Bedarfslagen positive Entwicklungstendenzen, also eine Entspannung der Problemlagen, zu beobachten. Die Anteilswerte der Indikatoren liegen aber – auch bei einer positiven Entwicklungstendenz – noch erheblich über dem städtischen Durchschnitt. Ein abnehmender Handlungsbedarf für besondere Maßnahmen und Programme der Sozialverwaltung und Sozialpolitik ist also nicht gegeben. Da die Bezeichnung „abnehmender Handlungsbedarf“ missverstanden werden könnte, haben wir uns deshalb entschieden nun treffender von **positiven**, **negativen** oder **stabilen Entwicklungstendenzen** zu sprechen.

An der Methode der Bewertung der Entwicklungstendenzen gab es keine Veränderungen.

⁶¹ Für die dynamische Betrachtung der Wiesbadener Stadtteile wird der Indikator „Kinderarmutsquote (SGB II)“ dem Indikatorenbereich „administrative Intervention“ zugeordnet und nicht wie oben in der Querschnittsbetrachtung den „Lebenslagenrisiken“, da der Indikatorenbereich administrative Intervention dann nur über zwei Indikatoren repräsentiert wäre, während die Risiken der Lebenslagen mit fünf Indikatoren Übergewicht vertreten sind. Aufgrund der oben geschilderten ambivalenten Konstruktion dieses Indikators ist dieser „Seitenwechsel“ durchaus legitim.

Tabelle 15: Veränderung der Dynamikindikatoren des Indikatorensets „administrative Intervention“ 2016 zu 2011

Stadtteil	Existenzsicherungsquote			Kinderarmutsquote			Arbeitslosigkeitsquote		
	Anteile in %		Veränderung %-Punkte	Anteile in %		Veränderung %-Punkte	Anteile in %		Veränderung %-Punkte
	2011	2016		2011	2016		2011	2016	
Zentrum	18,7	18,4	-0,3	42,7	41,1	-1,6	7,9	7,6	-0,3
Bergkirchenviertel	26,1	27,8	1,7	41,4	43,2	1,8	9,8	11,0	1,2
City-Ost, Nord-Ost	5,9	5,8	-0,1	9,8	9,1	-0,7	3,2	3,8	0,6
Sonnenberg, Rambach	3,4	3,4	0,0	4,6	4,8	0,2	2,7	2,9	0,2
Inneres Westend	29	32,2	3,2	54,2	52,9	-1,3	11,6	13,0	1,4
Äußeres Westend	15,6	15,4	-0,2	30,4	27,8	-2,6	6,2	6,2	0,0
Adolfsallee, Luxemburgplatz	12,7	12,4	-0,3	25,0	22,9	-2,1	5,0	5,1	0,1
Dichterviertel, Biebricher Allee	7,3	7,8	0,5	12,4	13,9	1,5	3,7	2,9	-0,8
Rheingauviertel	14,0	12,6	-1,4	28,1	22,8	-5,4	5,2	4,8	-0,4
Hasengarten, Friedenstraße	8,6	8,5	-0,1	18,4	17,3	-1,1	4,3	4,1	-0,2
Klarenthal	19,7	21,9	2,2	34,9	35,8	0,9	7,7	8,6	0,9
Hollerborn, Daimlerstraße	19,0	18,6	-0,4	34,4	29,3	-5,1	7,3	7,8	0,5
Europa-, Künstlerinnenviertel	15,2	12,7	-2,5	22,3	18,4	-3,8	6,0	4,8	-1,2
Dostojewski-, Waldstraße	20,4	19,6	-0,8	35,8	34,4	-1,4	9,6	8,0	-1,6
Dotzheim-alt, Kohlheck	9,4	10,4	1,0	15,6	20,1	4,4	4,1	5,2	1,1
Siedlungen Dotzheim	4,4	4,1	-0,3	9,7	7,7	-2,0	2,7	2,5	-0,2
Schelmengraben	32,5	32,1	-0,4	47,0	42,8	-4,2	11,1	11,2	0,1
Frauenstein	2,4	2,9	0,5	7,1	8,8	1,6	1,9	2,3	0,4
Sauerland, Belzbachtal	24,8	24,1	-0,7	37,4	36,1	-1,3	8,3	9,8	1,5
Amöneburg	19,2	22,9	3,8	32,2	37,7	5,5	7,4	9,2	1,8
Biebrich-Siedlungen	6,0	6,9	0,9	10,7	11,3	0,6	3,4	4,4	1,0
Gräselberg	21,1	21,6	0,5	40,7	39,3	-1,4	8,9	9,3	0,4
Schierstein	7,2	7,7	0,5	13,3	15,3	2,0	4,1	4,0	-0,1
Biebrich-alt, Gibb, Kalle	16,0	18,1	2,1	30,3	31,9	1,6	7,1	7,9	0,8
Parkfeld, Rosenfeld	12,8	14,0	1,2	25,7	22,3	-3,4	5,9	6,1	0,2
Bierstadt	8,8	8,5	-0,3	16,6	15,3	-1,3	3,8	4,1	0,3
Nordöstliche Vororte	3,4	3,4	0,0	6,5	6,7	0,2	2,4	2,3	-0,2
Erbenheim-Hochfeld	23,8	26,8	3,0	40,1	41,0	0,9	9,1	9,5	0,4
Erbenheim (ohne Hochfeld)	10,2	9,9	-0,3	17,8	16,7	-1,1	3,9	4,1	0,2
Nordenstadt	5,6	5,7	0,1	9,9	10,3	0,4	2,9	3,0	0,0
Delkenheim	7,3	8,8	1,5	15,4	19,7	4,3	3,0	3,6	0,6
Kastel-alt	11,2	11,8	0,6	19,8	19,7	-0,1	5,0	5,9	0,9
Kostheim-alt	9,5	11,1	1,6	18,7	20,0	1,3	5,1	5,3	0,2
Kastel-, Kostheim-Neubaugebiete	18,1	17,5	-0,6	36,3	33,3	-3,1	6,5	7,4	0,9
Staddurchschnitt	12,4	12,9	0,5	23,2	22,9	-0,3	5,40	5,80	0,40
Standardabweichung			1,3			2,5			0,71
Verbesserung < -1 Standabw			-0,8			-2,8			-0,31
Verschlechterung > +1 Standabw			1,8			2,2			1,11

Quelle: Eigene Berechnungen

Tabelle 16: Veränderung der Dynamikindikatoren des Indikatorensets „riskante Lebenslagen“ 2016 zu 2011

Stadtteil	Nicht-EU-Staatsangehörige			Alleinerziehendenquote			Quote große Familien			prekäre Wohnraumversorgung		
	Anteile in %		Veränderung %-Punkte	Anteile in %		Veränderung %-Punkte	Anteile in %		Veränderung %-Punkte	Versorgungsquote		Veränderung Quote
	2011	2016		2011	2016		2011	2016		2011	2016	
Zentrum	16,7	20,4	3,7	34,7	33,9	-0,8	10,7	11,6	0,9	1,289	1,289	0,000
Bergkirchenviertel	20,7	19,5	-1,2	36,6	37,7	1,1	11,2	10,6	-0,6	1,073	1,074	0,001
City-Ost, Nord-Ost	6,2	9,8	3,6	21,5	21,6	0,1	9,6	9,3	-0,3	1,636	1,638	0,002
Sonnenberg, Rambach	3,1	4,0	0,9	18,0	16,8	-1,2	8,2	10,2	2,0	1,806	1,866	0,060
Inneres Westend	22,4	21,2	-1,2	32,7	31,1	-1,6	15,5	18,3	2,8	1,041	1,007	-0,034
Äußeres Westend	10,9	10,5	-0,5	31,4	30,5	-0,9	8,2	9,3	1,1	1,118	1,076	-0,042
Adolfsallee, Luxemburgplatz	12,7	13,0	0,3	27,1	24,0	-3,1	9,9	10,6	0,7	1,196	1,171	-0,025
Dichter Viertel, Biebricher Allee	7,7	8,0	0,3	22,6	20,2	-2,4	10,3	10,0	-0,3	1,374	1,377	0,003
Rheingauviertel	12,5	11,3	-1,2	28,0	25,2	-2,8	9,8	9,3	-0,6	1,235	1,214	-0,021
Hasengarten, Friedenstraße	9,1	10,3	1,2	21,1	19,2	-1,9	10,1	8,8	-1,3	1,525	1,284	-0,241
Klarenthal	11,9	13,6	1,7	20,8	21,3	0,5	18,2	15,3	-3,0	1,138	1,151	0,013
Hollerborn, Daimlerstraße	16,2	16,6	0,4	30,0	26,6	-3,4	11,4	13,0	1,6	1,092	1,075	-0,017
Europa-, Künstlerinnenviertel	14,1	12,9	-1,2	20,4	22,1	1,7	9,6	9,8	0,2	1,216	1,248	0,032
Dostojewski-, Waldstraße	12,1	12,4	0,3	38,8	32,6	-6,2	9,7	10,8	1,1	1,082	1,086	0,005
Dotzheim-alt, Kohlheck	7,4	8,5	1,1	22,8	20,7	-2,1	9,5	11,4	1,9	1,391	1,393	0,002
Siedlungen Dotzheim	5,2	6,4	1,2	16,6	14,4	-2,2	8,4	7,9	-0,5	1,389	1,424	0,034
Schelmengraben	18,6	18,7	0,1	25,1	24,9	-0,2	21,8	24,1	2,3	1,046	1,046	0,000
Frauenstein	2,1	3,0	0,9	14,8	13,7	-1,1	6,1	7,8	1,7	1,589	1,645	0,056
Sauerland, Belzbachtal	13,5	14,5	1,0	25,6	21,0	-4,6	16,6	14,4	-2,2	1,095	1,082	-0,012
Amöneburg	15,9	15,0	-0,9	29,4	26,6	-2,8	13,4	15,3	1,9	1,064	0,982	-0,081
Biebrich-Siedlungen	8,8	13,6	4,8	20,2	20,1	-0,1	11,9	10,9	-1,0	1,461	1,508	0,047
Gräselberg	17,6	17,0	-0,6	27,2	27,7	0,5	11,1	13,4	2,3	1,021	1,008	-0,013
Schierstein	7,3	6,8	-0,5	18,9	21,7	2,8	8,2	7,9	-0,3	1,286	1,285	-0,001
Biebrich-alt, Gibb, Kalle	13,8	13,6	-0,2	28,6	25,0	-3,6	11,9	13,4	1,5	1,107	1,093	-0,014
Parkfeld, Rosenfeld	9,8	9,7	-0,1	18,0	22,0	4,0	12,4	11,6	-0,8	1,285	1,293	0,009
Bierstadt	5,8	8,2	2,4	28,8	24,4	-4,4	9,1	10,2	1,1	1,523	1,454	-0,069
Nordöstliche Vororte	2,3	2,9	0,6	18,8	17,6	-1,2	7,3	8,3	1,0	1,679	1,698	0,019
Erbenheim-Hochfeld	18,4	19,3	0,9	25,0	21,0	-4,1	16,5	13,7	-2,8	1,137	1,107	-0,030
Erbenheim (ohne Hochfeld)	7,4	9,0	1,6	22,9	22,6	-0,3	8,4	10,2	1,8	1,324	1,308	-0,016
Nordenstadt	5,8	5,4	-0,4	17,0	18,4	1,4	9,4	9,0	-0,4	1,517	1,534	0,017
Delkenheim	5,9	8,4	2,5	19,4	19,0	-0,4	8,3	9,3	1,0	1,457	1,512	0,054
Kastel-alt	9,1	15,0	5,9	20,9	20,0	-0,9	9,5	12,3	2,8	1,188	1,181	-0,007
Kostheim-alt	9,3	9,4	0,1	19,9	21,3	1,4	10,8	11,3	0,5	1,297	1,323	0,026
Kastel-, Kostheim-Neubaugebiete	13,4	13,7	0,3	19,3	25,1	5,8	17,5	15,6	-1,9	1,111	1,098	-0,012
Stadtdurchschnitt	10,0	11,1	1,1	23,9	23,1	-0,8	11,0	11,5	0,5	1,331	1,330	-0,001
Standardabweichung			1,7			2,5			1,5			0,051
Verbesserung < -1 Standabw			-0,6			-3,3			-1,0			-0,052
Verschlechterung > +1 Standabw			2,8			1,7			2,0			0,050

Quelle: Eigene Berechnungen



Grundsatz und Planung

In Abbildung 33 ist die Polarisierung der Stadtteile im Vergleich der Jahre 2011 zu 2016 bezogen auf die Dynamikindikatoren dargestellt. Sie zeigt das Ausmaß der Veränderungen der Stadtteile in den beiden Indikatorenbereichen „Ausmaß administrativer Intervention“ und „Ausmaß riskanter Lebenslagen“ (Achsen Koordinatensystem) im Vergleich zum Mittelwert aller Stadtteile, aber verdeutlicht zum anderen auch die Polarisierung der Stadt. Als Maßeinheit wurden die gemittelten z-Werte der Stadtteile in den Indikatorenbereichen „administrative Intervention“ und „Risiken der Lebenslagen“ gewählt.

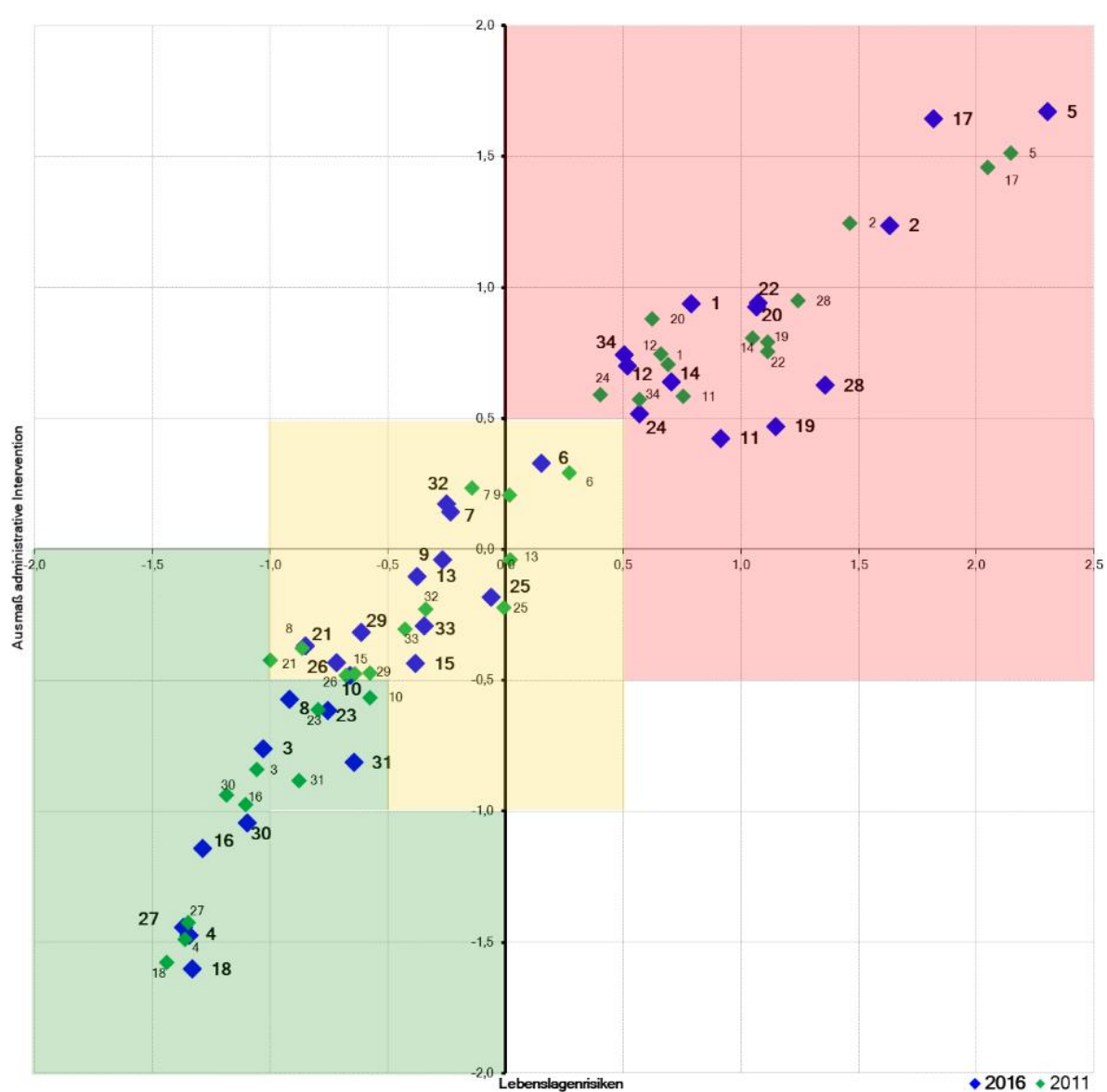
Lesebeispiel:

Der Stadtteil „Inneres Westend“ (Nr. 5) hatte im Jahr 2011 bezogen auf den Mittelwert der Indikatoren der Gruppe „administrative Intervention“ einen z-Wert von 2,14 und bezogen auf den Mittelwert der Indikatoren der „riskanten Lebenslagen“ einen z-Wert von 1,51; dies wird durch die grüne Raute dargestellt.

2016 lag der z-Wert in der administrativen Intervention bei 2,30 und den riskanten Lebenslagen bei 1,67 (blaue Raute). In beiden Indikatorenbereichen haben sich negative

Entwicklungstendenzen ergeben, sodass sich der Stadtteil weiter vom Mittelwert der Gesamtstadt und der Stadtteile entfernt hat.

Abbildung 33: Polarisierung der Stadtteile anhand der Entwicklung der Dynamikindikatoren 2011 bis 2016



Achseneinteilung: z-Werte⁶²

1 Zentrum	10 Hasengarten, Friedenstr.	19 Sauerland, Belzbachtal	28 Erbenheim-Hochfeld
2 Bergkirchenviertel	11 Klarenthal	20 Amöneburg	29 Erbenheim (o. Hochf.)
3 City-Ost, Nord-Ost	12 Hollerborn, Daimlerstr.	21 Biebrich Siedlungen	30 Nordenstadt
4 Sonnenberg, Rambach	13 Europa-, Künstlerinnenviertel	22 Gräselberg	31 Delkenheim
5 Inneres Westend	14 Dostojewski-, Waldstraße	23 Schierstein	32 Kastel-alt
6 Äußeres Westend	15 Dotzheim-alt, Kohlheck	24 Biebrich-alt, Gibb, Kalle	33 Kostheim-alt
7 Adolfsallee, Luxemburgplatz	16 Siedlungen Dotzheim	25 Parkfeld, Rosenfeld	34 Kastel-, Kostheim-Neubaugebiete
8 Dichterviertel, Biebr. Allee	17 Schelmengraben	26 Bierstadt	
9 Rheingauviertel	18 Frauenstein	27 Nordöstliche Vororte	

⁶² s. Erläuterung unter 4.1

5.1.1 Methode zur Bewertung der Entwicklungstendenzen

Um nun die Entwicklungstendenzen der Stadtteile hinsichtlich der drei Kategorien „positive Entwicklungstendenzen“, „stabile Entwicklungstendenzen“ oder „negative Entwicklungstendenzen“ anhand der Dynamikindikatoren zu beschreiben und zu kategorisieren, wird je Indikator und Stadtteil die Veränderung in Prozentpunkten zwischen dem Jahr 2011 und 2016 ermittelt. Es wird nun die Abweichung der Veränderung im Stadtteil zur Veränderung im Stadtdurchschnitt erfasst. Dabei wird die Veränderung im Stadtdurchschnitt als „0“ definiert, die Standardabweichung liegt bei „ ± 1 “. Eine über diese Standardabweichung hinaus gehende Veränderung stellt eine erhebliche Abweichung von der Entwicklung der Gesamtstadt dar. Hierbei zeigen Werte der Standardabweichung „ < -1 “ eine günstigere Entwicklung als im gesamtstädtischen Durchschnitt an und Werte der Standardabweichung „ > 1 “ stellen eine negativere Entwicklung als in der Gesamtstadt dar; liegt der Wert dazwischen entspricht die Veränderung einer durchschnittlichen Entwicklung.⁶³ Die Tabellen 15 und 16 zeigen die Entwicklung der Dynamikindikatoren der einzelnen Stadtteile bezogen auf die Entwicklungen der Gesamtstadt.

Im nächsten Schritt werden die Veränderungen der einzelnen Indikatoren entlang der Dimensionen „Ausmaß administrativer Intervention“ und „Lebenslagenrisiken“ betrachtet und bewertet. Je Indikator wird einer Abweichung „ < -1 “ der Wert „ $+1$ “, einer Abweichung „ > 1 “ der Wert „ -1 “ und einer Abweichung zwischen -1 und 1 der Wert „ 0 “ zugeordnet.

Nun wird in beiden Indikatorenbereichen die Summe der Einzelindikatoren ermittelt.

Liegt diese Summe bei einem Wert ≥ 2 , entspricht dies in dieser Indikatorengruppe einer „positiven Entwicklungstendenz“. Liegt die Summe bei einem Wert ≤ -2 , wird dies der Kategorie „negative Entwicklungstendenz“ zugeordnet. Liegen die Werte bei -1 , 0 oder 1 entspricht dies einer durchschnittlichen Entwicklung und wird der Kategorie „stabile Entwicklungstendenz“ zugeordnet. Tabelle 127 im Anhang zeigt die Bewertungen und Kategorisierungen der Stadtteile bezogen auf die Einzelindikatoren.

Nun erfolgt die Gesamtbewertung der Entwicklungstendenzen des Stadtteils nach „positiven“, „stabilen“ oder „negativen“ Entwicklungstendenzen.

In der Gesamtbeurteilung sind „positive“ oder „negative“ Entwicklungstendenzen gegeben, wenn in beiden oder mindestens einer Dimension („Ausmaß administrativer Intervention“, „Ausmaß riskanter Lebenslagen“) eine Zuordnung in die Kategorie „positive“ bzw. „negative“ Entwicklungstendenzen erfolgt.

Die Zuordnung zur Gesamt-Kategorie „stabile Entwicklungstendenzen“ erfolgt bei der Zuordnung des Stadtteils in die Kategorie „stabiler Entwicklungstendenzen“ in beiden Dimensionen.

5.2 Entwicklungstendenzen der Stadtteile anhand der Veränderung der Dynamikindikatoren 2016 zu 2011

Mit Hilfe des oben beschriebenen Verfahrens werden die Entwicklungstendenzen der Stadtteile in drei Kategorien klassifiziert:

- positive Entwicklungstendenzen

⁶³ Beispiel: Im Stadtdurchschnitt ist die Existenzsicherungsquote zwischen 2011 und 2016 von 12,4 % auf 12,9 % (also +0,4 Prozentpunkte) gestiegen. Im Inneren Westend hingegen stieg sie von 29,0 % auf 32,2 % (also +3,2 Prozentpunkte). Ein Anstieg um mehr als 1,8 Prozentpunkte (Standardabweichung +1) stellt eine erhebliche Abweichung – in diesem Fall eine Verschlechterung – dar.

- stabile Entwicklungstendenzen
- negative Entwicklungstendenzen

In der Einzelbetrachtung der Stadtteile (siehe Kapitel 8) werden die erfolgten Entwicklungen und mögliche Ursachen detailliert beschrieben.

Die Zuordnung der Stadtteile zu den genannten Kategorien ist nachfolgender Abbildung zu entnehmen.

Abbildung 34: Entwicklung der Veränderungen in den Stadtteilen 2016 zu 2011 nach Bedarfslage und Entwicklungstendenzen

		Entwicklungstendenz		
		+	O	-
Kategorie Bedarfslage	hoch	Sauerland, Belzbachtal Erbenheim-Hochfeld	Zentrum Bergkirchenviertel Klarenthal Hollerborn, Daimlerstraße Schelmengraben Gräselberg Biebrich-alt, Gibb, Kalle Parkfeld, Rosenfeld Kastel-, Kostheim- Neubaugebiete	Inneres Westend Amöneburg
	mittel	Rheingauviertel Europa-, Künstlerinnenviertel	Äußeres Westend Adolfsallee, Luxemburgplatz Hasengarten, Friedenstraße Dotzheim-alt, Kohlheck Biebrich Siedlungen Schierstein Bierstadt Erbenheim (ohne Hochfeld) Kostheim-alt	Kastel-alt
	niedrig		City Ost, Nordost Sonnenberg, Rambach Dichterviertel, Biebricher Allee Siedlungen Dotzheim Frauenstein Nordöstliche Vororte Nordenstadt Delkenheim	

Quelle: Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Positive Entwicklungstendenzen

Ebenso wie in der Periode 2005 bis 2011 (vgl. Sozialraumanalyse 2014), fallen auch in der Periode 2011 bis 2016 vier Stadtteile in die Kategorie „positive Entwicklungstendenzen“, in der Sozialraumanalyse 2014 mit „abnehmender Handlungsbedarf“ bezeichnet.

In der Gruppe der Stadtteile mit hoher Bedarfslage sind dies die Stadtteile

- Sauerland, Belzbachtal (Sozialraumanalyse 2014 „stabiler Handlungsbedarf“)

- Erbenheim-Hochfeld (Sozialraumanalyse 2014 „stabiler Handlungsbedarf“)

In beiden Fällen handelt es sich um Großsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus der ersten Generation (Erbenheim-Hochfeld) und der dritten Generation (Sauerland, Belzbachtal). Gemeinsam ist beiden Stadtteilen, dass die Entschärfung der Problemlagen in zwei der vier Dynamik-Indikatoren der Dimension „riskante Lebenslagen“, nämlich jeweils in der „Alleinerziehendenquote“ und der „Quote große Familien“, festzustellen ist. Die absolute Zahl, der Anteil sowie die z-Werte im Indikator „Alleinerziehendenquote“ haben sich in beiden Stadtteilen von einem durchschnittlichen / mittleren Niveau in 2011 zu einem nah am niedrigen Niveau (z-Werte bei - 0,42 und - 0,43) liegenden Werten entwickelt.

Während in der Gesamtstadt die Quote der großen Familien zwischen 2011 und 2016 um 0,5 Prozentpunkte leicht gestiegen ist, ist in beiden Stadtteilen eine Abnahme sowohl in der absoluten Zahl als auch der Anteile an allen Haushalten mit Kindern und der z-Werte zu beobachten. Gleichwohl liegen in beiden Stadtteilen die Werte in diesem Indikator - wie schon in 2011 - im hohen Bereich.

Bemerkenswert ist aber auch die Beobachtung, dass sich in jeweils einem Dynamikindikator der „administrativen Intervention“, im Sauerland, Belzbachtal im Indikator „Arbeitslosenquote“ und im Hochfeld im Indikator „Existenzsicherungsquote“, die Werte überdurchschnittlich verschlechtert haben.

Es bleibt abzuwarten, ob sich die positiven Entwicklungstendenzen in Zukunft fortsetzen. Klar ist jedoch, dass die Bemühungen der Sozialpolitik und der Sozialverwaltung fortgesetzt werden müssen um die Entwicklung der Stadtteile zu stabilisieren.

Bei den Stadtteilen mit mittlerer sozialer Bedarfslage verzeichnen die Stadtteile

- Rheingauviertel (Sozialraumanalyse 2014 „stabiler Handlungsbedarf“)
- Europa-, Künstlerinnenviertel (Sozialraumanalyse 2014 abnehmender Handlungsbedarf“)

eine positive Entwicklungstendenz.

Der Stadtteil Rheingauviertel zählt zu den innenstadtnahen Wohnvierteln mit größeren Anteilen an gehobenem sanierten Altbaubestand, der für wohlhabende bzw. mit durchschnittlichem Einkommen wirtschaftende Bevölkerungsgruppen, die urbane und teilweise unkonventionelle Lebensformen bevorzugen, attraktiv ist. Die in diesem Stadtteil zu beobachtende positive Entwicklungstendenz kann als Anzeichen eines Gentrifizierungsprozesses interpretiert werden.

Beide Stadtteile zeigen in allen drei Indikatoren der „administrativen Intervention“ - Existenzsicherungs-, Arbeitslosen- und Kinderarmutsquote - positive Entwicklungen. Die Arbeitslosigkeitsquote ist in der Gesamtstadt im Beobachtungszeitraum um 0,4 Prozentpunkte gestiegen und in beiden Stadtteilen gefallen, sodass die z-Werte, zwar wie in 2011 im mittleren Bereich, aber mit -0,47 und -0,46 sehr nah an der niedrigen Kategorie liegen.

Im „Europa-, Künstlerinnenviertel“ sind in den Indikatoren „Existenzsicherungs-“ und „Kinderarmutsquote“ die absoluten Fallzahlen marginal gestiegen, jedoch die Anteils- und die z-Werte deutlich gesunken. Dies lässt sich durch den Charakter des Wohngebietes - ein großer Teil umfasst das Neubaugebiet (Künstlerinnenviertel) mit damit verbundenem Zuzug neuer wohlhabenderer Bevölkerungsgruppen - erklären.

Im Rheingauviertel hingegen sind neben den Anteilswerten und den z-Werten auch die absoluten Fallzahlen deutlich gesunken. Besonders deutlich fiel der Rückgang der armen Kinder, mit einer Abnahme um 19,0 %, 5,4 Prozentpunkte, ab. Der Anteil der von Existenzsicherungsleistungen lebenden Personen nahm um 8,1 %, 1,4 Prozentpunkte, ab. Somit ist eine tendenzielle Veränderung der Sozialstruktur festzustellen (vgl. die ausführlichere Beschreibung unter 8.9).

In beiden Stadtteilen liegen die Indikatoren (noch) im Bereich der mittleren Bedarfslagenkategorie.

Negative Entwicklungstendenzen

In der „Sozialraumanalyse 2014“, die die Entwicklung im Zeitraum zwischen 2005 und 2011 beobachtete, zählten sieben Stadtteile, alle mit einer hohen sozialen Bedarfslage, zur Kategorie „zunehmender Handlungsbedarf“. In der „Sozialraumanalyse 2019“, die die Entwicklung zwischen 2011 und 2016 beobachtet, fallen drei Stadtteile in die Kategorie „negative Entwicklungstendenz“.

Es sind dies die Stadtteile mit hoher Bedarfslage

- Inneres Westend (Sozialraumanalyse 2014 „zunehmender Handlungsbedarf“)
- Amöneburg (Sozialraumanalyse 2014 „stabiler Handlungsbedarf“)

In beiden Stadtteilen manifestiert sich die negative Entwicklungstendenz in den Indikatoren der „administrativen Intervention“.

Im Inneren Westend sind die „Arbeitslosigkeits-“ und die „Existenzsicherungsquote“ deutlich gestiegen, sowohl in absoluten Zahlen, Anteil an der Bevölkerung und den z-Werten. Die Kinderarmutsquote zeigt eine interessante Entwicklung: während der Anteilswert der armen Kinder gesunken ist, sind sowohl die absoluten Zahlen als auch der z-Wert gestiegen. Dies lässt sich durch eine starke Zunahme zwischen 2011 und 2016 in dieser Altersgruppe - um ca. 20% auf 1.333 Kinder - erklären. In allen drei Indikatoren weist das Innere Westend die höchsten Anteilswerte stadtweit auf.

In Amöneburg haben sich alle drei Indikatoren überdurchschnittlich verschlechtert. Die absolute Zahl der Betroffenen, die Anteils- und auch die z-Werte sind gestiegen. Aufgrund der geringen Größe des Stadtteils, Amöneburg ist der deutlich kleinste der 34 sozialräumlichen Stadtteile mit rund 1.600 Einwohnerinnen und Einwohnern, fallen jedoch auch geringere Zunahmen der Betroffenen deutlich stärker prozentual ins Gewicht als in größeren Stadtteilen. Die Bevölkerung ist jedoch zwischen 2011 und 2016 um 8,7 % (dies sind aber nur 128 Personen!) angestiegen.

Die bereits in 2011 festgestellte Zunahme der Problembelastung im Inneren Westend konnte trotz Maßnahmen der Sozialverwaltung und der Sozialpolitik - so wurde der Stadtteil erneut in das städtebauliche Programm Soziale Stadt aufgenommen - nicht gestoppt werden. Diese Verschärfung der Belastungslagen liegt auch in einer erheblichen Bevölkerungszunahme um rund 800 Personen auf rund 7.400 zwischen 2011 und 2016 (in 2017: 7.600 Personen) begründet. Dies entspricht einer Bevölkerungszunahme um 13 % zwischen 2011 und 2017. Dies ist umso bemerkenswerter, als das Innere Westend ein innerstädtischer Stadtteil ohne Neubautätigkeit ist und somit eine höhere Belegung der bestehenden Wohnungen gefolgt werden kann.

Stadtteile mit mittlerer sozialer Bedarfslage

- Kastel-alt (Sozialraumanalyse 2014 „abnehmender Handlungsbedarf“)

Im Zeitraum 2005 bis 2011 konnten in Kastel-alt, im Vergleich zur gesamtstädtischen Entwicklung, deutlich positivere Entwicklungen in den Indikatoren „Alleinerziehendenquote“, „Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige“ und „Kinderarmutsquote“ verzeichnet werden.

Während die Indikatoren der „Administrativen Intervention“ im Beobachtungszeitraum 2011 bis 2016 nahezu unverändert blieben, ist jedoch eine erhebliche Veränderung in den Indikatoren „Quote große Familien“ und „Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige“ erfolgt. Absolute Zahlen, Anteil und z-Werte sind deutlich angestiegen. Im Indikator „Nicht-EU-Staatsangehörige“ erfolgte eine Zunahme des Anteilswertes um knapp 6 Prozentpunkte. Die Zahl der Personen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit stieg um 623 Personen. Auch der z-Wert, der den Stadtteil mit anderen Stadtteilen und der Gesamtstadt vergleicht, veränderte sich von einem durchschnittlichen Wert der in Richtung „niedrige Bedarfslage“ tendierte zu einer hohen Bedarfslage. In 2017 ist jedoch wieder ein leichter Rückgang zu beobachten.

Die Veränderungen erklären sich durch die in 2016 existierende und mittlerweile aufgelöste Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete des Landes Hessen in der Peter-Sander-Straße sowie die große kommunale Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete in Kastel Housing. In den beiden Planungsräumen, in denen diese beiden Einrichtungen lagen bzw. liegen, sind die Anstiege zu verzeichnen. Alle anderen Bereiche im Stadtteil zeigen unauffällige Werte.

Der Anstieg des Anteils der „großen Familien“ konnte überwiegend im Bereich Kastel-Mitte beobachtet werden.

Zusätzlich soll an dieser Stelle zur weiteren Beurteilung der festgestellten „negativen Entwicklungstendenzen“ ein Blick auf die Belastungslage in allen 28 Status-Indikatoren (vgl. Abbildung 162 unter 8.32) geworfen werden. Hierbei fällt auf, dass in 21 Indikatoren durchschnittliche oder unterdurchschnittliche Belastungswerte erreicht werden. Lediglich sieben Indikatoren, von denen in sechs enge Zusammenhänge mit dem hohen Bevölkerungsanteil an neuzugewanderten Personen bestehen, weisen hohe Belastungswerte auf. Dies weist ebenfalls deutlich darauf hin, dass sich die Zuordnung zur Kategorie „negative Entwicklungstendenzen“ überwiegend durch die - im Falle der Einrichtung Peter-Sander-Straße temporäre und mittlerweile beendete - Unterbringung von Geflüchteten in Kastel-alt erklärt.

Interessant ist jedoch nicht nur ein Blick auf die Stadtteile mit negativen und positiven Entwicklungstendenzen, sondern auch auf die Stadtteile mit jetzt stabiler Entwicklungstendenz. In welchen Stadtteilen und in welche Richtung haben sich die Kategorien der Entwicklungstendenz im Vergleich zur Sozialraumanalyse 2014 verändert? Konnte in Stadtteilen mit damals „zunehmendem Handlungsbedarf“ der negative Trend gestoppt werden? Haben sich abnehmende Handlungsbedarfe, also positive Entwicklungstendenzen, stabilisiert?

Veränderung in der Kategorie der Entwicklungstendenz zur Sozialraumanalyse 2014

1. Positive Entwicklungstendenzen (von „zunehmendem Handlungsbedarf“ zu „stabiler Entwicklungstendenz“)

Stadtteile mit hoher sozialer Bedarfslage

- Klarenthal
- Hollerborn, Daimlerstraße
- Dostojewski-, Waldstraße
- Schelmengraben
- Gräselberg
- Kastel-, Kostheim Neubaugebiete

In der Sozialraumanalyse fielen sieben Stadtteile mit hoher sozialer Bedarfslage in die Kategorie „zunehmender Handlungsbedarf.“ In der aktuellen Analyse fallen nur noch zwei Stadtteile in die Kategorie „negative Entwicklungstendenz“. In den sechs oben genannten Stadtteilen konnte eine weitere Verschärfung der Belastungslagen verhindert und eine Stabilisierung erreicht werden, wenn auch in einzelnen Indikatoren eine Verschärfung der Problemlagen zu beobachten war. Die Ursachen für diesen Stabilisierungsprozess bzw. den Stopp der Zunahme der Belastungslagen im Zeitraum zwischen 2011 und 2016 können nicht eindeutig belegt werden. Festzuhalten ist, dass alle Stadtteile nach wie vor eine hohe soziale Bedarfslage aufweisen. Aber: Resultierend aus der Sozialraumanalyse 2014 wurden die Stadtteile mit hoher Bedarfslage und zunehmendem Handlungsbedarf besonders in den Fokus der kommunalen Sozialpolitik und der Sozialverwaltung genommen und diese Stadtteile soweit möglich prioritär und besonders umfassend mit Programmen, Angeboten und Maßnahmen der sozialen Arbeit und Stadtentwicklung ausgestattet.

2. Stabilisierung der Entwicklungstendenz (von „abnehmendem Handlungsbedarf“ zu „stabiler Entwicklungstendenz“)

- **Bergkirchenviertel** (hohe soziale Bedarfslage in 2011 und 2016)
Das Bergkirchenviertel zählt nach wie vor zu den Stadtteilen mit den höchsten sozialen Bedarfslagen (Rang 2 von 34 Stadtteilen - Rang 1 höchste Bedarfslage). Zwischen 2005 und 2011 war eine Entspannung insbesondere in der Quote der Alleinerziehenden und der Quote der großen Familien festzustellen - im Zeitraum 2011 bis 2016 hat sich der Trend bezogen auf die großen Familien im durchschnittlichen Rahmen fortgesetzt, jedoch ist die Quote der Alleinerziehenden wieder angestiegen.
- **Adolfsallee, Luxemburgplatz** (mittlere soziale Bedarfslage in 2011 und 2016)
In diesem Stadtteil, der zwischen 2005 und 2011 einen deutlichen Rückgang der Abhängigkeiten von Transferleistungen aufwies, sind die Werte im Beobachtungszeitraum stabil geblieben. Der Stadtteil zählt nach wie vor zu den Stadtteilen mittlerer Bedarfslage und bietet noch Wohnraum für verschiedene Bevölkerungsgruppen. Die in der Sozialraumanalyse festgestellten Gentrifizierungsprozesse haben sich - soweit unsere Datenlage eine Beurteilung erlaubt - nicht ausgeweitet, aber auch nicht umgekehrt, sondern stabilisiert.

Die restlichen Stadtteile wurde in der Sozialraumanalyse 2014 der Kategorie „stabiler Handlungsbedarf“ zugeordnet und zählen in der hier vorliegenden Analyse zu den Stadtteilen der Kategorie „stabile Entwicklungstendenz“. In der Einzeldarstellung der Stadtteile in Kapitel 8 werden die Entwicklungen der einzelnen Stadtteile ausführlich erläutert.

6 Stadtteilbezogene Arbeit, Projekte und Angebote der kommunalen Sozialpolitik

Kommunale Sozialpolitik, die sich in den vielfältigen Leistungen des Amtes für Soziale Arbeit und der freien Träger der Jugendhilfe sowie des Amtes für Grundsicherung und Flüchtlinge darstellt, hat die Aufgabe und das Ziel das Recht aller Bürgerinnen und Bürger auf eine soziale Stadt zu gewährleisten. Die gesetzlichen Grundlagen hierzu liegen insbesondere im SGB II, VIII und XII. Das Aufgabenspektrum des Amtes für Soziale Arbeit und des Amtes für Grundsicherung und Flüchtlinge umfasst somit vielfältige Leistungen zur Gewährung einer menschenwürdigen Existenzsicherung, zur Förderung selbständiger Lebensführung in eigener Verantwortung und zur Eröffnung von Chancen zur Gestaltung von persönlichen und gemeinschaftlichen Lebensverhältnissen⁶⁴.

Besondere Ausstattung der Stadtteile mit hoher sozialer Bedarfslage

Ausgehend von der Tatsache, dass die Ressourcen und Möglichkeiten zur Bedürfnisbefriedigung und Interessenwahrnehmung in der Bevölkerung ungleich verteilt sind, sich diese Unterschiede sozialräumlich abbilden, ist die kommunale Wiesbadener Sozial- und Jugendhilfe seit Mitte der 1970er Jahren sozialräumlich ausgerichtet.

Stadtteile mit hohen oder mittleren sozialen Bedarfslagen werden systematisch mit besonderen infrastrukturellen Angeboten, die über die „Standardversorgung“ für alle Bevölkerungsgruppen hinausgehen, zur Verbesserung der Lebenssituation der Menschen und Erhöhung der Teilhabemöglichkeiten versorgt.

⁶⁴ Siehe hierzu das Leitbild des Amtes für Soziale Arbeit und des Amtes für Grundsicherung und Geflüchtete

In nachfolgenden Übersichten werden bezogen auf verschiedene Bevölkerungsgruppen die sozial-infrastrukturellen Ausstattungen der Stadtteile dargestellt. Mit Ausnahme der Tagesbetreuung für Kinder und den Angeboten für alte Menschen, werden nur die Angebote basierend auf dem oben beschriebenen Bedarfslagenkonzept aufgeführt.

Tabelle 17 gibt einen Überblick über die stadtteil- und schulbezirksbezogenen Versorgungsquoten mit Tagesbetreuungsplätzen für Kinder im Krippenalter (0 bis 3 Jahre), Elementarbereich (3 Jahre bis Schuleintritt) und Grundschüler/innen.

Tabelle 17: Tagesbetreuungsversorgung von Kindern im Krippen- bis Grundschulalter

Stadtteil*	Versorgungslage Tagesbetreuung		Nachmittagsangebote Grundschulkinder (Bildung, Erziehung, Betreuung)		Schul-sozial-arbeit
	Krippe	Elementarbereich	Überwiegend besuchte Grundschule	Versorgungslage	Betreuende Grundschule
Zentrum	+	+	Anton-Grüner-Schule	-	ja
Bergkirchenviertel	0	+	Anton-Grüner-Schule	-	ja
City-Ost, Nord-Ost	+	+	Fritz-Gansberg-Schule	+	
			Johannes-Maaß-Schule	0	
			Robert-Schumann-Schule	+	
Sonnenberg, Rambach	-	+	Konrad-Duden- inkl. Adolf-Reichwein-Schule	0	
Inneres Westend	-	-	Riederbergschule	-	ja
Äußeres Westend	-	-	Blücherschule	+	
Adolfsallee, Luxemburgplatz			Friedrich-Ludwig-Jahn-Schule	-	ja
Dichterviertel, Biebricher Allee	-	-	Hebbelschule	0	
Rheingauviertel			Friedrich-von-Schiller-Schule	0	ja
Hasengarten, Friedenstraße	+	+	Adalbert-Stifter-Schule	+	ja
Klarenthal	0	0	Geschwister-Scholl-Schule	-	ja
Hollerborn, Daimlerstr.	0	+	Ursula-Wölfel-Schule	+	ja
Europaviertel, Künstlerinnenviertel	-	+	Friedrich-von-Schiller-Schule	0	ja
Dostojewski-, Waldstraße	0	+	Diesterwegschule (vgl. Schilletschule)	-	
Dotzheim-alt, Kohlheck	-	-	Philipp-Reis-Schule	0	
			Kohlheckschule	0	
Siedlungen Dotzheim	-	-	Joseph-von-Eichendorff-Schule	0	
Schelmengraben	0	+	GS Schelmengraben	-	ja
Frauenstein	-	+	Alfred-Delp-Schule	+	
Sauerland, Belzbachtal	-	+	GS Sauerland	-	ja
Biebrich-Siedlungen	0	-	Pestalozzischule vgl. auch Diesterwegschule	0	
Gräselberg	-	-	Ludwig-Beck-Schule	-	ja
Schierstein	-	+	Hafenschule	+	
Biebrich-alt, Gibb, Kalle	-	0	Freiherr- vom-Stein-Schule	-	ja
			Goetheschule Vgl. auch Pestalozzischule	-	ja
			Otto-Stückrath-Schule	-	
Parkfeld, Rosenfeld	0	+		-	
Bierstadt	-	-	GS Bierstadt	0	
Nordöstliche Vororte	-	0	Göbel-, Roseger-, Dietzschule, GS Breckenheim	0 bis +	
Erbenheim-Hochfeld	-	-	Justus-von-Liebig-Schule	0	ja
Erbenheim (ohne Hochfeld)	+	+	Justus-von-Liebig-Schule	0	ja
Nordenstadt	-	0	GS Nordenstadt	0	
Delkenheim	-	-	Karl-Gärtner-Schule	-	
Amöneburg	0	+	GUtav-Stresemann-Schule	-	ja
Kastel-alt	-	0	GUtav-Stresemann-Schule	-	ja
Kostheim-alt	-	-	Brüder-Grimm-Schule	0	ja
			Carlo-Mierendorff-Schule	-	ja
Kastel-/Kostheim-Neubaugebiete	0	+	Krautgartenschule vgl. auch Grimm-Schule	-	ja

* hohe soziale Bedarfslage

mittlere soziale Bedarfslage

niedrige soziale Bedarfslage

Quelle: Amt für Soziale Arbeit, Geschäftsstatistiken Tagesbetreuung, eigene Festlegungen
 Versorgungsquote Tagesbetreuung Stand März 2018; Grundschulkinderbetreuung
 Stand Oktober 2017

Grundsatz und Planung

Erläuterung zur Versorgungsquote Kindertagesbetreuung

Die Versorgungsquote bezieht sich auf die in Kindertagesstätten im Stadtteil zur Verfügung stehenden Plätze in der jeweiligen Altersgruppe. Hierbei richtet sich die Zuordnung der Einrichtung zum Stadtteil nach der Postanschrift der jeweiligen Einrichtung. Das Einzugsgebiet der Einrichtungen geht aber über die Stadtteilgrenzen hinaus, d. h. eine Einrichtung versorgt Kinder aus mehreren Stadtteilen. Eine Unterversorgung mit Betreuungsplätzen in einem Stadtteil kann durch einen Überhang in benachbarten Stadtteilen ausgeglichen werden.

Für die Nachmittagsangebote an den Grundschulen⁶⁵ sowie die Ausstattung mit Schulsozialarbeit an Grundschulen / Betreuende Grundschule werden die Grundschulen den einzelnen Stadtteilen zugeordnet. Da die Grundschulbezirke sich erheblich von den Stadtteilzuschnitten unterscheiden, wird dem Stadtteil die überwiegend besuchte Schule und deren Ganztagsangebot zugeordnet.

Für die Tagesbetreuung der Kinder im Krippen-, Elementar- und Grundschulalter existieren sozialplanerisch begründete und politisch festgelegte Versorgungsziele; die Bewertung der Versorgungsquoten in Tabelle 17 orientiert sich an dem Grad der Zielerreichung.

Tabelle 18: Versorgungsziele und Definition des Grades der Zielerreichung in der Kindertagesbetreuung

	Versorgungsziel	Versorgungsquote			z. Vgl. Versorgungsquote Gesamtstadt
		+	0	-	
Krippe	48% 3 Jahrgänge	> 48%	30% bis 48%	< 30%	29,3%
Elementarbereich	90% 3 11/12 Jahrgänge*	> 90%	80% bis 90%	< 80%	85,4%
Schulkinderbetreuung	75% 4 Jahrgänge (+ Kinder in Eingangsstufe der Grundschule)	> 75%	60% bis 75%	< 60%	63%

* auf Stadtteilebene werden die Kinder in der Eingangsstufe der Grundschule abgezogen

Quelle: Eigene Operationalisierung



Grundsatz und Planung

In nachfolgender Übersicht werden Angebote in den Stadtteilen für Familien, alte Menschen sowie Angebote der offenen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen dargestellt.

⁶⁵ Für die Grundschule sind folgende Plätze erfasst: Ganztagschule, Pakt für den Nachmittag, Betreuende Grundschulen, weitere Betreuungsangebote freier Träger und Elternvereine nach § 15 Hess. Schulgesetz, Hortplätze in Kindertagesstätten (vgl. Amt für Soziale Arbeit, Bericht „Nachmittagsangebote Bildung, Erziehung und Betreuung für Grundschulkinder - Schuljahr 2017/18“)

Tabelle 19: Angebote für Familien, Offene / mobile Arbeit mit Jugendlichen und Kindern, Angebote für alte Menschen

Stadtteil*	Angebote für Eltern		Offene Angebote für Kinder und Jugendliche	Angebote für alte Menschen	
	KiEZ	Zielgruppenorientierte Elternbildung		Mittagstisch	Treffpunkte
Zentrum	KiEZ Bergkirche	X	Offene und mobile Jugendarbeit (Kultur im Palast e. V.) Laden Karlstraße (Moja e. V.)		
Bergkirchenviertel	X	X	Mädchentreff Römerberg Offene und mobile Jugendarbeit (Kultur im Palast e. V.) Schöne Ferien vor Ort Mobile Kunstwerkstatt (Kunstwerker e. V.) Kunst-Koffer	X	Treffpunkt aktiv Adlerstraße
City-Ost, Nord-Ost					
Sonnenberg, Rambach					DRK Rambach
Inneres Westend	X	X	Kinderzentrum Wellritz Hof JUJ Georg Buch Haus Schöne Ferien vor Ort Kunst-Koffer Jugendarbeit CASA e. V. im Hollerborn		Wiesbadener internationales Frauenbegegnungszentrum
Äußeres Westend	Nutzung der Angebote im Inneren Westend möglich			X	Seniorentreff Blücherstraße
Adolfsallee, Luxemburgplatz		X	Laden Karlstraße und mobile Jugendarbeit (Moja e. V.) Kinderatelier Karlstraße (Kunstwerker e. V.)		LAB Gemeinschaft
Dichterviertel, Biebricher Allee			Kunst-Koffer	X	Seniorentreff Zimmermannstift Ev. Lutherkirchengemeinde
Rheingauviertel			Mobile Jugendarbeit Wallufer Platz (Moja e. V.); Jugendtreff Stellwerk Künstlerviertel (CASA e. V.) Kunst-Koffer		Ev. Ringkirchengemeinde
Hasengarten, Friedenstraße		X			Ev. Johanneskirchengemeinde
Klarenthal	X		STZ Klarenthal Mobile Jugendarbeit (Moja e. V.) Schöne Ferien vor Ort	X	vbw Klarenthal
Hollerborn, Daimlerstraße, Wellritzal	X		(Mobile) Jugendarbeit CASA e. V. Schöne Ferien vor Ort		Ev. Stephanuskirchengemeinde
Europaviertel, Künstlerinnenviertel			Jugendtreff Stellwerk (CASA e. V.)		
Dostojewski-, Waldstraße	KiEZ Hollerborn		Jugendtreff Stellwerk (CASA e. V.)		
Dotzheim-alt, Kohlheck			Angebote Schelmengraben und Hollerborn	X	Ev. Kirchengemeinde
Siedlungen Dotzheim					
Schelmengraben	X	X	STZ Schelmengraben Schöne Ferien vor Ort Kunst-Koffer Mobile Kunstwerkstatt (Kunstwerker e. V.) Arbeit mit Kindern (ags)	X	Ev. Kirchengemeinde
Frauenstein					
Sauerland, Belzbachtal	X	X	Jugendzentrum Trafohaus (kbs) Schöne Ferien vor Ort Mobile Kunstwerkstatt (Kunstwerker e. V.)	X	kbs
Biebrich-Siedlungen					Ev. Heilig-Geist-Kirchengemeinde

Stadtteil*	Angebote für Eltern		Offene Angebote für Kinder und Jugendliche	Angebote für alte Menschen	
	KIEZ	Zielgruppenorientierte Elternbildung		Mittags-tisch	Treffpunkte
Gräselberg	X (in 2019)	X	STZ Gräselberg Mobile Kunstwerkstatt (Kunstwerker e. V.) Schöne Ferien vor Ort	X	
Schierstein			Jugendangebote Auferstehungsgemeinde Freudenberg		
Biebrich-alt, Gibb, Kalle	X	X	Kinder- und Jugendzentrum Biebrich, BauHof Jugendbildungsangebote im Nachbarschaftshaus Schöne Ferien vor Ort	X	Treffpunkt aktiv Martin-Hörner- Zentrum, Nachbarschafts- haus, BauHof
Parkfeld, Rosenfeld	KIEZ Biebrich	X	Der Laden im Parkfeld (JUZ Biebrich) Mobile Kunstwerkstatt (Kunstwerker e. V.) Schöne Ferien vor Ort	X	Seniorentreff Sammelweis- straße, Ev. Albert- Schweitzer- Kirchengemeinde
Bierstadt		X	Mobile Jugendarbeit östl. Vororte	X	DRK - Venatorstraße, Ev. Versöhnungs- gemeinde, Ev. Kirchengemeinde Anton Jäger-Str.
Nordöstliche Vororte			Mobile Jugendarbeit östl. Vororte (wechselnde Standorte) Offene und mobile Jugendarbeit Auringen, Naurod (Jugendkirche KANA e. V.)		Seniorenkreis Auringen
Erbenheim-Hochfeld	X	X	Offener Jugendtreff Maria Aufnahme und Mobile Jugendarbeit Schöne Ferien vor Ort Mobile Kunstwerkstatt (Kunstwerker e. V.)		
Erbenheim (ohne Hochfeld)	X	X	Offener Jugendtreff Maria Aufnahme	X	Ev. Paulusgemeinde - Pluspunkt
Nordenstadt			Mobile Jugendarbeit östl. Vororte		
Delkenheim			Mobile Jugendarbeit östl. Vororte		Seniorentreff Bürgerhaus Delkenheim
Amöneburg	KIEZ Kastel / Biebrich	X	Mobile Kunstwerkstatt (Kunstwerker e. V.) Mobile Jugendarbeit (Moja e. V.)		Seniorentreff Karl Knecht
Kastel-alt		X	Kinder- und Jugendzentrum Reduit Mobile Kunstwerkstatt (Kunstwerker e. V.)		Treffpunkt aktiv im Bürgerhaus Kastel DRK Schwanengasse
Kostheim-alt		X	Kindertreff Kostheim e. V. Die Wohnung Kostheim (JUZ Reduit)		Treffpunkt aktiv Dr. Ingrid Jäger
Kastel-/Kostheim- Neubaugebiete	X	X	Jugendpavillon Krautgärten (JUZ Reduit) Jugendtreff St. Elisabeth Schöne Ferien vor Ort Mobile Kunstwerkstatt (Kunstwerker e. V.)		

Offene Arbeit mit Jugendlichen und Kindern

Es werden Kinder- und Jugendzentren sowie Angebote der mobilen Jugendarbeit in freier und kommunaler Trägerschaft aufgeführt. Die Zentren bzw. die Angebote der mobilen Jugendarbeit bieten ein breites Spektrum von Aktivitäten für Kinder und Jugendliche aus den Bereichen Bildung, Freizeit, Kreativität und Sport. Das konkrete Angebot differiert nach Standort, Größe der Einrichtung und Zielgruppe. Bei den Stadtteilen in der Innenstadt sowie den innenstadtnahen Stadtteilen werden im Bereich der Jugendarbeit nicht nur die Angebote aufgeführt, die direkt im Stadtteil platziert sind, sondern auch Angebote, die in einem Nachbarstadtteil angesiedelt sind und aufgrund der räumlichen Nähe durch die Jugendlichen genutzt werden können.

Die Angebote „mobile Kunstwerkstätten“ des Trägers Kunstwerker e. V. und die Angebote der „Kunst-Koffer“ bieten in Stadtteilen mit hohen sozialen Bedarfslagen einmal wöchentlich an einem zentralen Platz - „umsonst und draußen“ - ein offenes künstlerisch-kreatives und kostenloses Angebot für Kinder und Jugendliche. Finanziert werden diese Angebote durch Zuschüsse des Sozialdezernates, Mittel von Ortsbeiräten sowie Spenden o. ä.

„Schöne Ferien vor Ort“ ist ein einwöchiges, kostenloses, stadtteilbezogenes Ferienprogramm des Amtes für Soziale Arbeit in Stadtteilen mit hohen sozialen Bedarfslagen. Es findet an einem zentralen (Spiel-)Platz im Stadtteil statt und richtet sich primär an Kinder im Grundschulalter.

KinderElternZentrum (KiEZ)

KinderElternZentren werden seit 2009 in Stadtteilen mit hohen sozialen Bedarfslagen als niedrigschwelliges stadtteilorientiertes Angebot für Familien eingerichtet.

Ein KiEZ ist eine Anlaufstelle vor Ort für Eltern aus dem Stadtteil zum Thema Kindererziehung. Ziel eines KiEZ ist, die Bildungs- und Entwicklungsprozesse von Kindern dadurch zu fördern, dass Eltern bei der Wahrnehmung ihrer Erziehungsverantwortung unterstützt und in ihrer Erziehungskompetenz gestärkt werden. Das KiEZ ist für alle Familien in allen Lebenslagen offen. Es bietet ein Elterncafé als niedrigschwellige Anlaufstelle und Gelegenheit zum Treffen und Austauschen untereinander.

Eltern finden im KiEZ Angebote verschiedener Institutionen - teilweise an unterschiedlichen Orten im Stadtteil - zur Betreuung, Beratung, Bildung und Erziehung,

Die Angebote des KiEZ richten sich primär an Eltern mit Kindern im Alter von 0 bis 10 Jahren, die durch Angebote der Familienbildungsstätten nicht erreicht werden.

Im Laufe des Jahres 2019 werden in allen Stadtteilen mit hoher sozialer Bedarfslage KiEZe platziert sein bzw. ein KiEZ in räumlicher Nähe erreichbar sein.

Zielgruppenorientierte Elternbildung

Diese niedrigschwelligen Elternbildungsangebote, die durch die Fachstelle Elternbildung im Amt für Soziale Arbeit konzeptionell für die Zielgruppe „bildungsferne“ Eltern entwickelt wurden, werden von der Fachstelle Elternbildung bezuschusst und von freien Trägern bzw. kommunalen Einrichtungen in den Stadtteilen umgesetzt. Die Angebotspalette umfasst Elterncafés, Spielkreise und Kurse wie z. B. niederschwelliges „PEKiP im Stadtteil“, „Zusammenspiel“, „Familie und Nachbarschaft - FuN“, „Eltern und Kinder - fit für die Schule“.⁶⁶ Neben den Angeboten, die direkt in den Stadtteilen platziert sind, finden in verschiedenen Einrichtungen in der Innenstadt zielgruppenspezifische Elternbildungsangebote statt, die von Eltern aus allen Stadtteilen wahrgenommen werden können.

⁶⁶ Dies sind die Bezeichnungen verschiedener zielgruppenspezifischer Elternbildungsformate mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Die Angebote richten sich an Eltern mit Kindern im Säuglingsalter (PEKiP) bis zu Vorschulkindern „Fit für die Schule“.

Treffpunkte für ältere Menschen

In dieser Kategorie werden ausschließlich Einrichtungen (Seniorentreffs) erfasst, die eine wöchentliche Öffnungszeit von mindestens fünf Stunden vorhalten.

Ein weiteres Angebot, das - im Gegensatz zur Sozialraumanalyse 2014 - nicht mehr in der Übersicht aufgeführt wird, ist das „Netzwerk 55plus“. Es unterstützt und organisiert den Aufbau eines Bekannten-, Freundes- und Nachbarschaftskreises als soziale Vorsorge für das Älterwerden. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer organisieren eigenverantwortlich gemeinsame (Freizeit-)Aktivitäten, ausgerichtet an ihren Interessen. Dies erfolgt sowohl stadtteilbezogen als auch stadtteilübergreifend. In einigen Stadtteilen existieren so genannte Schwerpunktgruppen, die sich regelmäßig treffen. Da im Zeitverlauf immer mal wieder eine Gruppe wegfällt bzw. hinzukommt, werden diese nicht mehr stadtteilbezogen aufgeführt.

Tabelle 20: Stadtteilarbeit, Vernetzungsgremien der sozialen Arbeit, städtebauliche und stadtteilbezogene Förderprogramme

Stadtteil*	Einrichtungen Gemeinwesen-/ Stadtteilarbeit	Stadtteil- bezogene ESF, Bundes- und Landes- programme	Vernetzungen auf Stadtteilebene		Städtebauliche Programme
			Stadtteil- konferenz	Stadtteil- Arbeits- kreis Alten- arbeit	
Zentrum			X	X	Aktive Kernbereiche
Bergkirche	Xenia		X	X	
City-Ost, Nord-Ost					
Sonnenberg, Rambach					
Inneres Westend	Stadtteilbüro kubis, STZ Georg-Buch- Haus	EHAP GWA Programm Hessen	X		Soziale Stadt Aktive Kernbereiche
Äußeres Westend			X		
Adolfsallee, Luxemburgplatz			X	X	Aktive Kernbereiche
Dichterviertel, Biebricher Allee					
Rheingauviertel					
Hasengarten, Friedenstraße			X		
Klarenthal	STZ Klarenthal, vbw	GWA Programm Hessen	X		
Hollerborn, Daimlerstraße, Wellritzal	casa	GWA Programm Hessen	X		
Europaviertel, Künstlerinnenviertel			X		
Dostojewski-, Waldstr.			Forum Waldstraße		
Dotzheim-alt, Kohlheck					
Siedlungen Dotzheim					
Schelmengraben	STZ Schelmen- graben, ags, Stadtteilbüro Soziale Stadt	BIWAQ (bis 2018) JuSTIQ	X		„Soziale Stadt,plus“
Frauenstein					
Sauerland, Belzbachtal	kbs	GWA Programm Hessen	X		
Amöneburg			Runder Tisch Amöneburg	X	
Biebrich-Siedlungen					
Gräselberg	STZ Gräselberg, Stadtteilmanagement Soziale Stadt		X		Soziale Stadt
Schierstein					
Biebrich-alt, Gibb, Kalle	Quartiers-zentrum Bauhof, Nachbarschaftshaus, STZ Biebrich	GWA Programm Hessen	X		Soziale Stadt Biebrich - Mitte
Parkfeld, Rosenfeld	Der Laden		X		
Bierstadt				X	
Nordöstliche Vororte				X	
Erbenheim-Hochfeld			X	X	
Erbenheim (ohne Hochfeld)			X	X	
Nordenstadt				X	
Delkenheim				X	
Kastel-alt	JUZ Reduit		X	X	Stadtteilentwicklungs- projekt „Stadtteilumbau Kastel / Kostheim“
Kostheim-alt			X	X	
Kastel-/Kostheim- Neubaugebiete			X	X	

Stadtteilkonferenzen

Seit Anfang der 1980er Jahre wurden auf Initiative des Sozialdezernates in Stadtteilen mit hohen sozialen Bedarfslagen Stadtteilkonferenzen gegründet. Die ersten waren die Stadtteilkonferenzen in den Stadtteilen Schelmengraben und Klarenthal, die bislang letzte wurde im Stadtteil Erbenheim im Sommer 2008 ins Leben gerufen.

Stadtteilkonferenzen sind Arbeitsgremien der sozialen Fachkräfte und anderer wesentlicher sozialer Akteure - wie Schulen, Kirchen, Wohnungsgesellschaften etc. - im Stadtteil.

Die Stadtteilkonferenzen haben folgende Funktionen:

- Austausch, Wissens- und Informationstransfer der Fachkräfte untereinander
- Abstimmung der Angebote, Schwerpunkt der Arbeit und/oder Zielgruppen
- Förderung der Vernetzung der unterschiedlichen Einrichtungen und Träger (träger- und spartenübergreifend)
- Analyse der (sozialen) Problemlagen und Bedarfe im Stadtteil
- daraus resultierende Entwicklung und Verständigung auf gemeinsame Entwicklungsziele
- und darauf basierende Planung und Durchführung gemeinsamer Projekte.

Stadtteilkonferenzen dienen der bestmöglichen Vernetzung und (Weiter-) Entwicklung der Angebote sozialer Arbeit im Stadtteil.

Sie können ihre Arbeit in unterschiedlichen Kooperationsstufen gestalten - dabei entscheidet das jeweilige Netzwerk und jeder einzelne Netzwerkpartner über das Ausmaß der Kooperation.

Die Stadtteilkonferenzen haben in 2014 ein gemeinsames Selbstverständnis verabschiedet.⁶⁷

Stadteilarbeitskreise Altenarbeit

Diese Arbeitskreise sind ein Zusammenschluss sozialer Fachkräfte der Einrichtungen und Dienste für ältere Menschen im Stadtteil. Sie dienen dem fach- und zielgruppenspezifischen Austausch der Fachkräfte untereinander.

Einrichtungen der Gemeinwesen- und Stadteilarbeit

Diese Einrichtungen in freier oder kommunaler Trägerschaft arbeiten - je nach Einrichtung in unterschiedlicher Ausprägung - nach den Prinzipien der Stadtteil- bzw. Gemeinwesenarbeit. Sie bieten eine Vielzahl von Beratungs-, Treff-, Kultur- und sonstigen Angeboten für Menschen aller Altersgruppen aus dem jeweiligen Stadtteil.

Städtebauliche Programme, Förderprogramme des ESF, Bundes oder Landes

Diese durch Bund, Land und Kommunen finanzierten Programme verfolgen eine städtebauliche Aufwertung der Programmgebiete. Das Programm „Soziale Stadt“ und insbesondere „Soziale Stadt^{plus} - Schelmengraben“ legt besondere Handlungsschwerpunkte auf so genannte „nicht-investive“ Ziele in den Bereichen Steigerung der Erwerbs- und Bildungsbeteiligung und der Verbesserung des Images der Stadtteile. Ein Stadtteilmanagement und die Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner sind implizierter Bestandteil des Programms. Das Programm Soziale Stadt wird in vier Wiesbadener Stadtteilen umgesetzt.

Das Gemeinwesenarbeits- (GWA) Förderprogramm des Landes Hessen (Laufzeit Dezember 2015 bis November 2019; Verlängerung avisiert) wird durch die Kommune beantragt, die auch die administrative Abwicklung übernimmt, und durch die freien Träger der Gemeinwesenarbeit mit unterschiedlichen Projektinhalten - ausgerichtet an den Bedarfen im Stadtteil - umgesetzt. Das ESF Bundesprogramm BIWAQ (Laufzeit 2015 bis 2018) fördert die Erwerbsintegration von Erwachsenen ab 27 Jahren. Es wurde im Schelmengraben in Kooperation des Kommunalen Jobcenters und den BauHausWerkstätten mit verschiedenen Beratungs- und Qualifizierungsmodulen umgesetzt.

Das ESF Bundesprogramm JuSTiQ richtet sich an Jugendliche im Alter von 12 bis 26 Jahren. Es wird seit 2015 im Schelmengraben mit verschiedenen Projekten, die die soziale Teilhabe

⁶⁷ www.wiesbaden.de/leben-in-wiesbaden/gesellschaft/sozialplanung-entwicklung/content/soz-entwicklungsplanung.php

der Jugendlichen fördern, berufsorientierende Maßnahmen beinhalten und gleichzeitig einen Mehrwert für den Stadtteil generieren, in Trägerschaft des Amtes für Soziale Arbeit umgesetzt. Das ESF Programm EHAP richtet sich an besonders benachteiligte Gruppen, explizit Zugewanderte aus EU-Ländern - vor allem aus Südost-Europa. Es wird mit der Zielgruppe Wohnsitzlose durch das Diakonische Werk sowie der Zielgruppe Familien durch die Familienbildungsstätte Hedi Konrad der Arbeiterwohlfahrt und migra mundi e. V. seit 2016 bis 2020 schwerpunktmäßig im Inneren Westend umgesetzt. Die Angebote richten sich aber auch an Personen der Zielgruppe aus der gesamten Stadt bzw. es werden in einigen anderen Stadtteilen bestimmte Angebote durchgeführt. Die Kommune unterstützt bei Antragstellung und ist Kooperationspartnerin in der Projektumsetzung.

7 Folgerungen für die sozialräumliche Stadtentwicklung, die kommunale Sozialpolitik und die Praxis der stadtteilbezogenen sozialen Arbeit

Die vorliegende Sozialraumanalyse beschreibt die Entwicklung und den Status Quo der sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung und der sozialräumlichen Verteilung unterschiedlicher Lebensbedingungen und Bevölkerungsstrukturen in den Wiesbadener Stadtteilen.

Sozialberichterstattung hat nach Bartelheimer zwei wesentliche Aufgaben: zum einen soll sie „über die Entwicklung gesellschaftlicher Teilhabechancen und sozialer Qualitäten des Lebens in der Kommune informieren - sie hat also einen gesellschaftlichen Aufklärungsauftrag“.⁶⁸ Zum anderen hat sie eine sozialplanerische Funktion nämlich: „Daten für Aushandlungsprozesse in den Politiknetzwerken des lokalen ‚Wohlfahrtspluralismus‘ und für die Planung eines bedarfsgerechten Angebots sozialer Dienste“ zu liefern und ist somit „eng in die fachlichen Probleme und Widersprüche der sozialen Leistungssysteme vor Ort eingebunden“.⁶⁹

Die Sozialstruktur der Wiesbadener Bevölkerung ist durch ein hohes Maß an Ungleichheit gekennzeichnet. Das jährliche Pro-Kopf-Einkommen lag 2018 in Wiesbaden bei 22.928 €⁷⁰. Dies liegt zwar etwas unterhalb des Bundesdurchschnitts, aber über den Pro-Kopf-Einkommen der Städte Darmstadt, Frankfurt und Mainz. Im interkommunalen Vergleich (vgl. 3.3) weist Wiesbaden jedoch hohe Armutsquoten in allen Altersgruppen auf - diese liegen wiederum höher als in den Städten Darmstadt, Frankfurt und Mainz. Die soziale Polarisierung ist daher in Wiesbaden besonders ausgeprägt.

Insbesondere die Quoten der verfestigten Armut, die in den Stadtteilen mit hoher sozialer Bedarfslage 10,0 % bis 18,0 % in der Gruppe der 18- bis 54-Jährigen und 22,1 % bis 32,0 % in der Altersgruppe 4 bis 17 Jahren betragen, stellen Herausforderungen für die soziale Kommunalpolitik und die Handlungsstrategien der Sozialverwaltung dar.

Wesentliche Ursachen für diese hohen Armutswerte sind in dem hohen Wiesbadener Mietpreinsniveau sowie der Struktur des Wiesbadener Arbeitsmarktes mit seiner Ausrichtung auf gut bzw. sehr gut Qualifizierte und relativ geringen Anteilen an Arbeitsstellen für Gering-Qualifizierte zu sehen.

Wie in dieser Analyse ersichtlich, haben knappe ökonomische Ressourcen (Einkommensarmut) deutliche Auswirkungen auf andere Lebenslagenbereiche wie z. B. Bildungsteilhabe, soziale und politische Teilhabe, Gesundheit und steigern die Risiken in

⁶⁸ Bartelheimer, P.: Der Sozialraum in sozialer Arbeit und kommunaler Sozialberichterstattung; in: Territorialisierung des Sozialen. Hrsg. Kessl, E., Otto, H.-U., Opladen 2007, S. 275

⁶⁹ Bartelheimer, P.: Der Sozialraum in sozialer Arbeit und kommunaler Sozialberichterstattung; in: Territorialisierung des Sozialen. Hrsg. Kessl, E., Otto, H.-U., Opladen 2007

⁷⁰ E. Seils, H. Baumann: Verfügbare Haushaltseinkommen im regionalen Vergleich, WSI Verteilungsmonitor April 2019

diesen Bereichen. Insbesondere Kinder und Jugendliche sind besonders von den Auswirkungen der Einkommensarmut betroffen. Arme Kinder und Jugendliche haben - im Vergleich zu nicht armen Kindern und Jugendlichen - deutlich weniger Teilhabechancen, geringere Aussichten auf gelingende Bildungsverläufe, geringere Chancen auf eine gute Arbeitsmarktintegration und somit letztendlich ein höheres Risiko der Armut im Erwachsenenalter.

Eine Verringerung dieser Problemlagen kann, bedingt durch die Vielzahl der Ursachen und Auswirkungen, nicht allein durch Angebote und Maßnahmen der kommunalen Sozialpolitik bzw. der Sozialverwaltung erfolgen. Es bedarf, neben bundespolitisch notwendiger Maßnahmen, eines Zusammenwirkens aller Bereiche der Stadtpolitik zur Entwicklung einer adäquaten Handlungsstrategie.

Im Folgenden sollen nun kurz die - aus sozialplanerischer Sicht - wesentlichen Folgerungen und Konsequenzen der aktuellen Sozialraumanalyse für die Ausgestaltung der sozialen Kommunalpolitik in Wiesbaden angerissen werden:

- Das seit vielen Jahren bewährte und erfolgreiche Wiesbadener Konzept der prioritären und umfassenden Ausstattung der Stadtteile mit hohen sozialen Bedarfslagen mit besonderen Angeboten und Maßnahmen muss konsequent weiterentwickelt und auf eine neue Stufe gehoben werden.
Ziel ist es, für die Stadtteile mit hohen sozialen Bedarfslagen einen „Standard“ zu definieren, der Zielgrößen hinsichtlich der Ausstattung mit sozialer Infrastruktur, Angeboten und Maßnahmen der sozialen Arbeit sowie Handlungsstrategien definiert. Das Sozialdezernat sollte diesen Standard in einem breit angelegten Prozess - unter Einbeziehung aller Fachbereiche, der für die einzelnen Punkte relevanten freien Träger, weiteren Ämter und Institutionen - fachlich entwickeln. Das Konzept sollte dann den politischen Gremien zur Diskussion und Beschlussfassung vorgelegt werden.

Eckpunkte eines solchen Konzeptes der Versorgung der Stadtteile mit hohen sozialen Bedarfslagen (Arbeitstitel „**Wiesbadener Teilhabestandard**“) sollten sein:

- Standardausstattung mit sozialen Einrichtungen:
 - KiEZ
 - Einrichtung der Gemeinwesenarbeit (Stadtteilbüro)
 - Angebote der Offenen oder Mobilen Jugendarbeit
 - Mittagstisch und Freizeit-/Treffangebote für alte Menschen
 - Stadtteilkonferenzen und andere Vernetzungsgremien der sozialen Arbeit
- Die durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Betreuungsquoten der Kindertagesbetreuung sollen in den Stadtteilen mit hoher sozialer Bedarfslage prioritär umgesetzt werden. Dies bedeutet, unter Berücksichtigung der räumlichen und baulichen Gegebenheiten, eine Priorisierung des Ausbaus der Kindertagesstätten in diesen Stadtteilen.
- Mit dem Ziel möglichst frühzeitig die Bildungsbeteiligung von herkunftsbenachteiligten Kindern zu stärken - der Besuch einer Kindertagesstätte mindestens ab dem Alter von zwei Jahren - sollen passgenaue Angebote in den Kindertagesstätten geschaffen und Konzepte zur Aufklärung der Eltern über die Bedeutung eines frühzeitigen Besuches einer Kindertagesstätte entwickelt werden.
- Grundschulen zu deren Einzugsgebiet Stadtteile mit hoher Bedarfslage zählen oder Sekundarschulen, deren Schülerschaft zu einem großen Teil aus Stadtteilen mit hohen sozialen Bedarfslagen stammen, sollen prioritär als Ganztagschulen ausgestattet und betrieben werden.

- Zur Prävention von Armut und sozialer Ausgrenzung der Kinder, Jugendlichen und deren Familien bedarf es einer weiterhin konsequenten Umsetzung der Programme gegen Kinderarmut als längerfristige „Handlungsstrategie Chancen für herkunftsbenachteiligte junge Menschen“ insbesondere in den Stadtteilen mit hoher sozialer Bedarfslage.
- Förderprogramme des europäischen Sozialfonds, des Bundes oder Landes sollen zielgerichtet für diese Stadtteile akquiriert und mit passgenauen Konzepten umgesetzt werden. Dies setzt jedoch die Absicherung der notwendigen Ko-Finanzierung der Kommune voraus.
Nach Beendigung des Programmes und einem positiven Evaluationsergebnis sollte die Gewährleistung der Nachhaltigkeit, d. h. des Weiterbestehens des erfolgreichen und bewährten Projektes / der Projektmodule finanziell durch die Kommune gesichert sein.
- Maßnahmen zur Steigerung der Erwerbstätigkeit wie z. B. niedrigschwellige Beratungsangebote zur Erwerbsintegration, Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen im Stadtteil, wurden bereits im Rahmen des Programmes BIWAQ im Schelmengraben erfolgreich erprobt. Ein Konzept mit Stadtteilbezug, auch unter Berücksichtigung der Möglichkeiten des sozialen Arbeitsmarktes, sollte entwickelt und in den Stadtteilen mit hohen sozialen Bedarfslagen, in denen dies sinnvoll und möglich ist, implementiert werden.

Die Zielerreichung und Erfolge der Bestandteile des **„Wiesbadener Teilhabestandards“** sollen regelmäßig überprüft, evaluiert und dargelegt werden. Das Konzept ist ständig weiter zu entwickeln und den Notwendigkeiten anzupassen - dies kann zum einen eine Ausweitung der Maßnahmen, aber auch bei Nicht-Erfolg oder bei Entfall der Voraussetzungen / Veränderungen der Bedarfslage einen Wegfall eines oder mehrerer Module bedeuten.

- Angesichts der hohen Quote von Personen in „verfestigter Armut“, des zu erwartenden Anstiegs der Altersarmut und der Tatsache, dass vielen Erwachsenen mittleren Alters - aufgrund mangelnder Qualifikationen und der Struktur des Wiesbadener Arbeitsmarktes - eine dauerhafte Integration in Erwerbsarbeit und damit ein Ausstieg aus dem SGB II nur schwer gelingen wird, können wir davon ausgehen, dass es in Wiesbaden auch in Zukunft einen relativ hohen Anteil an langzeitarbeitslosen Menschen geben wird. Aus sozialplanerischer Sicht ist es notwendig, Maßnahmen zu entwickeln, die - über die finanziellen Existenzsicherungsleistungen hinaus - den Betroffenen eine soziale Teilhabe ermöglichen und somit der weiteren Spreizung der Stadt-gesellschaft in „arm“ und „reich“ entgegenwirken.

Bestehende Vergünstigungssysteme wie z. B. die Wiesbadener Familienkarte, das Programm des Paritätischen „Mittendrinn Kultur entdecken - Frei für alle“, Kostenreduzierungen im ÖPNV für SGB II-Leistungsberechtigte, müssen weiter entwickelt und ausgebaut werden. Maßnahmen anderer Kommunen wie z. B. ermäßigte bzw. kostenfreie Eintritte in Schwimmbäder, kulturelle Einrichtungen, kostengünstigere ÖPNV Nutzung für Menschen mit Transferleistungen können hierfür ein Beispiel sein.

Soziale Teilhabe wird aber nicht allein durch das Vorhandensein entsprechender Angebote und Maßnahmen erreicht, zusätzlich müssen Strategien entwickelt und umgesetzt werden, die darauf abzielen, dass die Betroffenen diese Maßnahmen auch nutzen können. Beispielweise reicht es nicht aus kostenlose Theaterkarten zur Verfügung zu stellen, es muss entsprechend darüber informiert werden und ggf. „Schwellenängste“ - durch das Angebot eines Theaterbesuchs in der Gruppe - abgebaut werden. Weiterhin ist die Aktivierung der Betroffenen eigene Aktivitäten umzusetzen und diese beratend oder auch mit personellen, räumlichen und finanziellen Ressourcen zu unterstützen ein wichtiges Element der Förderung sozialer Teilhabe. Die klassischen Methoden der Gemeinwesenarbeit eignen sich hierzu besonders.

-
- Eine sozialindizierte Ressourcenausstattung der Einrichtungen (Kindertagesstätten, Schulen) mit hohen Anteilen an armen Kindern und Jugendlichen sollte, über die „Schwerpunkt-Kita-Pauschale“ hinaus, entwickelt werden, um auf die besonderen Herausforderungen mit zusätzlichen Maßnahmen zur Stärkung der sozialen und Bildungsteilhabe zu reagieren.
 - Für Sekundarschulen mit hohen Anteilswerten von Schülerinnen und Schülern aus Stadtteilen mit hoher sozialer Bedarfslage bzw. hohen Anteilen armer Kinder und Jugendlicher, soll die Ausweitung der Schulsozialarbeit des Amtes für Soziale Arbeit geprüft werden.
 - Die komplexen Lebenslagen und eingeschränkten Verwirklichungschancen vieler Menschen in Stadtteilen mit hoher sozialer Bedarfslage machen eine verstärkte interdisziplinäre angebots- und trägerübergreifende Kooperation notwendig. Es gilt die schon bestehenden Produktionsnetzwerke / Produktionsketten auszubauen und erfolgreiche Arbeitskonzepte auf weitere Stadtteile zu übertragen. Erste Planungen gemeinsamer Campusse von Grundschulen und Kindertagesstätten, die gute räumliche Voraussetzungen bieten, gilt es durch inhaltlich-pädagogische Konzepte, die eine Weiterentwicklung der „Wiesbadener Vereinbarung“⁷¹ darstellen, fortzuführen.
 - Um auch geringer Qualifizierten eine Integration in Erwerbsarbeit und den Ausstieg aus dem Bezug staatlicher Transferleistungen zu ermöglichen, sollten Anstrengungen unternommen werden gezielt Firmen mit Arbeitsplätzen für Geringqualifizierte im Stadtgebiet anzusiedeln. Bei der Ausweisung neuer Gewerbeflächen könnten beispielsweise Unternehmen, die solche Arbeitsplätze bieten, prioritär akquiriert werden.
 - Zur Vermeidung einer sich weiter verstärkenden sozialen Segregation, die negative Quartiereffekte nach sich zieht, ist es notwendig eine Vielzahl von Maßnahmen zu ergreifen, die eine stärkere soziale Durchmischung der Bevölkerung fördern. Weiterhin stellen die Schaffung und der Erhalt bezahlbaren Wohnraums für Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen eine wesentliche Maßnahme zur Armutsprävention bzw. Ausstieg aus der Armut dar.

Zur Erreichung dieser Ziele können folgende Maßnahmen beitragen:

- Entwicklung und Implementierung einer Milieuschutz- / Erhaltungssatzung für Gebiete, die durch ihre Bausubstanz und Lage potentielle Gentrifizierungsgebiete sein können, um in diesen Gebieten gemischte Bevölkerungsstrukturen zu erhalten und einer Verdrängung von Haushalten mit niedrigen und mittleren Einkommen vorzubeugen. Innenstadtnahe Stadtteile wie z. B. „Adolfsallee, Luxemburgplatz“, „Rheingauviertel“ weisen bereits heute Gentrifizierungstendenzen auf. Stadtteile wie beispielsweise das „Äußere Westend“ oder perspektivisch das Bergkirchenviertel, sind aufgrund ihrer Lage und Baustruktur potentiell gefährdet.
- Verstärkter Wohnungsneubau für Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen. Konsequente Umsetzung der durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Quoten von 22 % bzw. 30 % (bei stadtnahen Gesellschaften) gefördertem Wohnungsbau in Plangebieten mit mehr als 60 Wohneinheiten. Auch eine Erhöhung der Quoten für den geförderten Wohnungsbau in Neubaugebieten sollte geprüft werden.
- Der Wohnungsneubau muss weiterhin forciert werden. Bei den Planungen sollte stets auf eine ausgewogene Mischung der Bevölkerungsstruktur geachtet werden; d. h. durch eine Mischung verschiedener Wohnraumtypen (Geschosswohnungsbau in unterschiedlichen

⁷¹ <https://www.wiesbaden.de/leben-in-wiesbaden/gesellschaft/sozialplanung-entwicklung/content/jugendhilfeplanung.php#SP-tabs:3>

Mietpreissegmenten, Eigentumswohnformen) sollte im Plangebiet ein attraktives Angebot für alle Bevölkerungsgruppen zur Verfügung stehen.

- Bei Ausweisung und Planung neuer Wohngebiete oder auch bei Nachverdichtungsmaßnahmen muss die aktuelle Sozialstruktur des Stadtteils berücksichtigt und - mit dem Ziel sozialer Durchmischung - gezielt Wohnraum für Bevölkerungsgruppen, die im Stadtteil unterrepräsentiert sind geschaffen werden. Für Baumaßnahmen in Stadtteilen mit hoher sozialer Bedarfslage bedeutet dies beispielsweise, dass gezielte Wohnungsangebote für Haushalte mit mittleren und höheren Einkommen geschaffen werden. Für Stadtteile mit niedriger sozialer Bedarfslage bedeutet dies, einen höheren Anteil an Wohnraum für Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen zu schaffen.
- Bei der Entwicklung neuer Baugebiete ist darauf zu achten, dass die durch das Gebiet entstehenden zusätzlichen Bedarfe an Einrichtungen sozialer Infrastruktur (Kindertagesstätten, Grundschulen, Jugendtreffs, Einrichtungen für alte Menschen) durch eine Verortung im Plangebiet berücksichtigt werden. Die Richtlinie WiSoBoN (beschlossen von der Stadtverordnetenversammlung am 21.06.2018 Beschluss Nr. 0277), die die Kostenbeteiligung des Planungsbegünstigten an den notwendigen Maßnahmen der sozialen Infrastruktur regelt, ist konsequent umzusetzen.
- Letztendlich würde eine Begrenzung der Mieterhöhungen der stadtnahen Wohnungsgesellschaften zur Entlastung eines Teils der Mieterschaft führen und positive Auswirkungen auf den Mietspiegel haben.

8 Darstellung der sozialräumlichen Struktur und Entwicklung der 34 Stadtteile

Im folgenden Abschnitt erfolgt eine ausführliche Einzeldarstellung der 34 Wiesbadener Stadtteile.

Diese gliedert sich wie folgt:

- Karte des Stadtteils
- Kurze städtebauliche Beschreibung sowie eine Übersicht der Bevölkerungsstruktur
- Entwicklung der Zahl der Einwohnerschaft, Haushalte, Wohnungen, Mobilitätsziffer zwischen 2011 und 2017
- Schaubild und Beschreibung der Entwicklung der Kategorien der sozialen Bedarfslage - basierend auf allen Indikatoren (Statusindikatoren) - im Zeitverlauf 2000 bis 2016
- Tabelle und Beschreibung der Entwicklung der Dynamikindikatoren 2005, 2011 zu 2016
- Schaubild der Entwicklung der z- Werte der Dynamikindikatoren in der Zeitreihe 2000 bis 2016
- Übersicht der stadtteilbezogenen Anteils- und z-Werte in allen Einzelindikatoren (2016)

Hinweise zu den Tabellen „Entwicklung Dynamikindikatoren 2005, 2011 - 2016“

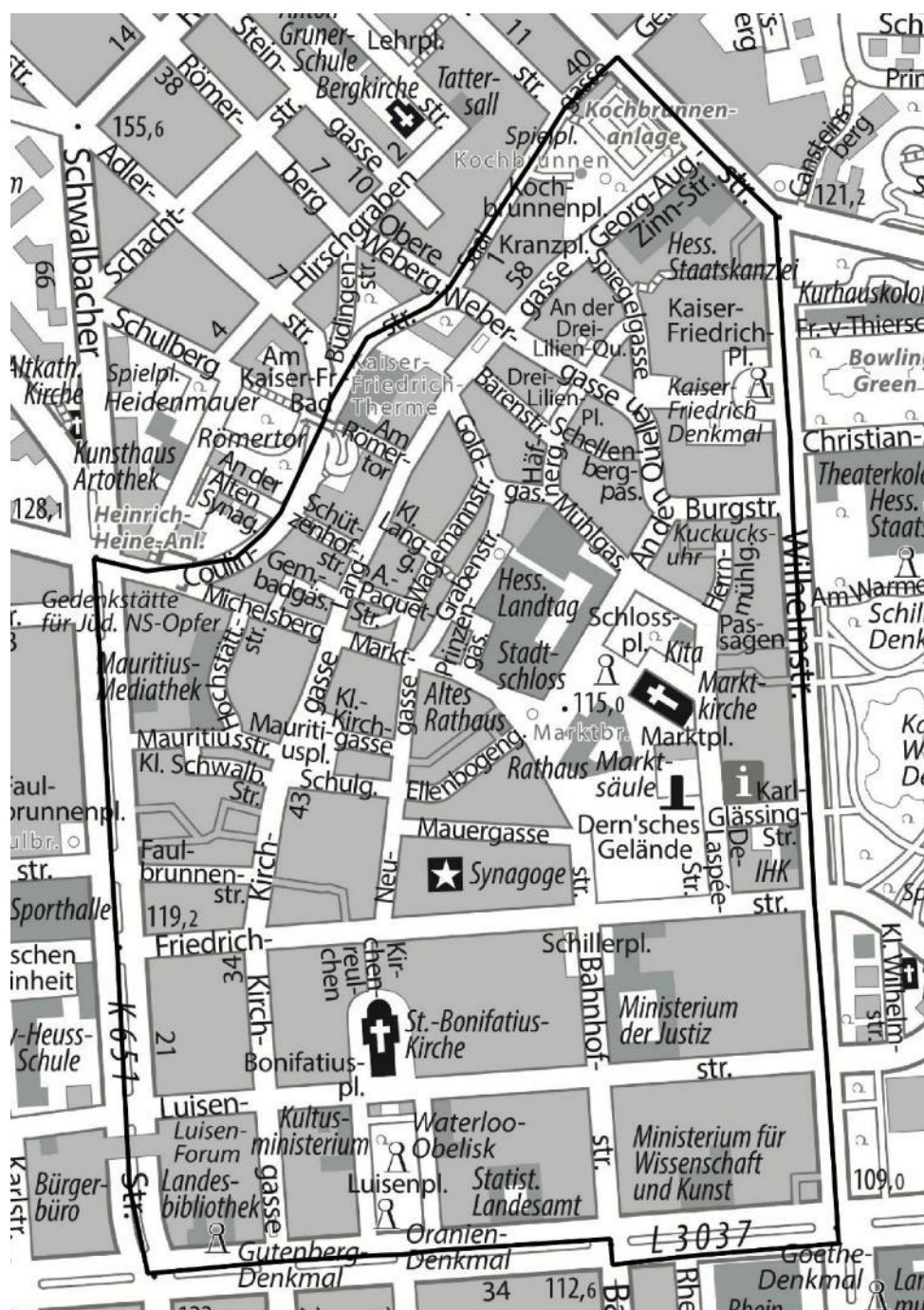
In einigen Fällen scheinen Werte bezogen auf die prozentualen Veränderungen der Dynamikindikatoren 2011 zu 2016 falsch berechnet. Es handelt sich hierbei um Rundungsdifferenzen. Die Berechnungen basieren auf Werten mit mehreren Nachkommastellen. Aus Gründen der Lesbarkeit werden jedoch nur Werte mit einer Nachkommastelle veröffentlicht.

Die prozentuale Veränderung im Indikator „prekäre Wohnraumversorgung“ bezieht sich auf die Veränderung des Versorgungsmaßes (Verhältnis der im Stadtteil tatsächlich zur Verfügung stehenden Wohnfläche in Relation zur Zahl und Struktur der Haushalte im Stadtteil, vgl. 3.2.2.1 und nicht auf die Veränderung der qm Zahl, diese wurde aus Gründen der Verständlichkeit angegeben. Eine Veränderung im „Plus“ stellt somit eine Verbesserung der Wohnraumversorgung, während die Veränderung im „Minus“ eine Verschlechterung der Wohnraumversorgung beschreibt.

Bei allen anderen Indikatoren bedeutet eine Veränderung im „Plus“ eine Zunahme und eine Veränderung im „Minus“ eine Abnahme der Belastungswerte, also der sozialen Risikolage.

8.1 Zentrum

Abbildung 35: Karte Zentrum



Quelle: Vermessungsamt Wiesbaden

Grundsatz und Planung

Stadtteilstruktur

Der Stadtteil „Zentrum“, Teil des historischen Fünfecks und des alten Stadtkerns, ist ein innerstädtisches Geschäfts- und Wohngebiet mit hohem Altbaubestand. Hier befinden sich die Fußgängerzone, Rathaus, Stadtschloss mit Hessischem Landtag, Staatskanzlei und das alte Bädergebiet.

Es ist ein Wohngebiet mit eher niedrigen und mittleren Mieten und einer hohen Mobilitätsrate. Die Bevölkerungsstruktur weist einen deutlich unterdurchschnittlichen Anteil an Familien, Kindern und Jugendlichen und deutlich unterdurchschnittlichen Haushaltsgrößen auf. Auch der Altersmedian und der Anteil alter Menschen liegen unter dem städtischen Durchschnitt.

Tabelle 21: Zentrum - Bevölkerungsstruktur

31.12.2017	Zahl	Anteil	Wiesbaden
Altersmedian (Jahre)	37	-	42
Kinder und Jugendliche (0 bis 17 Jahre)	477	12,1%	17,0%
Alte Menschen (über 65 Jahre)	516	13,1%	19,5%
Durchschnittliche Haushaltsgröße	1,60	-	1,95
Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren	287	11,7%	20,1%

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung

Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren; eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Entwicklung der Eckwerte

Tabelle 22: Zentrum - Eckwerte 2011 - 2017

	2011	2017	Differenz absolut	Differenz in %
Einwohner	3.521	3.937	+416	+11,8%
Haushalte	2.258	2.463	+205	+9,1%
Wohnungen* (2012)	2.295	2.401	+106	+4,6%
Mobilitätsziffer	46,6%	49,1%	-	+5,4%

*Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung,

Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren, eigene Berechnungen

Grundsatz und Planung



Die Zahl der Einwohner und Haushalte hat deutlich zugenommen. Die Mobilitätsziffer liegt erheblich über dem städtischen Durchschnitt. Dies erklärt sich durch eine junge Bevölkerung, den geringen Anteil an Familien und alten Menschen. Das Zentrum ist aufgrund seiner innerstädtischen Lage ein beliebter Wohnort für mobile, junge Bevölkerungsgruppen.

Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2016 (Basis alle Indikatoren)

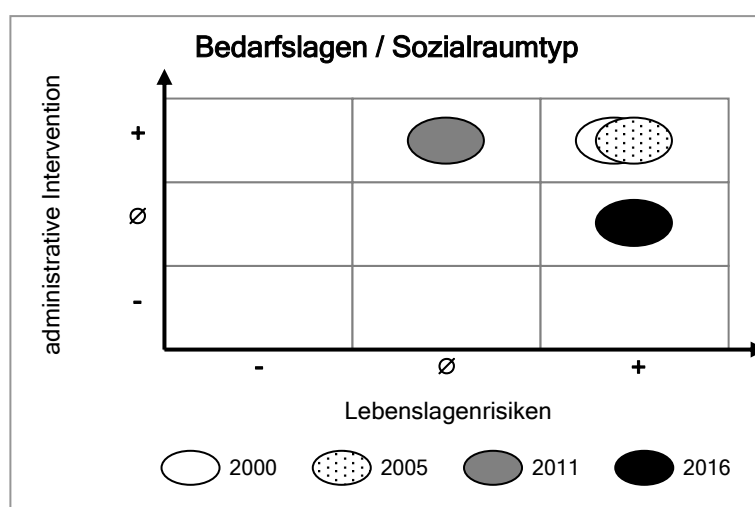
Das Zentrum ist ein Stadtteil mit hohen sozialen Bedarfslagen.

Bis 2011 war das Ausmaß der administrativen Intervention hoch. 2016 liegt diese im mittleren Bereich. In den Jahren 2000, 2003, 2005 und 2016 war der Anteil der riskanten Lebenslagen

ebenfalls hoch; 2011 lag das Lebenslagenrisiko - wenn auch sehr knapp - im mittleren Bereich. Da sich das Indikatorenset zur Bestimmung der riskanten Lebenslagen in 2011 und 2016 jeweils verändert hat, können die Veränderungen in der Kategorisierung auch auf die Veränderung des Indikatorensets zurück zu führen sein. Eine fundierte Aussage zu tatsächlichen Veränderungen kann nur über die Betrachtung der Entwicklung der Dynamikindikatoren getroffen werden.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt das Zentrum auf Rang 7 (2011: Rang 9) von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.

Abbildung 36: Zentrum - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016



Quelle: Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Entwicklung der Dynamikindikatoren

Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Die Existenzsicherungsquote ist - gegenläufig zur gesamtstädtischen Entwicklung - leicht gesunken und liegt nur noch knapp über der Kategorisierung „durchschnittlich“. Die Anzahl der Menschen mit existenzsichernden Leistungen ist jedoch etwas angestiegen.

Auch der Anteil der Kinder unter 15 Jahren im SGB II-Bezug ist stärker als im städtischen Durchschnitt zurückgegangen. Er liegt immer noch erheblich über dem Durchschnitt der Gesamtstadt. Die Anzahl der betroffenen Kinder ist leicht gestiegen.

Die Arbeitslosigkeitsquote ist gegenläufig zur gesamtstädtischen Entwicklung deutlich gesunken, liegt aber, wenn auch knapp, weiterhin im Bereich der hohen Bedarfslagen.

Tabelle 23: Zentrum -

Entwicklung Dynamikindikatoren 2005, 2011 - 2016 - überproportionale Abweichungen grau schattiert

	2005	2011	2016	Ver- änderung 2011-2016	WI 2011	WI 2016	Ver- änderung
Administrative Intervention							
Existenzsicherungsquote	18,2%	18,7%	18,4%	-1,6%	12,4%	12,9%	+4,0%
Kinderarmutsquote	38,7%	42,7%	41,1%	-3,7%	23,2%	22,9%	-1,3%
Arbeitslosigkeitsquote	11,4%	7,9%	7,6%	-4,2%	5,4%	5,8%	+7,4%
Risikante Lebenslagen							
Nicht-EU-Staatsangehörige	20,3%	16,7%	20,4%	+21,9%	10,0%	11,1%	+11,0%
Alleinerziehendenquote	32,3%	34,7%	33,9%	-2,3%	23,9%	23,1%	-3,3%
Quote große Familien	13,7%	10,7%	11,6%	+8,8%	11,0%	11,5%	+4,5%
prekäre Wohnraumversorgung (2012)*	+11,1qm	+16,3qm	+16,4qm	0,0%**	+20,3qm	+19,9qm	-0,1%

* Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

** Die Berechnung der Veränderung bezieht sich nicht auf die qm-Angaben, sondern auf das Versorgungsmaß (Verhältnis IST-SOLL)

Quelle: Hess. Statistisches Landesamt, Amt für Statistik und Stadtforschung, Amt für Soziale Arbeit

Bautätigkeitsstatistik, Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren;
Geschäftsstatistik SGB II und XII, eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

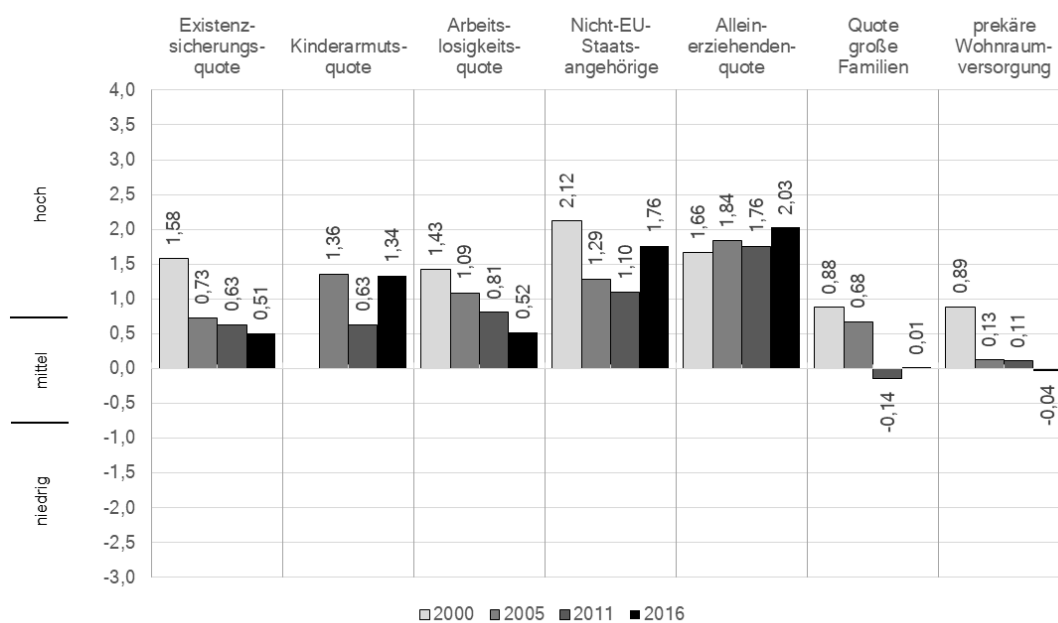
Der Anteil - und auch die Anzahl - der Personen mit Nicht-EU-Staatsangehörigkeit sind seit 2011 erheblich gestiegen, deutlich stärker als in der Gesamtstadt. Der Anteil liegt, wie auch bereits 2011, deutlich im hohen Bereich. Auffallend ist, dass Personen mit kuwaitischer Staatsangehörigkeit die drittstärkste ausländische Nationalitätengruppe im Zentrum sind. Der Anteil der großen Familien ist stärker als im Stadtdurchschnitt gestiegen, dies relativiert sich jedoch durch die geringe Fallzahl (Zunahme um fünf Familien auf insgesamt 34 Familien). Der Anteil der Alleinerziehenden ist analog der gesamtstädtischen Entwicklung gesunken, liegt aber immer noch im hohen Anteilsbereich.

Bezüglich der Versorgung mit ausreichendem Wohnraum haben sich keine Veränderungen ergeben; die Werte verbleiben im mittleren Bereich.

Gesamtbewertung

Das Zentrum ist nach wie vor ein Stadtteil mit hohen sozialen Bedarfslagen. Wie auch in der Sozialraumanalyse 2014 wird der Stadtteil in die Kategorie „stabile Entwicklungstendenzen“ eingeordnet.

Abbildung 37: Zentrum - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016



Quelle: Eigene Darstellung



Grundsatz und Planung

Abbildung 38: Werte Statusindikatoren - Zentrum

Indikator *	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
Administrative Intervention		0,31	
Existenzsicherungsquote	18,4%	0,51	12,9%
Arbeitslosigkeitsquote	7,6%	0,52	5,8%
Quote Hilfen zur Erziehung	5,2%	0,42	4,3%
Anteil sozialer Wohnungsbau	5,4%	-0,22	6,0%
Lebenslagenrisiko		1,09	
Prekäre Einkommenslage			
Wohngeldquote	1,0%	-0,70	1,5%
Anteil sv-pflichtig Beschäftigter mit SGB II-Leistungen	2,5%	0,04	2,2%
Quote Langzeitbezug Transferleistungen	7,2%	-0,02	6,6%
Wohnen			
prekäre Wohnraumversorgung	16,4 qm	-0,04	19,9 qm
Risiko geringe Wohneigentumsquote	97,4%	1,47	76,3%
Anteil Räumungsklagen und Zwangsräumungen	2,7%	1,41	1,4%
Bildungsrisiken			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II-Leistungen	59,5%	-0,65	65,7%
Quote Unzureichende Kompetenzen für den Schulstart	56,8%	2,29	22,1%
Quote Schulbesuch ohne Hochschulreifeoption	65,1%	1,45	45,7%
Herkunftsbenachteiligung			
Kinderarmutsquote	41,1%	1,34	22,9%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	25,0%	3,06	8,5%
Anteil langzeitarmer Kinder	32,0%	1,60	15,2%
Anteil neu zugewanderter Kinder	10,6%	1,90	4,8%
Familien mit Risiken			
Alleinerziehendenquote	33,9%	2,03	23,1%
Quote große Familien	11,6%	0,01	11,5%
Alte Menschen mit Risiken			
Anteil allein lebender alter Menschen	62,6%	1,59	49,1%
Quote Altersarmut	16,9%	1,21	7,2%
Risiken soz. Einbindung + Integration			
Quote Wohndauer unter 10 Jahren	73,1%	1,66	56,7%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	20,4%	1,76	11,1%
Anteil Neuzugewanderte	8,8%	2,58	3,6%
Anteil ausl. Bevölkerung mit unsicherem Aufenthaltsstatus	12,9%	2,58	5,3%
Gesundheitliche Risiken			
Rate Vorzeitige Sterblichkeit	1,5	-0,71	1,8
Anteil übergewichtiger Kinder bei Schulbeginn	15,5%	1,23	11,0%
Politische Teilhabe			
Anteil Erwachsene ohne Teilhabe an Wahl	59,0%	1,27	42,0%
<i>nachrichtlich:</i>			
Anteil Nicht-Wahlberechtigte Bundestagswahl 2017	39,0%	1,84	21,4%
Quote Nicht-Wahlbeteiligung Bundestagswahl 2017	32,8%	0,55	26,2%

* ausführliche Beschreibung der Indikatoren Kapitel 3

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

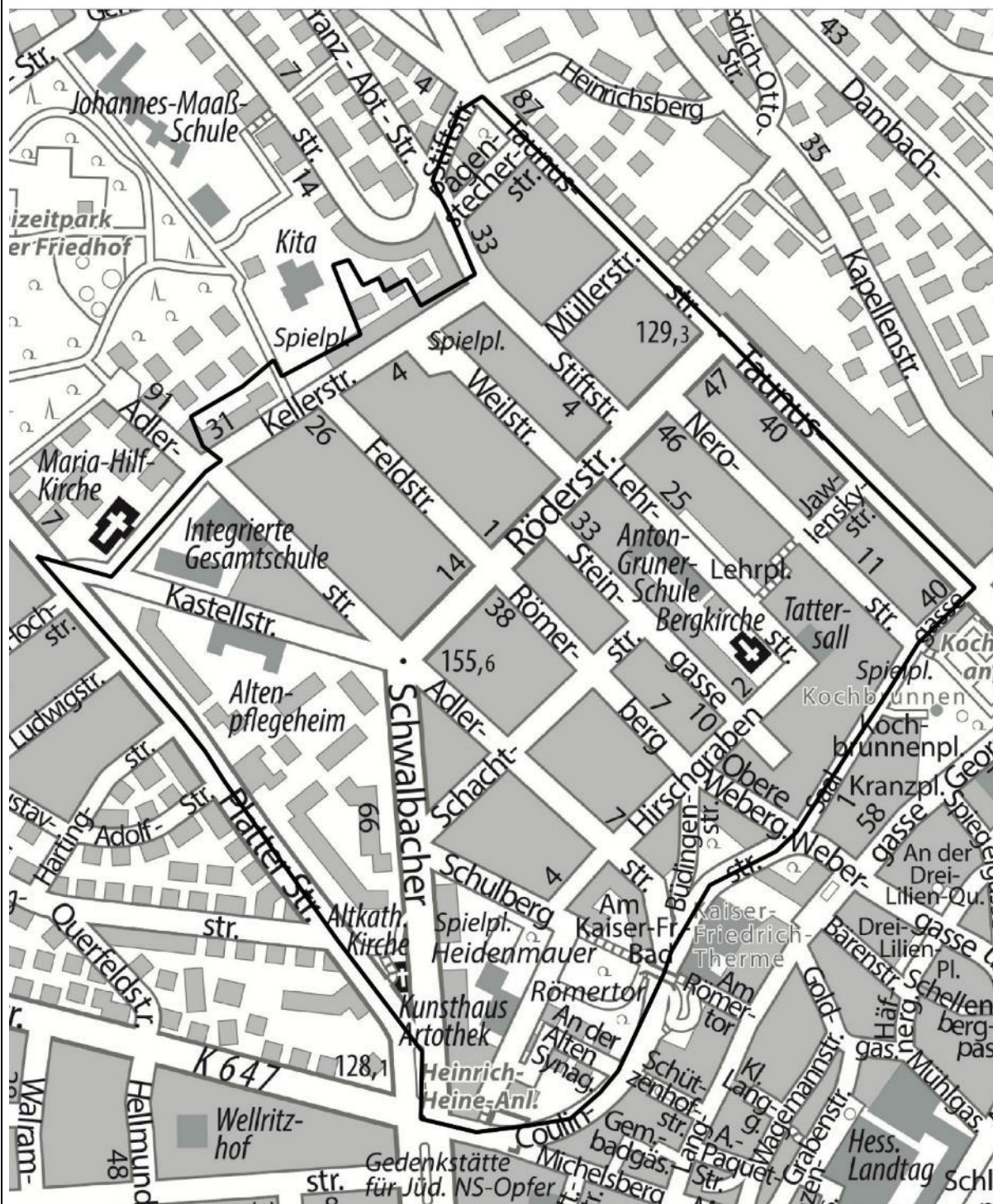
> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

Quelle: Datenquellen der Indikatoren s. Kapitel 3
Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung

8.2 Bergkirchenviertel

Abbildung 39: Karte Bergkirchenviertel



Quelle: Vermessungsamt

Grundsatz und Planung

Bergkirchenviertel

Stadtteilstruktur

Das Bergkirchenviertel ist ein innerstädtisches Wohngebiet im alten Stadtkern und ein historisch gewachsenes Wohngebiet für „kleine Leute“. Neben dem Altbaubestand finden sich in diesem Stadtteil zahlreiche Neubauten mit Sozialwohnungen, die im Prozess der umfassenden Stadtsanierung dieses Viertels entstanden sind.

Die Bevölkerungsstruktur des Bergkirchenviertels ist gekennzeichnet durch eine junge Bevölkerung. Der Anteil alter Menschen liegt deutlich unter dem Stadtdurchschnitt. Der Anteil an Kindern und Jugendlichen und der Anteil der Haushalte mit Kindern sind knapp unterdurchschnittlich. Die Haushaltsgröße liegt deutlich unter dem Wiesbadener Durchschnitt. Somit zeigt sich der Stadtteil als ein typisches innerstädtisches Wohngebiet, das durch Bevölkerungsgruppen im erwerbsfähigen Alter in 1 bis 2-Personenhaushalten geprägt ist.

Tabelle 24: Bergkirchenviertel - Bevölkerungsstruktur

31.12.2017	Zahl	Anteil	Wiesbaden
Altersmedian (Jahre)	38	-	42
Kinder und Jugendliche (0 bis 17 Jahre)	1.133	16,7%	17,0%
Alte Menschen (über 65 Jahre)	894	13,2%	19,5%
Durchschnittliche Haushaltsgröße	1,74	-	1,95
Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren	703	18,2%	20,1%

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung

Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren; eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Zwischen 2011 und 2017 gab es, wie nachstehende Tabelle zeigt, nur sehr geringfügige Veränderungen.

Tabelle 25: Bergkirchenviertel - Eckwerte 2011 - 2017

	2011	2017	Differenz absolut	Differenz in %
Einwohner	6.670	6.779	+93	+1,4%
Haushalte	3.757	3.858	+93	+2,5%
Wohnungen* (2012)	3.632	3.625	-7	-0,2%
Mobilitätsziffer	27,8%	27,2%	-	-2,2%

*Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung,

Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren, eigene Berechnungen

Grundsatz und Planung



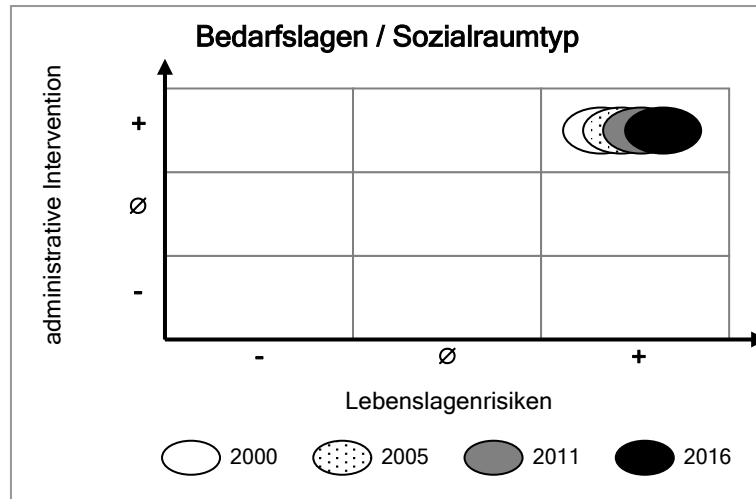
Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2011 (Basis alle Indikatoren)

Das Bergkirchenviertel zählt dauerhaft zu den Stadtteilen mit hohen sozialen Bedarfslagen.

Sowohl das Ausmaß der administrativen Intervention als auch das Lebenslagenrisiko liegen kontinuierlich im hohen Bereich.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt das Bergkirchenviertel auf Rang 2 (2011: Rang 3) von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.

Abbildung 40: Bergkirchenviertel Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016



Quelle: Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Seit 2000 liegen die sowohl die Indikatoren in der Dimension „administrative Intervention“ als auch in der Dimension „riskante Lebenslagen“ im Bereich der hohen sozialen Bedarfslage.

Entwicklung der Dynamikindikatoren

Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

In dieser Indikatorengruppe bleiben die Werte nach wie vor im sehr hohen Bereich und liegen weiterhin erheblich über dem städtischen Durchschnitt. Die Existenzsicherungsquote ist etwas stärker gesamtstädtisch angestiegen.

Die Quote der Kinder, die Leistungen gemäß SGB II beziehen, ist leicht angestiegen, wohingegen sie gesamtstädtisch leicht gesunken ist. Jedoch hat sich die absolute Zahl der armen Kinder nur leicht um acht betroffene Kinder erhöht.

Die Quote der Arbeitslosen im Bezug von Leistungen gemäß SGB II und III ist deutlich stärker als in der gesamtstädtischen Entwicklung gestiegen. Die Entwicklung von 2005 bis 2011 (deutliche Verbesserung) hat sich somit nicht fortgesetzt.

Tabelle 26: Bergkirchenviertel -

Entwicklung Dynamikindikatoren 2005, 2011 - 2016 - überproportionale Abweichungen grau schattiert

	2005	2011	2016	Ver- änderung 2011-2016	WI 2011	WI 2016	Ver- änderung
Administrative Intervention							
Existenzsicherungsquote	25,2%	26,1%	27,8%	+6,5%	12,4%	12,9%	+4,0%
Kinderarmutsquote	41,3%	41,4%	43,2%	+4,3%	23,2%	22,9%	-1,3%
Arbeitslosigkeitsquote	14,8%	9,8%	11,0%	+12,2%	5,4%	5,8%	+7,4%
Riskante Lebenslagen							
Nicht-EU-Staatsangehörige	25,5%	20,7%	19,5%	-5,7%	10,0%	11,1%	+11,0%
Alleinerziehendenquote	35,4%	36,6%	37,7%	+2,9%	23,9%	23,1%	-3,3%
Quote große Familien	13,5%	11,2%	10,6%	-5,5%	11,0%	11,5%	+4,5%
prekäre Wohnraumversorgung (2012)*	-3,6qm	+4,3qm	+4,3qm	0,0%**	+20,3qm	+19,9qm	-0,1%

* Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

** Die Berechnung der Veränderung bezieht sich nicht auf die qm-Angaben, sondern auf das Versorgungsmaß (Verhältnis IST-SOLL)

Quelle: Hess. Statistisches Landesamt, Amt für Statistik und Stadtforschung, Amt für Soziale Arbeit

Bautätigkeitsstatistik, Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren; Geschäftsstatistik SGB II und XII, eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Auch in dieser Kategorie liegen alle Werte der Indikatoren, außer den „großen Familien“, im Bereich der hohen Bedarfslage.

Bezüglich des Anteils der Menschen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit hat sich - Rückgang des Anteils an der Bevölkerung - keine Veränderung der hohen Bedarfslage ergeben. Der Wert liegt immer noch deutlich über dem gesamtstädtischen Durchschnitt. Hier konnte die Entwicklungstendenz von 2005 zu 2011 fortgesetzt werden.

Der Anteil der Alleinerziehendenhaushalte an allen Haushalten mit Kindern ist gegenläufig zur gesamtstädtischen Entwicklung leicht gestiegen.

Der Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern hat sich leicht verringert, während er in der Gesamtstadt gestiegen ist. Der Anteil liegt im städtischen Durchschnitt.

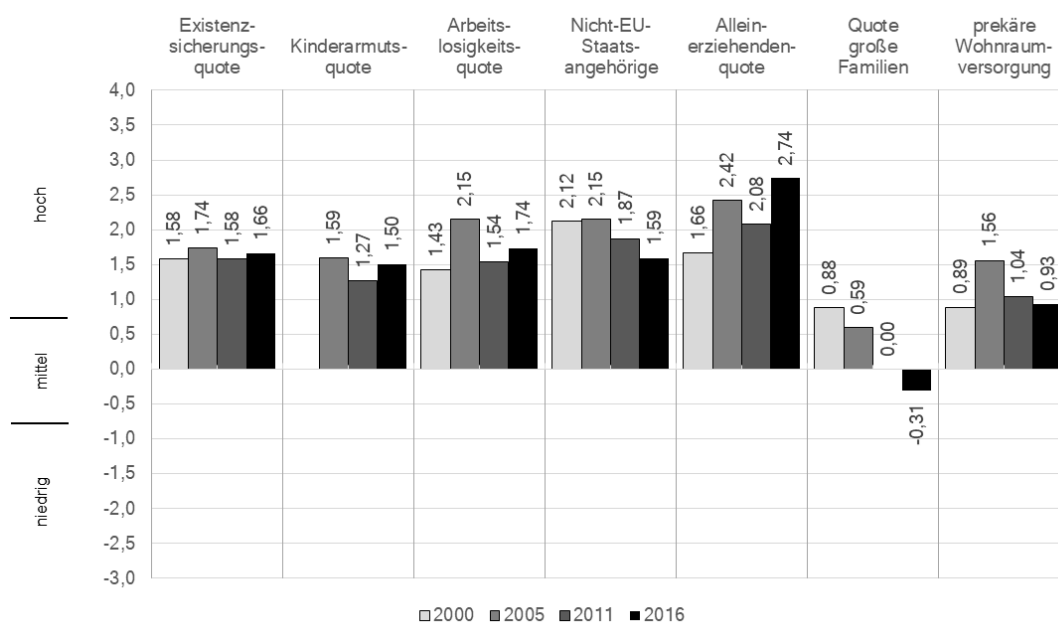
Bei allen Indikatoren, die Kinder und Jugendliche betreffen, fallen prozentuale Änderungen, aufgrund des leicht unterdurchschnittlichen Bevölkerungsanteils, in den absoluten Zahlen relativ gering aus.

Die Versorgung mit ausreichender Wohnfläche hat sich nicht verändert und ist nach wie vor deutlich schlechter als im städtischen Durchschnitt.

Gesamtbewertung

Das „Bergkirchenviertel“ ist ein Stadtteil mit konstant hohen Bedarfslagen in allen Bereichen. Im Zeitverlauf ist zu beobachten, dass sich - im Vergleich der Stadtteile untereinander - im Zeitraum 2003 bis 2005 eine deutliche Verschärfung der Problemlagen ergab. Diese Tendenz hat sich im Zeitraum bis 2011 nicht weiter fortgesetzt, sondern sogar wieder in die gegenläufige Richtung entwickelt. Jedoch hielt diese Entwicklung nicht in allen Dynamikindikatoren an, sondern zeigte bei einigen Indikatoren wieder eine Verschärfung der Belastungslagen. Der Stadtteil wird der Kategorie „stabile Entwicklungstendenzen“ zugeordnet.

Abbildung 41: Bergkirchenviertel - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016



Quelle: Eigene Darstellung



Grundsatz und Planung

Abbildung 42: Werte Statusindikatoren - Bergkirchenviertel

Indikator *	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
Administrative Intervention		1,82	
Existenzsicherungsquote	27,8%	1,66	12,9%
Arbeitslosigkeitsquote	11,0%	1,74	5,8%
Quote Hilfen zur Erziehung	6,5%	1,32	4,3%
Anteil sozialer Wohnungsbau	32,2%	2,55	6,0%
Lebenslagenrisiko		1,11	
Prekäre Einkommenslage			
Wohngeldquote	2,2%	0,67	1,5%
Anteil sv-pflichtig Beschäftigter mit SGB II-Leistungen	4,7%	1,48	2,2%
Quote Langzeitbezug Transferleistungen	14,1%	1,59	6,6%
Wohnen			
prekäre Wohnraumversorgung	4,4 qm	0,93	19,9 qm
Risiko geringe Wohneigentumsquote	94,9%	1,29	76,3%
Anteil Räumungsklagen und Zwangsräumungen	1,8%	0,38	1,4%
Bildungsrisiken			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II-Leistungen	64,5%	0,09	65,7%
Quote Unzureichende Kompetenzen für den Schulstart	37,9%	0,99	22,1%
Quote Schulbesuch ohne Hochschulreifeoption	66,7%	1,59	45,7%
Herkunftsbenachteiligung			
Kinderarmutsquote	43,2%	1,50	22,9%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	12,9%	0,79	8,5%
Anteil langzeitarmer Kinder	29,9%	1,38	15,2%
Anteil neu zugewandelter Kinder	5,9%	0,38	4,8%
Familien mit Risiken			
Alleinerziehendenquote	37,7%	2,74	23,1%
Quote große Familien	10,6%	-0,31	11,5%
Alte Menschen mit Risiken			
Anteil allein lebender alter Menschen	53,6%	0,48	49,1%
Quote Altersarmut	22,8%	2,12	7,2%
Risiken soz. Einbindung + Integration			
Quote Wohndauer unter 10 Jahren	62,0%	0,56	56,7%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	19,5%	1,59	11,1%
Anteil Neuzugewanderte	4,1%	0,28	3,6%
Anteil ausl. Bevölkerung mit unsicherem Aufenthaltstatus	8,0%	0,86	5,3%
Gesundheitliche Risiken			
Rate Vorzeitige Sterblichkeit	2,8	2,05	1,8
Anteil übergewichtiger Kinder bei Schulbeginn	13,9%	0,80	11,0%
Politische Teilhabe			
Anteil Erwachsene ohne Teilhabe an Wahl	58,1%	1,19	42,0%
<i>nachrichtlich:</i>			
Anteil Nicht-Wahlberechtigte Bundestagswahl 2017	34,8%	1,36	21,4%
Quote Nicht-Wahlbeteiligung Bundestagswahl 2017	35,7%	0,93	26,2%

* ausführliche Beschreibung der Indikatoren Kapitel 3

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

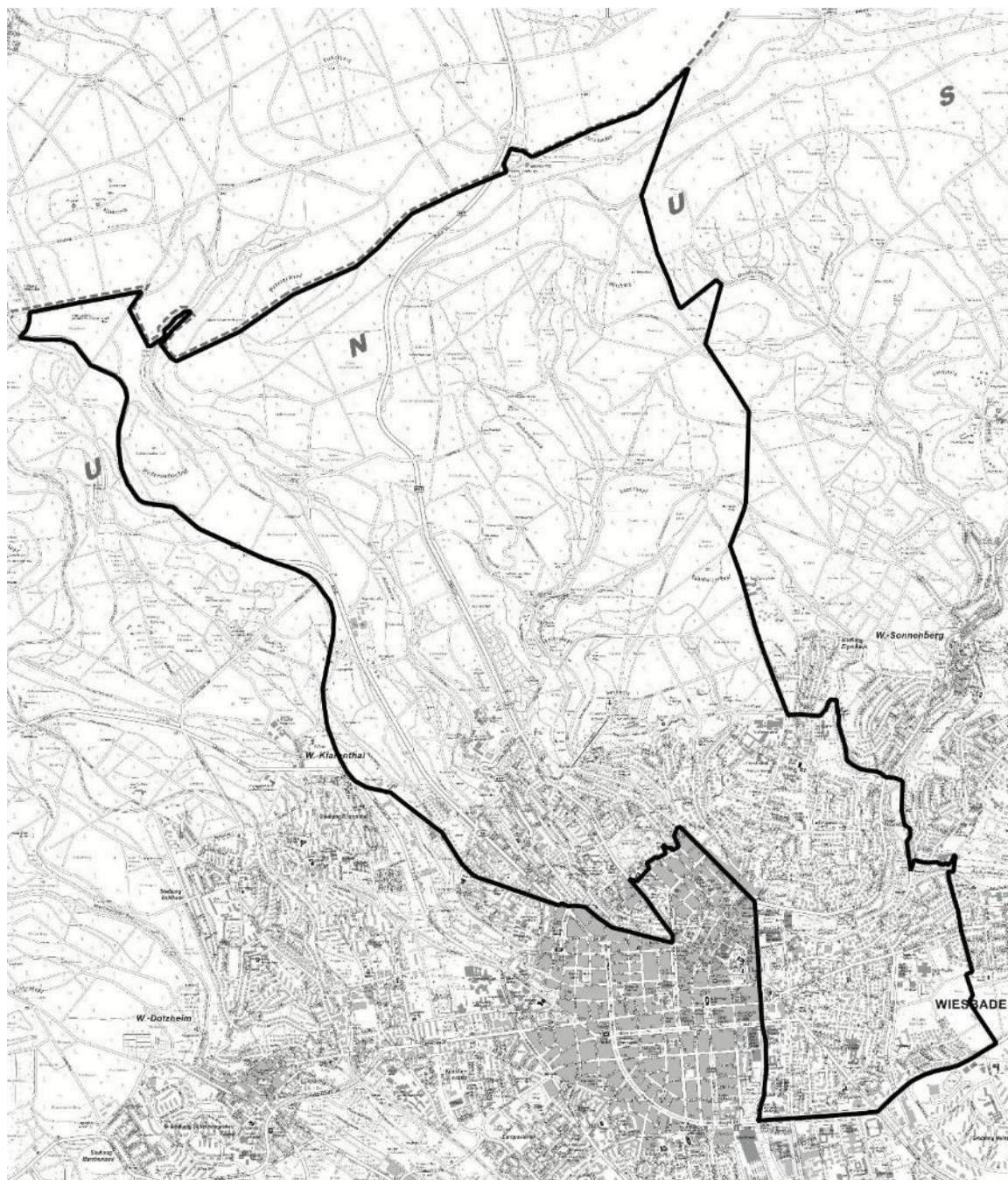
> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

Quelle: Datenquellen der Indikatoren s. Kapitel 3
Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung

8.3 City-Ost, Nord-Ost

Abbildung 43: Karte City-Ost, Nord-Ost



Quelle: Vermessungsamt

Grundsatz und Planung

City Ost, Nord-Ost

Im flächenmäßig großen und bevölkerungsreichen Stadtteil „City Ost, Nord-Ost“ sind die innenstadtnahen, bürgerlichen bzw. großbürgerlichen Wohngebiete zusammengefasst. Dieses Gebiet umfasst den alten Villengürtel, der sich nördlich und östlich des Stadtkerns erstreckt, die dort erfolgten Nachverdichtungen sowie neuere innenstadtnahe Villengebiete.

Tabelle 27: City-Ost, Nord-Ost - Bevölkerungsstruktur

31.12.2017	Zahl	Anteil	Wiesbaden
Altersmedian (Jahre)	48	-	42
Kinder und Jugendliche (0 bis 17 Jahre)	4.141	14,5%	17,0%
Alte Menschen (über 65 Jahre)	7.419	26,0%	19,5%
Durchschnittliche Haushaltsgröße	1,81	-	1,95
Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren	2.549	16,8%	20,1%

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung

Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren; eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Die Bevölkerungsstruktur im Stadtteil weist einen überdurchschnittlichen Anteil alter Menschen und somit einen höheren Altersmedian im Vergleich zur Gesamtstadt auf. Der Anteil von Kindern und Jugendlichen sowie der Anteil der Haushalte mit Kindern sind deutlich unterdurchschnittlich.

Tabelle 28: City-Ost, Nord-Ost - Eckwerte 2011 - 2017

	2011	2017	Differenz absolut	Differenz in %
Einwohner	27.338	28.538	+1.200	+4,4%
Haushalte	14.831	15.141	+310	+2,1%
Wohnungen* (2012)	15.257	15.595	+338	+2,2%
Mobilitätsziffer	21,4%	23,7%	-	+10,7%

*Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung,

Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren, eigene Berechnungen

Grundsatz und Planung



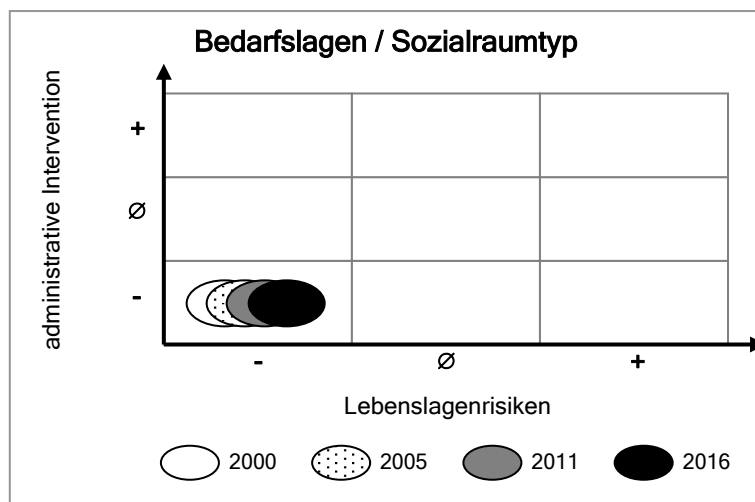
Zwischen 2011 und 2017 ist die Zahl der Einwohner gestiegen. Die Mobilitätsziffer ist zwar gestiegen liegt aber im oberen durchschnittlichen Bereich. Ursächlich sowohl für den Bevölkerungszuwachs als auch den Anstieg der Mobilitätsziffer dürfte zum einen die Neubebauung des Gebietes um die Dantestraße und zum anderen zwei große Unterkünfte für Geflüchtete (die Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Hessen im American Arms Hotel, die im März 2017 geschlossen wurde und die kommunale GU für Geflüchtete in der Hans-Bredow-Straße) sein.

Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2016 (Basis alle Indikatoren)

Der Stadtteil „City-Ost, Nord-Ost“ ist ein Stadtteil mit konstant niedrigen sozialen Bedarfslagen. Sowohl das Ausmaß der administrativen Intervention, als auch das Ausmaß riskanter Lebenslagen liegen kontinuierlich im niedrigen Bereich.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „City Ost, Nord-Ost“ auf Rang 29 (2011: Rang 30) von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.

Abbildung 44: City-Ost, Nordost - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016



Quelle: Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Dynamikindikatoren: Veränderungen 2016 zu 2011

Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Die Werte in allen drei Indikatoren lagen 2011 wie auch 2016 im deutlich niedrigen Bereich und waren somit erheblich besser als der Stadtdurchschnitt. Die Veränderungen fallen bezogen auf die Anteile der betroffenen Bevölkerung und auch im Vergleich zum Mittelwert der Stadt und der Stadtteile untereinander, sehr gering aus.

Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Die Versorgung mit Wohnfläche ist nach wie vor sehr gut und hat sich gegenüber 2011 nicht verändert.

Der Anteil und die Anzahl der Menschen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit sind gegenüber 2011 sehr stark angestiegen. Auch im Vergleich zur gesamtstädtischen Entwicklung ist der Anteil überproportional gestiegen. Dies liegt darin begründet, dass im Stadtteil in 2016 eine - mittlerweile geschlossene - Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete des Landes Hessen im American Arms Hotel eingerichtet war und weiterhin eine große kommunale GU für Geflüchtete in der Hans-Bredow-Straße existiert. Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Wert noch unter dem städtischen Durchschnitt und im unteren mittleren Bedarfslagenbereich. In 2017 sind sowohl die Anzahl der Personen mit Nicht-EU-Staatsangehörigkeit als auch deren Anteil an der Bevölkerung (2017: 8,3 %) wieder gesunken.

Bezogen auf den Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern ist ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Der Wert liegt nun im Bereich der niedrigen Bedarfslage.

Der Anteil an Alleinerziehendenhaushalten ist - im Gegensatz zur gesamtstädtischen Entwicklung - leicht gestiegen, liegt aber nach wie vor stabil im unteren mittleren Bereich.

Tabelle 29: City-Ost, Nord-Ost -

Entwicklung Dynamikindikatoren 2005, 2011 - 2016- überproportionale Abweichungen grau schattiert

	2005	2011	2016	Ver- änderung 2011-2016	WI 2011	WI 2016	Ver- änderung
Administrative Intervention							
Existenzsicherungsquote	5,6%	5,9%	5,8%	-1,7%	12,4%	12,9%	+4,0%
Kinderarmutsquote	10,9%	9,8%	9,1%	-7,2%	23,2%	22,9%	-1,3%
Arbeitslosigkeitsquote	4,7%	3,2%	3,8%	+17,8%	5,4%	5,8%	+7,4%
Riskante Lebenslagen							
Nicht-EU-Staatsangehörige	7,3%	6,2%	9,8%	+57,7%	10,0%	11,1%	+11,0%
Alleinerziehendenquote	22,5%	21,5%	21,6%	+0,3%	23,9%	23,1%	-3,3%
Quote große Familien	9,0%	9,6%	9,3%	-2,7%	11,0%	11,5%	+4,5%
prekäre Wohnraumversorgung (2012)*	+28,6qm	37,7qm	37,7qm	+0,1%**	+20,3qm	+19,9qm	-0,1%

* Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

** Die Berechnung der Veränderung bezieht sich nicht auf die qm-Angaben, sondern auf das Versorgungsmaß (Verhältnis IST-SOLL)

Quelle: Hess. Statistisches Landesamt, Amt für Statistik und Stadtforschung, Amt für Soziale Arbeit

Bautätigkeitsstatistik, Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren;
Geschäftsstatistik SGB II und XII, eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



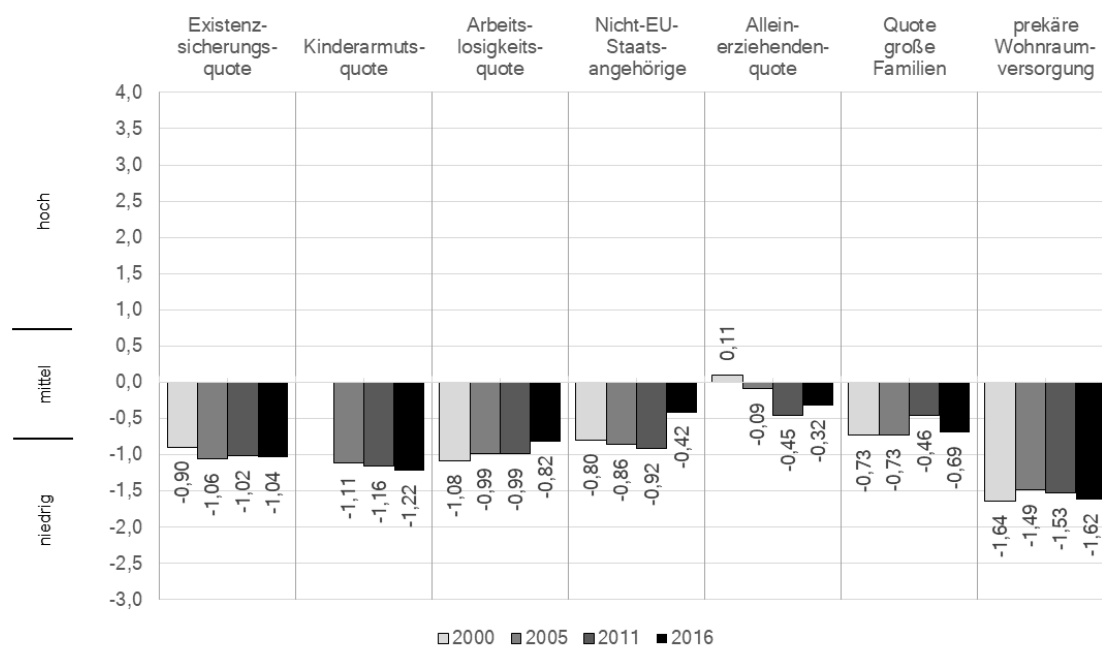
Gesamtbewertung

Trotz des deutlichen Anstiegs im Indikator „Nicht-EU-Staatsangehörige“ ist der Stadtteil durchweg als Stadtteil mit niedrigen sozialen Bedarfslagen zu bezeichnen.

Im Beobachtungszeitraum zeigten sich erneut stabil niedrige Bedarfslagen ohne nennenswerte Veränderungen.

Der Stadtteil wird der Kategorie „stabile Entwicklungstendenzen“ zugeordnet.

Abbildung 45: City-Ost, Nordost - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016



Quelle: Eigene Darstellung



Grundsatz und Planung

Abbildung 46: Werte Statusindikatoren - City-Ost, Nord-Ost

Indikator *	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
Administrative Intervention		-1,10	
Existenzsicherungsquote	5,8%	-1,04	12,9%
Arbeitslosigkeitsquote	3,8%	-0,82	5,8%
Quote Hilfen zur Erziehung	1,7%	-1,85	4,3%
Anteil sozialer Wohnungsbau	0,8%	-0,70	6,0%
Lebenslagenrisiko		-0,61	
Prekäre Einkommenslage			
Wohngeldquote	1,3%	-0,37	1,5%
Anteil sv-pflichtig Beschäftigter mit SGB II-Leistungen	0,9%	-1,03	2,2%
Quote Langzeitbezug Transferleistungen	3,1%	-0,97	6,6%
Wohnen			
prekäre Wohnraumversorgung	37,7 qm	-1,62	19,9 qm
Risiko geringe Wohneigentumsquote	71,6%	-0,33	76,3%
Anteil Räumungsklagen und Zwangsräumungen	0,8%	-0,77	1,4%
Bildungsrisiken			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II-Leistungen	56,4%	-1,11	65,7%
Quote Unzureichende Kompetenzen für den Schulstart	12,8%	-0,73	22,1%
Quote Schulbesuch ohne Hochschulreifeoption	27,7%	-1,74	45,7%
Herkunftsbenachteiligung			
Kinderarmutsquote	9,1%	-1,22	22,9%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	4,1%	-0,87	8,5%
Anteil langzeitarmer Kinder	5,8%	-1,14	15,2%
Anteil neu zugewanderter Kinder	6,7%	0,62	4,8%
Familien mit Risiken			
Alleinerziehendenquote	21,6%	-0,32	23,1%
Quote große Familien	9,3%	-0,69	11,5%
Alte Menschen mit Risiken			
Anteil allein lebender alter Menschen	56,2%	0,80	49,1%
Quote Altersarmut	3,8%	-0,82	7,2%
Risiken soz. Einbindung + Integration			
Quote Wohndauer unter 10 Jahren	60,9%	0,45	56,7%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	9,8%	-0,42	11,1%
Anteil Neuzugewanderte	5,3%	0,88	3,6%
Anteil ausl. Bevölkerung mit unsicherem Aufenthaltstatus	4,5%	-0,38	5,3%
Gesundheitliche Risiken			
Rate Vorzeitige Sterblichkeit	1,7	-0,28	1,8
Anteil übergewichtiger Kinder bei Schulbeginn	8,3%	-0,72	11,0%
Politische Teilhabe			
Anteil Erwachsene ohne Teilhabe an Wahl	32,1%	-1,04	42,0%
<i>nachrichtlich:</i>			
Anteil Nicht-Wahlberechtigte Bundestagswahl 2017	15,9%	-0,79	21,4%
Quote Nicht-Wahlbeteiligung Bundestagswahl 2017	19,3%	-1,18	26,2%

* ausführliche Beschreibung der Indikatoren Kapitel 3

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

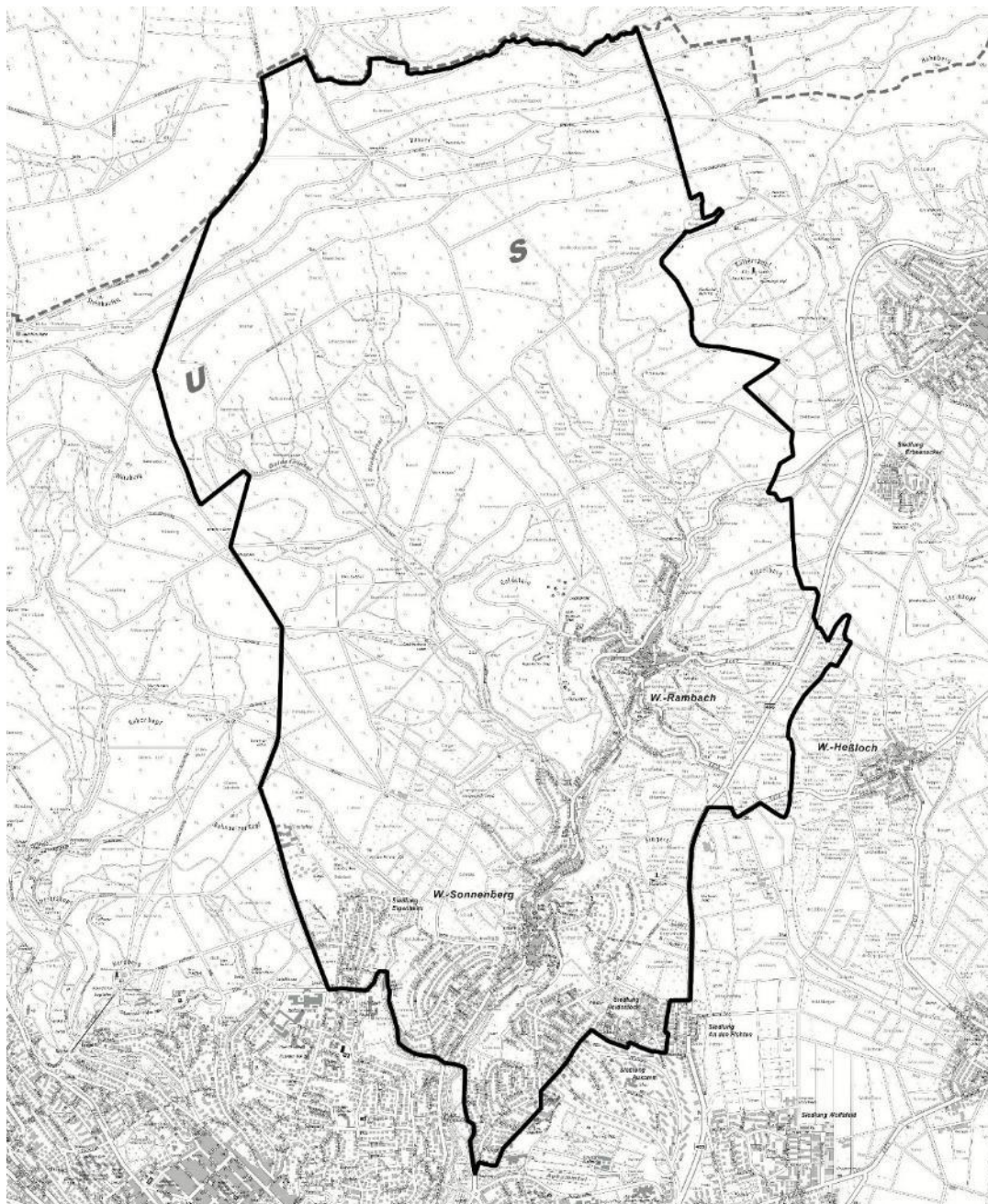
> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

Quelle: Datenquellen der Indikatoren s. Kapitel 3
Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung

8.4 Sonnenberg, Rambach

Abbildung 47: Sonnenberg, Rambach



Quelle: Vermessungsamt

Grundsatz und Planung

Sonnenberg, Rambach

Der Stadtteil „Sonnenberg, Rambach“ umfasst die Ortsteile Sonnenberg und Rambach, die in den 1920er Jahren nach Wiesbaden eingemeindet wurden. Neben den alten (Vor-) Ortskernen mit stabiler, alteingesessener Mittelstandsstruktur ist der Stadtteil geprägt durch die alten Villengebiete entlang der Sonnenberger Straße und des Kurparks sowie neueren Villengebieten für wohlhabende Bevölkerungsgruppen.

Tabelle 30: Sonnenberg, Rambach - Bevölkerungsstruktur

31.12.2017	Zahl	Anteil	Wiesbaden
Altersmedian (Jahre)	50	-	42
Kinder und Jugendliche (0 bis 17 Jahre)	1.693	16,3%	17,0%
Alte Menschen (über 65 Jahre)	2.894	27,9%	19,5%
Durchschnittliche Haushaltsgröße	2,05	-	1,95
Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren	997	20,4%	20,1%

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung

Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren; eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Der Anteil an alten Menschen in „Sonnenberg, Rambach“ und auch der Altersmedian liegen erheblich über dem Wiesbadener Durchschnitt und sind jeweils der zweithöchste Wert aller 34 Stadtteile. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen an der Bevölkerung und auch der Anteil der Haushalte mit Kindern an allen Haushalten liegen jedoch im durchschnittlichen Bereich. Deutlich geringer als im städtischen Durchschnitt ist der Anteil der jüngeren Erwachsenen im Alter von 18 bis 44 Jahren.

Entwicklung der Eckwerte

Tabelle 31: Sonnenberg, Rambach - Eckwerte 2011 - 2017

	2011	2017	Differenz absolut	Differenz in %
Einwohner	10.216	10.360	+144	+1,4%
Haushalte	4.880	4.886	+6	+0,1%
Wohnungen* (2012)	5.058	5.115	+57	+1,1%
Mobilitätsziffer	16,1%	16,7%	-	+3,7%

*Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung,

Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren, eigene Berechnungen

Grundsatz und Planung



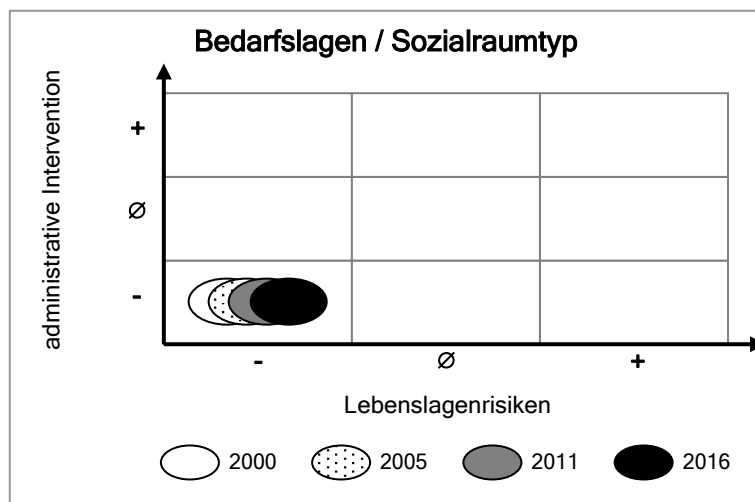
Die Daten zeigen sich im Zeitverlauf wenig verändert und weisen den Stadtteil als sehr stabil hinsichtlich der Bevölkerungsstruktur aus.

Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2011 (Basis alle Indikatoren)

Der Stadtteil „Sonnenberg, Rambach“ weist konstant sehr niedrige soziale Bedarfslagen, sowohl im Bereich administrative Intervention, als auch in der Kategorie „riskante Lebenslagen“ auf.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Sonnenberg, Rambach“ auf Rang 34 (2011: Rang 33) von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.

Abbildung 48: Sonnenberg, Rambach - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016



Quelle: Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Dynamikindikatoren: Veränderungen 2016 zu 2011

Tabelle 32: Sonnenberg, Rambach -

Entwicklung Dynamikindikatoren 2005, 2011 - 2016 - überproportionale Abweichungen grau schattiert

	2005	2011	2016	Ver- änderung 2011-2016	WI 2011	WI 2016	Ver- änderung
Administrative Intervention							
Existenzsicherungsquote	3,3%	3,4%	3,4%	0,0%	12,4%	12,9%	+4,0%
Kinderarmutsquote	4,9%	4,6%	4,8%	+4,6%	23,2%	22,9%	-1,3%
Arbeitslosigkeitsquote	3,5%	2,7%	2,9%	+6,7%	5,4%	5,8%	+7,4%
Risikante Lebenslagen							
Nicht-EU-Staatsangehörige	3,7%	3,1%	4,0%	+30,3%	10,0%	11,1%	+11,0%
Alleinerziehendenquote	17,3%	18,0%	16,8%	-6,5%	23,9%	23,1%	-3,3%
Quote große Familien	9,0%	8,2%	10,2%	+24,1%	11,0%	11,5%	+4,5%
Prekäre Wohnraumversorgung (2012)*	+40,8qm	+50,7qm	+53,7qm	+3,3%**	+20,3qm	+19,9qm	-0,1%

* Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

** Die Berechnung der Veränderung bezieht sich nicht auf die qm-Angaben, sondern auf das Versorgungsmaß (Verhältnis IST-SOLL)

Quelle: Hess. Statistisches Landesamt, Amt für Statistik und Stadtforschung, Amt für Soziale Arbeit

Bautätigkeitsstatistik, Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren; Geschäftsstatistik SGB II und XII, eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Die Abhängigkeit von existenzsichernden Leistungen sowohl in der Altersgruppe der unter 15-Jährigen als auch in der Gesamtbevölkerung sowie die Arbeitslosigkeitsquote liegen konstant

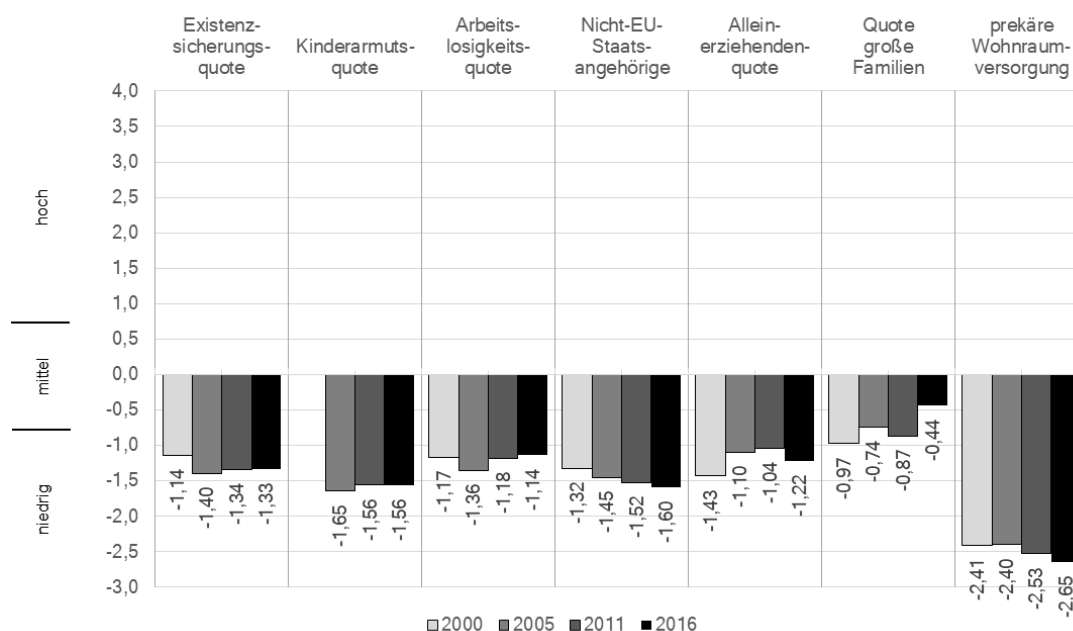
erheblich unter dem städtischen Durchschnitt. Hier sind keine nennenswerten Veränderungen festzustellen.

Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Auch bezogen auf diese Indikatoren sind die Werte konstant deutlich besser als im Stadtdurchschnitt. Im Indikator „Unzureichende Wohnraumversorgung“ sind die Versorgungsquoten nochmals stark gestiegen und es wird in diesem Stadtteil der höchste Wert - und somit die beste Ausstattung mit Wohnfläche - stadtwert erreicht.

Lediglich ein Anstieg der großen Familien ist zu verzeichnen, liegt aber immer noch leicht unter dem Anteilswert in der Gesamtstadt. In 2016 liegt der Stadtteil im Vergleich der Stadtteile untereinander und im Vergleich zur Gesamtstadt im durchschnittlichen Bereich.

Abbildung 49: Sonnenberg, Rambach - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016



Quelle: Eigene Darstellung



Grundsatz und Planung

Gesamtbewertung

„Sonnenberg, Rambach“ ist ein Stadtteil mit konstant niedrigen sozialen Bedarfslagen.

Der Stadtteil wird in die Kategorie „stabile Entwicklungstendenzen“ eingeordnet.

Abbildung 50: Werte Statusindikatoren - Sonnenberg, Rambach

Indikator *	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
Administrative Intervention		-1,29	
Existenzsicherungsquote	3,4%	-1,33	12,9%
Arbeitslosigkeitsquote	2,9%	-1,14	5,8%
Quote Hilfen zur Erziehung	1,4%	-2,09	4,3%
Anteil sozialer Wohnungsbau	1,9%	-0,59	6,0%
Lebenslagenrisiko		-1,36	
Prekäre Einkommenslage			
Wohngeldquote	0,5%	-1,28	1,5%
Anteil sv-pflichtig Beschäftigter mit SGB II-Leistungen	0,4%	-1,38	2,2%
Quote Langzeitbezug Transferleistungen	2,3%	-1,15	6,6%
Wohnen			
prekäre Wohnraumversorgung	53,8 qm	-2,65	19,9 qm
Risiko geringe Wohneigentumsquote	53,0%	-1,63	76,3%
Anteil Räumungsklagen und Zwangsräumungen	0,6%	-1,00	1,4%
Bildungsrisiken			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II-Leistungen	48,1%	-2,35	65,7%
Quote Unzureichende Kompetenzen für den Schulstart	9,6%	-0,95	22,1%
Quote Schulbesuch ohne Hochschulreifeoption	22,2%	-2,22	45,7%
Herkunftsbenachteiligung			
Kinderarmutsquote	4,8%	-1,56	22,9%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	4,2%	-0,85	8,5%
Anteil langzeitarmer Kinder	2,5%	-1,48	15,2%
Anteil neu zugewanderter Kinder	4,1%	-0,21	4,8%
Familien mit Risiken			
Alleinerziehendenquote	16,8%	-1,22	23,1%
Quote große Familien	10,2%	-0,44	11,5%
Alte Menschen mit Risiken			
Anteil allein lebender alter Menschen	42,2%	-0,92	49,1%
Quote Altersarmut	1,7%	-1,14	7,2%
Risiken soz. Einbindung + Integration			
Quote Wohndauer unter 10 Jahren	47,4%	-0,88	56,7%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	4,0%	-1,60	11,1%
Anteil Neuzugewanderte	1,7%	-0,90	3,6%
Anteil ausl. Bevölkerung mit unsicherem Aufenthaltsstatus	2,5%	-1,12	5,3%
Gesundheitliche Risiken			
Rate Vorzeitige Sterblichkeit	1,3	-1,07	1,8
Anteil übergewichtiger Kinder bei Schulbeginn	2,0%	-2,42	11,0%
Politische Teilhabe			
Anteil Erwachsene ohne Teilhabe an Wahl	25,4%	-1,63	42,0%
<i>nachrichtlich:</i>			
Anteil Nicht-Wahlberechtigte Bundestagswahl 2017	10,2%	-1,43	21,4%
Quote Nicht-Wahlbeteiligung Bundestagswahl 2017	16,9%	-1,48	26,2%

* ausführliche Beschreibung der Indikatoren Kapitel 3

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

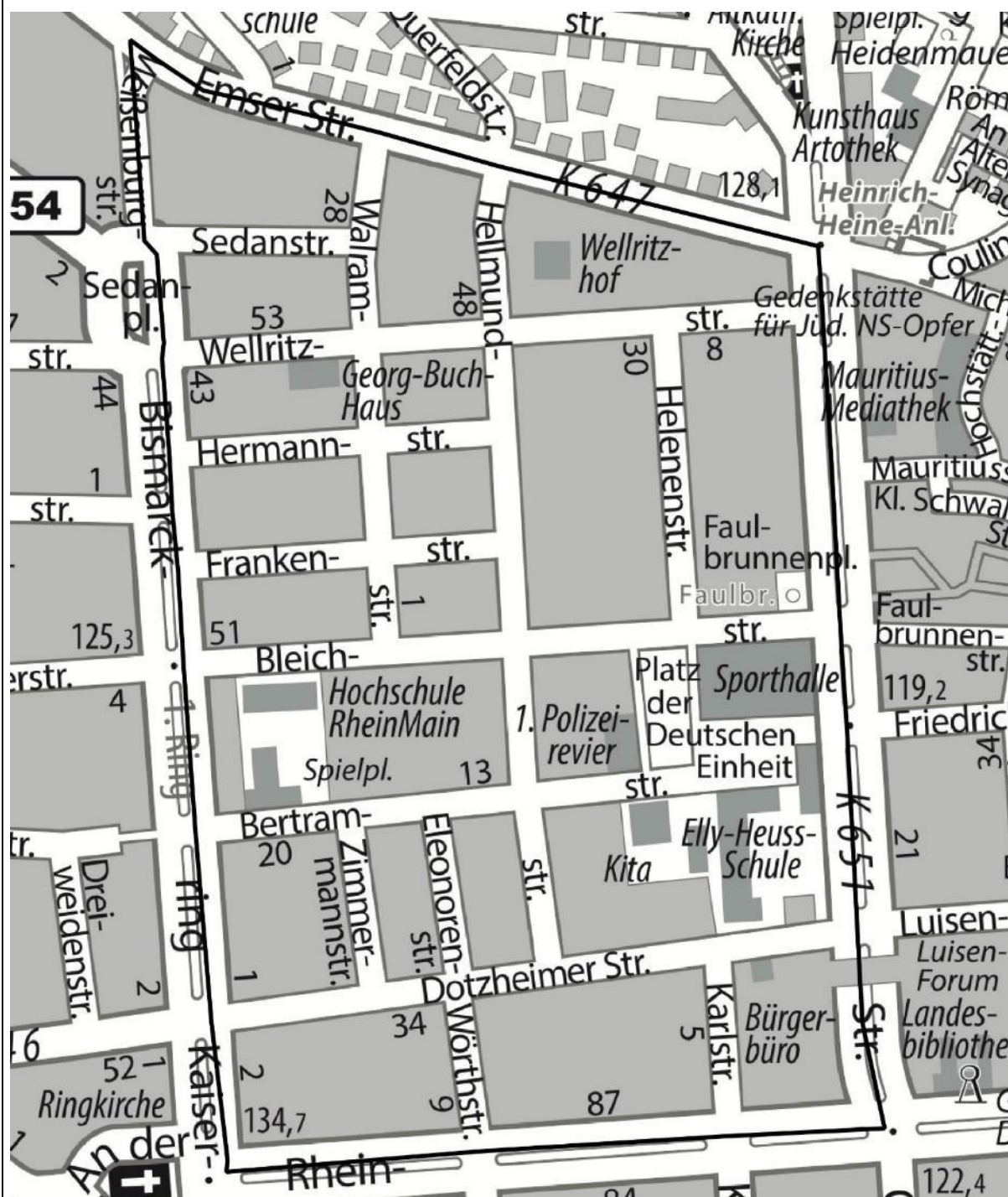
> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

Quelle: Datenquellen der Indikatoren s. Kapitel 3
Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung

8.5 Inneres Westend

Abbildung 51: Inneres Westend



Quelle: Vermessungsamt

Grundsatz und Planung

Inneres Westend

Der Stadtteil „Inneres Westend“ gehört zu den älteren innerstädtischen Wohngebieten, in denen traditionell die einfache Bevölkerung wohnt. Er ist gekennzeichnet durch einen hoch verdichteten Altbaubestand mit überwiegend einfachen Wohnungen im niedrigen bis mittleren Mietpreis-Segment, kaum Freiflächen und hoher Verkehrsbelastung.

Er ist weiterhin geprägt durch zahlreiche kleine Gewerbebetriebe, überwiegend aus dem Bereich Einzelhandel und Gastronomie; viele davon werden durch Migranten betrieben.

Der Stadtteil weist eine sehr hohe Mobilitätsrate auf und ist somit ein typisches transitorisches Gebiet wie es in allen Großstädten zu finden ist.

Seit Ende 2000 ist der Stadtteil - mittlerweile in der zweiten Förderperiode - Programmgebiet des zu gleichen Teilen von Bund, Land und Kommune finanzierten Programms „Soziale Stadt“.

Tabelle 33: Inneres Westend - Bevölkerungsstruktur

31.12.2017	Zahl	Anteil	Wiesbaden
Altersmedian (Jahre)	32	-	42
Kinder und Jugendliche (0 bis 17 Jahre)	1.587	18,4%	17,0%
Alte Menschen (über 65 Jahre)	778	9,0%	19,5%
Durchschnittliche Haushaltsgröße	1,81	-	1,95
Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren	868	18,6%	20,1%

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung

Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren; eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Das „Innere Westend“ ist ein junger Stadtteil: Der Altersmedian liegt deutlich unter dem Wert der Gesamtstadt. Der Anteil alter Menschen ist deutlich unterdurchschnittlich.

Tabelle 34: Inneres Westend - Eckwerte 2011 - 2017

	2011	2017	Differenz absolut	Differenz in %
Einwohner	7.608	8.611	+1.003	+13,2%
Haushalte	4.362	4.673	+311	+7,2%
Wohnungen* (2012)	3.874	3.925	+51	+1,3%
Mobilitätsziffer	45,5%	42,8%	-	-5,9%

*Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung,

Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren, eigene Berechnungen

Grundsatz und Planung



Das Innere Westend zeigt eine deutliche Bevölkerungszunahme, hingegen hat die Zahl der Wohnungen in dem hoch verdichteten Gebiet kaum zugenommen. Dies bedeutet, dass sich die Belegungsdichte in den vorhandenen Wohnungen erhöht hat (vgl. Indikator „prekäre Wohnraumversorgung“). Es wird aber auch berichtet, dass in einigen Wohnungen im Stadtteil,

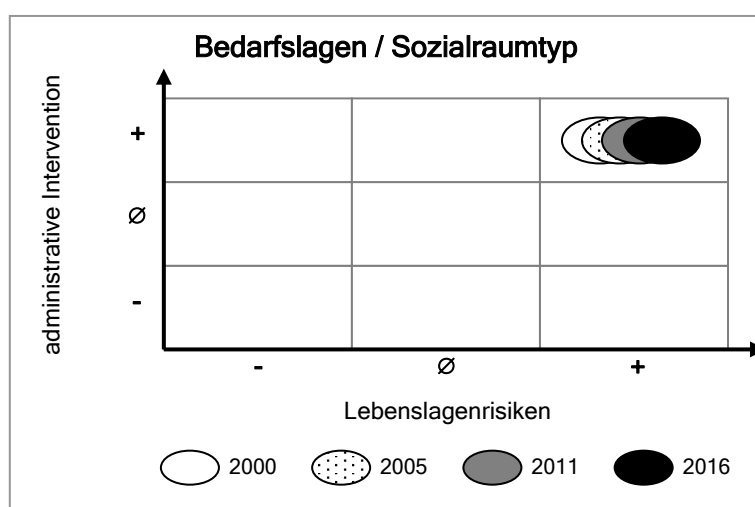
„Schlafplätze“ überwiegend an Zugewanderte aus den südosteuropäischen EU-Staaten vermietet werden.⁷²

Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2011 (Basis alle Indikatoren)

Das „Innere Westend“ ist seit 2000 ein Stadtteil mit konstant hohen Bedarfslagen, sowohl bezogen auf das Ausmaß der administrativen Intervention als auch auf das Ausmaß der riskanten Lebenslagen.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Inneres Westend“ auf Rang 3 (2011: Rang 2) von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.

Abbildung 52: Inneres Westend - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016



Quelle: Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Entwicklung der Dynamikindikatoren

Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Die Abhängigkeit von existenzsichernden Leistungen liegt nach wie vor auf einem sehr hohen Niveau und erheblich über dem Stadtdurchschnitt, sie ist sogar im Vergleich zu 2011 noch weiter und deutlich stärker als in der Gesamtstadt angestiegen. Sie erreicht den höchsten Wert stadtweit. Die Anzahl der Personen im Leistungsbezug ist ebenfalls stark um 519 auf 2.723 gestiegen.

Auch der Anteil der Arbeitslosen im SGB II- und III-Bezug hat sich deutlich stärker als im Stadtdurchschnitt erhöht und verbleibt auf einem sehr hohen Niveau; auch dies ist der höchste Wert in der Gesamtstadt.

Die Kinderarmutsquote, die bereits in 2011 stadtweit am höchsten war, ist leicht gesunken. Gleichwohl ist sie auch in 2016 der mit Abstand höchste Wert stadtweit.

⁷² Beide genannten Erklärungen müssen nicht zwangsläufig zu einer Überbelegung der Wohnung führen. In Fällen der Überbelegung, die der kommunalen Wohnungsaufsicht bekannt werden, veranlasst diese im Rahmen ihres gesetzlichen Ermessensspielraums entsprechende Maßnahmen.

Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Auch in diesem Indikatorenbereich verbleibt der Stadtteil konstant in der Kategorie der hohen Bedarfslage.

Der Anteil der Menschen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit hat sich zwar, wie bereits im Zeitraum 2005 - 2011, verringert und ist überproportional gesunken, erreicht aber wie in 2011 auch den höchsten Wert der Stadt. Die Anzahl der Nicht-EU-Staatsangehörigen hat im Beobachtungszeitraum jedoch leicht zugenommen. Dieser scheinbare Widerspruch erklärt sich durch die Zunahme der Bevölkerung im Stadtteil und hierbei insbesondere eine deutlich stärkere Zunahme der Bevölkerung mit einer EU-Staatsangehörigkeit.

Der Anteil der Alleinerziehendenhaushalte hat zwar etwas abgenommen, während jedoch die absolute Zahl gestiegen ist. Der Umstand, dass insgesamt mehr Haushalte mit Kindern im Stadtteil im Vergleich zu 2011 leben, erklärt dies.

Der Anteil und die Anzahl der Familien mit drei und mehr Kindern sind deutlich überdurchschnittlich gestiegen und verbleiben auf sehr hohem Niveau.

Bei der Versorgung der Haushalte mit ausreichendem Wohnraum ist eine Verschärfung der Problemlage festzustellen. Hier wird der zweitschlechteste Wert der Gesamtstadt erreicht.

Tabelle 35: Inneres Westend -

Entwicklung Dynamikindikatoren 2005, 2011 - 2016 - überproportionale Abweichungen grau schattiert

	2005	2011	2016	Ver- änderung 2011-2016	WI 2011	WI 2016	Ver- änderung
Administrative Intervention							
Existenzsicherungsquote	25,3%	29,0%	32,2%	+11,0%	12,4%	12,9%	+4,0%
Kinderarmutsquote	41,7%	54,2%	52,9%	-2,4%	23,2%	22,9%	-1,3%
Arbeitslosenquote	14,5%	11,6%	13,0%	+11,8%	5,4%	5,8%	+7,4%
Riskante Lebenslagen							
Nicht-EU-Staatsangehörige	27,5%	22,4%	21,2%	-5,5%	10,0%	11,1%	+11,0%
Alleinerziehendenquote	26,4%	32,7%	31,1%	-5,0%	23,9%	23,1%	-3,3%
Quote große Familien	17,6%	15,5%	18,3%	+18,1%	11,0%	11,5%	+4,5%
prekäre Wohnraumversorgung (2012)*	+1,9qm	+2,4qm	+0,4qm	-3,3%**	+20,3qm	+19,9qm	-0,1%

* Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

** Die Berechnung der Veränderung bezieht sich nicht auf die qm-Angaben, sondern auf das Versorgungsmaß (Verhältnis IST-SOLL)

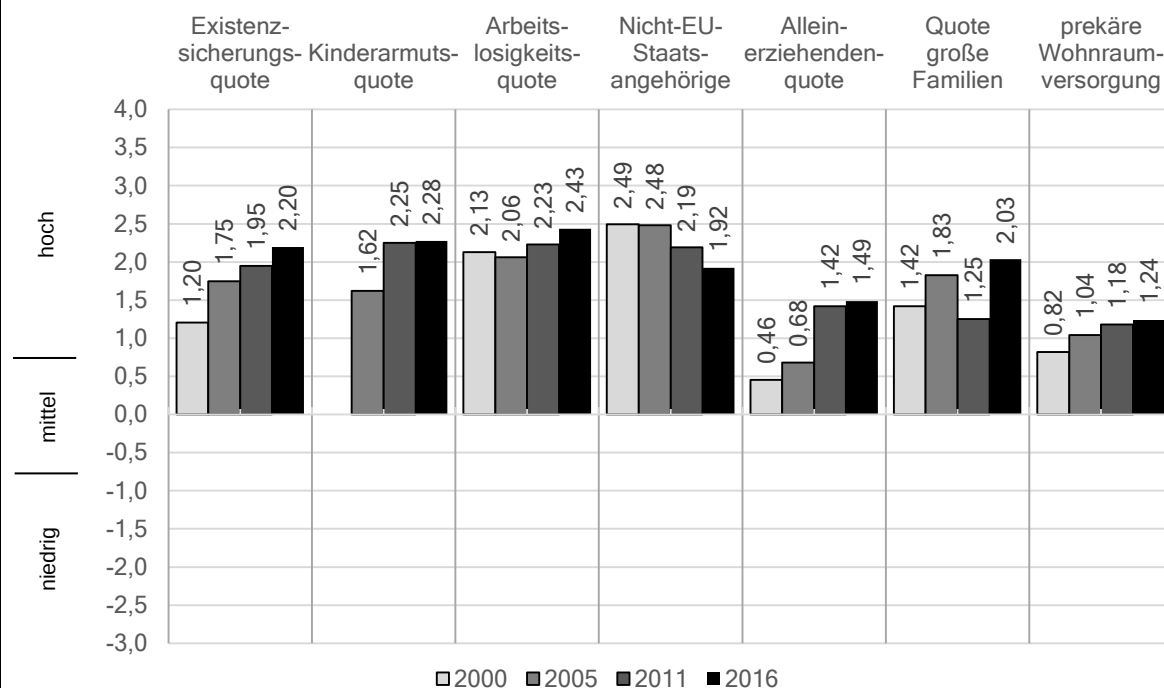
Quelle: Hess. Statistisches Landesamt, Amt für Statistik und Stadtforschung, Amt für Soziale Arbeit

Bautätigkeitsstatistik, Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren;
Geschäftsstatistik SGB II und XII, eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Abbildung 53: Inneres Westend - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016



Quelle: Eigene Darstellung



Grundsatz und Planung

Gesamtbewertung

Die sozialen Bedarfslagen im Stadtteil liegen konstant auf einem sehr hohen Niveau. Bestehende Problem- und Belastungslagen haben sich im Vergleich zu 2005 weiter verschärft. Diese Entwicklung muss - wie bisher schon geschehen - aufmerksam beobachtet und geeignete Maßnahmen der sozialen Kommunalpolitik und Sozialverwaltung platziert werden. Das „Innere Westend“ zählt aufgrund der beschriebenen Entwicklungen zu den Stadtteilen der Kategorie „negative Entwicklungstendenzen“.

Abbildung 54: Werte Statusindikatoren - Inneres Westend

Indikator *	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
Administrative Intervention		1,08	
Existenzsicherungsquote	32,2%	2,20	12,9%
Arbeitslosigkeitsquote	13,0%	2,43	5,8%
Quote Hilfen zur Erziehung	4,7%	0,08	4,3%
Anteil sozialer Wohnungsbau	3,7%	-0,40	6,0%
Lebenslagenrisiko		1,60	
Prekäre Einkommenslage			
Wohngeldquote	1,8%	0,28	1,5%
Anteil sv-pflichtig Beschäftigter mit SGB II-Leistungen	5,1%	1,78	2,2%
Quote Langzeitbezug Transferleistungen	11,5%	0,99	6,6%
Wohnen			
prekäre Wohnraumversorgung	0,4 qm	1,24	19,9 qm
Risiko geringe Wohneigentumsquote	96,5%	1,41	76,3%
Anteil Räumungsklagen und Zwangsräumungen	2,3%	0,95	1,4%
Bildungsrisiken			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II-Leistungen	76,8%	1,92	65,7%
Quote Unzureichende Kompetenzen für den Schulstart	52,5%	1,99	22,1%
Quote Schulbesuch ohne Hochschulreifeoption	70,3%	1,90	45,7%
Herkunftsbenachteiligung			
Kinderarmutsquote	52,9%	2,28	22,9%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	15,6%	1,29	8,5%
Anteil langzeitarmer Kinder	31,2%	1,53	15,2%
Anteil neu zugewanderter Kinder	11,1%	2,07	4,8%
Familien mit Risiken			
Alleinerziehendenquote	31,1%	1,49	23,1%
Quote große Familien	18,3%	2,03	11,5%
Alte Menschen mit Risiken			
Anteil allein lebender alter Menschen	54,6%	0,60	49,1%
Quote Altersarmut	23,7%	2,26	7,2%
Risiken soz. Einbindung + Integration			
Quote Wohndauer unter 10 Jahren	75,3%	1,88	56,7%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	21,2%	1,92	11,1%
Anteil Neuzugewanderte	8,7%	2,50	3,6%
Anteil ausl. Bevölkerung mit unsicherem Aufenthaltstatus	12,9%	2,60	5,3%
Gesundheitliche Risiken			
Rate Vorzeitige Sterblichkeit	2,0	0,25	1,8
Anteil übergewichtiger Kinder bei Schulbeginn	19,3%	2,26	11,0%
Politische Teilhabe			
Anteil Erwachsene ohne Teilhabe an Wahl	65,2%	1,80	42,0%
<i>nachrichtlich:</i>			
Anteil Nicht-Wahlberechtigte Bundestagswahl 2017	44,6%	2,47	21,4%
Quote Nicht-Wahlbeteiligung Bundestagswahl 2017	37,1%	1,10	26,2%

* ausführliche Beschreibung der Indikatoren Kapitel 3

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

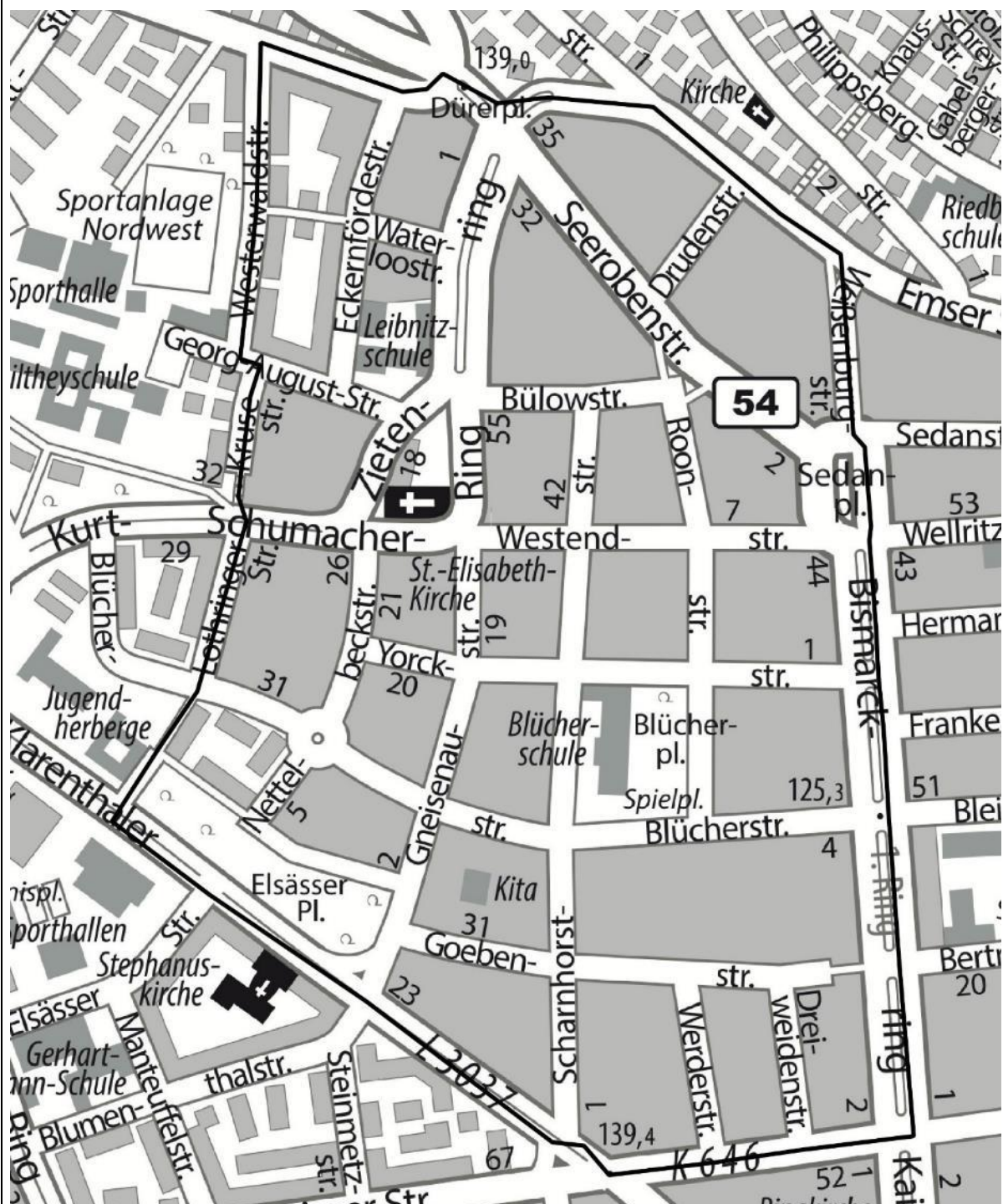
> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

Quelle: Datenquellen der Indikatoren s. Kapitel 3
Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung

8.6 Äußeres Westend

Abbildung 55: Äußeres Westend



Quelle: Vermessungsamt

Grundsatz und Planung

Äußeres Westend

Der Stadtteil „Äußeres Westend“ ist ein innenstadtnahes Wohngebiet, das zwischen der Jahrhundertwende und der Zeit bis zum 1. Weltkrieg entstand. Die mehrgeschossigen Stadthäuser mit den dazugehörigen Hinterhäusern prägen das Erscheinungsbild. Mit den häufig gut sanierten, attraktiven Altbauwohnungen ist das Äußere Westend ein begehrtes innenstadtnahes Wohngebiet, insbesondere für jüngere Menschen.

Im „Äußeren Westend“ finden sich einige Gewerbebetriebe, insbesondere aus dem Gastronomie- und Einzelhandelsbereich, die jedoch das Straßenbild nicht dominieren.

Tabelle 36: Äußeres Westend - Bevölkerungsstruktur

31.12.2017	Zahl	Anteil	Wiesbaden
Altersmedian (Jahre)	34	-	42
Kinder und Jugendliche (0 bis 17 Jahre)	1.673	15,7%	17,0%
Alte Menschen (über 65 Jahre)	996	9,4%	19,5%
Durchschnittliche Haushaltsgröße	1,70	-	1,95
Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren	1.073	17,1%	20,1%

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung
Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren; eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Im Äußeren Westend liegt sowohl der Anteil der Haushalte mit Kindern als auch der Anteil der alten Menschen deutlich unter dem städtischen Durchschnitt. Jedoch ist der Anteil der Personen im Alter von 18 bis 44 Jahren deutlich überdurchschnittlich. Der Altersmedian liegt demzufolge ebenfalls erheblich unter dem Stadtdurchschnitt.

Entwicklung der Eckwerte

Zwischen 2011 und 2017 ist sowohl die Einwohnerschaft als auch die Zahl der Haushalte angestiegen.

Die Mobilitätsziffer ist nach wie vor überdurchschnittlich hoch.

Tabelle 37: Äußeres Westend - Eckwerte 2011 - 2017

	2011	2017	Differenz absolut	Differenz in %
Einwohner	10.015	10.649	+634	+6,3%
Haushalte	6.038	6.266	+228	+3,8%
Wohnungen* (2012)	5.492	5.506	+14	+0,3%
Mobilitätsziffer	33,9%	31,8%	-	-6,2%

*Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung,
Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren, eigene Berechnungen

Grundsatz und Planung



Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2011 (Basis alle Indikatoren)

In der Kategorie „administrative Intervention“ liegen, nach einem Ausreißer im Jahr 2005, stabil mittlere Bedarfslagen vor. In 2005 zählte der Stadtteil - wenn auch knapp - noch zu den Stadtteilen mit hohen sozialen Bedarfslagen, wobei das Ausmaß der Problemlagen nur knapp über der Grenze zu den mittleren sozialen Bedarfslagen lag.

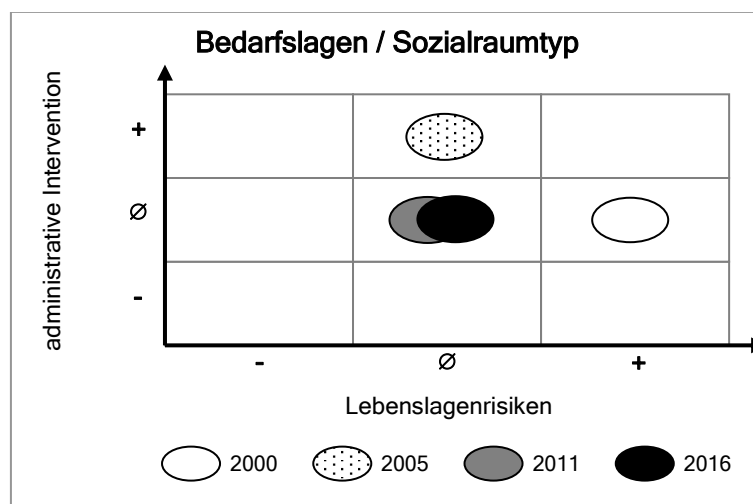
Das Lebenslagenrisiko lag 2000 noch im hohen Bereich, seit 2003 (nicht in der Grafik enthalten) liegen die Werte in dieser Dimension stabil im mittleren Bereich.

In beiden Dimensionen haben sich die Belastungslagen so deutlich verringert, dass der Stadtteil seit 2011 zu den Stadtteilen mit mittlerer sozialer Bedarfslage zählt.

Im Zeitverlauf sind deutliche Veränderungen in der Sozialstruktur der Einwohnerschaft erfolgt. Von 1976 bis 2005 wurden im „Äußeren Westend“ hohe soziale Bedarfslagen ermittelt, die sich seit 2011 im mittleren Bedarfslagenbereich stabilisieren. Die innenstadtnahe Lage und die städtebauliche Struktur, die für einkommensstärkere Bevölkerungsgruppen attraktiv sind, sowie die Veränderung der Sozialstruktur lassen sich als Gentrifizierungstendenz kategorisieren.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Äußeres Westend“ wie auch bereits in 2011 auf Rang 16 von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.

Abbildung 56: Äußeres Westend - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016



Quelle: Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Entwicklung der Dynamikindikatoren

Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

In allen drei Indikatoren liegt das „Äußere Westend“ etwas über dem städtischen Durchschnitt, aber deutlich im Bereich der mittleren sozialen Bedarfslage.

Die Entwicklung der drei Indikatoren verlief zwischen 2011 und 2016 positiver als in der Gesamtstadt.

Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

In diesem Indikatorenbereich stabilisiert sich die seit 2005 überwiegend positive Entwicklung. Die Entwicklungstendenzen der einzelnen Indikatoren im Zeitraum 2011 und 2016 zeigen starke Analogien zu der Entwicklung zwischen 2005 und 2011.

Der Anteil der Menschen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit ist gesunken, während im städtischen Durchschnitt ein erheblicher Anstieg erfolgte.

Der Anteil der Alleinerziehendenhaushalte an den Haushalten mit Kindern liegt zwar immer noch deutlich über dem städtischen Durchschnitt; der Anstieg fiel aber nicht so stark aus wie in der Gesamtstadt. Die Anzahl der Alleinerziehendenhaushalte ist nur leicht gestiegen.

Der Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern ist zwar stärker als in der Gesamtstadt gestiegen, liegt aber immer noch unter dem städtischen Durchschnittswert. Auch die absolute Zahl der großen Familien ist um 16 Familien und somit moderat gestiegen.

Bezogen auf die Versorgung mit Wohnraum hat sich die Situation verschlechtert und liegt weiterhin im Bereich der hohen Bedarfslage.

Tabelle 38: Äußeres Westend -

Entwicklung Dynamikindikatoren 2005, 2011 - 2016 - überproportionale Abweichungen grau schattiert

	2005	2011	2016	Ver- änderung 2011-2016	WI 2011	WI 2016	Ver- änderung
Administrative Intervention							
Existenzsicherungsquote	16,1%	15,6%	15,4%	-1,3%	12,4%	12,9%	+4,0%
Kinderarmutsquote	29,4%	30,4%	27,8%	-8,5%	23,2%	22,9%	-1,3%
Arbeitslosigkeitsquote	9,4%	6,2%	6,2%	+0,2%	5,4%	5,8%	+7,4%
Riskante Lebenslagen							
Nicht-EU-Staatsangehörige	14,4%	10,9%	10,5%	-4,1%	10,0%	11,1%	+11,0%
Alleinerziehendenquote	30,6%	31,4%	30,5%	-2,9%	23,9%	23,1%	-3,3%
Quote große Familien	9,9%	8,2%	9,3%	+13,4%	11,0%	11,5%	+4,5%
prekäre Wohnraumversorgung (2012)*	+8,0qm	+6,8qm	+4,4qm	-3,7%**	+20,3qm	+19,9qm	-0,1%

* Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

** Die Berechnung der Veränderung bezieht sich nicht auf die qm-Angaben, sondern auf das Versorgungsmaß (Verhältnis IST-SOLL)

Quelle: Hess. Statistisches Landesamt, Amt für Statistik und Stadtforschung, Amt für Soziale Arbeit

Bautätigkeitsstatistik, Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren;
Geschäftsstatistik SGB II und XII, eigene Darstellung



Grundsatz und Planung

Gesamtbewertung

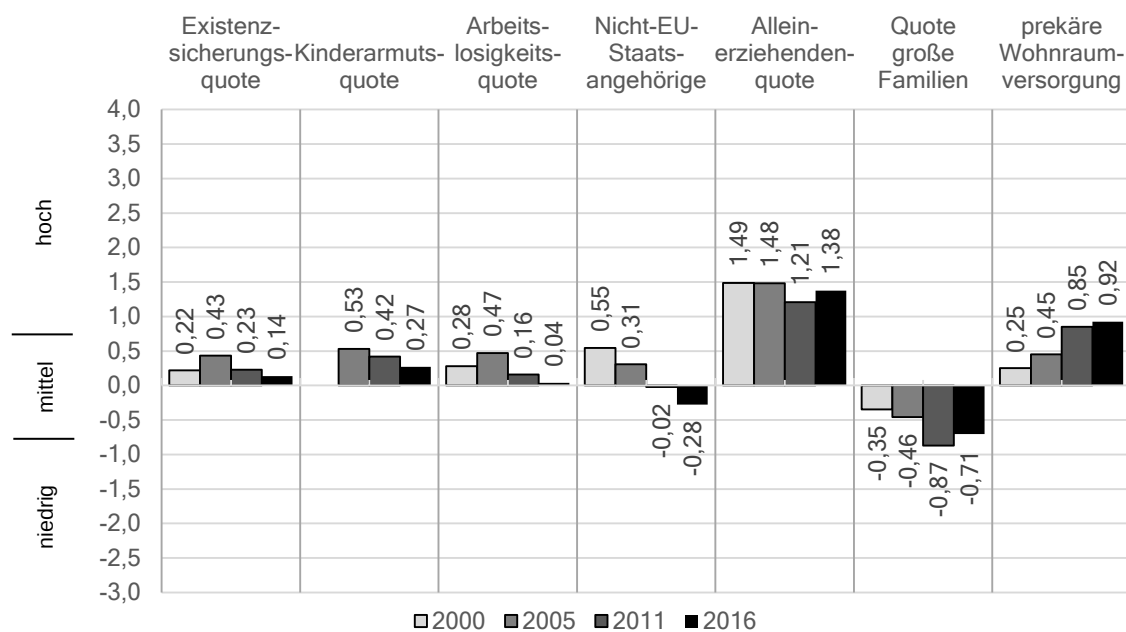
Bezogen auf das Ausmaß der administrativen Intervention ist eine Verbesserung und weitere Annäherung an den städtischen Durchschnittswert festzustellen.

Auch die Entwicklungen der Indikatoren der „riskanten Lebenslagen“ fielen überwiegend positiv aus und rückten näher an den städtischen Durchschnitt.

Die bereits 2005 festzustellende positive Entwicklung hat sich fortgesetzt und weiter stabilisiert. Sie ist jedoch noch nicht so deutlich ausgefallen, als dass eine Einordnung in die Kategorie abnehmender Handlungsbedarf vorzunehmen wäre. Die Entwicklung in den nächsten Jahren wird zeigen inwieweit sich diese Tendenz weiter verstärkt.

Im Beobachtungszeitraum erfolgt eine Einordnung in die Kategorie „stabile Entwicklungstendenzen“.

Abbildung 57: Äußeres Westend - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016



Quelle: Eigene Darstellung



Grundsatz und Planung

Abbildung 58: Werte Statusindikatoren - Äußeres Westend

Indikator *	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
Administrative Intervention		-0,23	
Existenzsicherungsquote	15,4%	0,14	12,9%
Arbeitslosigkeitsquote	6,2%	0,04	5,8%
Quote Hilfen zur Erziehung	3,9%	-0,41	4,3%
Anteil sozialer Wohnungsbau	1,0%	-0,68	6,0%
Lebenslagenrisiko		0,21	
Prekäre Einkommenslage			
Wohngeldquote	1,3%	-0,34	1,5%
Anteil sv-pflichtig Beschäftigter mit SGB II-Leistungen	2,4%	-0,01	2,2%
Quote Langzeitbezug Transferleistungen	6,2%	-0,25	6,6%
Wohnen			
prekäre Wohnraumversorgung	4,4 qm	0,92	19,9 qm
Risiko geringe Wohneigentumsquote	95,0%	1,30	76,3%
Anteil Räumungsklagen und Zwangsräumungen	1,6%	0,15	1,4%
Bildungsrisiken			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II-Leistungen	60,5%	-0,51	65,7%
Quote Unzureichende Kompetenzen für den Schulstart	22,8%	-0,05	22,1%
Quote Schulbesuch ohne Hochschulreifeoption	52,5%	0,38	45,7%
Herkunftsbenachteiligung			
Kinderarmutsquote	27,8%	0,27	22,9%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	7,5%	-0,24	8,5%
Anteil langzeitarmer Kinder	22,7%	0,64	15,2%
Anteil neu zugewanderter Kinder	2,8%	-0,63	4,8%
Familien mit Risiken			
Alleinerziehendenquote	30,5%	1,38	23,1%
Quote große Familien	9,3%	-0,71	11,5%
Alte Menschen mit Risiken			
Anteil allein lebender alter Menschen	61,9%	1,50	49,1%
Quote Altersarmut	12,1%	0,47	7,2%
Risiken soz. Einbindung + Integration			
Quote Wohndauer unter 10 Jahren	71,0%	1,46	56,7%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	10,5%	-0,28	11,1%
Anteil Neuzugewanderte	2,8%	-0,36	3,6%
Anteil ausl. Bevölkerung mit unsicherem Aufenthaltstatus	5,3%	-0,10	5,3%
Gesundheitliche Risiken			
Rate Vorzeitige Sterblichkeit	1,7	-0,24	1,8
Anteil übergewichtiger Kinder bei Schulbeginn	11,4%	0,12	11,0%
Politische Teilhabe			
Anteil Erwachsene ohne Teilhabe an Wahl	43,2%	-0,10	42,0%
<i>nachrichtlich:</i>			
Anteil Nicht-Wahlberechtigte Bundestagswahl 2017	24,1%	0,14	21,4%
Quote Nicht-Wahlbeteiligung Bundestagswahl 2017	25,1%	-0,43	26,2%

* ausführliche Beschreibung der Indikatoren Kapitel 3

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

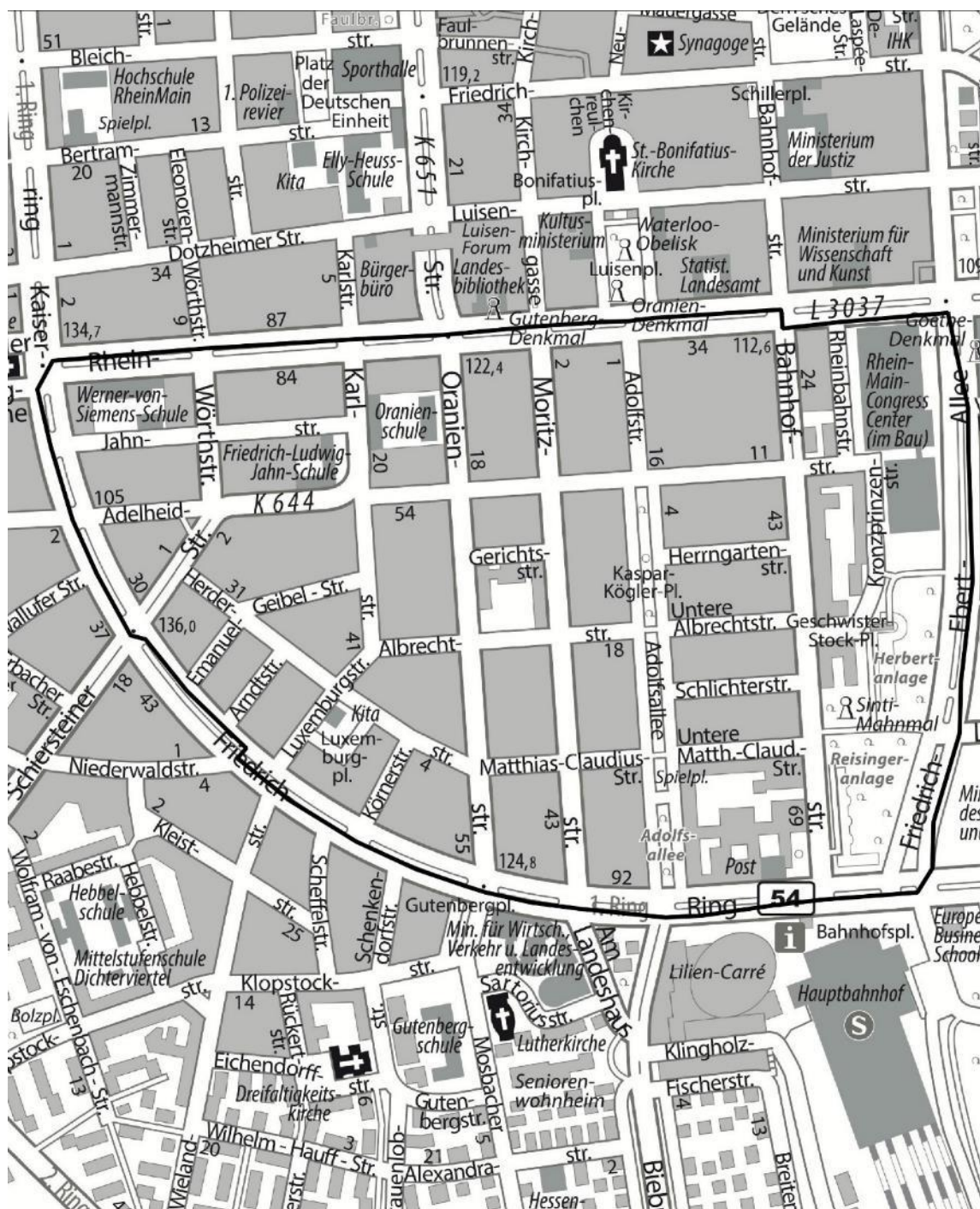
> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

Quelle: Datenquellen der Indikatoren s. Kapitel 3
Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung

8.7 Adolfsallee, Luxemburgplatz

Abbildung 59: Adolfsallee, Luxemburgplatz



Quelle: Vermessungsamt

Grundsatz und Planung

Adolfsallee, Luxemburgplatz

Der Stadtteil „Adolfsallee, Luxemburgplatz“ zählt zu den älteren Innenstadtwohngebieten. Er entstand im Prozess der Stadterweiterung bis etwa 1890. Große Teile (rund um die Adolfsallee und den Luxemburgplatz) sind bestimmt durch villenartig anmutende Mehrfamilienhaus-Altbauten, mit mittlerweile sehr begehrten, attraktiven, großzügigen und teilweise luxuriös sanierten Wohnungen. Diese werden zu Wohnzwecken, aber auch von Dienstleistungsgewerbe wie Rechtsanwaltskanzleien genutzt. In anderen Bereichen, insbesondere rund um die viel befahrenen Straßen wie Moritz-, Oranien- und Karlstraße, dominieren einfachere, noch nicht umfassend sanierte Wohn- und Geschäftshäuser, auch mit Hinterhäusern in denen sich noch einfache Wohnungen befinden.

Im Stadtteil haben sich in den letzten Jahren immer mehr Geschäfte, Galerien und Lokale angesiedelt, die ein urbanes und trendiges Mittelschichtpublikum ansprechen.

Tabelle 39: Adolfsallee, Luxemburgplatz - Bevölkerungsstruktur

31.12.2017	Zahl	Anteil	Wiesbaden
Altersmedian (Jahre)	35	-	42
Kinder und Jugendliche (0 bis 17 Jahre)	1.425	13,4%	17,0%
Alte Menschen (über 65 Jahre)	1.101	10,4%	19,5%
Durchschnittliche Haushaltsgröße	1,67	-	1,95
Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren	899	14,1%	20,1%

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung

Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren; eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Im Stadtteil „Adolfsallee, Luxemburgplatz“ liegen sowohl der Anteil der Kinder und Jugendlichen als auch der Anteil der alten Menschen deutlich unter dem städtischen Durchschnitt. Jedoch ist der Anteil der Personen im Alter von 18 bis 44 Jahren deutlich überdurchschnittlich. Der Altersmedian liegt demzufolge ebenfalls erheblich unter dem Stadtdurchschnitt.

Auch der Anteil der Haushalte mit Kindern und die durchschnittliche Haushaltsgröße liegen unter dem städtischen Durchschnitt.

Entwicklung der Eckwerte

Tabelle 40: Adolfsallee, Luxemburgplatz - Eckwerte 2011 - 2017

	2011	2017	Differenz absolut	Differenz in %
Einwohner	10.084	10.625	+541	+5,4%
Haushalte	6.070	6.376	+306	+5,0%
Wohnungen* (2012)	5.518	5.661	+143	+2,6%
Mobilitätsziffer	37,9%	36,5%	-	-3,7%

*Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung,

Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren, eigene Berechnungen

Grundsatz und Planung



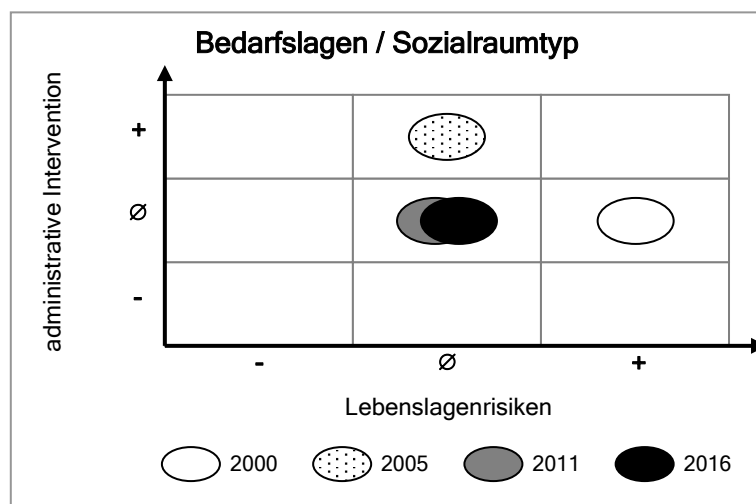
Die Zahl der Einwohner und der Haushalte ist zwischen 2011 und 2017 angestiegen und macht deutlich, dass der Stadtteil ein begehrtes Wohngebiet ist.

Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2011 (Basis alle Indikatoren)

Der Stadtteil „Adolfsallee, Luxemburgplatz“ hat im Zeitraum seit 2005 eine deutliche Aufwärtsentwicklung gemacht. Von 1976 bis 2005 zählte er zu den Stadtteilen mit hohen sozialen Bedarfslagen. Seit 2011 liegt das Ausmaß riskanter Lebenslagen wie auch schon 2005, im mittleren Bereich. Auch das Ausmaß der administrativen Intervention, das 2005 noch hoch war, liegt seit 2011 stabil im mittleren Bereich.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Adolfsallee, Luxemburgplatz“ auf Rang 15 (2011: Rang 17) von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.

Abbildung 60: Adolfsallee, Luxemburgplatz- Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016



Quelle: Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Entwicklung der Dynamikindikatoren

Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Alle drei Indikatoren dieser Gruppe haben sich günstiger als im städtischen Durchschnitt entwickelt. Die Anteilswerte liegen in 2016 unter den Anteilswerten in der Gesamtstadt; 2011 lagen sie noch knapp über den Durchschnittswerten. Die positive Entwicklungstendenz - und damit auch eine Änderung der Sozialstruktur - hat sich fortgesetzt.

Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Der Bevölkerungsanteil von Menschen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit ist deutlich geringer als in der Gesamtstadt angestiegen und liegt nach wie vor im mittleren Bereich. Der Anteil der Alleinerziehenden Haushalte an allen Haushalten mit Kindern ist sehr viel stärker als in der Gesamtstadt gesunken. 2005 erreichte der Stadtteil bei diesem Indikator noch weit überdurchschnittliche Werte, liegt aber seit 2011 im mittleren Bereich.

Der Anteil an großen Familien ist etwas stärker als gesamtstädtisch angestiegen, liegt aber nach wie vor unter dem städtischen Durchschnitt.

Die Versorgung mit Wohnraum war bereits 2005 und 2012 gut gewährleistet, sie liegt aber - trotz geringer Verschlechterung der SOLL-IST-Relation - weiterhin stabil im durchschnittlichen, also mittleren Bereich.

Tabelle 41: Adolfsallee, Luxemburgplatz -

Entwicklung Dynamikindikatoren 2005, 2011 - 2016 - überproportionale Abweichungen grau schattiert

	2005	2011	2016	Ver- änderung 2011-2016	WI 2011	WI 2016	Ver- änderung
Administrative Intervention							
Existenzsicherungsquote	15,2%	12,7%	12,4%	-2,4%	12,4%	12,9%	+4,0%
Kinderarmutsquote	29,1%	25,0%	22,9%	-8,2%	23,2%	22,9%	-1,3%
Arbeitslosigkeitsquote	7,7%	5,0%	5,1%	+1,6%	5,4%	5,8%	+7,4%
Riskante Lebenslagen							
Nicht-EU-Staatsangehörige	15,4%	12,7%	13,0%	+2,3%	10,0%	11,1%	+11,0%
Alleinerziehendenquote	29,5%	27,1%	24,0%	-11,4%	23,9%	23,1%	-3,3%
Quote große Familien	10,1%	9,9%	10,6%	+7,1%	11,0%	11,5%	+4,5%
prekäre Wohnraumversorgung (2012)*	+14,7qm	+11,3qm	+9,8qm	-2,1%**	+20,3qm	+19,9qm	-0,1%

* Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

** Die Berechnung der Veränderung bezieht sich nicht auf die qm-Angaben, sondern auf das Versorgungsmaß (Verhältnis IST-SOLL)

Quelle: Hess. Statistisches Landesamt, Amt für Statistik und Stadtforschung, Amt für Soziale Arbeit

Bautätigkeitsstatistik, Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren;
Geschäftsstatistik SGB II und XII, eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Gesamtbewertung

Betrachtet man alle der Kategorisierung der Stadtteile zugrunde liegenden Indikatoren, ist festzustellen, dass der Stadtteil „Adolfsallee, Luxemburgplatz“ in 20 von 28 Indikatoren durchschnittliche oder unterdurchschnittliche Werte aufweist. Alle Indikatoren, die sich auf eine Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen beziehen, zählen zu diesen 20 Indikatoren. Die Mobilitätsziffer ist mit 36,5 % sehr hoch. Die sehr deutliche positive Entwicklung der Sozialdaten des Stadtteils liegt hauptsächlich in einer Veränderung der Bevölkerungsstruktur durch Weg- bzw. Zuzüge begründet. 71,3 % der Erwachsenen leben kürzer als zehn Jahre an der aktuellen Adresse. In den beschriebenen Zusammenhängen belegt dieser Wert eine deutliche Veränderung der ansässigen Bevölkerung und damit einhergehend eine Veränderung der Bevölkerungsstruktur.

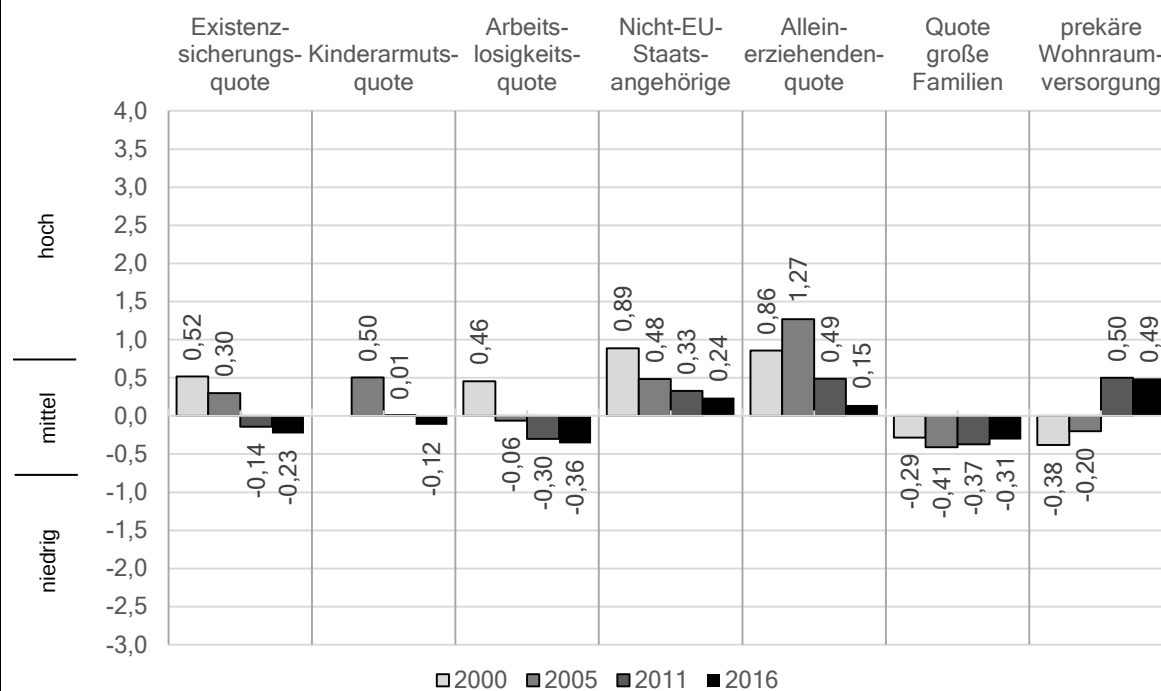
Der Trend, dass mittlere und gehobene Bevölkerungsgruppen in innerstädtische Wohngebiete drängen (Stichwort „Zurück in die Stadt“), scheint sich in der Entwicklung des Stadtteils „Adolfsallee, Luxemburgplatz“ seit 2011 zu manifestieren. Die vorhandene Bebauungsstruktur, mit überwiegend Altbauten aus der Zeit Anfang des 20. Jahrhunderts, ist - im Falle hochwertiger Sanierungen der Wohnungen - gut geeignet die Wohnbedürfnisse dieser Gruppen zu befriedigen.

Es ist zu erwarten, dass dieser Gentrifizierungsprozess sich - ohne kommunale Interventionen - weiter fortsetzen bzw. stabilisieren wird, da die Nachfrage nach hochwertigen innerstädtischen Altbauwohnungen weiter besteht und vermutlich noch etliche Gebäude das entsprechende „Sanierungspotential“ bieten. Insbesondere das Gebiet rund um die Adolfsallee dürfte für Investoren besonders interessant sein.

Die stärkste mit unseren Indikatoren messbare Veränderung der Bevölkerungs- und Sozialstruktur zeigte sich im Beobachtungszeitraum 2005 bis 2011. Im Zeitraum 2011 bis 2016 hat sich diese Entwicklung stabilisiert und moderat fortgesetzt.

Somit wurde in 2011 ein „abnehmender Handlungsbedarf“ festgestellt. 2016 erfolgt die Zuordnung in die Kategorie „stabile Entwicklungstendenzen“.

Abbildung 61: Adolfsallee, Luxemburgplatz - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016



Quelle: Eigene Darstellung



Grundsatz und Planung

Abbildung 62: Werte Statusindikatoren - Adolfsallee, Luxemburgplatz

Indikator *	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
Administrative Intervention		-0,14	
Existenzsicherungsquote	12,4%	-0,23	12,9%
Arbeitslosigkeitsquote	5,1%	-0,36	5,8%
Quote Hilfen zur Erziehung	5,7%	0,78	4,3%
Anteil sozialer Wohnungsbau	0,4%	-0,74	6,0%
Lebenslagenrisiko		0,16	
Prekäre Einkommenslage			
Wohngeldquote	1,4%	-0,20	1,5%
Anteil sv-pflichtig Beschäftigter mit SGB II-Leistungen	1,9%	-0,39	2,2%
Quote Langzeitbezug Transferleistungen	4,9%	-0,55	6,6%
Wohnen			
prekäre Wohnraumversorgung	9,8 qm	0,49	19,9 qm
Risiko geringe Wohneigentumsquote	93,6%	1,21	76,3%
Anteil Räumungsklagen und Zwangsräumungen	1,7%	0,26	1,4%
Bildungsrisiken			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II-Leistungen	63,1%	-0,12	65,7%
Quote Unzureichende Kompetenzen für den Schulstart	35,9%	0,86	22,1%
Quote Schulbesuch ohne Hochschulreifeoption	48,7%	0,05	45,7%
Herkunftsbenachteiligung			
Kinderarmutsquote	22,9%	-0,12	22,9%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	5,2%	-0,67	8,5%
Anteil langzeitarmer Kinder	17,5%	0,09	15,2%
Anteil neu zugewanderter Kinder	4,9%	0,06	4,8%
Familien mit Risiken			
Alleinerziehendenquote	24,0%	0,15	23,1%
Quote große Familien	10,6%	-0,31	11,5%
Alte Menschen mit Risiken			
Anteil allein lebender alter Menschen	55,7%	0,74	49,1%
Quote Altersarmut	11,4%	0,36	7,2%
Risiken soz. Einbindung + Integration			
Quote Wohndauer unter 10 Jahren	71,3%	1,48	56,7%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	13,0%	0,24	11,1%
Anteil Neuzugewanderte	4,7%	0,56	3,6%
Anteil ausl. Bevölkerung mit unsicherem Aufenthaltsstatus	7,1%	0,53	5,3%
Gesundheitliche Risiken			
Rate Vorzeitige Sterblichkeit	1,5	-0,69	1,8
Anteil übergewichtiger Kinder bei Schulbeginn	12,9%	0,53	11,0%
Politische Teilhabe			
Anteil Erwachsene ohne Teilhabe an Wahl	44,4%	0,01	42,0%
<i>nachrichtlich:</i>			
Anteil Nicht-Wahlberechtigte Bundestagswahl 2017	26,7%	0,44	21,4%
Quote Nicht-Wahlbeteiligung Bundestagswahl 2017	24,2%	-0,55	26,2%

* ausführliche Beschreibung der Indikatoren Kapitel 3

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

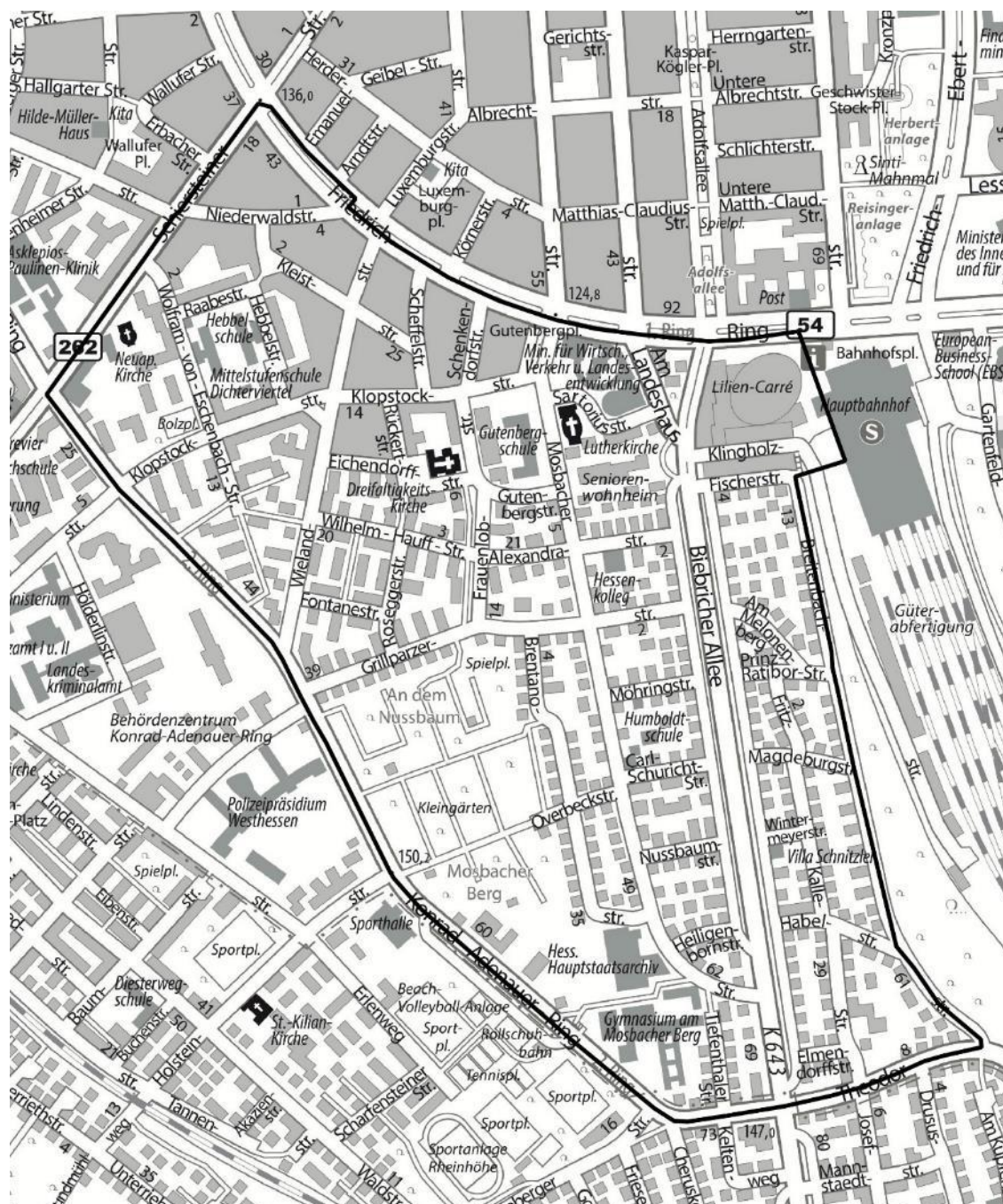
> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

Quelle: Datenquellen der Indikatoren s. Kapitel 3
Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung

8.8 Dichterviertel, Biebricher Allee

Abbildung 63: Dichterviertel, Biebricher Allee



Quelle: Vermessungsamt

Grundsatz und Planung

Dichterviertel, Biebricher Allee

Der Stadtteil „Dichterviertel, Biebricher Allee“ umfasst überwiegend Wohngebiete, die im Rahmen der Stadterweiterung um die Jahrhundertwende bis 1914 zwischen dem Ersten und Zweiten Ring entstanden sind, sowie die Villengebiete entlang der Biebricher Allee, die zum historischen Villengürtel Wiesbadens zählen.

Der Stadtteil ist hauptsächlich geprägt durch Villen und aus der Zeit des Historismus stammenden Mehrfamilienhäusern mit großen und überwiegend gut sanierten Wohnungen. In einigen Straßenzügen finden sich jedoch auch Geschosswohnungsbauten aus der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts. Der Stadtteil „Dichterviertel, Biebricher Allee“ zählt zu den beliebtesten Wiesbadener Wohnlagen mit einem überwiegend gehobenem bis hohem (Miet-) Preisniveau.

Tabelle 42: Dichterviertel, Biebricher Allee - Bevölkerungsstruktur

31.12.2017	Zahl	Anteil	Wiesbaden
Altersmedian (Jahre)	42	-	42
Kinder und Jugendliche (0 bis 17 Jahre)	1.290	16,8%	17,0%
Alte Menschen (über 65 Jahre)	1.345	17,5%	19,5%
Durchschnittliche Haushaltsgröße	1,88	-	1,95
Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren	824	20,3%	20,1%

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung

Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren; eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Alters- und Haushaltsstruktur entsprechen im Stadtteil „Dichterviertel, Biebricher Allee“ dem städtischen Durchschnitt.

Entwicklung der Eckwerte

Tabelle 43: Dichterviertel, Biebricher Allee - Eckwerte 2011 - 2017

	2011	2017	Differenz absolut	Differenz in %
Einwohner	7.446	7.691	+245	+3,3%
Haushalte	4.080	4.055	-25	-0,6%
Wohnungen* (2012)	4.064	4.067	+3	0,1%
Mobilitätsziffer	26,6%	22,0%	-	-17,3%

*Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung,

Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren, eigene Berechnungen

Grundsatz und Planung



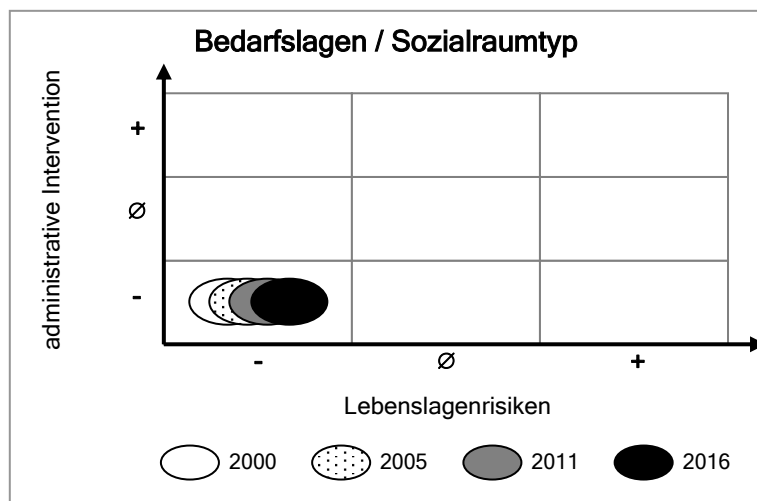
Die Werte zeigen sich über den Zeitverlauf relativ stabil.

Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2011 (Basis alle Indikatoren)

Der Stadtteil „Dichterviertel, Biebricher Allee“ ist konstant ein Stadtteil mit niedrigen sozialen Bedarfslagen, sowohl bezogen auf das Lebenslagenrisiko als auch auf das Ausmaß administrativer Intervention.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Dichterviertel, Biebricher Allee“ auf Rang 28 (2011: Rang 26) von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.

Abbildung 64: Dichterviertel, Biebricher Allee - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016



Quelle: Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Entwicklung der Dynamikindikatoren

Tabelle 44: Dichterviertel, Biebricher Allee -

Entwicklung Dynamikindikatoren 2005, 2011 - 2016 - überproportionale Abweichungen grau schattiert

	2005	2011	2016	Ver- änderung 2011-2016	WI 2011	WI 2016	Ver- änderung
Administrative Intervention							
Existenzsicherungsquote	7,4%	7,3%	7,8%	+6,8%	12,4%	12,9%	+4,0%
Kinderarmutsquote	14,0%	12,4%	13,9%	+12,2%	23,2%	22,9%	-1,3%
Arbeitslosenquote	5,7%	3,7%	2,9%	-20,5%	5,4%	5,8%	+7,4%
Risikante Lebenslagen							
Nicht-EU-Staatsangehörige	7,7%	7,7%	8,0%	+4,2%	10,0%	11,1%	+11,0%
Alleinerziehendenquote	25,4%	22,6%	20,2%	-10,6%	23,9%	23,1%	-3,3%
Quote große Familien	8,5%	10,3%	10,0%	-3,1%	11,0%	11,5%	+4,5%
prekäre Wohnraumversorgung (2012)*	20,7qm	22,3qm	22,6qm	+0,2%**	+20,3qm	+19,9qm	-0,1%

* Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

** Die Berechnung der Veränderung bezieht sich nicht auf die qm-Angaben, sondern auf das Versorgungsmaß (Verhältnis IST-SOLL)

Quelle: Hess. Statistisches Landesamt, Amt für Statistik und Stadtforschung, Amt für Soziale Arbeit

Bautätigkeitsstatistik, Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren; Geschäftsstatistik SGB II und XII, eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Die Existenzsicherungsquote ist etwas stärker als in der Gesamtstadt angestiegen, liegt aber wie auch in 2005 und die Jahre davor deutlich unterhalb des städtischen Durchschnitts. Der deutliche Anstieg der Kinderarmutsquote - in der Gesamtstadt sank sie leicht - änderte nichts an den seit Jahren deutlich unter dem Stadtdurchschnitt liegenden Anteilswerten. Die Arbeitslosenquote ist deutlich gefallen, während sie sich im Stadtdurchschnitt erhöhte.

Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Der Anteil der Menschen mit Nicht-EU-Staatsangehörigkeit ist zwischen 2011 und 2016 nicht so stark wie in der Gesamtstadt gestiegen und liegt weiterhin deutlich unter dem städtischen Durchschnitt.

Der Anteil der Alleinerziehenden an allen Haushalten mit Kindern ist wie auch im Zeitraum 2005 bis 2011 deutlich gesunken und liegt nun im niedrigen Bedarfslagenbereich. In absoluten Zahlen stellt sich diese Entwicklung nicht so drastisch dar; die Zahl der Alleinerziehendenhaushalte ist um fünf Haushalte auf 164 gesunken.

Der Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern ist zwischen 2011 und 2016 etwas gesunken, während in der Gesamtstadt der Anteil zunahm.

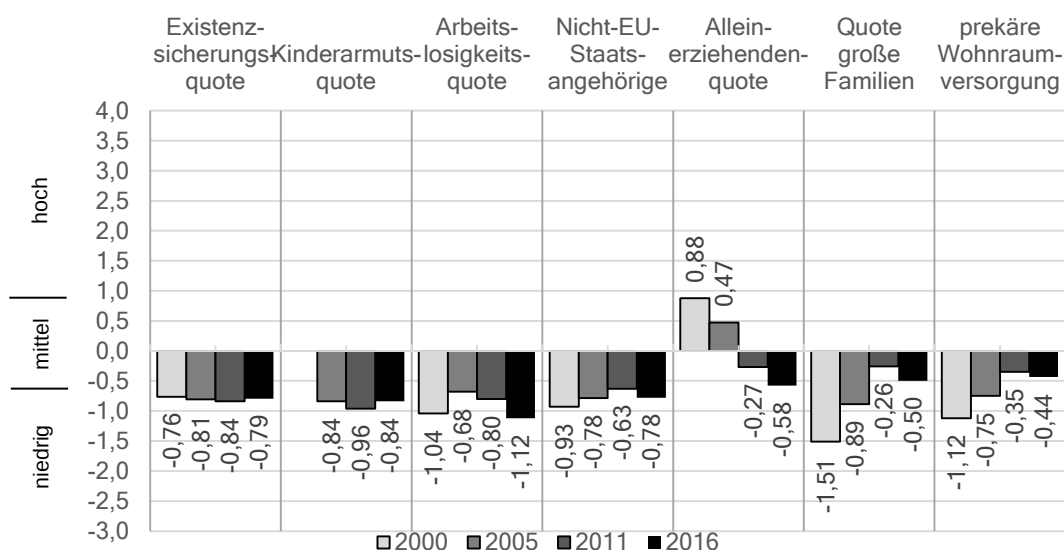
Die Versorgung mit Wohnfläche ist unverändert überdurchschnittlich gut und hat sich sogar leicht verbessert.

Gesamtbewertung

Der Stadtteil zeigt konstant eine niedrige soziale Bedarfslage bezogen auf beide Indikatorengruppen.

Der Stadtteil „Dichterviertel, Biebricher Allee“ wird somit der Kategorie „stabile Entwicklungstendenzen“ zugeordnet.

Abbildung 65: Dichterviertel, Biebricher Allee - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016



Quelle: Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung

Abbildung 66: Werte Statusindikatoren - Dichterviertel, Biebricher Allee

Indikator *	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
Administrative Intervention		-0,93	
Existenzsicherungsquote	7,8%	-0,79	12,9%
Arbeitslosigkeitsquote	2,9%	-1,12	5,8%
Quote Hilfen zur Erziehung	2,4%	-1,37	4,3%
Anteil sozialer Wohnungsbau	3,3%	-0,45	6,0%
Lebenslagenrisiko		-0,56	
Prekäre Einkommenslage			
Wohngeldquote	1,5%	-0,14	1,5%
Anteil sv-pflichtig Beschäftigter mit SGB II-Leistungen	1,2%	-0,83	2,2%
Quote Langzeitbezug Transferleistungen	3,3%	-0,92	6,6%
Wohnen			
prekäre Wohnraumversorgung	22,6 qm	-0,44	19,9 qm
Risiko geringe Wohneigentumsquote	81,5%	0,36	76,3%
Anteil Räumungsklagen und Zwangsräumungen	0,9%	-0,65	1,4%
Bildungsrisiken			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II-Leistungen	60,2%	-0,55	65,7%
Quote Unzureichende Kompetenzen für den Schulstart	16,2%	-0,50	22,1%
Quote Schulbesuch ohne Hochschulreifeoption	36,3%	-1,01	45,7%
Herkunftsbenachteiligung			
Kinderarmutsquote	13,9%	-0,84	22,9%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	8,4%	-0,07	8,5%
Anteil langzeitarmer Kinder	8,7%	-0,83	15,2%
Anteil neu zugewanderter Kinder	1,6%	-0,99	4,8%
Familien mit Risiken			
Alleinerziehendenquote	20,2%	-0,58	23,1%
Quote große Familien	10,0%	-0,50	11,5%
Alte Menschen mit Risiken			
Anteil allein lebender alter Menschen	59,5%	1,21	49,1%
Quote Altersarmut	6,3%	-0,43	7,2%
Risiken soz. Einbindung + Integration			
Quote Wohndauer unter 10 Jahren	61,2%	0,49	56,7%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	8,0%	-0,78	11,1%
Anteil Neuzugewanderte	1,7%	-0,87	3,6%
Anteil ausl. Bevölkerung mit unsicherem Aufenthaltstatus	3,9%	-0,62	5,3%
Gesundheitliche Risiken			
Rate Vorzeitige Sterblichkeit	1,0	-1,84	1,8
Anteil übergewichtiger Kinder bei Schulbeginn	7,9%	-0,83	11,0%
Politische Teilhabe			
Anteil Erwachsene ohne Teilhabe an Wahl	33,8%	-0,90	42,0%
<i>nachrichtlich:</i>			
Anteil Nicht-Wahlberechtigte Bundestagswahl 2017	17,3%	-0,63	21,4%
Quote Nicht-Wahlbeteiligung Bundestagswahl 2017	20,0%	-1,09	26,2%

* ausführliche Beschreibung der Indikatoren Kapitel 3

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

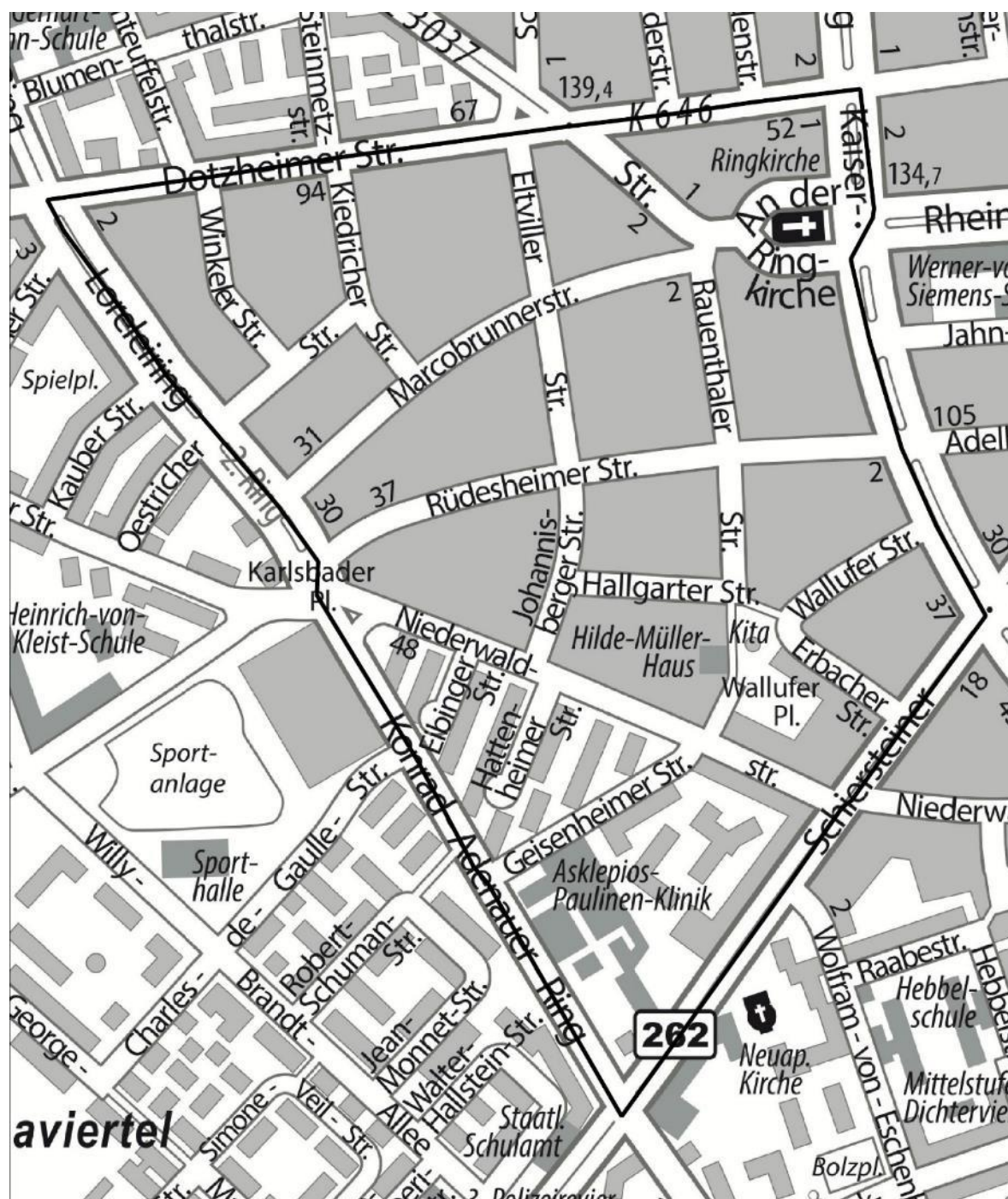
> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

Quelle: Datenquellen der Indikatoren s. Kapitel 3
Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung

8.9 Rheingauviertel

Abbildung 67: Rheingauviertel



Quelle: Vermessungsamt

Grundsatz und Planung

Rheingauviertel

Der Stadtteil „Rheingauviertel“ ist im Rahmen der Stadterweiterung um 1900 bis 1914 zwischen dem Ersten und Zweiten Ring entstanden. Das Viertel ist ein beliebtes Wiesbadener Wohngebiet, geprägt durch eine geschlossene Bebauung mit 3- bis 5-geschossigen Mehrfamilienhäusern, die überwiegend aus der Zeit des Historismus, aber auch in Teilen aus den 1920er bzw. 1930er Jahren stammen. Die Mietpreise liegen im mittleren bis oberen Segment.

Tabelle 45: Rheingauviertel - Bevölkerungsstruktur

31.12.2017	Zahl	Anteil	Wiesbaden
Altersmedian (Jahre)	37	-	42
Kinder und Jugendliche (0 bis 17 Jahre)	1.239	16,0%	17,0%
Alte Menschen (über 65 Jahre)	879	11,4%	19,5%
Durchschnittliche Haushaltsgröße	1,75	-	1,95
Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren	770	17,4%	20,1%

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung

Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren; eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Das Rheingauviertel ist ein relativ junger Stadtteil. Der Anteil alter Menschen an der Bevölkerung liegt im Rheingauviertel deutlich unter dem städtischen Durchschnitt. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen sowie der Haushalte mit Kindern sind etwas unterdurchschnittlich. Die durchschnittliche Haushaltsgröße liegt deutlich unterhalb des städtischen Durchschnitts.

Entwicklung der Eckwerte

Tabelle 46: Rheingauviertel - Eckwerte 2011 - 2017

	2011	2017	Differenz absolut	Differenz in %
Einwohner	7.513	7.727	+211	+2,8%
Haushalte	4.322	4.422	+100	+2,3%
Wohnungen* (2012)	4.063	4.028	-35	-0,9%
Mobilitätsziffer	31,9%	26,4%	-	-17,2%

*Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung,

Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren, eigene Berechnungen

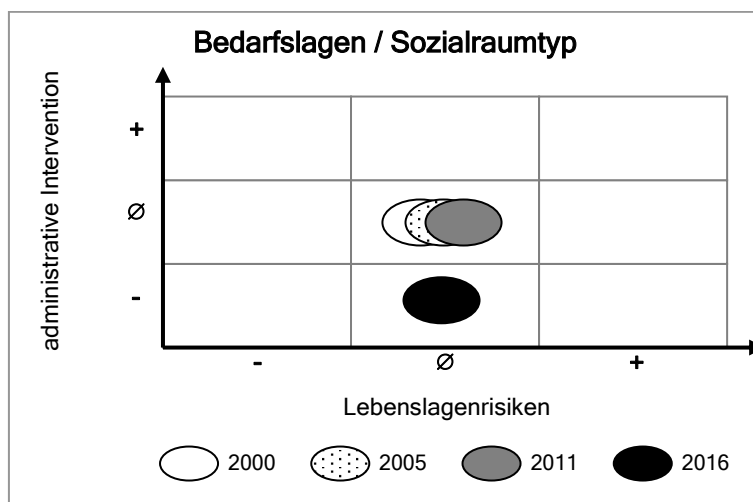
Grundsatz und Planung



Die Werte zeigen sich recht stabil, lediglich die Mobilitätsrate ist stärker gesunken.

Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2011 bis 2016 (Basis alle Indikatoren)

Abbildung 68: Rheingauviertel - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016



Quelle: Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Das „Rheingauviertel“ ist ein Stadtteil mit stabil durchschnittlichem Ausmaß der Lebenslagenrisiken. Zeigten zwischen 2000 und 2011 die Indikatoren für das Ausmaß der administrativen Intervention noch durchschnittliche Werte, liegen die Werte nun - wenn auch knapp - im niedrigen Bereich. Der Stadtteil zählt auch 2016 - wie schon seit 2000 - unverändert zur Kategorie der Stadtteile mit mittleren, also durchschnittlichen, sozialen Bedarfslagen.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Rheingauviertel“ auf Rang 21 (2011: Rang 18) von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.

Es erfolgte somit eine überdurchschnittliche Steigerung des Ranges um drei Positionen. Ein Blick auf die Dynamikindikatoren zeigt die deutlichen Veränderungen.

Entwicklung der Dynamikindikatoren

Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

In allen drei Indikatoren liegen die Anteilswerte nun knapp unter dem städtischen Durchschnitt. Zwischen 2011 und 2016 sind diese überproportional gesunken, während in der Gesamtstadt sowohl die Existenzsicherungs- als auch die Arbeitslosenquote gestiegen sind.

Neben dem Rückgang der Anteilswerte, ist auch die Zahl der betroffenen Personen in allen drei Indikatoren zurückgegangen und das Rheingauviertel hat seine Position im Vergleich der Stadtteile untereinander und im Vergleich zur Gesamtstadt in allen drei Indikatoren verbessert. Besonders stark ist die Kinderarmutsquote gesunken. Die Anzahl aller Kinder von 0 bis 14 Jahren ist 2011 und 2016 gleich hoch, sodass das Sinken der Kinderarmutsquote und der Anzahl der armen Kinder auf eine sozialstrukturelle Änderung hinweist.

Tabelle 47: Rheingauviertel -

Entwicklung Dynamikindikatoren 2005, 2011 - 2016 - überproportionale Abweichungen grau schattiert

	2005	2011	2016	Ver- änderung 2011-2016	WI 2011	WI 2016	Ver- änderung
Administrative Intervention							
Existenzsicherungsquote	14,2%	14,0%	12,6%	-10,0%	12,4%	12,9%	+4,0%
Kinderarmutsquote	27,9%	28,1%	22,8%	-19,0%	23,2%	22,9%	-1,3%
Arbeitslosigkeitsquote	8,4%	5,2%	4,8%	-8,1%	5,4%	5,8%	+7,4%
Riskante Lebenslagen							
Nicht-EU-Staatsangehörige	15,0%	12,5%	11,3%	-9,9%	10,0%	11,1%	+11,0%
Alleinerziehendenquote	27,0%	28,0%	25,2%	-10,0%	23,9%	23,1%	-3,3%
Quote große Familien	8,2%	9,8%	9,3%	-5,6%	11,0%	11,5%	+4,5%
prekäre Wohnraumversorgung (2012)*	+13,9qm	+13,8qm	+12,5qm	-1,7%**	+20,3qm	+19,9qm	-0,1%

* Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

** Die Berechnung der Veränderung bezieht sich nicht auf die qm-Angaben, sondern auf das Versorgungsmaß (Verhältnis IST-SOLL)

Quelle: Hess. Statistisches Landesamt, Amt für Statistik und Stadtforschung, Amt für Soziale Arbeit

Bautätigkeitsstatistik, Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren; Geschäftsstatistik SGB II und XII, eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Der Anteil der Menschen mit Nicht-EU-Staatsangehörigkeit an der Bevölkerung ist zwischen 2011 und 2016 stark gesunken, während sie in der Gesamtstadt zugenommen hat. Sie liegt aber nach wie vor im mittleren Bereich.

Der Anteil der Alleinerziehendenhaushalte an allen Haushalten mit Kindern ist etwas stärker als in der Gesamtstadt gesunken, liegt aber immer noch etwas über dem gesamtstädtischen Wert. Während der Wert 2011 noch im Bereich der hohen sozialen Bedarfslagen lag, ist er nun im durchschnittlichen mit einer leichten Tendenz zum niedrigen Bedarfslagenbereich angesiedelt. Der Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern hat sich gegenüber 2011 etwas verringert, während er gesamtstädtisch leicht anstieg. Durch diese Veränderung fällt nun das Rheingauviertel - bezogen auf diesen Indikator - von der Kategorie mittlere Bedarfslage unter die Kategorie der niedrigen Bedarfslage.

Die Versorgung mit Wohnfläche hat sich gegenüber 2011 leicht verschlechtert und liegt wie auch in 2011, bei konstant mittlerer Bedarfslage, unter dem städtischen Durchschnitt.

Gesamtbewertung

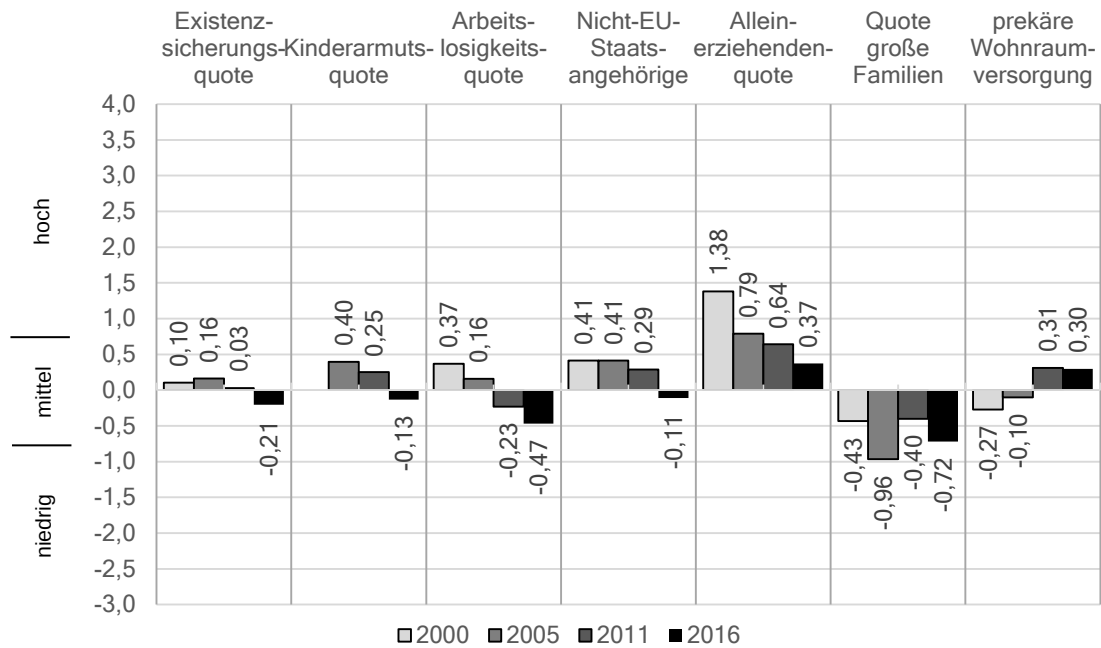
In den drei Dynamikindikatoren der „administrativen Intervention“ und dem Indikator „Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige“ aus der Gruppe der Indikatoren der „riskanten Lebenslagen“ - also in vier von insgesamt sieben Dynamikindikatoren - hat sich das Rheingauviertel deutlich positiver als der Durchschnitt der Gesamtstadt entwickelt.

Es erfolgt eine Zuordnung in die Kategorie „positive Entwicklungstendenzen“.

Eine tendenzielle Veränderung der Sozialstruktur der Bevölkerung - deutliche Abnahme der Personen im Bezug von Existenzsicherungsleistungen - ist festzustellen. Republikweit lässt sich ein Trend beobachten, dass bestimmte wohlhabende Bevölkerungsgruppen innerstädtisches Wohnen stark nachfragen. Aufgrund der Bausubstanz mit zahlreichen Gründerzeithäusern, die vielfach attraktive, umfassend modernisierte Wohnungen bieten, als auch der innenstadtnahen Lage ist das Rheingauviertel gut geeignet diese Nachfrage zu bedienen. Entsprechend hohe Mietpreise können erzielt werden. Wohnungen für Menschen mit niedrigen Einkommen scheinen knapper zu werden.

Ebenso sprechen die Gastronomie und eine zunehmende Zahl kleiner trendiger Läden im Rheingauviertel eine urbane wohlhabende Klientel an.
Die Entwicklung des Stadtteils weist deutliche Zeichen für einen Gentrifizierungsprozess auf.

Abbildung 69: Rheingauviertel - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016



Quelle: Eigene Darstellung



Grundsatz und Planung

Abbildung 70: Werte Statusindikatoren - Rheingauviertel

Indikator *	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
Administrative Intervention		-0,53	
Existenzsicherungsquote	12,6%	-0,21	12,9%
Arbeitslosigkeitsquote	4,8%	-0,47	5,8%
Quote Hilfen zur Erziehung	3,5%	-0,70	4,3%
Anteil sozialer Wohnungsbau	0,4%	-0,74	6,0%
Lebenslagenrisiko		-0,09	
Prekäre Einkommenslage			
Wohngeldquote	1,2%	-0,47	1,5%
Anteil sv-pflichtig Beschäftigter mit SGB II-Leistungen	2,2%	-0,18	2,2%
Quote Langzeitbezug Transferleistungen	5,7%	-0,36	6,6%
Wohnen			
prekäre Wohnraumversorgung	12,5 qm	0,30	19,9 qm
Risiko geringe Wohneigentumsquote	93,4%	1,19	76,3%
Anteil Räumungsklagen und Zwangsräumungen	1,4%	-0,08	1,4%
Bildungsrisiken			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II-Leistungen	59,6%	-0,63	65,7%
Quote Unzureichende Kompetenzen für den Schulstart	22,0%	-0,10	22,1%
Quote Schulbesuch ohne Hochschulreifeoption	49,1%	0,09	45,7%
Herkunftsbenachteiligung			
Kinderarmutsquote	22,8%	-0,13	22,9%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	6,8%	-0,37	8,5%
Anteil langzeitarmer Kinder	16,0%	-0,07	15,2%
Anteil neu zugewanderter Kinder	3,5%	-0,39	4,8%
Familien mit Risiken			
Alleinerziehendenquote	25,2%	0,37	23,1%
Quote große Familien	9,3%	-0,72	11,5%
Alte Menschen mit Risiken			
Anteil allein lebender alter Menschen	58,3%	1,06	49,1%
Quote Altersarmut	9,8%	0,11	7,2%
Risiken soz. Einbindung + Integration			
Quote Wohndauer unter 10 Jahren	68,2%	1,17	56,7%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	11,3%	-0,11	11,1%
Anteil Neuzugewanderte	2,3%	-0,58	3,6%
Anteil ausl. Bevölkerung mit unsicherem Aufenthaltstatus	4,9%	-0,26	5,3%
Gesundheitliche Risiken			
Rate Vorzeitige Sterblichkeit	1,7	-0,28	1,8
Anteil übergewichtiger Kinder bei Schulbeginn	7,7%	-0,88	11,0%
Politische Teilhabe			
Anteil Erwachsene ohne Teilhabe an Wahl	40,4%	-0,34	42,0%
<i>nachrichtlich:</i>			
Anteil Nicht-Wahlberechtigte Bundestagswahl 2017	20,9%	-0,22	21,4%
Quote Nicht-Wahlbeteiligung Bundestagswahl 2017	24,6%	-0,50	26,2%

* ausführliche Beschreibung der Indikatoren Kapitel 3

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

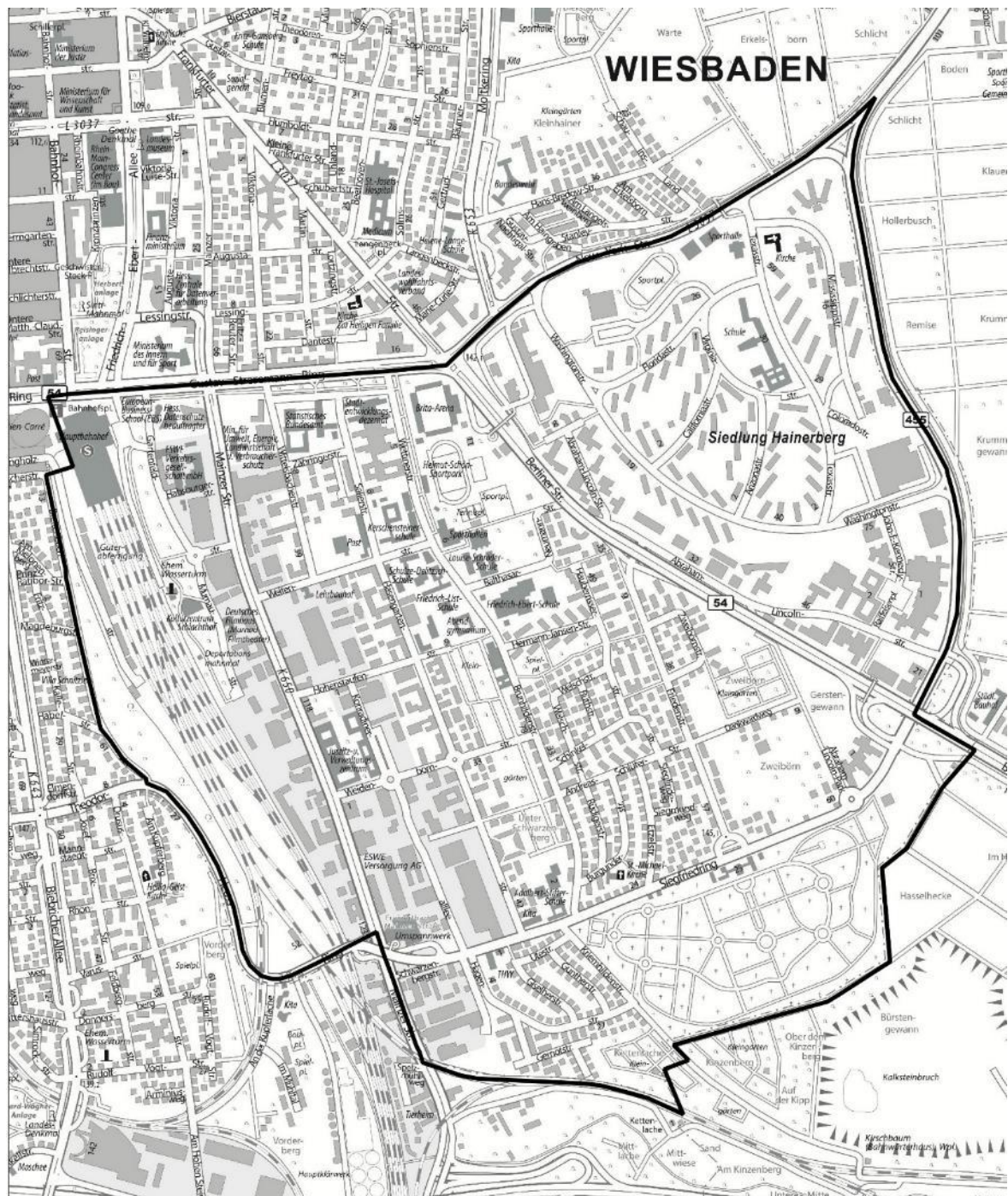
> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

Quelle: Datenquellen der Indikatoren s. Kapitel 3
Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung

8.10 Hasengarten, Friedenstraße

Abbildung 71: Hasengarten, Friedenstraße



Quelle: Vermessungsamt

Grundsatz und Planung



Hasengarten, Friedenstraße

Der Stadtteil „Hasengarten, Friedenstraße“ umfasst sehr unterschiedliche Gebiete. Hierzu zählen die Bereiche der US-amerikanischen Housing Area „Hainerberg“, die durch Einfamilienhausbebauung geprägten Wohngebiete im Bereich des Südfriedhofs, Geschosswohnungsbauten entlang der Hasengartenstraße sowie die im Rahmen des städtebaulichen Entwicklungskonzeptes „Mainzer Straße“ bisher entstandenen Büro- und Verwaltungsgebäude.

Der Stadtteil ist ein großes, für eine Innenstadtweiterung zur Verfügung stehendes, Quartier und unterliegt seit 2005 einem erheblichen Umgestaltungsprozess, der sich in der Veränderung der Bevölkerungsstruktur spiegelt.

Im Zeitraum ab 2005 wurden im Bereich Weidenborn zahlreiche - in den 1950er Jahren erbauten - Mehrfamilienhäuser mit insgesamt 650 Wohnungen aufgrund baulicher Mängel abgerissen. Bei diesen Wohnungen handelte es sich um eher kleinere, günstige Mietwohnungen. Die Mieter in diesen Häusern mussten umziehen. In 2015/2016 wurden einige der leerstehenden, aber noch nicht abgerissenen Häuser vorübergehend zur Unterbringung von Geflüchteten genutzt. Mittlerweile sind aber auch diese Häuser abgerissen. Insgesamt war und ist der Stadtteil „Hasengarten, Friedenstraße“ geprägt von einer regen Bautätigkeit sowie zahlreichen neu errichteten Wohnungen, überwiegend als höherpreisige Mietwohnungen und Eigentumswohnungen.

Tabelle 48: Hasengarten, Friedenstraße - Bevölkerungsstruktur

31.12.2017	Zahl	Anteil	Wiesbaden
Altersmedian (Jahre)	42	-	42
Kinder und Jugendliche (0 bis 17 Jahre)	1.150	16,5%	17,0%
Alte Menschen (über 65 Jahre)	1.304	18,7%	19,5%
Durchschnittliche Haushaltsgröße	1,97	-	1,95
Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren	709	20,2%	20,1%

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung

Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren; eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Die Struktur der Bevölkerung entspricht nahezu dem Wiesbadener Durchschnitt.

Die neu errichteten Wohnungen (vgl. Tabelle Eckwerte) sind - in der Regel - größere Wohnungen oder Reihenhäuser, die somit auch häufig von Familien oder Mehrpersonenhaushalten bewohnt werden. Der Anteil der Haushalte mit Kindern ist seit 2011 gestiegen und entspricht nun dem städtischen Durchschnitt.

Entwicklung der Eckwerte

Zum Gebiet des Stadtteils „Hasengarten, Friedenstraße“ zählt der Planungsraum 043 „Hainerberg“, eine durch US-Amerikaner bewohnte Siedlung. Diese werden, aufgrund des besonderen Status der US-Armeeangehörigen und deren Familienangehörigen, überwiegend nicht im Einwohnerwesen erfasst. In besonderen Fällen jedoch, z. B. bei Beantragung einer Lohnsteuerkarte, erfolgt eine melderechtliche Erfassung. Weiterhin werden auch die Wohneinheiten in der Siedlung Hainerberg in der Gebäudezählung erfasst und somit in die Gesamtzahl der Wohnungen einbezogen. Diese Besonderheiten führen in mehreren Indikatoren zu statistischen Verzerrungen, die sich auf die Werte des Stadtteils zum Teil erheblich auswirken. Aus diesen Gründen wird seit 2014 der Stadtteil nur noch ohne den

Planungsraum 043 betrachtet. In unten stehender Tabelle wurde der Planungsraum auch in 2011 nicht mit erfasst.

Tabelle 49: Hasengarten, Friedenstraße - Eckwerte 2011 - 2017 (ohne Planungsraum 043 „Hainerberg“)

	2011	2017	Differenz absolut	Differenz in %
Einwohner	5.582	6.964	+1.382	+24,8%
Haushalte	2.885	3.502	+617	+21,4%
Wohnungen* (2012)	3.134	3.391	+257	+8,2%
Mobilitätsziffer	29,4%	24,5%	-	-16,7%

*Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung,
Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren, eigene Berechnungen

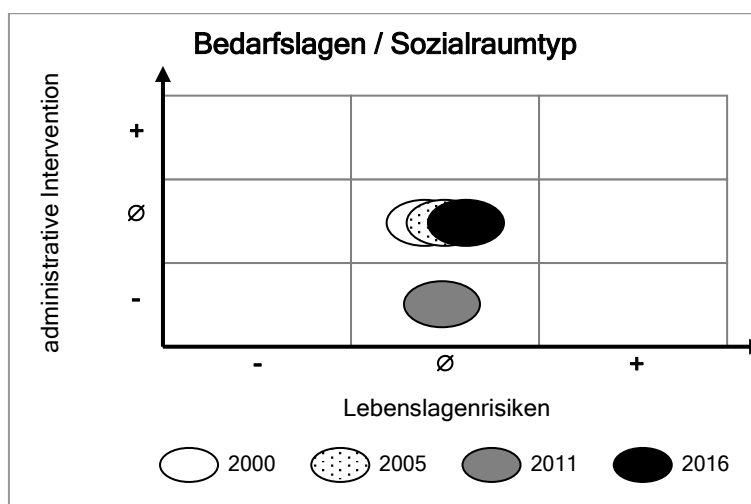
Grundsatz und Planung



Aufgrund der Neubauten haben die Bevölkerung und die Zahl der Haushalte stark zugenommen. Die Zunahme der Wohneinheiten erfolgte fast ausschließlich im Gebiet Hasengarten / Weidenborn. Die im Verhältnis zur Bevölkerungsentwicklung relativ gering erscheinende Zunahme der Zahl der Wohneinheiten erklärt sich daraus, dass in 2012 noch leerstehende und zum Abriss vorgesehene Wohnungen mitgezählt wurden.

Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2011 bis 2016 (Basis alle Indikatoren)

Abbildung 72: Hasengarten, Friedenstraße - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016



Quelle: Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Der Stadtteil „Hasengarten, Friedenstraße“ zählt auch 2011 zu den Stadtteilen mit mittlerer sozialer Bedarfslage. Die Lebenslagenrisiken liegen seit 2000 konstant im mittleren Bereich. In den Indikatoren der „administrativen Intervention“ lag der Stadtteil 2011 im Bereich der niedrigen sozialen Bedarfslage. 2016 fällt er wieder in die Kategorie der mittleren Bedarfslage. Dies ist aber ausschließlich auf eine starke Steigerung der Anteilswerte in dem Indikator

„Quote Hilfen zur Erziehung“ zurück zu führen. Die Werte in den Indikatoren „Existenzsicherungsquote“, „Arbeitslosigkeitsquote“ und „Anteil sozialer Wohnungsbau“ liegen stabil im niedrigen Bereich. Der Anstieg des Anteils der Erziehungshilfemaßnahmen ist durch die in 2016 erfolgte Unterbringung minderjähriger unbegleiteter Geflüchteten, deren Betreuung nach gesetzlichen Regelungen unter die Maßnahmen der Hilfen zur Erziehung fällt, in den ungenutzten zum Abbruch vorgesehenen Häusern im Gebiet Weidenborn zu erklären. Mittlerweile sind diese jungen Menschen anderweitig untergebracht und die Quote dürfte gesunken sein.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Hasengarten, Friedenstraße“ auf Rang 22 (2011: Rang 23) von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.

Entwicklung der Dynamikindikatoren

Die Entwicklung der Dynamikindikatoren seit 2005 spiegelt deutlich die durch die Baumaßnahmen erfolgte Veränderung der Bevölkerungsstruktur des Stadtteils.

Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Bei allen drei Indikatoren dieser Gruppe hat sich die im Zeitraum 2005 bis 2011 begonnene Verbesserung in den Anteilswerten stabilisiert. Die Werte liegen alle deutlich unter dem städtischen Durchschnitt und im Bereich der niedrigen sozialen Bedarfslage. Auch die Entwicklung der drei Indikatoren verlief positiver als in der Gesamtstadt.

Tabelle 50: Hasengarten, Friedenstraße (**ohne PLR 43) –

Entwicklung Dynamikindikatoren 2005, 2011 - 2016 - überproportionale Abweichungen grau schattiert

	2005	2011	2016	Ver- änderung 2011-2016	WI 2011	WI 2016	Ver- änderung
Administrative Intervention							
Existenzsicherungsquote	9,7%	8,6%	8,5%***	-1,2%	12,4%	12,9%	+4,0%
Kinderarmutsquote	18,9%	18,4%	17,3%***	-5,8%	23,2%	22,9%	-1,3%
Arbeitslosigkeitsquote	6,2%	4,3%	4,1%***	-4,7%	5,4%	5,8%	+7,4%
Risikante Lebenslagen							
Nicht-EU-Staatsangehörige	11,9%	9,1%	10,3%***	+13,3%	10,0%	11,1%	+11,0%
Alleinerziehendenquote	20,4%	21,1%***	19,2%***	-8,9%	23,9%	23,1%	-3,3%
Quote große Familien	10,3%	10,1%	8,8%***	-12,6%	11,0%	11,5%	+4,5%
prekäre Wohnraumversorgung (2012)*	+7,6qm	+31,6qm	+17,3qm***	-15,8%**	+20,3qm	+19,9qm	-0,1%

* Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011. **Bitte Erläuterung in nachfolgenden Ausführungen beachten!**

** Die Berechnung der Veränderung bezieht sich nicht auf die qm-Angaben, sondern auf das Versorgungsmaß (Verhältnis IST-SOLL)

Quelle: Hess. Statistisches Landesamt, Amt für Statistik und Stadtforschung, Amt für Soziale Arbeit

Bautätigkeitsstatistik, Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren;
Geschäftsstatistik SGB II und XII, eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Der Anteil der Menschen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit ist, insbesondere aufgrund der beschriebenen Unterbringung von jungen Geflüchteten im Weidenborn, zwischen 2011 und 2016 etwas stärker als in der Gesamtstadt angestiegen, liegt aber noch unter dem Anteilswert der Gesamtstadt.

Der Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern ist deutlich zurückgegangen und liegt nun im Bereich der niedrigen Bedarfslage; 2011 lag er noch im mittleren Bereich.

Die Alleinerziehendenquote ist leicht gesunken, liegt wie 2011 auch unter dem städtischen Durchschnitt und im niedrigen Bedarfslagenbereich.

Die Werte des Indikators „Unzureichende Wohnraumversorgung“ sind, aufgrund der beschriebenen besonderen statistischen Problematik im Planungsraum 043 „Hainerberg“, nur bedingt aussagefähig. In 2012 wurden in diesem Planungsraum noch die Wohnungen miterfasst, aber nur ein sehr geringer Teil der dort wohnenden US-Amerikaner. Seit 2014 wird der Planungsraum bei der Betrachtung des Stadtteils herausgenommen.

Weiterhin standen in 2012 etliche Wohnungen im Gebiet Weidenborn wegen der geplanten Abrissmaßnahmen bereits leer. Dies hat zur Folge, dass das Verhältnis „vorhandene Wohnfläche“ zu „Einwohnerschaft“ in 2012 deutlich überhöhte Werte zeigt. In 2016 liegen die Werte in diesem Indikator leicht unter dem städtischen Durchschnitt im mittleren Bedarfslagenbereich.

Gesamtbewertung

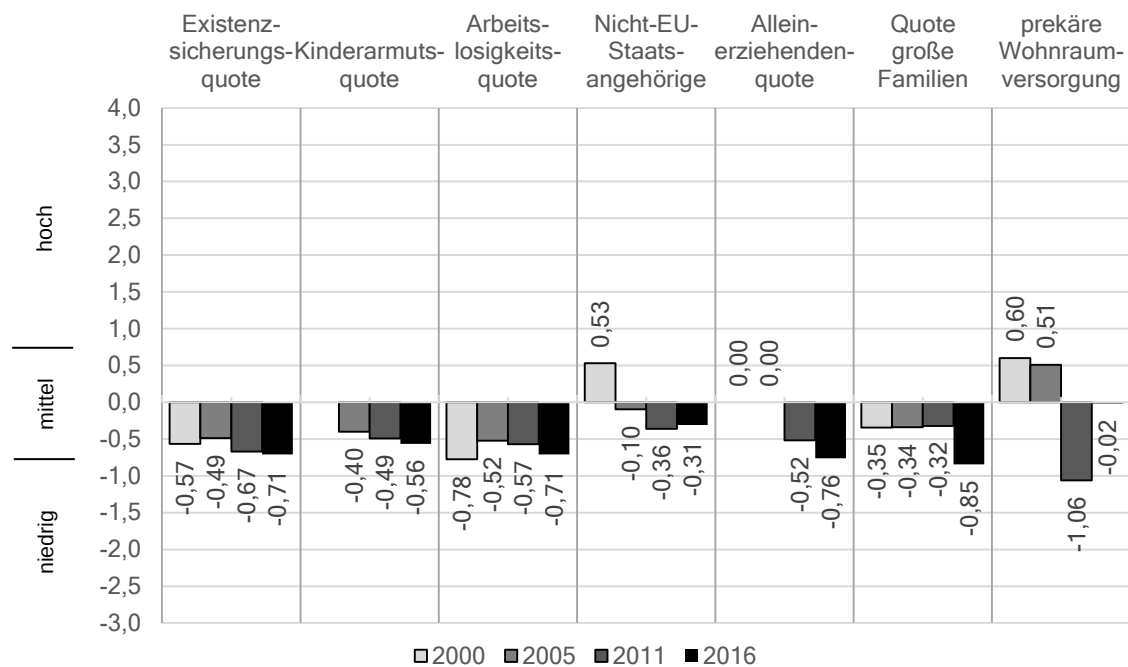
In Bezug auf das Ausmaß der administrativen Intervention und auch in zwei Indikatoren des Anteils an riskanten Lebenslagen sind deutlich positivere Entwicklungstendenzen im Vergleich zur gesamtstädtischen Entwicklung festzustellen. Diese liegen begründet in einem größeren Umgestaltungsprozess des Stadtteils und einer damit einhergehenden Veränderung der Bevölkerungs- und Sozialstruktur.

Die beobachteten Positivtendenzen sind zwar deutlich sichtbar, aber noch nicht so stark ausgeprägt, dass sie sich in den verwendeten Indikatoren und unserem angewandten Kategorisierungsverfahren so deutlich niederschlagen, dass der Stadtteil in die Kategorie „abnehmender Handlungsbedarf“ fällt.

2016 gehört der Stadtteil, wie auch bereits 2011, somit noch zu den Stadtteilen der Entwicklungs-Kategorie „stabile Entwicklungstendenzen“.

Zeitreihe Dynamikindikatoren

Abbildung 73: Hasengarten, Friedenstraße - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016



Quelle: Eigene Darstellung



Grundsatz und Planung

Abbildung 74: Werte Statusindikatoren - Hasengarten, Friedenstraße

Indikator *	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
Administrative Intervention		-0,49	
Existenzsicherungsquote	8,5%	-0,71	12,9%
Arbeitslosigkeitsquote	4,1%	-0,71	5,8%
Quote Hilfen zur Erziehung	4,8%	0,20	4,3%
Anteil sozialer Wohnungsbau	0,5%	-0,73	6,0%
Lebenslagenrisiko		-0,31	
Prekäre Einkommenslage			
Wohngeldquote	0,8%	-0,92	1,5%
Anteil sv-pflichtig Beschäftigter mit SGB II-Leistungen	1,5%	-0,62	2,2%
Quote Langzeitbezug Transferleistungen	3,7%	-0,83	6,6%
Wohnen			
prekäre Wohnraumversorgung	17,3 qm	-0,02	19,9 qm
Risiko geringe Wohneigentumsquote	73,2%	-0,22	76,3%
Anteil Räumungsklagen und Zwangsräumungen	0,8%	-0,77	1,4%
Bildungsrisiken			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II-Leistungen	58,7%	-0,77	65,7%
Quote Unzureichende Kompetenzen für den Schulstart	30,6%	0,49	22,1%
Quote Schulbesuch ohne Hochschulreifeoption	47,6%	-0,04	45,7%
Herkunftsbenachteiligung			
Kinderarmutsquote	17,3%	-0,56	22,9%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	6,0%	-0,52	8,5%
Anteil langzeitarmer Kinder	12,7%	-0,42	15,2%
Anteil neu zugewanderter Kinder	5,8%	0,36	4,8%
Familien mit Risiken			
Alleinerziehendenquote	19,2%	-0,76	23,1%
Quote große Familien	8,8%	-0,85	11,5%
Alte Menschen mit Risiken			
Anteil allein lebender alter Menschen	47,3%	-0,29	49,1%
Quote Altersarmut	4,4%	-0,73	7,2%
Risiken soz. Einbindung + Integration			
Quote Wohndauer unter 10 Jahren	67,2%	1,07	56,7%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	10,3%	-0,31	11,1%
Anteil Neuzugewanderte	3,0%	-0,24	3,6%
Anteil ausl. Bevölkerung mit unsicherem Aufenthaltstatus	5,1%	-0,18	5,3%
Gesundheitliche Risiken			
Rate Vorzeitige Sterblichkeit	1,8	-0,09	1,8
Anteil übergewichtiger Kinder bei Schulbeginn	13,1%	0,58	11,0%
Politische Teilhabe			
Anteil Erwachsene ohne Teilhabe an Wahl	40,7%	-0,31	42,0%
<i>nachrichtlich:</i>			
Anteil Nicht-Wahlberechtigte Bundestagswahl 2017	20,8%	-0,23	21,4%
Quote Nicht-Wahlbeteiligung Bundestagswahl 2017	25,1%	-0,43	26,2%

* ausführliche Beschreibung der Indikatoren Kapitel 3

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

Quelle: Datenquellen der Indikatoren s. Kapitel 3
Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung

Klarenthal

Der Stadtteil Klarenthal entstand in den 1960er und 1970er Jahren als Teil des Konzeptes von Ernst May für ein neues Wiesbaden. Die Großsiedlung „auf der grünen Wiese“ wurde als sozial und baulich gemischtes Gebiet - Geschoss- und Hochhausbauten des sozialen Wohnungsbaus (Klarenthal Nord), sowie Einfamilienhausbebauung und Geschossbauten mit frei finanzierten Mietwohnungen (Klarenthal Süd) - geplant und errichtet.

Der Stadtteil ist konzipiert als Wohnsiedlung mit einer guten Ausstattung an sozialer Infrastruktur und einigen Einkaufsmöglichkeiten.

Auch bedingt durch den Status eines Ortsbezirks und somit einem Ortsbeirat, zeichnet sich der Stadtteil, im Gegensatz zu anderen Großsiedlungen, durch eine eigene Stadtteilidentität aus.

Tabelle 51: Klarenthal - Bevölkerungsstruktur

31.12.2017	Zahl	Anteil	Wiesbaden
Altersmedian (Jahre)	45	-	42
Kinder und Jugendliche (0 bis 17 Jahre)	2.145	20,2%	17,0%
Alte Menschen (über 65 Jahre)	2.705	25,4%	19,5%
Durchschnittliche Haushaltsgröße	2,15	-	1,95
Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren	1.200	24,3%	20,1%

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung

Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren; eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Klarenthal weist einen überdurchschnittlichen Bevölkerungsanteil an Kindern und Jugendlichen, aber auch an alten Menschen auf. Der hohe Anteil von Kindern und Jugendlichen ist typisch für eine Großsiedlung des (ehemaligen) sozialen Wohnungsbaus. Der hohe Anteil an alten Menschen ist zurückzuführen auf die Siedlungsentwicklung: zahlreiche Bewohner/innen, die in der Familienphase in die neue Siedlung Klarenthal zogen, leben dort immer noch. Weiterhin sind in Klarenthal drei Altenwohnanlagen mit ca. 380 Wohnungen angesiedelt.

Entwicklung der Eckwerte

Tabelle 52: Klarenthal - Eckwerte 2011 - 2017

	2011	2017	Differenz absolut	Differenz in %
Einwohner	10.372	10.639	+267	+2,6%
Haushalte	4.887	4.935	+48	+1,0%
Wohnungen* (2012)	4.786	4.830	+44	+0,9%
Mobilitätsziffer	15,6%	14,0%	-	-10,3%

*Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung,

Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren, eigene Berechnungen

Grundsatz und Planung



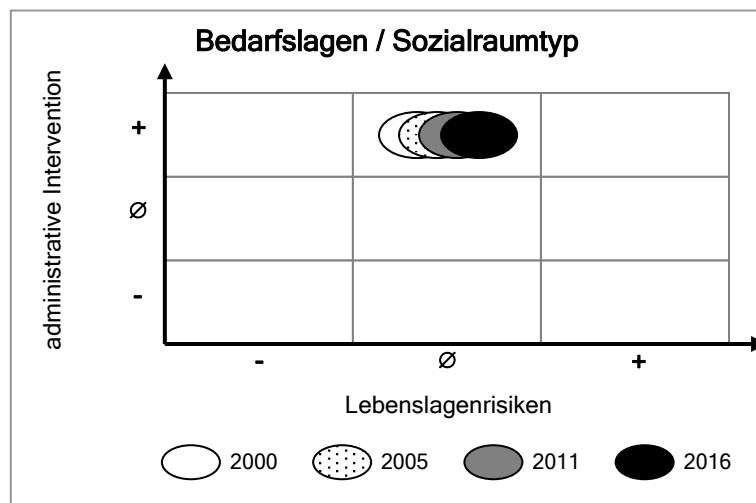
Die Bevölkerung, die Zahl der Haushalte und die Zahl der Wohnungen sind moderat gestiegen. Die Mobilitätsziffer ist unterdurchschnittlich.

Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2016 (Basis alle Indikatoren)

Klarenthal zählt konstant zu den Stadtteilen mit hohen sozialen Bedarfslagen. Insbesondere das Ausmaß der administrativen Intervention ist und war hoch. Das Lebenslagenrisiko liegt kontinuierlich im mittleren Bereich, wenn auch relativ nah an der Grenze zu den hohen sozialen Bedarfslagen.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Klarenthal“ auf Rang 10 (2011: Rang 8) von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.

Abbildung 76: Klarenthal - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016



Quelle: Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Entwicklung der Dynamikindikatoren

Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Die Existenzsicherungsquote ist von dem hohen Ausgangswert 2011 - deutlich stärker als in der Gesamtstadt - nochmals angestiegen und liegt nach wie vor in der Kategorie der hohen Bedarfslagen. Sowohl die Anteilswerte, als auch die Zahl der existenzsichernde Leistungen erhaltenden Menschen, aber auch die Werte des Stadtteils im Vergleich zu den anderen Stadtteilen und der Gesamtstadt, sind gestiegen. Die Kinderarmutsquote ist - im Gegensatz zur gesamtstädtischen Entwicklung - leicht angestiegen und liegt nach wie vor im Bereich der hohen Bedarfslagen.

Der Anteil der Arbeitslosen, die Leistungen gemäß SGB II und III beziehen, ist stärker als im städtischen Durchschnitt gestiegen und liegt ebenfalls im hohen Bedarfslagenbereich.

Insgesamt hat sich die bereits im Vergleich 2005-2011 festgestellte Verschärfung der Problem- und Belastungslage - wenn auch nicht mehr so drastisch - weiter fortgesetzt.

Tabelle 53: Klarenthal -

Entwicklung Dynamikindikatoren 2005, 2011 - 2016 - überproportionale Abweichungen grau schattiert

	2005	2011	2016	Ver- änderung 2011-2016	WI 2011	WI 2016	Ver- änderung
Administrative Intervention							
Existenzsicherungsquote	16,6%	19,7%	21,9%	+11,2%	12,4%	12,9%	+4,0%
Kinderarmutsquote	32,7%	34,9%	35,8%	+2,6%	23,2%	22,9%	-1,3%
Arbeitslosigkeitsquote	8,8%	7,7%	8,6%	+12,2%	5,4%	5,8%	+7,4%
Riskante Lebenslagen							
Nicht-EU-Staatsangehörige	11,7%	11,9%	13,6%	+14,3%	10,0%	11,1%	+11,0%
Alleinerziehendenquote	20,4%	20,8%	21,3%	+2,5%	23,9%	23,1%	-3,3%
Quote große Familien	14,5%	18,2%	15,3%	-16,2%	11,0%	11,5%	+4,5%
prekäre Wohnraumversorgung (2012)*	+8,3qm	+8,7qm	+9,5qm	+1,1%**	+20,3qm	+19,9qm	-0,1%

* Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

** Die Berechnung der Veränderung bezieht sich nicht auf die qm-Angaben, sondern auf das Versorgungsmaß (Verhältnis IST-SOLL)

Quelle: Hess. Statistisches Landesamt, Amt für Statistik und Stadtforschung, Amt für Soziale Arbeit

Bautätigkeitsstatistik, Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren;
Geschäftsstatistik SGB II und XII, eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Der Bevölkerungsanteil der Menschen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit ist deutlicher als in der Gesamtstadt gestiegen, liegt aber noch im mittleren Bereich. Ein überproportional starker Anstieg erfolgte in Klarenthal-Süd, jedoch liegt der Anteilswert mit 11,3 % immer noch unterhalb des Anteils in Klarenthal-Nord (16,8 %) und im Durchschnitt der Gesamtstadt.

Der Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern an allen Haushalten mit Kindern ist deutlich gesunken, liegt aber nach wie vor im hohen Bereich. Während in Klarenthal-Süd ein Anstieg des Anteils auf 15,6 % aller Haushalte mit Kindern, bei gleichbleibender Anzahl der Familien dieses Typs, erfolgte, sank die Quote in Klarenthal-Nord deutlich von 19,9 % in 2011 auf 15,9 % in 2016.

Der Anteil der Alleinerziehenden ist leicht gestiegen und liegt nun im mittleren Bereich, während er 2011 noch im niedrigen Bereich war. Hier erfolgte ein deutlicher Anstieg in Klarenthal-Nord, während in Klarenthal-Süd der Anteil sank.

Die ausreichende Versorgung mit Wohnraum hat sich gegenüber 2012 leicht verbessert, liegt aber immer noch deutlich unterhalb des städtischen Durchschnitts im hohen Bedarfslagenbereich.

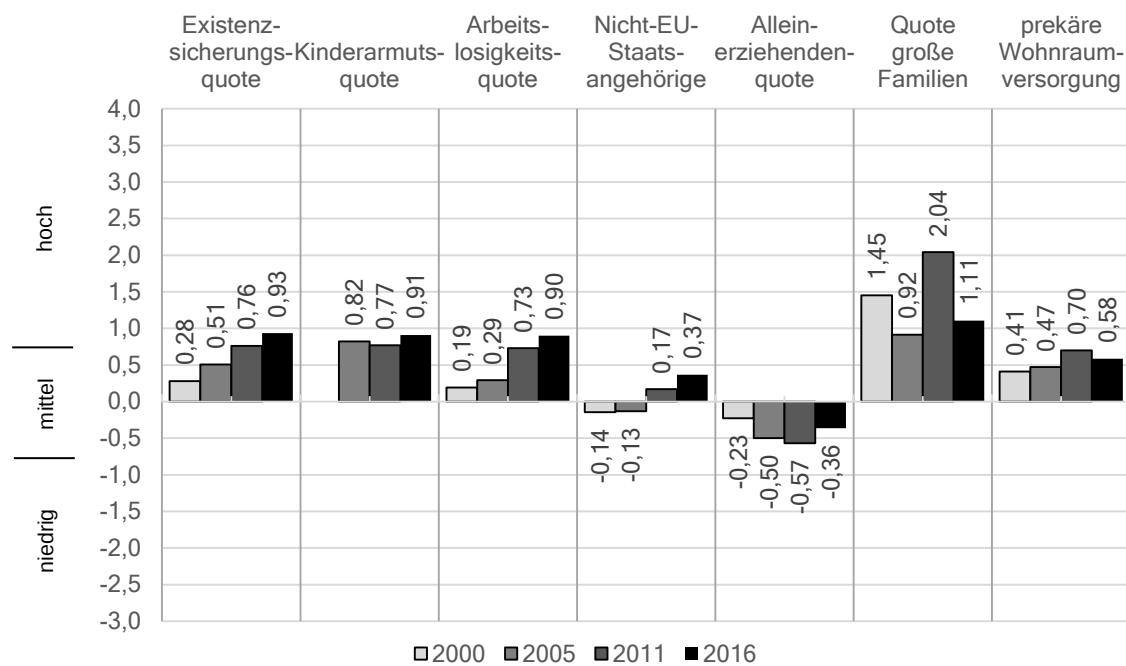
Gesamtbewertung

Im Zeitraum 2005 - 2011 war eine deutliche Verschärfung der Problemlagen festzustellen. Im jetzigen Beobachtungszeitraum von 2011 - 2016 erfolgten jedoch keine erheblichen Veränderungen. Die Problem- und Belastungslagen sind unverändert hoch. Der deutliche Anstieg der Existenzsicherungs- aber auch der Arbeitslosigkeitsquote sowie der in allen Altersgruppen überdurchschnittliche Anteil der Personen in Langzeitarbeit (verfestigter Armut), erfordert eine weitere aufmerksame Beobachtung der Entwicklungen.

Wies Klarenthal-Süd in der Vergangenheit noch deutlich niedrigere Problemlagen auf, hat im Zeitraum von 2005 - 2011 ein Anstieg der Belastungswerte stattgefunden, der sich auch im Zeitraum 2011 - 2016, wenn auch nicht so drastisch, fortsetzte. In den Indikatoren der administrativen Intervention liegt Klarenthal-Süd deutlich über dem Stadtdurchschnitt.

Aufgrund der beschriebenen Entwicklungen erfolgt eine Zuordnung in die Kategorie „stabile Entwicklungstendenzen“.

Abbildung 77: Klarenthal - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016



Quelle: Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung

Abbildung 78: Werte Statusindikatoren - Klarenthal

Indikator *	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
Administrative Intervention		0,71	
Existenzsicherungsquote	21,9%	0,93	12,9%
Arbeitslosigkeitsquote	8,6%	0,90	5,8%
Quote Hilfen zur Erziehung	4,7%	0,14	4,3%
Anteil sozialer Wohnungsbau	16,1%	0,88	6,0%
Lebenslagenrisiko		0,47	
Prekäre Einkommenslage			
Wohngeldquote	2,7%	1,26	1,5%
Anteil sv-pflichtig Beschäftigter mit SGB II-Leistungen	4,1%	1,10	2,2%
Quote Langzeitbezug Transferleistungen	13,3%	1,41	6,6%
Wohnen			
prekäre Wohnraumversorgung	9,5 qm	0,58	19,9 qm
Risiko geringe Wohneigentumsquote	83,9%	0,53	76,3%
Anteil Räumungsklagen und Zwangsräumungen	2,2%	0,83	1,4%
Bildungsrisiken			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II-Leistungen	73,2%	1,39	65,7%
Quote Unzureichende Kompetenzen für den Schulstart	38,7%	1,04	22,1%
Quote Schulbesuch ohne Hochschulreifeoption	50,8%	0,23	45,7%
Herkunftsbenachteiligung			
Kinderarmutsquote	35,8%	0,91	22,9%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	5,0%	-0,71	8,5%
Anteil langzeitarmer Kinder	25,6%	0,94	15,2%
Anteil neu zugewanderter Kinder	1,5%	-1,04	4,8%
Familien mit Risiken			
Alleinerziehendenquote	21,3%	-0,36	23,1%
Quote große Familien	15,3%	1,11	11,5%
Alte Menschen mit Risiken			
Anteil allein lebender alter Menschen	53,8%	0,51	49,1%
Quote Altersarmut	13,6%	0,70	7,2%
Risiken soz. Einbindung + Integration			
Quote Wohndauer unter 10 Jahren	48,5%	-0,78	56,7%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	13,6%	0,37	11,1%
Anteil Neuzugewanderte	1,6%	-0,91	3,6%
Anteil ausl. Bevölkerung mit unsicherem Aufenthaltstatus	5,5%	-0,02	5,3%
Gesundheitliche Risiken			
Rate Vorzeitige Sterblichkeit	1,6	-0,47	1,8
Anteil übergewichtiger Kinder bei Schulbeginn	14,6%	0,99	11,0%
Politische Teilhabe			
Anteil Erwachsene ohne Teilhabe an Wahl	50,5%	0,54	42,0%
<i>nachrichtlich:</i>			
Anteil Nicht-Wahlberechtigte Bundestagswahl 2017	21,2%	-0,18	21,4%
Quote Nicht-Wahlbeteiligung Bundestagswahl 2017	37,2%	1,12	26,2%

* ausführliche Beschreibung der Indikatoren Kapitel 3

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

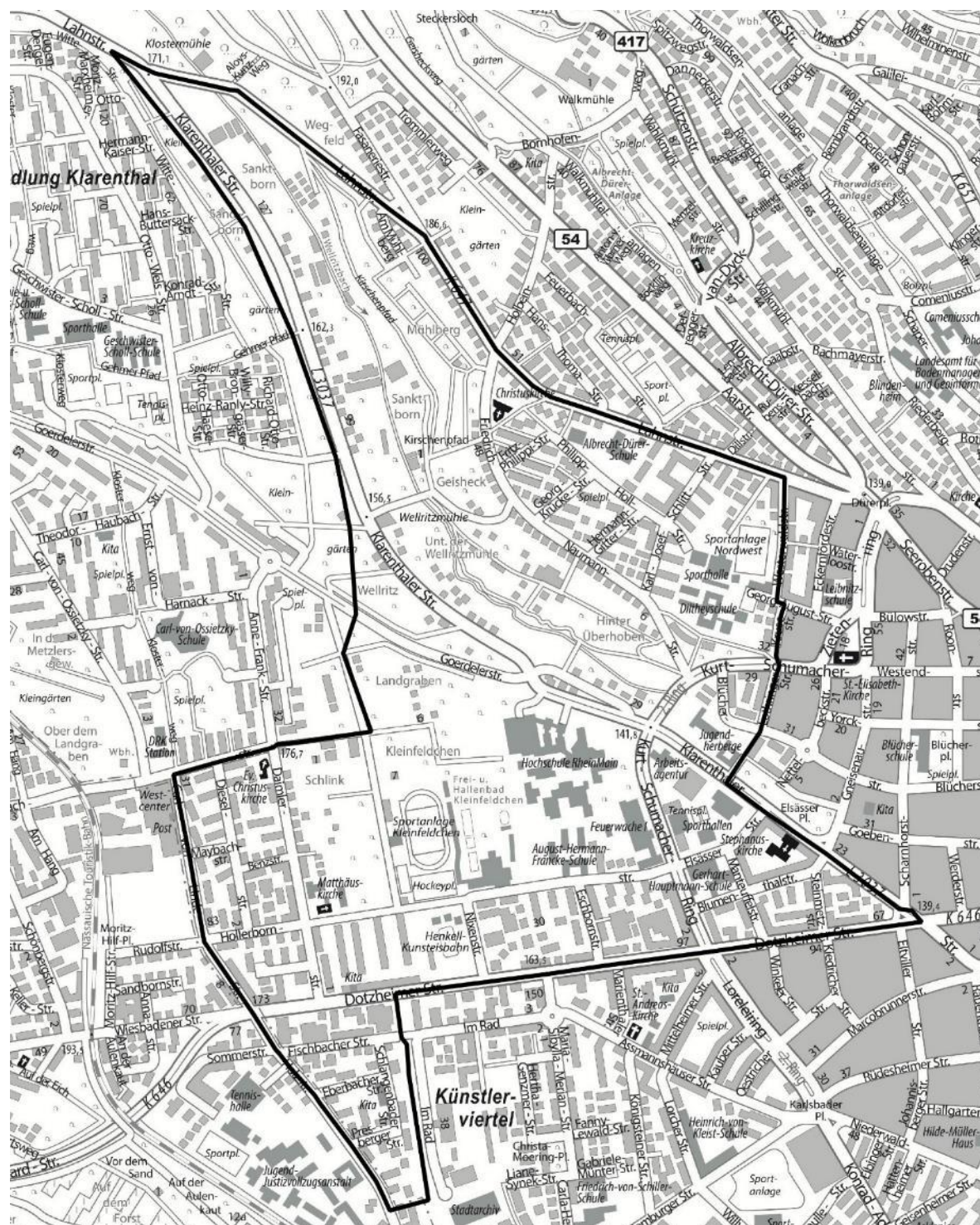
> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

Quelle: Datenquellen der Indikatoren s. Kapitel 3
Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung

8.12 Hollerborn, Daimlerstraße

Abbildung 79: Hollerborn, Daimlerstraße



Quelle: Vermessungsamt

Grundsatz und Planung

Hollerborn, Daimlerstraße

Der Stadtteil „Hollerborn, Daimlerstraße“ zählt zu den Stadterweiterungsgebieten der Zeit zwischen dem 1. und 2. Weltkrieg bzw. den Baumaßnahmen in der Nachkriegszeit. Die Baumaßnahmen erfolgten, um Wohngebiete für weniger begüterte Bevölkerungsschichten, Ausgebombte und aus den ehemaligen Ostgebieten Zugewanderte zu errichten. Im Bereich Hollerborn entstanden die ersten Wohngebiete des sozialen Wohnungsbaus. Es dominieren Geschosswohnungsbauten mit überwiegend kleinen und mittelgroßen Wohnungen im moderaten Mietpreissegment.

Der Bereich „Wellritzal“, von der Bevölkerungszahl her deutlich kleiner, ist geprägt durch Einfamilienhausbebauung und unterscheidet sich damit deutlich von den anderen Teilen des Stadtteils.

Tabelle 54: Hollerborn, Daimlerstraße - Bevölkerungsstruktur

31.12.2017	Zahl	Anteil	Wiesbaden
Altersmedian (Jahre)	38	-	42
Kinder und Jugendliche (0 bis 17 Jahre)	1.504	18,6%	17,0%
Alte Menschen (über 65 Jahre)	1.333	16,5%	19,5%
Durchschnittliche Haushaltsgröße	1,89	-	1,95
Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren	862	20,2%	20,1%

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung

Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren; eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Die Bevölkerung im Stadtteil „Hollerborn, Daimlerstraße“ ist etwas jünger als im städtischen Durchschnitt. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen liegt oberhalb und der alten Menschen unterhalb der Anteilswerte in der Gesamtstadt.

Entwicklung der Eckwerte

Sowohl die Zahl der Einwohner/innen als auch die Zahl der Haushalte ist im Beobachtungszeitraum deutlich angestiegen, obwohl keine nennenswerte Zahl an Wohnungen hinzukam.

Tabelle 55: Hollerborn, Daimlerstraße - Eckwerte 2011 - 2017

	2011	2017	Differenz absolut	Differenz in %
Einwohner	7.454	8.071	+617	+8,3%
Haushalte	4.041	4.257	+216	+5,3%
Wohnungen* (2012)	3.987	4.001	+14	+0,4%
Mobilitätsziffer	27,6%	26,0%	-	-8,1%

*Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung,

Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren, eigene Berechnungen

Grundsatz und Planung



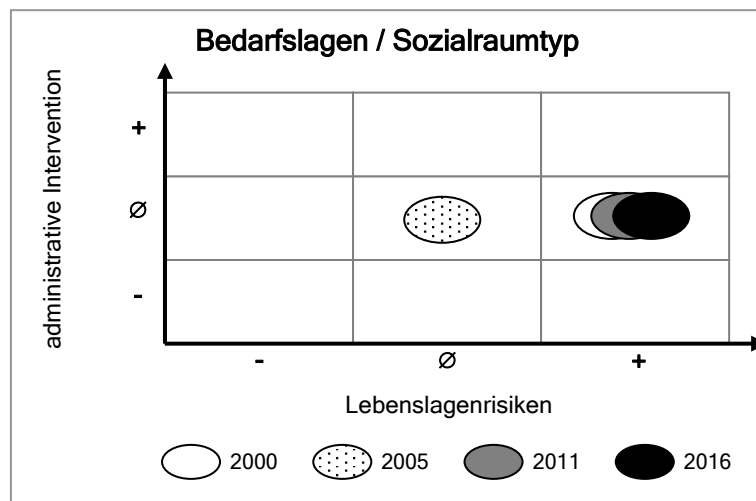
Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2016 (Basis alle Indikatoren)

Seit 2000 - mit Ausnahme des Jahres 2005, hier fiel er in die Kategorie „mittlere soziale Bedarfslage“ - zählt der Stadtteil „Hollerborn, Daimlerstraße“ zu den Stadtteilen mit hohen Bedarfslagen.

Das Ausmaß der „administrativen Intervention“ lag konstant im mittleren Bedarfslagenbereich. Bezogen auf die Indikatorengruppe der „riskanten Lebenslagen“ erfolgte 2005 eine Verbesserung in die Kategorie der mittleren Bedarfslagen. In 2000 und auch in 2011 und nun in 2016 liegen die Werte wieder im hohen Bereich.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Hollerborn, Daimlerstraße, Wellritzal“ auf Rang 14 (2011: Rang 14) von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.

Abbildung 80: Hollerborn, Daimlerstraße - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016



Quelle: Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Entwicklung der Dynamikindikatoren

Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Die Existenzsicherungsquote ist zwar leicht gesunken, liegt aber noch deutlich über dem städtischen Durchschnitt. Die absolute Zahl der betroffenen Personen ist jedoch gestiegen. Mit dem Bevölkerungszuwachs im Stadtteil erklärt sich dieser scheinbare Widerspruch.

Die Kinderarmutsquote ist deutlich stärker als im Stadtdurchschnitt gesunken, während die absolute Zahl der armen Kinder marginal gestiegen ist. Auch hier liefert der Bevölkerungszuwachs die Erklärung. 2011 lag bezogen auf diesen Indikator noch eine hohe Bedarfslage vor. In 2016 ergab sich eine Verbesserung der Werte des Stadtteils im Vergleich der Stadtteile untereinander und zur Gesamtstadt in den Bereich der mittleren Bedarfslagen.

Tabelle 56: Hollerborn, Daimlerstraße -

Entwicklung Dynamikindikatoren 2005, 2011 - 2016 - überproportionale Abweichungen grau schattiert

	2005	2011	2016	Ver- änderung 2011-2016	WI 2011	WI 2016	Ver- änderung
Administrative Intervention							
Existenzsicherungsquote	17,2%	19,0%	18,6%	-2,1%	12,4%	12,9%	+4,0%
Kinderarmutsquote	27,7%	34,4%	29,3%	-14,8%	23,2%	22,9%	-1,3%
Arbeitslosigkeitsquote	9,1%	7,3%	7,8%	+6,4%	5,4%	5,8%	+7,4%
Riskante Lebenslagen							
Nicht-EU-Staatsangehörige	16,7%	16,2%	16,6%	+2,7%	10,0%	11,1%	+11,0%
Alleinerziehendenquote	25,7%	30,0%	26,6%	-11,4%	23,9%	23,1%	-3,3%
Quote große Familien	9,6%	11,4%	13,0%	+13,9%	11,0%	11,5%	+4,5%
prekäre Wohnraumversorgung (2012)*	+4,3qm	+5,5qm	+4,5qm	-1,5%**	+20,3qm	+19,9qm	-0,1%

* Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

** Die Berechnung der Veränderung bezieht sich nicht auf die qm-Angaben, sondern auf das Versorgungsmaß (Verhältnis IST-SOLL)

Quelle: Hess. Statistisches Landesamt, Amt für Statistik und Stadtforschung, Amt für Soziale Arbeit

Bautätigkeitsstatistik, Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren; Geschäftsstatistik SGB II und XII, eigene Darstellung



Grundsatz und Planung

Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Der Anteil der Menschen an der Bevölkerung mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit ist zwischen 2011 und 2017 geringer als im Stadtdurchschnitt gestiegen, liegt aber weiterhin im hohen Bedarfslagenbereich.

Der Anteil der Alleinerziehenden an allen Haushalten mit Kindern, der zwischen 2005 und 2011 erheblich anstieg, ist zwischen 2011 und 2017 überdurchschnittlich gesunken, liegt aber immer noch erheblich über dem städtischen Durchschnitt. Die absolute Zahl ist um acht Familien auf 223 Alleinerziehendenhaushalte zurückgegangen. Der Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern ist gestiegen. Dieser Anstieg entspricht einer Zunahme von 21 Familien auf 109 Haushalte diesen Typus. Bezogen auf diesen Indikator hat sich die zwischen 2005 begonnene Entwicklungstendenz fortgesetzt. 2005 lag der Stadtteil noch bei einer niedrigen, 2011 bereits bei einer mittleren Bedarfslage und in 2016 zwar noch im mittleren Bedarfslagenbereich aber mit einer deutlichen Tendenz zur hohen Bedarfslage.

Die Versorgung mit ausreichendem Wohnraum ist nach wie vor auf einem unzureichenden Niveau und hat sich sogar noch etwas verschärft, sodass auch hier eine hohe Bedarfslage festzustellen ist.

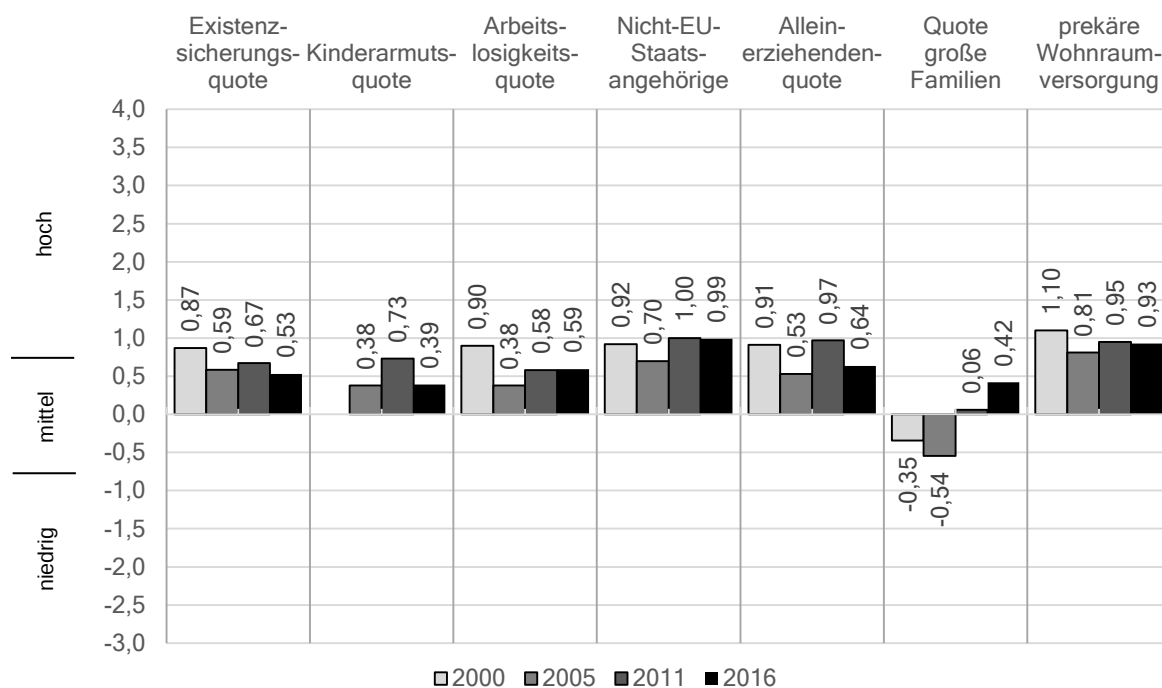
Gesamtbewertung

In fünf der sieben Dynamikindikatoren war die Entwicklung im Stadtteil - mehr oder weniger stark ausgeprägt - günstiger als in der Gesamtstadt. Die negative Entwicklung zwischen 2005 und 2011 hat sich zunächst nicht fortgesetzt, es erfolgte eine Stabilisierung auf hohem Belastungsniveau. Lediglich in einem Indikator erfolgte eine deutliche Verschärfung der Risikolage.

Es erfolgt somit eine Zuordnung in die Kategorie „stabile Entwicklungstendenzen“.

Zeitreihe Dynamikindikatoren

Abbildung 81: Hollerborn, Daimlerstraße - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016



Quelle: Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Abbildung 82: Werte Statusindikatoren - Hollerborn, Daimlerstraße

Indikator *	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
Administrative Intervention		0,18	
Existenzsicherungsquote	18,6%	0,53	12,9%
Arbeitslosigkeitsquote	7,8%	0,59	5,8%
Quote Hilfen zur Erziehung	4,5%	-0,02	4,3%
Anteil sozialer Wohnungsbau	3,8%	-0,39	6,0%
Lebenslagenrisiko		0,52	
Prekäre Einkommenslage			
Wohngeldquote	2,3%	0,80	1,5%
Anteil sv-pflichtig Beschäftigter mit SGB II-Leistungen	2,6%	0,08	2,2%
Quote Langzeitbezug Transferleistungen	10,0%	0,64	6,6%
Wohnen			
prekäre Wohnraumversorgung	4,5 qm	0,93	19,9 qm
Risiko geringe Wohneigentumsquote	86,3%	0,70	76,3%
Anteil Räumungsklagen und Zwangsräumungen	2,3%	0,95	1,4%
Bildungsrisiken			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II-Leistungen	67,8%	0,59	65,7%
Quote Unzureichende Kompetenzen für den Schulstart	19,1%	-0,30	22,1%
Quote Schulbesuch ohne Hochschulreifeoption	49,9%	0,16	45,7%
Herkunftsbenachteiligung			
Kinderarmutsquote	29,3%	0,39	22,9%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	6,4%	-0,43	8,5%
Anteil langzeitarmer Kinder	18,5%	0,19	15,2%
Anteil neu zugewanderter Kinder	8,9%	1,33	4,8%
Familien mit Risiken			
Alleinerziehendenquote	26,6%	0,64	23,1%
Quote große Familien	13,0%	0,42	11,5%
Alte Menschen mit Risiken			
Anteil allein lebender alter Menschen	55,5%	0,72	49,1%
Quote Altersarmut	12,5%	0,53	7,2%
Risiken soz. Einbindung + Integration			
Quote Wohndauer unter 10 Jahren	61,0%	0,46	56,7%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	16,6%	0,99	11,1%
Anteil Neuzugewanderte	3,2%	-0,17	3,6%
Anteil ausl. Bevölkerung mit unsicherem Aufenthaltstatus	7,2%	0,56	5,3%
Gesundheitliche Risiken			
Rate Vorzeitige Sterblichkeit	1,6	-0,60	1,8
Anteil übergewichtiger Kinder bei Schulbeginn	15,5%	1,23	11,0%
Politische Teilhabe			
Anteil Erwachsene ohne Teilhabe an Wahl	54,0%	0,84	42,0%
<i>nachrichtlich:</i>			
Anteil Nicht-Wahlberechtigte Bundestagswahl 2017	29,2%	0,72	21,4%
Quote Nicht-Wahlbeteiligung Bundestagswahl 2017	35,0%	0,84	26,2%

* ausführliche Beschreibung der Indikatoren Kapitel 3

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

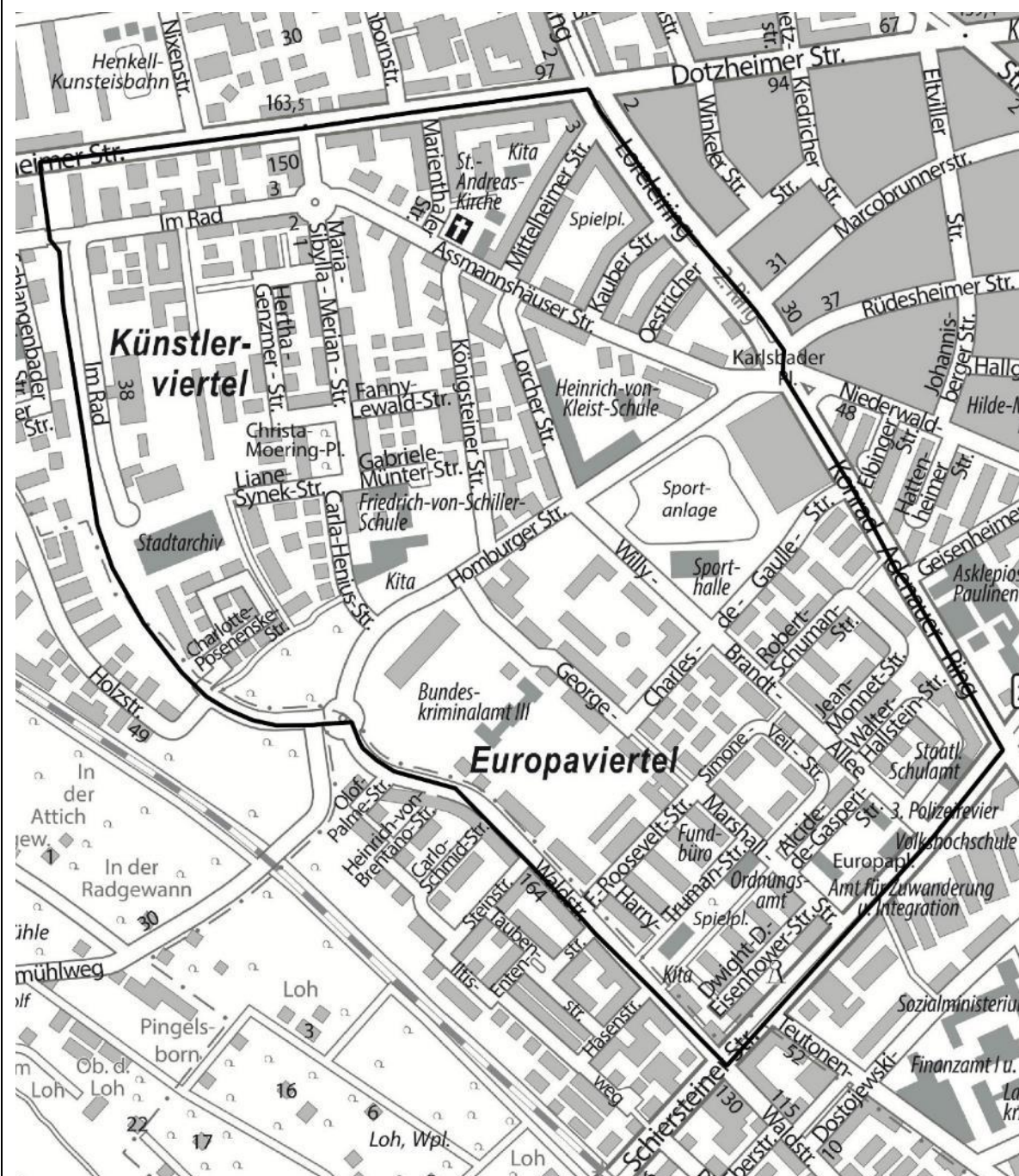
> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

Quelle: Datenquellen der Indikatoren s. Kapitel 3
Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung

8.13 Europaviertel, Künstlerinnenviertel

Abbildung 83: Europa-, Künstlerinnenviertel



Quelle: Vermessungsamt

Grundsatz und Planung

Europaviertel, Künstlerinnenviertel

Der Stadtteil „Europaviertel, Künstlerinnenviertel“ besteht aus unterschiedlichen Gebieten. Zum einen den Wohngebieten „Äußeres Rheingauviertel“ und den Wohngebieten im westlich anschließenden Teilstück an der Dotzheimer Straße mit einfachen Geschosswohnungsbauten aus den 1930er bis 1950er Jahren, mit moderatem Mietpreisniveau. Zum anderen gehört zu dem Stadtteil das Europaviertel, das als innerstädtisches Konversionsgebiet, auf der Fläche eines ehemaligen Kasernengeländes, Mitte der 1990er Jahre entstand. Weiterhin zählt zu diesem Stadtteil das - auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs West - entstandene bzw. noch entstehende Wohngebiet „Künstlerviertel“.

In den Bereichen Europaviertel und Künstlerviertel wurden seit Mitte der 1990er Jahre überwiegend Eigentumswohnungen sowie Einfamilienhäuser errichtet. Diese Baumaßnahmen sind mittlerweile abgeschlossen.

Zwischen Dotzheimer Straße und der Straße Im Rad erfolgen aktuell einige Baumaßnahmen.

Tabelle 57: Europa-, Künstlerinnenviertel - Bevölkerungsstruktur

31.12.2017	Zahl	Anteil	Wiesbaden
Altersmedian (Jahre)	38	-	42
Kinder und Jugendliche (0 bis 17 Jahre)	1.171	18,5%	17,0%
Alte Menschen (über 65 Jahre)	844	13,3%	19,5%
Durchschnittliche Haushaltsgröße	2,00	-	1,95
Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren	710	22,9%	20,1%

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung

Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren; eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Der Stadtteil „Europa-, Künstlerinnenviertel“ ist, auch aufgrund der zahlreichen Neubauten, die insbesondere familiengeeignetes Wohnen bieten, ein relativ junger Stadtteil mit einem leicht überdurchschnittlichen Anteil an Kindern und Jugendlichen sowie Familien. Der Anteil der alten Menschen an der Bevölkerung ist unterdurchschnittlich.

Entwicklung der Eckwerte

Zwischen 2011 und 2017 erfolgte, aufgrund der Baufertigstellungen im Künstlerinnenviertel, eine deutliche Zunahme der Zahl der Einwohner/innen, der Haushalte und der Wohnungen.

Tabelle 58: Europa-, Künstlerinnenviertel - Eckwerte 2011 - 2017

	2011	2017	Differenz absolut	Differenz in %
Einwohner	5.214	6.335	+1.121	+21,5%
Haushalte	2.679	3.101	+422	+15,8%
Wohnungen* (2012)	2.799	3.123	+324	+11,6%
Mobilitätsziffer	28,6%	26,4%	-	+7,7%

*Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung,

Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren, eigene Berechnungen

Grundsatz und Planung



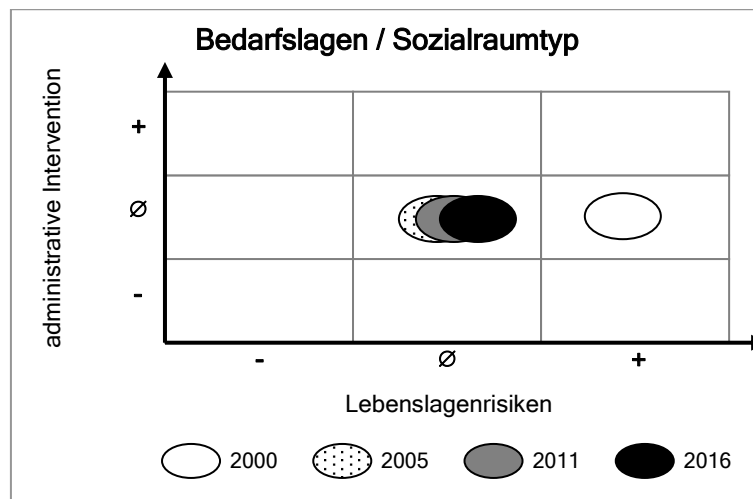
Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2011 (Basis alle Indikatoren)

Der Stadtteil „Europaviertel, Künstlerinnenviertel“ ist seit 2005 mit einem mittleren Ausmaß an administrativer Intervention und mittlerem Lebenslagenrisiko den Stadtteilen mit mittleren sozialen Bedarfslagen zuzuordnen.

Im Jahr 2000 gehörte der damalige Stadtteil „Europaviertel, Güterbahnhof“ noch zu den Stadtteilen mit hohen sozialen Bedarfslagen. Aufgrund des Bezugs der neuen Wohngebiete, dem Zuzug wohlhabender Bevölkerungsgruppen und den damit verbundenen Veränderungen der Bevölkerungsstruktur, hat sich die soziale Bedarfslage seit 2005 auf ein durchschnittliches Niveau verbessert. Auch im Zeitraum zwischen 2011 und 2016 hat sich eine weitere Verringerung der Problem- und Belastungslagen ergeben, die jedoch nicht so erheblich war, dass eine Veränderung der Bedarfslagenkategorie erfolgt.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Europaviertel, Künstlerinnenviertel“ auf Rang 19 (2011: Rang 15) von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.

Abbildung 84: Europa-, Künstlerinnenviertel - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016



Quelle: Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Entwicklung der Dynamikindikatoren

Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Bei allen drei verwendeten Indikatoren ist eine deutlich positive Entwicklung abzulesen, sowohl bezogen auf die Anteile der Bevölkerung auf die das jeweilige Merkmal zutrifft, als auch bezogen auf die Entwicklung im Vergleich der Stadtteile untereinander und der Gesamtstadt. Die bereits im Zeitraum 2005 bis 2011 festgestellte deutliche Entlastung der Problemlagen hat sich auch im jetzigen Beobachtungszeitraum mit gleicher Intensität fortgesetzt.

Die Existenzsicherungsquote ist stark gesunken und liegt mittlerweile etwas unterhalb des städtischen Durchschnitts und somit im mittleren Bereich.

Die Kinderarmutsquote ist sehr viel stärker als in der Gesamtstadt gesunken. Im Vergleich zur Gesamtstadt und der Entwicklung in den anderen Stadtteilen, liegt sie nun knapp unterhalb der Kategorie „niedrige Bedarfslage“.

Auch die Arbeitslosigkeitsquote hat sich deutlich verringert, während sie in der Gesamtstadt angestiegen ist. Auch bezogen auf diesen Indikator liegt der Stadtteil im Vergleich der Stadtteile untereinander und der Gesamtstadt sehr nah an der Grenze zur niedrigen Bedarfslagenkategorie.

Tabelle 59: Europa-, Künstlerinnenviertel -

Entwicklung Dynamikindikatoren 2005, 2011 - 2016 - überproportionale Abweichungen grau schattiert

	2005	2011	2016	Ver- änderung 2011-2016	WI 2011	WI 2016	Ver- änderung
Administrative Intervention							
Existenzsicherungsquote	18,6%	15,2%	12,7%	-16,4%	12,4%	12,9%	+4,0%
Kinderarmutsquote	28,3%	22,3%	18,4%	-17,2%	23,2%	22,9%	-1,3%
Arbeitslosigkeitsquote	8,5%	6,0%	4,8%	-19,8%	5,4%	5,8%	+7,4%
Risikante Lebenslagen							
Nicht-EU-Staatsangehörige	19,4%	14,1%	12,9%	-8,7%	10,0%	11,1%	+11,0%
Alleinerziehendenquote	23,7%	20,4%	22,1%	+8,2%	23,9%	23,1%	-3,3%
Quote große Familien	10,0%	9,6%	9,8%	+2,0%	11,0%	11,5%	+4,5%
prekäre Wohnraumversorgung (2012)*	+5,7qm	+13,3qm	+15,2qm	+2,6%**	+20,3qm	+19,9qm	-0,1%

* Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

** Die Berechnung der Veränderung bezieht sich nicht auf die qm-Angaben, sondern auf das Versorgungsmaß (Verhältnis IST-SOLL)

Quelle: Hess. Statistisches Landesamt, Amt für Statistik und Stadtforschung, Amt für Soziale Arbeit

Bautätigkeitsstatistik, Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren; Geschäftsstatistik SGB II und XII, eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Der Anteil der Bevölkerung mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit ist zwischen 2011 und 2016, wie auch bereits zwischen 2005 und 2011, erheblich gesunken. Er lag 2011 im Vergleich der Stadtteile untereinander noch im hohen Bereich und liegt nun deutlich im mittleren Bedarfslagenbereich. Der Anteil der Bevölkerung mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit liegt noch leicht über dem Wiesbadener Durchschnittswert.

Der Anteil an Alleinerziehendenhaushalten an allen Haushalten mit Kindern ist im Vergleich zu 2011 wieder etwas angestiegen, die Zahl der Haushalte dieses Typs ist um 35 Haushalte auf 160 Familien gestiegen. Die Bedarfslagenkategorie veränderte sich von einer niedrigen zur mittleren Bedarfslage.

Der Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern ist schwächer als in der Gesamtstadt gestiegen. Im Vergleich der Stadtteile untereinander und der Gesamtstadt änderte sich die Kategorisierung bezogen auf diesen Indikator von einer mittleren zur niedrigen Bedarfslage.

Bezogen auf die ausreichende Versorgung mit Wohnraum ist zwischen 2012 und 2016 eine leichte Verbesserung festzustellen. In beiden Jahren zählte der Stadtteil zur Kategorie der mittleren Bedarfslage.

Gesamtbewertung

Bedingt durch die oben beschriebenen Prozesse des Zuzugs neuer Bevölkerungsgruppen in den Stadtteil ergeben sich deutliche Verbesserungen der sozialen Problem- und Belastungslagen.

Die Stabilisierungen bzw. Verbesserungen der Sozialdaten im Stadtteil dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass in Teilgebieten des Stadtteils (Äußeres Rheingauviertel und westlich anschließendem Teilstück der Dotzheimer Straße sowie dem Gebiet rund um die Schlangenbader Straße in den meisten Indikatorenbereichen eine hohe soziale Bedarfslage

vorliegt, auch wenn sich in diesen Gebieten ebenso leichte Verbesserungen zeigen. In diesen Gebieten mit altem Baubestand leben rund 55% der Stadtteilbevölkerung.

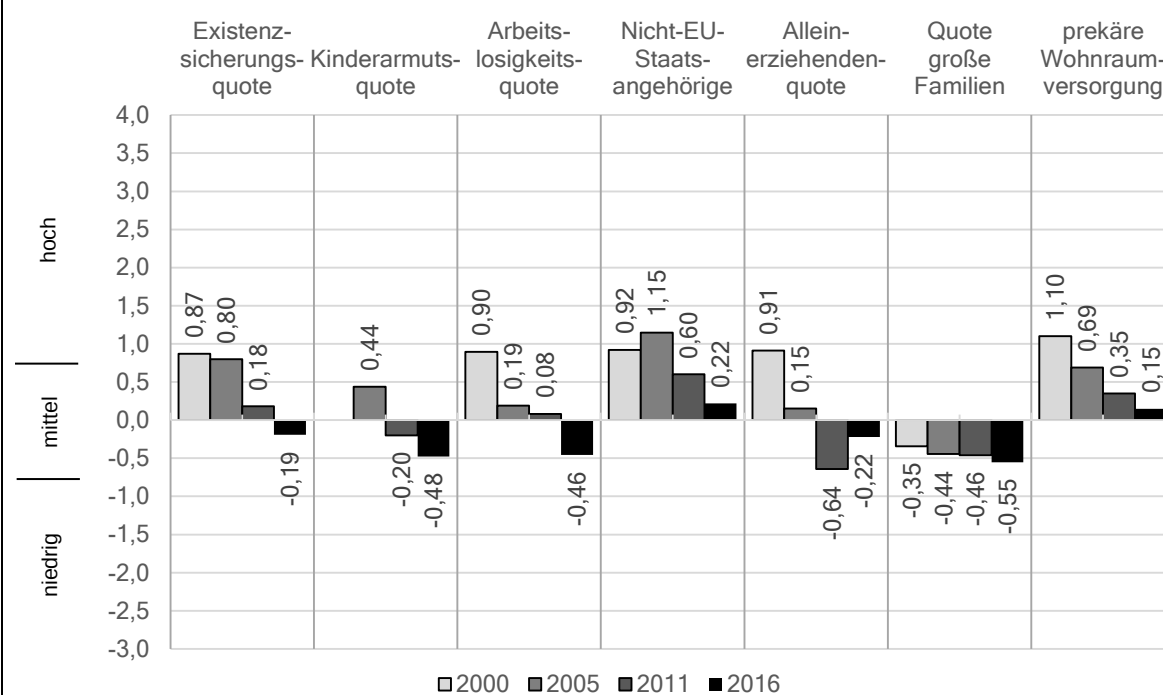
Der Stadtteil differenziert sich somit in zwei nahezu gleich große Gebiete mit jeweils deutlich unterschiedlicher Bevölkerungsstruktur und sozialer Bedarfslage.

Insgesamt ist jedoch - vor allem bedingt durch den Zuzug neuer Bevölkerungsgruppen - eine Aufwertungstendenz festzustellen. Sechs der sieben Dynamikindikatoren weisen günstigere Werte als die Entwicklung in der Gesamtstadt auf; in vier dieser Indikatoren fielen die Entwicklungen sogar deutlich besser aus.

Somit erfolgt, wie auch bereits 2011, eine Zuordnung des Stadtteils „Europaviertel, Künstlerinnenviertel“ zur Kategorie „positive Entwicklungstendenzen“.

Zeitreihe Dynamikindikatoren

Abbildung 85: Europa-, Künstlerinnenviertel - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016



Quelle: Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung

Abbildung 86: Werte Statusindikatoren - Europa-, Künstlerinnenviertel

Indikator *	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
Administrative Intervention		-0,30	
Existenzsicherungsquote	12,7%	-0,19	12,9%
Arbeitslosigkeitsquote	4,8%	-0,46	5,8%
Quote Hilfen zur Erziehung	4,3%	-0,17	4,3%
Anteil sozialer Wohnungsbau	4,1%	-0,36	6,0%
Lebenslagenrisiko		-0,05	
Prekäre Einkommenslage			
Wohngeldquote	1,8%	0,22	1,5%
Anteil sv-pflichtig Beschäftigter mit SGB II-Leistungen	2,1%	-0,22	2,2%
Quote Langzeitbezug Transferleistungen	6,1%	-0,26	6,6%
Wohnen			
prekäre Wohnraumversorgung	15,2 qm	0,15	19,9 qm
Risiko geringe Wohneigentumsquote	77,3%	0,06	76,3%
Anteil Räumungsklagen und Zwangsräumungen	1,6%	0,15	1,4%
Bildungsrisiken			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II-Leistungen	65,0%	0,17	65,7%
Quote Unzureichende Kompetenzen für den Schulstart	14,5%	-0,61	22,1%
Quote Schulbesuch ohne Hochschulreifeoption	39,8%	-0,71	45,7%
Herkunftsbenachteiligung			
Kinderarmutsquote	18,4%	-0,48	22,9%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	4,6%	-0,78	8,5%
Anteil langzeitarmer Kinder	14,0%	-0,28	15,2%
Anteil neu zugewanderter Kinder	3,4%	-0,43	4,8%
Familien mit Risiken			
Alleinerziehendenquote	22,1%	-0,22	23,1%
Quote große Familien	9,8%	-0,55	11,5%
Alte Menschen mit Risiken			
Anteil allein lebender alter Menschen	52,7%	0,37	49,1%
Quote Altersarmut	10,6%	0,23	7,2%
Risiken soz. Einbindung + Integration			
Quote Wohndauer unter 10 Jahren	70,8%	1,44	56,7%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	12,9%	0,22	11,1%
Anteil Neuzugewanderte	3,4%	-0,07	3,6%
Anteil ausl. Bevölkerung mit unsicherem Aufenthaltstatus	5,3%	-0,12	5,3%
Gesundheitliche Risiken			
Rate Vorzeitige Sterblichkeit	2,1	0,51	1,8
Anteil übergewichtiger Kinder bei Schulbeginn	8,7%	-0,61	11,0%
Politische Teilhabe			
Anteil Erwachsene ohne Teilhabe an Wahl	45,9%	0,14	42,0%
<i>nachrichtlich:</i>			
Anteil Nicht-Wahlberechtigte Bundestagswahl 2017	24,0%	0,13	21,4%
Quote Nicht-Wahlbeteiligung Bundestagswahl 2017	28,8%	0,04	26,2%

* ausführliche Beschreibung der Indikatoren Kapitel 3

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

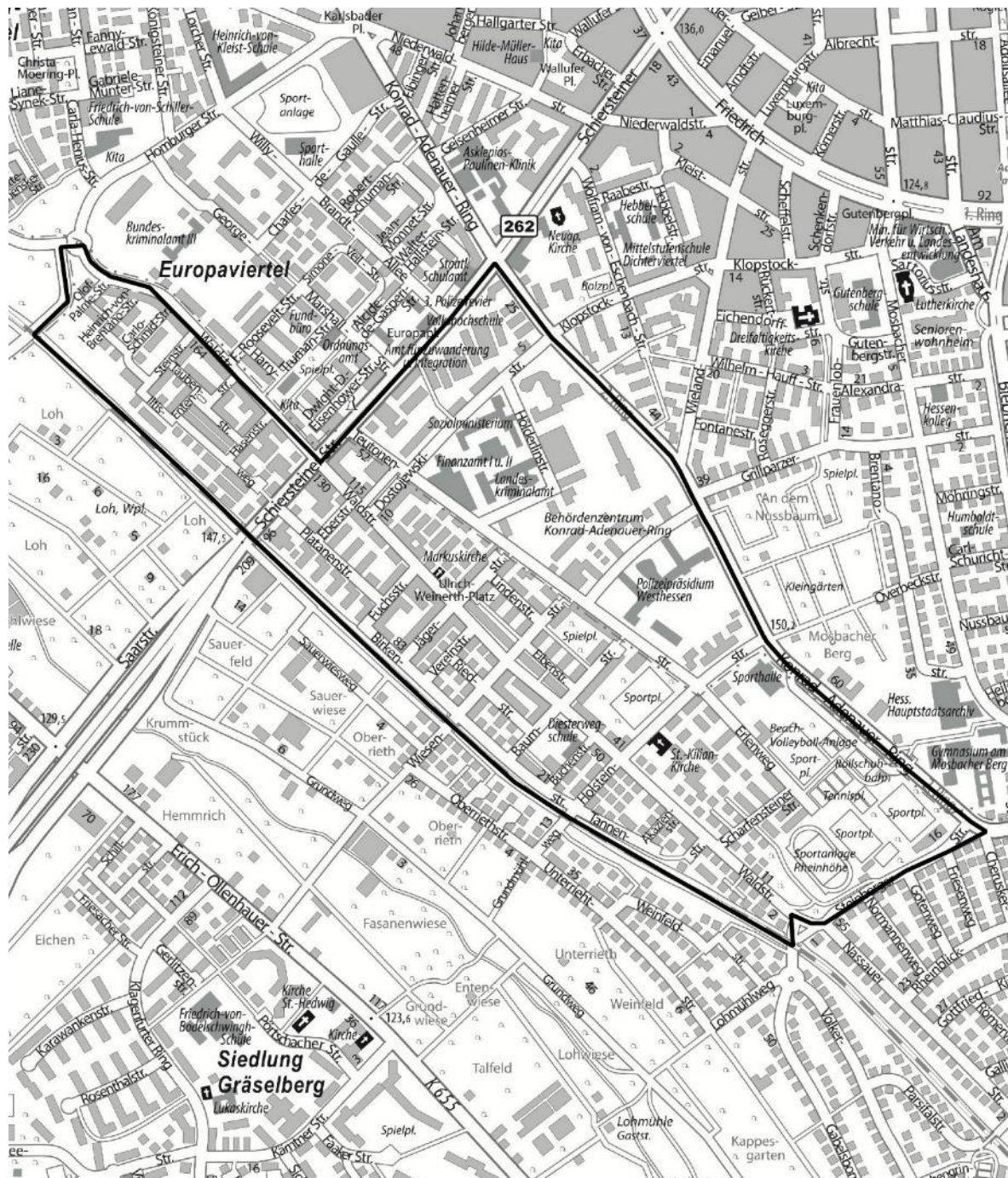
> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

Quelle: Datenquellen der Indikatoren s. Kapitel 3
Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung

8.14 Dostojewski-, Waldstraße

Abbildung 87: Dostojewski-, Waldstraße



Quelle: Vermessungsamt

Grundsatz und Planung

Dostojewskistraße, Waldstraße

Der Stadtteil „Dostojewskistraße, Waldstraße“ entstand zum großen Teil im Zuge der Stadterweiterung in den Zeiten zwischen dem 1. und 2. Weltkrieg, sowie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Er wird dominiert von Geschosswohnungsbau mit - je nach Entstehungszeit - unterschiedlichen Standards, Wohnungsgrößen und damit verbunden unterschiedlichen Mietpreisen. Insbesondere die Gebiete der nördlichen Waldstraße und einige Teile westlich der Teutonenstraße liegen hierbei im niedrigeren Preissegment, während die neueren Wohngebiete (z. B. „Brömersiedlung“, Gebiete südöstlich der Holsteinstraße) durch entweder Eigentumswohnformen oder eher hochpreisige Mietwohnungen geprägt sind.

Insgesamt fanden im Stadtteil in den letzten Jahren einige kleinere Nachverdichtungen sowie Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen an Geschosswohnungsbauten statt.

Entlang der unteren Waldstraße liegen einige kleinere Einzelhandels- bzw. Handwerksbetriebe. In dem Bereich rund um die Dostojewskistraße ist das so genannte Behördenzentrum angesiedelt.

Der Stadtteil verfügt über ein gut entwickeltes Vereinsleben und eine hohe Identifikation insbesondere der alteingesessenen Bewohnerinnen und Bewohner mit ihrem Wohngebiet („Waldsträßer“).

Tabelle 60: Dostojewski-, Waldstraße - Bevölkerungsstruktur

31.12.2017	Zahl	Anteil	Wiesbaden
Altersmedian (Jahre)	40	-	42
Kinder und Jugendliche (0 bis 17 Jahre)	970	17,9%	17,0%
Alte Menschen (über 65 Jahre)	898	16,5%	19,5%
Durchschnittliche Haushaltsgröße	1,81	-	1,95
Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren	579	19,4%	20,1%

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung

Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren; eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Der Stadtteil weist eine recht durchschnittliche Bevölkerungsstruktur auf. Lediglich die Größe der Haushalte liegt deutlich unterhalb des Stadtdurchschnitts.

Entwicklung der Eckwerte

Tabelle 61: Dostojewski-, Waldstraße - Eckwerte 2011 - 2017

	2011	2017	Differenz absolut	Differenz in %
Einwohner	4.936	5.430	+494	+10,0%
Haushalte	2.831	2.985	+154	+5,4%
Wohnungen* (2012)	2.678	2.788	+110	+4,1%
Mobilitätsziffer	26,5%	24,6%	-	-3,4%

*Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung,

Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren, eigene Berechnungen

Grundsatz und Planung



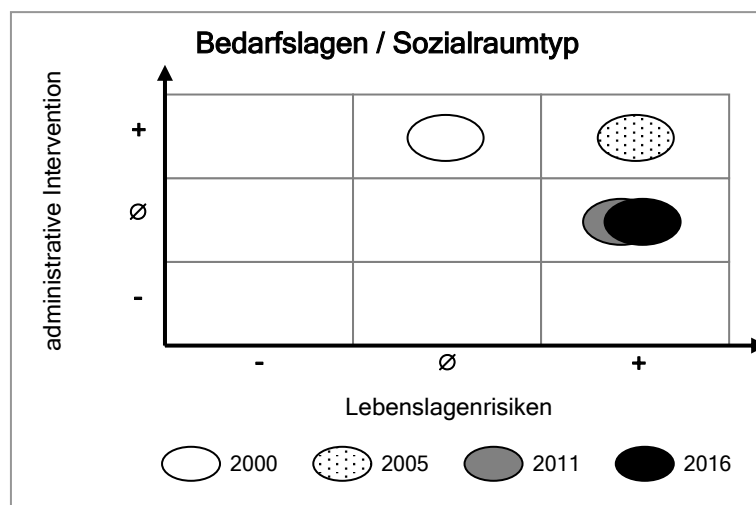
Durch kleinere Nachverdichtungsmaßnahmen und die Fertigstellung der Modernisierungsmaßnahmen - hierbei handelt es sich um Mietwohnungen im mittleren Preissegment und Eigentumswohnformen - sind sowohl Bevölkerung, Haushalte als auch die Zahl der Wohnungen angestiegen.

Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2016 (Basis alle Indikatoren)

Der Stadtteil „Dostojewskistraße, Waldstraße“ wies 2000 und 2005 hohe Werte im Indikatorenset „administrative Intervention“ auf. Bedingt durch die Erweiterung des Indikatorensets in 2011 - um den Indikator „Anteil an Sozialbauwohnungen“ - der in diesem Stadtteil äußerst gering ist - erfolgt seit 2011 eine Zuordnung zur Kategorie der mittleren sozialen Bedarfslagen bezogen auf das Ausmaß der administrativen Intervention

Das Lebenslagenrisiko liegt seit 2005 im Bereich der hohen Bedarfslagen. Seit Beginn der Sozialraumbeobachtung und -typisierung schwanken die Werte in einzelnen Indikatorengruppen im Grenzbereich zwischen mittleren und hohen Bedarfslagen. Die Schwankungen in der Zuordnung des Stadtteils ergeben sich aus einer mal mehr, mal weniger stark ausgeprägten Problemlage - im Vergleich zur Gesamtstadt und im Vergleich der Stadtteile untereinander - erklären sich aber auch aus dem jeweils verwendeten Indikatorenset.

Abbildung 88: Dostojewski-, Waldstraße - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016



Quelle: Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Insgesamt zählt der Stadtteil „Dostojewskistraße, Waldstraße“ konstant zur Kategorie der Stadtteile mit hoher sozialer Bedarfslage.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Dostojewskistraße, Waldstraße“ auf Rang 12 (2011: Rang 11) von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.

Entwicklung der Dynamikindikatoren

Der Zuzug von Bevölkerungsgruppen mit mittleren oder höheren Einkommen führt zu einer stärkeren sozialen Durchmischung des Stadtteils, damit einer tendenziellen Verringerung der

Anteilswerte der Belastungsindikatoren und wirkt sich somit auf die Entwicklung der Dynamikindikatoren aus.

Tabelle 62: Dostojewski-, Waldstraße -

Entwicklung Dynamikindikatoren 2005, 2011 - 2016 - überproportionale Abweichungen grau schattiert

	2005	2011	2016	Ver- änderung 2011-2016	WI 2011	WI 2016	Ver- änderung
Administrative Intervention							
Existenzsicherungsquote	18,6%	20,4%	19,6%	-3,9%	12,4%	12,9%	+4,0%
Kinderarmutsquote	34,3%	35,8%	34,4%	-4,0%	23,2%	22,9%	-1,3%
Arbeitslosigkeitsquote	10,7%	9,6%	8,0%	-17,1%	5,4%	5,8%	+7,4%
Riskante Lebenslagen							
Nicht-EU-Staatsangehörige	14,2%	12,1%	12,4%	+2,8%	10,0%	11,1%	+11,0%
Alleinerziehendenquote	32,4%	38,8%	32,6%	-15,9%	23,9%	23,1%	-3,3%
Quote große Familien	7,0%	9,7%	10,8%	+11,5%	11,0%	11,5%	+4,5%
prekäre Wohnraumversorgung (2012)*	+4,8qm	+4,8qm	+5,1qm	+0,4%**	+20,3qm	+19,9qm	-0,1%

* Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

** Die Berechnung der Veränderung bezieht sich nicht auf die qm-Angaben, sondern auf das Versorgungsmaß (Verhältnis IST-SOLL)

Quelle: Hess. Statistisches Landesamt, Amt für Statistik und Stadtforschung, Amt für Soziale Arbeit

Bautätigkeitsstatistik, Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren;
Geschäftsstatistik SGB II und XII, eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Die Abhängigkeit von existenzsichernden Leistungen war sowohl 2011 als auch 2016 hoch und liegt deutlich über dem Wiesbadener Durchschnitt. Konträr zur gesamtstädtischen Entwicklung ist die Existenzsicherungsquote im Stadtteil gesunken, die absolute Zahl der von existenzsichernden Leistungen abhängigen Personen jedoch leicht angestiegen.

Die Kinderarmutsquote ist etwas stärker als in der Gesamtstadt gesunken, liegt aber immer noch deutlich über dem städtischen Durchschnitt. Die Zahl der armen Kinder ist leicht gestiegen.

Bezogen auf die Entwicklung des Anteils der Arbeitslosen im SGB II und III an der erwerbsfähigen Bevölkerung, der deutlich gesunken ist, während er im städtischen Durchschnitt gestiegen ist, hat sich im Vergleich der Stadtteile untereinander die Belastungslage deutlich verbessert. Aber auch 2016 liegt in diesem Indikator eine hohe Bedarfslage vor. Die absolute Zahl der Arbeitslosen ist zurückgegangen.

Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Der Anteil der Menschen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit an der Bevölkerung ist weniger stark als in der Gesamtstadt angestiegen und liegt nach wie vor im mittleren Bedarfslagebereich.

Bezogen auf die riskanten Familienformen haben sich zwischen 2011 und 2016 stärkere Veränderungen ergeben. Der Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern hat sich deutlich erhöht und weiter dem städtischen Durchschnitt angenähert. Bezogen auf diesen Indikator ist, wie auch bereits 2011, eine durchschnittliche Ausprägung festzustellen.

Der Anteil und die Anzahl der Alleinerziehendenhaushalte (- 25 Familien) sind deutlich gesunken. Die seit 2005 sehr hohe Bedarfslage hat sich etwas entspannt. Es wird aber immer noch der dritthöchste Wert in den Stadtteilen erreicht, 2011 war der Anteilswert der höchste stadtweit.

Die Versorgung mit ausreichendem Wohnraum hat sich zwischen 2011 und 2016 leicht verbessert, verbleibt aber auf hohem Bedarfslageniveau.

Gesamtbewertung

Insgesamt liegt der Stadtteil konstant im Bereich der hohen sozialen Bedarfslage.

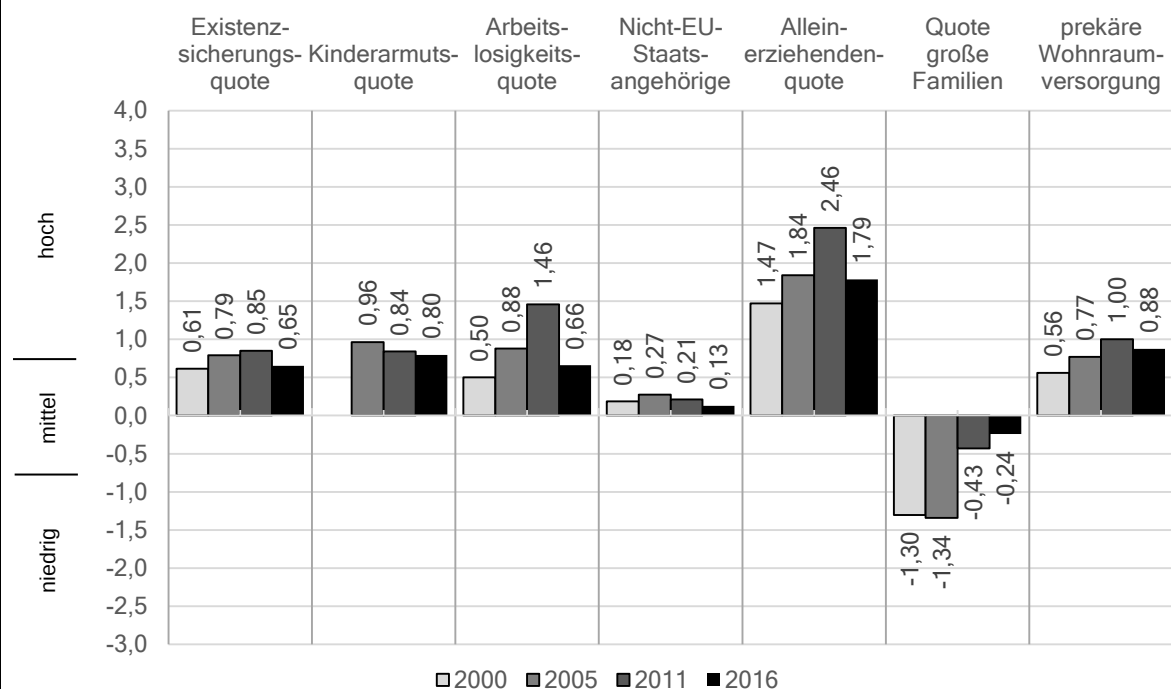
Die soziale Problem- und Belastungslage ist in den Wohngebieten der nördlichen Waldstraße und des Gebietes westlich der Teutonenstraße, hier leben rund 40% der Bevölkerung, nochmals schärfer ausgeprägt als im Durchschnitt des Stadtteils.

Anhand der zur Messung der Belastungen im Zeitverlauf verwendeten Indikatoren lässt sich zwischen 2011 und 2016 eine leichte Entspannung der Problemlagen feststellen. In sechs der sieben Indikatoren ist eine günstigere Entwicklung als in der Gesamtstadt festzustellen. Diese Entwicklung wird sicherlich auch durch den Zuzug von Bevölkerungsgruppen mit mittleren und höheren Einkommen verursacht.

Aufgrund der Entwicklungen erfolgt eine Zuordnung in die Kategorie „stabile Entwicklungstendenzen“ - in der Sozialraumanalyse 2014 wurde noch ein „zunehmender Handlungsbedarf“ festgestellt.

Zeitreihe Dynamikindikatoren

Abbildung 89: Dostojewski-, Waldstraße - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016



Quelle: Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung

Abbildung 90: Werte Statusindikatoren - Dostojewski-, Waldstraße

Indikator *	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
Administrative Intervention		0,28	
Existenzsicherungsquote	19,6%	0,65	12,9%
Arbeitslosigkeitsquote	8,0%	0,66	5,8%
Quote Hilfen zur Erziehung	5,3%	0,51	4,3%
Anteil sozialer Wohnungsbau	0,7%	-0,71	6,0%
Lebenslagenrisiko		0,61	
Prekäre Einkommenslage			
Wohngeldquote	1,4%	-0,25	1,5%
Anteil sv-pflichtig Beschäftigter mit SGB II-Leistungen	3,0%	0,35	2,2%
Quote Langzeitbezug Transferleistungen	10,3%	0,71	6,6%
Wohnen			
prekäre Wohnraumversorgung	5,2 qm	0,88	19,9 qm
Risiko geringe Wohneigentumsquote	82,3%	0,42	76,3%
Anteil Räumungsklagen und Zwangsräumungen	2,1%	0,72	1,4%
Bildungsrisiken			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II-Leistungen	65,3%	0,22	65,7%
Quote Unzureichende Kompetenzen für den Schulstart	52,6%	2,00	22,1%
Quote Schulbesuch ohne Hochschulreifeoption	55,2%	0,61	45,7%
Herkunftsbenachteiligung			
Kinderarmutsquote	34,4%	0,80	22,9%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	7,0%	-0,33	8,5%
Anteil langzeitarmer Kinder	24,6%	0,83	15,2%
Anteil neu zugewanderter Kinder	4,5%	-0,06	4,8%
Familien mit Risiken			
Alleinerziehendenquote	32,6%	1,79	23,1%
Quote große Familien	10,8%	-0,24	11,5%
Alte Menschen mit Risiken			
Anteil allein lebender alter Menschen	57,4%	0,94	49,1%
Quote Altersarmut	11,9%	0,43	7,2%
Risiken soz. Einbindung + Integration			
Quote Wohndauer unter 10 Jahren	64,0%	0,76	56,7%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	12,4%	0,13	11,1%
Anteil Neuzugewanderte	3,5%	-0,03	3,6%
Anteil ausl. Bevölkerung mit unsicherem Aufenthaltstatus	7,1%	0,53	5,3%
Gesundheitliche Risiken			
Rate Vorzeitige Sterblichkeit	2,9	2,20	1,8
Anteil übergewichtiger Kinder bei Schulbeginn	11,7%	0,20	11,0%
Politische Teilhabe			
Anteil Erwachsene ohne Teilhabe an Wahl	47,2%	0,25	42,0%
<i>nachrichtlich:</i>			
Anteil Nicht-Wahlberechtigte Bundestagswahl 2017	25,6%	0,32	21,4%
Quote Nicht-Wahlbeteiligung Bundestagswahl 2017	29,0%	0,07	26,2%

* ausführliche Beschreibung der Indikatoren Kapitel 3

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

Quelle: Datenquellen der Indikatoren s. Kapitel 3
Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung

Dotzheim-alt, Kohlheck

Der Stadtteil „Dotzheim-alt, Kohlheck“ besteht aus dem alten Dorfkern Dotzheims, der bereits 1928 eingemeindet wurde sowie die den Ortskern umgebenden Nachverdichtungsgebiete. Im Ortskern dominiert teils noch dörflich geprägter Altbaubestand, teilweise im Besitz von alteingesessenen Familien. Einige neuere kleinere Wohngebiete mit überwiegend Eigentumswohnformen sind rund um den alten Kern entstanden.

Das Kohlheck entstand in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg als Siedlungsgebiet mit überwiegend Einfamilienhäusern für Flüchtlinge aus den ehemaligen Ostgebieten und Dotzheimer Familien. Es hat sich seitdem ständig vergrößert und zählt heute zu einer begehrten Wiesbadener Wohnlage.

Sowohl in Dotzheim als auch im Kohlheck finden sich kleinere Gewerbebetriebe aus dem handwerklichen Bereich und Einzelhandel zur Deckung des täglichen Bedarfs.

Die Gebiete um die Holzstraße sind geprägt durch kleinere und mittelständische Gewerbebetriebe.

Tabelle 63: Dotzheim-alt, Kohlheck - Bevölkerungsstruktur

31.12.2017	Zahl	Anteil	Wiesbaden
Altersmedian (Jahre)	46	-	42
Kinder und Jugendliche (0 bis 17 Jahre)	2.052	16,8%	17,0%
Alte Menschen (über 65 Jahre)	2.763	22,6%	19,5%
Durchschnittliche Haushaltsgröße	2,00	-	1,95
Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren	1.244	20,9%	20,1%

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung

Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren; eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Der Stadtteil hat eine etwas überdurchschnittlich ältere Einwohnerschaft als in der Gesamtstadt, aber der Anteil der Kinder und Jugendlichen und der Familien liegt im durchschnittlichen Bereich.

Entwicklung der Eckwerte

Tabelle 64: Dotzheim-alt, Kohlheck - Eckwerte 2011 - 2017

	2011	2017	Differenz absolut	Differenz in %
Einwohner	11.702	12.211	+509	+4,3%
Haushalte	5.739	5.966	+227	+4,0%
Wohnungen* (2012)	5.962	5.982	+20	+0,3%
Mobilitätsziffer	20,9%	19,6%		-6,2%

*Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung,

Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren, eigene Berechnungen

Grundsatz und Planung



Zwischen 2011 und 2017 erfolgte eine moderate Zunahme der Bevölkerungszahl und der Haushalte. Die Zahl der Wohnungen nahm jedoch kaum zu.

Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2011 (Basis alle Indikatoren)

Der Stadtteil „Dotzheim-alt, Kohlheck“ wechselt seit 2000 in mindestens einer der beiden Dimensionen „administrativer Intervention“ und „riskanten Lebenslagen“ zwischen den Kategorisierungen niedrige und durchschnittliche (mittlere) Bedarfslage. Im Vergleich der Stadtteile untereinander und der Gesamtstadt liegen die Kategorisierungswerte relativ nah an den Grenzwerten zwischen „niedriger“ und „mittlerer“ Bedarfslage. Wobei – auch im Zeitverlauf – eine stärkere Tendenz zu der Kategorie mittlere Bedarfslage zu beobachten ist.

Bei der Beurteilung der Entwicklung ist allerdings zu berücksichtigen, dass sich die Indikatorensets, insbesondere in der Dimension „riskante Lebenslagen“, stets verändert haben und seit 2011 deutlich ausgeweitet wurden.

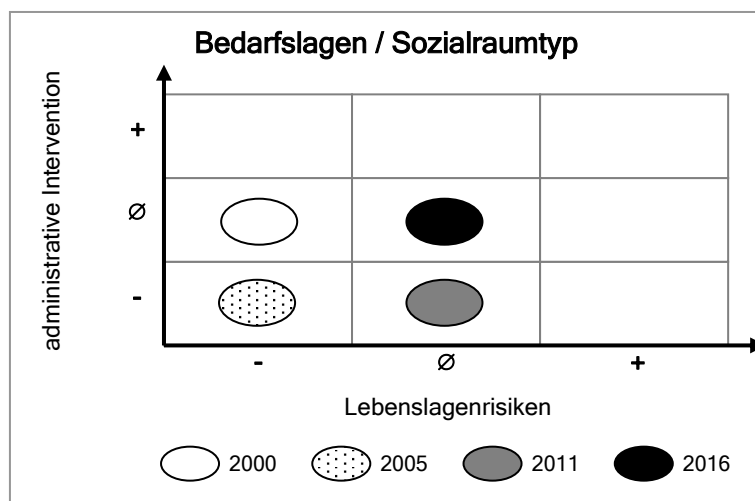
Seit 2000 fällt der Stadtteil – mit Ausnahme des Jahres 2005 – in die Kategorie mittlere soziale Bedarfslage.

2016 stiegen die Werte in den Indikatoren der administrativen Intervention an, sodass hier – wenn auch sehr knapp – nun mittlere Werte erreicht werden und eine entsprechende Zuordnung erfolgt. 2005 und 2011 lagen diese Werte noch im niedrigen Bereich.

Bezogen auf die Indikatoren der riskanten Lebenslagen werden, wie auch 2011, durchschnittliche Werte erreicht und es erfolgt die Einordnung in die Kategorie mittlere Bedarfslage.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Dotzheim-alt, Kohlheck“ auf Rang 23 (2011: Rang 22) von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.

Abbildung 92: Dotzheim-alt, Kohlheck - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016



Quelle: Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Entwicklung der Dynamikindikatoren

Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

In allen drei Indikatoren fiel die Entwicklung zwischen 2011 und 2016 ungünstiger als in der Gesamtstadt aus.

Die Existenzsicherungs- und Kinderarmutsquote sind beide zwischen 2011 und 2016, wie auch schon im vorigen Beobachtungszeitraum 2005 - 2011, deutlich angestiegen. Sie liegen

zwar immer noch niedriger als im Stadtdurchschnitt, haben sich diesem aber deutlich angenähert. 2011 lagen beide Indikatoren noch im niedrigen Bereich und werden nun dem mittleren Bedarfslagenbereich zugeordnet. Auch die Anzahl der betroffenen Personen ist deutlich angestiegen. Besonders stark ist die Kinderarmutsquote angestiegen, auch die Anzahl der armen Kinder hat sich erheblich (+38 %) um 94 auf 342 betroffene Kinder erhöht. Die Arbeitslosigkeitsquote ist zwischen 2011 und 2016 erheblich stärker als in der gesamtstädtischen Entwicklung gestiegen und liegt 2016 ebenfalls im Bereich der mittleren Bedarfslage, während sie 2011 noch zur Kategorie „niedrig“ zählte.

Tabelle 65: Dotzheim-alt, Kohlheck -

Entwicklung Dynamikindikatoren 2005, 2011 - 2016 - überproportionale Abweichungen grau schattiert

	2005	2011	2016	Ver- änderung 2011-2016	WI 2011	WI 2016	Ver- änderung
Administrative Intervention							
Existenzsicherungsquote	7,8%	9,4%	10,4%	+10,6%	12,4%	12,9%	+4,0%
Kinderarmutsquote	13,1%	15,6%	20,1%	+28,3%	23,2%	22,9%	-1,3%
Arbeitslosigkeitsquote	6,4%	4,1%	5,2%	+26,1%	5,4%	5,8%	+7,4%
Riskante Lebenslagen							
Nicht-EU-Staatsangehörige	6,8%	7,4%	8,5%	+15,4%	10,0%	11,1%	+11,0%
Alleinerziehendenquote	20,9%	22,8%	20,7%	-9,3%	23,9%	23,1%	-3,3%
Quote große Familien	8,6%	9,5%	11,4%	+19,5%	11,0%	11,5%	+4,5%
prekäre Wohnraumversorgung (2012)*	+15,5qm	+24,1qm	+24,1qm	+0,1%**	+20,3qm	+19,9qm	-0,1%

* Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

** Die Berechnung der Veränderung bezieht sich nicht auf die qm-Angaben, sondern auf das Versorgungsmaß (Verhältnis IST-SOLL)

Quelle: Hess. Statistisches Landesamt, Amt für Statistik und Stadtforschung, Amt für Soziale Arbeit

Bautätigkeitsstatistik, Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren; Geschäftsstatistik SGB II und XII, eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Der Anteil der Menschen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit ist stärker als in der Gesamtstadt gestiegen, liegt aber immer noch im deutlich unterdurchschnittlichen Bereich.

Die Zahl und der Anteil der Alleinerziehendenhaushalte sind zwischen 2011 und 2016 gesunken. Im Vergleich der Stadtteile untereinander und der Gesamtstadt liegt der Anteil nur noch sehr knapp im durchschnittlichen Bereich mit Tendenz zur niedrigen Bedarfslage.

Zahl und Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern ist stärker gestiegen und entspricht nun dem städtischen Durchschnitt.

Die ausreichende Versorgung mit Wohnraum hat sich zwischen 2011 und 2016 leicht verbessert und ist im knapp überdurchschnittlichen Maße gewährleistet.

Gesamtbewertung

Der Stadtteil „Dotzheim alt, Kohlheck“ schwankt seit Beginn der Wiesbadener Sozialraumbeobachtung und -typisierung zwischen der Zuordnung zur mittleren bzw. niedrigen Bedarfslagenkategorie.

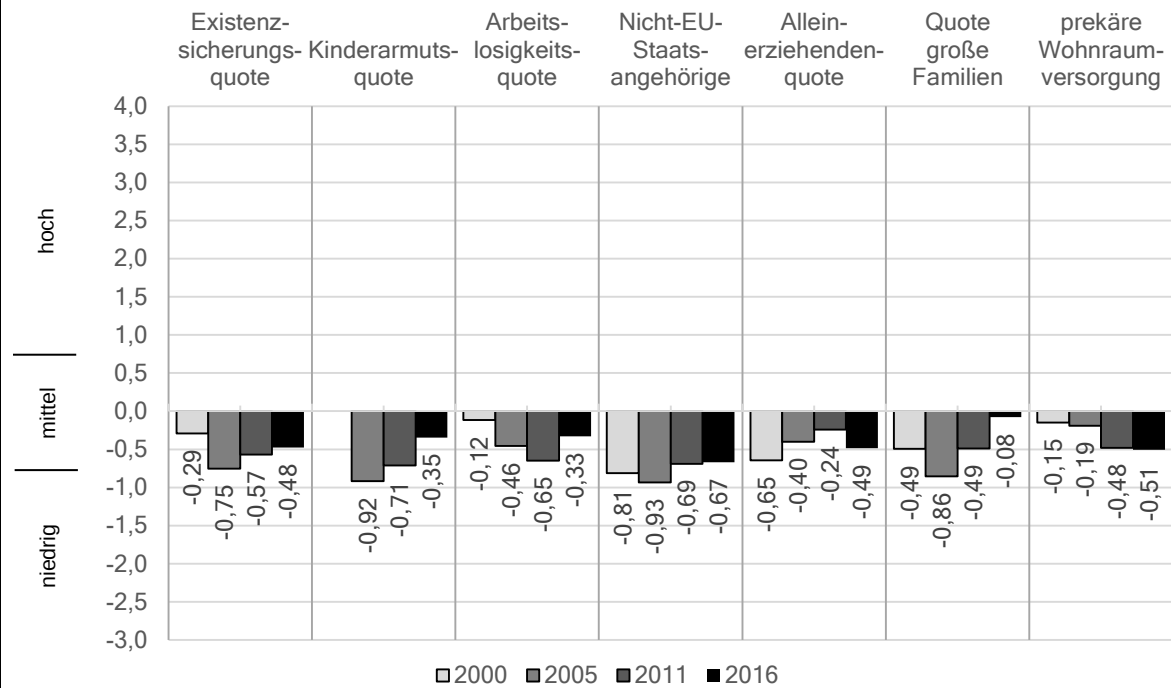
Die Entwicklung der Bedarfslage wird sich voraussichtlich weiterhin im niedrigen bzw. mittleren Bereich bewegen.

Da die im Beobachtungszeitraum erfolgten Veränderungen, insbesondere in den Indikatoren der administrativen Intervention, noch nicht so erheblich ausfielen, erfolgt nach unseren

gewählten Klassifizierungskriterien eine Zuordnung in die Kategorie „stabile Entwicklungstendenzen“.

Zeitreihe Dynamikindikatoren

Abbildung 93: Dotzheim-alt, Kohlheck - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016



Quelle: Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung

Abbildung 94: Werte Statusindikatoren - Dotzheim-alt, Kohlheck

Indikator *	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
Administrative Intervention		-0,49	
Existenzsicherungsquote	10,4%	-0,48	12,9%
Arbeitslosigkeitsquote	5,2%	-0,33	5,8%
Quote Hilfen zur Erziehung	3,6%	-0,61	4,3%
Anteil sozialer Wohnungsbau	2,1%	-0,56	6,0%
Lebenslagenrisiko		-0,38	
Prekäre Einkommenslage			
Wohngeldquote	1,4%	-0,24	1,5%
Anteil sv-pflichtig Beschäftigter mit SGB II-Leistungen	2,2%	-0,19	2,2%
Quote Langzeitbezug Transferleistungen	5,3%	-0,45	6,6%
Wohnen			
prekäre Wohnraumversorgung	24,1 qm	-0,51	19,9 qm
Risiko geringe Wohneigentumsquote	68,7%	-0,53	76,3%
Anteil Räumungsklagen und Zwangsräumungen	1,0%	-0,54	1,4%
Bildungsrisiken			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II-Leistungen	62,3%	-0,24	65,7%
Quote Unzureichende Kompetenzen für den Schulstart	17,3%	-0,43	22,1%
Quote Schulbesuch ohne Hochschulreifeoption	42,0%	-0,52	45,7%
Herkunftsbenachteiligung			
Kinderarmutsquote	20,1%	-0,35	22,9%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	6,1%	-0,50	8,5%
Anteil langzeitarmer Kinder	10,1%	-0,69	15,2%
Anteil neu zugewanderter Kinder	5,5%	0,25	4,8%
Familien mit Risiken			
Alleinerziehendenquote	20,7%	-0,49	23,1%
Quote große Familien	11,4%	-0,08	11,5%
Alte Menschen mit Risiken			
Anteil allein lebender alter Menschen	45,8%	-0,48	49,1%
Quote Altersarmut	4,8%	-0,66	7,2%
Risiken soz. Einbindung + Integration			
Quote Wohndauer unter 10 Jahren	54,0%	-0,23	56,7%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	8,5%	-0,67	11,1%
Anteil Neuzugewanderte	3,6%	0,06	3,6%
Anteil ausl. Bevölkerung mit unsicherem Aufenthaltstatus	3,8%	-0,64	5,3%
Gesundheitliche Risiken			
Rate Vorzeitige Sterblichkeit	1,6	-0,60	1,8
Anteil übergewichtiger Kinder bei Schulbeginn	12,5%	0,42	11,0%
Politische Teilhabe			
Anteil Erwachsene ohne Teilhabe an Wahl	37,7%	-0,57	42,0%
<i>nachrichtlich:</i>			
Anteil Nicht-Wahlberechtigte Bundestagswahl 2017	16,1%	-0,76	21,4%
Quote Nicht-Wahlbeteiligung Bundestagswahl 2017	25,7%	-0,36	26,2%

* ausführliche Beschreibung der Indikatoren Kapitel 3

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

Quelle: Datenquellen der Indikatoren s. Kapitel 3
Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung

Siedlungen Dotzheim

Der Stadtteil „Siedlungen Dotzheim“ umfasst die in den 1930er Jahren entstandenen Siedlungen Märchenland und einen Teil der Siedlung Freudenberg. Diese Wohngebiete sind durch kleinere Einfamilienhäuser - die im Laufe der Jahre stetig erweitert wurden und auf Gartengrundstücken liegen - geprägt.

Auf dem Kasernengelände „Camp Pieri“ entstand Ende der 1990er / Anfang der 2000er Jahre das Wohngebiet „Auf der Heide“ mit überwiegend Eigentumswohnformen (Reihenhäuser, Eigentumswohnungen). Auch die Siedlungen Dotzheim zählen zu den von mittleren bis wohlhabenden Bevölkerungsgruppen bevorzugten Wohnlagen.

Tabelle 66: Siedlungen Dotzheim - Bevölkerungsstruktur

31.12.2017	Zahl	Anteil	Wiesbaden
Altersmedian (Jahre)	45	-	42
Kinder und Jugendliche (0 bis 17 Jahre)	662	16,7%	17,0%
Alte Menschen (über 65 Jahre)	708	17,9%	19,5%
Durchschnittliche Haushaltsgröße	2,15	-	1,95
Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren	418	22,7%	20,1%

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung
Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren; eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Die Bevölkerungsstruktur weist durchschnittliche Werte auf.

Entwicklung der Eckwerte

Die Einwohnerschaft ist leicht zurückgegangen, während die Zahl der Haushalte und der Wohnungen leicht angestiegen sind.

Tabelle 67: Siedlungen Dotzheim - Eckwerte 2011 - 2017

	2011	2017	Differenz absolut	Differenz in %
Einwohner	4.045	3.956	-89	-2,2%
Haushalte	1.813	1.840	+27	+1,5%
Wohnungen* (2012)	1.649	1.687	+38	+2,3%
Mobilitätsziffer	20,1%	24,6%	-	+22,4%

*Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung,
Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren, eigene Berechnungen

Grundsatz und Planung

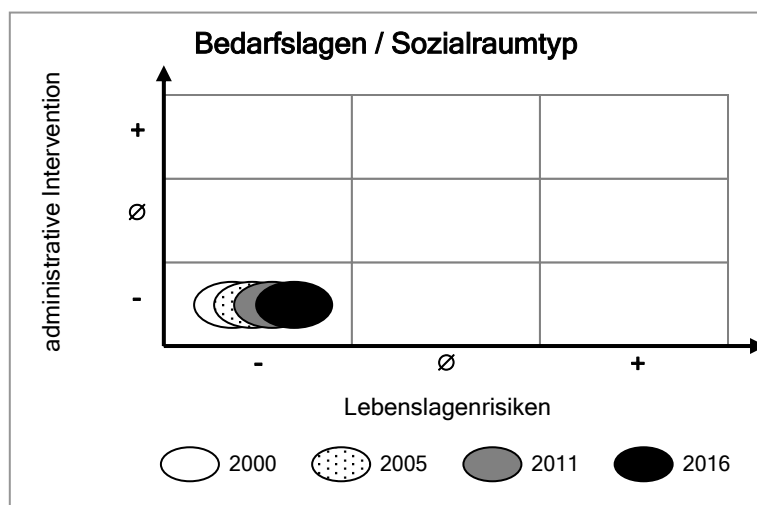


Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2011 (Basis alle Indikatoren)

Der Stadtteil „Siedlungen Dotzheim“ zählt konstant zu den Stadtteilen mit einer niedrigen sozialen Bedarfslage. Sowohl das Ausmaß an administrativer Intervention als auch der Anteil an riskanten Lebenslagen sind konstant niedrig.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Siedlungen Dotzheim“ auf Rang 30 (2011: Rang 29) von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.

Abbildung 96: Siedlungen Dotzheim - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016



Quelle: Eigene Darstellung



Grundsatz und Planung

Entwicklung der Dynamikindikatoren

Tabelle 68: Siedlungen Dotzheim -

Entwicklung Dynamikindikatoren 2005, 2011 - 2016 - überproportionale Abweichungen grau schattiert

	2005	2011	2016	Ver- änderung 2011-2016	WI 2011	WI 2016	Ver- änderung
Administrative Intervention							
Existenzsicherungsquote	3,4%	4,4%	4,1%	-6,8%	12,4%	12,9%	+4,0%
Kinderarmutsquote	7,3%	9,7%	7,7%	-20,9%	23,2%	22,9%	-1,3%
Arbeitslosenquote	3,2%	2,7%	2,5%	-7,4%	5,4%	5,8%	+7,4%
Risikante Lebenslagen							
Nicht-EU-Staatsangehörige	5,7%	5,2%	6,4%	+23,1%	10,0%	11,1%	+11,0%
Alleinerziehendenquote	14,0%	16,6%	14,4%	-13,3%	23,9%	23,1%	-3,3%
Quote große Familien	11,5%	8,4%	7,9%	-5,8%	11,0%	11,5%	+4,5%
prekäre Wohnraumversorgung (2012)*	+28,9qm	25,0qm	26,9qm	+2,5%**	+20,3qm	+19,9qm	-0,1%

* Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

** Die Berechnung der Veränderung bezieht sich nicht auf die qm-Angaben, sondern auf das Versorgungsmaß (Verhältnis IST-SOLL)

Quelle: Hess. Statistisches Landesamt, Amt für Statistik und Stadtforschung, Amt für Soziale Arbeit

Bautätigkeitsstatistik, Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren;
Geschäftsstatistik SGB II und XII, eigene Darstellung

Grundsatz und Planung

Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Alle drei Indikatoren haben sich positiver im Vergleich zur Gesamtstadt entwickelt. Die Anteilswerte, die konstant deutlich unter dem städtischen Durchschnitt liegen, aber auch die Anzahl der betroffenen Personen, sind zurückgegangen.

Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Der Anteil der Menschen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit ist zwischen 2011 und 2016 zwar stärker als in der Gesamtstadt gestiegen, liegt aber immer noch deutlich unter dem städtischen Durchschnitt.

Der Anteil der Alleinerziehendenhaushalte und der großen Familien (mit drei und mehr Kindern) an allen Haushalten mit Kindern ist gesunken und liegt konstant im niedrigen Bedarfslagenbereich.

Die statistisch pro Haushalt zur Verfügung stehende Wohnfläche hat zwischen 2011 und 2016 leicht zugenommen. Auch hier erfolgt eine konstante Zuordnung in die Kategorie niedrige Bedarfslage.

Alle drei Indikatoren zeigen positivere Entwicklungen als in der Gesamtstadt.

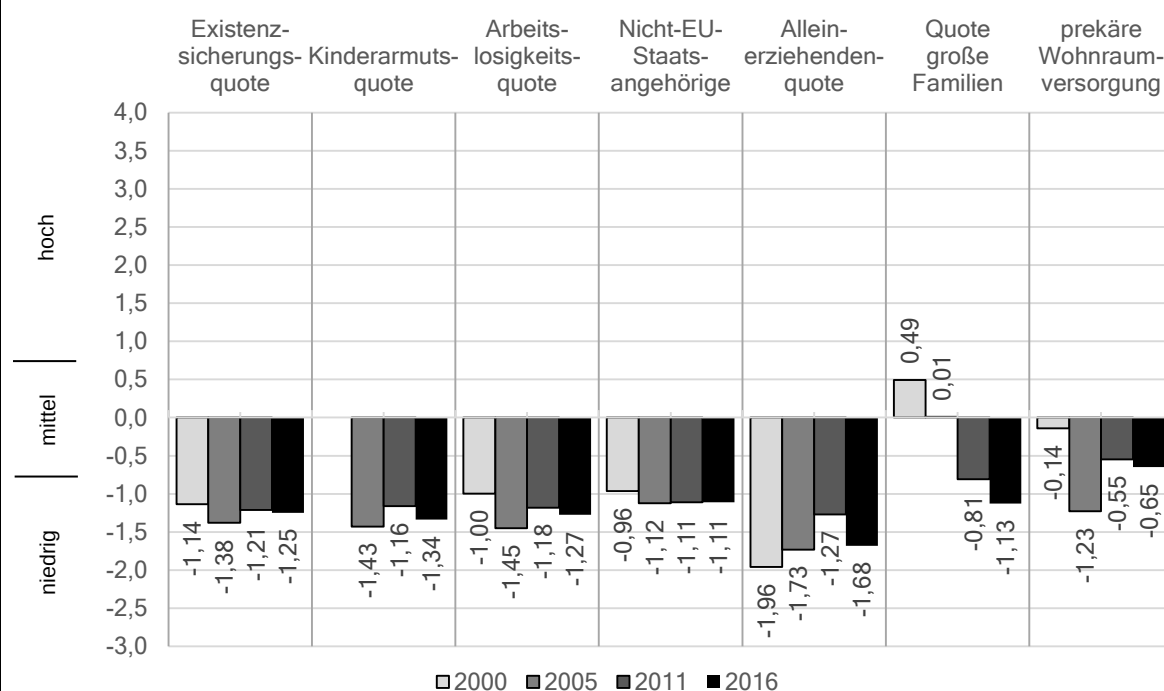
Gesamtbewertung

Der Stadtteil „Siedlungen Dotzheim“ weist ein stabil niedriges Ausmaß an administrativer Intervention und riskanten Lebenslagen und somit geringe soziale Bedarfslagen auf.

Es erfolgt somit eine Zuordnung in die Kategorie „stabile Entwicklungstendenzen“.

Zeitreihe Dynamikindikatoren

Abbildung 97: Siedlungen Dotzheim - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016



Quelle: Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung

Abbildung 98: Werte Statusindikatoren - Siedlungen Dotzheim

Indikator *	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
Administrative Intervention		-0,90	
Existenzsicherungsquote	4,1%	-1,25	12,9%
Arbeitslosigkeitsquote	2,5%	-1,27	5,8%
Quote Hilfen zur Erziehung	3,4%	-0,77	4,3%
Anteil sozialer Wohnungsbau	4,6%	-0,31	6,0%
Lebenslagenrisiko		-1,03	
Prekäre Einkommenslage			
Wohngeldquote	0,8%	-0,92	1,5%
Anteil sv-pflichtig Beschäftigter mit SGB II-Leistungen	0,7%	-1,21	2,2%
Quote Langzeitbezug Transferleistungen	2,3%	-1,14	6,6%
Wohnen			
prekäre Wohnraumversorgung	26,9 qm	-0,65	19,9 qm
Risiko geringe Wohneigentumsquote	52,1%	-1,69	76,3%
Anteil Räumungsklagen und Zwangsräumungen	0,6%	-1,00	1,4%
Bildungsrisiken			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II-Leistungen	64,7%	0,13	65,7%
Quote Unzureichende Kompetenzen für den Schulstart	8,5%	-1,03	22,1%
Quote Schulbesuch ohne Hochschulreifeoption	42,1%	-0,51	45,7%
Herkunftsbenachteiligung			
Kinderarmutsquote	7,7%	-1,34	22,9%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	2,8%	-1,12	8,5%
Anteil langzeitarmer Kinder	5,8%	-1,13	15,2%
Anteil neu zugewanderter Kinder	1,6%	-0,98	4,8%
Familien mit Risiken			
Alleinerziehendenquote	14,4%	-1,68	23,1%
Quote große Familien	7,9%	-1,13	11,5%
Alte Menschen mit Risiken			
Anteil allein lebender alter Menschen	41,7%	-0,99	49,1%
Quote Altersarmut	1,4%	-1,19	7,2%
Risiken soz. Einbindung + Integration			
Quote Wohndauer unter 10 Jahren	45,3%	-1,09	56,7%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	6,4%	-1,11	11,1%
Anteil Neuzugewanderte	3,3%	-0,13	3,6%
Anteil ausl. Bevölkerung mit unsicherem Aufenthaltstatus	5,0%	-0,21	5,3%
Gesundheitliche Risiken			
Rate Vorzeitige Sterblichkeit	1,2	-1,41	1,8
Anteil übergewichtiger Kinder bei Schulbeginn	7,4%	-0,96	11,0%
Politische Teilhabe			
Anteil Erwachsene ohne Teilhabe an Wahl	31,2%	-1,12	42,0%
<i>nachrichtlich:</i>			
Anteil Nicht-Wahlberechtigte Bundestagswahl 2017	12,4%	-1,18	21,4%
Quote Nicht-Wahlbeteiligung Bundestagswahl 2017	21,5%	-0,89	26,2%

* ausführliche Beschreibung der Indikatoren Kapitel 3

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

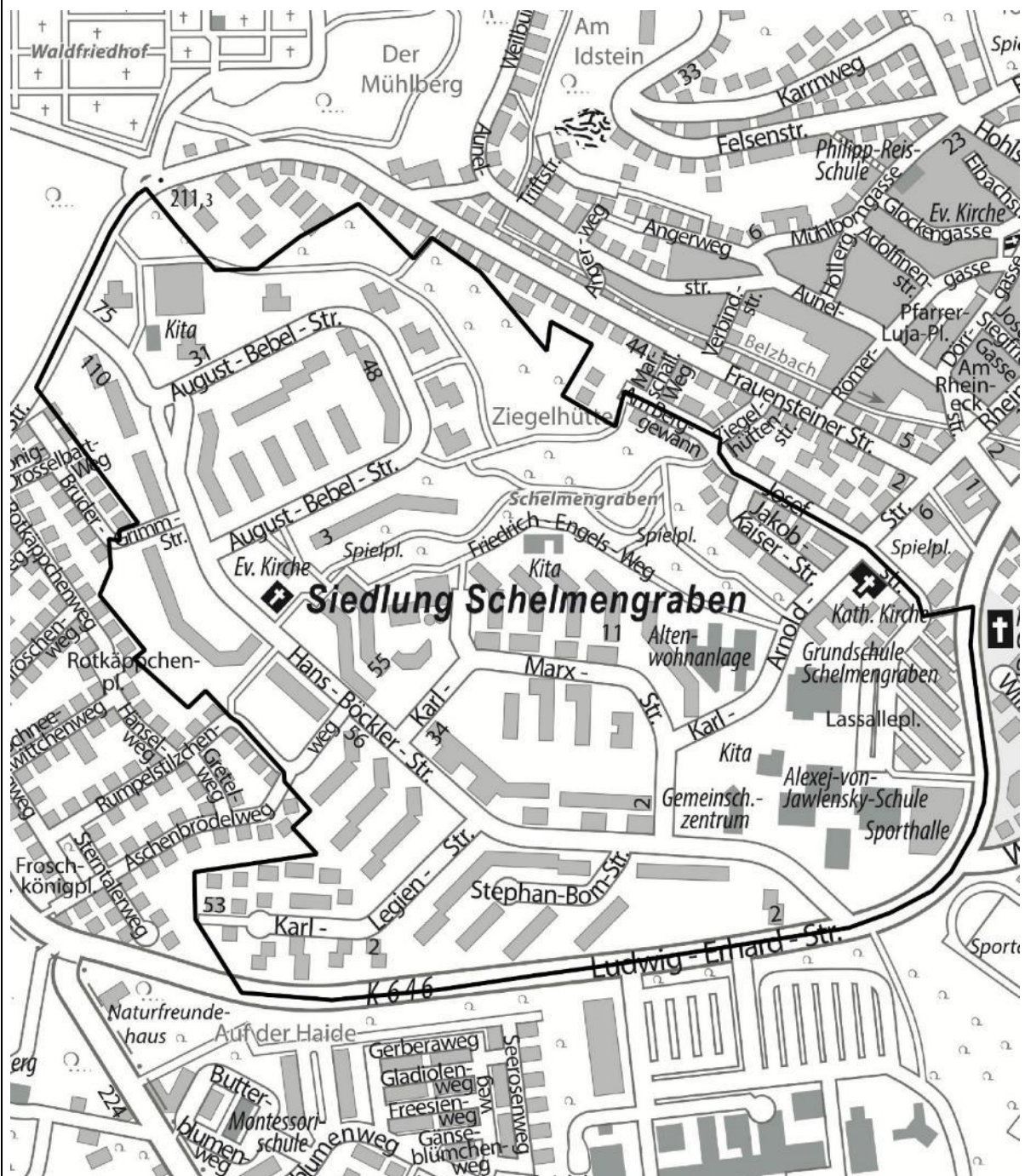
> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

Quelle: Datenquellen der Indikatoren s. Kapitel 3
Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung

8.17 Schelmengraben

Abbildung 99: Schelmengraben



Quelle: Vermessungsamt

Grundsatz und Planung

Schelmengraben

Der Stadtteil „Schelmengraben“ entstand in den 1960er und 1970er Jahren nach Plänen von Ernst May auf Grundlage seines Konzepts für ein Neues Wiesbaden.

Die Großsiedlung der zweiten Generation des sozialen Wohnungsbaus wurde angrenzend an den alten Ortskern von Dotzheim - aber mit unzureichenden Wegebeziehungen - auf „der grünen Wiese“ errichtet.

Die Baustruktur ist geprägt durch mehrgeschossige Riegelbebauungen sowie fünf Punkthochhäuser. In der Gestaltung wirkt die Bauweise sehr monoton und ähnelt dem Typus „Platte-West“.

Der bei weitem größte Teil der Wohnungen wurde als sozialer Wohnungsbau errichtet. Mittlerweile sind, durch Ablauf der Bindungsfrist, nur noch rund ein Viertel der Wohnungen in der Sozialbindung. Es existieren nur sehr wenige Eigentumswohnformen (einige Reihenhäuser und wenige Gebäude mit Eigentumswohnungen).

Die Situation des Einkaufszentrums - in der Mitte der Siedlung gelegen - hat sich durch eine Zwangsversteigerung 2014 und den damit erfolgten Eigentümerwechseln dramatisch verschlechtert. Nahezu alle Gewerbeeinheiten stehen leer, eine Nahversorgung mit Lebensmitteln ist dort nicht mehr möglich. Lediglich das Stadtteilbüro der Sozialen Stadt, die Apotheke und ein Gemüseladen sind dort verblieben. Weiterhin existieren noch ein Wettbüro und eine Kneipe. Durch den Leerstand und somit fehlende soziale Kontrolle kommt es immer wieder zu Vandalismus und erheblichen Verschmutzungen.

Die Ausstattung mit sozialen Infrastruktureinrichtungen ist hingegen gut. Das Stadtteilzentrum mit Angeboten der offenen Jugendarbeit und Räumlichkeiten für die Stadtteilbevölkerung wird ab 2018 als eine Maßnahme der Sozialen Stadt neu gebaut.

Seit 2012 ist der Stadtteil Standort des Programms „Soziale Stadt*plus*-Schelmengraben“. Im Rahmen dieses Programmes wurden bereits zahlreiche Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes - insbesondere die Errichtung neuer, sehr attraktiver Spielplätze - durchgeführt. Auch die Wohnungsgesellschaft GWH, die Eigentümer von ca. 90% aller Wohnungen im Schelmengraben ist, hat zahlreicher Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes, z. B. Gestaltung der Hauseingangsbereiche, barrierefreie Erschließung der Hauszugänge, Gestaltung der Außenbereiche und Müllplätze, umgesetzt.

Weiterhin wurden mit dem Quartiersmanagement im Stadtteilbüro sowie Programmen zur Verbesserung der Erwerbsintegration und Stärkung der Bildungsteilhabe von Jugendlichen und Erwachsenen Aktivitäten zur Verbesserung der sozialen Lebensbedingungen und Teilhabechancen der Einwohnerschaft eingerichtet.

Tabelle 69: Schelmengraben - Bevölkerungsstruktur

31.12.2017	Zahl	Anteil	Wiesbaden
Altersmedian (Jahre)	40	-	42
Kinder und Jugendliche (0 bis 17 Jahre)	1.450	23,7%	17,0%
Alte Menschen (über 65 Jahre)	1.261	20,6%	19,5%
Durchschnittliche Haushaltsgröße	2,21	-	1,95
Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren	730	26,9%	20,1%

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung

Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren; eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Im Schelmengraben wird in den nächsten Jahren eine Quartiersentwicklung erfolgen. Es ist der Bau von bis zu 650 neuen Wohnungen, überwiegend für mittlere Einkommensgruppen, geplant. Die dadurch zusätzlich benötigte soziale Infrastruktur wie Kindertagesstätten und ein zweiter Standort der Grundschule sind ebenfalls bereits geplant.

In der Siedlung wurde ein mit gewählten Bewohner/innen sowie Vertretungen der städtischen Ämter, sozialen Einrichtungen vor Ort, GWH und Mieterbund besetzter „Quartiersrat“ gebildet, der den Prozess der Quartiersentwicklung begleitet und die Bewohner/innen beteiligt.

Der Anteil der Kinder und Jugendlichen an der Bevölkerung liegt erheblich über dem städtischen Durchschnitt; es wird der höchste Anteilswert der Stadtteile erreicht. Der Anteil der Familien und auch die Größe der Haushalte sind überdurchschnittlich hoch.

Der Anteil der alten Menschen liegt zwar leicht über dem städtischen Durchschnitt, ist aber nicht signifikant erhöht.

Entwicklung der Eckwerte

Tabelle 70: Schelmengraben - Eckwerte 2011 - 2017

	2011	2017	Differenz absolut	Differenz in %
Einwohner	6.049	6.108	+59	+1,0%
Haushalte	2.743	2.712	-31	-1,1%
Wohnungen* (2012)	2.744	2.742	-2	-0,1%
Mobilitätsziffer	18,5%	15,1%	-	-18,4%

*Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung,
Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren, eigene Berechnungen

Grundsatz und Planung



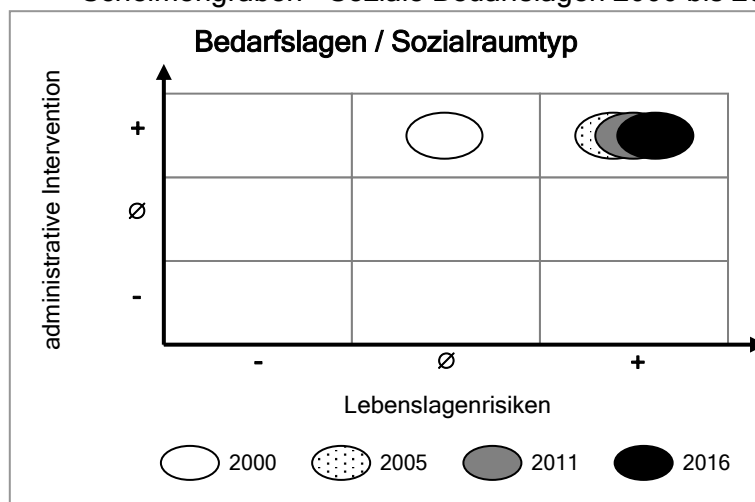
Die Werte sind zwischen 2011 und 2017 annähernd konstant geblieben. Lediglich der nicht unerhebliche Rückgang der ohnehin schon geringen Mobilitätsziffer, die auch im vorherigen Beobachtungszeitraum 2005-2011 erheblich gesunken war, ist auffällig. Dies kann zum einen ein Hinweis auf eine hohe Zufriedenheit mit der Wohnsituation sein, zum anderen aber ist dies auch ein deutlicher Hinweis auf mangelnde Möglichkeiten der Veränderung (Umzug in andere Wohngebiete). Bedingt durch das hohe Mietniveau in Wiesbaden ist es vor allem Bevölkerungsgruppen mit niedrigen Einkommen nur schwer möglich eine andere bezahlbare Wohnung zu finden.

Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2016 (Basis alle Indikatoren)

Der „Schelmengraben“ ist ein Stadtteil mit konstant sehr hohen Anteilen an riskanten Lebenslagen und einem sehr hohen Ausmaß an administrativer Intervention. Seit 2005 ist der Schelmengraben der Stadtteil mit der höchsten sozialen Bedarfslage in Wiesbaden.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Schelmengraben“ wie auch bereits 2011 auf Rang 1 von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.

Abbildung 100: Schelmengraben - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016



Quelle: Eigene Darstellung



Grundsatz und Planung

Entwicklung der Dynamikindikatoren

Tabelle 71: Schelmengraben -

Entwicklung Dynamikindikatoren 2005, 2011 - 2016 - überproportionale Abweichungen grau schattiert

	2005	2011	2016	Ver- änderung 2011-2016	WI 2011	WI 2016	Ver- änderung
Administrative Intervention							
Existenzsicherungsquote	30,9%	32,5%	32,1%	-1,2%	12,4%	12,9%	+4,0%
Kinderarmutsquote	47,7%	47,0%	42,8%	-9,0%	23,2%	22,9%	-1,3%
Arbeitslosigkeitsquote	14,4%	11,1%	11,2%	+0,6%	5,4%	5,8%	+7,4%
Risikante Lebenslagen							
Nicht-EU-Staatsangehörige	18,0%	18,6%	18,7%	+0,3%	10,0%	11,1%	+11,0%
Alleinerziehendenquote	19,9%	25,1%	24,9%	-0,8%	23,9%	23,1%	-3,3%
Quote große Familien	19,9%	21,8%	24,1%	+10,5%	11,0%	11,5%	+4,5%
prekäre Wohnraumversorgung (2012)*	-0,6qm	3,0qm	2,9qm	0,0%**	+20,3qm	+19,9qm	-0,1%

* Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

** Die Berechnung der Veränderung bezieht sich nicht auf die qm-Angaben, sondern auf das Versorgungsmaß (Verhältnis IST-SOLL)

Quelle: Hess. Statistisches Landesamt, Amt für Statistik und Stadtforschung, Amt für Soziale Arbeit

Bautätigkeitsstatistik, Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren;
Geschäftsstatistik SGB II und XII, eigene Darstellung

Grundsatz und Planung

Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Alle drei Indikatoren zeigen im Vergleich zur Gesamtstadt eine positivere Entwicklung. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Anteilswerte in 2011 sehr hoch waren und dies auch in 2016 immer noch sind. Jedoch ist eine weitere Verschärfung der Problemlagen nicht erfolgt. Im Vergleich zu den anderen Stadtteilen und zur Gesamtstadt hat sich die Position des Schelmengrabens in allen drei Indikatoren verbessert.

Die Existenzsicherungsquote ist - entgegen der Entwicklung in der Gesamtstadt - leicht gesunken, liegt aber nach wie vor erheblich über dem Stadtdurchschnitt. In diesem Indikator wird der zweithöchste Wert stadtweit erreicht.

Die Kinderarmutsquote ist deutlicher als in der Gesamtstadt gesunken. Sie liegt aber nach wie vor erheblich über dem städtischen Durchschnitt, nahezu jedes zweite Kind im Schelmengraben ist von Armut betroffen. Dies bedeutet aber nicht, dass nun wesentlich weniger Kinder von Armut betroffen sind, denn die absolute Zahl der Kinder, die in SGB II-Haushalten leben ist lediglich um ein Kind zurückgegangen. Die Zahl der Kinder im Stadtteil ist insgesamt gestiegen, somit erklärt sich die Verringerung des Anteils armer Kinder bei gleichbleibender Zahl der Betroffenen. Auch in diesem Indikator wird der zweithöchste Wert stadtweit erreicht.

Die Arbeitslosigkeitsquote ist im Schelmengraben geringer als in der Gesamtstadt angestiegen. Aber auch in diesem Indikator ist der zweithöchste Anteilswert aller Stadtteile erreicht.

Alle drei Indikatoren weisen 2005, 2011 und 2016 deutlich überdurchschnittliche Werte auf und zeigen eine erhebliche Distanz zu den Werten der anderen Stadtteile. Der Schelmengraben zeigt - trotz leichter Stabilisierungstendenzen -, wie auch das Innere Westend, deutliche Tendenzen des „Abgehängt-Seins“.

Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Der Schelmengraben ist konstant ein Stadtteil mit einem sehr hohen Ausmaß an riskanten Lebenslagen.

Der Anteil der Menschen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit ist geringer als in der Gesamtstadt angestiegen.

Der Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern, der seit 2005 der höchste Wert stadtweit ist, ist nochmals überproportional angestiegen. Der Abstand zum Durchschnitt der Gesamtstadt ist nochmals erheblich gestiegen.

Lag 2005 der Anteil der Alleinerziehendenhaushalte noch unter dem städtischen Durchschnitt und im niedrigen Bedarfslagenbereich, hat sich im Zeitraum 2005-2011 die Zahl und der Anteil dieses Familientyps deutlich auf einen leicht überdurchschnittlichen Wert erhöht. Zwischen 2011 und 2016 ist der Anteilswert leicht gesunken, aber die Anzahl der Haushalte ist geringfügig angestiegen. Der Wert liegt weiterhin knapp über dem städtischen Durchschnitt im Bereich der mittleren Bedarfslage.

Hinsichtlich der ausreichenden Versorgung mit Wohnraum liegt der Stadtteil „Schelmengraben“ deutlich unterhalb des städtischen Durchschnitts. Gegenüber 2011 hat sich keine Veränderung ergeben.

Gesamtbewertung

Der Schelmengraben ist konstant ein Stadtteil mit sehr hoher sozialer Bedarfslage. Bis auf wenige Ausnahmen weist er in allen zur Sozialraumtypisierung verwendeten Belastungsindikatoren hohe und sehr hohe Belastungswerte auf. Häufig sind dies die höchsten Werte der Gesamtstadt.

Insgesamt ist der Schelmengraben der Stadtteil Wiesbadens mit der höchsten sozialen Bedarfslage.

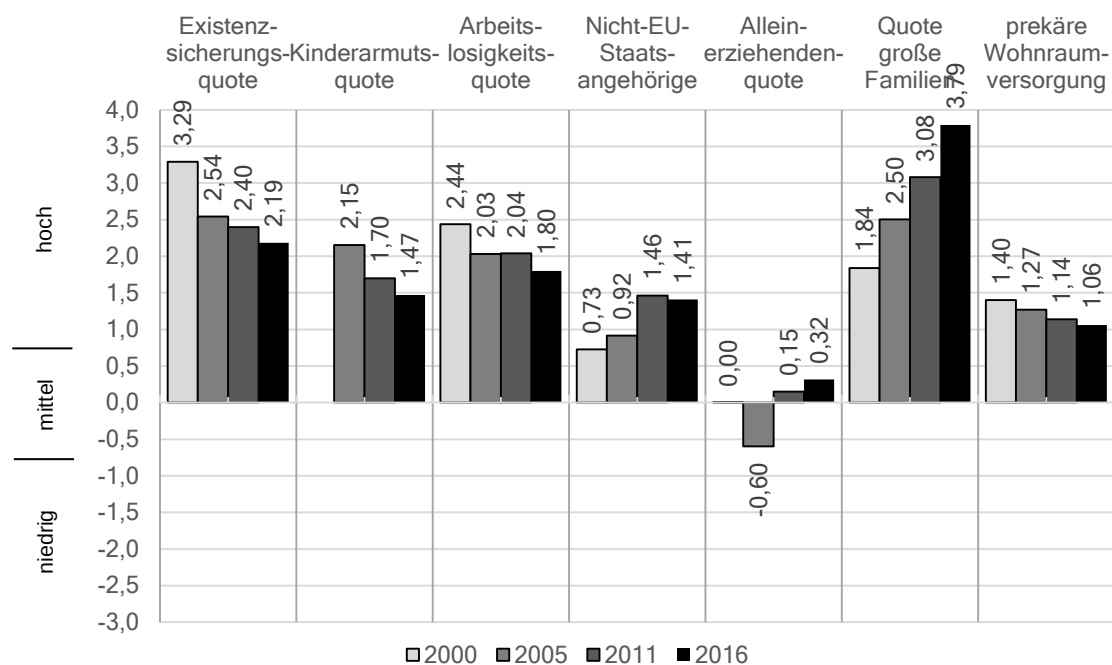
Die Problemlagen haben sich jedoch nicht weiter verschärft, sondern auf hohem Niveau stabilisiert.

Jedoch muss die Entwicklung des Stadtteils - wie bisher schon geschehen - aufmerksam beobachtet und geeignete Maßnahmen der sozialen Kommunalpolitik und Sozialverwaltung platziert werden.

Aufgrund der beschriebenen Entwicklungen erfolgt eine Zuordnung in die Kategorie „stabile Entwicklungstendenzen“.

Zeitreihe Dynamikindikatoren

Abbildung 101: Schelmengraben - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016



Quelle: Eigene Darstellung



Grundsatz und Planung

Abbildung 102: Werte Statusindikatoren - Schelmengraben

Indikator *	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
Administrative Intervention		1,69	
Existenzsicherungsquote	32,1%	2,19	12,9%
Arbeitslosigkeitsquote	11,2%	1,80	5,8%
Quote Hilfen zur Erziehung	5,8%	0,85	4,3%
Anteil sozialer Wohnungsbau	26,1%	1,92	6,0%
Lebenslagenrisiko		1,53	
Prekäre Einkommenslage			
Wohngeldquote	5,0%	3,96	1,5%
Anteil sv-pflichtig Beschäftigter mit SGB II-Leistungen	6,6%	2,80	2,2%
Quote Langzeitbezug Transferleistungen	18,0%	2,51	6,6%
Wohnen			
prekäre Wohnraumversorgung	2,9 qm	1,06	19,9 qm
Risiko geringe Wohneigentumsquote	93,1%	1,17	76,3%
Anteil Räumungsklagen und Zwangsräumungen	2,0%	0,61	1,4%
Bildungsrisiken			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II-Leistungen	76,1%	1,83	65,7%
Quote Unzureichende Kompetenzen für den Schulstart	59,4%	2,47	22,1%
Quote Schulbesuch ohne Hochschulreifeoption	64,8%	1,43	45,7%
Herkunftsbenachteiligung			
Kinderarmutsquote	42,8%	1,47	22,9%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	18,2%	1,79	8,5%
Anteil langzeitarmer Kinder	31,2%	1,53	15,2%
Anteil neu zugewanderter Kinder	3,5%	-0,38	4,8%
Familien mit Risiken			
Alleinerziehendenquote	24,9%	0,32	23,1%
Quote große Familien	24,1%	3,79	11,5%
Alte Menschen mit Risiken			
Anteil allein lebender alter Menschen	55,5%	0,72	49,1%
Quote Altersarmut	24,8%	2,43	7,2%
Risiken soz. Einbindung + Integration			
Quote Wohndauer unter 10 Jahren	55,7%	-0,06	56,7%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	18,7%	1,41	11,1%
Anteil Neuzugewanderte	2,9%	-0,27	3,6%
Anteil ausl. Bevölkerung mit unsicherem Aufenthaltstatus	8,4%	0,99	5,3%
Gesundheitliche Risiken			
Rate Vorzeitige Sterblichkeit	2,2	0,77	1,8
Anteil übergewichtiger Kinder bei Schulbeginn	14,7%	1,01	11,0%
Politische Teilhabe			
Anteil Erwachsene ohne Teilhabe an Wahl	64,2%	1,72	42,0%
<i>nachrichtlich:</i>			
Anteil Nicht-Wahlberechtigte Bundestagswahl 2017	29,9%	0,80	21,4%
Quote Nicht-Wahlbeteiligung Bundestagswahl 2017	49,0%	2,63	26,2%

* ausführliche Beschreibung der Indikatoren Kapitel 3

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

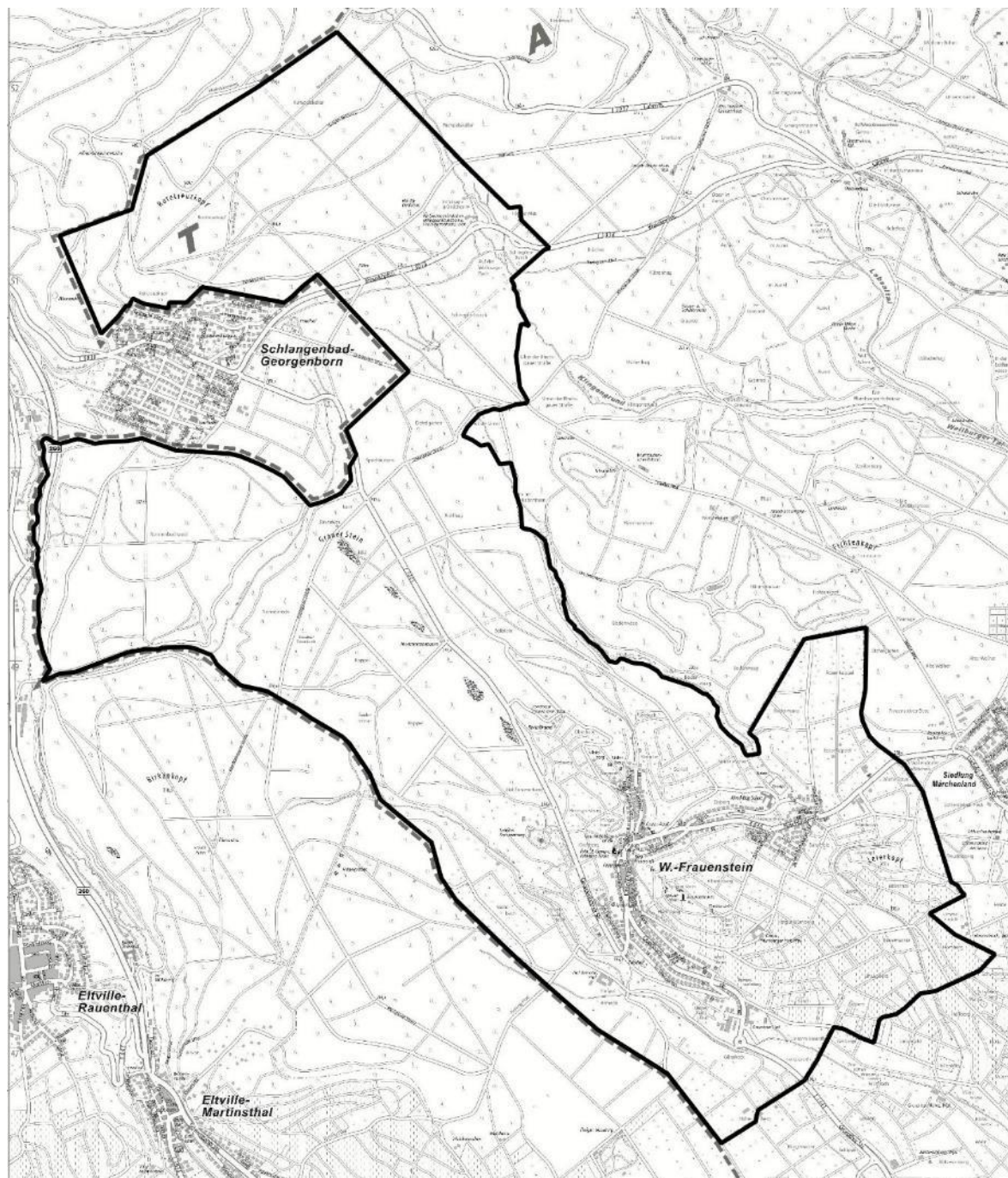
> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

Quelle: Datenquellen der Indikatoren s. Kapitel 3
Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung

8.18 Frauenstein

Abbildung 103: Frauenstein



Quelle: Vermessungsamt

Grundsatz und Planung

Frauenstein

Der Stadtteil „Frauenstein“ wurde bereits 1928 nach Wiesbaden eingemeindet. Den Charakter eines wohlhabenden Dorfes konnte sich der Stadtteil, der bereits zum Weinbaugebiet Rheingau zählt, erhalten. Der Stadtteil ist geprägt durch Obst- und Weinbaubetriebe und Gastronomie.

Das Erscheinungsbild zeigt einen ursprünglichen Dorfkern mit entsprechender Wohnbebauung, sowie den kleineren Dorferweiterungsgebieten mit überwiegend gehobener Einfamilienhausbebauung.

Tabelle 72: Frauenstein - Bevölkerungsstruktur

31.12.2017	Zahl	Anteil	Wiesbaden
Altersmedian (Jahre)	50	-	42
Kinder und Jugendliche (0 bis 17 Jahre)	337	14,3%	17,0%
Alte Menschen (über 65 Jahre)	625	26,6%	19,5%
Durchschnittliche Haushaltsgröße	2,16	-	1,95
Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren	210	19,2%	20,1%

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung
Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren; eigene Darstellung



Grundsatz und Planung

Der Altersmedian und der Anteil alter Menschen liegen deutlich über dem städtischen Durchschnitt. Der Anteil an Kindern und Jugendlichen ist dagegen deutlich geringer.

Entwicklung der Eckwerte

Tabelle 73: Frauenstein - Eckwerte 2011 - 2017

	2011	2017	Differenz absolut	Differenz in %
Einwohner	2.355	2.354	-1	0%
Haushalte	1.077	1.093	+16	+1,5%
Wohnungen* (2012)	1.166	1.182	+16	+1,4%
Mobilitätsziffer	13,3%	12,3%	-	-7,5%

*Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung,
Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren, eigene Berechnungen



Grundsatz und Planung

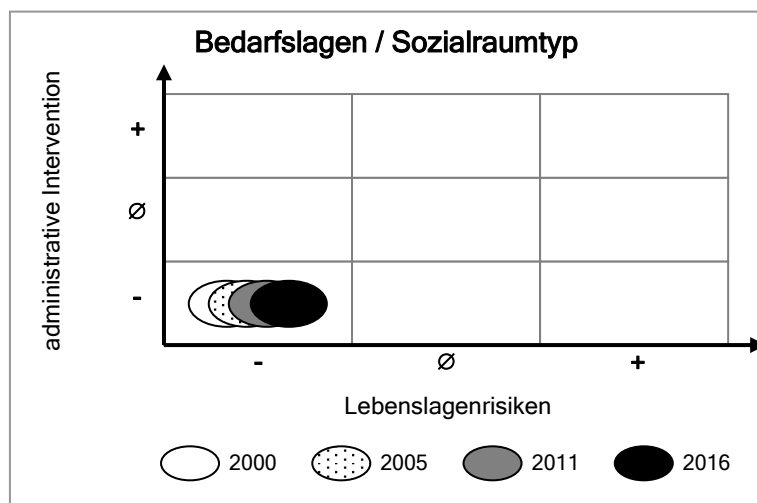
Die Werte zeigen sich sehr stabil.

Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2011 (Basis alle Indikatoren)

Das Ausmaß der administrativen Intervention und auch der riskanten Lebenslagen ist seit 2000 sehr niedrig.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Frauenstein“ auf Rang 32 (2011: Rang 34) von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.

Abbildung 104: Frauenstein - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016



Quelle: Eigene Darstellung



Grundsatz und Planung

Entwicklung der Dynamikindikatoren

Tabelle 74: Frauenstein -

Entwicklung Dynamikindikatoren 2005, 2011 - 2016 - überproportionale Abweichungen grau schattiert

	2005	2011	2016	Ver- änderung 2011-2016	WI 2011	WI 2016	Ver- änderung
Administrative Intervention							
Existenzsicherungsquote	3,1%	2,4%	2,9%	+20,8%	12,4%	12,9%	+4,0%
Kinderarmutsquote	7,0%	7,1%	8,8%	+23,0%	23,2%	22,9%	-1,3%
Arbeitslosigkeitsquote	2,9%	1,9%	2,3%	+20,5%	5,4%	5,8%	+7,4%
Risikante Lebenslagen							
Nicht-EU-Staatsangehörige	2,3%	2,1%	3,0%	+43,8%	10,0%	11,1%	+11,0%
Alleinerziehendenquote	14,8%	14,8%	13,7%	-7,2%	23,9%	23,1%	-3,3%
Quote große Familien	6,6%	6,1%	7,8%	+28,5%	11,0%	11,5%	+4,5%
prekäre Wohnraumversorgung (2012)*	+36,7qm	38,0qm	40,9qm	+3,5%**	+20,3qm	+19,9qm	-0,1%

* Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

** Die Berechnung der Veränderung bezieht sich nicht auf die qm-Angaben, sondern auf das Versorgungsmaß (Verhältnis IST-SOLL)

Quelle: Hess. Statistisches Landesamt, Amt für Statistik und Stadtforschung, Amt für Soziale Arbeit

Bautätigkeitsstatistik, Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren; Geschäftsstatistik SGB II und XII, eigene Darstellung



Grundsatz und Planung

Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Die zur Messung der administrativen Intervention verwendeten Indikatoren haben sich bezogen auf den Anteil und die Anzahl der jeweils betroffenen Bevölkerung nur äußerst gering verändert. Die Belastungswerte liegen konstant erheblich unter dem städtischen Durchschnitt.

Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

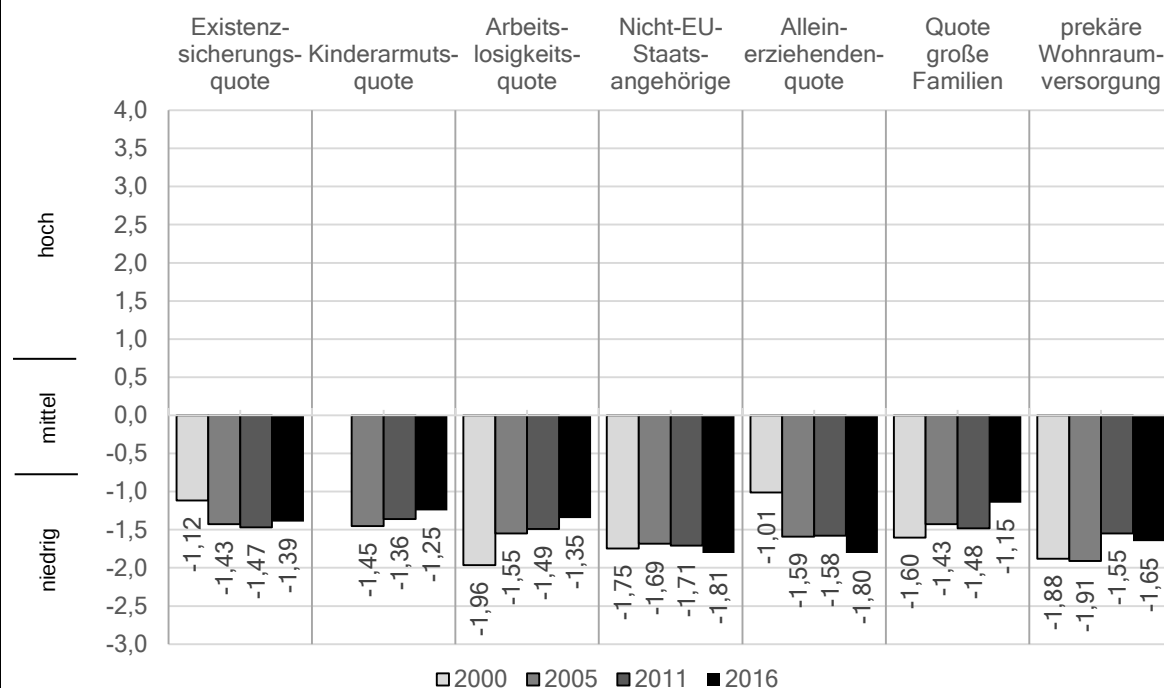
Das Ausmaß der riskanten Lebenslagen ist als sehr niedrig zu bezeichnen. In den Indikatoren „Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige“ und der Quote „Große Familien“ sind die Anteilswerte geringfügig gestiegen, sind aber auch 2016 als sehr niedrig einzustufen. Die Allein-erziehendenquote ist leicht gesunken. Die Wohnraumversorgung hat sich gegenüber 2011 nochmals deutlich verbessert.

Gesamtbewertung

Frauenstein ist ein Stadtteil mit stabil sehr niedriger sozialer Bedarfslage. Es erfolgt eine Zuordnung zur Entwicklungs-Kategorie „stabile Entwicklungstendenzen“.

Zeitreihe Dynamikindikatoren

Abbildung 105: Frauenstein - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016



Quelle: Eigene Darstellung

Abbildung 106: Werte Statusindikatoren - Frauenstein

Indikator *	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
Administrative Intervention		-0,92	
Existenzsicherungsquote	2,9%	-1,39	12,9%
Arbeitslosigkeitsquote	2,3%	-1,35	5,8%
Quote Hilfen zur Erziehung	3,8%	-0,48	4,3%
Anteil sozialer Wohnungsbau	3,3%	-0,44	6,0%
Lebenslagenrisiko		-1,37	
Prekäre Einkommenslage			
Wohngeldquote	0,5%	-1,29	1,5%
Anteil sv-pflichtig Beschäftigter mit SGB II-Leistungen	0,4%	-1,37	2,2%
Quote Langzeitbezug Transferleistungen	1,4%	-1,36	6,6%
Wohnen			
prekäre Wohnraumversorgung	40,9 qm	-1,65	19,9 qm
Risiko geringe Wohneigentumsquote	55,8%	-1,43	76,3%
Anteil Räumungsklagen und Zwangsräumungen	0,6%	-1,00	1,4%
Bildungsrisiken			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II-Leistungen	52,5%	-1,69	65,7%
Quote Unzureichende Kompetenzen für den Schulstart	25,5%	0,14	22,1%
Quote Schulbesuch ohne Hochschulreifeoption	38,5%	-0,82	45,7%
Herkunftsbenachteiligung			
Kinderarmutsquote	8,8%	-1,25	22,9%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	0,0%	-1,65	8,5%
Anteil langzeitarmer Kinder	2,0%	-1,53	15,2%
Anteil neu zugewanderter Kinder	3,0%	-0,54	4,8%
Familien mit Risiken			
Alleinerziehendenquote	13,7%	-1,80	23,1%
Quote große Familien	7,8%	-1,15	11,5%
Alte Menschen mit Risiken			
Anteil allein lebender alter Menschen	34,7%	-1,85	49,1%
Quote Altersarmut	0,6%	-1,31	7,2%
Risiken soz. Einbindung + Integration			
Quote Wohndauer unter 10 Jahren	39,6%	-1,66	56,7%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	3,0%	-1,81	11,1%
Anteil Neuzugewanderte	1,5%	-0,96	3,6%
Anteil ausl. Bevölkerung mit unsicherem Aufenthaltstatus	1,4%	-1,49	5,3%
Gesundheitliche Risiken			
Rate Vorzeitige Sterblichkeit	1,3	-1,24	1,8
Anteil übergewichtiger Kinder bei Schulbeginn	7,1%	-1,04	11,0%
Politische Teilhabe			
Anteil Erwachsene ohne Teilhabe an Wahl	21,8%	-1,93	42,0%
<i>nachrichtlich:</i>			
Anteil Nicht-Wahlberechtigte Bundestagswahl 2017	7,5%	-1,74	21,4%
Quote Nicht-Wahlbeteiligung Bundestagswahl 2017	15,5%	-1,66	26,2%

* ausführliche Beschreibung der Indikatoren Kapitel 3

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

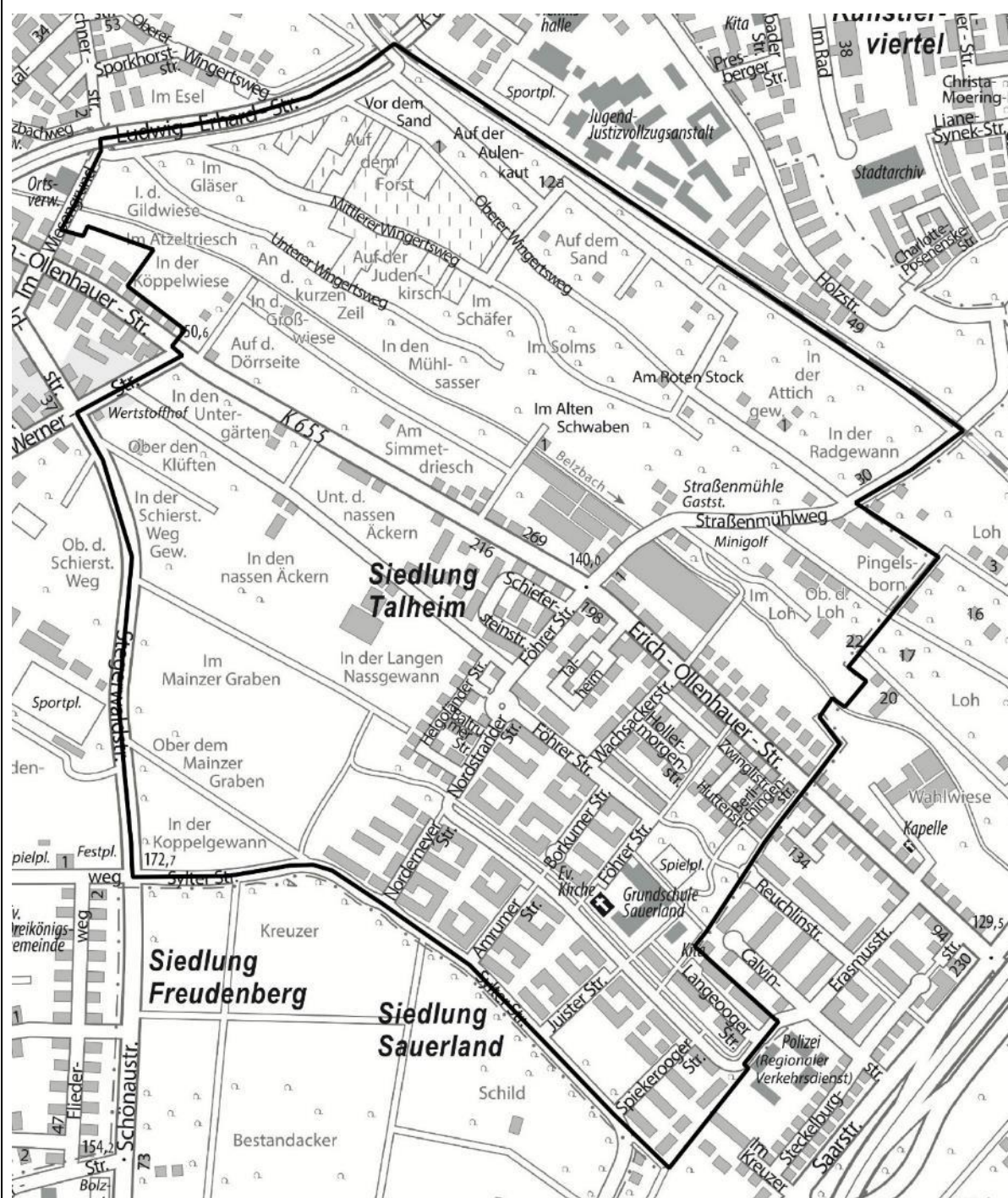
> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

Quelle: Datenquellen der Indikatoren s. Kapitel 3
Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung

8.19 Sauerland, Belzbachtal

Abbildung 107: Sauerland, Belzbachtal



Quelle: Vermessungsamt

Grundsatz und Planung

Sauerland, Belzbachtal

Der Stadtteil „Sauerland, Belzbachtal“ umfasst die in den 1990er Jahren entstandene Großsiedlung des sozialen Wohnungsbaus Sauerland, die ehemalige Obdachlosensiedlung „Wachsacker“ sowie ältere Siedlungsgebiete entlang der Erich-Ollenhauer-Straße, die bereits in den 1920er und 1930er Jahren bzw. den 1960er Jahren entstanden sind.

Das Sauerland ist eine Großsiedlung des sozialen Wohnungsbaus neueren Typs (3. Generation). Es wurde bei der Planung auf architektonisch abwechslungsreiche Gestaltung, eine ansprechende Grün- und Freiflächengestaltung mit Aufenthaltsqualitäten sowie eine soziale Durchmischung von sozialem Wohnungsbau und Eigentumswohnformen mit Reihenhäusern und Eigentumswohnungen geachtet. Bis zum heutigen Zeitpunkt entstehen neue Wohneinheiten, vor allem in Eigentumswohnformen oder Mietwohnungen im mittleren bzw. höheren Mietpreissegment.

Die älteren Teile des Stadtteils sind gekennzeichnet durch Geschosswohnungsbau mit einfachem Wohnungsbestand und kleineren Ein-Familien-Siedlungshäusern.

Tabelle 75: Sauerland, Belzbachtal - Bevölkerungsstruktur

31.12.2017	Zahl	Anteil	Wiesbaden
Altersmedian (Jahre)	37	-	42
Kinder und Jugendliche (0 bis 17 Jahre)	1.138	22,7%	17,0%
Alte Menschen (über 65 Jahre)	593	11,8%	19,5%
Durchschnittliche Haushaltsgröße	2,35	-	1,95
Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren	653	30,7%	20,1%

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung

Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren; eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Die Wohnungen im Sauerland sind überwiegend auf Familienwohnen ausgerichtet. Dies spiegeln der überdurchschnittlich hohe Anteil an Kindern und Jugendlichen und Familien sowie die überdurchschnittliche Haushaltsgröße wider. Der unterdurchschnittliche Anteil an alten Menschen erklärt sich durch die relativ kurze Existenz der Siedlung - die Erstbewohnerschaft bestand aus Familien, die sich überwiegend noch in der Familienphase befinden bzw. diese erst kurz hinter sich haben.

Entwicklung der Eckwerte

Tabelle 76: Sauerland, Belzbachtal - Eckwerte 2011 - 2017

	2011	2017	Differenz absolut	Differenz in %
Einwohner	4.674	5.019	+345	+7,4%
Haushalte	1.899	2.130	+231	+12,2%
Wohnungen* (2012)	1.828	1.919	+91	+5,0%
Mobilitätsziffer	17,7%	18,6%	-	+5,1%

*Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung,

Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren, eigene Berechnungen

Grundsatz und Planung



Es ist eine Zunahme der Zahl der Einwohner und Haushalte und in geringerem Maße eine Zunahme der Wohnungen zu verzeichnen.

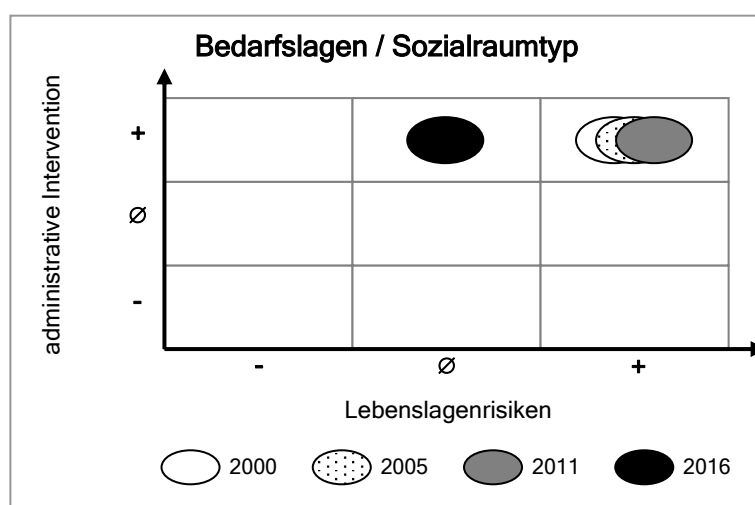
Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2016 (Basis alle Indikatoren)

Der Stadtteil „Sauerland, Belzbachtal“ zählt zu den Stadtteilen mit den höchsten sozialen Bedarfslagen. Das Ausmaß an administrativer Intervention ist seit 2000 hoch. Das Ausmaß der Lebenslagenrisiken war von 2000 bis 2011 ebenfalls hoch und ist 2016 in der durchschnittlichen Kategorie. In zwölf der 24 Indikatoren der riskanten Lebenslagen werden jedoch nach wie vor deutlich überdurchschnittliche Anteilswerte erreicht, die in die Kategorie der hohen sozialen Bedarfslage fallen. Hauptsächlich durch die Ausweitung und Veränderung des Indikatorensets werden aber in den anderen 12 Status-Indikatoren der riskanten Lebenslagen durchschnittliche bzw. geringe Belastungswerte erreicht. Aufgrund unseres Berechnungsverfahrens (vgl. Kapitel 4.1) ist in 2016 eine Zuordnung in die mittlere Bedarfslagenkategorie vorzunehmen.

Die Gesamtkategorisierung ist jedoch nach wie vor Stadtteil mit hoher sozialer Bedarfslage.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Sauerland, Belzbachtal“ auf Rang 5 (2011: Rang 6) von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.

Abbildung 108: Sauerland, Belzbachtal - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016



Quelle: Eigene Darstellung



Grundsatz und Planung

Entwicklung der Dynamikindikatoren

Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Die Existenzsicherungsquote und auch die Kinderarmutsquote sind zwischen 2011 und 2016 - ausgehend von einem hohen Wert - leicht gesunken, liegen aber konstant im Bereich der hohen Bedarfslage. Während die Zahl der Personen mit existenzsichernden Leistungen leicht angestiegen ist, hat sich die Anzahl der armen Kinder verringert.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander und zum Mittelwert der Gesamtstadt hat sich der Stadtteil in diesen beiden Indikatoren leicht verbessert und nicht weiter vom Durchschnitt entfernt. Bezogen auf den Indikator „Arbeitslosigkeitsquote“ erfolgte jedoch eine Verschlechterung.

Der Anteil der Arbeitslosen im SGB II und III an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist deutlich stärker als in der Gesamtstadt gestiegen und liegt nach wie vor auf hohem Niveau. Ebenso ist die Anzahl der betroffenen Personen um 28 % gestiegen.

Tabelle 77: Sauerland, Belzbachtal -

Entwicklung Dynamikindikatoren 2005, 2011 - 2016 - überproportionale Abweichungen grau schattiert

	2005	2011	2016	Ver- änderung 2011-2016	WI 2011	WI 2016	Ver- änderung
Administrative Intervention							
Existenzsicherungsquote	24,6%	24,8%	24,1%	-2,8%	12,4%	12,9%	+4,0%
Kinderarmutsquote	35,6%	37,4%	36,1%	-3,3%	23,2%	22,9%	-1,3%
Arbeitslosigkeitsquote	12,1%	8,3%	9,8%	+17,8%	5,4%	5,8%	+7,4%
Risikante Lebenslagen							
Nicht-EU-Staatsangehörige	17,0%	13,5%	14,5%	+7,3%	10,0%	11,1%	+11,0%
Alleinerziehendenquote	21,3%	25,6%	21,0%	-17,9%	23,9%	23,1%	-3,3%
Quote große Familien	18,6%	16,6%	14,4%	-13,1%	11,0%	11,5%	+4,5%
prekäre Wohnraumversorgung (2012)*	-2,1qm	+6,4qm	+5,4qm	-1,1%**	+20,3qm	+19,9qm	-0,1%

* Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

** Die Berechnung der Veränderung bezieht sich nicht auf die qm-Angaben, sondern auf das Versorgungsmaß (Verhältnis IST-SOLL)

Quelle: Hess. Statistisches Landesamt, Amt für Statistik und Stadtforschung, Amt für Soziale Arbeit

Bautätigkeitsstatistik, Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren; Geschäftsstatistik SGB II und XII, eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Im Vergleich zu 2011 ist der Anteil der Menschen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit an der Bevölkerung etwas gestiegen und liegt nun knapp im Bereich der hohen Bedarfslage.

Der Anteil der Alleinerziehendenhaushalte an allen Haushalten mit Kindern ist ebenso wie die Anzahl der Familien dieses Typs deutlich gesunken, liegt noch im Bereich der mittleren Bedarfslage, aber mit einer Tendenz zur niedrigen Bedarfslage.

Der Anteil und die Zahl der Familien mit drei und mehr Kindern sind seit 2011 deutlich gesunken, liegen aber nach wie vor erheblich über dem städtischen Durchschnitt.

Bezogen auf die ausreichende Versorgung mit Wohnraum gab es im Vergleich zu 2011 eine leichte Verschlechterung. Die Belastung bleibt im hohen Bereich.

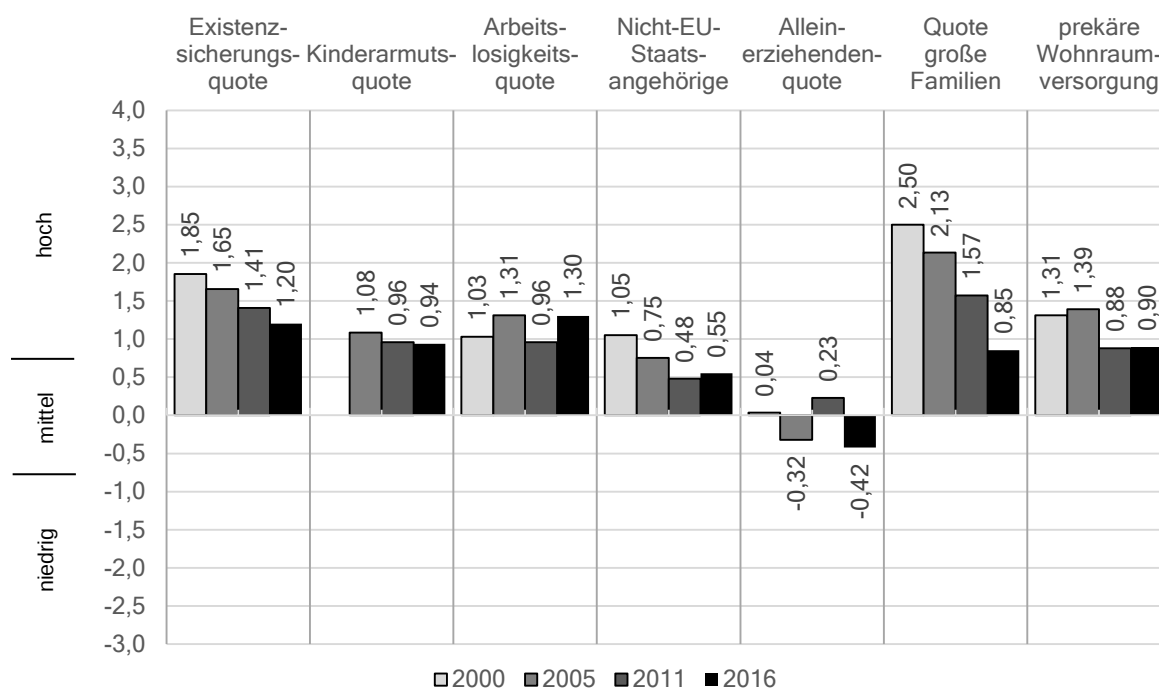
Gesamtbewertung

Wenn auch bezogen auf einige Belastungsindikatoren leichte Verbesserungen - insbesondere im Ranking der Stadtteile untereinander - zu beobachten sind, liegen die Problembelastungen nach wie vor im hohen Bereich. Jedoch hat sich die im Zeitraum 2005 - 2011 begonnene Entwicklung der leicht positiven Entwicklung weiter fortgesetzt. Diese leicht positiven Entwicklungen sind jedoch noch nicht umfassend, weiterhin nur in einigen Indikatorenbereichen festzustellen sowie insbesondere bezogen auf die Position im Ranking der Stadtteile untereinander ablesbar, sodass nicht von einer eindeutig positiven Entwicklungstendenz mit einer Veränderung der Sozial- und Bevölkerungsstruktur gesprochen werden kann.

Aufgrund des von uns verwendeten Bewertungsrasters, das auch auf diesen Stadtteil angewandt werden soll, erfolgt die Zuordnung in die Kategorie „positive Entwicklungstendenzen“.

Zeitreihe Dynamikindikatoren

Abbildung 109: Sauerland, Belzbachtal - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016



Quelle: Eigene Darstellung



Grundsatz und Planung

Abbildung 110: Werte Statusindikatoren - Sauerland, Belzbachtal

Indikator *	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
Administrative Intervention		1,27	
Existenzsicherungsquote	24,1%	1,20	12,9%
Arbeitslosigkeitsquote	9,8%	1,30	5,8%
Quote Hilfen zur Erziehung	5,8%	0,87	4,3%
Anteil sozialer Wohnungsbau	24,0%	1,71	6,0%
Lebenslagenrisiko		0,30	
Prekäre Einkommenslage			
Wohngeldquote	2,8%	1,38	1,5%
Anteil sv-pflichtig Beschäftigter mit SGB II-Leistungen	4,0%	1,04	2,2%
Quote Langzeitbezug Transferleistungen	13,3%	1,40	6,6%
Wohnen			
prekäre Wohnraumversorgung	5,4 qm	0,90	19,9 qm
Risiko geringe Wohneigentumsquote	75,5%	-0,06	76,3%
Anteil Räumungsklagen und Zwangsräumungen	1,4%	-0,08	1,4%
Bildungsrisiken			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II-Leistungen	66,4%	0,37	65,7%
Quote Unzureichende Kompetenzen für den Schulstart	36,2%	0,87	22,1%
Quote Schulbesuch ohne Hochschulreifeoption	57,4%	0,80	45,7%
Herkunftsbenachteiligung			
Kinderarmutsquote	36,1%	0,94	22,9%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	2,9%	-1,11	8,5%
Anteil langzeitarmer Kinder	26,0%	0,98	15,2%
Anteil neu zugewanderter Kinder	2,2%	-0,80	4,8%
Familien mit Risiken			
Alleinerziehendenquote	21,0%	-0,42	23,1%
Quote große Familien	14,4%	0,85	11,5%
Alte Menschen mit Risiken			
Anteil allein lebender alter Menschen	42,5%	-0,88	49,1%
Quote Altersarmut	16,3%	1,12	7,2%
Risiken soz. Einbindung + Integration			
Quote Wohndauer unter 10 Jahren	54,7%	-0,16	56,7%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	14,5%	0,55	11,1%
Anteil Neuzugewanderte	2,1%	-0,67	3,6%
Anteil ausl. Bevölkerung mit unsicherem Aufenthaltstatus	6,6%	0,36	5,3%
Gesundheitliche Risiken			
Rate Vorzeitige Sterblichkeit	1,1	-1,56	1,8
Anteil übergewichtiger Kinder bei Schulbeginn	10,5%	-0,12	11,0%
Politische Teilhabe			
Anteil Erwachsene ohne Teilhabe an Wahl	55,5%	0,97	42,0%
<i>nachrichtlich:</i>			
Anteil Nicht-Wahlberechtigte Bundestagswahl 2017	25,6%	0,32	21,4%
Quote Nicht-Wahlbeteiligung Bundestagswahl 2017	40,2%	1,50	26,2%

* ausführliche Beschreibung der Indikatoren Kapitel 3

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

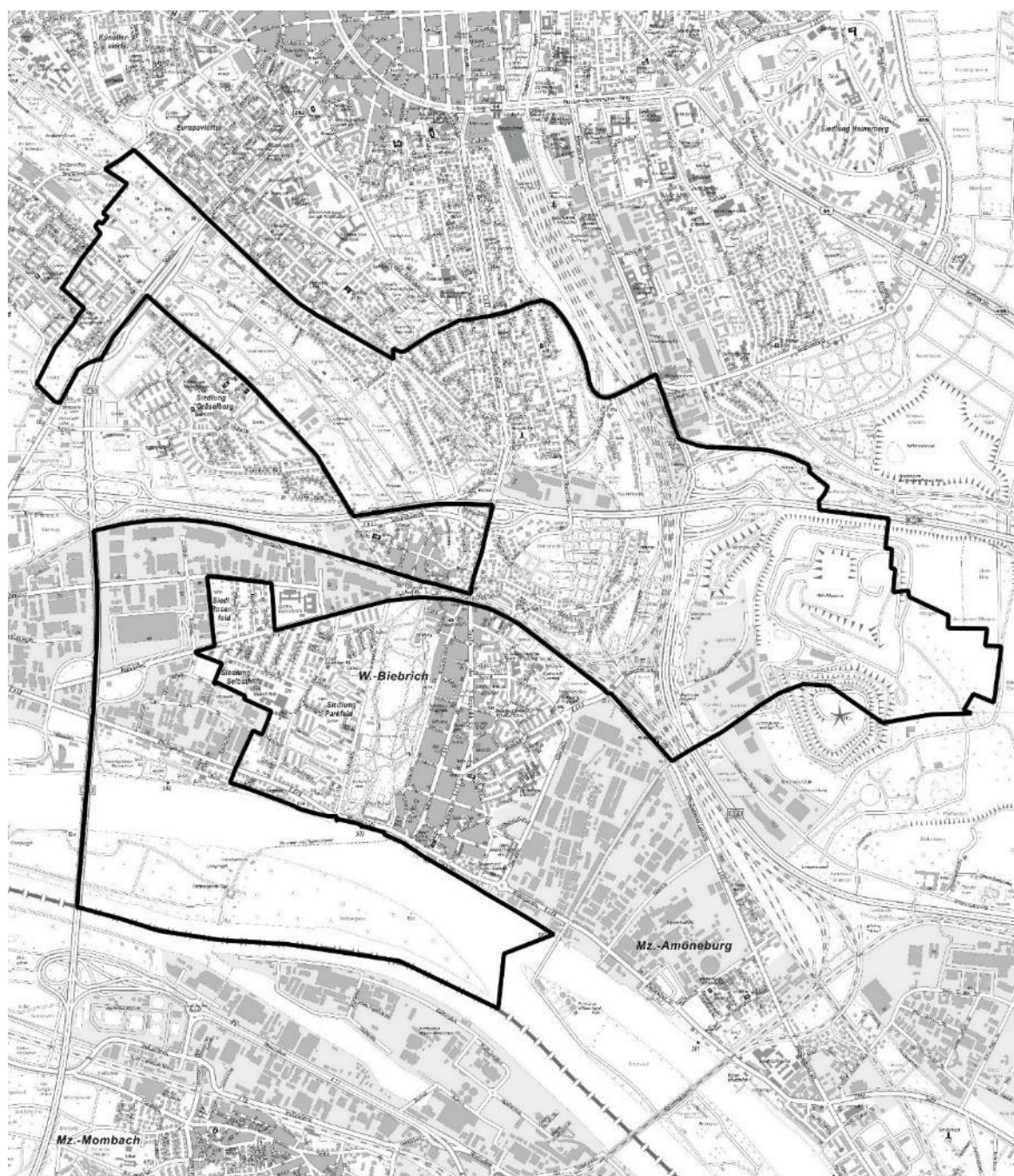
> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

Quelle: Datenquellen der Indikatoren s. Kapitel 3
Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung

8.20 Biebrich-Siedlungen

Abbildung 111: Biebrich-Siedlungen



Quelle: Vermessungsamt

Grundsatz und Planung

Biebrich Siedlungen

Im Stadtteil „Biebrich Siedlungen“ sind unterschiedliche Siedlungs-/Wohngebiete zusammengefasst. Hierzu zählen Wohn-/Siedlungsgebiete die unterhalb der Waldstraße Richtung Lohmühltal, im Bereich des Biebricher Friedhofs, entlang der Erich-Ollenhauer-Straße im Bereich Sauerland/Belzbachtal, entlang des Biebricher Teils der Biebricher Allee, rund um die Hagenauer Straße und im Bereich des Dyckerhoff Bruchs liegen.

Die Siedlungsbereiche sind zu unterschiedlichen Zeitpunkten im Verlaufe des letzten Jahrhunderts entstanden und zeigen eine unterschiedliche Bebauungsart. Es dominieren frei finanzierte Mietwohnungen und Einfamilienhäuser in unterschiedlicher Ausprägung.

Tabelle 78: Biebrich-Siedlungen - Bevölkerungsstruktur

31.12.2017	Zahl	Anteil	Wiesbaden
Altersmedian (Jahre)	46	-	42
Kinder und Jugendliche (0 bis 17 Jahre)	1.434	16,9%	17,0%
Alte Menschen (über 65 Jahre)	1.874	22,1%	19,5%
Durchschnittliche Haushaltsgröße	1,97	-	1,95
Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren	778	19,1%	20,1%

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung
Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren; eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Die Bevölkerungsstruktur entspricht dem Wiesbadener Durchschnitt.

Entwicklung der Eckwerte

Tabelle 79: Biebrich-Siedlungen - Eckwerte 2011 - 2017

	2011	2017	Differenz absolut	Differenz in %
Einwohner	8.126	8.498	+372	+4,6%
Haushalte	4.076	4.072	-4	-0,1%
Wohnungen* (2012)	4.136	4.236	+100	+2,4%
Mobilitätsziffer	21,7%	21,4%	-	-1,4%

*Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung,
Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren, eigene Berechnungen

Grundsatz und Planung



Die Zahl der Einwohner und der Wohnungen ist leicht angestiegen.

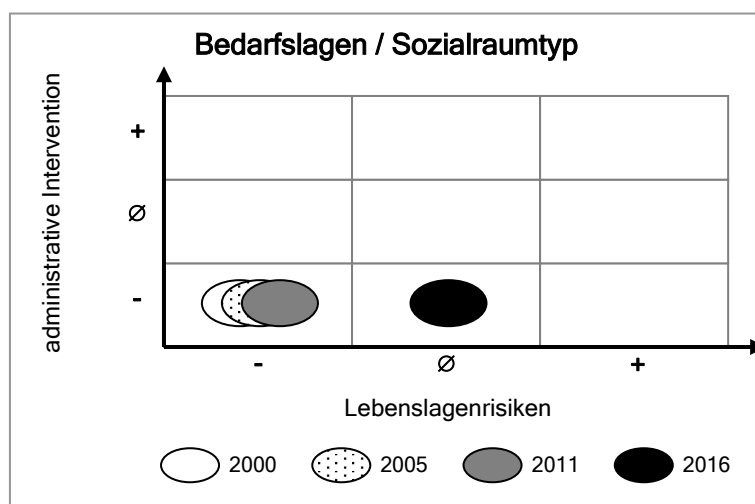
Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2016 (Basis alle Indikatoren)

Der Stadtteil „Biebrich Siedlungen“ zählt von 2000 bis 2011 zu den Stadtteilen mit niedriger sozialer Bedarfslage. 2016 fällt der Stadtteil, da das Ausmaß der riskanten Lebenslagen knapp im mittleren Bereich liegt, in die Kategorie der Stadtteile mit mittlerer sozialer Bedarfslage. Diese Veränderung ist durch eine Erweiterung des Indikatorensets erklärbar. In den neu aufgenommen Indikatoren „Neuzuwanderung“, dem neuen Indikator „Anteil ausländische Bevölkerung mit unsicherem Aufenthaltsstatus“ werden überdurchschnittliche Anteilswerte erreicht. Im Gebiet des Stadtteils liegen zwei große GU für Geflüchtete (GU Mainzer Straße

und GU Otto-Wallach-Straße), die durch die starke Zuwanderung von Geflüchteten 2015/2016 stark belegt bzw. neu eingerichtet wurden. Somit ist der Anteil an neuzugewanderten Personen, die aufgrund ihres Status in die Rubrik „unsicherer Aufenthaltsstatus“ fallen, hoch. Das Ausmaß an administrativer Intervention ist seit 2000 konstant niedrig.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Biebrich Siedlungen“ - wie auch bereits 2011 - auf Rang 27 von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.

Abbildung 112: Biebrich Siedlungen - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016



Quelle: Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Entwicklung der Dynamikindikatoren

Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Alle drei Indikatoren zeigen einen stärkeren Anstieg als in der Gesamtstadt. Sowohl 2011 als auch 2016 liegen die Werte jedoch deutlich unterhalb des städtischen Durchschnitts und in der Kategorie der niedrigen Bedarfslage. Sie sind im Vergleich der Stadtteile untereinander als sehr niedrig einzustufen.

Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Der Anteil und die Anzahl der Menschen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit sind zwischen 2011 und 2016 erheblich angestiegen, was auf die Einrichtung der beiden großen GU für Geflüchtete zurückzuführen ist. Der Anteilswert liegt 2016 über dem Durchschnitt der Gesamtstadt. Im Vergleich der Stadtteile untereinander ist dieses Lebenslagenrisiko wie auch bereits 2011 in den Bereich der mittleren Bedarfslage zu kategorisieren.

Bezogen auf riskante Familienkonstellationen hat sich der Anteil der Alleinerziehenden an allen Haushalten mit Kindern nahezu nicht verändert und liegt deutlich unterhalb des städtischen Durchschnitts und stellt somit eine niedrige Bedarfslage dar. Der Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern hingegen ist überdurchschnittlich gesunken und liegt 2016 wie auch schon 2011 im mittleren Bereich.

Die ausreichende Versorgung mit Wohnraum lag 2011 wie auch 2016 deutlich über dem städtischen Durchschnitt und hat sich sogar noch verbessert.

Tabelle 80: Biebrich Siedlungen -

Entwicklung Dynamikindikatoren 2005, 2011 - 2016 - überproportionale Abweichungen grau schattiert

	2005	2011	2016	Ver- änderung 2011-2016	WI 2011	WI 2016	Ver- änderung
Administrative Intervention							
Existenzsicherungsquote	6,5%	6,0%	6,9%	+15,0%	12,4%	12,9%	+4,0%
Kinderarmutsquote	9,9%	10,7%	11,3%	+5,3%	23,2%	22,9%	-1,3%
Arbeitslosigkeitsquote	4,8%	3,4%	4,4%	+29,4%	5,4%	5,8%	+7,4%
Riskante Lebenslagen							
Nicht-EU-Staatsangehörige	7,9%	8,8%	13,6%	+55,0%	10,0%	11,1%	+11,0%
Alleinerziehendenquote	19,7%	20,2%	20,1%	-0,6%	23,9%	23,1%	-3,3%
Quote große Familien	10,9%	11,9%	10,9%	-8,7%	11,0%	11,5%	+4,5%
prekäre Wohnraumversorgung (2012)*	+23,9qm	28,3qm	30,9qm	+3,2%**	+20,3qm	+19,9qm	-0,1%

* Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

** Die Berechnung der Veränderung bezieht sich nicht auf die qm-Angaben, sondern auf das Versorgungsmaß (Verhältnis IST-SOLL)

Quelle: Hess. Statistisches Landesamt, Amt für Statistik und Stadtforschung, Amt für Soziale Arbeit

Bautätigkeitsstatistik, Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren;
Geschäftsstatistik SGB II und XII, eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



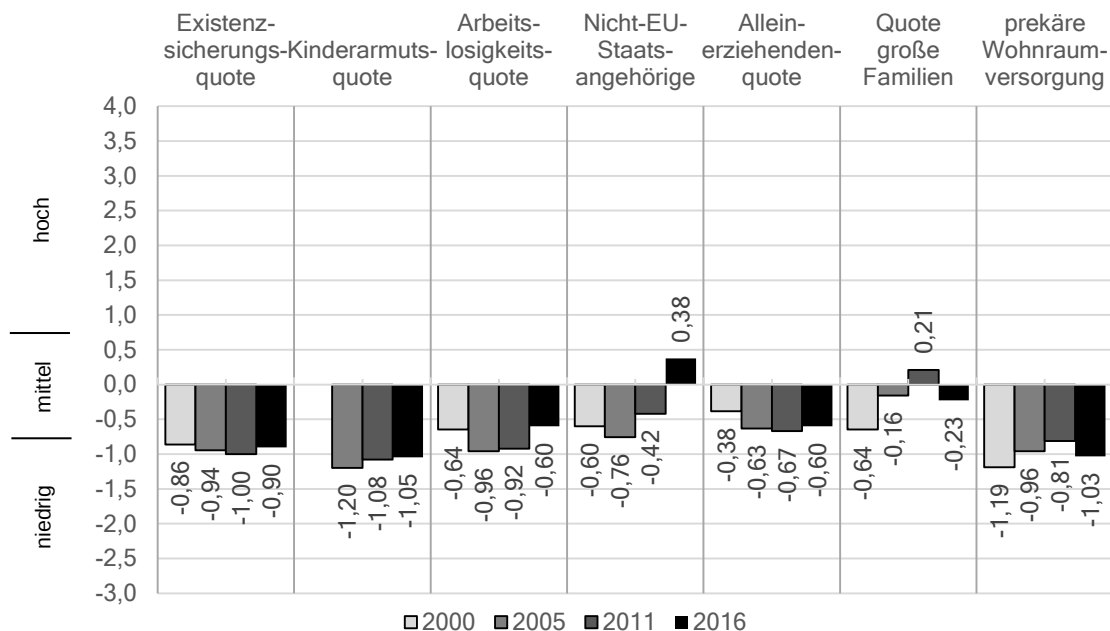
Gesamtbewertung

Trotz der beschriebenen Veränderungen in Teilbereichen, sind diese jedoch nicht so weitreichend, dass eine Änderung des Handlungsbedarfs der Sozialverwaltung bzw. -politik erfolgen müsste.

Es erfolgt somit, wie auch bereits 2011, die Zuordnung zur Kategorie „stabile Entwicklungstendenzen“.

Zeitreihe Dynamikindikatoren

Abbildung 113: Biebrich Siedlungen - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016



Quelle: Eigene Darstellung



Grundsatz und Planung

Abbildung 114: Werte Statusindikatoren - Biebrich-Siedlungen

Indikator *	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
Administrative Intervention		-0,89	
Existenzsicherungsquote	6,9%	-0,90	12,9%
Arbeitslosigkeitsquote	4,4%	-0,60	5,8%
Quote Hilfen zur Erziehung	2,4%	-1,39	4,3%
Anteil sozialer Wohnungsbau	1,1%	-0,67	6,0%
Lebenslagenrisiko		-0,45	
Prekäre Einkommenslage			
Wohngeldquote	0,6%	-1,12	1,5%
Anteil sv-pflichtig Beschäftigter mit SGB II-Leistungen	1,0%	-0,97	2,2%
Quote Langzeitbezug Transferleistungen	3,1%	-0,96	6,6%
Wohnen			
prekäre Wohnraumversorgung	30,8 qm	-1,03	19,9 qm
Risiko geringe Wohneigentumsquote	63,0%	-0,93	76,3%
Anteil Räumungsklagen und Zwangsräumungen	0,6%	-1,00	1,4%
Bildungsrisiken			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II-Leistungen	69,3%	0,80	65,7%
Quote Unzureichende Kompetenzen für den Schulstart	28,6%	0,35	22,1%
Quote Schulbesuch ohne Hochschulreifeoption	36,7%	-0,97	45,7%
Herkunftsbenachteiligung			
Kinderarmutsquote	11,3%	-1,05	22,9%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	10,2%	0,27	8,5%
Anteil langzeitarmer Kinder	5,7%	-1,15	15,2%
Anteil neu zugewanderter Kinder	9,6%	1,56	4,8%
Familien mit Risiken			
Alleinerziehendenquote	20,1%	-0,60	23,1%
Quote große Familien	10,9%	-0,23	11,5%
Alte Menschen mit Risiken			
Anteil allein lebender alter Menschen	50,4%	0,09	49,1%
Quote Altersarmut	3,0%	-0,94	7,2%
Risiken soz. Einbindung + Integration			
Quote Wohndauer unter 10 Jahren	51,8%	-0,45	56,7%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	13,6%	0,38	11,1%
Anteil Neuzugewanderte	6,2%	1,32	3,6%
Anteil ausl. Bevölkerung mit unsicherem Aufenthaltstatus	7,7%	0,75	5,3%
Gesundheitliche Risiken			
Rate Vorzeitige Sterblichkeit	1,3	-1,16	1,8
Anteil übergewichtiger Kinder bei Schulbeginn	7,6%	-0,91	11,0%
Politische Teilhabe			
Anteil Erwachsene ohne Teilhabe an Wahl	37,0%	-0,62	42,0%
<i>nachrichtlich:</i>			
Anteil Nicht-Wahlberechtigte Bundestagswahl 2017	20,6%	-0,25	21,4%
Quote Nicht-Wahlbeteiligung Bundestagswahl 2017	20,7%	-1,00	26,2%

* ausführliche Beschreibung der Indikatoren Kapitel 3

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

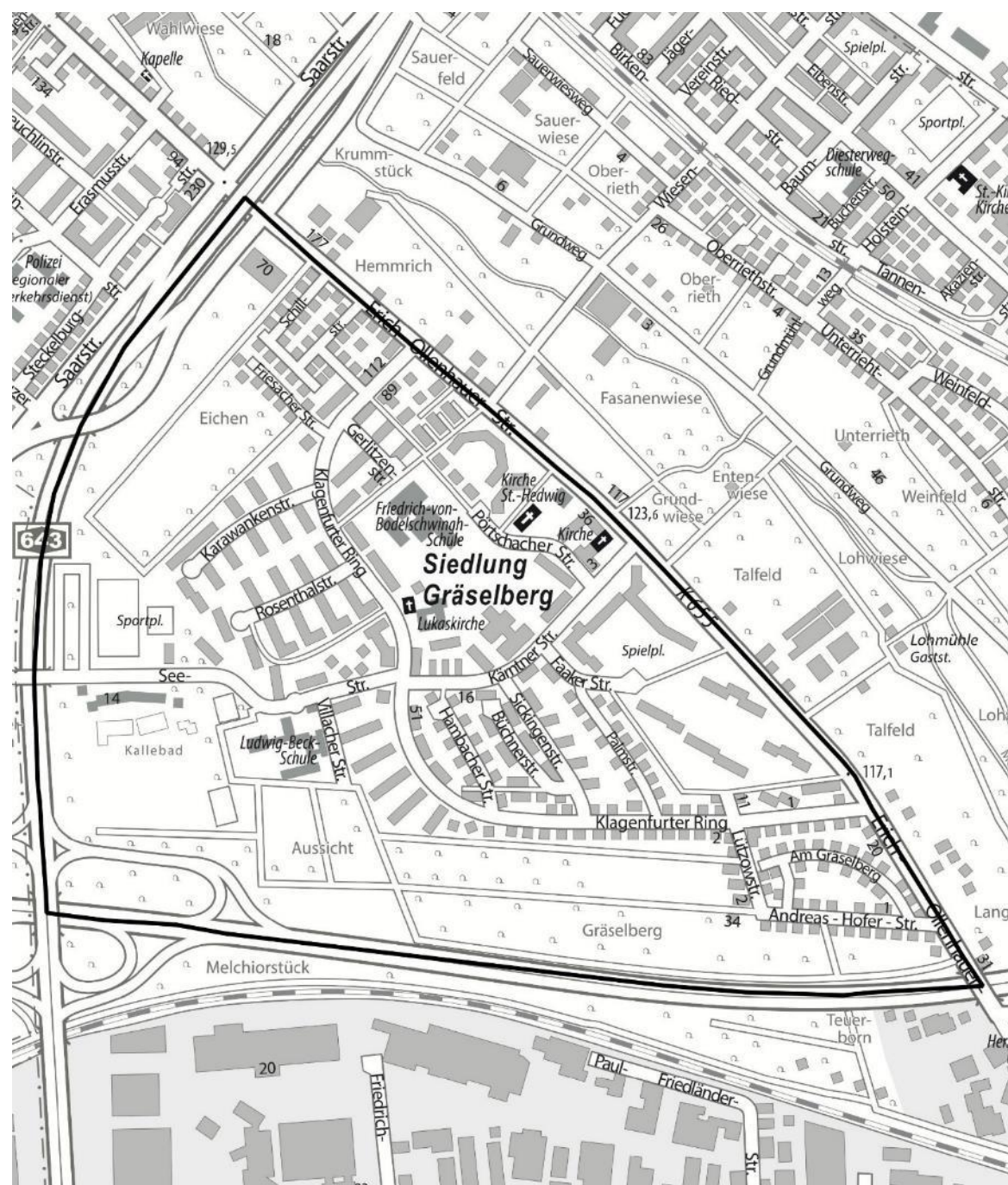
> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

Quelle: Datenquellen der Indikatoren s. Kapitel 3
Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung

8.21 Gräselberg

Abbildung 115: Gräselberg



Quelle: Vermessungsamt

Grundsatz und Planung

Gräselberg

Der Stadtteil Gräselberg ist in den 1960er Jahren als eine der ersten Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus in Wiesbaden entstanden, um den wachsenden Bedarf an Wohnraum zu decken. Geprägt ist er durch Geschosswohnungsbau mit recht großen Grünflächen zwischen den Wohngebäuden.

Heute ist nur noch ein geringer Teil der Wohnungen in der Sozialbindung, es dominieren kleinere Wohnungen im unteren bis mittleren Mietpreissegment. Zu dem Stadtteil zählen aber auch ältere Einfamilien-Siedlungshäuser sowie Eigentumswohnanlagen, die in den 1990er Jahren entstanden. Seit 2016 ist der Stadtteil Programmgebiet der „Sozialen Stadt“.

Mit dem Neubaugebiet „Auf den Eichen“, das in den nächsten Jahren gebaut wird, entstehen ca. 420 neue Wohnungen überwiegend im Geschosswohnungsbau, aber auch Reihen- und Doppelhäuser.

Tabelle 81: Gräselberg - Bevölkerungsstruktur

31.12.2017	Zahl	Anteil	Wiesbaden
Altersmedian (Jahre)	42	-	42
Kinder und Jugendliche (0 bis 17 Jahre)	1.120	18,1%	17,0%
Alte Menschen (über 65 Jahre)	1.267	20,5%	19,5%
Durchschnittliche Haushaltsgröße	2,00	-	1,95
Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren	666	21,8%	20,1%

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung
Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren; eigene Darstellung
Grundsatz und Planung



Die Bevölkerungsstruktur entspricht dem städtischen Durchschnitt.

Entwicklung der Eckwerte

Tabelle 82: Gräselberg - Eckwerte 2011 - 2017

	2011	2017	Differenz absolut	Differenz in %
Einwohner	6.011	6.180	+169	+2,8%
Haushalte	2.972	3.059	+87	+2,9%
Wohnungen* (2012)	2.683	2.687	+4	+0,1%
Mobilitätsziffer	18,0%	18,6%	-	+3,3%

*Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung,
Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren, eigene Berechnungen
Grundsatz und Planung



Es sind keine auffälligen Veränderungen festzustellen.

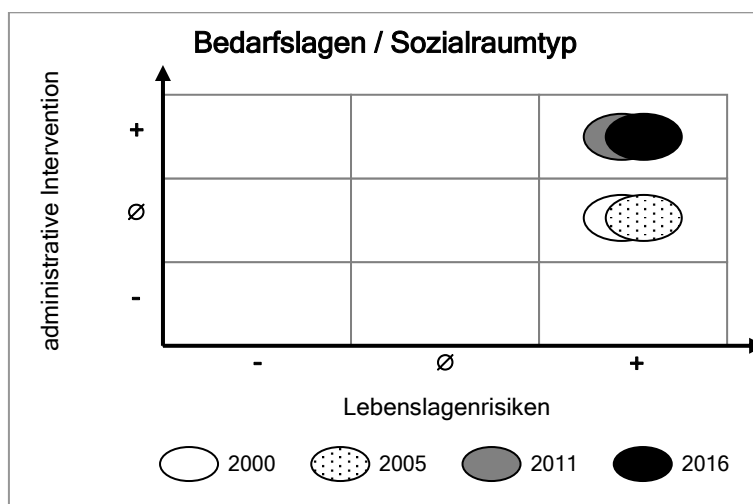
Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2016 (Basis alle Indikatoren)

Der Gräselberg ist seit 2000 ein Stadtteil mit hohen sozialen Bedarfslagen. Das Ausmaß der riskanten Lebenslagen lag immer im hohen Bereich.

Bezogen auf das Ausmaß der administrativen Intervention lag der Gräselberg 2000 und 2005 noch in der Kategorie der mittleren Bedarfslage, während sich ab 2011 die Problemlage so verschärft hat, dass seither auch in dieser Indikatorenkategorie eine hohe soziale Bedarfslage vorliegt.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Gräselberg“ auf Rang 9 (2011: Rang 7) von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.

Abbildung 116: Gräselberg - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016



Quelle: Eigene Darstellung



Grundsatz und Planung

Entwicklung der Dynamikindikatoren

Tabelle 83: Gräselberg -

Entwicklung Dynamikindikatoren 2005, 2011 - 2016 - überproportionale Abweichungen grau schattiert

	2005	2011	2016	Ver- änderung 2011-2016	WI 2011	WI 2016	Ver- änderung
Administrative Intervention							
Existenzsicherungsquote	16,3%	21,1%	21,6%	+2,4%	12,4%	12,9%	+4,0%
Kinderarmutsquote	30,2%	40,7%	39,3%	-3,5%	23,2%	22,9%	-1,3%
Arbeitslosigkeitsquote	11,3%	8,9%	9,3%	+3,9%	5,4%	5,8%	+7,4%
Risikante Lebenslagen							
Nicht-EU-Staatsangehörige	17,3%	17,6%	17,0%	-3,5%	10,0%	11,1%	+11,0%
Alleinerziehendenquote	24,5%	27,2%	27,7%	+2,0%	23,9%	23,1%	-3,3%
Quote große Familien	12,4%	11,1%	13,4%	+21,0%	11,0%	11,5%	+4,5%
prekäre Wohnraumversorgung (2012)*	+7,4qm	+1,3qm	+0,5qm	-1,3%**	+20,3qm	+19,9qm	-0,1%

* Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

** Die Berechnung der Veränderung bezieht sich nicht auf die qm-Angaben, sondern auf das Versorgungsmaß (Verhältnis IST-SOLL)

Quelle: Hess. Statistisches Landesamt, Amt für Statistik und Stadtforschung, Amt für Soziale Arbeit

Bautätigkeitsstatistik, Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren;
Geschäftsstatistik SGB II und XII, eigene Darstellung



Grundsatz und Planung

Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Die Entwicklung aller drei Dynamikindikatoren der administrativen Intervention verlief zwischen 2011 und 2016 leicht positiver als in der Gesamtstadt. Im Zeitraum 2005 bis 2011 war diese Entwicklung, zum Teil deutlich, negativer als in der Gesamtstadt.

Die Existenzsicherungsquote ist - geringer als in der Gesamtstadt - leicht angestiegen. Sie liegt seit 2011 deutlich im Bereich der hohen sozialen Bedarfslage, während sie 2005 noch zur mittleren Kategorie zählte.

Der Anteil der Kinder unter 15 Jahre die von SGB II Leistungen leben ist - etwas stärker als in der Gesamtstadt - aber dennoch geringfügig zurückgegangen. Die Anzahl der betroffenen Kinder hat sich leicht erhöht. Bezogen auf diesen Indikator ist im Gräselberg, wie auch bereits 2011, eine sehr hohe Bedarfslage festzustellen.

Der Anteil der Arbeitslosen im SGB II- und III-Bezug an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist etwas schwächer als im gesamtstädtischen Durchschnitt gestiegen, liegt immer noch deutlich über diesem und damit im hohen Bereich.

Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Der Anteil der Menschen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit an der Bevölkerung ist zwischen 2011 und 2016, entgegen der gesamtstädtischen Entwicklung, leicht gesunken. Die Anteilswerte liegen jedoch nach wie vor deutlich über dem Durchschnittswert der Stadt. Der Gräselberg fällt wie auch bereits 2005 und 2011 bezogen auf diesen Indikator in die Kategorie der hohen Bedarfslage.

Ebenso haben sich Anteil und Anzahl der Alleinerziehendenhaushalte leicht erhöht und der Anteil liegt weiterhin im Bereich der hohen Bedarfslage.

Der Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern an allen Haushalten mit Kindern ist zwischen 2011 und 2016 sehr viel stärker als in der Gesamtstadt angestiegen. Ebenso ist die Anzahl der großen Familien (+18 Familien) um rund ein Viertel im Vergleich zu 2011 angestiegen. Im Vergleich der Stadtteile untereinander und zur Gesamtstadt lag 2011 noch eine mittlere Belastungslage vor, während 2016 eine - wenn auch knappe - Zuordnung in die Kategorie der hohen Bedarfslage erfolgt.

Die ausreichende Versorgung mit Wohnraum pro Haushalt hat sich im Zeitverlauf nochmals verschlechtert und weiter vom städtischen Mittelwert entfernt. Hier liegt eine hohe Belastung vor.

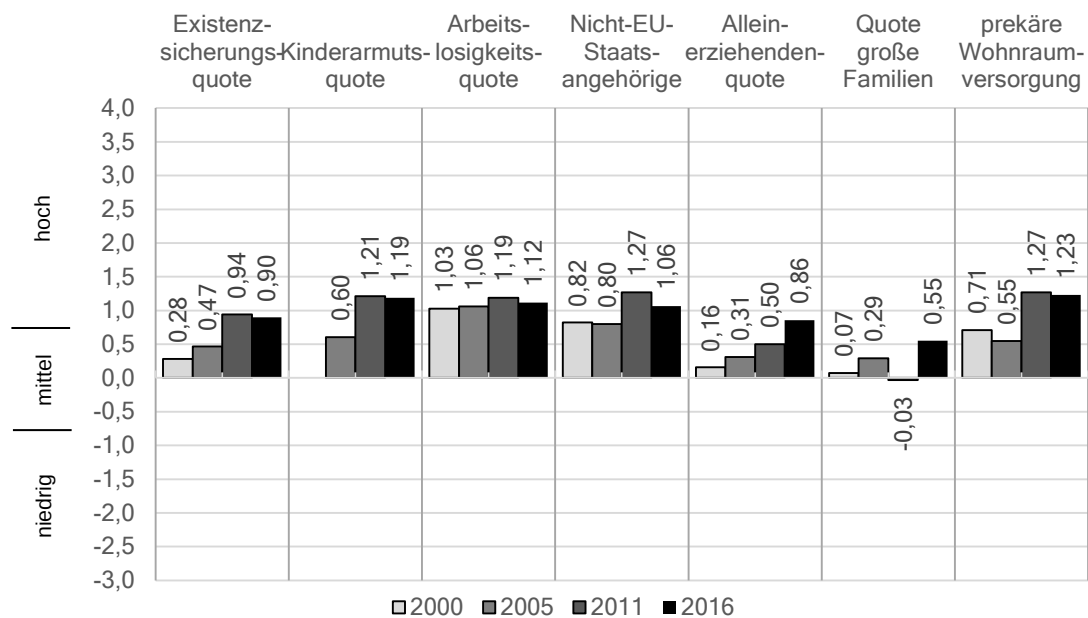
Gesamtbewertung

Zwischen 2005 und 2011 haben sich die Problem- und Belastungslagen deutlich verschärft, sodass damals eine Kategorisierung mit „zunehmendem Handlungsbedarf“ erfolgte. Zwischen 2011 und 2016 haben sich die Problemlagen insgesamt jedoch nicht noch weiter verschärft und verbleiben auf einem hohen Niveau.

Der Stadtteil ist somit in die Kategorie „stabile Entwicklungstendenzen“ einzuordnen.

Zeitreihe Dynamikindikatoren

Abbildung 117: Gräselberg - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016



Quelle: Eigene Darstellung



Grundsatz und Planung

Abbildung 118: Werte Statusindikatoren - Gräselberg

Indikator *	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
Administrative Intervention		0,58	
Existenzsicherungsquote	21,6%	0,90	12,9%
Arbeitslosigkeitsquote	9,3%	1,12	5,8%
Quote Hilfen zur Erziehung	5,2%	0,43	4,3%
Anteil sozialer Wohnungsbau	6,5%	-0,11	6,0%
Lebenslagenrisiko		0,61	
Prekäre Einkommenslage			
Wohngeldquote	2,0%	0,48	1,5%
Anteil sv-pflichtig Beschäftigter mit SGB II-Leistungen	3,8%	0,92	2,2%
Quote Langzeitbezug Transferleistungen	13,3%	1,42	6,6%
Wohnen			
prekäre Wohnraumversorgung	0,5 qm	1,23	19,9 qm
Risiko geringe Wohneigentumsquote	74,4%	-0,14	76,3%
Anteil Räumungsklagen und Zwangsräumungen	2,5%	1,18	1,4%
Bildungsrisiken			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II-Leistungen	71,3%	1,10	65,7%
Quote Unzureichende Kompetenzen für den Schulstart	25,3%	0,12	22,1%
Quote Schulbesuch ohne Hochschulreifeoption	54,7%	0,57	45,7%
Herkunftsbenachteiligung			
Kinderarmutsquote	39,3%	1,19	22,9%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	7,2%	-0,29	8,5%
Anteil langzeitarmer Kinder	31,8%	1,59	15,2%
Anteil neu zugewanderter Kinder	2,1%	-0,84	4,8%
Familien mit Risiken			
Alleinerziehendenquote	27,7%	0,86	23,1%
Quote große Familien	13,4%	0,55	11,5%
Alte Menschen mit Risiken			
Anteil allein lebender alter Menschen	50,0%	0,04	49,1%
Quote Altersarmut	11,0%	0,30	7,2%
Risiken soz. Einbindung + Integration			
Quote Wohndauer unter 10 Jahren	51,9%	-0,44	56,7%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	17,0%	1,06	11,1%
Anteil Neuzugewanderte	1,8%	-0,84	3,6%
Anteil ausl. Bevölkerung mit unsicherem Aufenthaltstatus	5,2%	-0,16	5,3%
Gesundheitliche Risiken			
Rate Vorzeitige Sterblichkeit	2,5	1,45	1,8
Anteil übergewichtiger Kinder bei Schulbeginn	13,0%	0,55	11,0%
Politische Teilhabe			
Anteil Erwachsene ohne Teilhabe an Wahl	56,1%	1,02	42,0%
<i>nachrichtlich:</i>			
Anteil Nicht-Wahlberechtigte Bundestagswahl 2017	27,7%	0,55	21,4%
Quote Nicht-Wahlbeteiligung Bundestagswahl 2017	39,3%	1,39	26,2%

* ausführliche Beschreibung der Indikatoren Kapitel 3

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

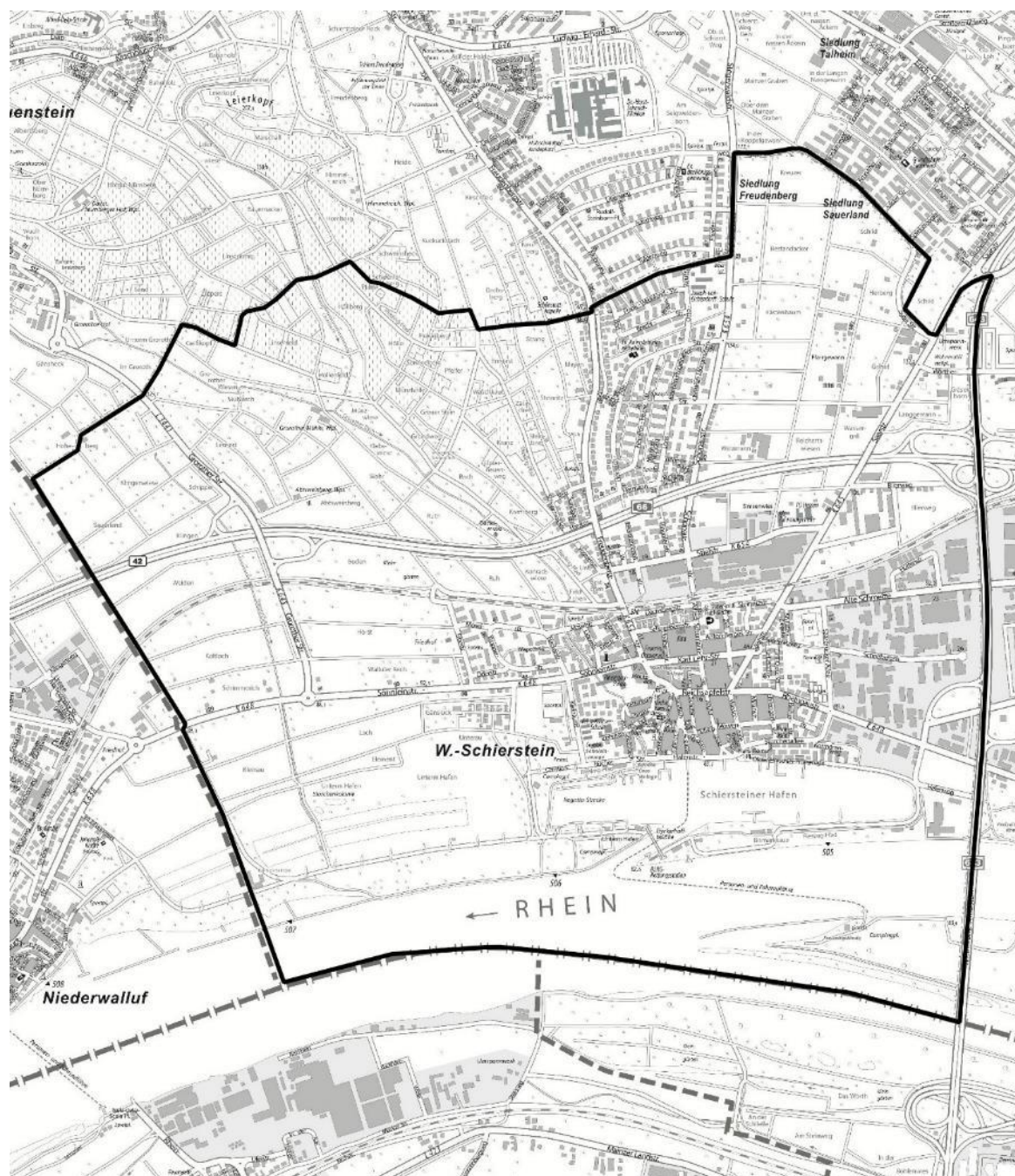
> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

Quelle: Datenquellen der Indikatoren s. Kapitel 3
Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung

8.22 Schierstein

Abbildung 119: Schierstein



Quelle: Vermessungsamt

Grundsatz und Planung

Schierstein

Der Stadtteil „Schierstein“, am Rhein gelegen, wurde 1926 nach Wiesbaden eingemeindet. Der alte Ortskern zeigt noch deutliche Spuren der (fischer-) dörflichen Struktur. Hier finden sich auch zahlreiche kleinere Gewerbe- und Einzelhandelsbetriebe. Rund um den Hafen, der ein beliebtes Naherholungsziel ist, haben sich gastronomische Betriebe angesiedelt.

In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden - zur Deckung des großen Wohnungsbedarfs - mehrere große Siedlungsgebiete. Hierzu zählen die Siedlung Zehntenhof und die Siedlungen beidseits der Freudenbergstraße. Bis heute werden immer wieder kleinere Wohngebiete errichtet.

Die Siedlungsstruktur reicht vom Altbaubestand im alten Ortskern über Geschosswohnungsbauten mit frei finanzierten Mietwohnungen in unterschiedlichen Preissegmenten, Eigentumswohnanlagen sowie verschiedenen Kategorien von Einfamilienhäusern.

Tabelle 84: Schierstein - Bevölkerungsstruktur

31.12.2017	Zahl	Anteil	Wiesbaden
Altersmedian (Jahre)	46	-	42
Kinder und Jugendliche (0 bis 17 Jahre)	1.657	15,7%	17,0%
Alte Menschen (über 65 Jahre)	2.478	23,5%	19,5%
Durchschnittliche Haushaltsgröße	1,97	-	1,95
Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren	1.058	19,9%	20,1%

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung

Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren; eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Schierstein weist im Vergleich zum Stadtdurchschnitt eine etwas ältere Bevölkerungsstruktur auf. Der Altersmedian und der Anteil an alten Menschen sind etwas überdurchschnittlich, während der Anteil der Kinder und Jugendlichen an der Bevölkerung sowie der Anteil der Familien etwas unter dem städtischen Durchschnitt liegen.

Entwicklung der Eckwerte

Tabelle 85: Schierstein - Eckwerte 2011 - 2017

	2011	2017	Differenz absolut	Differenz in %
Einwohner	10.212	10.539	+327	+3,2%
Haushalte	5.077	5.320	+243	+4,8%
Wohnungen* (2012)	5.073	5.107	+34	+0,7%
Mobilitätsziffer	15,4%	19,9%	-	+29,2%

*Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung,

Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren, eigene Berechnungen

Grundsatz und Planung



Es sind geringe Zuwächse der Bevölkerung, Haushalte und - in geringerem Maße - der Wohnungen zu beobachten.

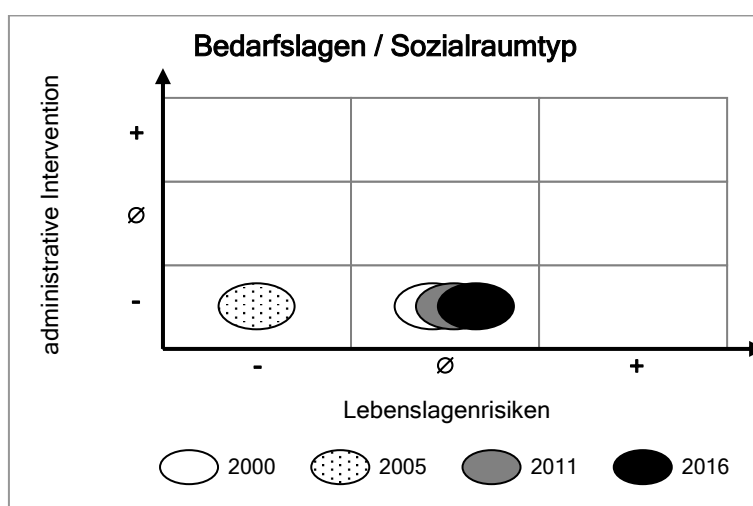
Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2011 bis 2016 (Basis alle Indikatoren)

Der Stadtteil Schierstein wurde 2005 der Gruppe der Stadtteile mit niedriger sozialer Bedarfslage zugeordnet. Sowohl das Ausmaß an administrativer Intervention als auch das Lebenslagenrisiko lagen unterhalb des Durchschnitts und waren somit als niedrig einzustufen. In 2000, 2011 und 2016 erfolgte eine Zuordnung zur Gruppe der Stadtteile mit mittlerer sozialer Bedarfslage. Das Ausmaß der administrativen Intervention war und ist konstant niedrig, das Ausmaß der riskanten Lebenslagen liegt, wenn auch nur knapp, im mittleren Belastungsbereich.

Seit Beginn der Sozialraumbeobachtung und -typisierung schwankt der Stadtteil zwischen niedrigen und durchschnittlichen Belastungen. Die Werte zur Messung der Belastungen liegen regelmäßig in den Grenzbereichen „niedrig / mittel“, sowohl in der Kategorie „administrative Intervention“ als auch „Lebenslagenrisiko“.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Schierstein“, wie auch bereits in 2011, auf Rang 24 von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.

Abbildung 120: Schierstein - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016



Quelle: Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Entwicklung der Dynamikindikatoren

Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

In allen drei verwendeten Indikatoren - lediglich die Kinderarmutsquote ist prozentual etwas stärker angestiegen, während sie in der Gesamtstadt leicht gesunken ist - erreicht Schierstein Werte, die deutlich positiver als der städtische Durchschnitt sind und alle deutlich in der Kategorie niedrige Bedarfslage liegen. Im Zeitvergleich haben sich die Anteilswerte jedoch nur geringfügig verändert.

Tabelle 86: Schierstein -

Entwicklung Dynamikindikatoren 2005, 2011 - 2016 - überproportionale Abweichungen grau schattiert

	2005	2011	2016	Ver- änderung 2011-2016	WI 2011	WI 2016	Ver- änderung
Administrative Intervention							
Existenzsicherungsquote	7,2%	7,2%	7,7%	+6,9%	12,4%	12,9%	+4,0%
Kinderarmutsquote	13,7%	13,3%	15,3%	+15,1%	23,2%	22,9%	-1,3%
Arbeitslosigkeitsquote	5,8%	4,1%	4,0%	-1,7%	5,4%	5,8%	+7,4%
Riskante Lebenslagen							
Nicht-EU-Staatsangehörige	7,6%	7,3%	6,8%	-7,1%	10,0%	11,1%	+11,0%
Alleinerziehendenquote	21,0%	18,9%	21,7%	+15,0%	23,9%	23,1%	-3,3%
Quote große Familien	8,3%	8,2%	7,9%	-3,4%	11,0%	11,5%	+4,5%
prekäre Wohnraumversorgung (2012)*	+13,5qm	+17,6qm	+17,3qm	-0,1%**	+20,3qm	+19,9qm	-0,1%

* Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

** Die Berechnung der Veränderung bezieht sich nicht auf die qm-Angaben, sondern auf das Versorgungsmaß (Verhältnis IST-SOLL)

Quelle: Hess. Statistisches Landesamt, Amt für Statistik und Stadtforschung, Amt für Soziale Arbeit

Bautätigkeitsstatistik, Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren; Geschäftsstatistik SGB II und XII, eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Der Anteil der Menschen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit an der Bevölkerung ist gesunken und liegt 2016 nach wie vor im niedrigen Bereich.

Die Anzahl und der Anteil der Alleinerziehenden an allen Haushalten mit Kindern sind zwischen 2011 und 2016 deutlich gestiegen. Bezogen auf diesen Indikator fällt der Stadtteil nun - wie auch 2005 - in die Kategorie der mittleren Bedarfslage. 2011 zählte er zur niedrigen Bedarfslage.

Der Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern ist unverändert in die Kategorie der niedrigen Bedarfslage einzuordnen.

Die ausreichende Versorgung eines Haushaltes mit Wohnraum ist in einem durchschnittlichen Maße gewährleistet. Im Zeitvergleich ist keine nennenswerte Veränderung festzustellen.

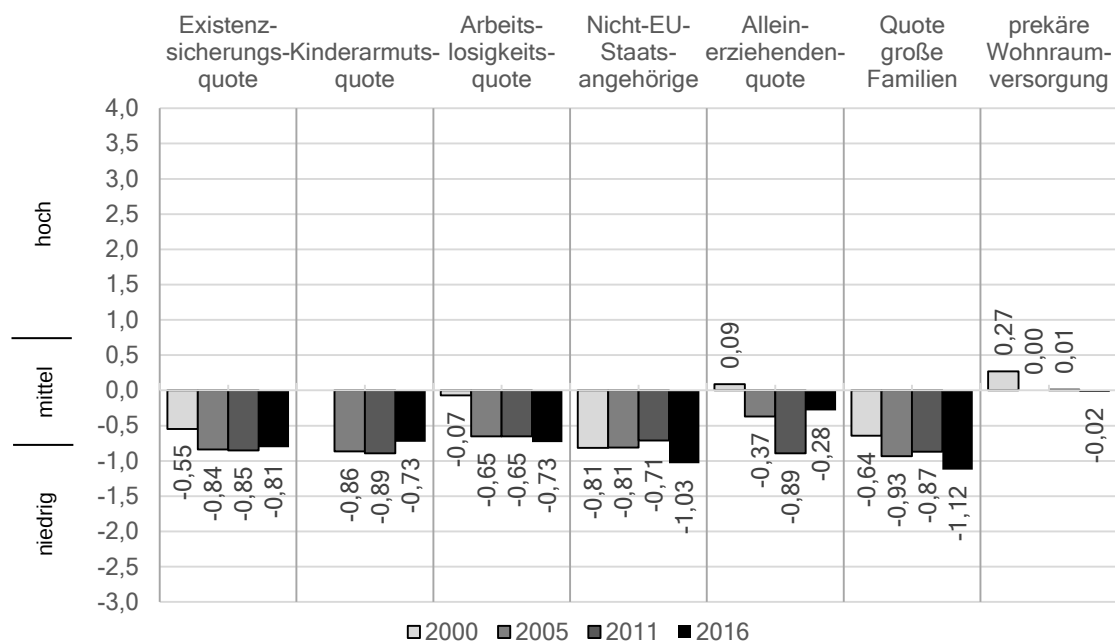
Gesamtbewertung

In Schierstein sind - bezogen auf die zur Messung der Veränderungen zwischen 2011 und 2016 - keine nennenswerten Änderungen festzustellen. Nur in einem der sieben verwendeten Indikatoren sind die Veränderungen in Schierstein deutlich stärker (negativer) als in der städtischen Entwicklung ausgefallen. Gleichwohl liegen aber die Anteilswerte niedriger als die städtischen Durchschnittswerte.

Der Stadtteil wird deshalb der Kategorie „stabile Entwicklungstendenzen“ zugeordnet.

Zeitreihe Dynamikindikatoren

Abbildung 121: Schierstein - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016



Quelle: Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung

Abbildung 122: Werte Statusindikatoren - Schierstein

Indikator *	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
Administrative Intervention		-0,52	
Existenzsicherungsquote	7,7%	-0,81	12,9%
Arbeitslosigkeitsquote	4,0%	-0,73	5,8%
Quote Hilfen zur Erziehung	4,0%	-0,34	4,3%
Anteil sozialer Wohnungsbau	5,7%	-0,20	6,0%
Lebenslagenrisiko		-0,48	
Prekäre Einkommenslage			
Wohngeldquote	2,0%	0,43	1,5%
Anteil sv-pflichtig Beschäftigter mit SGB II-Leistungen	1,5%	-0,66	2,2%
Quote Langzeitbezug Transferleistungen	3,9%	-0,78	6,6%
Wohnen			
prekäre Wohnraumversorgung	17,3 qm	-0,02	19,9 qm
Risiko geringe Wohneigentumsquote	71,8%	-0,32	76,3%
Anteil Räumungsklagen und Zwangsräumungen	0,9%	-0,65	1,4%
Bildungsrisiken			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II-Leistungen	60,5%	-0,50	65,7%
Quote Unzureichende Kompetenzen für den Schulstart	16,6%	-0,47	22,1%
Quote Schulbesuch ohne Hochschulreifeoption	51,9%	0,33	45,7%
Herkunftsbenachteiligung			
Kinderarmutsquote	15,3%	-0,73	22,9%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	4,4%	-0,82	8,5%
Anteil langzeitarmer Kinder	7,8%	-0,92	15,2%
Anteil neu zugewanderter Kinder	2,1%	-0,84	4,8%
Familien mit Risiken			
Alleinerziehendenquote	21,7%	-0,28	23,1%
Quote große Familien	7,9%	-1,12	11,5%
Alte Menschen mit Risiken			
Anteil allein lebender alter Menschen	48,1%	-0,20	49,1%
Quote Altersarmut	4,1%	-0,77	7,2%
Risiken soz. Einbindung + Integration			
Quote Wohndauer unter 10 Jahren	49,8%	-0,65	56,7%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	6,8%	-1,03	11,1%
Anteil Neuzugewanderte	1,8%	-0,83	3,6%
Anteil ausl. Bevölkerung mit unsicherem Aufenthaltstatus	2,3%	-1,16	5,3%
Gesundheitliche Risiken			
Rate Vorzeitige Sterblichkeit	1,9	0,17	1,8
Anteil übergewichtiger Kinder bei Schulbeginn	9,5%	-0,39	11,0%
Politische Teilhabe			
Anteil Erwachsene ohne Teilhabe an Wahl	39,9%	-0,38	42,0%
<i>nachrichtlich:</i>			
Anteil Nicht-Wahlberechtigte Bundestagswahl 2017	17,5%	-0,60	21,4%
Quote Nicht-Wahlbeteiligung Bundestagswahl 2017	27,1%	-0,18	26,2%

* ausführliche Beschreibung der Indikatoren Kapitel 3

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

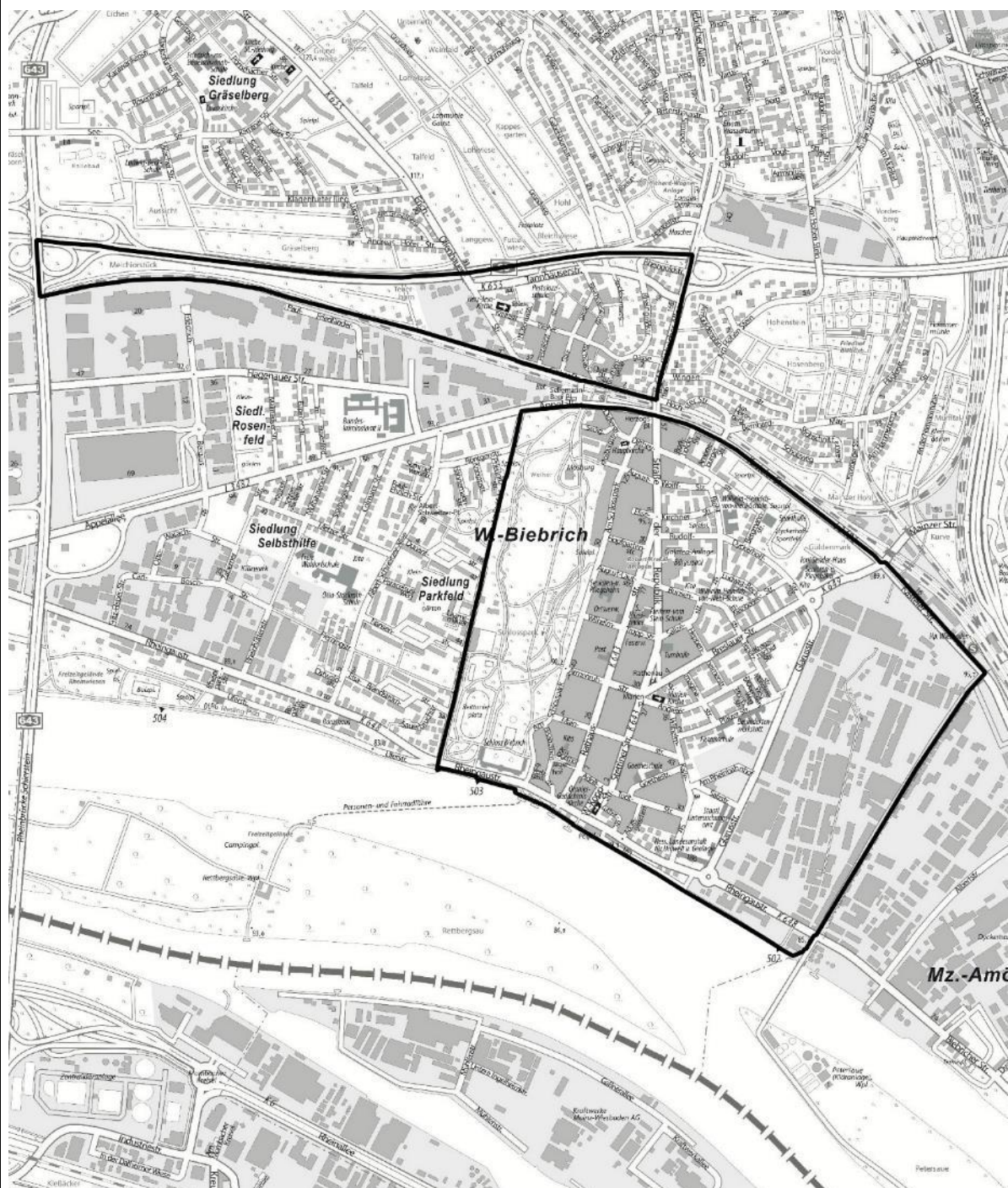
Quelle: Datenquellen der Indikatoren s. Kapitel 3

Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung

8.23 Biebrich-alt, Gibb, Kalle

Abbildung 123: Biebrich-alt, Gibb, Kalle



Quelle: Vermessungsamt

Biebrich-alt, Gibb, Kalle

Zum Stadtteil „Biebrich-alt, Gibb, Kalle“ zählen der alte Vorortkern des Stadtteils Biebrich mit dem städtebaulichen Erneuerungsgebiet „Biebrich SüdOst“, das seit 2000 im städtebaulichen Förderprogramm „Soziale Stadt“ - mittlerweile in der Schlussphase - ist, das Wohngebiet Gibb und die Wohngebiete an der Grenze zum Industriepark Infraser.

Seit 2017 ist der Bereich „Biebrich-Mitte“ Programmgebiet der „Sozialen Stadt“.

Biebrich wurde 1926 nach Wiesbaden eingemeindet.

Die einzelnen Gebiete sind nach Entstehung und heutigem Charakter sehr heterogen. Zum einen die historischen Siedlungskerne der ehemaligen Dörfer Gibb und Mosbach, die Geschäftsstraßen mit Einzelhandels- und Handwerksbetrieben und städtisch anmutenden mehrstöckigen Wohnaltbauten, zum anderen die für die in der Industrie tätige Arbeiterschaft errichteten Geschosswohnungsbauten mit einfachem bis mittlerem Wohnungsbestand in unmittelbarer Nachbarschaft zur Industrie.

Biebrich-alt hat durch seine Größe und ausgeprägte Einzelhandels- und Gewerbestruktur einen kleinstädtischen Charakter.

Tabelle 87: Biebrich-alt, Gibb, Kalle - Bevölkerungsstruktur

31.12.2017	Zahl	Anteil	Wiesbaden
Altersmedian (Jahre)	40	-	42
Kinder und Jugendliche (0 bis 17 Jahre)	2.541	17,4%	17,0%
Alte Menschen (über 65 Jahre)	2.399	16,4%	19,5%
Durchschnittliche Haushaltsgröße	1,88	-	1,95
Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren	1.514	20,0%	20,1%

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung

Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren; eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Die Bevölkerungsstruktur entspricht in etwa dem städtischen Durchschnitt.

Entwicklung der Eckwerte

Tabelle 88: Biebrich-alt, Gibb, Kalle - Eckwerte 2011 - 2017

	2011	2017	Differenz absolut	Differenz in %
Einwohner	13.956	14.602	+646	+4,6%
Haushalte	7.370	7.582	+212	+2,9%
Wohnungen* (2012)	6.967	7.046	+79	+1,1%
Mobilitätsziffer	23,2%	24,1%	-	+3,9%

*Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung,

Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren, eigene Berechnungen

Grundsatz und Planung



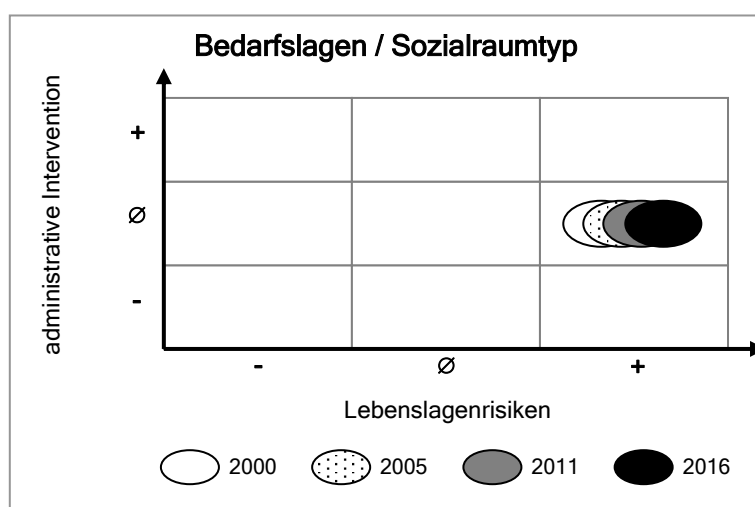
Die Bevölkerung sowie die Anzahl der Haushalte und in geringerem Maße die Anzahl der Wohnungen sind zwischen 2011 und 2017 leicht angestiegen.

Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2016 (Basis alle Indikatoren)

Der Stadtteil „Biebrich-alt, Gibb, Kalle“ zählt seit 2000 zu den Stadtteilen mit hoher sozialer Bedarfslage. Unverändert sind die Lebenslagenrisiken als hoch zu bezeichnen, wohingegen - ebenso unverändert - das Ausmaß der administrativen Intervention im mittleren Bereich liegt.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Biebrich-alt, Gibb, Kalle“ auf Rang 11 (2011: Rang 12) von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.

Abbildung 124: Biebrich-alt, Gibb, Kalle - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016



Quelle: Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Entwicklung der Dynamikindikatoren

Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Der Anteil der Menschen an der Bevölkerung, die von existenzsichernden Leistungen abhängig sind, ist zwischen 2011 und 2016 - gegenläufig zur Entwicklung in der Gesamtstadt - deutlich angestiegen, liegt aber noch knapp in der mittleren Belastungskategorie.

Ebenso ist ein Anstieg der Kinderarmutsquote zu verzeichnen, während diese gesamtstädtisch gesunken ist. Dieser Indikator liegt nun im Bereich der hohen Bedarfslage.

Auch der Anteil der Arbeitslosen im SGB II- und III-Bezug an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist - etwas stärker als in der Gesamtstadt - gestiegen und verbleibt im hohen Bereich.

Die Veränderungen fanden hauptsächlich im Gebiet „Biebrich-Mitte“ statt. Dort sind die Anteilswerte überproportional angestiegen.

Im Teilgebiet „Biebrich Südost“, dessen Werte nach wie vor über denen des Gesamtstadtteils liegen, ist jedoch ein Rückgang bzw. nur marginale Erhöhung der Anteilswerte zu beobachten.

Tabelle 89: Biebrich-alt, Gibb, Kalle -

Entwicklung Dynamikindikatoren 2005, 2011 - 2016 - überproportionale Abweichungen grau schattiert

	2005	2011	2016	Ver- änderung 2011-2016	WI 2011	WI 2016	Ver- änderung
Administrative Intervention							
Existenzsicherungsquote	13,9%	16,0%	18,1%	+13,1%	12,4%	12,9%	+4,0%
Kinderarmutsquote	25,8%	30,3%	31,9%	+5,2%	23,2%	22,9%	-1,3%
Arbeitslosigkeitsquote	9,2%	7,1%	7,9%	+11,1%	5,4%	5,8%	+7,4%
Riskante Lebenslagen							
Nicht-EU-Staatsangehörige	15,7%	13,8%	13,6%	-1,4%	10,0%	11,1%	+11,0%
Alleinerziehendenquote	27,1%	28,6%	25,0%	-12,7%	23,9%	23,1%	-3,3%
Quote große Familien	12,0%	11,9%	13,4%	+12,2%	11,0%	11,5%	+4,5%
prekäre Wohnraumversorgung (2012)*	+6,0qm	+6,3qm	+5,6qm	-1,2%**	+20,3qm	+19,9qm	-0,1%

* Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

** Die Berechnung der Veränderung bezieht sich nicht auf die qm-Angaben, sondern auf das Versorgungsmaß (Verhältnis IST-SOLL)

Quelle: Hess. Statistisches Landesamt, Amt für Statistik und Stadtforschung, Amt für Soziale Arbeit

Bautätigkeitsstatistik, Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren; Geschäftsstatistik SGB II und XII, eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Der Anteil der Menschen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit an der Bevölkerung ist gegenläufig zur gesamtstädtischen Entwicklung leicht gesunken, liegt aber nach wie vor deutlich über dem städtischen Durchschnitt. Er fällt in 2016 in die Kategorie der mittleren Bedarfslage.

Der hohe Anteil an Alleinerziehendenhaushalten ist sehr viel stärker als im Stadtdurchschnitt gesunken und wechselt von der hohen in die mittlere Bedarfslagenkategorie.

Der Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern ist stärker angestiegen und liegt deutlich über dem städtischen Durchschnitt und somit in der Kategorie der hohen Bedarfslage.

Auch bezogen auf die ausreichende Versorgung der Haushalte mit Wohnraum hat sich an der Zuordnung zur hohen Bedarfslage keine Veränderung ergeben. Der statistisch zur Verfügung stehende Wohnraum hat sich weiter verringert.

Gesamtbewertung

Das Lebenslagenrisiko verbleibt auf hohem Niveau. Im Zeitverlauf ergaben sich, trotz der beschriebenen Veränderungen, weder wesentliche Verschärfungen noch eine Entspannung der existierenden Problem- und Belastungslagen.

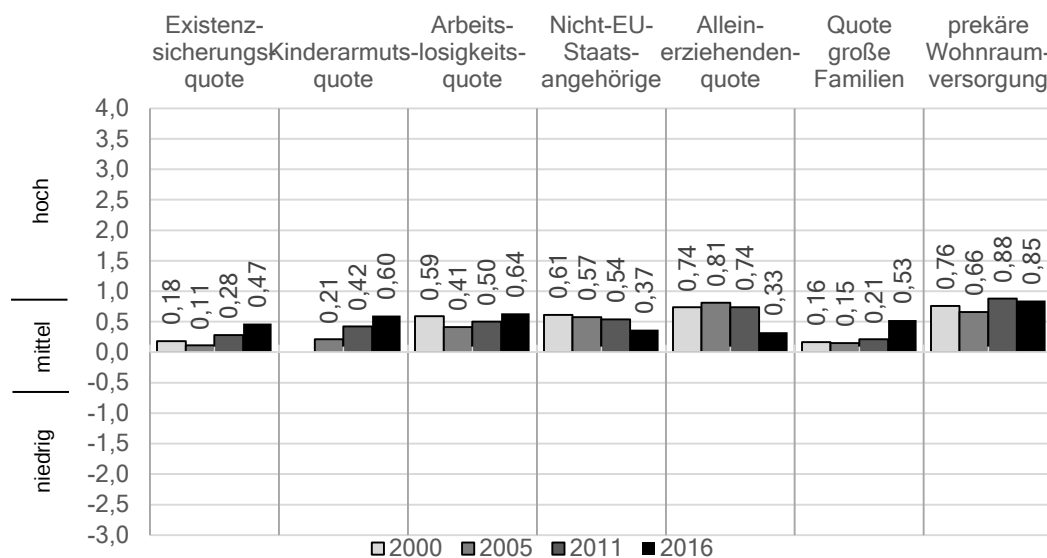
Im Bereich der administrativen Intervention ist zwar in den drei beobachteten Indikatoren eine Verschärfung der Problemlage festzustellen. Im Vergleich der Stadtteile untereinander und zum Mittelwert der Stadt hat sich der Stadtteil weiter von der Mitte entfernt.

Die beschriebenen Veränderungen sind jedoch noch nicht so stark ausgeprägt, als dass eine deutlich ausgeprägte negative Entwicklungstendenz festzustellen ist. Hier wird die weitere Entwicklung in den nächsten Jahren gegebenenfalls deutlichere Hinweise in die eine oder andere Richtung geben.

Es erfolgt momentan eine Zuordnung in die Kategorie „stabile Entwicklungstendenzen“.

Zeitreihe Dynamikindikatoren

Abbildung 125: Biebrich-alt, Gibb, Kalle - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016



Quelle: Eigene Darstellung



Grundsatz und Planung

Abbildung 126: Werte Statusindikatoren - Biebrich-alt, Gibb, Kalle

Indikator *	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
Administrative Intervention		0,41	
Existenzsicherungsquote	18,1%	0,47	12,9%
Arbeitslosigkeitsquote	7,9%	0,64	5,8%
Quote Hilfen zur Erziehung	5,9%	0,90	4,3%
Anteil sozialer Wohnungsbau	4,1%	-0,36	6,0%
Lebenslagenrisiko		0,60	
Prekäre Einkommenslage			
Wohngeldquote	1,9%	0,41	1,5%
Anteil sv-pflichtig Beschäftigter mit SGB II-Leistungen	3,0%	0,38	2,2%
Quote Langzeitbezug Transferleistungen	9,4%	0,49	6,6%
Wohnen			
prekäre Wohnraumversorgung	5,6 qm	0,85	19,9 qm
Risiko geringe Wohneigentumsquote	89,6%	0,93	76,3%
Anteil Räumungsklagen und Zwangsräumungen	2,4%	1,06	1,4%
Bildungsrisiken			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II-Leistungen	68,7%	0,71	65,7%
Quote Unzureichende Kompetenzen für den Schulstart	17,9%	-0,38	22,1%
Quote Schulbesuch ohne Hochschulreifeoption	58,4%	0,88	45,7%
Herkunftsbenachteiligung			
Kinderarmutsquote	31,9%	0,60	22,9%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	19,5%	2,03	8,5%
Anteil langzeitarmer Kinder	22,1%	0,57	15,2%
Anteil neu zugewanderter Kinder	4,8%	0,03	4,8%
Familien mit Risiken			
Alleinerziehendenquote	25,0%	0,33	23,1%
Quote große Familien	13,4%	0,53	11,5%
Alte Menschen mit Risiken			
Anteil allein lebender alter Menschen	50,8%	0,13	49,1%
Quote Altersarmut	9,9%	0,13	7,2%
Risiken soz. Einbindung + Integration			
Quote Wohndauer unter 10 Jahren	64,6%	0,82	56,7%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	13,6%	0,37	11,1%
Anteil Neuzugewanderte	4,2%	0,35	3,6%
Anteil ausl. Bevölkerung mit unsicherem Aufenthaltstatus	5,4%	-0,08	5,3%
Gesundheitliche Risiken			
Rate Vorzeitige Sterblichkeit	2,5	1,30	1,8
Anteil übergewichtiger Kinder bei Schulbeginn	13,5%	0,69	11,0%
Politische Teilhabe			
Anteil Erwachsene ohne Teilhabe an Wahl	54,6%	0,89	42,0%
<i>nachrichtlich:</i>			
Anteil Nicht-Wahlberechtigte Bundestagswahl 2017	32,5%	1,10	21,4%
Quote Nicht-Wahlbeteiligung Bundestagswahl 2017	32,7%	0,54	26,2%

* ausführliche Beschreibung der Indikatoren Kapitel 3

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

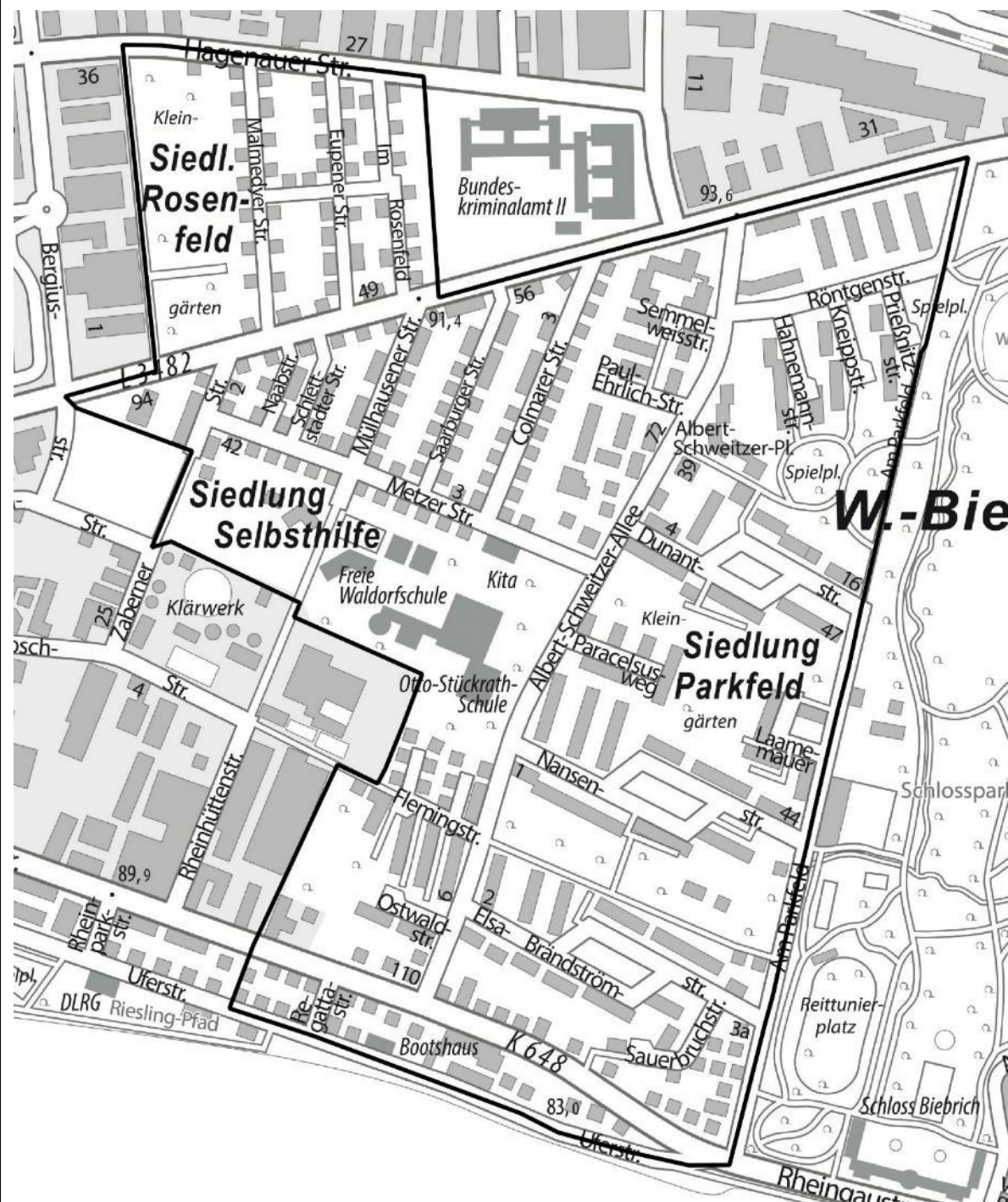
> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

Quelle: Datenquellen der Indikatoren s. Kapitel 3
Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung

8.24 Parkfeld, Rosenfeld

Abbildung 127: Parkfeld, Rosenfeld



Quelle: Vermessungsamt

Grundsatz und Planung

Parkfeld, Rosenfeld

Der Stadtteil „Parkfeld, Rosenfeld“ umfasst das in den 1970er Jahren entstandene Wohngebiet Parkfeld und das in den 1930er Jahren entstandene kleinere Siedlungsgebiet Rosenfeld.

Das Parkfeld, direkt angrenzend an den Biebricher Schlosspark unterteilt sich in ein Gebiet des sozialen Wohnungsbaus mit mehrstöckigen Geschossbauten und einem Hochhaus. Bei der Planung des Wohngebietes wurde aber zugleich eine sozial und baustrukturell gemischte Bebauung bedacht, sodass das Parkfeld auch durch zahlreiche Einfamilienhäuser, überwiegend als Reihenhäuser, geprägt ist.

Das alte Siedlungsgebiet Rosenfeld - entstanden in den 1920er Jahren - besteht aus kleineren Einfamilienhäusern, die im Laufe der Jahre häufig zur Erweiterung der Wohnfläche mit An- und Umbauten versehen wurden.

Beide Gebiete liegen seitlich der Äppelallee, die als eine Hauptverkehrsader Wiesbadens die Wohngebiete deutlich voneinander trennt und zu einer Lärm- und Abgasbelastung der Gebiete führt.

Tabelle 90: Parkfeld, Rosenfeld - Bevölkerungsstruktur

31.12.2017	Zahl	Anteil	Wiesbaden
Altersmedian (Jahre)	51	-	42
Kinder und Jugendliche (0 bis 17 Jahre)	695	15,2%	17,0%
Alte Menschen (über 65 Jahre)	1.439	31,5%	19,5%
Durchschnittliche Haushaltsgröße	1,94	-	1,95
Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren	438	18,7%	20,1%

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung

Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren; eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Das „Parkfeld, Rosenfeld“ ist ein Stadtteil mit einer überdurchschnittlich alten Bevölkerung. Der Altersmedian und auch der Anteil der über 65-Jährigen liegen erheblich über dem städtischen Durchschnitt.

Entwicklung der Eckwerte

Tabelle 91: Parkfeld, Rosenfeld - Eckwerte 2011 - 2017

	2011	2017	Differenz absolut	Differenz in %
Einwohner	4.561	4.562	+1	0%
Haushalte	2.307	2.341	+34	+1,5%
Wohnungen* (2012)	2.301	2.308	+7	+0,3%
Mobilitätsziffer	12,6%	13,0%	-	+3,2%

*Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung,

Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren, eigene Berechnungen

Grundsatz und Planung



Die Werte weisen eine hohe Stabilität auf; demzufolge liegt auch die Mobilitätsziffer im Vergleich zu den anderen Stadtteilen erheblich unter dem Durchschnitt.

Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2011 (Basis alle Indikatoren)

2005 zählte der Stadtteil „Parkfeld, Rosenfeld“ mit durchschnittlichem Lebenslagenrisiko und durchschnittlichem Ausmaß an administrativer Intervention zu den Stadtteilen mit mittlerer sozialer Bedarfslage.

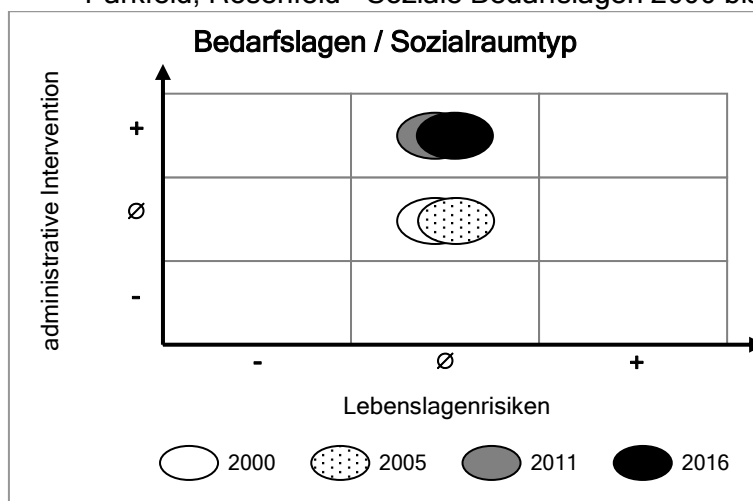
2011 liegt der Anteil an riskanten Lebenslagen ebenfalls im durchschnittlichen Bereich.

Bedingt durch die Erweiterung des Indikatorensets 2011 um den Indikator „Anteil des sozialen Wohnungsbaus an allen Wohnungen“ - in 2016 wird mit 33,9 % aller Wohnungen in der Sozialbindung im Stadtteil „Parkfeld, Rosenfeld“ der stadtweit höchste Wert erreicht - ist das Ausmaß der administrativen Intervention hoch. Der Stadtteil zählt aus diesem Grund 2011 zu den Stadtteilen mit einer hohen sozialen Bedarfslage.

Das Ausmaß der „riskanten Lebenslagen“ liegt konstant und stabil im mittleren Bereich.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Parkfeld, Rosenfeld“ wie auch bereits 2011 auf Rang 13 von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.

Abbildung 128: Parkfeld, Rosenfeld - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016



Quelle: Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Entwicklung der Dynamikindikatoren

Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Die Abhängigkeit von existenzsichernden Leistungen liegt über dem Wert der Gesamtstadt, aber noch im durchschnittlichen Bereich. Die Existenzsicherungsquote ist etwas stärker als in der Gesamtstadt angestiegen.

Die Kinderarmutsquote ist im Beobachtungszeitraum deutlich stärker als in der Gesamtstadt gesunken und liegt nun knapp unterhalb des Durchschnitts.

Der Anteil der Arbeitslosen im SGB II- und III-Bezug an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist nicht so stark wie in der gesamtstädtischen Entwicklung gestiegen.

In allen drei Indikatoren liegen die Werte in der Nähe des Durchschnitts der Gesamtstadt und fallen in die Kategorie der mittleren Bedarfslagen.

Tabelle 92: Parkfeld, Rosenfeld -

Entwicklung Dynamikindikatoren 2005, 2011 - 2016 - überproportionale Abweichungen grau schattiert

	2005	2011	2016	Ver- änderung 2011-2016	WI 2011	WI 2016	Ver- änderung
Administrative Intervention							
Existenzsicherungsquote	11,2%	12,8%	14,0%	+9,4%	12,4%	12,9%	+4,0%
Kinderarmutsquote	24,8%	25,6%	22,3%	-13,2%	23,2%	22,9%	-1,3%
Arbeitslosigkeitsquote	7,4%	5,9%	6,1%	+4,1%	5,4%	5,8%	+7,4%
Riskante Lebenslagen							
Nicht-EU-Staatsangehörige	9,3%	9,8%	9,7%	-1,2%	10,0%	11,1%	+11,0%
Alleinerziehendenquote	20,5%	18,0%	22,0%	+22,4%	23,9%	23,1%	-3,3%
Quote große Familien	15,1%	12,4%	11,6%	-6,5%	11,0%	11,5%	+4,5%
prekäre Wohnraumversorgung (2012)*	+12,6qm	+17,5qm	+17,8qm	+0,7%**	+20,3qm	+19,9qm	-0,1%

* Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

** Die Berechnung der Veränderung bezieht sich nicht auf die qm-Angaben, sondern auf das Versorgungsmaß (Verhältnis IST-SOLL)

Quelle: Hess. Statistisches Landesamt, Amt für Statistik und Stadtforschung, Amt für Soziale Arbeit

Bautätigkeitsstatistik, Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren;
Geschäftsstatistik SGB II und XII, eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Der Anteil der Menschen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit ist leicht gesunken während er gesamtstädtisch anstieg, liegt unterhalb des Wertes für die Gesamtstadt und damit im mittleren Bereich.

Der Anteil der Alleinerziehenden an allen Haushalten mit Kindern war in 2005 und in 2011 unterdurchschnittlich. Zwischen 2011 und 2016 ist er stark angestiegen, liegt aber noch etwas unterhalb des gesamtstädtischen Wertes im mittleren Bereich.

Der Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern, der 2005 sehr hoch war, ist seitdem kontinuierlich gesunken, entspricht 2016 dem städtischen Durchschnitt und liegt somit im mittleren Bereich.

Nahezu unverändert im durchschnittlichen Bereich bleibt die Versorgung mit ausreichendem Wohnraum.

Gesamtbewertung

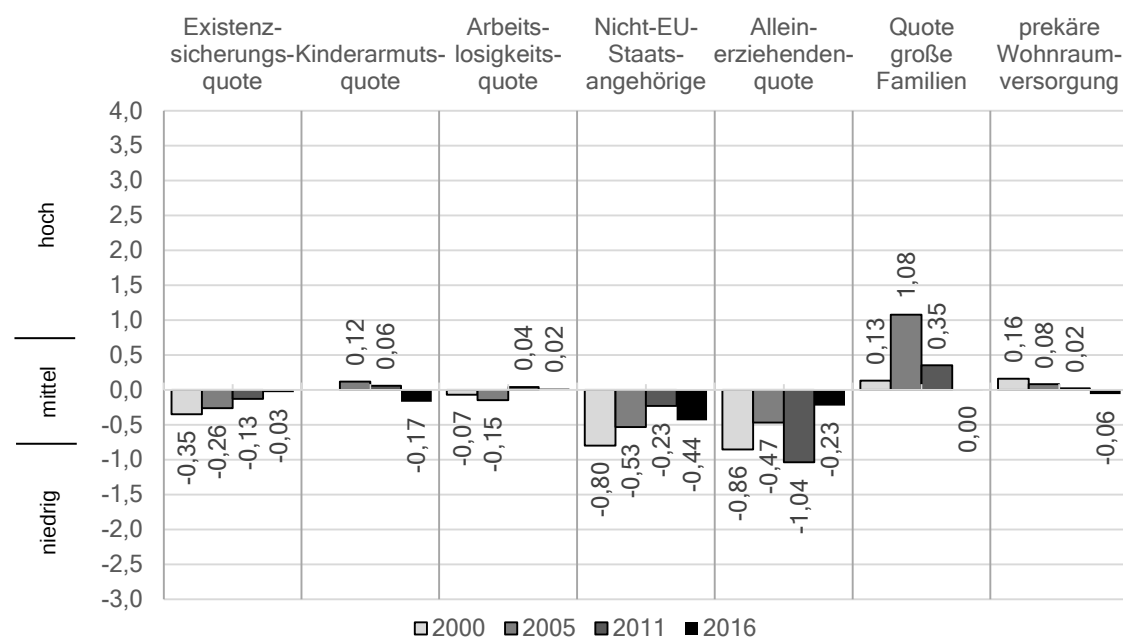
Wenn sich auch in einigen Indikatoren geringfügige Veränderungen ergeben, zeigt sich die Problembelastung bezogen auf die verwendeten Indikatoren stabil im Bereich der mittleren sozialen Bedarfslage.

Die soziale Bedarfslage im Gebiet des sozialen Wohnungsbaus Parkfeld ist deutlich schärfer ausgeprägt. Sie liegt in allen Indikatoren über den Werten des Gesamtstadtteils. So liegen die Anteilswerte in den Indikatoren Existenzsicherungsquote 2016 bei 24,3 %, Kinderarmutsquote bei 34,2 %, der Anteil der Nicht-EU-Staatsangehörigen bei 17,3 % und die Arbeitslosigkeitsquote bei 10,1 %.

Bezüglich der Entwicklungstendenz des Stadtteils erfolgt eine Zuordnung in die Kategorie „stabile Entwicklungstendenzen“.

Zeitreihe Dynamikindikatoren

Abbildung 129: Parkfeld, Rosenfeld - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016



Quelle: Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung

Abbildung 130: Werte Statusindikatoren - Parkfeld, Rosenfeld

Indikator *	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
Administrative Intervention		0,96	
Existenzsicherungsquote	14,0%	-0,03	12,9%
Arbeitslosigkeitsquote	6,1%	0,02	5,8%
Quote Hilfen zur Erziehung	6,2%	1,13	4,3%
Anteil sozialer Wohnungsbau	33,9%	2,73	6,0%
Lebenslagenrisiko		-0,13	
Prekäre Einkommenslage			
Wohngeldquote	2,0%	0,50	1,5%
Anteil sv-pflichtig Beschäftigter mit SGB II-Leistungen	2,3%	-0,12	2,2%
Quote Langzeitbezug Transferleistungen	10,0%	0,63	6,6%
Wohnen			
prekäre Wohnraumversorgung	17,8 qm	-0,06	19,9 qm
Risiko geringe Wohneigentumsquote	73,9%	-0,18	76,3%
Anteil Räumungsklagen und Zwangsräumungen	1,4%	-0,08	1,4%
Bildungsrisiken			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II-Leistungen	67,3%	0,51	65,7%
Quote Unzureichende Kompetenzen für den Schulstart	7,9%	-1,07	22,1%
Quote Schulbesuch ohne Hochschulreifeoption	50,8%	0,23	45,7%
Herkunftsbenachteiligung			
Kinderarmutsquote	22,3%	-0,17	22,9%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	8,7%	-0,01	8,5%
Anteil langzeitarmer Kinder	17,8%	0,11	15,2%
Anteil neu zugewanderter Kinder	0,3%	-1,42	4,8%
Familien mit Risiken			
Alleinerziehendenquote	22,0%	-0,23	23,1%
Quote große Familien	11,6%	0,00	11,5%
Alte Menschen mit Risiken			
Anteil allein lebender alter Menschen	56,4%	0,82	49,1%
Quote Altersarmut	7,7%	-0,22	7,2%
Risiken soz. Einbindung + Integration			
Quote Wohndauer unter 10 Jahren	43,3%	-1,30	56,7%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	9,7%	-0,44	11,1%
Anteil Neuzugewanderte	1,0%	-1,23	3,6%
Anteil ausl. Bevölkerung mit unsicherem Aufenthaltstatus	2,7%	-1,05	5,3%
Gesundheitliche Risiken			
Rate Vorzeitige Sterblichkeit	2,0	0,43	1,8
Anteil übergewichtiger Kinder bei Schulbeginn	11,3%	0,09	11,0%
Politische Teilhabe			
Anteil Erwachsene ohne Teilhabe an Wahl	39,8%	-0,38	42,0%
<i>nachrichtlich:</i>			
Anteil Nicht-Wahlberechtigte Bundestagswahl 2017	17,3%	-0,63	21,4%
Quote Nicht-Wahlbeteiligung Bundestagswahl 2017	27,2%	-0,16	26,2%

* ausführliche Beschreibung der Indikatoren Kapitel 3

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

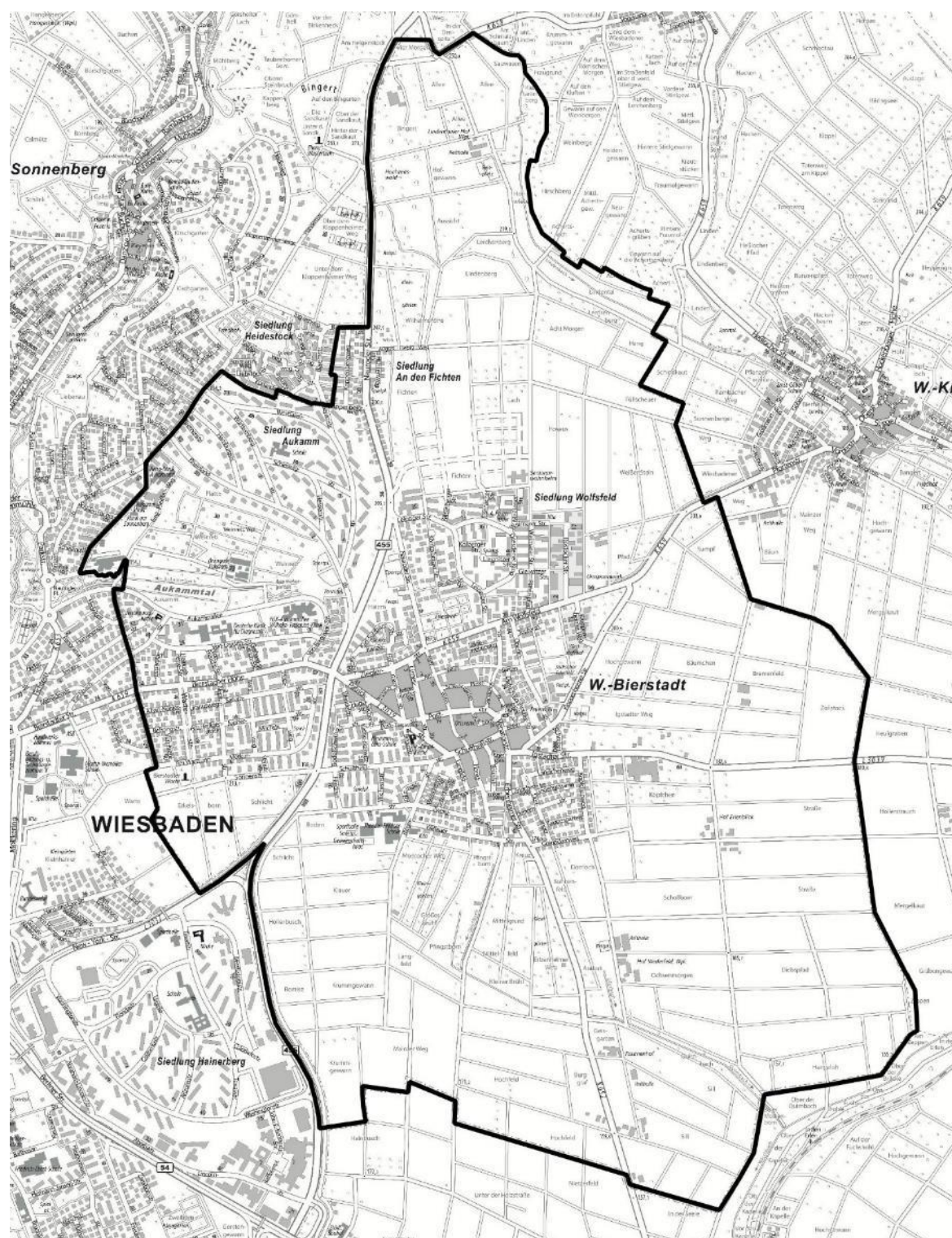
> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

Quelle: Datenquellen der Indikatoren s. Kapitel 3
Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung

8.25 Bierstadt

Abbildung 131: Bierstadt



Quelle: Vermessungsamt

Grundsatz und Planung

Bierstadt

Der Stadtteil Bierstadt umfasst so heterogene Gebiete wie den alten Vorortkern, der in den 1920er Jahren eingemeindet wurde, die Siedlung An den Fichten, die Wohngebiete im Aukammtal, die Siedlung Wolfswald sowie die Gebiete beidseits der Bierstadter Höhe.

Der alte Ortskern Bierstadts zeigt eine typische, teilweise kleinstädtisch anmutende Vorortstruktur mit zahlreichen Einzelhandels- und Gewerbebetrieben.

Hier grenzt auch das im sozialen Wohnungsbau errichtete Wohngebiet rund um die Schultheistrae an.

Die Siedlung Wolfswald ist ein Wohngebiet mit frei finanzierten Wohnungen im Geschosswohnungsbau und kleinen Einfamilienhäusern.

Die Wohngebiete im Aukammtal zeigen die Struktur neuer Villengebiete mit hochwertigen Einfamilienhäusern.

Die von US-Amerikanern bewohnte Siedlung Aukammtal (Planungsraum 123) gehört zum Ortsbezirk bzw. sozialräumlichen Stadtteil Bierstadt, wird aber bei der Ermittlung der Anteilswerte aufgrund melderechtlicher Besonderheiten und daraus resultierenden statistischer Verzerrungen nicht bercksichtigt⁷³.

Tabelle 93: Bierstadt - Bevölkerungsstruktur

31.12.2017	Zahl	Anteil	Wiesbaden
Altersmedian (Jahre)	47	-	42
Kinder und Jugendliche (0 bis 17 Jahre)	2.085	16,6%	17,0%
Alte Menschen (ber 65 Jahre)	3.166	25,2%	19,5%
Durchschnittliche Haushaltsgröße	1,92	-	1,95
Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren	1.236	19,3%	20,1%

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung

Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren; eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Bierstadt ist ein Stadtteil mit einer überdurchschnittlich alten Bevölkerung. Der Altersmedian und auch der Anteil der über 65-Jährigen liegen erheblich über dem städtischen Durchschnitt.

Entwicklung der Eckwerte

Tabelle 94: Bierstadt - Eckwerte 2011 - 2017 (ohne Planungsraum 123 „Aukamm“)

	2011	2017	Differenz absolut	Differenz in %
Einwohner	12.060	12.543	+483	+4,0%
Haushalte	6.277	6.408	+131	+2,1%
Wohnungen* (2012)	6.558	6.376	-182	-2,8%
Mobilitätsziffer	17,5%	17,7%	-	+1,1%

*Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung,

Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren, eigene Berechnungen

Grundsatz und Planung



⁷³ Vgl. hierzu die Ausführungen unter 8.10 Hasengarten, Friedenstraße

Die Bevölkerung und die Zahl der Haushalte sind leicht gestiegen, während die Zahl der Wohnungen gesunken ist. Dies resultiert aus dem Abriss einiger Wohnhäuser seitlich der Bierstadter Höhe, die mittlerweile wieder neu gebaut und in 2018 bezogen wurden.

Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2016 (Basis alle Indikatoren)

2000 und 2005 zählte der Stadtteil „Bierstadt“ mit einem unterdurchschnittlichen Ausmaß an administrativer Intervention und niedrigem Lebenslagenrisiko zu den Stadtteilen mit niedriger sozialer Bedarfslage.

2011 ergeben sich im Stadtteil in der Dimension „administrative Intervention“ - vor allem bedingt durch die Erweiterung des Indikatorensets und einer Veränderung im Kategorisierungsverfahren - durchschnittliche Werte, wenn auch nahe an der Grenze zu niedrigen Belastungen. Das Lebenslagenrisiko verblieb - auch mit dem erweiterten Indikatorenset - im Bereich der niedrigen Belastung.

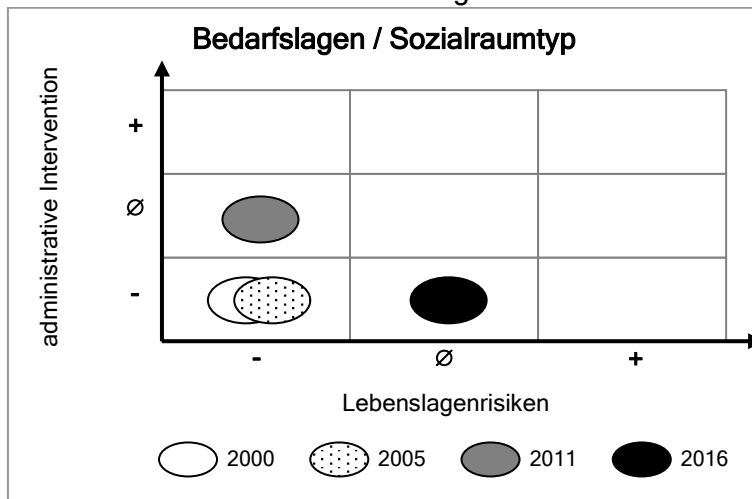
In 2016 lagen die Indikatoren der administrativen Intervention wieder im niedrigen Bereich. Durch die Ausweitung des Indikatorensets der Dimension „riskante Lebenslagen“ liegt das Lebenslagenrisiko mittlerweile wieder sehr knapp nahe an der Kategorie „niedrig“ im mittleren Bereich.

Insgesamt zählt Bierstadt seit 2005 zu den Stadtteilen mit mittlerer sozialer Bedarfslage.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Bierstadt“ wie auch 2011 auf Rang 25 von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.

Abbildung 132:

Bierstadt - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016



Quelle: Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung

Entwicklung der Dynamikindikatoren

Tabelle 95: Bierstadt

Entwicklung Dynamikindikatoren 2005, 2011 - 2016 - überproportionale Abweichungen grau schattiert

	2005	2011	2016	Ver- änderung 2011-2016	WI 2011	WI 2016	Ver- änderung
Administrative Intervention							
Existenzsicherungsquote	7,5%	8,8%	8,5%	-3,4%	12,4%	12,9%	+4,0%
Kinderarmutsquote	15,7%	16,6%	15,3%	-7,9%	23,2%	22,9%	-1,3%
Arbeitslosigkeitsquote	5,6%	3,8%	4,1%	+6,8%	5,4%	5,8%	+7,4%
Riskante Lebenslagen							
Nicht-EU-Staatsangehörige	7,2%	5,8%	8,2%	+40,7%	10,0%	11,1%	+11,0%
Alleinerziehendenquote	26,1%	28,8%	24,4%	-15,3%	23,9%	23,1%	-3,3%
Quote große Familien	8,7%	9,1%	10,2%	+12,4%	11,0%	11,5%	+4,5%
prekäre Wohnraumversorgung (2012)*	+17,8qm	+31,9qm	+27,4qm	-4,6%**	+20,3qm	+19,9qm	-0,1%

* Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

** Die Berechnung der Veränderung bezieht sich nicht auf die qm-Angaben, sondern auf das Versorgungsmaß (Verhältnis IST-SOLL)

Quelle: Hess. Statistisches Landesamt, Amt für Statistik und Stadtforschung, Amt für Soziale Arbeit

Bautätigkeitsstatistik, Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren;
Geschäftsstatistik SGB II und XII, eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Die Entwicklung aller drei Indikatoren verlief günstiger als in der Gesamtstadt.

Der Anteil der Menschen, die existenzsichernde Leistungen beziehen und die Kinderarmutsquote sind zwischen 2011 und 2016 gesunken, liegen nach wie vor deutlich unter dem städtischen Durchschnitt und sind somit in die niedrige Bedarfslagenkategorie einzuordnen.

Der Anteil der Arbeitslosen im SGB II- und III-Bezug an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist schwächer als in der Gesamtstadt gestiegen, liegt nach wie vor niedriger als der städtische Durchschnitt und fällt in die Kategorie niedrige Bedarfslage.

Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Der Anteil der Menschen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit an der Bevölkerung ist zwischen 2011 und 2016 überproportional gestiegen. Im Vergleich zum Stadtdurchschnitt und der Stadtteile untereinander ist er aber nach wie vor niedrig. Der Anstieg erklärt sich durch die Ansiedelung einiger GU für Geflüchtete im Stadtteil.

Der Anteil der Alleinerziehenden an allen Haushalten mit Kindern ist deutlich zurückgegangen. Dies ist eine Auswirkung der Bereinigung der statistischen Verzerrungen durch Herausnahme des Planungsraums (PLR) 123 „Aukamm“, der überwiegend von US-Amerikanern bewohnt wird, bei den Werten für 2016. Die Bedarfslage bezogen auf diesen Indikator ist durchschnittlich, also mittel.

Der Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern ist gegenüber 2011 angestiegen, ist aber nach wie vor geringer als im städtischen Durchschnitt. Es erfolgt nun eine Zuordnung zur Kategorie „mittlere Bedarfslage“.

Die Versorgung mit Wohnraum hat sich - ebenfalls bedingt durch die Herausnahme des PLR 123 in 2016 - überdurchschnittlich verringert. Sie liegt aber immer noch deutlich über dem städtischen Durchschnitt im Bereich der niedrigen Bedarfslage.

Gesamtbewertung

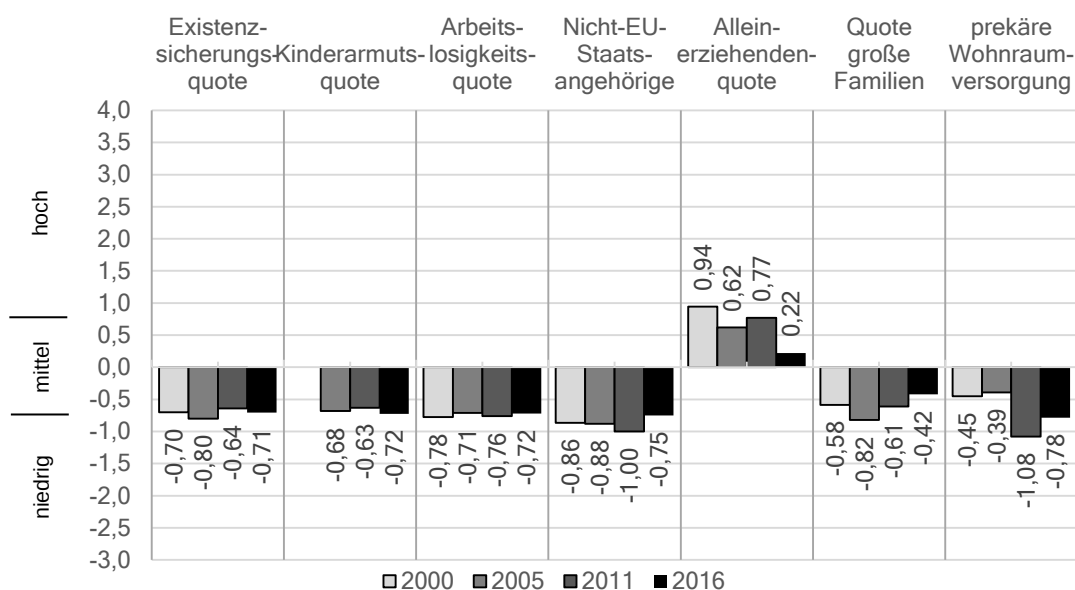
Insgesamt haben sich keine wesentlichen Veränderungen der sozialen Bedarfslagen ergeben. Die Indikatoren liegen, bis auf den Anteil an Alleinerziehenden und dem Anteil der großen Familien, die beide im mittleren Bereich liegen, in der Kategorie niedrige Bedarfslage.

Im Gebiet des sozialen Wohnungsbaus rund um die Schultheißstraße (2017: 1.525 Einwohner) sind die sozialen Problemlagen deutlich stärker ausgeprägt. Das Ausmaß der administrativen Intervention und der riskanten Lebenslagen ist hoch. 2011 lag die Existenzsicherungsquote bei 23,9 %, der Anteil der unter 15-Jährigen mit SGB II bei 36,1 % und der Anteil der Alleinerziehenden bei 39,4 %.

Insgesamt wird der Stadtteil in die Kategorie „stabile Entwicklungstendenzen“ eingeordnet.

Zeitreihe Dynamikindikatoren

Abbildung 133: Bierstadt - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016



Quelle: Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung

Abbildung 134: Werte Statusindikatoren - Bierstadt

Indikator *	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
Administrative Intervention		-0,53	
Existenzsicherungsquote	8,5%	-0,71	12,9%
Arbeitslosigkeitsquote	4,1%	-0,72	5,8%
Quote Hilfen zur Erziehung	3,6%	-0,61	4,3%
Anteil sozialer Wohnungsbau	6,9%	-0,07	6,0%
Lebenslagenrisiko		-0,47	
Prekäre Einkommenslage			
Wohngeldquote	1,0%	-0,64	1,5%
Anteil sv-pflichtig Beschäftigter mit SGB II-Leistungen	1,7%	-0,54	2,2%
Quote Langzeitbezug Transferleistungen	4,8%	-0,57	6,6%
Wohnen			
prekäre Wohnraumversorgung	27,4 qm	-0,78	19,9 qm
Risiko geringe Wohneigentumsquote	69,9%	-0,45	76,3%
Anteil Räumungsklagen und Zwangsräumungen	0,9%	-0,65	1,4%
Bildungsrisiken			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II-Leistungen	53,9%	-1,49	65,7%
Quote Unzureichende Kompetenzen für den Schulstart	11,2%	-0,84	22,1%
Quote Schulbesuch ohne Hochschulreifeoption	35,4%	-1,09	45,7%
Herkunftsbenachteiligung			
Kinderarmutsquote	15,3%	-0,72	22,9%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	9,0%	0,04	8,5%
Anteil langzeitarmer Kinder	9,9%	-0,70	15,2%
Anteil neu zugewanderter Kinder	5,8%	0,34	4,8%
Familien mit Risiken			
Alleinerziehendenquote	24,4%	0,22	23,1%
Quote große Familien	10,2%	-0,42	11,5%
Alte Menschen mit Risiken			
Anteil allein lebender alter Menschen	53,5%	0,47	49,1%
Quote Altersarmut	4,2%	-0,76	7,2%
Risiken soz. Einbindung + Integration			
Quote Wohndauer unter 10 Jahren	49,5%	-0,68	56,7%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	8,2%	-0,75	11,1%
Anteil Neuzugewanderte	2,5%	-0,48	3,6%
Anteil ausl. Bevölkerung mit unsicherem Aufenthaltstatus	3,8%	-0,63	5,3%
Gesundheitliche Risiken			
Rate Vorzeitige Sterblichkeit	2,2	0,85	1,8
Anteil übergewichtiger Kinder bei Schulbeginn	9,5%	-0,39	11,0%
Politische Teilhabe			
Anteil Erwachsene ohne Teilhabe an Wahl	32,6%	-1,00	42,0%
<i>nachrichtlich:</i>			
Anteil Nicht-Wahlberechtigte Bundestagswahl 2017	14,3%	-0,97	21,4%
Quote Nicht-Wahlbeteiligung Bundestagswahl 2017	21,4%	-0,91	26,2%

* ausführliche Beschreibung der Indikatoren Kapitel 3

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

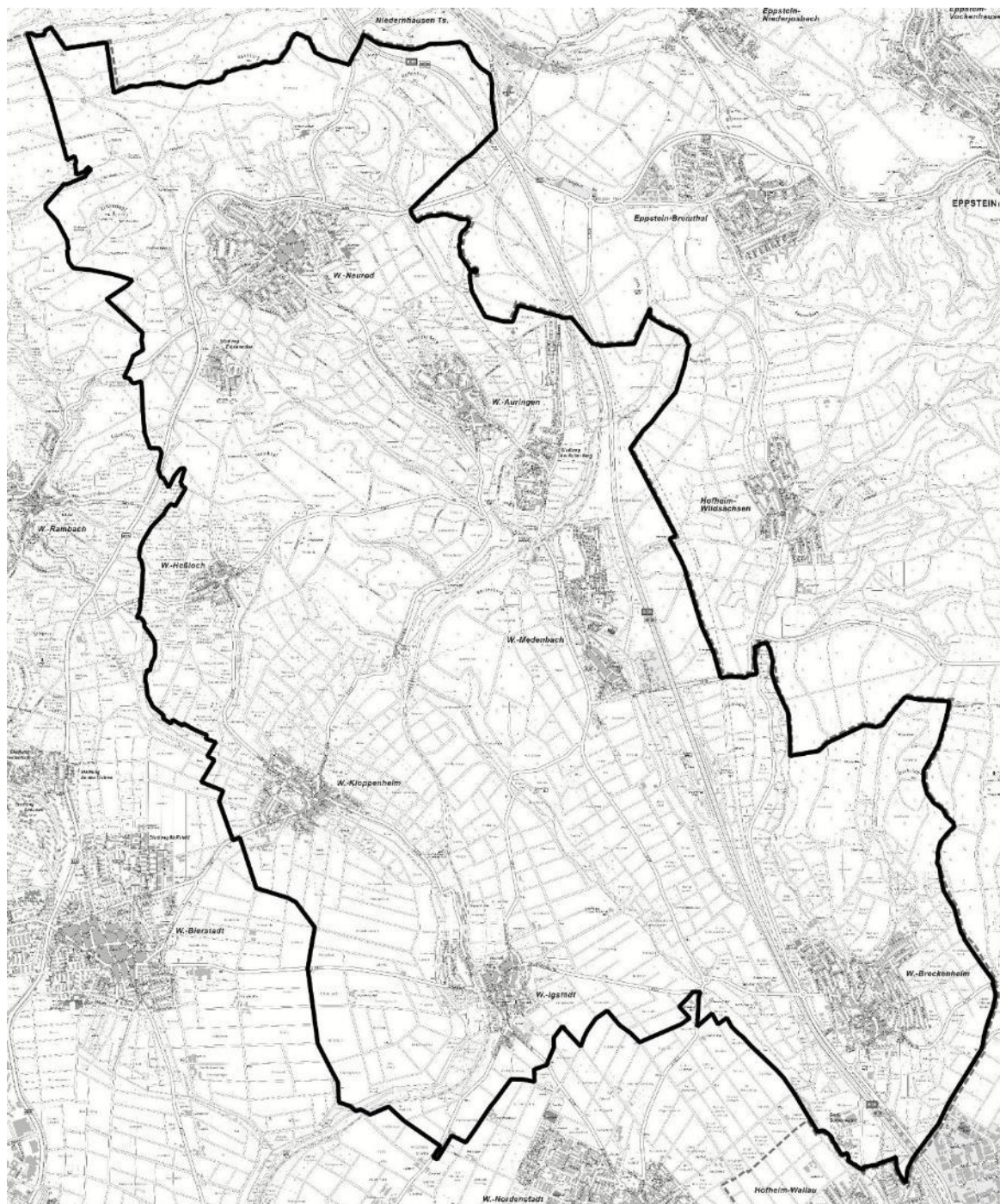
Quelle: Datenquellen der Indikatoren s. Kapitel 3

Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung

8.26 Nordöstliche Vororte

Abbildung 135: Nordöstliche Vororte



Quelle: Vermessungsamt

Grundsatz und Planung

Nordöstliche Vororte

Hessloch, Kloppenheim, Igstadt, Naurod, Auringen, Medenbach, Breckenheim

Im Stadtteil „Nordöstliche Vororte“ werden die Vororte Hessloch, Kloppenheim, Igstadt, Naurod, Auringen, Medenbach und Breckenheim zusammengefasst.

Diese wurden in den 1920er bzw. 1970er Jahren eingemeindet. Gemeinsam ist diesen Vororten - deren dörflicher Ursprungscharakter im Erscheinungsbild der Dorfkerns noch zu erkennen ist - die Entwicklung vom Dorf zur Umlandgemeinde im Ballungsraum. Rund um die Dorfkerns entstanden Neubaugebiete, die mit ihrer überwiegenden Reihenhaus- und Eigenheimbebauung mittlere bis wohlhabende Bevölkerungsschichten, überwiegend Familien, anzieht.

Tabelle 96: Nordöstliche Vororte - Bevölkerungsstruktur

31.12.2017	Zahl	Anteil	Wiesbaden
Altersmedian (Jahre)	48	-	42
Kinder und Jugendliche (0 bis 17 Jahre)	3.163	16,6%	17,0%
Alte Menschen (über 65 Jahre)	4.368	22,9%	19,5%
Durchschnittliche Haushaltsgröße	2,16	-	1,95
Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren	1.987	22,4%	20,1%

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung

Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren; eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Der Altersmedian liegt deutlich über dem städtischen Durchschnitt. Der Anteil alter Menschen, aber auch der Anteil der Haushalte mit Kindern liegt etwas höher als im Durchschnitt der Gesamtstadt.

Entwicklung der Eckwerte

Tabelle 97: Nordöstliche Vororte - Eckwerte 2011 - 2017

	2011	2017	Differenz absolut	Differenz in %
Einwohner	18.819	19.047	+228	+1,2%%
Haushalte	8.597	8.861	+264	+3,1%%
Wohnungen* (2012)	8.856	8.960	+104	+1,2%
Mobilitätsziffer	12,4%	13,3%	-	+7,3%

*Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung,

Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren, eigene Berechnungen

Grundsatz und Planung



Die Werte sind recht stabil.

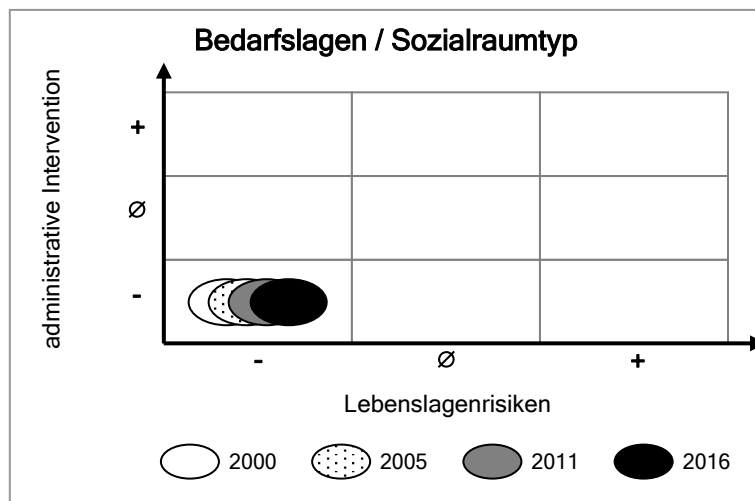
Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2016 (Basis alle Indikatoren)

Der Stadtteil „Nordöstliche Vororte“, der mehrere kleinere Vororte umfasst, weist konstant sehr niedrige Quoten der administrativen Intervention und deutlich unterdurchschnittliche Lebenslagenrisiken auf.

Seit 2000 zählt er zu den Stadtteilen mit niedriger sozialer Bedarfslage.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Nordöstliche Vororte“ auf Rang 33 (2011: Rang 32) von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.

Abbildung 136: Nordöstliche Vororte - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016



Quelle: Eigene Darstellung



Grundsatz und Planung

Entwicklung der Dynamikindikatoren

Tabelle 98: Nordöstliche Vororte -

Entwicklung Dynamikindikatoren 2005, 2011 - 2016 - überproportionale Abweichungen grauschattiert

	2005	2011	2016	Ver- änderung 2011-2016	WI 2011	WI 2016	Ver- änderung
Administrative Intervention							
Existenzsicherungsquote	3,9%	3,4%	3,4%	0,0%	12,4%	12,9%	+4,0%
Kinderarmutsquote	7,7%	6,5%	6,7%	+3,5%	23,2%	22,9%	-1,3%
Arbeitslosigkeitsquote	3,1%	2,4%	2,3%	-6,3%	5,4%	5,8%	+7,4%
Riskante Lebenslagen							
Nicht-EU-Staatsangehörige	2,8%	2,3%	2,9%	+27,4%	10,0%	11,1%	+11,0%
Alleinerziehendenquote	17,4%	18,8%	17,6%	-6,3%	23,9%	23,1%	-3,3%
Quote große Familien	7,7%	7,3%	8,3%	+14,1%	11,0%	11,5%	+4,5%
prekäre Wohnraumversorgung (2012)*	+35,7qm	+43,7qm	+44,1qm	+1,1%**	+20,3qm	+19,9qm	-0,1%

* Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

** Die Berechnung der Veränderung bezieht sich nicht auf die qm-Angaben, sondern auf das Versorgungsmaß (Verhältnis IST-SOLL)

Quelle: Hess. Statistisches Landesamt, Amt für Statistik und Stadtforschung, Amt für Soziale Arbeit

Bautätigkeitsstatistik, Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren;
Geschäftsstatistik SGB II und XII, eigene Darstellung



Grundsatz und Planung

Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Alle drei Indikatoren sind zwischen 2011 und 2016 nahezu unverändert.

Die sehr niedrigen Werte sind stabil geblieben, sodass eine konstant niedrige Bedarfslage vorliegt.

Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Bezogen auf die Indikatoren zur Messung der Entwicklung der Lebenslagenrisiken haben sich zwischen 2011 und 2016 keine wesentlichen Veränderungen im Ausmaß der riskanten Lebenslagen ergeben. Diese liegen nach wie vor deutlich unter dem städtischen Durchschnitt und fallen in die Kategorie der niedrigen Bedarfslage.

Die teilweise erheblich erscheinenden prozentualen Veränderungen in der Entwicklung der Anteilswerte zwischen 2011 und 2016 relativieren und erklären sich, wenn man die niedrigen Anteilswerte betrachtet.

Gesamtbewertung

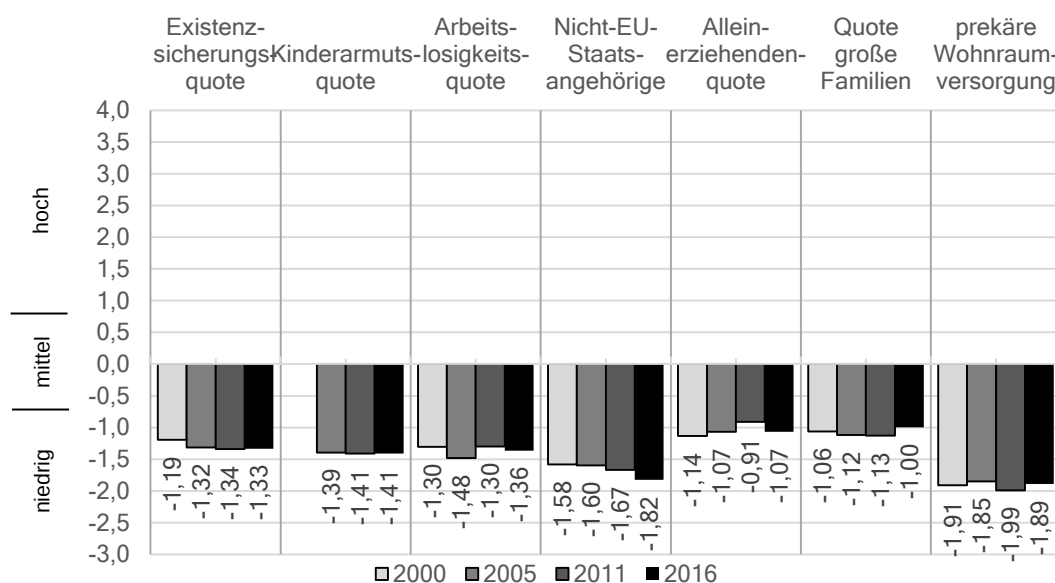
Seit Beginn der Sozialraumb Beobachtung und -typisierung ist die soziale Bedarfslage im Stadtteil „Nordöstliche Vororte“, sowohl bezogen auf das Ausmaß der administrativen Intervention als auch auf den Anteil der riskanten Lebenslagen, sehr niedrig.

Es besteht zwar die leichte Tendenz der weiteren Entfernung vom Stadtdurchschnitt, jedoch ist diese noch nicht so stark bzw. lässt sich ein eventuell zunehmender Wohlstand mit den uns zur Verfügung stehenden Indikatoren nicht messen, als dass eindeutige und belegbare Aufwertungstendenzen zu beschreiben wären.

Es erfolgt somit eine Zuordnung zur Entwicklungskategorie „stabile Entwicklungstendenzen“.

Zeitreihe Dynamikindikatoren

Abbildung 137: Nordöstliche Vororte - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016



Quelle: Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung

Abbildung 138: Werte Statusindikatoren - Nordöstliche Vororte

Indikator *	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
Administrative Intervention		-1,14	
Existenzsicherungsquote	3,4%	-1,33	12,9%
Arbeitslosigkeitsquote	2,3%	-1,36	5,8%
Quote Hilfen zur Erziehung	2,6%	-1,28	4,3%
Anteil sozialer Wohnungsbau	1,7%	-0,60	6,0%
Lebenslagenrisiko		-1,41	
Prekäre Einkommenslage			
Wohngeldquote	0,4%	-1,31	1,5%
Anteil sv-pflichtig Beschäftigter mit SGB II-Leistungen	0,6%	-1,26	2,2%
Quote Langzeitbezug Transferleistungen	1,9%	-1,24	6,6%
Wohnen			
prekäre Wohnraumversorgung	44,2 qm	-1,89	19,9 qm
Risiko geringe Wohneigentumsquote	50,6%	-1,80	76,3%
Anteil Räumungsklagen und Zwangsräumungen	0,4%	-1,22	1,4%
Bildungsrisiken			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II-Leistungen	52,8%	-1,65	65,7%
Quote Unzureichende Kompetenzen für den Schulstart	7,8%	-1,07	22,1%
Quote Schulbesuch ohne Hochschulreifeoption	27,5%	-1,76	45,7%
Herkunftsbenachteiligung			
Kinderarmutsquote	6,7%	-1,41	22,9%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	1,7%	-1,32	8,5%
Anteil langzeitarmer Kinder	3,4%	-1,38	15,2%
Anteil neu zugewanderter Kinder	2,1%	-0,84	4,8%
Familien mit Risiken			
Alleinerziehendenquote	17,6%	-1,07	23,1%
Quote große Familien	8,3%	-1,00	11,5%
Alte Menschen mit Risiken			
Anteil allein lebender alter Menschen	33,9%	-1,95	49,1%
Quote Altersarmut	1,2%	-1,22	7,2%
Risiken soz. Einbindung + Integration			
Quote Wohndauer unter 10 Jahren	41,6%	-1,46	56,7%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	2,9%	-1,82	11,1%
Anteil Neuzugewanderte	1,2%	-1,10	3,6%
Anteil ausl. Bevölkerung mit unsicherem Aufenthaltstatus	1,7%	-1,40	5,3%
Gesundheitliche Risiken			
Rate Vorzeitige Sterblichkeit	1,5	-0,84	1,8
Anteil übergewichtiger Kinder bei Schulbeginn	5,6%	-1,45	11,0%
Politische Teilhabe			
Anteil Erwachsene ohne Teilhabe an Wahl	23,2%	-1,81	42,0%
<i>nachrichtlich:</i>			
Anteil Nicht-Wahlberechtigte Bundestagswahl 2017	7,6%	-1,73	21,4%
Quote Nicht-Wahlbeteiligung Bundestagswahl 2017	16,9%	-1,48	26,2%

* ausführliche Beschreibung der Indikatoren Kapitel 3

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

Quelle: Datenquellen der Indikatoren s. Kapitel 3
Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung

Erbenheim-Hochfeld

Der Stadtteil „Erbenheim-Hochfeld“ zählt zur ersten Generation der Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus. Er entstand in den 1960er Jahren in der Nähe des alten Ortskerns von Erbenheim. Er ist überwiegend gekennzeichnet durch Geschosswohnungsbauten in Zeilenbauweise, einige Punkthäuser und Abstandsgrün zwischen den Gebäuden. Eine wirkliche Wegeverbindung zum Ortskern Erbenheim fehlt.

Der Stadtteil wurde als reines Wohngebiet konzipiert. Einkaufsmöglichkeiten sind nur wenige vorhanden. Eine städtebauliche Mitte der Siedlung mit z. B. Treff-, Aufenthalts- oder Einkaufsgelegenheiten existiert nicht.

Die Wohnungen, von denen sich nur noch ein 1 % in der Sozialbindung befinden, liegen im unteren bis mittleren Mietpreissegment und sind damit für Menschen mit geringem bzw. mittlerem Einkommen interessant.

Tabelle 99: Erbenheim-Hochfeld - Bevölkerungsstruktur

31.12.2017	Zahl	Anteil	Wiesbaden
Altersmedian (Jahre)	36	-	42
Kinder und Jugendliche (0 bis 17 Jahre)	1.043	23,0%	17,0%
Alte Menschen (über 65 Jahre)	655	14,4%	19,5%
Durchschnittliche Haushaltsgröße	2,23	-	1,95
Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren	547	28,4%	20,1%

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung

Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren; eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Das Hochfeld ist durch Familien geprägt. Der Altersmedian, der Anteil der Kinder und Jugendlichen an der Bevölkerung sowie der Anteil an Haushalten mit Kindern liegen deutlich unter dem Durchschnitt der Gesamtstadt. Dies zeigt sich ebenso in der durchschnittlichen Haushaltsgröße, die erheblich über dem städtischen Durchschnitt liegt.

Entwicklung der Eckwerte

Tabelle 100: Erbenheim-Hochfeld - Eckwerte 2011 - 2017

	2011	2017	Differenz absolut	Differenz in %
Einwohner	4.046	4.539	+493	+12,2%
Haushalte	1.854	1.928	+74	+4,0%
Wohnungen* (2012)	1.862	1.871	+9	+0,5%
Mobilitätsziffer	19,6%	23,2%	-	+18,4%

*Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung,

Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren, eigene Berechnungen

Grundsatz und Planung



Die Bevölkerung hat zwischen 2011 und 2017 deutlich zugenommen. Dies ist zum einen auf die Einrichtung einer großen GU in der Berliner Straße zurückzuführen; zum anderen erfolgte aber auch eine Bevölkerungszunahme und Steigerung der Zahl der Haushalte im eigentlichen Siedlungsgebiet. Die Zahl der Wohnungen verblieb jedoch nahezu konstant, sodass eine Erhöhung der Wohndichte im bestehenden Wohnraum festzustellen ist.

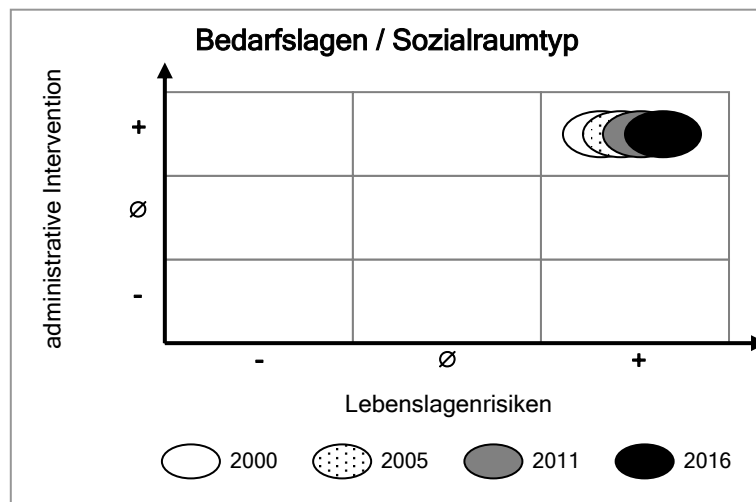
Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2016 (Basis alle Indikatoren)

Der Stadtteil „Erbenheim-Hochfeld“ weist konstant ein hohes Ausmaß an administrativer Intervention und ein hohes Ausmaß riskanter Lebenslagen auf.

Er zählt damit seit 2000 zu den Stadtteilen mit hoher sozialer Bedarfslage.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Erbenheim-Hochfeld“ auf Rang 4 (2011: Rang 5) von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.

Abbildung 140: Erbenheim-Hochfeld - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016



Quelle: Eigene Darstellung

Entwicklung der Dynamikindikatoren

Tabelle 101: Erbenheim-Hochfeld -

Entwicklung Dynamikindikatoren 2005, 2011 - 2016 - überproportionale Abweichungen grau schattiert

	2005	2011	2016	Ver- änderung 2011-2016	WI 2011	WI 2016	Ver- änderung
Administrative Intervention							
Existenzsicherungsquote	20,2%	23,8%	26,8%	+12,6%	12,4%	12,9%	+4,0%
Kinderarmutsquote	34,8%	40,1%	41,0%	+2,2%	23,2%	22,9%	-1,3%
Arbeitslosigkeitsquote	10,6%	9,1%	9,5%	+4,7%	5,4%	5,8%	+7,4%
Riskante Lebenslagen							
Nicht-EU-Staatsangehörige	18,0%	18,4%	19,3%	+4,6%	10,0%	11,1%	+11,0%
Alleinerziehendenquote	23,3%	25,0%	21,0%	-16,2%	23,9%	23,1%	-3,3%
Quote große Familien	14,9%	16,5%	13,7%	-17,2%	11,0%	11,5%	+4,5%
prekäre Wohnraumversorgung (2012)*	+6,6qm	+8,7qm	+6,8qm	-2,6%**	+20,3qm	+19,9qm	-0,1%

* Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

** Die Berechnung der Veränderung bezieht sich nicht auf die qm-Angebaben, sondern auf das Versorgungsmaß (Verhältnis IST-SOLL)

Quelle: Hess. Statistisches Landesamt, Amt für Statistik und Stadtforschung, Amt für Soziale Arbeit

Bautätigkeitsstatistik, Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren;
Geschäftsstatistik SGB II und XII, eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Die Abhängigkeit von existenzsichernden Leistungen ist in beiden zugrunde gelegten Indikatoren (Existenzsicherungsquote, Kinderarmutsquote) stärker als im städtischen Durchschnitt bzw. gegenläufig zur städtischen Entwicklung gestiegen. Insbesondere die Existenzsicherungsquote zeigt eine erhebliche Steigerung sowohl des Anteils als auch der Anzahl der betroffenen Personen. Existenzsicherungs- und Kinderarmutsquote liegen nach wie vor deutlich über dem städtischen Durchschnitt. Sie sind im Vergleich der Stadtteile untereinander und im Vergleich zum Mittelwert der Stadt sehr hoch und haben sich seit 2005 kontinuierlich weiter in der Position verschlechtert.

Der Anteil der Arbeitslosen im SGB II- und III-Bezug an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist zwischen 2011 und 2016 geringer als in der gesamtstädtischen Entwicklung gestiegen. Der Wert liegt aber auch 2016 deutlich über dem städtischen Durchschnitt und im hohen Bedarfslagenbereich.

Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Der Anteil der Menschen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit ist zwischen 2011 und 2016 schwächer als in der Gesamtstadt angestiegen, liegt jedoch nach wie vor im Bereich der hohen Bedarfslagen. Weiter ist zu beachten, dass sich in 2017 der Anteilswert - mit Bezug der GU - nochmals erhöht hat und bei 22,9 % liegt.

Der Anteil der Alleinerziehenden an allen Haushalten mit Kindern ist deutlich gesunken und liegt unter dem städtischen Durchschnitt. Die Anzahl der Haushalte dieses Familientyps ist um 12 Haushalte auf 115 Haushalte gesunken. Bezogen auf diesen Indikator war bereits 2011 eine durchschnittliche Belastung gegeben, die sich 2016 weiter entspannt hat und nahe an der Kategorisierung „niedrige Bedarfslage“ liegt.

Ebenso deutlich ist der Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern gesunken, während er in der gesamtstädtischen Entwicklung leicht angestiegen ist. Jedoch liegt der Anteil der großen Familien 2016 immer noch, wenn auch nicht so stark wie 2011, im hohen Bedarfslagenbereich.

Die ohnehin knappe Versorgung mit Wohnraum hat sich zwischen 2011 und 2016, bedingt durch das Ansteigen der Bevölkerung bei gleichbleibendem Wohnungsbestand, nochmals verschärft. Die statistisch pro Haushalt zur Verfügung stehende Wohnfläche, bezogen auf die Vorgaben des sozialen Wohnungsbaus, ist gesunken. Es liegt auch in diesem Indikator eine hohe Bedarfslage vor.

Gesamtbewertung

Die sozialen Bedarfslagen sind auch in 2016 - sowohl bezogen auf das Ausmaß der administrativen Intervention als auch des Lebenslagenrisikos - hoch.

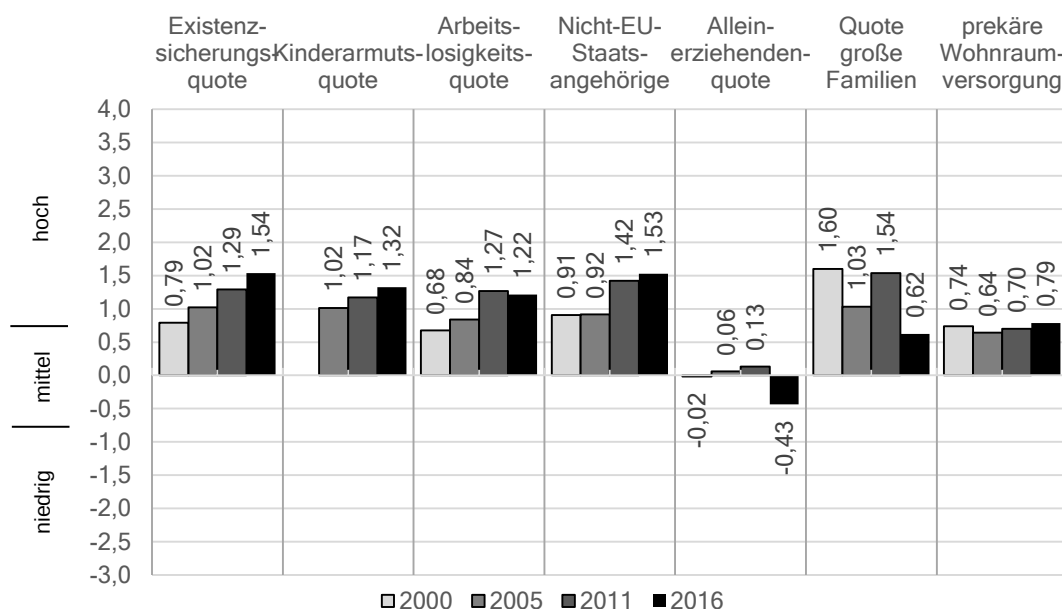
Die zwischen 2005 und 2011 erfolgte Verschärfung der Problemlagen, setzte sich zwischen 2011 und 2016 nicht weiter fort. In den Indikatoren, die sich auf riskante Familienkonstellationen beziehen (Alleinerziehendenquote und Quote großer Familien) verlief die Entwicklung positiver als in der Gesamtstadt. Die Existenzsicherungsquote stieg jedoch überdurchschnittlich stark an.

Gemäß des von uns festgelegten Bewertungsrasters zur Kategorisierung der Entwicklung der Stadtteile (vgl. 5.1.1) eine Zuordnung in die Kategorie „positive Entwicklungstendenzen“.

Aufgrund der insgesamt sehr hohen sozialen Bedarfslage in Erbenheim-Hochfeld muss und wird der Stadtteil, gemäß der bewährten Praxis der Sozialverwaltung, weiterhin prioritär und umfassend mit Maßnahmen und Angeboten zur Verbesserung der Teilhabechancen der Bevölkerung ausgestattet werden.

Zeitreihe Dynamikindikatoren

Abbildung 141: Erbenheim-Hochfeld - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016



Quelle: Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung

Abbildung 142: Werte Statusindikatoren - Erbenheim-Hochfeld

Indikator *	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
Administrative Intervention		1,09	
Existenzsicherungsquote	26,8%	1,54	12,9%
Arbeitslosigkeitsquote	9,5%	1,22	5,8%
Quote Hilfen zur Erziehung	8,0%	2,30	4,3%
Anteil sozialer Wohnungsbau	1,0%	-0,68	6,0%
Lebenslagenrisiko		0,87	
Prekäre Einkommenslage			
Wohngeldquote	2,4%	1,00	1,5%
Anteil sv-pflichtig Beschäftigter mit SGB II-Leistungen	5,3%	1,90	2,2%
Quote Langzeitbezug Transferleistungen	13,8%	1,52	6,6%
Wohnen			
prekäre Wohnraumversorgung	6,8 qm	0,79	19,9 qm
Risiko geringe Wohneigentumsquote	89,3%	0,90	76,3%
Anteil Räumungsklagen und Zwangsräumungen	4,9%	3,92	1,4%
Bildungsrisiken			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II-Leistungen	69,7%	0,87	65,7%
Quote Unzureichende Kompetenzen für den Schulstart	23,2%	-0,02	22,1%
Quote Schulbesuch ohne Hochschulreifeoption	62,6%	1,24	45,7%
Herkunftsbenachteiligung			
Kinderarmutsquote	41,0%	1,32	22,9%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	15,0%	1,17	8,5%
Anteil langzeitarmer Kinder	28,3%	1,21	15,2%
Anteil neu zugewanderter Kinder	3,7%	-0,33	4,8%
Familien mit Risiken			
Alleinerziehendenquote	21,0%	-0,43	23,1%
Quote große Familien	13,7%	0,62	11,5%
Alte Menschen mit Risiken			
Anteil allein lebender alter Menschen	53,0%	0,40	49,1%
Quote Altersarmut	16,5%	1,15	7,2%
Risiken soz. Einbindung + Integration			
Quote Wohndauer unter 10 Jahren	52,2%	-0,41	56,7%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	19,3%	1,53	11,1%
Anteil Neuzugewanderte	3,1%	-0,19	3,6%
Anteil ausl. Bevölkerung mit unsicherem Aufenthaltstatus	11,2%	2,00	5,3%
Gesundheitliche Risiken			
Rate Vorzeitige Sterblichkeit	2,3	1,07	1,8
Anteil übergewichtiger Kinder bei Schulbeginn	7,8%	-0,85	11,0%
Politische Teilhabe			
Anteil Erwachsene ohne Teilhabe an Wahl	58,6%	1,24	42,0%
<i>nachrichtlich:</i>			
Anteil Nicht-Wahlberechtigte Bundestagswahl 2017	32,3%	1,08	21,4%
Quote Nicht-Wahlbeteiligung Bundestagswahl 2017	38,9%	1,34	26,2%

* ausführliche Beschreibung der Indikatoren Kapitel 3

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

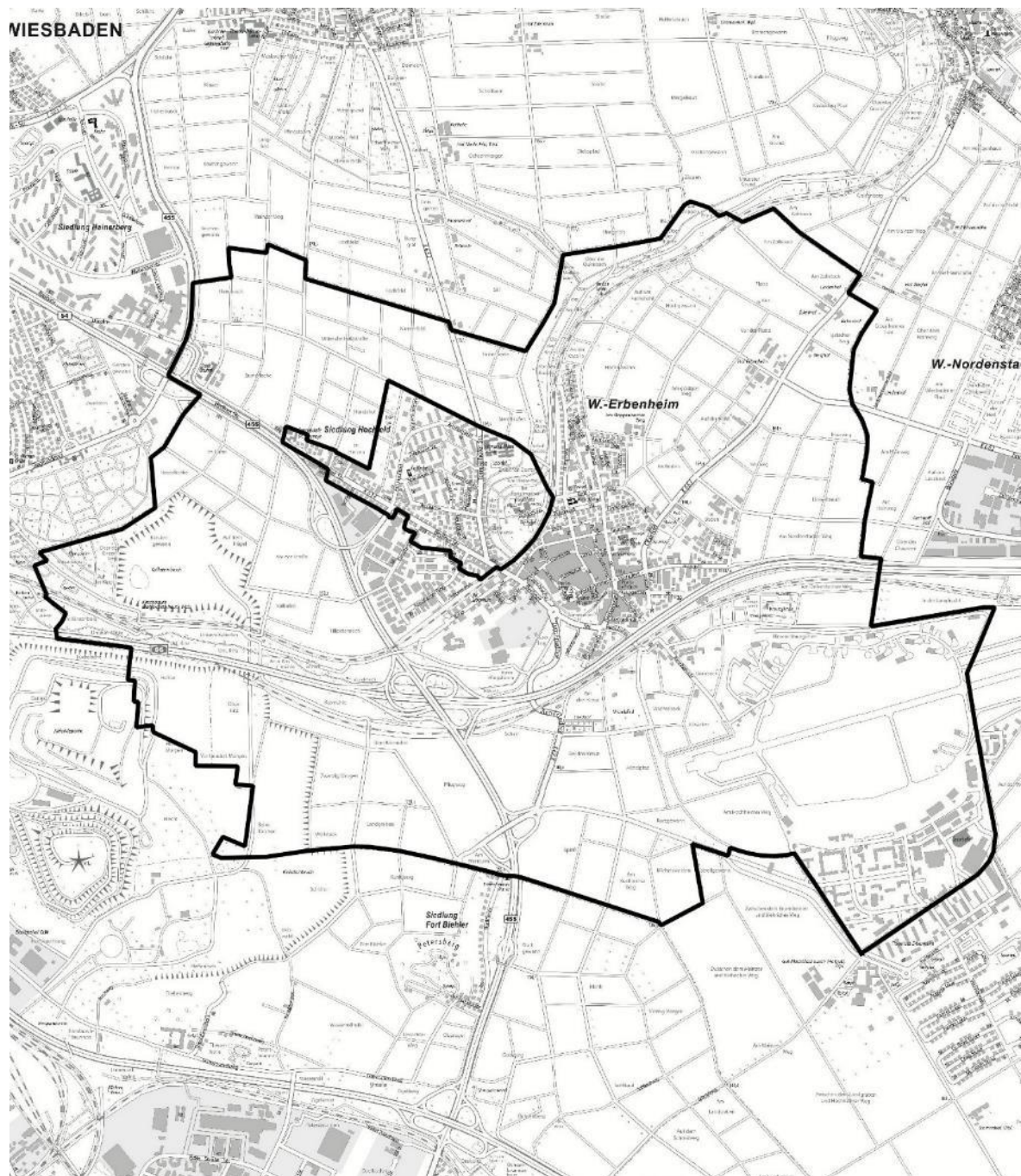
> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

Quelle: Datenquellen der Indikatoren s. Kapitel 3
Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung

8.28 Erbenheim (ohne Hochfeld)

Abbildung 143: Erbenheim (ohne Hochfeld)



Quelle: Vermessungsamt

Grundsatz und Planung

Erbenheim (ohne Hochfeld)

Der Stadtteil „Erbenheim (ohne Hochfeld)“ umfasst den alten Ortskern, des in den 1920er Jahren eingemeindeten Dorfes Erbenheim, sowie die daran angrenzenden Neubaugebiete und das Gewerbegebiet Kreuzberger Ring.

Im Erscheinungsbild des alten Ortskerns ist der ursprünglich dörfliche Charakter noch erkennbar, es sind jedoch auch einige moderne Wohnhäuser im Rahmen von Nachverdichtungsmaßnahmen entstanden.

Rund um den Ortskern entstanden einige kleinere Wohngebiete mit überwiegend Reihen- und Einfamilienhausbebauung.

Zahlreiche Einzelhandels-, Handwerks-, Landwirtschafts- und Gastronomiebetriebe sind vorhanden.

Im großen Gewerbegebiet Kreuzberger Ring sind zahlreiche Büro- und Verwaltungsgebäude, sowie Dienstleistungsunternehmen angesiedelt.

Erbenheim liegt inmitten von Feldern, die ein beliebtes Naherholungsgebiet sind und verfügt über eine gute Anbindung an die Autobahn.

Tabelle 102: Erbenheim (ohne Hochfeld) - Bevölkerungsstruktur

31.12.2017	Zahl	Anteil	Wiesbaden
Altersmedian (Jahre)	42	-	42
Kinder und Jugendliche (0 bis 17 Jahre)	951	17,1%	17,0%
Alte Menschen (über 65 Jahre)	966	17,4%	19,5%
Durchschnittliche Haushaltsgröße	1,99	-	1,95
Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren	579	21,2%	20,1%

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung
Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren; eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Die Bevölkerungsstruktur entspricht dem Wiesbadener Durchschnitt.

Veränderung der Eckwerte

Tabelle 103: Erbenheim (ohne Hochfeld) - Eckwerte 2011 - 2017

	2011	2017	Differenz absolut	Differenz in %
Einwohner	5.332	5.558	+226	+4,2%
Haushalte	2.627	2.732	+105	+4,0%
Wohnungen* (2012)	2.502	2.572	+70	+2,8%
Mobilitätsziffer	25,1%	21,8%	-	+12%

*Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung,
Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren, eigene Berechnungen

Grundsatz und Planung



Bevölkerungszahl, die Zahl der Haushalte und auch die Zahl der Wohnungen hat durch einige kleinere Nachverdichtungs- und Neubaumaßnahmen zugenommen.

In den nächsten Jahren wird das Neubaugebiet „Erbenheim-Süd“ mit insgesamt 450 Wohneinheiten unterschiedlicher Siedlungsformen sowie zwei Kindertagesstätten und einer temporären Grundschule realisiert werden.

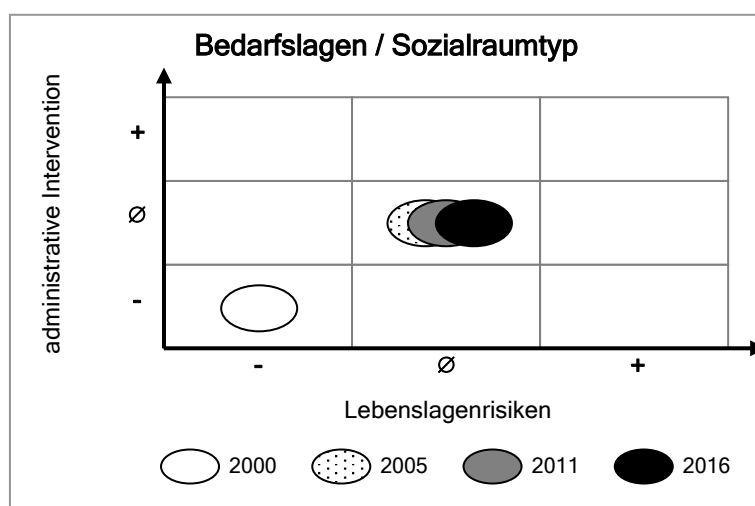
Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2016 (Basis alle Indikatoren)

Der Stadtteil „Erbenheim (ohne Hochfeld)“ weist seit Beginn der Sozialraumbeobachtung und -typisierung eine niedrige bzw. mittlere soziale Bedarfslage auf.

Seit 2000 lag das Ausmaß der administrativen Intervention und des Lebenslagenrisikos im durchschnittlichen Bereich.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Erbenheim (ohne Hochfeld)“ auf Rang 18 (2011: Rang 21) von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.

Abbildung 144: Erbenheim (ohne Hochfeld) - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016



Quelle: Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Entwicklung der Dynamikindikatoren

Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Die Existenzsicherungsquote ist zwischen 2011 und 2016 leicht gesunken, während sie im städtischen Durchschnitt angestiegen ist. Jedoch ist die Zahl der betroffenen Personen leicht angestiegen. Diese gegenläufige Entwicklung erklärt sich durch den Anstieg der Bevölkerung. In 2011 lag der Anteilswert in diesem Indikator noch knapp im mittleren Bereich. Durch die weitere Verbesserung fällt er nun knapp in der Kategorie der niedrigen Bedarfslage.

Der Anteil der Kinder, die Leistungen nach dem SGB II beziehen ist zwischen 2011 und 2016 etwas stärker als in der Gesamtstadt gesunken. Er liegt in beiden Jahren unterhalb des Wertes der Gesamtstadt in der Kategorie der niedrigen Bedarfslage.

Die Arbeitslosigkeitsquote ist zwischen 2011 und 2016 marginal angestiegen. Sie liegt unterhalb des städtischen Durchschnitts und fällt - wie auch bereits 2011 - in die Kategorie der niedrigen Bedarfslage.

Alle drei Indikatoren haben sich positiver als in der Gesamtstadt entwickelt. Damit wurde die im Zeitraum 2005 - 2011 festgestellte positive Entwicklungstendenz weiter fortgesetzt.

Tabelle 104: Erbenheim (ohne Hochfeld) -

Entwicklung Dynamikindikatoren 2005, 2011 - 2016 - überproportionale Abweichungen grau schattiert

	2005	2011	2016	Ver- änderung 2011-2016	WI 2011	WI 2016	Ver- änderung
Administrative Intervention							
Existenzsicherungsquote	11,8%	10,2%	9,9%	-2,9%	12,4%	12,9%	+4,0%
Kinderarmutsquote	18,1%	17,8%	16,7%	-6,2%	23,2%	22,9%	-1,3%
Arbeitslosenquote	6,7%	3,9%	4,1%	+6,2%	5,4%	5,8%	+7,4%
Risikante Lebenslagen							
Nicht-EU-Staatsangehörige	9,8%	7,4%	9,0%	+21,2%	10,0%	11,1%	+11,0%
Alleinerziehendenquote	21,9%	22,9%	22,6%	-1,4%	23,9%	23,1%	-3,3%
Quote große Familien	9,3%	8,4%	10,2%	+21,1%	11,0%	11,5%	+4,5%
prekäre Wohnraumversorgung (2012)*	+11,9qm	+20,0qm	+18,8qm	-1,2%**	+20,3qm	+19,9qm	-0,1%

* Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

** Die Berechnung der Veränderung bezieht sich nicht auf die qm-Angebote, sondern auf das Versorgungsmaß (Verhältnis IST-SOLL)

Quelle: Hess. Statistisches Landesamt, Amt für Statistik und Stadtforschung, Amt für Soziale Arbeit

Bautätigkeitsstatistik, Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren; Geschäftsstatistik SGB II und XII, eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Der Anteil der Menschen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit ist zwischen 2011 und 2016 stärker als in der Gesamtstadt gestiegen, liegt aber immer noch deutlich unter dem Durchschnittswert der Gesamtstadt. Bezogen auf diesen Indikator liegt im Vergleich der Stadtteile untereinander und zum Mittelwert der Gesamtstadt eine unterdurchschnittliche Belastung und somit eine niedrige Bedarfslage vor.

Der Anteil der Alleinerziehenden an allen Haushalten mit Kindern ist, analog der gesamtstädtischen Entwicklung, leicht gesunken und liegt seit 2005 konstant im mittleren Bereich.

Der Anteil an Familien mit drei und mehr Kindern ist stärker als in der Gesamtstadt angestiegen, liegt aber immer noch unter dem städtischen Durchschnitt. Bezogen auf diesen Indikator erfolgt 2016 eine Zuordnung zur Kategorie der mittleren (durchschnittlichen) Bedarfslage.

Die ausreichende Versorgung mit Wohnraum liegt seit 2005 im mittleren Bereich. Sie ist zwischen 2011 und 2016 leicht gesunken.

Gesamtbewertung

Die Entwicklungs-Indikatoren im Bereich „administrative Intervention“ liegen alle stabil im Bereich der niedrigen Bedarfslage. Die in 2005 begonnene positive Entwicklung wurde im Zeitraum 2011-2016 fortgesetzt.

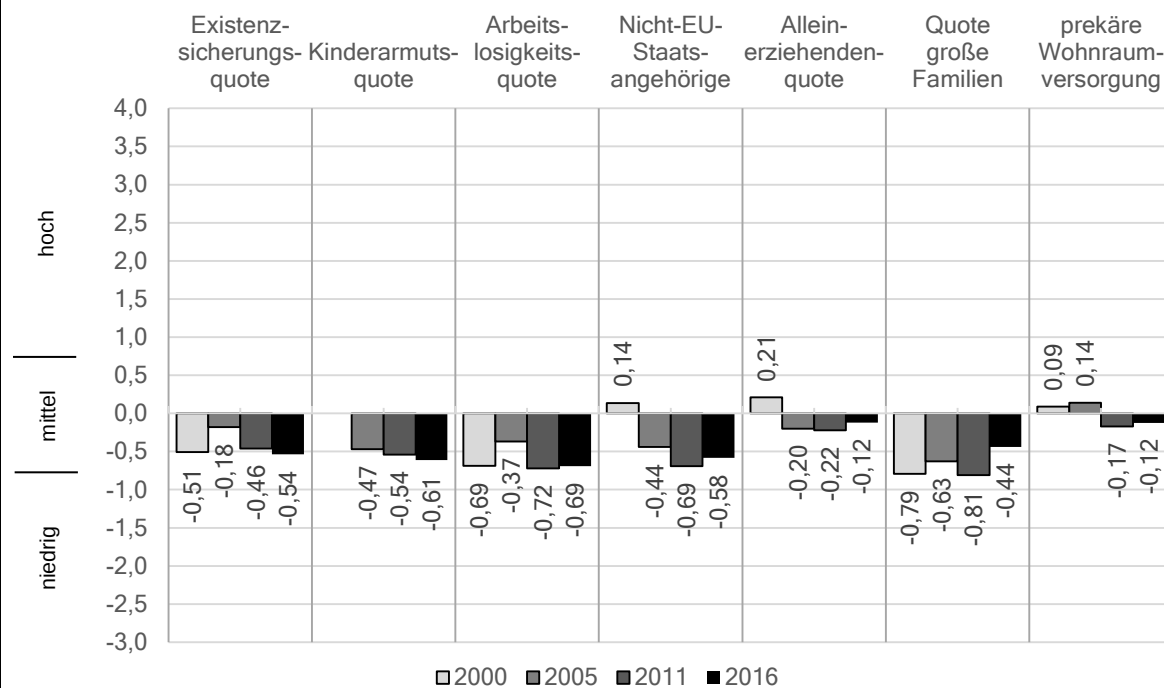
Drei der vier Entwicklungs-Indikatoren der „riskanten Lebenslage“ zeigen zwar eine etwas ungünstigere Entwicklung als in der Gesamtstadt, jedoch liegen die Anteilswerte - mit Ausnahme des Indikators unzureichende Wohnraumversorgung - unterhalb der Durchschnittswerte der Stadt.

In allen Indikatoren gab es keine auffälligen Veränderungen, weder in die eine noch die andere Richtung.

Der Stadtteil wird somit in die Kategorie „stabile Entwicklungstendenzen“ eingeordnet.

Zeitreihe Dynamikindikatoren

Abbildung 145: Erbenheim (ohne Hochfeld) - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016



Quelle: Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Abbildung 146: Werte Statusindikatoren - Erbenheim (ohne Hochfeld)

Indikator *	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
Administrative Intervention		0,01	
Existenzsicherungsquote	9,9%	-0,54	12,9%
Arbeitslosigkeitsquote	4,1%	-0,69	5,8%
Quote Hilfen zur Erziehung	5,5%	0,65	4,3%
Anteil sozialer Wohnungsbau	13,3%	0,60	6,0%
Lebenslagenrisiko		-0,13	
Prekäre Einkommenslage			
Wohngeldquote	1,3%	-0,35	1,5%
Anteil sv-pflichtig Beschäftigter mit SGB II-Leistungen	1,7%	-0,52	2,2%
Quote Langzeitbezug Transferleistungen	4,6%	-0,62	6,6%
Wohnen			
prekäre Wohnraumversorgung	18,7 qm	-0,12	19,9 qm
Risiko geringe Wohneigentumsquote	73,1%	-0,23	76,3%
Anteil Räumungsklagen und Zwangsräumungen	1,3%	-0,20	1,4%
Bildungsrisiken			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II-Leistungen	63,3%	-0,08	65,7%
Quote Unzureichende Kompetenzen für den Schulstart	15,5%	-0,55	22,1%
Quote Schulbesuch ohne Hochschulreifeoption	44,1%	-0,34	45,7%
Herkunftsbenachteiligung			
Kinderarmutsquote	16,7%	-0,61	22,9%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	12,4%	0,68	8,5%
Anteil langzeitarmer Kinder	7,8%	-0,93	15,2%
Anteil neu zugewanderter Kinder	7,0%	0,74	4,8%
Familien mit Risiken			
Alleinerziehendenquote	22,6%	-0,12	23,1%
Quote große Familien	10,2%	-0,44	11,5%
Alte Menschen mit Risiken			
Anteil allein lebender alter Menschen	47,8%	-0,23	49,1%
Quote Altersarmut	5,8%	-0,51	7,2%
Risiken soz. Einbindung + Integration			
Quote Wohndauer unter 10 Jahren	55,6%	-0,07	56,7%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	9,0%	-0,58	11,1%
Anteil Neuzugewanderte	5,1%	0,75	3,6%
Anteil ausl. Bevölkerung mit unsicherem Aufenthaltstatus	3,8%	-0,63	5,3%
Gesundheitliche Risiken			
Rate Vorzeitige Sterblichkeit	2,5	1,39	1,8
Anteil übergewichtiger Kinder bei Schulbeginn	12,9%	0,53	11,0%
Politische Teilhabe			
Anteil Erwachsene ohne Teilhabe an Wahl	40,6%	-0,32	42,0%
<i>nachrichtlich:</i>			
Anteil Nicht-Wahlberechtigte Bundestagswahl 2017	20,0%	-0,32	21,4%
Quote Nicht-Wahlbeteiligung Bundestagswahl 2017	25,7%	-0,36	26,2%

* ausführliche Beschreibung der Indikatoren Kapitel 3

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist::

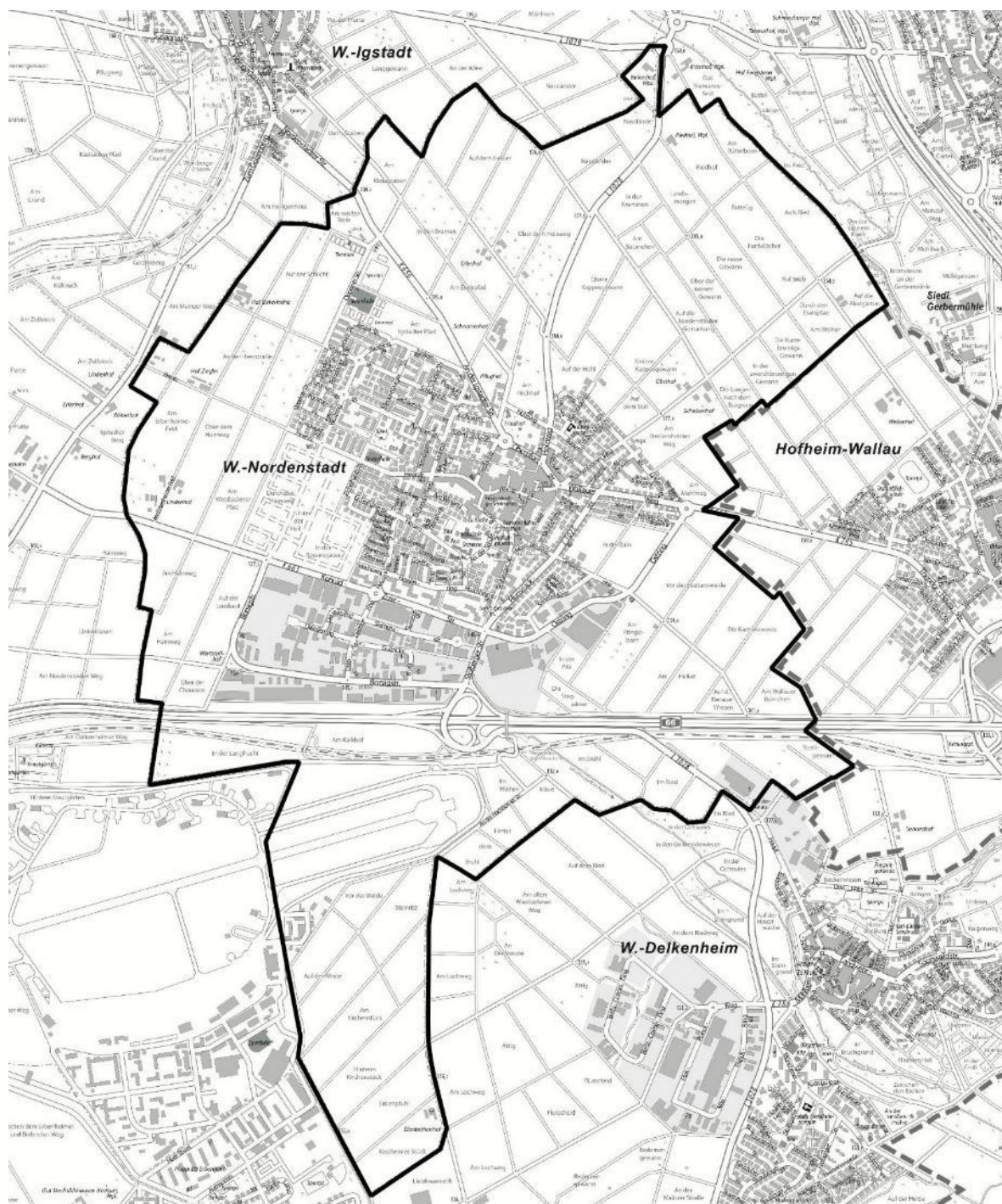
> 0,5:	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

Quelle: Datenquellen der Indikatoren s. Kapitel 3
Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung

8.29 Nordenstadt

Abbildung 147: Nordenstadt



Quelle: Vermessungsamt

Grundsatz und Planung

Nordenstadt

Der Stadtteil „Nordenstadt“ zählt zu den in den 1970er Jahren nach Wiesbaden eingemeindeten Umlandgemeinden. Der ursprünglich dörfliche Charakter hat sich durch Nachverdichtungen und Modernisierungen im alten Dorfkern, der Errichtung großer Neubaugebiete und dem großen Gewerbegebiet zu einer typischen Umlandgemeinde im Ballungsraum entwickelt.

Nahezu 90 % der Wohngebäude Nordenstadts sind Ein- bzw. Zweifamilienhäuser. In den Neubaugebieten dominieren Reihenhäuser und andere Eigenheimformen.

Nordenstadt liegt inmitten von Feldern und verfügt über eine gute Autobahnanbindung in das Rhein-Main-Gebiet.

In den nächsten Jahren erfolgt eine größere Erweiterung des Stadtteils Nordenstadt mit dem Neubau des Wohngebietes „Hainweg“. Es entstehen ca. 650 Wohneinheiten überwiegend als Reihen- oder Doppelhäuser.

Tabelle 105: Nordenstadt - Bevölkerungsstruktur

31.12.2017	Zahl	Anteil	Wiesbaden
Altersmedian (Jahre)	48	-	42
Kinder und Jugendliche (0 bis 17 Jahre)	1.288	16,3%	17,0%
Alte Menschen (über 65 Jahre)	2.048	26,0%	19,5%
Durchschnittliche Haushaltsgröße	2,11	-	1,95
Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren	793	21,2%	20,1%

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung
Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren; eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Der Stadtteil Nordenstadt weist einen erheblich über dem Stadtdurchschnitt liegenden Anteil an alten Menschen auf. Auch der Altersmedian liegt deutlich über dem Wert der Gesamtstadt. Gleichzeitig liegen der Anteil der Kinder und Jugendlichen an der Bevölkerung und auch der Anteil der Haushalte mit Kindern an allen Haushalten im durchschnittlichen Bereich.

Entwicklung der Eckwerte

Tabelle 106: Nordenstadt - Eckwerte 2011 - 2017

	2011	2017	Differenz absolut	Differenz in %
Einwohner	7.868	7.886	+18	+0,2%
Haushalte	3.639	3.740	+101	+2,8%
Wohnungen* (2012)	3.439	3.485	+46	+1,3%
Mobilitätsziffer	14,3%	13,9%	-	-2,8%

*Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung,
Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren, eigene Berechnungen

Grundsatz und Planung



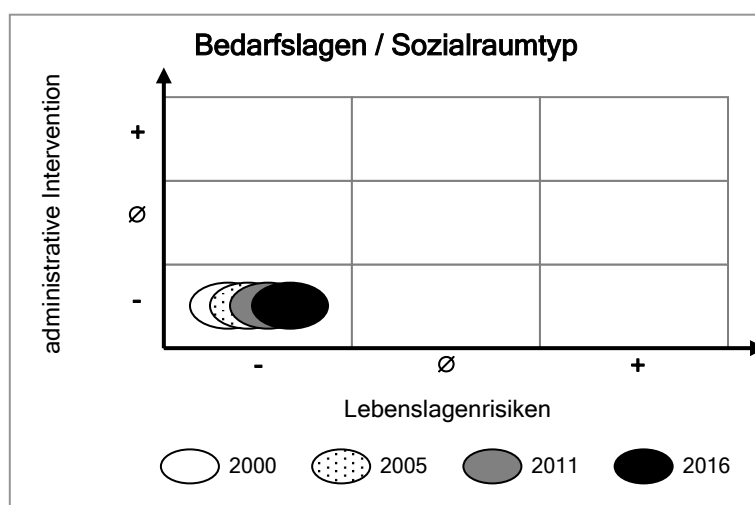
Die Werte weisen relativ geringe Veränderungen auf.

Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2016 (Basis alle Indikatoren)

Der Stadtteil „Nordenstadt“ weist konstant eine niedrige soziale Bedarfslage auf, sowohl bezogen auf das Ausmaß der administrativen Intervention als auch bezüglich des Lebenslagenrisikos. Er zählt seit Beginn der Sozialraumbeobachtung und -typisierung, zu den Stadtteilen mit niedriger sozialer Bedarfslage.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Nordenstadt“ - wie auch bereits in 2011 - auf Rang 31 von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.

Abbildung 148: Nordenstadt - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016



Quelle: Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Entwicklung der Dynamikindikatoren

Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Alle drei Indikatoren weisen in beiden Vergleichsjahren deutlich geringere Werte als der städtische Durchschnitt auf. Im Zeitraum zwischen 2011 und 2016 haben sie sich nur marginal verändert.

Alle drei Indikatoren liegen somit konstant im Bereich der niedrigen Bedarfslage.

Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Auch die vier Indikatoren zur Bestimmung der Lebenslagenrisiken weisen deutlich unterdurchschnittliche Werte auf, liegen also im Bereich der niedrigen sozialen Bedarfslage.

Der Anteil der Menschen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit lag 2011 erheblich unter dem Stadtdurchschnitt und ist bis 2016 noch etwas gesunken, während er in der Gesamtstadt angestiegen ist.

Der Anteil der Alleinerziehenden ist im Beobachtungszeitraum leicht angestiegen, liegt aber immer noch deutlich unter den Werten der Gesamtstadt. Der Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern an allen Haushalten mit Kindern ist marginal gesunken.

Die ausreichende Versorgung mit Wohnraum, die in 2005 und 2011 weit besser als im Wiesbadener Durchschnitt war, hat sich geringfügig weiter verbessert.

Tabelle 107: Nordenstadt -

Entwicklung Dynamikindikatoren 2005, 2011 - 2016 - überproportionale Abweichungen grau schattiert

	2005	2011	2016	Ver- änderung 2011-2016	WI 2011	WI 2016	Ver- änderung
Administrative Intervention							
Existenzsicherungsquote	5,8%	5,6%	5,7%	+1,8%	12,4%	12,9%	+4,0%
Kinderarmutsquote	10,8%	9,9%	10,3%	+3,9%	23,2%	22,9%	-1,3%
Arbeitslosigkeitsquote	4,1%	2,9%	3,0%	+1,7%	5,4%	5,8%	+7,4%
Riskante Lebenslagen							
Nicht-EU-Staatsangehörige	7,0%	5,8%	5,4%	-7,1%	10,0%	11,1%	+11,0%
Alleinerziehendenquote	17,0%	17,0%	18,4%	+8,2%	23,9%	23,1%	-3,3%
Quote große Familien	9,4%	9,4%	9,0%	-4,1%	11,0%	11,5%	+4,5%
prekäre Wohnraumversorgung (2012)*	+28,9qm	+33,0qm	+33,4qm	+1,1%**	+20,3qm	+19,9qm	-0,1%

* Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

** Die Berechnung der Veränderung bezieht sich nicht auf die qm-Angaben, sondern auf das Versorgungsmaß (Verhältnis IST-SOLL)

Quelle: Hess. Statistisches Landesamt, Amt für Statistik und Stadtforschung, Amt für Soziale Arbeit

Bautätigkeitsstatistik, Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren;
Geschäftsstatistik SGB II und XII, eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Gesamtbewertung

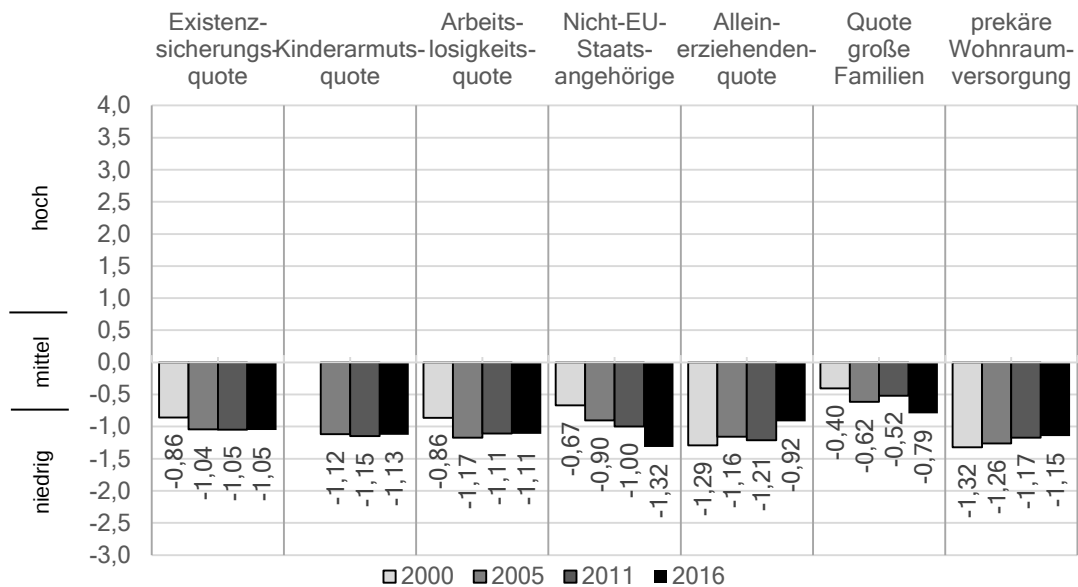
Die Indikatoren zeigen nur sehr geringe Veränderungen sowohl bezogen auf das Ausmaß an administrativer Intervention als auch der Entwicklung des Lebenslagenrisikos. Die Werte liegen konstant deutlich unterhalb des städtischen Durchschnitts.

Der Stadtteil Nordenstadt liegt stabil im niedrigen Bedarfslagenbereich und zeigt nur geringste Veränderungen.

Es erfolgt somit eine Zuordnung in die Kategorie „stabile Entwicklungstendenzen“

Zeitreihe Dynamikindikatoren

Abbildung 149: Nordenstadt - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016



Quelle: Eigene Darstellung



Grundsatz und Planung

Abbildung 150: Werte Statusindikatoren - Nordenstadt

Indikator *	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
Administrative Intervention		-0,92	
Existenzsicherungsquote	5,7%	-1,05	12,9%
Arbeitslosigkeitsquote	3,0%	-1,11	5,8%
Quote Hilfen zur Erziehung	2,8%	-1,13	4,3%
Anteil sozialer Wohnungsbau	4,0%	-0,37	6,0%
Lebenslagenrisiko		-1,07	
Prekäre Einkommenslage			
Wohngeldquote	0,9%	-0,74	1,5%
Anteil sv-pflichtig Beschäftigter mit SGB II-Leistungen	1,1%	-0,93	2,2%
Quote Langzeitbezug Transferleistungen	3,2%	-0,93	6,6%
Wohnen			
prekäre Wohnraumversorgung	33,4 qm	-1,15	19,9 qm
Risiko geringe Wohneigentumsquote	49,9%	-1,85	76,3%
Anteil Räumungsklagen und Zwangsräumungen	0,4%	-1,22	1,4%
Bildungsrisiken			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II-Leistungen	62,1%	-0,27	65,7%
Quote Unzureichende Kompetenzen für den Schulstart	8,0%	-1,06	22,1%
Quote Schulbesuch ohne Hochschulreifeoption	32,3%	-1,35	45,7%
Herkunftsbenachteiligung			
Kinderarmutsquote	10,3%	-1,13	22,9%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	10,3%	0,30	8,5%
Anteil langzeitarmer Kinder	6,9%	-1,02	15,2%
Anteil neu zugewanderter Kinder	0,6%	-1,31	4,8%
Familien mit Risiken			
Alleinerziehendenquote	18,4%	-0,92	23,1%
Quote große Familien	9,0%	-0,79	11,5%
Alte Menschen mit Risiken			
Anteil allein lebender alter Menschen	33,0%	-2,06	49,1%
Quote Altersarmut	3,3%	-0,90	7,2%
Risiken soz. Einbindung + Integration			
Quote Wohndauer unter 10 Jahren	40,8%	-1,54	56,7%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	5,4%	-1,32	11,1%
Anteil Neuzugewanderte	1,2%	-1,13	3,6%
Anteil ausl. Bevölkerung mit unsicherem Aufenthaltstatus	2,3%	-1,19	5,3%
Gesundheitliche Risiken			
Rate Vorzeitige Sterblichkeit	1,7	-0,34	1,8
Anteil übergewichtiger Kinder bei Schulbeginn	5,6%	-1,45	11,0%
Politische Teilhabe			
Anteil Erwachsene ohne Teilhabe an Wahl	31,2%	-1,12	42,0%
<i>nachrichtlich:</i>			
Anteil Nicht-Wahlberechtigte Bundestagswahl 2017	11,9%	-1,24	21,4%
Quote Nicht-Wahlbeteiligung Bundestagswahl 2017	21,9%	-0,84	26,2%

* ausführliche Beschreibung der Indikatoren Kapitel 3

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

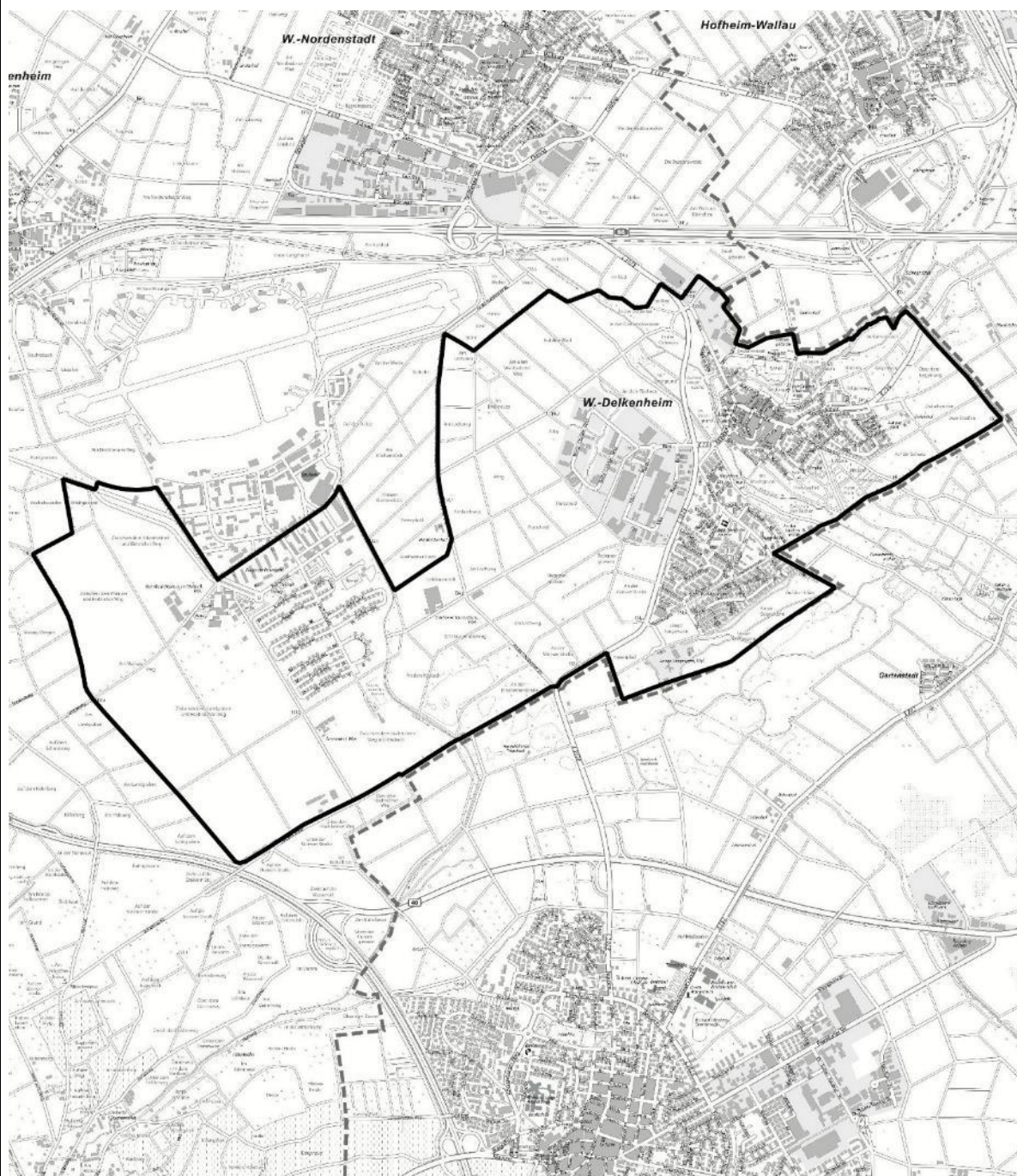
> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

Quelle: Datenquellen der Indikatoren s. Kapitel 3
Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung

8.30 Delkenheim

Abbildung 151: Delkenheim



Quelle: Vermessungsamt

Grundsatz und Planung

Delkenheim

Der Stadtteil „Delkenheim“ zählt zu den in den 1970er Jahren nach Wiesbaden eingemeindeten Umlandgemeinden. Der ursprünglich dörfliche Charakter, hat sich durch Nachverdichtungen und Modernisierungen im alten Dorfkern, der Errichtung großer Neubaugebiete und dem großen Gewerbegebiet zu einer typischen Umlandgemeinde im Ballungsraum entwickelt.

Nahezu 90% der Wohngebäude Delkenheims sind Ein- bzw. Zweifamilienhäuser. In den Neubaugebieten dominieren Reihenhäuser und andere Eigenheimformen. Es existieren aber auch einige Geschosswohnungsbauten, die ehemals im sozialen Wohnungsbau errichtet wurden, mittlerweile zum allergrößten Teil aus der Sozialbindung gefallen sind und frei vermietet werden.

Im großen Gewerbegebiet sind Produktions-, Vertriebs- und Verwaltungsgebäude - von insbesondere innovativen und technologisch ausgerichteten Unternehmen - angesiedelt.

Delkenheim liegt inmitten von Feldern und verfügt über eine gute Autobahnanbindung in das Rhein-Main-Gebiet.

Zum Ortsbezirk und sozialräumlichen Stadtteil Delkenheim zählt auch das an die Air Base Erbenheim angrenzende Wohngebiet der US-Amerikaner, der Planungsraum 263 „Delkenheimer Flur“. Aufgrund melderechtlicher Besonderheiten und daraus resultierenden statistischer Verzerrungen wird dieser bei der Ermittlung der Anteilswerte der Indikatoren nicht berücksichtigt.⁷⁴

Tabelle 108: Delkenheim - Bevölkerungsstruktur

31.12.2017	Zahl	Anteil	Wiesbaden
Altersmedian (Jahre)	46	-	42
Kinder und Jugendliche (0 bis 17 Jahre)	873	17,7%	17,0%
Alte Menschen (über 65 Jahre)	1.187	24,0%	19,5%
Durchschnittliche Haushaltsgröße	2,22	-	1,95
Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren	529	24,1%	20,1%

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung

Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren; eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Der Stadtteil Delkenheim zeigt eine gut gemischte Bevölkerungsstruktur. Der Anteil an Familien ist höher als im städtischen Durchschnitt. Jedoch liegt auch der Anteil an alten Menschen deutlich über dem Wiesbadener Durchschnitt.

⁷⁴ Vgl. hierzu die Erläuterungen unter 8.10 Hasengarten, Friedenstraße

Entwicklung der Eckwerte

Tabelle 109: Delkenheim - Eckwerte 2011 - 2017 (ohne Planungsraum 263 „Delkenheimer Flur“)

	2011	2017	Differenz absolut	Differenz in %
Einwohner	4.988	4.939	-49	-1,0%
Haushalte	2.222	2.196	-26	-1,2%
Wohnungen* (2012)	2.154	2.132	-22	-1,0%
Mobilitätsziffer	13,4%	13,4%	-	0%

*Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung,
Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren, eigene Berechnungen

Grundsatz und Planung



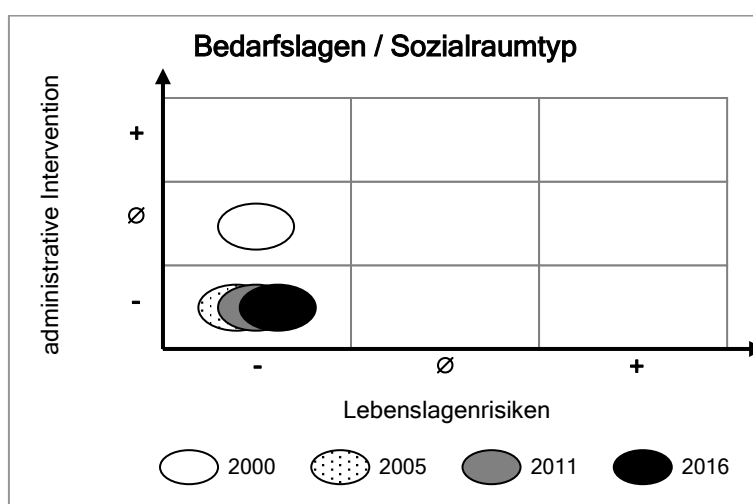
Es ergaben sich nur marginale Veränderungen.

Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2016 (Basis alle Indikatoren)

Der Stadtteil „Delkenheim“ weist 2011, wie auch bereits im Jahr 2005, eine niedrige soziale Bedarfslage sowohl bezogen auf das Ausmaß der administrativen Intervention, als auch bezogen auf das Lebenslagenrisiko auf.

In den Jahren 2000 und 2003 wurde Delkenheim noch in die Kategorie der mittleren sozialen Bedarfslage eingeordnet, da das Ausmaß der administrativen Intervention im mittleren Bereich lag. Seit 2005 liegen auch die Indikatoren zur Bestimmung der Lebenslagenrisiken stabil im niedrigen Bereich. Der Stadtteil wird seitdem in die Kategorie „niedrige soziale Bedarfslage“ eingeordnet.

Abbildung 152: Delkenheim - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016



Quelle: Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Delkenheim“ auf Rang 26 (2011: Rang 28) von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.

Entwicklung der Dynamikindikatoren

Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Die Existenzsicherungsquote ist im Beobachtungszeitraum angestiegen. Sie liegt aber auch 2016 noch deutlich unterhalb des städtischen Durchschnitts und im Bereich der niedrigen Bedarfslage.

Der Anteil der Kinder unter 15 Jahren, die von SGB II-Leistungen leben, ist sehr viel stärker als im Stadtdurchschnitt gestiegen und hat sich dem städtischen Durchschnitt weiter angenähert. Damit wurde die Entwicklung, die bereits zwischen 2005 und 2011 zu beobachten war, auch im Zeitraum 2011 - 2016 weiter fortgesetzt. Gleichwohl liegen die Anteilswerte immer noch unterhalb des Stadtdurchschnitts, wenn auch nicht mehr wie 2011 im niedrigen Bedarfslagenbereich, sondern fallen in 2016 in die Kategorie „mittlere Bedarfslage“.

Der Anteil der Arbeitslosen im SGB II- und III-Bezug an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist zwischen 2011 und 2016 leicht angestiegen, liegt aber nach wie vor deutlich unter dem Wert der Gesamtstadt und somit in der Kategorie der niedrigen Bedarfslage.

Tabelle 110: Delkenheim -

Entwicklung Dynamikindikatoren 2005, 2011 - 2016 - überproportionale Abweichungen grau schattiert

	2005	2011	2016	Ver- änderung 2011-2016	WI 2011	WI 2016	Ver- änderung
Administrative Intervention							
Existenzsicherungsquote	6,9%	7,3%	8,8%	+20,5%	12,4%	12,9%	+4,0%
Kinderarmutsquote	13,9%	15,4%	19,7%	+28,1%	23,2%	22,9%	-1,3%
Arbeitslosigkeitsquote	5,3%	3,0%	3,6%	+19,7%	5,4%	5,8%	+7,4%
Riskante Lebenslagen							
Nicht-EU-Staatsangehörige	6,9%	5,9%	8,4%	+42,2%	10,0%	11,1%	+11,0%
Alleinerziehendenquote	18,1%	19,4%	19,0%	-2,1%	23,9%	23,1%	-3,3%
Quote große Familien	10,7%	8,3%	9,3%	+12,2%	11,0%	11,5%	+4,5%
prekäre Wohnraumversorgung (2012)*	+27,8qm	+29,6qm	+32,8qm	+3,7%**	+20,3qm	+19,9qm	-0,1%

* Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

** Die Berechnung der Veränderung bezieht sich nicht auf die qm-Angaben, sondern auf das Versorgungsmaß (Verhältnis IST-SOLL)

Quelle: Hess. Statistisches Landesamt, Amt für Statistik und Stadtforschung, Amt für Soziale Arbeit

Bautätigkeitsstatistik, Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren;
Geschäftsstatistik SGB II und XII, eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Die vier Indikatoren zur Messung der Lebenslagenrisiken weisen 2011 und 2016 Werte auf, die deutlich unterhalb des Stadtdurchschnitts und somit im Bereich der niedrigen sozialen Bedarfslage liegen.

Der Anteil der Menschen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit ist - bedingt auch durch die Einrichtung größerer GU für Geflüchtete in Delkenheim - stärker als in der Gesamtstadt angestiegen. Der Anteilswert ist aber deutlich niedriger als der städtische Durchschnitt.

Der Anteil der Alleinerziehenden an allen Haushalten mit Kindern ist leicht gesunken, jedoch bedingt durch die geringen Fallzahlen sind hier nahezu keine realen Veränderungen auszumachen: Die absolute Zahl der Alleinerziehendenhaushalte sank um drei Haushalte.

Der Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern an allen Haushalten mit Kindern ist leicht angestiegen. Auch hier relativiert sich der prozentuale Anstieg durch den geringen Anstieg (+ fünf Haushalte) der Zahl der Haushalte dieses Typs.

Die ausreichende Versorgung mit Wohnfläche hat sich weiter verbessert. Sie entspricht im Vergleich der Stadtteile untereinander und zum Mittelwert der Gesamtstadt einer niedrigen Bedarfslage.

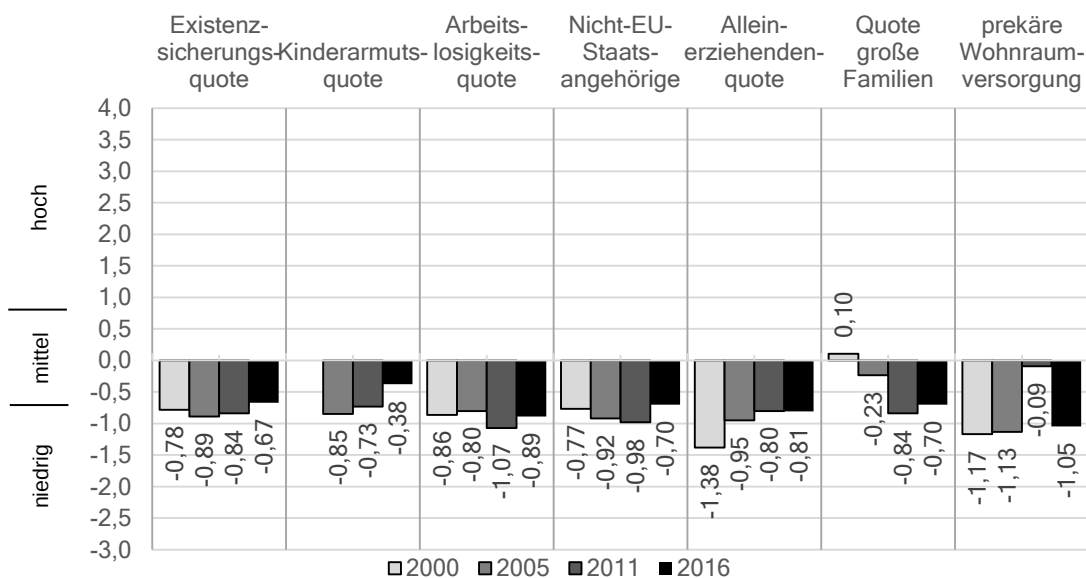
Gesamtbewertung

Die Indikatoren weisen keine wesentlichen Veränderungen der sozialen Bedarfslage auf. Auch wenn sich in einigen Indikatoren leichte Verschiebungen ergaben, es einen kleinen Rückgang im Stadtteilranking gab, sind diese Veränderungen jedoch nicht gravierend, sodass eine unveränderte soziale Lage festzustellen ist.

Es erfolgt somit eine Zuordnung zur Kategorie „stabile Entwicklungstendenzen“.

Zeitreihe Dynamikindikatoren

Abbildung 153: Delkenheim - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016



Quelle: Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung

Abbildung 154: Werte Statusindikatoren - Delkenheim

Indikator *	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
Administrative Intervention		-0,55	
Existenzsicherungsquote	8,8%	-0,67	12,9%
Arbeitslosigkeitsquote	3,6%	-0,89	5,8%
Quote Hilfen zur Erziehung	4,3%	-0,13	4,3%
Anteil sozialer Wohnungsbau	2,8%	-0,49	6,0%
Lebenslagenrisiko		-0,69	
Prekäre Einkommenslage			
Wohngeldquote	1,1%	-0,60	1,5%
Anteil sv-pflichtig Beschäftigter mit SGB II-Leistungen	1,9%	-0,37	2,2%
Quote Langzeitbezug Transferleistungen	4,6%	-0,62	6,6%
Wohnen			
prekäre Wohnraumversorgung	32,9 qm	-1,05	19,9 qm
Risiko geringe Wohneigentumsquote	55,2%	-1,48	76,3%
Anteil Räumungsklagen und Zwangsräumungen	1,0%	-0,54	1,4%
Bildungsrisiken			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II-Leistungen	58,6%	-0,78	65,7%
Quote Unzureichende Kompetenzen für den Schulstart	10,1%	-0,91	22,1%
Quote Schulbesuch ohne Hochschulreifeoption	32,5%	-1,33	45,7%
Herkunftsbenachteiligung			
Kinderarmutsquote	19,7%	-0,38	22,9%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	6,5%	-0,43	8,5%
Anteil langzeitarmer Kinder	12,0%	-0,49	15,2%
Anteil neu zugewanderter Kinder	7,7%	0,96	4,8%
Familien mit Risiken			
Alleinerziehendenquote	19,0%	-0,81	23,1%
Quote große Familien	9,3%	-0,70	11,5%
Alte Menschen mit Risiken			
Anteil allein lebender alter Menschen	32,6%	-2,11	49,1%
Quote Altersarmut	2,7%	-0,99	7,2%
Risiken soz. Einbindung + Integration			
Quote Wohndauer unter 10 Jahren	40,6%	-1,56	56,7%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	8,4%	-0,70	11,1%
Anteil Neuzugewanderte	3,6%	0,05	3,6%
Anteil ausl. Bevölkerung mit unsicherem Aufenthaltstatus	3,7%	-0,68	5,3%
Gesundheitliche Risiken			
Rate Vorzeitige Sterblichkeit	2,1	0,53	1,8
Anteil übergewichtiger Kinder bei Schulbeginn	10,1%	-0,23	11,0%
Politische Teilhabe			
Anteil Erwachsene ohne Teilhabe an Wahl	35,9%	-0,72	42,0%
<i>nachrichtlich:</i>			
Anteil Nicht-Wahlberechtigte Bundestagswahl 2017	15,5%	-0,83	21,4%
Quote Nicht-Wahlbeteiligung Bundestagswahl 2017	24,2%	-0,55	26,2%

* ausführliche Beschreibung der Indikatoren Kapitel 3

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

Quelle: Datenquellen der Indikatoren s. Kapitel 3
Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung

Amöneburg

Der Stadtteil „Amöneburg“ wurde nach dem Zweiten Weltkrieg statt wie bisher der Stadt Mainz der Stadt Wiesbaden politisch zugeordnet. Historisch war Amöneburg bereits seit dem Mittelalter eine Grenzgemeinde zwischen den Städten Mainz und Wiesbaden und lag somit auch an den jeweiligen Landes- bzw. Gebietsgrenzen.

Amöneburg ist mit knapp 1.600 Einwohnern der kleinste der 34 sozialräumlichen Stadtteile.

Das Erscheinungsbild ist geprägt durch Industriebebauung, insbesondere die Dyckerhoff Zementwerke sind hier zu nennen.

Die Wohnbebauung besteht aus Geschosswohnungsbau und einigen neueren Wohngebieten mit Einfamilienhäusern.

Tabelle 111: Amöneburg - Bevölkerungsstruktur

31.12.2017	Zahl	Anteil	Wiesbaden
Altersmedian (Jahre)	37	-	42
Kinder und Jugendliche (0 bis 17 Jahre)	331	20,9%	17,0%
Alte Menschen (über 65 Jahre)	194	12,3%	19,5%
Durchschnittliche Haushaltsgröße	2,12	-	1,95
Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren	193	26,0%	20,1%

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung

Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren; eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Die Bevölkerung Amöneburgs ist jünger als im städtischen Durchschnitt. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen sowie der Anteil an Familien an allen Haushalten liegen über den Werten der Gesamtstadt. Der Anteil der Personen über 65 Jahren an der Bevölkerung ist niedriger als im Wiesbadener Durchschnitt.

Entwicklung der Eckwerte

Tabelle 112: Amöneburg - Eckwerte 2011 - 2017

	2011	2017	Differenz absolut	Differenz in %
Einwohner	1.478	1.582	+104	+7,0%
Haushalte	699	743	+44	+6,3%
Wohnungen* (2012)	634	620	-14	-2,2%
Mobilitätsziffer	24,1%	27,8%	-	15,4%

*Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung,

Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren, eigene Berechnungen

Grundsatz und Planung



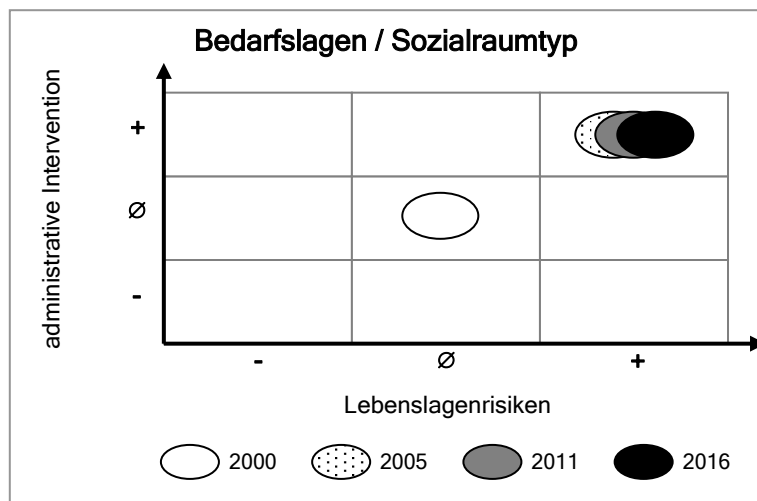
Es ist ein leichter Anstieg der Bevölkerungs- und Haushaltszahlen zu beobachten.

Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2016 (Basis alle Indikatoren)

Der Stadtteil Amöneburg zählt seit 2003 zu den Stadtteilen mit den höchsten sozialen Bedarfslagen. Sowohl das Ausmaß an administrativer Intervention als auch das Ausmaß der Lebenslagenrisiken sind hoch.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Amöneburg“ auf Rang 8 (2011: Rang 4) von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.

Abbildung 156: Amöneburg - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016



Quelle: Eigene Darstellung



Grundsatz und Planung

Entwicklung der Dynamikindikatoren

Tabelle 113: Amöneburg -

Entwicklung Dynamikindikatoren 2005, 2011 - 2016 - überproportionale Abweichungen grau schattiert

	2005	2011	2016	Ver- änderung 2011-2016	Ver- änderung absolut	WI 2011	WI 2016	Ver- änderung
Administrative Intervention								
Existenzsicherungsquote	16,1%	19,2%	22,9%	+19,6%	+79	12,4%	12,9%	+4,0%
Kinderarmutsquote	30,7%	32,2%	37,7%	+17,0%	+28	23,2%	22,9%	-1,3%
Arbeitslosenquote	9,1%	7,4%	9,2%	+24,2%	+26	5,4%	5,8%	+7,4%
Risikante Lebenslagen								
Nicht-EU-Staatsangehörige	17,3%	15,9%	15,0%	-5,6%	+6	10,0%	11,1%	+11,0%
Alleinerziehendenquote	25,9%	29,4%	26,6%	-9,5%	-3	23,9%	23,1%	-3,3%
Quote große Familien	15,9%	13,4%	15,3%	+14,0%	+5	11,0%	11,5%	+4,5%
prekäre Wohnraumversorgung (2012)*	-0,2qm	+4,0qm	-1,1qm	-7,6%**	--	+20,3qm	+19,9qm	-0,1%

* Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

** Die Berechnung der Veränderung bezieht sich nicht auf die qm-Angebote, sondern auf das Versorgungsmaß (Verhältnis IST-SOLL)

Quelle: Hess. Statistisches Landesamt, Amt für Statistik und Stadtforschung, Amt für Soziale Arbeit

Bautätigkeitsstatistik, Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren; Geschäftsstatistik SGB II und XII, eigene Darstellung



Grundsatz und Planung

Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Um Veränderungen im Ausmaß der administrativen Intervention adäquat zu beurteilen, muss im Stadtteil Amöneburg, der der kleinste der Wiesbadener Stadtteile ist, neben den prozentualen Veränderungen ebenso die Anzahl der Betroffenen berücksichtigt werden. Aufgrund der geringen Einwohnerzahl des Stadtteils bilden sich auch nur geringe Veränderungen in der Zahl der Betroffenen überstark in der prozentualen Veränderung ab.

Auffällig ist der deutliche Anstieg der Existenzsicherungsquote, der stärker als in der gesamtstädtischen Entwicklung ausfiel. Auch die Zahl der Betroffenen hat sich stark erhöht. Die hohe Problemlage hat sich in diesem Bereich weiter verschärft.

Ebenso ist die Kinderarmutsquote ist deutlich gestiegen. Auch die absolute Zahl der von Armut betroffenen Kinder ist angestiegen.

Die gleiche Entwicklung ist im Indikator „Arbeitslosigkeitsquote“ zu beobachten. Der Anstieg des Anteilswertes fiel überproportional stark aus.

Bereits seit 2005 lagen die Werte der Entwicklungsindikatoren in der Dimension „administrative Intervention“ deutlich über dem Durchschnitt im hohen Bedarfslagenbereich. Im Zeitraum 2011 - 2016 hat sich der Stadtteil im Vergleich der Stadtteile untereinander und zum Mittelwert der Gesamtstadt weiter von den Durchschnittswerten entfernt. Die Problemlagen haben sich verschärft.

Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Bezüglich der Beurteilung der Veränderungen im Bereich der riskanten Lebenslagen müssen ebenso die Veränderungen in den tatsächlichen Fallzahlen berücksichtigt werden und nur in geringerem Maße die prozentualen Veränderungen. Unter diesem Gesichtspunkt sind keine gravierenden Veränderungen festzustellen.

Das überproportionale Sinken des Anteils der Bevölkerung mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit bei gleichzeitiger Zunahme um sechs Personen, erklärt sich durch den Bevölkerungszuwachs im Stadtteil.

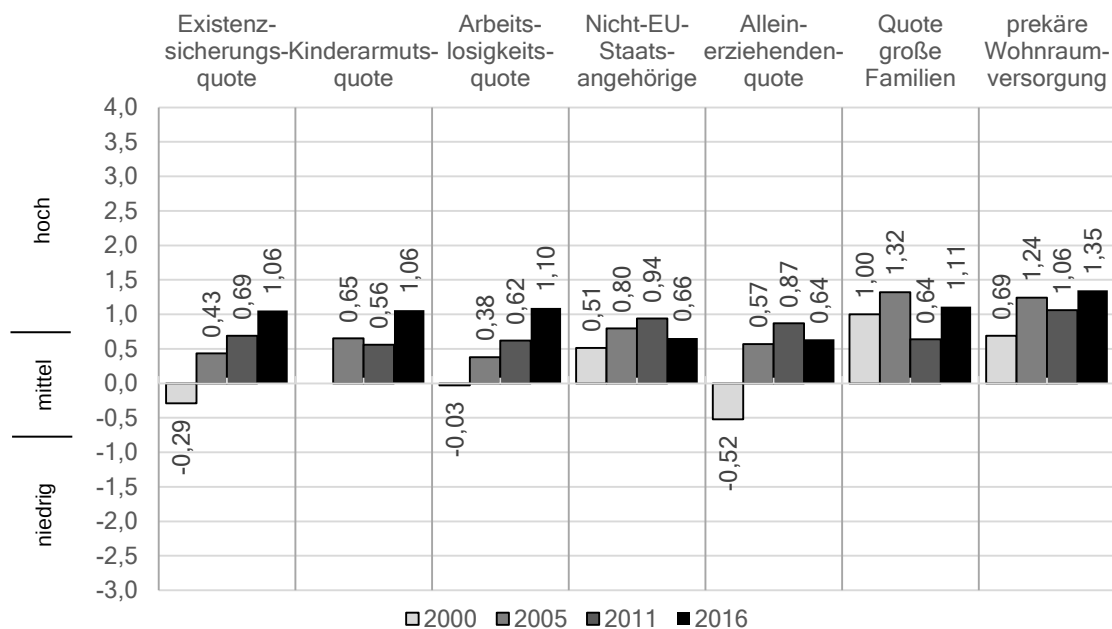
Insgesamt sind bei allen Indikatoren in 2016, wie auch bereits in 2005 und 2011, hohe Bedarfslagen vorhanden.

Gesamtbewertung

Durch die Verschärfungen der Problem- und Belastungslagen in den Entwicklungsindikatoren der „administrativen Intervention“ erfolgt eine Zuordnung in die Kategorie „negative Entwicklungstendenzen“.

Zeitreihe Dynamikindikatoren

Abbildung 157: Amöneburg - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016



Quelle: Eigene Darstellung



Grundsatz und Planung

Abbildung 158: Werte Statusindikatoren - Amöneburg

Indikator *	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
Administrative Intervention		0,72	
Existenzsicherungsquote	22,9%	1,06	12,9%
Arbeitslosigkeitsquote	9,2%	1,10	5,8%
Quote Hilfen zur Erziehung	6,4%	1,25	4,3%
Anteil sozialer Wohnungsbau	2,7%	-0,51	6,0%
Lebenslagenrisiko		0,60	
Prekäre Einkommenslage			
Wohngeldquote	1,2%	-0,44	1,5%
Anteil sv-pflichtig Beschäftigter mit SGB II-Leistungen	4,1%	1,08	2,2%
Quote Langzeitbezug Transferleistungen	10,1%	0,67	6,6%
Wohnen			
prekäre Wohnraumversorgung	-1,1 qm	1,35	19,9 qm
Risiko geringe Wohneigentumsquote	88,3%	0,83	76,3%
Anteil Räumungsklagen und Zwangsräumungen	1,2%	-0,31	1,4%
Bildungsrisiken			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II-Leistungen	75,3%	1,70	65,7%
Quote Unzureichende Kompetenzen für den Schulstart	16,7%	-0,47	22,1%
Quote Schulbesuch ohne Hochschulreifeoption	66,9%	1,61	45,7%
Herkunftsbenachteiligung			
Kinderarmutsquote	37,7%	1,06	22,9%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	9,8%	0,21	8,5%
Anteil langzeitarmer Kinder	27,3%	1,11	15,2%
Anteil neu zugewanderter Kinder	4,8%	0,04	4,8%
Familien mit Risiken			
Alleinerziehendenquote	26,6%	0,64	23,1%
Quote große Familien	15,3%	1,11	11,5%
Alte Menschen mit Risiken			
Anteil allein lebender alter Menschen	56,3%	0,81	49,1%
Quote Altersarmut	12,6%	0,54	7,2%
Risiken soz. Einbindung + Integration			
Quote Wohndauer unter 10 Jahren	59,8%	0,35	56,7%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	15,0%	0,66	11,1%
Anteil Neuzugewanderte	5,5%	0,96	3,6%
Anteil ausl. Bevölkerung mit unsicherem Aufenthaltstatus	6,5%	0,31	5,3%
Gesundheitliche Risiken			
Rate Vorzeitige Sterblichkeit	1,5	-0,73	1,8
Anteil übergewichtiger Kinder bei Schulbeginn	8,2%	-0,75	11,0%
Politische Teilhabe			
Anteil Erwachsene ohne Teilhabe an Wahl	61,0%	1,44	42,0%
<i>nachrichtlich:</i>			
Anteil Nicht-Wahlberechtigte Bundestagswahl 2017	37,4%	1,65	21,4%
Quote Nicht-Wahlbeteiligung Bundestagswahl 2017	37,7%	1,18	26,2%

* ausführliche Beschreibung der Indikatoren Kapitel 3

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

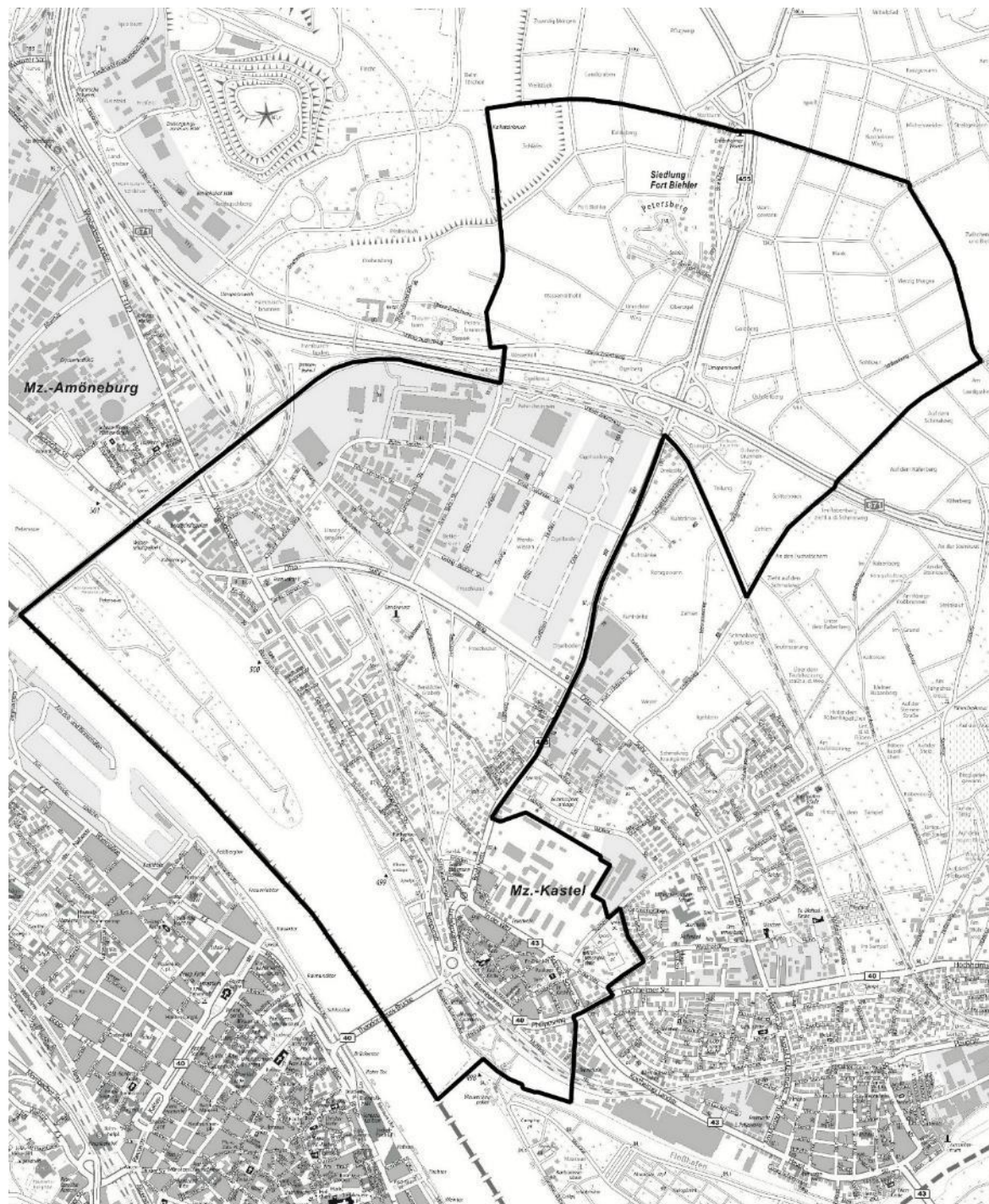
> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

Quelle: Datenquellen der Indikatoren s. Kapitel 3
Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung

8.32 Kastel-alt

Abbildung 159: Kastel-alt



Quelle: Vermessungsamt

Grundsatz und Planung

Kastel-alt

Der ehemals zur Stadt Mainz gehörende Stadtteil „Kastel“ wurde nach dem Zweiten Weltkrieg politisch der Stadt Wiesbaden zugeordnet.

Kastel-alt liegt rechtsrheinisch mit Brückenverbindung nach Mainz. In vielen Lebensbereichen besteht eine - traditionell gewachsene - enge Orientierung der Bevölkerung nach Mainz.

Kastel-alt umfasst neben dem alten Vorortkern einige Siedlungserweiterungen, insbesondere die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts entstandenen Gebiete entlang des Rheinufer.

Der Stadtteil ist weiterhin geprägt durch große Gewerbegebiete.

Von 2005 bis 2015 war Kastel / Kostheim Fördergebiet im städtebaulichen Entwicklungsprogramm „Stadtumbau in Hessen“.

Für das Gebiet rund um die Wiesbadener Straße wurde mit umfangreicher Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, städtischer Ämter und der Politik ein integriertes Handlungskonzept entwickelt, das überwiegend auf vorhandenen Konversions- und Gewerbeflächen bzw. brach liegenden Grundstücken Wohnbebauung und eine Verbesserung des Wohnumfeldes vorsieht. Dieses Konzept wird sukzessive in den nächsten Jahren umgesetzt werden.

Tabelle 114: Kastel-alt - Bevölkerungsstruktur

31.12.2017	Zahl	Anteil	Wiesbaden
Altersmedian (Jahre)	36	-	42
Kinder und Jugendliche (0 bis 17 Jahre)	1.584	16,8%	17,0%
Alte Menschen (über 65 Jahre)	1.244	13,2%	19,5%
Durchschnittliche Haushaltsgröße	1,92	-	1,95
Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren	872	18,9%	20,1%

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung

Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren; eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Der Altersmedian liegt deutlich unterhalb des städtischen Durchschnitts. Auffallend ist dabei, dass der Bevölkerungsanteil an Kindern und Jugendlichen dem Stadtdurchschnitt entspricht. Jedoch ist der Anteil an jungen Erwachsenen zwischen 18 und 29 Jahren mit einem Bevölkerungsanteil von 20,6 % im Vergleich zur Gesamtstadt mit 15,2 % überdurchschnittlich hoch. Durch die räumliche Nähe und gute Verkehrsanbindung nach Mainz, scheint Kastel-alt als Wohnort für in Mainz Studierende interessant zu sein.

Entwicklung der Eckwerte

Tabelle 115: Kastel-alt - Eckwerte 2011 - 2017

	2011	2017	Differenz absolut	Differenz in %
Einwohner	8.587	9.446	+859	+10,0%
Haushalte	4.388	4.606	+218	+5,0%
Wohnungen* (2012)	4.208	4.216	+8	+0,2%
Mobilitätsziffer	28,0%	31,9%	-	+42,5%

*Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung,

Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren, eigene Berechnungen

Grundsatz und Planung



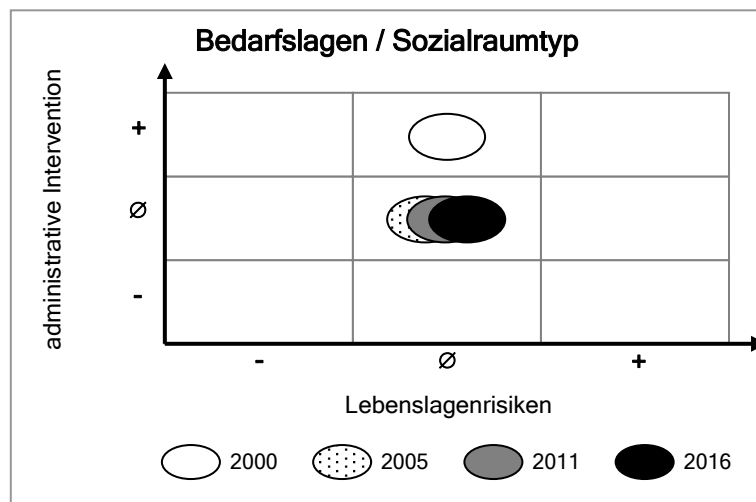
Die Bevölkerung ist zwischen 2011 und 2017 deutlich gestiegen, während die Zahl der Wohnungen nahezu unverändert blieb. Dies erklärt sich durch die Einrichtung einer großen GU in einem ehemaligen Areal der US-Amerikaner „Kastel-Housing“.

Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2016 (Basis alle Indikatoren)

Der Stadtteil „Kastel-alt“ ist seit 2003 konstant ein Stadtteil mit mittlerer sozialer Bedarfslage, mit sowohl einem mittleren Ausmaß administrativer Interventionen als auch mittlerem Lebenslagenrisiko.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Kastel-alt“ auf Rang 17 (2011: Rang 19) von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.

Abbildung 160: Kastel-alt - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016



Quelle: Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Entwicklung der Dynamikindikatoren

Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Die Existenzsicherungsquote ist zwischen 2011 und 2016 - analog der gesamtstädtischen Entwicklung - moderat angestiegen. Sie liegt seit 2005 im durchschnittlichen Bereich.

Der Anteil der Kinder unter 15 Jahren im SGB II-Bezug ist ebenfalls analog der Entwicklung der Gesamtstadt leicht gesunken. Lag diese Quote 2005 noch leicht über dem städtischen Durchschnitt, liegt sie seit 2005 deutlich darunter. Im Zeitverlauf ist eine eindeutige Verbesserung - auch im Vergleich der Stadtteile untereinander und zum Mittelwert der Gesamtstadt - festzustellen. Dieser erfolgte hauptsächlich im Zeitraum zwischen 2005 und 2011 und hat sich zwischen 2011 und 2016 stabilisiert.

Der Anteil der Arbeitslosen im SGB II- und III-Bezug an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist etwas stärker als in der Gesamtstadt gestiegen, liegt in 2016 über dem Stadtdurchschnitt, aber nach wie vor im mittleren Bereich.

Die Anzahl der betroffenen Personen hat sich in allen drei Indikatoren im Beobachtungszeitraum erhöht. Ein Absinken der Anteilswerte erklärt sich durch die Bevölkerungszunahme, die stärker ausfiel als die Zunahme der Betroffenen.

Tabelle 116: Kastel-alt -

Entwicklung Dynamikindikatoren 2005, 2011 - 2016 - überproportionale Abweichungen grau schattiert

	2005	2011	2016	Ver- änderung 2011-2016	WI 2011	WI 2016	Ver- änderung
Administrative Intervention							
Existenzsicherungsquote	12,6%	11,2%	11,8%	+5,4%	12,4%	12,9%	+4,0%
Kinderarmutsquote	23,4%	19,8%	19,7%	-0,6%	23,2%	22,9%	-1,3%
Arbeitslosenquote	6,9%	5,0%	5,9%	+17,4%	5,4%	5,8%	+7,4%
Risikante Lebenslagen							
Nicht-EU-Staatsangehörige	13,0%	9,1%	15,0%	+64,8%	10,0%	11,1%	+11,0%
Alleinerziehendenquote	23,1%	20,9%	20,0%	-4,3%	23,9%	23,1%	-3,3%
Quote große Familien	10,9%	9,5%	12,3%	+29,4%	11,0%	11,5%	+4,5%
prekäre Wohnraumversorgung (2012)*	+8,6qm	+11,4qm	+10,9qm	-0,6%**	+20,3qm	+19,9qm	-0,1%

* Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

** Die Berechnung der Veränderung bezieht sich nicht auf die qm-Angebote, sondern auf das Versorgungsmaß (Verhältnis IST-SOLL)

Quelle: Hess. Statistisches Landesamt, Amt für Statistik und Stadtforschung, Amt für Soziale Arbeit

Bautätigkeitsstatistik, Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren;
Geschäftsstatistik SGB II und XII, eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Der Anteil und die Anzahl der Personen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit an der Bevölkerung sind zwischen 2011 und 2016, durch die Einrichtung der GU in Kastel Housing, erheblich angestiegen und liegen nun über dem städtischen Durchschnitt im Bereich der hohen Bedarfslage.

Der Anteil der Alleinerziehenden an allen Haushalten mit Kindern ist analog der Entwicklung in der Gesamtstadt leicht zurückgegangen. Die Werte dieses Indikators verblieben im Bereich der niedrigen Bedarfslage.

Erheblich angestiegen ist der Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern an allen Haushalten mit Kindern, dieser liegt nun knapp über dem städtischen Durchschnitt im mittleren Bedarfslagenbereich.

Bezogen auf die ausreichende Versorgung mit Wohnraum ergaben sich nur geringfügige Veränderungen. Sowohl 2011 als auch 2016 lagen die Werte im mittleren Bereich.

Gesamtbewertung

Im Vergleich der Stadtteile untereinander und zum Mittelwert der Gesamtstadt lassen sich zwischen 2011 und 2016 in zwei der sieben verwendeten Indikatoren ein überdurchschnittlicher Anstieg der Belastungslagen ablesen. Die restlichen fünf Indikatoren zeigten keine auffällige Entwicklung und die Anteilswerte liegen im Bereich der durchschnittlichen bzw. niedrigen Bedarfslagen.

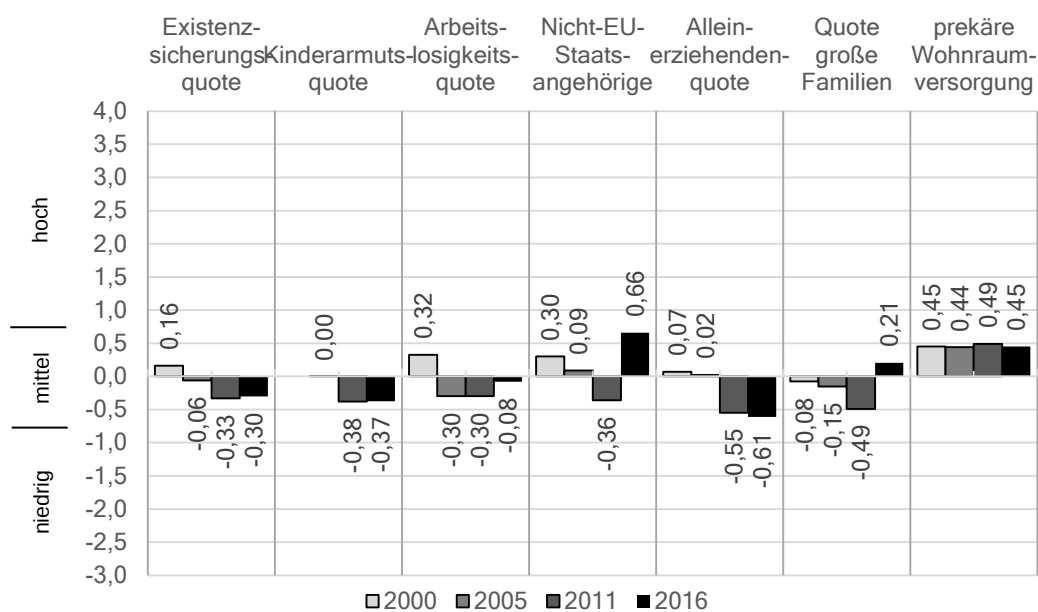
Gemäß unserer Methode zur Kategorisierung der Entwicklungstendenz der Stadtteile⁷⁵ erfolgt eine Zuordnung in die Kategorie „negative Entwicklungstendenzen“. Diese Zuordnung bedeutet jedoch nicht, dass sich die Belastungslagen insgesamt im Stadtteil deutlich verschärft hätten. Wie ausgeführt überwiegen die mittleren bzw. niedrigen Bedarfslagen und der Stadtteil

⁷⁵ Vgl. Kapitel 5.1.1

zeigt ein hohes Maß an Stabilität. Gleichwohl wird in Zukunft die Entwicklung aufmerksam zu beobachten sein, um rechtzeitig auf eventuelle negative Entwicklungstendenzen zu reagieren.

Zeitreihe Dynamikindikatoren

Abbildung 161: Kastel-alt - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016



Quelle: Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Abbildung 162: Werte Statusindikatoren - Kastel-alt

Indikator *	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
Administrative Intervention		-0,27	
Existenzsicherungsquote	11,8%	-0,30	12,9%
Arbeitslosigkeitsquote	5,9%	-0,08	5,8%
Quote Hilfen zur Erziehung	4,1%	-0,30	4,3%
Anteil sozialer Wohnungsbau	3,7%	-0,40	6,0%
Lebenslagenrisiko		0,22	
Prekäre Einkommenslage			
Wohngeldquote	1,2%	-0,40	1,5%
Anteil sv-pflichtig Beschäftigter mit SGB II-Leistungen	2,0%	-0,29	2,2%
Quote Langzeitbezug Transferleistungen	5,1%	-0,50	6,6%
Wohnen			
prekäre Wohnraumversorgung	10,9 qm	0,45	19,9 qm
Risiko geringe Wohneigentumsquote	82,9%	0,46	76,3%
Anteil Räumungsklagen und Zwangsräumungen	1,3%	-0,20	1,4%
Bildungsrisiken			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II-Leistungen	63,3%	-0,09	65,7%
Quote Unzureichende Kompetenzen für den Schulstart	16,1%	-0,51	22,1%
Quote Schulbesuch ohne Hochschulreifeoption	53,4%	0,45	45,7%
Herkunftsbenachteiligung			
Kinderarmutsquote	19,7%	-0,37	22,9%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	13,6%	0,91	8,5%
Anteil langzeitarmer Kinder	12,0%	-0,49	15,2%
Anteil neu zugewanderter Kinder	13,4%	2,78	4,8%
Familien mit Risiken			
Alleinerziehendenquote	20,0%	-0,61	23,1%
Quote große Familien	12,3%	0,21	11,5%
Alte Menschen mit Risiken			
Anteil allein lebender alter Menschen	48,5%	-0,15	49,1%
Quote Altersarmut	6,7%	-0,37	7,2%
Risiken soz. Einbindung + Integration			
Quote Wohndauer unter 10 Jahren	61,5%	0,51	56,7%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	15,0%	0,66	11,1%
Anteil Neuzugewanderte	8,6%	2,48	3,6%
Anteil ausl. Bevölkerung mit unsicherem Aufenthaltsstatus	8,3%	0,95	5,3%
Gesundheitliche Risiken			
Rate Vorzeitige Sterblichkeit	2,2	0,68	1,8
Anteil übergewichtiger Kinder bei Schulbeginn	11,6%	0,17	11,0%
Politische Teilhabe			
Anteil Erwachsene ohne Teilhabe an Wahl	48,3%	0,35	42,0%
<i>nachrichtlich:</i>			
Anteil Nicht-Wahlberechtigte Bundestagswahl 2017	27,3%	0,51	21,4%
Quote Nicht-Wahlbeteiligung Bundestagswahl 2017	28,9%	0,05	26,2%

* ausführliche Beschreibung der Indikatoren Kapitel 3

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

Quelle: Datenquellen der Indikatoren s. Kapitel 3
Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung

8.33 Kostheim-alt

Abbildung 163: Kostheim-alt



Quelle: Vermessungsamt

Grundsatz und Planung

Kostheim-alt

Der Stadtteil „Kostheim“ wurde nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr der Stadt Mainz sondern Wiesbaden politisch zugeordnet.

Kostheim liegt an der Mündung des Mains in den Rhein. In vielen Lebensbereichen besteht eine - traditionell und historisch gewachsene - enge Orientierung der Bevölkerung nach Mainz.

Kostheim-alt umfasst neben dem alten Vorortkern, dessen dörflicher vom Weinbau geprägter Ursprungscharakter noch gut zu erkennen ist, einige Siedlungserweiterungen die insbesondere in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts entstanden sind.

Im alten Ortskern existieren zahlreiche Einzelhandelsgeschäfte und gastronomische Betriebe.

Von 2005 bis 2015 war Kastel / Kostheim Fördergebiet im städtebaulichen Entwicklungsprogramm „Stadtumbau in Hessen“.

Tabelle 117: Kostheim-alt - Bevölkerungsstruktur

31.12.2017	Zahl	Anteil	Wiesbaden
Altersmedian (Jahre)	43	-	42
Kinder und Jugendliche (0 bis 17 Jahre)	1.754	17,3%	17,0%
Alte Menschen (über 65 Jahre)	1.926	19,0%	19,5%
Durchschnittliche Haushaltsgröße	2,06	-	1,95
Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren	1.054	21,6%	20,1%

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung

Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren; eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Die Bevölkerungsstruktur in Kostheim-alt entspricht den Wiesbadener Durchschnittswerten.

Entwicklung der Eckwerte

Tabelle 118: Kostheim-alt - Eckwerte 2011 - 2017

	2011	2017	Differenz absolut	Differenz in %
Einwohner	9.768	10.161	+393	+4,0%
Haushalte	4.706	4.881	+175	+3,7%
Wohnungen* (2012)	4.837	4.922	+85	+1,8%
Mobilitätsziffer	18,8%	16,5%	-	+12,2%

*Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung,

Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren, eigene Berechnungen

Grundsatz und Planung



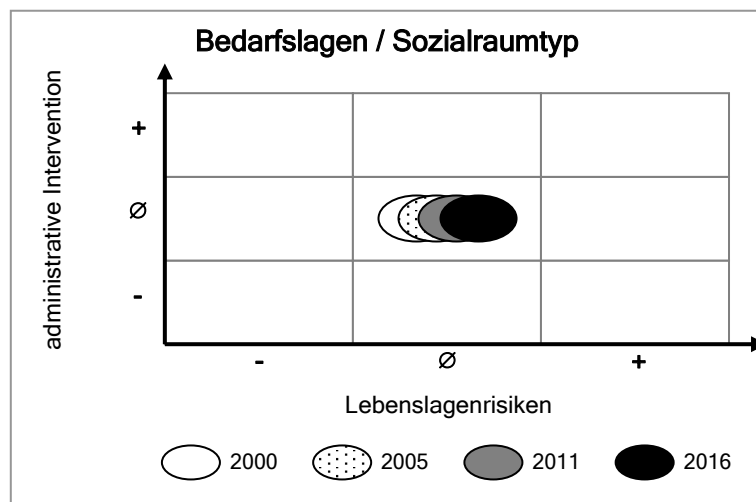
Die Bevölkerung wie auch die Zahl der Haushalte und Wohnungen hat leicht zugenommen. In den nächsten Jahren wird der Stadtteil Kostheim durch die Bebauung des Linde-Areals weiterhin wachsen. Hier ist der Bau von ca. 818 Wohneinheiten (650 Wohneinheiten als Eigentumswohnungen und 168 Wohneinheiten im geförderten Wohnungsbau) geplant, die über mehrere Jahre hinweg errichtet und bezogen werden sollen. Das neue Quartier wird mit zwei Kindertagesstätten und ggf. einem Jugendtreff ausgestattet. Weiterhin ist eine Erweiterung der zuständigen Grundschule vorgesehen.

Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2016 (Basis alle Indikatoren)

Der Stadtteil „Kostheim-alt“ ist seit Beginn der Sozialraumbeobachtung und -typisierung ein Stadtteil mittlerer sozialer Bedarfslage, mit sowohl einem mittleren Ausmaß an administrativer Intervention als auch mittlerem Lebenslagenrisiko.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegt der Stadtteil „Kostheim-alt“- wie auch bereits 2011 - auf Rang 20 von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.

Abbildung 164: Kostheim-alt - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016



Quelle: Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Entwicklung der Dynamikindikatoren

Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Die Werte aller drei Indikatoren liegen seit 2005 unterhalb des städtischen Durchschnitts. In diesen drei Indikatoren ist ein moderater Anstieg im Beobachtungszeitraum festzustellen. Im Vergleich der Stadtteile untereinander und zum Mittelwert der Gesamtstadt liegen die Anteilswerte der Kinderarmuts- und der Arbeitslosigkeitsquote - wie auch in 2011 - 2016 im mittleren Bedarfslagenbereich. Lediglich die Werte der Existenzsicherungsquote sind durch den leichten Anstieg von einer niedrigen Bedarfslage 2011 in die Kategorie mittlere Bedarfslage gewechselt.

Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Der Anteil der Nicht-EU-Staatsbürger an der Bevölkerung liegt seit 2005 unterhalb des städtischen Durchschnitts im mittleren Bereich. Er ist in zwischen 2011 und 2016 schwächer als in der Gesamtstadt angestiegen.

Der Anteil der Alleinerziehenden an allen Haushalten mit Kindern, der 2005 erheblich unterhalb des Stadtdurchschnitts lag, hat wie auch im Zeitraum 2005 bis 2011 nochmals zugenommen, liegt aber immer noch unterhalb des städtischen Durchschnitts. Durch die weitere Annäherung an den städtischen Durchschnitt liegt 2016 bezogen auf diesen Indikator eine Zuordnung zur Kategorie mittlere Bedarfslage vor.

Der Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern an allen Haushalten mit Kindern ist leicht angestiegen und liegt nun knapp unterhalb des städtischen Durchschnitts stabil im mittleren Bedarfslagenbereich.

Bezogen auf die ausreichende Versorgung mit Wohnraum ist eine leichte Verbesserung festzustellen. Wie auch in 2011 liegt dieser Indikator im mittleren Bedarfslagenbereich.

Tabelle 119: Kostheim-alt -

Entwicklung Dynamikindikatoren 2005, 2011 - 2016 - überproportionale Abweichungen grau schattiert

	2005	2011	2016	Ver- änderung 2011-2016	WI 2011	WI 2016	Ver- änderung
Administrative Intervention							
Existenzsicherungsquote	10,4%	9,5%	11,1%	+16,8%	12,4%	12,9%	+4,0%
Kinderarmutsquote	20,7%	18,7%	20,0%	+7,2%	23,2%	22,9%	-1,3%
Arbeitslosigkeitsquote	7,0%	5,1%	5,3%	+3,1%	5,4%	5,8%	+7,4%
Riskante Lebenslagen							
Nicht-EU-Staatsangehörige	10,0%	9,3%	9,4%	+1,3%	10,0%	11,1%	+11,0%
Alleinerziehendenquote	17,4%	19,9%	21,3%	+6,9%	23,9%	23,1%	-3,3%
Quote große Familien	10,9%	10,8%	11,3%	+4,3%	11,0%	11,5%	+4,5%
prekäre Wohnraumversorgung (2012)*	+8,7qm	+18,5qm	+20,0qm	+2,0%**	+20,3qm	+19,9qm	-0,1%

* Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

** Die Berechnung der Veränderung bezieht sich nicht auf die qm-Angaben, sondern auf das Versorgungsmaß (Verhältnis IST-SOLL)

Quelle: Hess. Statistisches Landesamt, Amt für Statistik und Stadtforschung, Amt für Soziale Arbeit

Bautätigkeitsstatistik, Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren;
Geschäftsstatistik SGB II und XII, eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



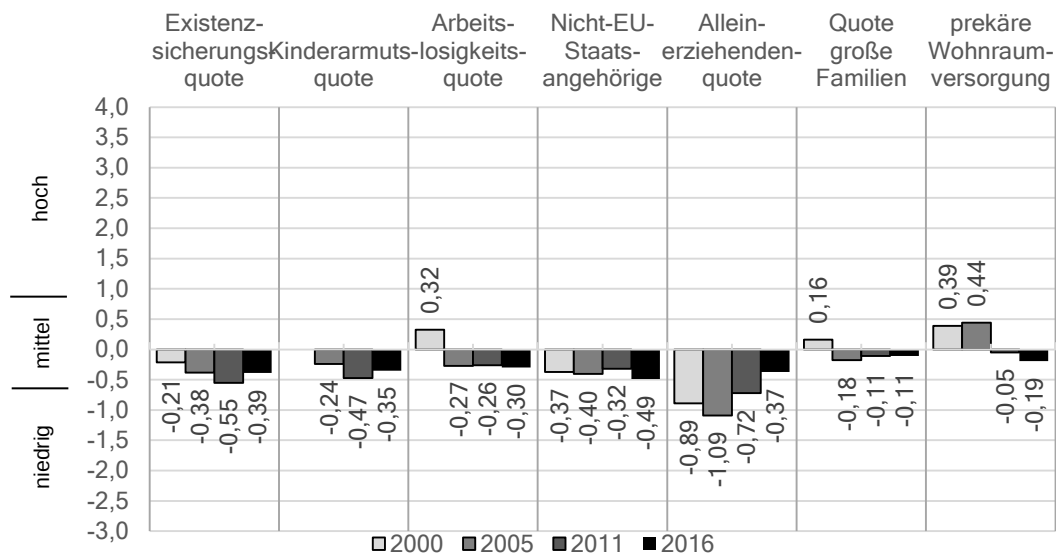
Gesamtbewertung

Zwischen 2005 und 2011 ergaben sich zwar in einigen Indikatoren leichte aber insgesamt keine nennenswerten Veränderungen. Der Stadtteil Kostheim-alt weist stabil mittlere Lebenslagenrisiken und ein mittleres Ausmaß an administrativer Intervention auf.

Es erfolgt somit eine Zuordnung in die Kategorie „stabile Entwicklungstendenzen“.

Zeitreihe Dynamikindikatoren

Abbildung 165: Kostheim-alt - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016



Quelle: Eigene Darstellung



Grundsatz und Planung

Abbildung 166: Werte Statusindikatoren - Kostheim-alt

Indikator *	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
Administrative Intervention		-0,21	
Existenzsicherungsquote	11,1%	-0,39	12,9%
Arbeitslosigkeitsquote	5,3%	-0,30	5,8%
Quote Hilfen zur Erziehung	4,6%	0,04	4,3%
Anteil sozialer Wohnungsbau	5,8%	-0,19	6,0%
Lebenslagenrisiko		-0,19	
Prekäre Einkommenslage			
Wohngeldquote	2,0%	0,52	1,5%
Anteil sv-pflichtig Beschäftigter mit SGB II-Leistungen	1,9%	-0,35	2,2%
Quote Langzeitbezug Transferleistungen	5,7%	-0,36	6,6%
Wohnen			
prekäre Wohnraumversorgung	20,0 qm	-0,19	19,9 qm
Risiko geringe Wohneigentumsquote	69,7%	-0,47	76,3%
Anteil Räumungsklagen und Zwangsräumungen	1,0%	-0,54	1,4%
Bildungsrisiken			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II-Leistungen	66,4%	0,37	65,7%
Quote Unzureichende Kompetenzen für den Schulstart	9,8%	-0,94	22,1%
Quote Schulbesuch ohne Hochschulreifeoption	52,7%	0,39	45,7%
Herkunftsbenachteiligung			
Kinderarmutsquote	20,0%	-0,35	22,9%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	10,8%	0,38	8,5%
Anteil langzeitarmer Kinder	12,4%	-0,44	15,2%
Anteil neu zugewanderter Kinder	2,5%	-0,72	4,8%
Familien mit Risiken			
Alleinerziehendenquote	21,3%	-0,37	23,1%
Quote große Familien	11,3%	-0,11	11,5%
Alte Menschen mit Risiken			
Anteil allein lebender alter Menschen	43,7%	-0,74	49,1%
Quote Altersarmut	5,1%	-0,62	7,2%
Risiken soz. Einbindung + Integration			
Quote Wohndauer unter 10 Jahren	52,5%	-0,38	56,7%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	9,4%	-0,49	11,1%
Anteil Neuzugewanderte	2,4%	-0,56	3,6%
Anteil ausl. Bevölkerung mit unsicherem Aufenthaltstatus	3,4%	-0,78	5,3%
Gesundheitliche Risiken			
Rate Vorzeitige Sterblichkeit	2,0	0,30	1,8
Anteil übergewichtiger Kinder bei Schulbeginn	13,4%	0,66	11,0%
Politische Teilhabe			
Anteil Erwachsene ohne Teilhabe an Wahl	44,8%	0,05	42,0%
<i>nachrichtlich:</i>			
Anteil Nicht-Wahlberechtigte Bundestagswahl 2017	22,3%	-0,06	21,4%
Quote Nicht-Wahlbeteiligung Bundestagswahl 2017	29,0%	0,07	26,2%

* ausführliche Beschreibung der Indikatoren Kapitel 3

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

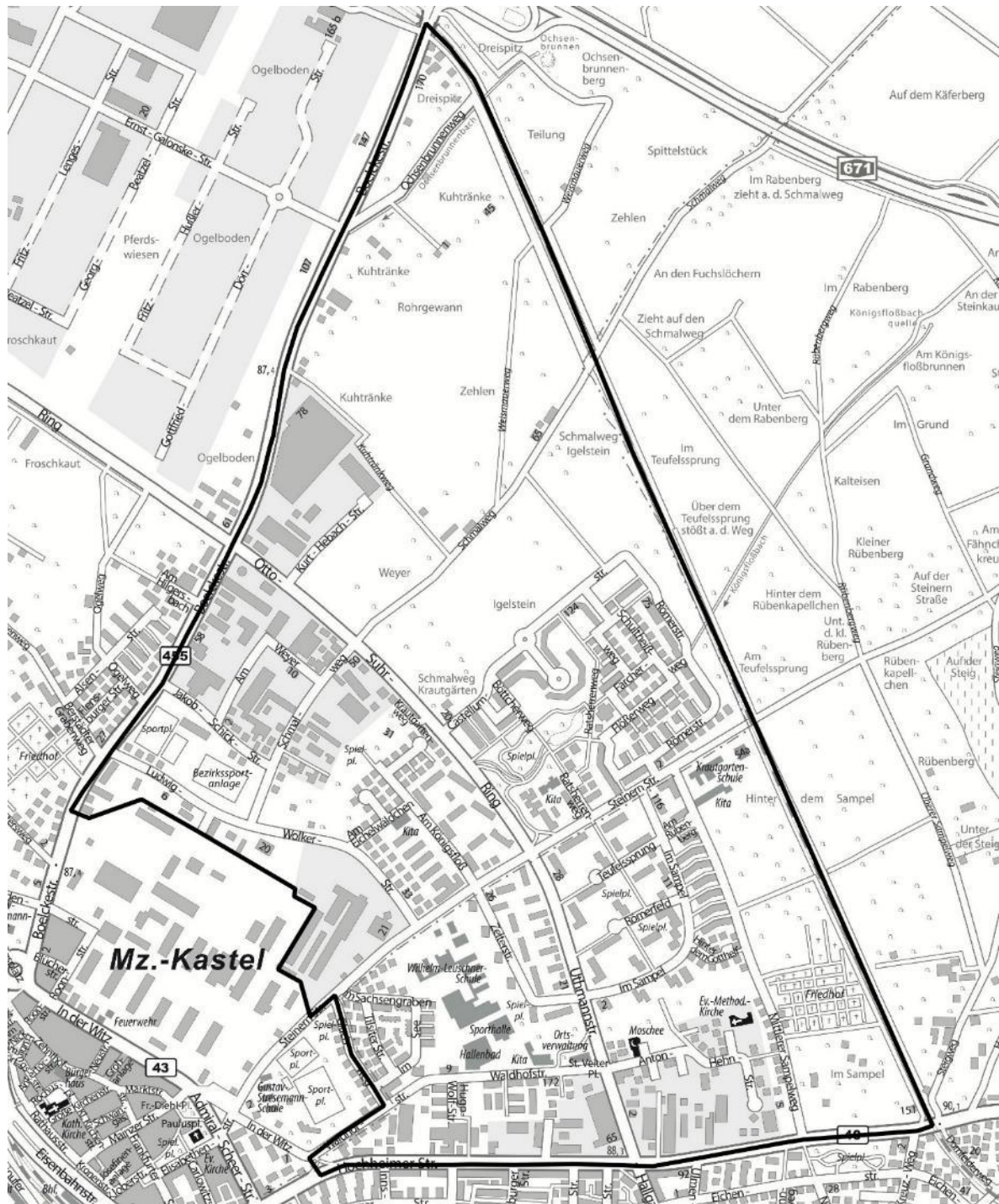
> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

Quelle: Datenquellen der Indikatoren s. Kapitel 3
Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung

8.34 Kastel-, Kostheim-Neubaugebiete

Abbildung 167: Kastel-, Kostheim-Neubaugebiete



Quelle: Vermessungsamt

Grundsatz und Planung

Kastel-, Kostheim-Neubaugebiete

Der Stadtteil „Kastel-, Kostheim-Neubaugebiete“ umfasst die in den 1970er Jahren bis in die 2000er Jahre entstandenen großen neuen Wohngebiete, die an die alten Vorortkerne von Kastel und Kostheim angrenzen.

Die Gebiete Krautgärten, Schmalweg, Uthmannstraße sind zum einen geprägt durch sozialen Wohnungsbau der dritten Generation, aber auch Eigentumswohnformen mit vorwiegender Reihenhausbauung.

Der soziale Wohnungsbau der 3. Generation in diesem Gebiet zeichnet sich aus durch eine höhere architektonische und städtebauliche Qualität und Vielfalt, im Gegensatz zu den älteren Sozialwohnungsgebieten (1. und 2. Generation).

Soziale Infrastruktur wurde hier von Anfang an mitgeplant und ist in ausreichendem Maße vorhanden.

Tabelle 120: Kastel-, Kostheim-Neubaugebiete - Bevölkerungsstruktur

31.12.2017	Zahl	Anteil	Wiesbaden
Altersmedian (Jahre)	42	-	42
Kinder und Jugendliche (0 bis 17 Jahre)	1.564	19,3%	17,0%
Alte Menschen (über 65 Jahre)	1.545	19,1%	19,5%
Durchschnittliche Haushaltsgröße	2,23	-	1,95
Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren	883	25,4%	20,1%

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung

Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren; eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Der Stadtteil Kastel-, Kostheim-Neubaugebiete ist aufgrund der Art der Bebauung geprägt durch einen hohen Anteil an Haushalten mit Kindern. Die durchschnittliche Haushaltsgröße liegt ebenfalls etwas über dem Wiesbadener Durchschnitt.

Entwicklung der Eckwerte

Tabelle 121: Kastel-, Kostheim-Neubaugebiete - Eckwerte 2011 - 2017

	2011	2017	Differenz absolut	Differenz in %
Einwohner	7.875	8.107	+232	+2,9%
Haushalte	3.388	3.477	+89	+2,6%
Wohnungen* (2012)	3.004	3.006	+2	+0,1%
Mobilitätsziffer	16,7%	19,9%	-	+19,2%

*Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung,

Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren, eigene Berechnungen

Grundsatz und Planung



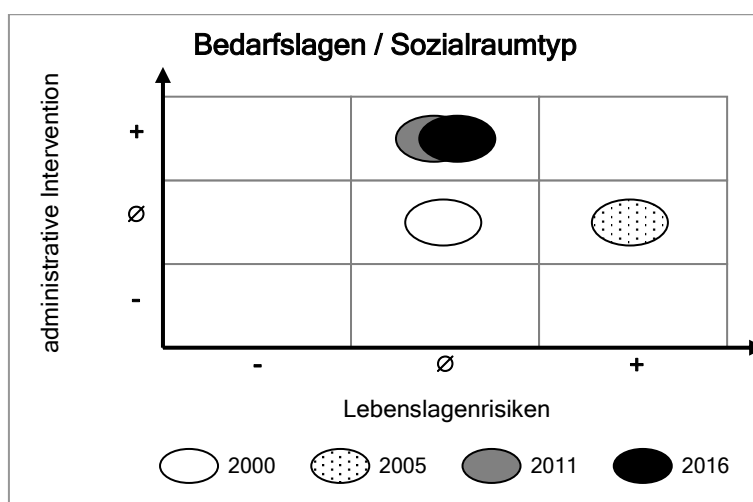
Die Werte zeigen ein Wachstum der Bevölkerung und der Haushalte. Die Zahl der Wohnungen ist jedoch nur sehr gering gestiegen.

Entwicklung der sozialen Bedarfslage 2000 bis 2016 (Basis alle Indikatoren)

Der Stadtteil „Kastel-, Kostheim-Neubaugebiete“ ist seit 2005 ein Stadtteil mit hoher sozialer Bedarfslage. Es fand jedoch eine Verschiebung der Problembereiche statt. Lag das Lebenslagenrisiko 2005 noch im hohen Bereich, so reduzierte sich dieses ab 2011 - sicherlich auch der Erweiterung des Indikatorensets geschuldet - zu einem durchschnittlichen Risiko. Jedoch stieg das Ausmaß der administrativen Intervention deutlich an und liegt seit 2011 statt im mittleren Bereich deutlich über dem städtischen Durchschnitt und ist als hoch zu kategorisieren. Diese Verschärfung der Problemlagen erklärt sich teilweise durch die Erweiterung des Indikatorensets in 2011 um den Indikator „Anteil sozialer Wohnungsbau“ - der in diesem Stadtteil einen sehr hohen Wert erreicht.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander, liegt der Stadtteil „Kastel-, Kostheim-Neubaugebiete“ auf Rang 6 (2011: Rang 10) von insgesamt 34 Stadtteilen, wobei Rang 34 der niedrigsten und Rang 1 der höchsten sozialen Bedarfslage entspricht.

Abbildung 168: Kastel-, Kostheim-Neubaugebiete - Soziale Bedarfslagen 2000 bis 2016



Quelle: Eigene Darstellung



Grundsatz und Planung

Entwicklung der Dynamikindikatoren

Veränderungen der Dynamikindikatoren „administrative Intervention“

Zwischen 2005 und 2011 sind sowohl die Existenzsicherungsquote, als auch der Anteil der Kinder unter 15 Jahren im SGB II-Bezug erheblich angestiegen. Beide Indikatoren wiesen in diesem Zeitraum die höchsten Anstiege aller Stadtteile auf. Zwischen 2011 und 2016 hat sich diese Entwicklung erfreulicherweise nicht fortgesetzt.

Die Existenzsicherungsquote ist - gegenläufig zur gesamtstädtischen Entwicklung - leicht gesunken und liegt nun nicht mehr im hohen, sondern im mittleren Bedarfslagenbereich. Die Kinderarmutsquote ist überdurchschnittlich gesunken, auch die Anzahl der armen Kinder ist deutlich zurückgegangen. Sie liegt aber nach wie vor weit über dem Wiesbadener Durchschnitt im Bereich der hohen Bedarfslage.

Die Quote der Arbeitslosen im SGB II- und III-Bezug an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist zwischen 2011 und 2016 - stärker als in der städtischen Entwicklung - gestiegen. Sie liegt über dem städtischen Durchschnitt, aber noch knapp im mittleren Bedarfslagenbereich.

Tabelle 122: Kastel-, Kostheim-Neubaugebiete -

Entwicklung Dynamikindikatoren 2005, 2011 - 2016 - überproportionale Abweichungen grau schattiert

	2005	2011	2016	Ver- änderung 2011-2016	WI 2011	WI 2016	Ver- änderung
Administrative Intervention							
Existenzsicherungsquote	13,1%	18,1%	17,5%	-3,3%	12,4%	12,9%	+4,0%
Kinderarmutsquote	25,1%	36,3%	33,3%	-8,5%	23,2%	22,9%	-1,3%
Arbeitslosigkeitsquote	8,6%	6,5%	7,4%	+13,4%	5,4%	5,8%	+7,4%
Riskante Lebenslagen							
Nicht-EU-Staatsangehörige	13,9%	13,4%	13,7%	+2,2%	10,0%	11,1%	+11,0%
Alleinerziehendenquote	17,2%	19,3%	25,1%	+30,3%	23,9%	23,1%	-3,3%
Quote große Familien	16,3%	17,5%	15,6%	-10,6%	11,0%	11,5%	+4,5%
prekäre Wohnraumversorgung (2012)*	+7,9qm	+7,2qm	+6,3qm	-1,1%**	+20,3qm	+19,9qm	-0,1%

* Die Anzahl der Wohnungen wurde im Jahr 2012 durch den Zensus exakter erfasst als die auf Fortschreibungen beruhenden Angaben für das Jahr 2011.

** Die Berechnung der Veränderung bezieht sich nicht auf die qm-Angebote, sondern auf das Versorgungsmaß (Verhältnis IST-SOLL)

Quelle: Hess. Statistisches Landesamt, Amt für Statistik und Stadtforschung, Amt für Soziale Arbeit

Bautätigkeitsstatistik, Einwohnerwesen, Haushaltsgenerierungsverfahren;
Geschäftsstatistik SGB II und XII, eigene Darstellung

Grundsatz und Planung



Veränderungen der Dynamikindikatoren „riskante Lebenslagen“

Der Anteil der Nicht-EU-Staatsbürger an der Bevölkerung ist zwischen 2011 und 2016 schwächer als in der gesamtstädtischen Entwicklung gestiegen. Der Wert in diesem Indikator liegt im mittleren Bedarfslagenbereich.

Der Anteil der Alleinerziehenden an allen Haushalten mit Kindern, der 2005 deutlich unterdurchschnittlich war, ist zwischen 2011 und 2016 erheblich angestiegen und liegt 2016 etwas oberhalb des Durchschnitts der Gesamtstadt. Im Vergleich zu den anderen Stadtteilen und des Mittelwertes der Gesamtstadt, ist, bezogen auf diesen Indikator, eine Verschlechterung und eine mittlere soziale Bedarfslage festzustellen. 2011 lagen die Werte noch deutlich im Bereich der niedrigen Bedarfslage.

Der Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern an allen Haushalten mit Kindern liegt trotz eines deutlichen Sinkens des Anteilwertes nach wie vor erheblich oberhalb des Durchschnitts der Gesamtstadt.

Das bereits seit 2005 bestehende hohe Lebenslagenrisiko besteht weiterhin.

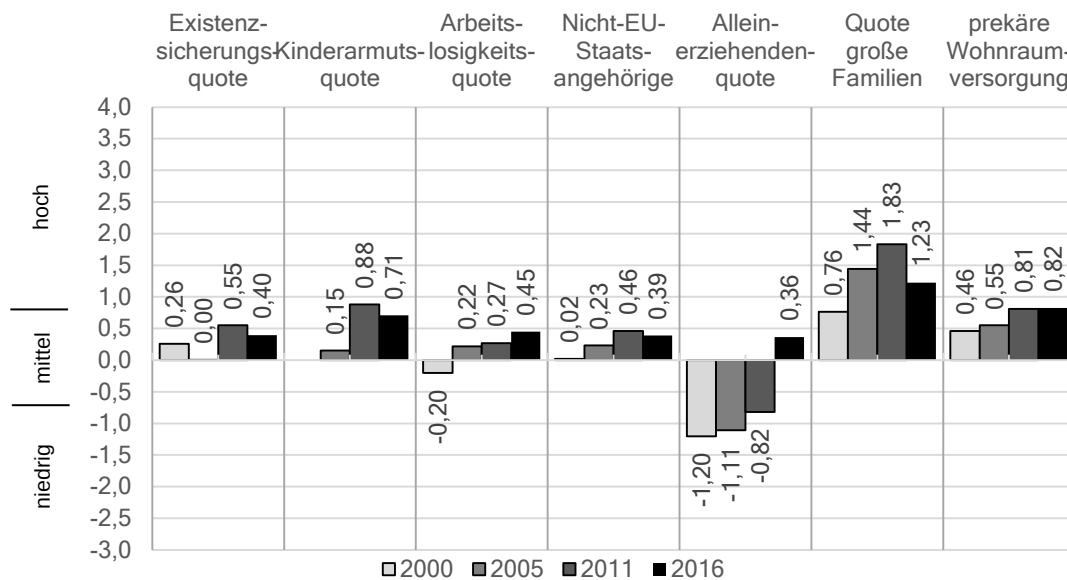
Bezogen auf die ausreichende Versorgung mit Wohnraum hat sich die Situation etwas verschlechtert. Die Versorgung ist nach wie vor schlechter als im Stadtdurchschnitt und liegt eindeutig im Bereich der Kategorie „hohe Bedarfslage“.

Gesamtbewertung

Die negativen Entwicklungen im Zeitraum zwischen 2005 und 2011 haben sich nicht weiter fortgesetzt. Gleichwohl zählt der Stadtteil eindeutig zu den Stadtteilen mit hohen Belastungen. Der Stadtteil „Kastel-, Kostheim-Neubaugebiete“ fällt aber aufgrund der beschriebenen Entwicklungen in die Kategorie „stabile Entwicklungstendenzen“.

Zeitreihe Dynamikindikatoren

Abbildung 169: Kastel-, Kostheim-Neubaugebiete - Zeitreihe Dynamikindikatoren 2000 - 2016



Quelle: Eigene Darstellung



Grundsatz und Planung

Abbildung 170: Werte Statusindikatoren - Kastel-, Kostheim-Neubaugebiete

Indikator *	Stadtteil	z-Wert	z. Vgl. Wiesbaden
Administrative Intervention		1,22	
Existenzsicherungsquote	17,5%	0,40	12,9%
Arbeitslosigkeitsquote	7,4%	0,45	5,8%
Quote Hilfen zur Erziehung	7,2%	1,76	4,3%
Anteil sozialer Wohnungsbau	29,5%	2,28	6,0%
Lebenslagenrisiko		0,33	
Prekäre Einkommenslage			
Wohngeldquote	2,3%	0,81	1,5%
Anteil sv-pflichtig Beschäftigter mit SGB II-Leistungen	3,2%	0,50	2,2%
Quote Langzeitbezug Transferleistungen	11,1%	0,89	6,6%
Wohnen			
prekäre Wohnraumversorgung	6,2 qm	0,82	19,9 qm
Risiko geringe Wohneigentumsquote	69,5%	-0,48	76,3%
Anteil Räumungsklagen und Zwangsräumungen	1,4%	-0,08	1,4%
Bildungsrisiken			
Anteil Geringqualifizierter mit SGB II-Leistungen	68,5%	0,69	65,7%
Quote Unzureichende Kompetenzen für den Schulstart	14,5%	-0,61	22,1%
Quote Schulbesuch ohne Hochschulreifeoption	63,6%	1,33	45,7%
Herkunftsbenachteiligung			
Kinderarmutsquote	33,3%	0,71	22,9%
Anteil Kinder ohne Deutsch als Familiensprache	9,6%	0,17	8,5%
Anteil langzeitarmer Kinder	24,3%	0,80	15,2%
Anteil neu zugewanderter Kinder	2,6%	-0,67	4,8%
Familien mit Risiken			
Alleinerziehendenquote	25,1%	0,36	23,1%
Quote große Familien	15,6%	1,23	11,5%
Alte Menschen mit Risiken			
Anteil allein lebender alter Menschen	40,3%	-1,16	49,1%
Quote Altersarmut	5,9%	-0,49	7,2%
Risiken soz. Einbindung + Integration			
Quote Wohndauer unter 10 Jahren	48,6%	-0,76	56,7%
Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	13,7%	0,39	11,1%
Anteil Neuzugewanderte	3,0%	-0,23	3,6%
Anteil ausl. Bevölkerung mit unsicherem Aufenthaltstatus	5,2%	-0,13	5,3%
Gesundheitliche Risiken			
Rate Vorzeitige Sterblichkeit	1,9	0,21	1,8
Anteil übergewichtiger Kinder bei Schulbeginn	18,3%	1,99	11,0%
Politische Teilhabe			
Anteil Erwachsene ohne Teilhabe an Wahl	51,2%	0,59	42,0%
<i>nachrichtlich:</i>			
Anteil Nicht-Wahlberechtigte Bundestagswahl 2017	26,0%	0,36	21,4%
Quote Nicht-Wahlbeteiligung Bundestagswahl 2017	34,0%	0,71	26,2%

* ausführliche Beschreibung der Indikatoren Kapitel 3

Kategorisierung der Bedarfslagen nach z- Werten

z- Wert ist:

> 0,5 :	hohe Bedarfslage
zwischen -0,5 und 0,5:	mittlere Bedarfslage
< -0,5:	niedrige Bedarfslage

Quelle: Datenquellen der Indikatoren s. Kapitel 3
Eigene Darstellung

Grundsatz und Planung

9 Anhang

Tabelle 123: Bevölkerungs- und Wohnungsentwicklung 2011 - 2017 nach Stadtteilen

Stadtteil - Sozialraumtyp	Entwicklung Einwohnerschaft 2011-2017		Entwicklung Wohnungen 2012-2017	
	n	%	n	%
01 Zentrum	416	11,8	106	4,6
02 Bergkirche	109	1,6	-7	-0,2
03 City-Ost, Nord-Ost	1.200	4,4	338	2,2
04 Sonnenberg, Rambach	144	1,4	57	1,1
05 Inneres Westend	1.003	13,2	51	1,3
06 Äußeres Westend	634	6,3	14	0,3
07 Adolfsallee, Luxemburgplatz	541	5,4	143	2,6
08 Dicherviertel, Biebricher Allee	245	3,3	3	0,1
09 Rheingauviertel	214	2,8	-35	-0,9
10 Hasengarten, Friedenstraße	1.265	22,2	73	2,2
11 Klarenthal	267	2,6	44	0,9
12 Hollerborn, Daimlerstraße	617	8,3	14	0,4
13 Europa-, Künstlerinnenviertel	1.121	21,5	324	11,6
14 Dostojewski-, Waldstraße	494	10,0	110	4,1
15 Dotzheim-alt, Kohlheck	509	4,3	20	0,3
16 Siedlungen Dotzheim	-89	-2,2	38	2,3
17 Schelmengraben	59	1,0	-2	-0,1
18 Frauenstein	-4	-0,2	16	1,4
19 Sauerland, Belzbachtal	345	7,4	91	5,0
20 Amöneburg	106	7,2	-14	-2,2
21 Biebrich-Siedlungen	372	4,6	100	2,4
22 Gräselberg	169	2,8	4	0,1
23 Schierstein	327	3,2	34	0,7
24 Biebrich-alt, Gibb, Kalle	646	4,6	79	1,1
25 Parkfeld, Rosenfeld	1	0,0	7	0,3
26 Bierstadt	483	4,0	-182	-2,8
27 Nordöstliche Vororte	228	1,2	104	1,2
28 Erbenheim-Hochfeld	493	12,2	9	0,5
29 Erbenheim (ohne Hochfeld)	226	4,2	70	2,8
30 Nordenstadt	18	0,2	46	1,3
31 Delkenheim	-49	-1,0	-22	-1,0
32 Kastel-alt	859	10,0	8	0,2
33 Kostheim-alt	393	4,0	85	1,8
34 Kastel-, Kostheim-Neubaugebiete	232	2,9	2	0,1
Wiesbaden	13.594	4,9	13.589	1,5

hohe soziale Bedarfslage

mittlere soziale Bedarfslage

niedrige soziale Bedarfslage

überdurchschnittl. Anstieg

überdurchschnittl.

Verringerung

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung
Einwohnerwesen, eigene Berechnungen

Grundsatz und Planung



Tabelle 124: Ranking der Stadtteile nach den Indikatoren der sozialen Bedarfslage

Rang	Stadtteil - Kategorisierung soziale Bedarfslage	z-Werte* Statusindikatoren (gemittelt)		
		administrative Intervention	riskante Lebenslagen	Mittelung beider Indikatorengruppen
1	Schelmengraben	1,69	1,53	1,61
2	Bergkirchenviertel	1,82	1,11	1,46
3	Inneres Westend	1,08	1,60	1,34
4	Erbenheim-Hochfeld	1,09	0,87	0,98
5	Sauerland, Belzbachtal	1,27	0,30	0,78
6	Kastel-, Kostheim-Neubaugebiete	1,22	0,33	0,78
7	Zentrum	0,31	1,09	0,70
8	Amöneburg	0,72	0,60	0,66
9	Gräselberg	0,58	0,61	0,60
10	Klarenthal	0,71	0,47	0,59
11	Biebrich-alt, Gibb, Kalle	0,41	0,60	0,50
12	Dostojewski-, Waldstraße	0,28	0,61	0,44
13	Parkfeld, Rosenfeld	0,96	-0,13	0,41
14	Hollerborn, Daimlerstraße	0,18	0,52	0,35
15	Adolfsallee, Luxemburgplatz	-0,14	0,16	0,01
16	Äußeres Westend	-0,23	0,21	-0,01
17	Kastel-alt	-0,27	0,22	-0,03
18	Erbenheim (o. Hochfeld)	0,01	-0,13	-0,06
19	Europa-, Künstlerinnenviertel	-0,30	-0,05	-0,17
20	Kostheim-alt	-0,21	-0,19	-0,20
21	Rheingauviertel	-0,53	-0,09	-0,31
22	Hasengarten-, Friedenstraße	-0,49	-0,31	-0,40
23	Dotzheim-alt, Kohlheck	-0,49	-0,38	-0,44
24	Schierstei	-0,52	-0,48	-0,50
25	Bierstadt	-0,53	-0,47	-0,50
26	Delkenheim	-0,55	-0,69	-0,62
27	Biebrich-Siedlungen	-0,89	-0,45	-0,67
28	Dichterviertel, Biebricher Allee	-0,93	-0,56	-0,75
29	City-Ost, Nord-Ost	-1,10	-0,61	-0,86
30	Siedlungen Dotzheim	-0,90	-1,03	-0,96
31	Nordenstadt	-0,92	-1,07	-0,99
32	Frauenstein	-0,92	-1,37	-1,14
33	nordöstliche Vororte	-1,14	-1,41	-1,28
34	Sonnenberg, Rambach	-1,29	-1,36	-1,32

* Z- Werte (vgl. 4.1) dienen dem Vergleich der Stadtteile untereinander und beschreiben Abweichungen zum Mittelwert. Das Ranking der Stadtteile ergibt sich aus der Mittelung der z- Werte beider Indikatorengruppen. Dieser Wert dient als Kennzahl für die Abweichung zum Mittelwert aller Stadtteile und somit über die Position des jeweiligen Stadtteils in der Rangfolge aller 34 Stadtteile. Rang 1 entspricht der höchsten, Rang 34 der niedrigsten sozialen Bedarfslage.

Hohe soziale Bedarfslage

Mittlere soziale Bedarfslage

Niedrige soziale Bedarfslage



Tabelle 125: Sozialraumtypisierung im Jugendbericht 1976

Stadtteil	Indikatorenbereich
Zentrum/Bergkirche *	Indikatorenbereich I niedrige soziale Position hohe administrative Intervention segregiert
Rheinstraße /Bleichstraße**	
Adolfsallee, Luxemburgplatz	
Rheingauviertel	
Westend***	
Klarenthal	Indikatorenbereich II hohe administrative Intervention mittlere und niedrige soziale Position nicht segregiert
Hollerborn, Güterbahnhof ****	
Schelmengraben	
Sauerland, Belzbachtal *****	
Gräselberg	
Erbenheim-Hochfeld	Indikatorenbereich III mittlere und niedrige administrative Intervention niedrige und mittlere soziale Position segregiert
Biebrich-alt, Gibb, Kalle	
Amöneburg	
Waldstraße, Dostojewskistraße	
Dotzheim-alt, Kohlheck	
Dotzheim-Siedlungen	
Schierstein	
Kostheim-alt	
Kastel-alt	
Kastel-, Kostheim-Neubaugebiete	
Hasengarten, Friedenstraße	Indikatorenbereich IV niedrige administrative Intervention; mittlere und gehobene soziale Position, nicht segregiert
Dichterviertel, Biebricher Allee	
City-Ost, Nord-Ost	
Sonnenberg, Rambach	
Biebrich-Siedlungen	
Parkfeld, Rosenfeld	
Frauenstein	
Bierstadt	
Nordöstliche Vororte *****	
Erbenheim (ohne Hochfeld)	
Nordenstadt	
Delkenheim	

* Der Stadtteil „Zentrum/Bergkirche“ wird seit 2007 in die Stadtteile „Zentrum“ und „Bergkirchenviertel“ getrennt.

** Der Stadtteil „Rheinstraße/Bleichstraße“ wurde 2011 in die gebräuchlichere Bezeichnung „Inneres Westend“ umbenannt.

*** Der Stadtteil Westend wurde 2011 in die gebräuchlichere Bezeichnung „Äußeres Westend“ umbenannt.

**** Der Stadtteil „Hollerborn/Güterbahnhof“ wird seit 2007 in die zwei Stadtteile „Hollerborn/Daimlerstraße/Wellritztal“ und „Europaviertel/Künstlerinnenviertel“ (in 2007 noch „Europaviertel/Güterbahnhof“) getrennt. Das Wohngebiet Europaviertel entwickelte sich ab 1993 auf dem ehemaligen Kasernengelände. Seit 2006 entwickelt sich das Wohngebiet Künstlerinnenviertel auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs West.

***** Zunächst existierten in diesem Stadtteil nur das gering besiedelte Belzbachtal und kleinere Siedlungen (z. B. Talheim, Wachsacker). Das Wohngebiet Sauerland wurde erst ab 1994 besiedelt.

***** Dazu gehören die Ortsbezirke Naurod, Auringen, Medenbach, Breckenheim, Igstadt, Kloppenheim und Heßloch

Quelle: Eigene Darstellung



Tabelle 126: Synopse der Sozialraumtypisierung 1995 - 2016

Stadtteil	Sozialatlas 1995	Sozialatlas 2007	Sozialraum-analyse 2014	Sozialraum-analyse 2019
	Datenbasis: 31.12.1994	Datenbasis: 31.12.2005	Datenbasis: 31.12.2011	Datenbasis: 31.12.2016
	Soziale Belastung	Soziale Bedarfslage	Soziale Bedarfslage	Soziale Bedarfslage
Nördliche Innenstadt und Vororte				
Zentrum *	sehr hoch	besondere	hohe	hohe
Bergkirche *	sehr hoch	besondere	hohe	hohe
City-Ost, Nord-Ost	gering	geringe	niedrige	niedrig
Sonnenberg, Rambach	gering	geringe	niedrige	niedrig
Westend und Bleichstraße				
Inneres Westend**	sehr hoch	besondere	hohe	hohe
Äußeres Westend***	hoch	besondere	mittlere	mittlere
Südliche Innenstadt				
Adolfsallee, Luxemburgplatz	hoch	besondere	mittlere	mittlere
Dichterviertel, Biebricher Allee	mittel	geringe	niedrige	niedrige
Rheingauviertel	hoch	mittlere	mittlere	mittlere
Hasengarten, Friedenstr.	mittel	mittlere	mittlere	mittlere
Westliche Siedlungen				
Klarenthal	hoch	besondere	hohe	hohe
Hollerborn, Daimlerstraße, Wellritzal ****	hoch	mittlere	hohe	hohe
Europaviertel, Künstlerinnenviertel ****	hoch	mittlere	mittlere	mittlere
Dostojewski-, Waldstr.	mittel	besondere	hohe	hohe
Dotzheim und Frauenstein				
Dotzheim-alt, Kohlheck	gering	geringe	mittlere	mittlere
Siedlungen Dotzheim	gering	geringe	niedrige	niedrige
Schelmengraben	hoch	besondere	hohe	hohe
Frauenstein	gering	geringe	niedrige	niedrige
Sauerland, Belzbachtal *****	hoch	besondere	hohe	hohe
Biebrich, Schierstein				
Biebrich-Siedlungen	gering	geringe	niedrige	mittlere
Gräselberg	hoch	besondere	hohe	hohe
Schierstein	gering	geringe	mittlere	mittlere
Biebrich-alt, Gibb, Kalle	hoch	besondere	hohe	hohe
Parkfeld, Rosenfeld	gering	mittlere	hohe	hohe
Östliche Vororte				
Bierstadt	gering	geringe	mittlere	mittlere
Nordöstliche Vororte *****	gering	geringe	niedrige	niedrige
Erbenheim-Hochfeld	hoch	besondere	hohe	hohe
Erbenheim (ohne Hochfeld)	mittel	mittlere	mittlere	mittlere
Nordenstadt	gering	geringe	niedrige	niedrige
Delkenheim	gering	geringe	niedrige	niedrige
Amöneburg, Kastel und Kostheim				
Amöneburg	mittel	besondere	hohe	hohe
Kastel-alt	mittel	mittlere	mittlere	mittlere
Kostheim-alt	gering	mittlere	mittlere	mittlere
Kastel-, Kostheim-Neubaugebiete	mittel	besondere	hohe	hohe

Quelle: Eigene Darstellung

Tabelle 127: Entwicklungstendenzen der Dynamikindikatoren 2016 zu 2011 in den Stadtteilen

Stadtteil	Administrative Intervention				Riskante Lebenslagen					
	Existenzsicherungsquote	Kinderarmutsquote	Arbeitslosigkeitquote	Entwicklungstendenz	Anteil Nicht-EU-Staatsangehörige	Allein Erziehendenquote	Quote große Familien	Prekäre Wohnraumversorgung	Entwicklungstendenz	Gesamt Entwicklungstendenz
Zentrum	0	0	+1	0	-1	0	0	0	0	0
Bergkirchenviertel	0	0	-1	0	+1	0	0	0	0	0
City-Ost, Nord-Ost	0	0	0	0	-1	0	0	0	0	0
Sonnenberg, Rambach	0	0	0	0	0	0	0	+1	0	0
Inneres Westend	-1	0	-1	—	+1	0	-1	0	0	—
Äußeres Westend	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Adolfsallee, Luxemburgplatz	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Dichterviertel, Biebricher Allee	0	0	+1	0	0	0	0	0	0	0
Rheingauviertel	+1	+1	+1	+	+1	0	0	0	0	+
Hasengarten-, Friedenstraße	0	0	0	0	0	0	+1	-1	0	0
Klarenthal	-1	0	0	0	0	0	+1	0	0	0
Hollerborn, Daimlerstraße	0	+1	0	0	0	+1	0	0	0	0
Europaviertel, Künstlerinnenviertel	+1	+1	+1	+	+1	0	0	0	0	+
Dostojewski-, Waldstraße	0	0	+1	0	0	+1	0	0	0	0
Dotzheim-alt, Kohlheck	0	-1	0	0	0	0	0	0	0	0
Siedlungen Dotzheim	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Schelmengraben	0	+1	0	0	0	0	-1	0	0	0
Frauenstein	0	0	0	0	0	0	0	+1	0	0
Sauerland, Belzbachtal	0	0	-1	0	0	+1	+1	0	+	+
Biebrich-Siedlungen	0	0	0	0	-1	0	+1	0	0	0
Gräselberg	0	0	0	0	+1	0	-1	0	0	0
Schierstein	0	0	0	0	0	-1	0	0	0	0
Biebrich-alt, Gibb, Kalle	-1	0	0	0	0	+1	0	0	0	0
Parkfeld, Rosenfeld	0	+1	0	0	0	-1	0	0	0	0
Bierstadt	0	0	0	0	0	+1	0	-1	0	0
Nordöstliche Vororte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Erbenheim-Hochfeld	-1	0	0	0	0	+1	+1	0	+	+
Erbenheim (ohne Hochfeld)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nordenstadt	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Delkenheim	0	-1	0	0	0	0	0	+1	0	0
Amöneburg	-1	-1	-1	—	+1	0	0	-1	0	—
Kastel-alt	0	0	0	0	-1	0	-1	0	—	—
Kostheim-alt	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Kastel-/Kostheim-Neubaugebiete	0	+1	0	0	0	-1	+1	0	0	0

Hohe soziale Bedarfslage

mittlere soziale Bedarfslage

niedrige soziale Bedarfslage

Weitere Veröffentlichungen:



Handlungsstrategie Chancen für herkunftsbenachteiligte junge Menschen in Wiesbaden
Bericht zum Sachstand und zur Bedarfsentwicklung 2018ff

<https://www.wiesbaden.de/leben-in-wiesbaden/gesellschaft/sozialplanung-entwicklung/content/jugendhilfeplanung.php#SP-tabs:3>



Jugend in Wiesbaden - Ergebnisse der Jugendbefragung 2017

<https://www.wiesbaden.de/leben-in-wiesbaden/gesellschaft/jugend/content/jugendstudie.php>

sowie weitere Veröffentlichungen z. B. Handlungsprogramm
<https://www.wiesbaden.de/leben-in-wiesbaden/gesellschaft/sozialplanung-entwicklung/content/jugendhilfeplanung.php#SP-tabs:4>

Wiesbadener SGB II
Geschäfts- und Eingliederungsbericht 2017

Wiesbadener SGB II Geschäfts- und Eingliederungsbericht 2017

<https://www.wiesbaden.de/leben-in-wiesbaden/gesellschaft/sozialplanung-entwicklung/content/beschaeftigungsfoerderung.php>

